This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

B 891,834

PROPERTY OF
University of Michigan Libraries
1817
ARTES SCIENTIA VERITAS

PROPERTY OF
University of Michigan Libraries
1817
ARTES SCIENTIA VERITAS

Dr. **Georg Adler,**

Die Geschichte der ersten sozialpolitischen Arbeiterbewegung in Deutschland.

Dr. **Georg Adler,**

Die Geſchichte der erſten ſozialpolitiſchen Arbeiterbewegung in Deutſchland.

Die Geſchichte der erſten Sozialpolitiſchen Arbeiterbewegung in Deutſchland

mit beſonderer Rückſicht auf die einwirkenden Theorieen.

Ein Beitrag zur Entwickelungsgeſchichte der ſozialen Frage.

von

Dr. Georg Adler.

Breslau 1885.
Verlag von Eduard Trewendt.

HD
8448
.A24

Das Recht der Übersetzung bleibt vorbehalten.

c 3 -15225

Vorwort.

Die vorliegende Schrift ist das Resultat fast anderthalbjähriger Forschungen. Über die erste deutsche Arbeiterbewegung ist bisher außer einigen ganz allgemeinen Daten über Weitling, den Kommunistenbund, die Thätigkeit von Marx in Köln u. s. w. nur wenig bekannt. Daher erschien es, Angesichts der kolossalen Gestalt und Bedeutung der gegenwärtigen Arbeiterbewegung, angemessen, die proletarischen Tendenzen der vorigen Generation einer eingehenden wissenschaftlichen Darstellung zu unterwerfen. Es mußte dies umsomehr gefordert werden, als Marx und Engels, deren Theorien später für die Arbeiterpartei ausschließlich maßgebend geworden sind, bereits in den Jahren 1847—52 eine hervorragende Rolle gespielt haben, als ferner Lassalle und andre bedeutendere Persönlichkeiten der Sozialdemokratie (z. B. W. Liebknecht) schon in jener Zeit als Vorkämpfer der Emanzipation des vierten Standes aufgetreten sind.

Wir stellten uns bei unsrer Arbeit die Aufgabe, nicht nur eine Seite der in Rede stehenden Bewegung zu schildern, sondern wir wollten vielmehr die letztere nach allen ihren Richtungen — also besonders nach der theoretischen, der sozialen im engern Sinne, der politischen und der unmittelbar praktisch-ökonomischen (Widerstand gegen die Kapitalisten, Unterstützungskassenwesen) — erschöpfend darstellen. Die Durchführung unseres Themas war um so schwieriger als noch kein Werk existiert, welches von der Arbeiterbewegung irgend eines Volkes und irgend einer Zeit eine so vollständige sozialhistorische Entwicklung gab, wie sie hier zu liefern versucht worden ist.

Der Umstand, daß vorliegende Arbeit nicht etwa bloß ein Beitrag zu der Geschichte der fraglichen deutschen Arbeiterbestrebungen sein, sondern die letzteren ohne Auslassung irgend einer wesentlichen

Thatsache darstellen sollte, verbot von selbst, wie jedem Sachverständigen auf den ersten Blick einleuchtet, eine kürzere Behandlung unseres Themas, — und dies umsomehr, als fast gar keine Vorarbeiten für dasselbe existierten, auf die der Leser hätte verwiesen werden können. Nach derselben Richtung hin mußte noch dazu die Erwägung ausschlaggebend sein, daß, wenn auch in der ersten deutschen Arbeiterbewegung die Tendenz zur Zentralisation unverkennbar ist, doch eine ganze Anzahl verschiedener Strebungen wirksam war, deren kürzende Zusammenfassung die differierenden Nuancen hätte verwischen müssen und die spezifischen Charakteristika nicht hätte genügend hervortreten lassen. Eher konnte man, mit Rücksicht auf die — versuchte — Vollständigkeit unserer Arbeit nach allen Seiten hin und mit Rücksicht darauf, daß das Thema zum erstenmale in Angriff genommen worden, eine noch viel genauere Behandlung desselben fordern: man brauchte bloß darauf hinzuweisen, daß z. B. die Geschichte einzelner Zünfte einzelner Städte in starken Bänden abgehandelt worden ist, ohne daß irgend ein Fachmann eine überflüssige Mühe darin hätte sehen können, daß ferner die große Wichtigkeit unseres Themas — im Hinblick auf die ungeheuern Dimensionen der späteren Arbeiterbewegung und auf die hierbei z. T. so weittragende, ja tonangebende Bedeutung der Führer der ersten Bewegung — über jeden Zweifel erhaben war. Nichtsdestoweniger entschlossen wir uns, von einer weiteren Ausgestaltung unserer Arbeit abzusehen, weil dies vor allem auf die Übersichtlichkeit beeinträchtigend gewirkt hätte, und weil wir uns streng auf das beschränken wollten, was in irgend einer Hinsicht für unter allen Umständen wesentlich von allen anerkannt werden mußte. Aus diesem Grunde wurde z. B. vieles Material, das wir über den (geheimen) Kommunistenbund gesammelt hatten, unverwertet gelassen, weil es bloß darauf ankam, dasjenige herauszuheben, was entweder auf den Gang der Arbeiterbewegung von unmittelbarem Einfluß war, oder was zur Charakteristik der Führer (mit hauptsächlicher Rücksicht auf K. Marx und F. Engels) dienen konnte, oder was endlich das Treiben der Kommunisten in seiner wahren Gestalt zu zeigen geeignet war. Alles Beiwerk hingegen, so interessant es auch sonst sein mochte, haben wir beiseite gelassen.

Es kam mir stets darauf an, die theoretisch-ökonomische Signatur aller Arbeiterbestrebungen hervorzuheben. Ich habe daher nicht nur die drei Haupttheorien, welche von ganz besonderem Einflusse gewesen sind — die Weitlingsche (s. Seite 17 ff.), die Heß-Grünsche (s. Seite 82 ff.) und die Marx-Engelssche (s. Seite 139 ff.) — systematisch dargestellt,

sondern auch bei jeder einzelnen der vorgeführten Kundgebungen mit Genauigkeit die vorherrschenden theoretisch-wissenschaftlichen Gesichtspunkte angegeben. Ebenso wurde auch bei allen einschlagenden litterarischen Erscheinungen der prinzipielle Grundcharakter zu fixieren gesucht.

Die soziale Poesie spielte grade in der Litteratur jener ersten Bewegung eine wichtige Rolle. Mehrere berühmte Dichter jener Zeit wandten sich der Bewegung zu (z. B. Heine, Freiligrath, Alfred Meißner, Wilhelm Jordan, Karl Beck); die sozialen Journale aller Gattung — ohne Ausnahme — wimmelten von sozialen Gedichten; daneben wurden ganze sozialistische Gedichtsammlungen publiziert; daher wurde auch — wo damals der Sozialismus im freundlichen oder feindlichen Sinne (letzteres z. B. in den Münchener „Historisch-politischen Blättern" und in der Züricher „Opposition") eine eingehendere Betrachtung fand — auf die Bedeutung der sozialen Poesie hingewiesen. Mithin ergab sich für uns die Notwendigkeit, auch die soziale Poesie in den Bereich unsrer Forschung zu ziehen und ihre Stellung zu gewissen grundsätzlichen Fragen der Arbeiterbewegung zu signalisieren.

Andrerseits durfte der theoretische Inhalt unsers Themas nicht übertrieben werden. Da über eine Bewegung und nicht über eine reine Ideengeschichte abgehandelt werden sollte, da also die faktische Aktion den Ausgangspunkt bildete, so konnten Ideen, die damals in gar keiner Weise einen Einfluß äußerten, nicht weiter berücksichtigt werden, selbst wenn sie vom Standpunkt der heutigen Wissenschaft als höchst wertvoll gelten müssen. Es konnte daher z. B. auf die Doktrin eines Rodbertus nicht eingegangen werden, so nahe dies mir speziell gelegen hätte. Ein andres Verhalten wäre einfach eine Abschweifung vom Thema gewesen.

Der streng wissenschaftliche Zweck, der für die Übernahme und die Durchführung der vorliegenden Arbeit durchweg und einzig maßgebend war, schloß von vornherein die Absicht aus, irgend einer Partei angenehm zu sein. Es wurde offen dargestellt, was nach gewissenhafter und vorurteilsloser Forschung als feststehend angenommen werden konnte. Es wurden daher ebenso schonungslos die Exzesse jener Bewegung in ihrer ganzen Nacktheit aufgedeckt, wie auch auf der andern Seite das Gute, auf das wir stießen, nirgends übergangen oder auch nur in den Hintergrund gerückt wurde.

Eine durch den Stoff bedingte Eigentümlichkeit war: daß die Geschichte der sozialen Arbeiterbewegung sich im großen und ganzen zu einer Geschichte der sozialistischen Bewegung gestaltete. Wo eben die

(Breslau), Lektor an der Universität Dr. R. Löwenfeld (Breslau), Geheimrat Quandt (Berlin; Sekretär des Zentralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen), Professor Dr. Wiener (Lausanne), Konsul a. D. Heinrich Börnstein (Wien), Cand. math. Albert Salz (Berlin), Cand. cam. Adolf Braun (Basel) und andern, die ich hier nicht mit Namen anführen darf, da sie dies zur ausdrücklichen Bedingung für die leihweise Überlassung von Material gemacht haben.

Zum Schluß: die vorliegende Arbeit habe ich größtenteils im staatswissenschaftlichen Seminare meines hochverehrten Lehrers, des Herrn Professor Dr. W. Lexis (Universität Breslau), zum Vortrage gebracht. Herr Professor Lexis selber hat mir für sie auch mehrfache Winke zuteil werden lassen. Ihm möchte ich hierfür meinen aufrichtigen Dank aussprechen.

Posen, 1885.

Dr. Georg Adler.

---

umsomehr hervorheben, als Herr Dr. Elsner selber noch im Laufe dieses Jahres „Erinnerungen an Gottfried Nees von Esenbeck" veröffentlichen wird, in denen auch die sozialistische Thätigkeit dieses Mannes zum Gegenstande einer sehr eingehenden Darstellung gemacht werden wird. In unsrer Arbeit, welche alle zutage getretenen Regungen des Arbeiterstandes in zusammenfassender, sozialhistorischer Schilderung vorführen soll, konnte Esenbeck selber, als Persönlichkeit von nur sekundärem Einflusse, *natürlich nur kurz* berührt werden.

Inhaltsverzeichnis.

Seite.

Vorwort I
Einleitung 1

Erstes Kapitel: **Die ersten sozialistischen und Arbeiter-Agitationen in Deutschland und in der Schweiz.**

1. Die erste sozialistische Propaganda in Deutschland: Ludwig Gall und sein Wirken. 4
2. Georg Büchners sozial-republikanische Agitation. 7
3. Beginn der Teilnahme der Arbeiter an den politischen Bewegungen. — Die Stiftung des Kommunistenbundes. 10
4. Wilhelm Weitling und sein kommunistisches System. 17
5. Weitlings Schweizer Agitation. 29
6. Ende von Weitlings Agitation in der Schweiz. 45
7. Die jungdeutsch-anarchistische Bewegung unter den deutschen Arbeitern in der Schweiz. 47

Zweites Kapitel: **Die Arbeiterbewegung in Deutschland und in der Schweiz bis 1848.**

1. Die kommunistische Agitation in der Schweiz seit Weitlings Entfernung. — Das Einschreiten der Regierungen von Neufchatel und von Zürich. — Das Züricher Ausnahmegesetz gegen den Kommunismus. 64
2. Der schweizerische Grütliverein bis 1848. 76
3. Weitling in London. — Erste Anzeichen einer internationalen Verbrüderung der Kommunisten. 77
4. Die Theorien des deutschen philosophischen Sozialismus. 82
5. Die deutsch-französischen Jahrbücher und der Vorwärts. 95
6. Der Beginn der sozialpolitischen Arbeiter-Bewegung in Deutschland: Die sozialistische Litteratur. — Arbeiter-Unruhen. — Strikes. — Eine sozial-republikanische Verschwörung. 103
7. Die sozialpolitische Arbeiterbewegung in Deutschland von 1845—1848: Die sozialistische Presse. — Die sozialistische Litteratur. — Die Arbeitervereine. — Die Demokratie und der Kommunismus. — Offener Bruch zwischen ihnen. — Das soziale Programm der radikalen Demokratie. — Vorschlag einer Allianz zwischen der preußischen Regierung und dem Proletariat. — Der Kommunistenbund und die sozialistische Agitation in Deutschland. — Arbeitseinstellungen und Arbeiterunruhen. 112
8. Der Kommunistenbund von 1845—1848 und die neue kommunistische Theorie von Marx und Engels. 137

Drittes Kapitel: **Die Arbeiter-Bewegung seit 1848: Die Geschichte des deutschen, sozialen Arbeiterbundes und der fachgewerblichen Assoziationen.**

Seite
1. Die Organisierung der sozialpolitischen Arbeiter-Bewegung in Deutschland. . 156
2. Die ersten deutschen Arbeiter-Kongresse und die Schaffung eines nationalen Arbeiter-Bundes. 165
3. Die Geschichte des deutschen, sozialen Arbeiter-Bundes: Entwickelung seiner sozialen Tendenzen. — Das offizielle publizistische Organ „die Verbrüderung". — Lebhafte Agitation des Arbeiter-Bundes, insbesondere die Distrikts-Kongresse. — Die Beschlüsse der letzteren. — Starkes Anwachsen des Bundes. 173
4. Die Geschichte des deutschen, sozialen Arbeiterbundes. (Fortsetzung): Seine unmittelbar-praktischen Versuche (Arbeiter-Assoziationen für Einkauf, Verkauf, Konsum und Produktion; — der Gesundheits-Pflegeverein; — Pläne zu nationalen Wanderunterstützungs-, Gewerks-Kranken- und Invaliden-Kassen; — Verhalten bei Strikes). 185
5. Fachgewerbliche Verbände neben dem Arbeiterbunde. 190
6. Die Geschichte des deutschen, sozialen Arbeiterbundes (Schluß): Die politische Haltung des Bundes während der Katastrophe. — Ein neuer nationaler Arbeiterkongreß. — Der nordwestdeutsche Arbeiterverband und sein Anschluß an den Bund. — Das Ende des Bundes. 198

Viertes Kapitel: **Die Arbeiterbewegung seit 1848: Sozialistische und Arbeiter-Bestrebungen außerhalb des sozialen Arbeiterbundes und der fachgewerblichen Assoziationen.**

1. Marx wird Diktator des Kommunistenbundes. — Die Begründung der „Neuen Rheinischen Zeitung." 211
2. Charakteristik der Marxschen „Neuen Rheinischen Zeitung". — Ihre Geschichte. 214
3. Der Kommunismus in der Rheinprovinz. 230
4. Kommunistische Regungen außerhalb der Rheinlande. 236
5. Die Sozialistische Arbeiterbewegung in der Schweiz von 1848—1850. 240
6. Der Grütliverein seit 1848. 246

Fünftes Kapitel: **Die Geschichte des Kommunistenbundes seit der Unterdrückung der revolutionären Bewegungen in Deutschland (besonders die sozialpolitische Haltung von Marx und Engels).**

1. Die Reorganisation des Kommunistenbundes. 250
2. Der Kommunistenbund nach der Spaltung; Die Geschichte der Fraktion Marx. 267
3. Der Kommunistenbund nach der Spaltung: Die Geschichte der Fraktion Willich-Schapper. 273

Schlußwort. 291

Nachtrag. 331

Die deutsche sozialistische Litteratur zur Zeit der ersten Arbeiterbewegung. . . . I

Quellen. IX

Personen-Verzeichnis. XI

Sozialpolitische Reformideen sind in Deutschland in der weiteren Entwickelung der durch die französische Aufklärungslitteratur hervorgerufenen Bewegung gezeitigt worden. Im letzten Drittel des achtzehnten Jahrhunderts begegnen wir mehrfach sozialistischen Gedankenäußerungen. So zeichnete Heinse, der schon in seinem „Laidion" (1774) gegen das Privateigentum geschrieben hatte, in seinem „Ardinghello" (1787) ein Utopien mit Güter- und Weibergemeinschaft; so geißelte Klinger in seinen „Reisen vor der Sündflut" (1795) die Geldherrschaft aufs unbarmherzigste; so stellte ein Anonymus in einem Buche über „Moralpolitik" (1795) den Kommunismus als das Ziel der Kultur hin. Vor allem aber ist Johann Gottlieb Fichte, der geniale Philosoph, als derjenige zu nennen, welcher ein einschneidendes, soziales Reformsystem entworfen. Nachdem er sich schon in seinen „Beiträgen zur Berichtigung der Urteile des Publikums über die französische Revolution" (1793) und in seiner „Grundlage des Naturrechts nach Prinzipien der Wissenschaftslehre" (1796) im sozialistischen Sinne geäußert, hat er im „Geschlossenen Handelsstaat" (1800) geradezu den Grundriß eines sozialen Gebäudes der Zukunft gezeichnet. Zur Charakterisierung von Fichtes Bedeutung für die in Rede stehende Geistesströmung genügt es, hier anzuführen, daß er die heutige Wirtschaftsgestaltung als „Anarchie" bezeichnet, daß er den Gewinn der Besitzenden als „Raub" hinstellt, daß er für den Arbeiter das gesamte Arbeitsprodukt ohne Abzug in Anspruch nimmt, daß er die planvolle Leitung der Produktion, die Garantie des Absatzes und die Abschaffung des Metallgeldes verlangt.

Alle diese sozialistischen Ansichten — sowohl Fichte's wie seiner Vorgänger in der deutschen Litteratur — sind nicht direkt entstanden aus der Betrachtung der Mängel der kapitalistischen Produktionsweise als solcher. Die letztere war — zumal in Deutschland — noch viel zu wenig ausgebildet, sie hatte noch viel zu wenig den Gegensatz zwischen

Bourgeoisie und Proletariat erzeugt, sie hatte noch viel zu wenig die Gesellschaft von jenem so reichlich gefüllten Becher der Leiden kosten lassen, welche eine Folge der radikalen Trennung von Gesamt- und Privat-Interesse sind, — als daß sie in ihrer ganzen Tragweite und Bedeutung hätte begriffen werden können.

Man darf sich daher nicht wundern, wenn man die genannten Autoren nicht von dort ihren Ausgangspunkt nehmen sieht, von wo jeder Sozialismus seinem inneren prinzipiellen Wesen nach auszugehen hat: von dem Antagonismus zwischen dem Lohnherrn und dem Löhner, zwischen dem „Ausbeuter" (Exploiteur) und dem „Ausgebeuteten" (Exploitierten), wie die Schlagworte der späteren Epoche lauten. Es ist vielmehr der schon einem oberflächlichen Blicke sich bemerkbar machende Unterschied zwischen arm und reich — nicht aber der tiefere Grund dieses Unterschiedes —, welcher den Anlaß zur Kritik des Bestehenden, zur Forderung von Reformen, zur Zeichnung eines idealen gesellschaftlichen Zustandes giebt.

Die Feststellung der Grundzüge des letzteren geschieht nicht etwa durch Einsicht in die Bewegungsgesetze des wirtschaftlichen Organismus, sondern sie geht aus rein logischen Konsequenzen abstrakter Prinzipien oder gar aus dem Spiele der Phantasie hervor. Dieses war sicherlich bei Heinse, wie jenes bei Fichte der Fall.

Man wird einen gewissen Parallelismus zwischen dem Beginne der sozialistischen Ideenentwicklung in Deutschland und deren Beginne in Frankreich nicht verkennen können: nur daß er dort später erfolgte wie hier, ganz entsprechend der sonstigen geistigen Bewegung.

Auch in der französischen, freisinnigen Litteratur war immer eine sozialreformatorische Richtung mit vertreten. Wir begnügen uns, darauf hinzuweisen, daß schon der freidenkerische Pfarrer Jean Meslier (gestorben 1733) ein extremer Kommunist war.[1])[2])

Wie damals der Sozialismus in Frankreich ohne Einfluß auf seine Zeit gewesen, so ist es auch in Deutschland geschehen. So lange eben die kapitalistische Produktionsweise nicht genügend ausgebildet ist, so lange infolge dessen ein massenhaftes, industriell exploitiertes Proletariat noch nicht vorhanden ist, vermögen Doktrinen, wie die in Rede stehenden,

---

[1]) S. meinen Aufsatz „Ein vergessener Vorläufer des modernen Sozialismus" in der Berliner Wochenschrift „Die Gegenwart". (Nr. 38 vom 20. September 1884.)

[2]) Wir bemerken, daß wir die Ausdrücke „Sozialismus" und „Kommunismus" als gleichbedeutend brauchen, — wie dies mit Recht sehr viele neuere Sozialisten und Ökonomisten thun.

keinen Anhang zu finden. Es fehlt das für sie geeignete, das, wenn ich so sagen darf, für sie prädestinierte Publikum.

Die sozialistische Bewegung unseres Jahrhunderts nahm ebenfalls im Auslande ihren Ausgangspunkt. In Frankreich und England, in diesen beiden Ländern, welche zuerst eine Großindustrie hatten, fand der Sozialismus auch zuerst eine bemerkenswerte Verbreitung. Es war kaum ein Drittel des Jahrhunderts verstrichen, als dort bereits eine umfangreiche, sozialreformatorische Litteratur existierte, die sich vornehmlich um Saint-Simon, um Fourier und — speziell in England — um Owen gruppierte.

Während dieser ganzen Periode wurde in Deutschland nur ein leiser Nachklang Fourieristischer Ideen laut.

Andrerseits trug die deutsche Demokratie, welche als Vertreterin nicht nur des Bürgertums, sondern der unterdrückten Klassen überhaupt auftrat, manches sozialistische Element in sich, — ganz wie der Radikalismus Robespierres, St.-Justs und Marats. Die — mindestens zeitweise — Sympathie Heinrich Heines für den Sozialismus ist bekannt. Und Börne, der geistreichste und bedeutendste Publizist der Demokratie, war durchaus nicht sozialistischen Ideen abgeneigt, wie seine „Briefe aus Paris“ und seine Mitarbeiterschaft an der sozialdemokratischen Zeitung „Le Réformateur“ (herausgegeben von Raspail) beweisen.

Aber erst im zweiten Drittel unseres Jahrhunderts, während in Frankreich die Bewegung immer mehr anschwoll, während ein Buchez, ein Leroux, ein Pecqueur, ein Considérant, ein Cabet, ein Louis Blanc, ein Proudhon in ihrer Weise das Werk der ersten sozialistischen Meister fortsetzten, während die Massen, vornehmlich in Paris, die neuen Ideen in sich aufnahmen, — damals erst begann in Deutschland eine soziale Arbeiterbewegung, entstand eine theoretische, sozialpolitische Litteratur.

Die Darstellung dieser ersten deutschen Arbeiterbewegung und ihrer sozialen Theorieen soll in den folgenden Blättern versucht werden.

Erstes Kapitel.

Die ersten sozialistischen und Arbeiter-Agitationen in Deutschland und in der Schweiz.

1. Die erste sozialistische Propaganda in Deutschland: Ludwig Gall und sein Wirken.

Die ersten Ansätze zu einer sozialistischen Propaganda zeigen sich in Deutschland sehr früh, merkwürdiger Weise in demselben Jahre und in derselben Stadt, wo der größte Denker des Sozialismus, Karl Marx, geboren wurde.

Es war das Elend in dem industriell am höchsten entwickelten Teile Deutschlands, in den Rheinlanden, welches, kurz nach den Freiheitskriegen, einen jungen Beamten, den Regierungssekretär Ludwig Gall in Trier, veranlaßte, Erwägungen über die Beseitigung des Massenelends näher zu treten. Um den Resultaten, zu denen er gelangt war, Anerkennung zu verschaffen, suchte Gall 1818 einen Verein zu stiften, welcher, laut authentischer Erklärung, dem darbenden, deutschen Manne Arbeit, Verdienst, genügende Wohnung und Besitz verschaffen, sonst aber „unabänderlich beschlossene Auswanderung" durch Rat und That unterstützen sollte.

Die Konstituierung des Vereins scheiterte jedoch infolge Versagung der behördlichen Genehmigung.

Daraufhin quittierte Gall den Staatsdienst und ging im Frühjahr 1819 nach Amerika, um im Interesse einer planmäßigen Auswanderung der Deutschen thätig zu sein; er kehrte aber schon 1820 in seine Heimat zurück.[1]) Hier wurde er bald wieder als Beamter angestellt, zuerst als

[1]) Gall beschrieb seine Thätigkeit in Amerika in dem zweibändigen Buche: „Meine Auswanderung nach den vereinigten Staaten in Nord-Amerika im Frühjahre 1819 und meine Rückkehr nach der Heimat im Winter 1820" (1822). Schon in Amerika hatte Gall 1820 eine Schrift „Gutgemeinter Rat an meine deutschen Landsleute bei ihrer Ankunft in den Vereinigten Staaten" veröffentlicht.

Kreis-, dann als Regierungssekretär. Er gab aber seine Thätigkeit zum Wohle der darbenden Klassen nicht auf.

Zunächst suchte er nach Maßregeln, um der Not auf dem Lande zu steuern. Die Vorschläge, zu denen er durch sein Nachdenken hierüber gekommen war, publizierte er in dem Buche „Was könnte helfen? Immerwährende Getreidelagerung, um jeder Not des Mangels und des Ueberflusses auf immer zu begegnen, und Kreditscheine, durch die Getreidevorräte verbürgt, um der Alleinherrschaft des Geldes ein Ende zu machen."

Die einzige Wirkung indeß, die Gall erzielte, war die Bildung eines Vereins in Erfurt „gegen jede Not des Mangels und des Ueberflusses."

Gall ließ sich durch den geringen Erfolg nicht irre machen. Er begründete im Jahre 1828 eine Zeitschrift, die „Menschenfreundlichen Blätter", welche, nach dem Programme des Herausgebers, entwickeln sollten: wie und wie nicht für die Armen ohne alles Eigentum gesorgt werden müsse, und welche Mittel den arbeitenden Klassen mit geringem Eigentume sich darböten, um sich vor der jedweden Besitz bedrohenden Herrschaft des Geldes zu retten, welche sonst unabwendbar zur Konzentration des Eigentums in wenigen Händen und zur Unterjochung der von ihrer Arbeit lebenden Klassen führen mußte.

Bei den damaligen, für sozialpolitische Bestrebungen so ungünstigen Verhältnissen konnte sich jenes erste sozialistische Blatt in Deutschland natürlich nicht halten und ging bald ein.

Gall beschloß nunmehr, auf andere Weise zu seinem Ziele der Reformierung der Menschheit zu gelangen. Er wollte ein größeres Vermögen erwerben, sich dann in irgend einem Dorfe niederlassen und durch die Vorteile einiger „kommunistischer" Anstalten, wie z. B. gemeinschaftlicher Back- und Waschhäuser, die er auf eigne Kosten einzurichten beabsichtigte, in den Einwohnern selbst die Idee einer allgemeinen Vergesellschaftung, einer Assoziation aller Kapitalien und Arbeitskräfte zur gesamten Produktion hervorrufen. Um die hierzu nötigen Geldmittel zu erlangen, beschäftigte er sich eifrig mit — Erfindungen. Er konstruierte auch wirklich einen neuen Dampfdestillierapparat, durch den er binnen kurzem ein Kapital von 20,000 Thalern zu sammeln hoffte.

Aber das nachgesuchte Patent für den Apparat ward Gall abgeschlagen.

Jetzt nahm unser Sozialist zum zweitenmale den Abschied und ging nach Ungarn, *wo er einen* besseren Boden zu finden hoffte.

Kurz vor seiner Abreise nach Ungarn (1835) hatte Gall eine Schrift „Beleuchtung der Förster'schen Kritik der gerühmtesten Destillier-geräte" veröffentlicht, in welcher er u. a. auch seine sozialpolitische An-sichten genauer dargelegt hat, — eine Wunderlichkeit, die allerdings nicht mehr Wunder nehmen kann, nachdem wir gesehen, daß die Unter-suchungen über das Destillieren indirekt zur Befreiung der Menschheit dienen sollten.

Wir wollen nunmehr auf die von Gall vertretenen Anschauungen eingehen, bei denen, wie wir vorweg bemerken wollen, der Einfluß der Lehren Fouriers, des berühmten französischen Sozialisten, unverkennbar ist.

Gall erklärt die Arbeit für die Quelle aller Güter. Die Arbeiter seien es, welche den gesamten Nationalreichtum hervorbrächten. Und doch seien sie dem schlimmsten Elende preisgegeben. Das liege aber nicht daran, daß zu wenig produziert würde, sondern nur daran, daß Millionen nichts hätten als ihre Arbeitsfähigkeit, die im Verhältnisse zu dem allherrschenden Gelde wertlos sei. Hierin liege die Ursache der Not der Proletarier und damit auch der Not der Landwirte und Gewerbetreibenden, welche infolge der Mittellosigkeit der Proletarier keine Käufer für ihre Produkte fänden.

Der Klassengegensatz zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird von Gall energisch hervorgehoben. Die Gesellschaft — meint er — bestehe noch immer, wie zu den Zeiten der Unterjochungskriege, aus einem Nähr- und einem Zehrstande. Jenen bildeten alle diejenigen, welche die Pro-duktion vollbrächten; den anderen die „Geldprivilegierten", d. h. die von fixen Geldeinnahmen wie Zinsen, Renten, Mieten, Dividenden, Besoldungen, Pensionen u. s. w. lebenden Staatsbürger. „Die Geld-privilegierten und die arbeitenden Klassen — sagt Gall — stehen sich, durch einander widerstrebende Interessen scharf geschieden, feindlich gegen-über; die Lage der Ersteren verbessert sich in demselben Verhältnis als jene der Letzteren sich immer mehr verschlimmert, kümmerlicher, elender wird."

Zur Reform des Bestehenden verlangt Gall, daß die Gesellschaft einem Jeden das Recht auf Arbeit und ein menschenwürdiges Dasein gewähren sollte.

Die Lahmlegung des Großkapitals hoffte er durch Assoziationen der kleinen Eigentümer mit den Arbeitern zu bewirken. Er berechnete, daß eine Gemeinde von 200 Familien mit 500 arbeitsfähigen Individuen durch Zentralisation der Produktion jährlich 40,000 Tagewerke ersparen

würde. Daraus zog er den Schluß, daß es den Assoziationen wohl gelingen könnte, den Einfluß des Großkapitals zu paralysieren. —

Gall ist 1849 aus Ungarn nach Deutschland zurückgekehrt. Er hat sich seitdem durch mehrfache Erfindungen (z. B. eines Futterdämpfapparats, eines tragbaren Dampferzeugers und eines Verfahrens zur Verbesserung geringerer Weine) einen Namen gemacht. Im Sinne sozialistischer Tendenzen ist er nie mehr aufgetreten.

Er ist am 31. Januar 1863 in Trier gestorben.

---

2. Georg Büchners sozial-republikanische Agitation.

Noch in die letzte Zeit von Galls sozial-politischem Wirken auf deutschem Boden fällt eine andere, den Interessen der armen Volksklassen entgegenkommende Agitation, welche im Unterschiede zu jener ersten Regung eine starke Verbrämung mit politischem Radikalismus und in Verbindung damit einen etwas ungestümen Charakter aufzeigt.

Die Agitation, welche wir meinen, fand in Gießen statt und ging von einem zwanzigjährigen Jüngling aus. Dieser Jüngling war Georg Büchner — derselbe, welcher trotz seines frühzeitigen Verscheidens sich einen bleibenden, ehrenvollen Platz in der deutschen Litteraturgeschichte gesichert hat.

Büchner hatte sich als Student in Gießen seit Neujahr 1834 der vom Pfarrer Weidig geleiteten, hessischen revolutionären Agitation angeschlossen. Aber er war viel radikaler als der Pfarrer. So betonte der Jüngling, daß die Republik das Ziel sei, welches durch die Revolution erstrebt werden müsse, während Weidig für ein deutsches Kaisertum schwärmte. Die politische Differenz trat klar zu Tage, als Büchner in Gießen eine „Gesellschaft der Menschenrechte" gründete. Denn als dieselbe auf seinen Vorschlag die Mitglieder statutarisch zum Eintreten für die Revolution und die Republik verpflichtete, erklärte der Pfarrer, dies letztere Prinzip verböte ihm den Eintritt in den Geheimbund.

Die Revolution sollte sich jedoch — nach Büchners Intentionen — nicht mit der Errichtung der Republik begnügen; sie sollte nicht bloß politische, sondern auch ebensosehr soziale Zwecke verfolgen. Ja, seiner Ansicht nach, war eine rein politische Revolution in Deutschland ein Ding der Unmöglichkeit. „Das Verhältnis zwischen Armen und Reichen — sagte Büchner — ist das einzige revolutionäre Element in der Welt; der Hunger allein kann die Freiheitsgöttin werden. Man mäste die Bauern, und die Revolution bekommt die Apoplexie."

Ebenso war seine Stellung zu den bestehenden Einrichtungen eine tiefkritische, ganz im Sinne des Sozialismus eingenommene. Der jetzige „gesetzliche Zustand — meinte der junge Sozialist — macht die große Masse der Staatsbürger zum frohnenden Vieh, um die unnatürlichen Bedürfnisse einer unbedeutenden und verdorbenen Minderzahl zu befriedigen. Und dies Gesetz . . . ist eine ewige, rohe Gewalt, angethan dem Recht und der gesunden Vernunft."

Den materiellen Druck, welcher auf Deutschland lastete, hob Büchner mit besonderem Nachdruck gegenüber dem nur politischen Radikalismus hervor. In seinen Augen war es bei weitem nicht so betrübend, daß „dieser oder jener Liberale seine Gedanken nicht drucken lassen dürfe, als daß viele Familien nicht imstande wären, ihre Kartoffeln zu schmälzen."

Der Sozialismus Büchners ging so weit, daß er den monarchischen Absolutismus dem Liberalismus vorziehen zu müssen erklärte. Wenn es — äußerte er — den Anhängern der letzteren Partei gelänge, die deutschen Regierungen zu stürzen und eine konstitutionelle Monarchie oder auch Republik einzuführen, so bekäme man einen Geldaristokratismus, wie in Frankreich; und da sei schon der jetzige Zustand besser. —

Für die mitgeteilten Ansichten hatte Büchner leicht die Mitglieder seines Geheimbundes gewonnen, da sie ausnahmslos für ihn eine schwärmerische Verehrung hegten.

Aber der junge Sozialist wollte auch auf die Massen wirken, um auf diese Weise die sozial-republikanische Revolution vorzubereiten. Er faßte deshalb den Gedanken, allenthalben Flugblätter verteilen zu lassen. Auch hiermit erklärte sich der Bund einverstanden und versprach thätige Mitwirkung.

Büchner verfaßte demgemäß das erste Flugblatt, betitelt der „Hessische Landbote". Aber die revolutionäre Geheimdruckerei in Offenbach stand unter dem Einflusse Weidigs und nahm nur solche Schriften an, die von diesem das „Imprimatur" erhalten hatten. Büchner mußte sich daher mit dem Pfarrer einigen, und das geschah erst, nachdem von letzterem an dem „Landboten" eine Anzahl Korrekturen vorgenommen worden waren. Es wurden zunächst biblische Citate hineingesetzt. Einiges, besonders die Angriffe gegen die „sogenannte liberale Partei", wurde gestrichen, anderes hinzugefügt, auch sonst noch manches verändert. So ließ der Pfarrer anstatt der „Reichen", gegen welche sich (neben den Fürsten) Büchners Polemik richtete, durchgängig „die Vornehmen" drucken.

Immerhin behielt die Flugschrift noch einen fürchterlich aufreizenden, sozialistischen Charakter. Schon der Anfang ist bezeichnend. Er lautet: „Friede den Hütten! Krieg den Palästen! Im Jahre 1834 sieht es aus, als würde die Bibel Lügen gestraft. Es sieht aus, als hätte Gott die Bauern und Handwerker am fünften Tage und die Fürsten und Vornehmen am sechsten gemacht und als hätte der Herr zu diesen gesagt: Herrschet über alles Getier, das auf Erden kriecht!, und hätte die Bauern und Bürger zum Gewürm gezählt. Das Leben der Vornehmen ist ein langer Sonntag, sie wohnen in schönen Häusern, sie tragen herrliche Kleider, sie haben feiste Gesichter und reden eine eigene Sprache; das Volk aber liegt vor ihnen wie Dünger auf dem Acker. Der Bauer geht hinter dem Pflug, der Vornehme aber geht hinter ihm und dem Pflug und treibt ihn mit dem Ochsen am Pflug, er nimmt das Korn und läßt ihm die Stoppeln. Das Leben des Bauern ist ein langer Werktag, Fremde verzehren seine Äcker vor seinen Augen, sein Leib ist eine Schwiele, sein Schweiß ist das Salz auf dem Tische des Vornehmen."

Der „Hessische Landbote" wurde Mitte 1834 im Großherzogtum Hessen verbreitet. Aber der Erfolg war ein über die Maßen kläglicher zu nennen. Nicht etwa deshalb, weil durch Verrat ein Teil der Flugblätter von der Polizei konfisziert wurde, sondern vor allem: weil die meisten Bauern, denen der Landbote zugesteckt worden war, denselben aus freiem Antriebe an die Obrigkeit ablieferten.

Die weiteren polizeilichen Recherchen zwangen Büchner, Gießen zu verlassen. Er wandte sich zunächst zu seinen Eltern nach Darmstadt. Nachdem er dort eine „Gesellschaft der Menschenrechte" mit denselben Prinzipien, wie sie der gleichnamige Gießener Bund hatte, gestiftet, mußte er ebenfalls entweichen, da offenbar die Untersuchung auf seine Spur geraten war. Er ging jetzt nach Straßburg und schließlich 1836 nach Zürich, wo er im folgenden Jahre als Privatdozent gestorben ist. Der Landbote war und blieb sein einziges politisches Pamphlet. Soweit Büchner in seinen andern Schriften, besonders in dem von genialer Kraft übersprudelnden Drama „Danton's Tod", die soziale Frage streift, bekannte er sich zum Sozialismus.

Inzwischen war jene sozial-republikanische Propaganda vollständig erstickt worden. Die Gesellschaft der Menschenrechte war gesprengt, indem die noch in Deutschland gebliebenen Mitglieder derselben verhaftet und zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt worden. Und doch ging

selbst diese Bewegung, welcher nach so kurzem Dasein innerhalb eng lokaler Grenzen der Garaus gemacht worden war, nicht spurlos vorüber. Zwei bedeutendere Persönlichkeiten der kommunistischen Agitation des folgenden Jahrzehnts, die wir noch näher kennen lernen werden, hatten in Gießen unter Büchner das sozialistische Prinzip in sich aufgenommen, um es nie wieder in ihrem Leben zu verleugnen.

Aber wenn auch die ersten sozialistischen Funken im Entstehen gelöscht worden, so war doch die Wucht der faktischen Verhältnisse so groß, daß der Sozialismus bald hier und dort in heller Lohe aufflackern mußte. Durch behördliche Maßregeln niedergeschlagen, mußte er aus der wirtschaftlichen Lage, aus der Spannung zwischen Proletariat und Bourgeoisie immer neue Lebenskraft schöpfen.

---

3. Beginn der Teilnahme der Arbeiter an den politischen Bewegungen. — Die Stiftung des Kommunisten-Bundes.

In der Zeit nach der Juli-Revolution läßt sich zum erstenmale eine Beteiligung deutscher Arbeiter an den politischen Bewegungen nachweisen.

Damals — 1832 — war unter den Deutschen von Paris auf Aufforderung der „Tribüne" (redigiert von Wirth) nnd des „Westboten" (redigiert von Siebenpfeiffer) ein „Preßverein" gegründet worden, der auf gesetzmäßigem Wege Deutschland zu einem Einheitsstaate mit demokratischer Verfassung zu gestalten trachtete. Diesem Vereine, der in Paris bald den Namen „Deutscher Volksverein" annahm und ca. 100 Mitglieder zählen mochte, trat nun eine Anzahl deutscher Arbeiter bei, die sich auf ihrer Wanderschaft in der französischen Metropole aufhielten.

In den Versammlungen des Volksvereins war zumeist die Rede von der deutschen Einheit und von freisinnigen Institutionen, ohne daß aber direkt republikanische Lehren gepredigt worden wären.

Infolge des Einschreitens der französischen Regierung hatte sich der Volksverein Ende 1833 aufgelöst. Aber sofort stifteten besonders gesinnungstüchtige Mitglieder desselben einen Geheimklub, den „Deutschen Bund der Geächteten", welcher von vornherein einen radikalen, entschieden republikanischen Anstrich hatte. Der neue Bund beabsichtigte nach seinen Statuten: „Die Befreiung und Wiedergeburt Deutschlands und Verwirklichung der in der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte ausgesprochenen Grundsätze."

Etwas näher verzeichnet finden wir diese Ziele in den nur für die Eingeweihten — den sogenannten „Berg" — bestimmten Artikeln. Dort heißt es: „Der Zweck des Bundes der Geächteten ist die Befreiung Deutschlands von dem Joche schimpflicher Knechtschaft und Begründung eines Zustandes, der, soviel als Menschenvorsicht vermag, den Rückfall in Knechtschaft verhindert. Die Erreichung dieses Hauptzweckes ist nur möglich bei Begründung und Erhaltung der sozialen und politischen Gleichheit, Freiheit, Bürgertugend und Volkseinheit, zunächst in den der deutschen Sprache und Sitte angehörenden Ländergebieten, sodann aber auch bei allen übrigen Völkern des Erdbodens."

Der bei der Aufnahme in den Bund zu leistende Schwur lautete: „Ich gelobe bei meiner Ehre: Verschwiegenheit über das Bestehen des Bundes und treuen, aufopfernden Eifer für seinen erhabenen Zweck. Mich treffe Ehrlosigkeit und Tod, wenn ich wortbrüchig werde".

„Den Verräter am Bunde — sprach ein anderer Artikel kurz und bündig aus — trifft der Tod." Indeß scheinen die wackeren Bundesbrüder es in der Praxis mit diesem Statut nicht so genau genommen zu haben; wenigstens hat niemals etwas von einem seitens der „Geächteten" vollstreckten Todesurteil verlautet.

Diesem Bunde schlossen sich bald nach seiner Gründung ungefähr 200 deutsche Arbeiter aus Paris an, die, nach erfolgter Rückwanderung in ihre Heimat, auch dort unter den Handwerkern die radikalen Grundsätze weiter verbreiteten und an manchen Orten Zweigvereine — „Hütten" oder „Zelte" hießen sie in der Bundessprache — gründeten.[1]) Jedoch stand kein Arbeiter an der Spitze des Bundes. Er wurde vielmehr zunächst von dem aus Deutschland flüchtigen Schriftsteller Jakob Venedey geleitet, im Verein mit zwei in Paris lebenden Gelehrten, dem Dr. German Mäurer und dem Dr. Wilhelm Schuster, einem ehemaligen Göttinger Privatdozenten. Sie redigierten auch eine Monatsschrift „Die Geächteten", welche bis Mitte der dreißiger Jahre erschien. In den „Geächteten" wurden die Grundsätze der entschiedenen Demokratie verkündet. Ihre sozialen Forderungen beschränkten sich auf die Aufhebung der das Volk drückenden Abgaben und auf die Einführung einer progressiven Einkommensteuer.

Später trat Venedey — wie er selbst in einer Erklärung in der

[1]) Durch seine 1836 erfolgte Aufnahme in das Zelt zu Frankfurt a. M. ist der ehemalige Student Carl von Bruhn in die revolutionäre Bewegung hineingerissen worden, in der er seitdem stets von Bedeutung gewesen. Zur Zeit der Lassalle'schen Agitation hat er bekanntlich das einzige publizistische Organ derselben, den „Nordstern", redigiert.

„Rheinischen Ztg." vom Nov. 1842 angiebt — aus dem Bunde aus, vor allem deshalb, weil er nicht mit seiner Ansicht durchdrang, daß der Bund aus einer geheimen Verschwörung in eine mehr oder weniger öffentliche Propaganda-Gesellschaft umgewandelt werden müsse. Jetzt wurde Schuster der Hauptführer der „Geächteten". Unter ihm scheinen dieselben in ein mehr sozialistisches Fahrwasser gekommen zu sein. Wenigstens wurde jetzt die gleiche Verteilung der Güter ausdrücklich als Ziel proklamiert. Auch konnten von uns Beziehungen zu kommunistischen Persönlichkeiten konstatiert werden.

Schuster entfaltete eine lebhafte agitatorische Thätigkeit nach Deutschland hin. Er organisierte die Kolportage dreier radikaler Flugschriften: des „Aufrufs eines Geächteten", des „Glaubensbekenntnisses eines Geächteten" und der „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte". Ferner wurde eine Reihe von Emissären nach Deutschland gesandt, welche eine engere Verbindung zwischen den bereits bestehenden Zelten und der Zentralleitung — dem sog. „Brennpunkt" — herstellten und eine Anzahl neuer Zelte schufen.

Die deutsche Polizei kam den „Geächteten" zuerst im Jahre 1840 in Bremen auf die Spur. Nach und nach wurden auch noch Zelte in Berlin, Nassau, Frankfurt a. M. und Mainz aufgespürt. Dieselben bestanden — wie die beinahe zweijährige gerichtliche Untersuchung ergab — fast ausschließlich aus Arbeitern und Kleinbürgern. Die Angeklagten bestritten sämtlich aufs entschiedenste, daß der Bund seinen Zweck durch die Gewalt der Waffen habe erreichen wollen, behaupteten vielmehr, daß dies durch intellektuelle Gewalt, durch allmähliche Heranbildung des Volkes zum Genusse der Freiheit habe erreicht werden sollen. Sie wurden schließlich meist zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt. Nur in Mainz wurden alle Inkulpaten — fast 30 an Zahl — freigesprochen. —

Etwas später, als in Paris, gegen Mitte der dreißiger Jahre, wurden auch die Arbeiter in der Schweiz von der republikanischen Agitation ergriffen.

In diesem Lande hatte damals der Geheimbund „Das junge Deutschland" seinen Hauptsitz. Das junge Deutschland war eine Sektion des internationalen Geheimbundes „Das junge Europa", welches sein Zentralkomitee (die sogenannte „Universalventa") in Paris hatte. Der erklärte Zweck des jungen Europa war die Errichtung einer europäischen Republik. Man dachte dies Ziel durch einen Einfall in das Heimatland, wo gleichzeitig eine Revolution hervorgerufen werden sollte, durchzusetzen.

Ein praktischer Versuch in dieser Richtung war von dem „Giovine Italia" unter Mazzinis Leitung in dem bekannten „Savoyer Zuge" (an-

fangs 1834) gemacht worden, welcher aber vollständig mißlungen war, da die italienische Bevölkerung sich gänzlich apathisch verhalten und die revolutionäre Legion ununterstützt gelassen hatte.

Indessen brachte der unglückliche Ausfall dieses ersten Experimentes die Männer des jungen Europas nicht von ihren Hirngespinnsten ab.

Neben den allgemeinen revolutionär-republikanischen Ideen war ein besonders vom jungen Deutschland gepflegter Gedanke: die Anpreisung und Empfehlung des Königsmordes. Die Führer der deutschen Sektion — Georg Fein, Rauschenplatt, Stromeyer, Harro Harring u. a. — waren meist exilierte deutsche Burschenschafter, welche, getreu den Traditionen der Unbedingten, der alten Burschenschaft von anno 1818, den Königsmord für etwas sittlich Gerechtfertigtes, ja Gebotenes hielten. Und wie einst die „Unbedingten" die Lieder Carl Follens gesungen, in denen es mit nicht mißzuverstehender Anspielung geheißen hatte:

„Mit Purpurgewändern,
Mit Kronen und Bändern
Zum Rachealtar steht das Opfer geschmückt;" —

ebenso wurden jetzt in den Kreisen des jungen Deutschland die Lieder gesungen, welche von Harro Harring und anderen zur Verherrlichung des Königsmordes verfaßt worden waren. Und wie damals alle diese Lehren im Namen des Christentums, — natürlich eines „geläuterten" — gelehrt worden, so geschah es auch jetzt.

Eine derartige Agitation war es, welche unter den deutschen Arbeitern in der Schweiz Wurzel zu fassen begann.

Die Mitteilung der radikalen Ideen an die Proletarier geschah vornehmlich auf Veranlassung eines gewissen Ernst Schüler, früheren Gymnasiallehrers in Darmstadt. Dieser wurde dabei nach eigenem Geständnis von dem Gedanken geleitet, daß die Handwerksburschen, in ihre Heimat zurückgekehrt, dort die oppositionelle Partei verstärken möchten. Demgemäß zog Schüler zu seinem in Bienne 1833 gegründeten Lesevereine mit Vorliebe deutsche Arbeiter heran. Und es beteiligten sich auch wirklich 40—50 derselben an dem jung-deutschen Klub.

Als dann Schüler 1834 Mitglied und sogar Präsident des Zentralkomitees des jung-deutschen Geheimbundes wurde, sandte er an alle Sektionen desselben die Weisung, wo nur irgend möglich, öffentliche Arbeiter-Lese- oder Arbeiter-Kranken-Vereine u. s. w. zu stiften, welche, geleitet von Jungdeutschen, deren Ideen in die Arbeiterkreise bringen sollten. Diese Vereine waren dann zugleich eine vorzügliche Vorschule für den Geheimbund selber, der sich aus ihnen leicht rekrutieren konnte.

Es wurden jetzt faktisch Arbeiterlesevereine in Bern, Zürich, Luzern, Lausanne, Lachaux-de-fonds und einigen anderen Orten gegründet.

Der Verein zu Bern war es auch, der die bekannte demokratische Kundgebung zu Steinhölzli (vom 27. Juli 1834) veranlaßte, an der hauptsächlich Arbeiter teilnahmen.[1])

Bald zeigte sich das Resultat, das man erhofft hatte: eine Anzahl Arbeiter konnte in den Geheimbund aufgenommen werden. Und vornehmlich sollen es die Buchdrucker gewesen sein, unter denen das junge Deutschland Anhang fand.

Nach und nach kam es sogar dahin, daß die Majorität der Mitglieder des Geheimbundes (ca. 300)[2]) aus Proletariern bestand, und daß im Zentralkomitee zu Bienne vom Jahre 1836 von fünf Mitgliedern vier Arbeiter (3 Schriftsetzer und 1 Bürstenbinder) waren.

Mit der Mitgliederzahl mehrte sich auch die Litteratur des jungen Deutschlands. Im Jahre 1835 erschienen mindestens acht, teils prosaische teils poetische Schriften, welche im Sinne der angegebenen Tendenzen verfaßt waren. Einiges war speziell für Arbeiter berechnet. So das Gedicht „Hundert Arbeiter", in dem — in ebensovielen Strophen — hundert Arbeiter verschiedener Gewerke sich bereit erklärten, mit den für ihr Handwerk charakteristischen Instrumenten die Könige umzubringen.

Schließlich, 1836, ließ der Bund auch eine im republikanisch-revolutionären Sinne redigierte Monatsschrift „Das junge Deutschland" erscheinen.

Aber schon wurde die Maßregelung des Bundes eingeleitet.

Bereits am 15. Januar 1835 hatten die deutschen Regierungen den Handwerksgesellen das Wandern nach der Schweiz untersagt.[3]) Aber

---

[1]) Zur Charakteristik dieser Kundgebung sei die folgende Strophe aus einem der dort gesungenen Lieder mitgeteilt:

„Wer brüderlich im Land der Brüder lebt,
Der teilt ein gleiches Heil;
Den Kopf, der frech sich aus dem Volk erhebt,
Den trifft des Volkes Beil."

[2]) Diese 300 Mitglieder waren über 20 Orte der Schweiz verteilt, nämlich über Arbon, Basel, Bern, Bienne, Genf, Glarus, Lausanne, Lachaux-de-fonds, Liestal, Lugano, Luzern, Morges, Neufchatel, Soleure, Teuffen, Thenwyl, Vevey, Wädenschwyl, Wilisau und Zürich.

Übrigens hatte das junge Deutschland auch 5 Klubs in Frankreich, nämlich in: Paris, Lyon, Marseille, Mühlhausen und Straßburg.

[3]) Diese Verordnung wurde erst im Mai 1848 aufgehoben, nachdem sie allerdings vielfach übertreten worden. Als Antwort auf das Wanderverbot erschien

das genügte dem deutschen Bunde nicht, der sich durch die extreme Agitation beunruhigt fühlte. Er wurde bei der Eidgenossenschaft vorstellig, und es gelang ihm wirklich (1836) durchzusetzen, daß die notorischen Jungdeutschen ohne weiteres aus dem Gebiete der Republik ausgewiesen wurden.[1])

Damit war das junge Deutschland gebrochen. Nur einige kümmerliche Reste erhielten sich unter den Handwerkern des Jura, um nach mehreren Jahren den Untergrund für eine neue, noch extremere Agitation abzugeben. —

Mittlerweile hatte sich in Paris der Übergang von deutschen Arbeitern in das extrem-sozialistische Lager vollzogen. Dort wurde nämlich im Jahre 1836 der geheime „Bund der Kommunisten" gestiftet (ursprünglich unter anderem Namen; wie ich vermute, nannte er sich damals „Bund der Gerechten"). Die Organisation desselben ward nach und nach diese: eine gewisse Anzahl Mitglieder bildete eine „Gemeinde"; verschiedene Gemeinden desselben Ortes einen „Kreis"; eine Anzahl Kreise eines Distriktes oder Landes gruppierten sich um einen „leitenden Kreis"; an der Spitze des ganzen Bundes stand die „Zentralbehörde", welche auf einem Kongresse von Deputierten aller Kreise ernannt wurde.

Das Ziel des neuen Bundes war geständlich der Umsturz der deutschen Verfassungen zum Zweck der Errichtung einer kommunistischen Republik.

Der neue Klub bestand fast ausschließlich aus Arbeitern. Aber seine Begründer und ursprünglichen Leiter hatten an deutschen Hochschulen ihre Bildung genossen. Es waren: Dr. Hermann Ewerbeck und Karl Schapper, welch letzterer, als Gießener Student an den Büchnerschen Umtrieben beteiligt, sich der Strafe durch rechtzeitige Flucht zu entziehen gewußt hatte.

Nicht lange nach Entstehung des Bundes schloß sich ihm ein junger intelligenter Mann, der Schneidergeselle Wilhelm Weitling, an. Sein nicht geringer Scharfsinn, seine schlichte und klare Art sich auszudrücken, endlich die Begeisterung, die bald sein Herz für das Evangelium des Proletariats erglühen machte, — das waren Eigenschaften, die dem neuen Genossen nach kurzer Zeit eine hervorragende Stellung im Bunde

---

übrigens sofort eine jungdeutsche Broschüre „Bemerkungen eines deutschen Arbeiters über die Maßregeln ꝛc."

[1]) Unter 36 wegen jungdeutscher Umtriebe Ausgewiesenen konnte der Stand von 5 nicht festgestellt werden. Von den Übrigen waren nicht weniger als 21 Arbeiter; 9 Andere hatten studiert. Von Kaufleuten war nur ein Einziger darunter. Und unter 76 der Teilnahme an jenen Umtrieben Verdächtigen waren 54 Arbeiter und vom Rest 17 ehemalige Studenten.

sicherten. Und als man auf den Gedanken kam, eine deutsche kommunistische Broschüre erscheinen zu lassen, weil es bisher an einer solchen mangelte, da mußte Weitling als ganz besonders geeignet zur Erfüllung dieser Aufgabe erscheinen.

Er verfaßte demgemäß (1838) die Schrift „Die Welt, wie sie ist und sein soll", in der er die Möglichkeit und Notwendigkeit der Abschaffung des Geldes sowie einer gleichmäßigen Verteilung der Arbeit auseinandersetzte und die Gütergemeinschaft als einziges Rettungsmittel empfahl. Für die Herstellung der Broschüre, welche in 2000 Exemplaren verbreitet wurde, mußte sich die kleine Zahl der ohne Ausnahme armen Gesinnungsgenossen vielerlei Entbehrungen auferlegen. Die Einen waren des Nachts als Setzer, Drucker oder Buchbinder thätig, die Andern gaben ihre kleinen, durch mühsame Arbeit erworbenen Ersparnisse her, ja manche brachten, um Geld zu schaffen, ihre wenigen Sachen von Wert nach dem Pfandhause.

Der Kommunisten-Bund scheint auch Beziehungen zu der extremen „Société des saisons" gehabt zu haben, an deren Spitze die Babouvisten Blanqui und Barbès standen. So nahmen an der von diesen versuchten Emeute vom 12. Mai 1839 auch Deutsche Teil. Es befand sich z. B. unter den mit den Waffen in der Hand Gefangenen ein Danziger Schuhmacher, namens Austen. Ferner wiesen die nach dem Putsche von der Pariser Polizei angestellten Recherchen auf eine Verbindung der deutschen Kolonie in Paris mit jener kommunistischen Sekte hin. Vor allem war Karl Schapper — also einer der Führer des Kommunisten-Bundes — kompromittiert. Er wurde in Haft genommen, allerdings bald entlassen, da man ihm keine strafbare Handlung nachweisen konnte, mußte sich aber nunmehr seine Ausweisung aus Frankreich gefallen lassen. Er ging nach London, und seiner unermüdlichen Agitation unter den dortigen deutschen Arbeitern gelang es, neben einem Zweige des Kommunistenbundes (am 7. Februar 1840) einen öffentlichen Arbeiterverein zu schaffen, welcher noch gegenwärtig besteht und unter dem Schutze der englischen Assoziationsfreiheit heute wie damals die kommunistische Propaganda auf dem Festlande nach Kräften fördert.[1])

Damals (1840) ward auch die „Zentralbehörde" des Kommunisten-

[1]) Dieser Londoner Arbeiterverein hat u. a. 1879 die „Freiheit", das berüchtigte, von Most redigierte Wochenblatt, gegründet. Die „Freiheit" ist allerdings dann aus dem extrem-kommunistischen Lager in das extrem-anarchistische [redacted] und hat seitdem nichts mehr mit dem Arbeiter-Vereine zu thun g[redacted]

bundes, welche bis dahin in Paris ihren Sitz gehabt hatte, nach London verlegt, wo sie von nun an fast ununterbrochen blieb. Wir werden ihr noch sehr oft im Verlaufe der folgenden Darstellung begegnen.

---

4. Wilhelm Weitling und sein kommunistisches System.

Noch immer hatte der Kommunismus sehr wenig Anhänger. Wiewohl er sich bald nicht nur auf Paris und London beschränkte, sondern durch die Rückwanderung deutscher Arbeiter auch in der Heimat Eingang fand, wie dies z. B. der Umstand beweist, daß bei einer 1840 stattgehabten polizeilichen Untersuchung in Frankfurt a. M. mehrere Exemplare der pariser deutschen kommunistischen Broschüre „Die Welt u. s. w." gefunden wurden.

Derjenige nun, welcher den deutschen Kommunismus in weiteren Kreisen verbreitete und eine nicht unbedeutende Anzahl von Anhängern um sein Banner scharte, war Wilhelm Weitling.

Weitling stammte aus Magdeburg, wo er 1810 geboren war. Ein Proletarierkind, hatte er schon in frühester Jugend den Kelch bitterster Not bis zur Neige gekostet. Dann hatte er eine harte Lehrzeit durchmachen müssen. Von morgens fünf Uhr bis in die späte Nacht war er zur Arbeit angehalten worden. Als er Geselle geworden, begab er sich auf die Wanderschaft. Dieselbe sollte nicht der Romantik entbehren. Er hatte Liebeshändel, bei denen er, der arme, aber bildhübsche und geistreiche Handwerksbursche einen Habsburger Prinzen von Geblüt ausstach. Als dem letzteren die Mähr von seinem glücklichen Rivalen hinterbracht wurde, tobte er vor Wut und gab seinen Sbirren den Auftrag, den Schneidergesellen zu beseitigen. Aber Weitling wurde noch rechtzeitig gewarnt, und es gelang ihm, zu entfliehen. Er wandte sich nach Paris, wo er bald für den Kommunisten-Bund gewonnen wurde und, wie seine späteren Schriften beweisen, die Lehren Babeufs, St.-Simons, Fouriers und Cabets eifrig studierte. Er hatte dann, wie bereits erwähnt, die Broschüre „Die Welt, wie sie ist und sein soll" geschrieben, als er vom Bunde dazu ausersehen wurde, nach der Schweiz zu gehen und dort, wo der Boden sehr geeignet schien, den Kommunismus zu propagieren.

Zum vollen Verständnis seiner folgenden Agitation ist es nötig, eine Skizze seiner Lehren zu entwerfen.

Weitlings System zerfällt seiner inneren Anlage nach in drei Teile:

in eine Kritik der heutigen Gesellschaftsordnung, in eine Schilderung des Staatswesens der Zukunft und in einen Plan zur Überführung der bestehenden Gesellschaft in den idealen Zustand.

Weitling erklärt das Entstehen der heutigen Gesellschaftsordnung in spekulativer Weise. Er geht direkt von dem biblischen, paradiesischen Urzustande aus, den er als die Zeit seligen Glückes für die Menschheit schildert. Das Glück jener Menschen, welche doch die Annehmlichkeiten des Lebens, wie sie die Zivilisation gewährt, nicht kannten, bestand in der Freiheit und Unabhängigkeit, in der sie alle lebten. Jeder konnte seine Begierden nach Belieben befriedigen. Auf die Jagd gehen, essen und trinken, lieben und spielen, waren die Lieblingsbeschäftigungen des Menschen.

Nach und nach ward die Milch der Tiere eine Nahrung für den Menschen. Um sie ohne viel Mühe haben zu können, zähmte man die friedlichsten von ihnen. So entstand das Hirtenleben und die Teilung der Gesellschaft in Berufsklassen. Bald fing der Schäfer an, die Heerde zu zählen, und der Jäger die Häute; so entstand, ohne daß man es merkte, der Begriff des beweglichen Eigentums. „Das Schaf ist von meiner Heerde, sagt jetzt ein Schäfer zu dem andern mit ernster Miene, die diesen lachen machte. Das Wort „meiner" hatte er nicht verstanden, wohl aber die Miene, die ihm soviel sagen wollte als: „nimm's nicht."

Allmählich gewöhnte man sich an das Recht des Eigentums. Dasselbe war damals wirklich eine zeitgemäße und nützliche Institution; denn an zahmen und wilden Tieren war kein Mangel.

Dann ward der Ackerbau erfunden. Aber da stellte sich der Übelstand ein, daß, wo der eine gesäet hatte, andere ernten wollten. Um dem vorzubeugen, verbanden sich die Ackerbauer zu gegenseitiger Sicherung des Genusses ihrer Arbeit. Da kam im nächsten Jahre ein neuer Adept der Arbeit. Er säete, aber, anstatt sich ein Stück Land urbar zu machen, auf das bereits urbar gemachte Land. „Was, hieß es, ich habe das Land im Schweiße meines Angesichts urbar gemacht, und Du kommst, darauf zu säen? Das Land ist mein! fügte er hinzu, drehte sich aber schamrot um, vor seinem eigenen Ausspruch erschreckend. Das Land ist mein! hallte das Echo nach. Ist sein? fragte der bestürzte Säemann. Mein, sein und unser, wiederholten die horchenden Nachbarn."

Damit war das Eigentum auch an Grund und Boden anerkannt. Es fand keinen Widerspruch; denn das Land war damals im Überfluß vorhanden. Das Gesetz paßte also ganz für jene Zeiten.

Aber seitdem hat sich das Menschengeschlecht bedeutend vermehrt. Der Boden dagegen ist immer derselbe geblieben. Er ist ganz und gar verteilt worden, und es giebt heute kein Stück Land mehr, das nicht einen Herrn hätte, während es eine große Menge von Menschen giebt, die kein Eigentum haben. Damit ist das Eigentum gerichtet. Es ist ein gegen die Gesellschaft verübtes Unrecht geworden, ein unverzeihlicher, schändlicher Diebstahl. Zugleich aber ist es seitdem die Ursache aller Übel, alles Mangels, aller Not.

Zunächst zwang das Eigentum die Gesellschaft, die Erbschaft einzuführen, um den bei dem Tode eines Besitzers um sein Eigentum drohenden Streitigkeiten vorzubeugen. Damit kamen manche ohne irgend welche Arbeit in den Besitz von Produkten, und so wurde der Müssiggang eine Wirkung des Eigentums.

Die gemeinsamen Interessen aber, vor allem die Furcht vor Beraubung, bewogen die Eigentümer, sich zusammenzuschließen und ihre persönlichen Interessen in den Tagen der Gefahr beiseite zu setzen. Jelänger diese Gefahr nun mehreren Stämmen drohte, desto mehr blieben sie miteinander verbunden, und so gewöhnten sie sich durch eine genauere Bekanntschaft und durch die daraus entstehende Gemeinschaft der Sprache und Sitte, sich als eine besondere Gesellschaft zu betrachten. Auf diese Weise entstanden die Völker. Durch die beständigen Feindseligkeiten der Völker gegeneinander bildete sich aber allmählich eine Kluft zwischen ihnen. Um dieselbe besser zu bezeichnen, nahm man die Natur zu Hilfe und erfand die Grenzen. Auch diese wurden sodann Eigentum je eines Volkes. So hat denn das Eigentum den schrecklichsten der Schrecken, den Krieg, hervorgerufen.

Der Krieg machte seinerseits die Sklaverei möglich. Da die Arbeit den Menschen beschwerlich war und vom Krieger verachtet wurde, so kam derselbe auf den Gedanken, die in den Kriegen gemachten Gefangenen, anstatt sie zu töten, zur Arbeit für die Sieger zu zwingen. Dafür wurden sie genährt, hatten jedoch keinen Willen als den ihrer Herren.

Inzwischen hatte sich der Ackerbau immer mehr vervollkommnet, hatten sich die Genüsse des Menschen immer mehr vervielfältigt. Da nun ein jeder zu einer anderen Arbeit vorzüglich geeignet war, so fertigte auch jeder eine andere Gattung von Produkten und tauschte dieselben gegen die Produkte anderer aus. Da aber die Arbeit nicht geregelt war, so speicherten die einen die besten Materialien zur Produktion auf, um dadurch die andern zu zwingen, dieselben von den Aufspeicherern

mit Verlust einzutauschen. So gelangten durch den Tauschhandel manche Unternehmer in den Besitz ungemessener Güter, was ihnen großen Einfluß auf die weniger Begüterten verschaffte. Immer höher stieg damit die Achtung vor dem Reichen, immer tiefer sank darin der Arme. Daher ward „immer mehr Reichtum" das Losungswort jedes Einzelnen und der Eigennutz breitete sich immer weiter aus.

Die Unbequemlichkeit beim Austausch der Produkte führte zur Erfindung des Geldes. Stücke Metall dienten zur Bestimmung der Werte der umzutauschenden Waren. Auf diese Weise erhielten diese Stücke einen Wert, den sie an sich nicht hatten, und den die Launen und Listen des Besitzers vermehrten oder verminderten. Nun konnte man ruhig die Sklaverei abschaffen. Durch das Geld wurden doch die alten Zustände beibehalten, ja verschlimmert. Denn während der Herr dafür sorgte, daß der Sklave sich nicht überarbeitete, um ihn nicht vorzeitig sich abnutzen zu lassen, preßt jetzt der Unternehmer soviel als möglich aus dem Arbeiter heraus, um ihn dann, wenn er schwach ist, auf das Pflaster zu werfen, und ohne sich weiter um sein Schicksal zu kümmern, durch einen anderen, noch kräftigen Arbeiter zu ersetzen. Das Geld hat also das Elend auf die Spitze getrieben. Es hat den Eigennutz aller entfesselt, alles Schamgefühl vernichtet. Früher raubte man junge Mädchen und Weiber, tauschte und vertauschte sie wie das Vieh, entriß sie mit Gewalt den Armen ihrer Eltern, Brüder und Gatten; das Geldsystem hat es so weit gebracht, daß sie sich selber an die Geldmänner verkaufen und Schönheit und Reize, Tugend und Unschuld gegen Geld umtauschen.

Die Minderschätzung des wahren Wertes der Arbeit war früher nicht so leicht möglich wie unter dem Geldsystem; denn der jedesmalige Vergleich der auszutauschenden Produkte verhinderte meistens, daß dieselben zu gering angeschlagen wurden.

Durch das Geld werden aber auch die Begierden und Genüsse der bevorzugten Klassen immer häufiger und unersättlicher, und mit ihnen wird die Last der Arbeit und die Verringerung und Verschlechterung der Lebensmittel der untersten arbeitenden Klassen immer fühlbarer.

Das Geld bewirkt die Korruption, den Betrug, die Fälschung, den Diebstahl. Die, welche das Geld haben, laden und richten die Batterieen der Gesetze und Strafen gegen die, welche es nicht haben. Der Starke beraubt den Schwachen öffentlich und giebt der Beraubung einen gesetzlich nicht strafbaren Namen, wie Kontribution, Steuer, Eigentum, Spekulation, Zins, Pfändung, Prozeßkosten, Lohnverkürzung, Wucher u. s. w.

So hat man nach und nach dem arbeitenden Volke aus dem Pa-

radiese dieser Welt ein Jammerthal geschaffen „voll bitterer Elendskräuter und heißer Thränenquellen." —

Wenden wir uns zu Weitlings Sozialstaat. Der Zweck des Staates ist das Wohl aller. Dieser Zweck kann — nach Weitlings Prinzip — nur verwirklicht werden, wenn jeder dieselben Genüsse haben kann wie der andere, wenn jeder seine Fähigkeiten ebenso entwickeln kann wie der andere. Daher muß eine wahrhaft gute Gesellschaftsorganisation die Freiheit der Begierde jedes Einzelnen und die Harmonie der Begierden aller verbürgen. Die Garantieen hierfür ebenso wie für die fortwährende Vervollkommnung der Gemeinschaft soll der Sozialstaat bieten, welcher, so wie er vorgeschlagen wird, angeblich bereits heute durchgeführt werden kann.

Von den Begierden geht Weitling aus. Er teilt dieselben in drei Hauptklassen: 1. Begierden des Erwerbs. Die Befriedigung derselben heißt: Erwerb, Lohn, Besitz u. s. w. 2. Begierden des Genusses. Ihre Befriedigung heißt: Gesundheit, Wohlstand, Ehre u. s. w. 3. Begierden des Wissens. Ihre Befriedigung heißt: Verstand, Gelehrsamkeit, Talent u. s. w. Von diesen drei Arten von Begierden entspringt eine aus der andern. Denn der Mensch kann nichts genießen, was er nicht schon hat, und nichts haben, ohne zu wissen, wo und wie er es bekommt. Demnach ist die Begierde des Wissens die Haupttriebfeder des gesellschaftlichen Organismus, durch welche alle übrigen geleitet werden sollen, was bisher nicht in genügendem Maße geschah.

Die von allen zur Befriedigung der Erwerbsbegierden angewandten Fähigkeiten machen — nach Weitling — die Produktion aus, die von allen zur Befriedigung der Genußbegierden angewandten Fähigkeiten die Konsumtion. Das zur Kenntnis, Veredelung und Vervollkommnung der Begierden und Fähigkeiten aller Angewandte ist das Wissen, und die durch dasselbe geführte Leitung der Befriedigung der Begierden und des Austausches der Fähigkeiten aller ist die Verwaltung. Damit nun die letztere wirklich von der Wissenschaft und nicht von Individuen geleitet werden, stellt Weitling die Trennung des persönlichen Interesses von der Wissenschaft und die Trennung dieser von den Individuen als oberstes Prinzip auf. Auf Grund desselben darf die Verwaltung weder an einen Fürsten noch an einen Diktator noch an eine republikanische Wahlmehrheit übergehen. Denn alle diese Regierungsformen verwalten das persönliche Interesse.

Die Aufgabe der Verwaltung ist die gleiche Verteilung der Arbeiten und Genüsse nach denselben Gesetzen und die Vertilgung und Heilung *der menschlichen* Schwächen und Krankheiten, welche

die natürliche Richtung stören. Deshalb darf das Verwaltungspersonal nicht den mindesten Vorzug vor anderen Individuen haben. Zur Erreichung des Zweckes der Verwaltung muß ferner ihr Personal aus den größten Genies der nützlichsten Wissenschaften bestehen. Diese Wissenschaften sind aber: 1. Die philosophische Heilkunde, die wichtigste Wissenschaft, welche die ganze physische und geistige Natur des Menschen, seine körperlichen und geistigen Schwächen und Krankheiten und die Kenntnis der Vertilgung und Ausrottung derselben umfaßt. In dieser Wissenschaft konzentriert sich alles nützliche Wissen der heutigen Theologen, Rechtsgelehrten, Mediziner und Philosophen. 2. Die Physik, d. h. die Kenntnis der Kräfte der Natur und ihrer Anwendung zum Wohle der Menschheit. 3. Die Mechanik, d. h. die vollkommene Kenntnis der Theorie und Praxis der verschiedenen Hand- und Maschinenarbeiten.

Es handelt sich nun darum, die größten Genies ausfindig zu machen, um ihnen die Sozialverwaltung zu übertragen. Die Anwendung aller bisher bestehenden oder vorgeschlagenen Wahlsysteme hierzu lehnt Weitling ab, da sie alle das persönliche Interesse bestehen lassen. Er schlägt vielmehr vor, man solle jene Genies durch Prüfung ihrer Fähigkeiten an schriftlichen Fixirungen zu erkennen suchen. Dabei ist nicht die Gegenwart der Person, welche geprüft wird, notwendig. Auf diese Weise kann man bei den Wahlen die Fähigkeiten von den Individuen trennen. Gelehrtenkongresse aller Fächer mögen wichtige, das Wohl der Gesellschaft bezweckende Fragen aufwerfen. Über diese reichen dann diejenigen, welche sich um das denselben korrespondierende Verwaltungsamt bewerben wollen, ihre Ideen schriftlich ein. Der Verfasser der besten Lösung erhält den betreffenden Verwaltungszweig zugewiesen. Die Richter über die eingelaufenen Arbeiten dürfen aber nur solche sein, die selber schon eine derartige Prüfung bestanden haben und daher Mitglieder des Verwaltungspersonals geworden sind. An der Spitze des letztern steht das „Trio" oder der Dreimännerrat, aus den vorzüglichsten Genies in der philosophischen Heilkunde, der Physik und der Mechanik bestehend. Darnach kommt die „Zentralmeisterkompagnie", durch welche jene Dreimänner gewählt und die wichtigsten Ämter verwaltet werden. Dann kommen die „Meisterkompagnieen", welche die Verwaltung der Distrikte leiten. Zur Vereinfachung der Verwaltung wählt jede Meisterkompagnie aus ihrer Mitte den „Werksvorstand", der aus den obersten Fächern jedes Geschäfts besteht. Die Zentralmeisterkompagnie wählt den „großen Werksvorstand", welcher dem Trio als ausübendes Verwaltungspersonal zur Seite steht. Alles dies gilt für

die „notwendigen und nützlichen" Arbeiten. Für die Leitung der bloß „angenehmen" Arbeiten, die nicht allgemein geworden sind, sollen den Meisterkompagnieen „Akademieen" beigegeben sein. Dieselben bilden wie die Meisterkompagnieen einen Ausschuß aus ihrer Mitte, welchen man den „akademischen Rat" nennt. Allen diesen die Verwaltung leitenden Körpern stehen Gesundheitskommissionen zur Seite, welche wieder alle unter der besondern Leitung des Gesundheitsrates stehen. Der letztere unterstützt zusammen mit dem großen Werksvorstande das Trio in der Leitung der Verwaltung des Ganzen.

Alle Verwaltungsämter, welche Talent erfordern und doch nicht mit den Mitgliedern der genannten Komitees besetzt werden können, weil deren Zahl dazu nicht ausreicht, werden von denselben den jeweiligen Fähigsten übertragen. Nur diejenigen Ämter, bei denen die Befähigung keine Rolle spielt, werden von den Arbeitern jedes Geschäftszweiges auf die von ihnen beliebte Art gewählt.

Zu den Mitgliedern aller der vorbezeichneten Verwaltungskomitees werden die Verfasser der besten Lösungen der von den bisherigen Mitgliedern gestellten Fragen ernannt. Wird eine bei der Prüfung durchgefallene Wahlprobe von sovielen Leuten bestellt, daß die Errichtung eines Ateliers für das betreffende Produkt nötig wird, so findet die Aufnahme des Erfinders desselben in die Akademie statt.

Die Amtsdauer des Verwaltungspersonals ist unbestimmt. Die Mitglieder desselben räumen, sobald sie von einem Kandidaten an Fähigkeit und Kenntnis übertroffen werden, diesem den Platz.

Die eigentliche Arbeitsorganisation, deren Leitung sich auf diese Weise in den Händen der höchsten Intelligenz befindet, ist nun folgender.

Jeder kann nur in die Gesellschaft eintreten, nachdem er auf der für alle Arbeiten vorbereitenden Schule ein Examen in der Praxis irgend einer nützlichen mechanischen Arbeit bestanden hat.

Weitling unterscheidet nun, wie schon oben angedeutet, in der Gesellschaft drei Arten von Arbeit: 1. Die notwendigen Arbeiten, d. h. alle Arbeiten für das Gedeihen und den Fortschritt der nützlichen Wissenschaften, für den Unterhalt und die Vervollkommnung der Heilanstalten, für die allgemeine Erziehung der Jugend und den gegenseitigen Austausch der Produkte, sowie die für die Nahrung, Wohnung, Kleidung und Erholung der Glieder der Gesellschaft nötigen Arbeiten. 2. Die nützlichen Arbeiten, d. h. alle die, welche die notwendigen vervollkommnen, z. B. für Bau von Maschinen und Eisenbahnen. 3. Die angenehmen Arbeiten, d. h.

alle die, welche zur Verfeinerung der sinnlichen Genüsse dienen, z. B. für Theater, Bier- und Kaffeehäuser.

Das Trio stellt nun fest, wieviel Produkte des Notwendigen und Nützlichen für das ganze Volk nötig sind. Die zu ihrer Hervorbringung notwendige Arbeitszeit wird unter alle Arbeitsfähigen gleichmäßig verteilt. Dieselben arbeiten demgemäß auch für die Verwaltungsbeamten, die Kranken, die Greise und Kinder. Die Wahl der Arbeit bleibt jedem Individuum überlassen. Auch wird nach Möglichkeit dafür Sorge getragen, daß jeder in den Arbeiten öfters abwechseln kann.

Mit der Pflicht aller zu einem gleichen Anteil an den Arbeiten für das Notwendige und Nützliche steht in Verbindung das Recht aller auf einen gleichen Anteil an den zum Notwendigen und Nützlichen gehörigen Produkten. Die Durchführung hiervon ist die Aufgabe der Werksvorstände.

Anders wird die Produktion und der Verbrauch der Güter des Angenehmen geregelt. Da zu deren Genuß niemand von der Natur gezwungen ist, so muß es im Belieben eines Jeden stehen, davon zu genießen und dementsprechend zu arbeiten. Und zwar wird diese Arbeit in der Produktion des Notwendigen geleistet, um damit diejenigen zu lohnen, welche in der Produktion des Angenehmen beschäftigt sind. Damit sich Leistung und Lohn decken, müssen die Produkte des Angenehmen den zu ihrer Erlangung geleisteten Produkten des Notwendigen genau wertgleich sein. Dies will Weitling dadurch erreichen, daß 1. jeder angeben muß, welche Genüsse des Angenehmen er sich zu verschaffen gedenkt, wodurch das Angebot genau der Nachfrage gleichgesetzt werden kann; 2. dadurch, daß „Kommerzstunden" eingeführt werden. Diese sollen zunächst dazu dienen, den Austausch der Produkte des Angenehmen gegen die Arbeitsstunden des Notwendigen zu regeln. Kommerzstunden nennt aber Weitling alle Arbeitsstunden, welche außerhalb der von der Verwaltung bestimmten Arbeitszeit geleistet werden. Die geleisteten Kommerzstunden erhält jeder in ein „Kommerzbuch" eingetragen. Auf Präsentierung desselben erhält er dann in jedem beliebigen Etablissement die gewünschten Genüsse des Angenehmen, was durch Stempelung im Kommerzbuch bescheinigt wird. Der Wert der Produkte des Angenehmen wird genau nach den zu ihrer Herstellung notwendigen Arbeitsstunden bemessen und ist also auch immer gleich der entsprechenden Zahl von Kommerzstunden. Auf diese Weise würden sich stets die in der Produktion des Notwendigen geleisteten Arbeitsstunden mit den zur Herstellung des Angenehmen geleisteten decken. Ja, es könnte sogar noch ein Überschuß an notwendigen Gütern ein-

treten, insofern der Wert der Güter des Angenehmen mit ihrer Seltenheit steigen soll. Wäre also das Verlangen nach köstlichen Weinen, Juwelen u. dergl. größer, als durch den Vorrat an diesen Waren befriedigt werden kann, so wird der Wert derselben so lange gesteigert, bis Angebot und Nachfrage in vollkommenem Gleichgewichte mit einander stehen. Übrigens muß der Wert aller Genußprodukte schon deshalb um etwas erhöht werden, um zu ermöglichen, daß, nach Weitlings Plan, allen durch Fähigkeitswahlen zu einem Amte Berufenen eine gewisse Summe Kommerzstunden ausgesetzt werden, entsprechend dem Nutzen, welcher aus der Verwirklichung der neuen Ideen für die Gesellschaft hervorgeht.

Jenes Kommerzbuch, in das die geleisteten Kommerzstunden eingetragen werden, ist aber nur für die Dauer eines Jahres giltig. Nach Ablauf desselben werden alle Kommerzstunden ungiltig, welche noch nicht abgestempelt sind, d. h. für welche noch keine Genüsse eingetauscht sind. Mit dieser Maßregel wird beabsichtigt, die Aufhäufung von Gütern in einer Hand zu verhindern. In derselben Absicht hat Weitling die Bestimmung erlassen, daß nichts solle vererbt werden können. Vielmehr sollen alle Produkte sofort der Gesundheitskommission zur Verfügung gestellt werden, welche nach Lage der Dinge ihnen eine allgemein nützliche Bestimmung geben oder sie zerstören können.

Um zu erreichen, daß nichts verschenkt, verspielt oder gestohlen werden könne, enthält das Kommerzbuch das Porträt und das genaue Signalement seines Inhabers. Nur diesem persönlich werden die Genüsse des Angenehmen verabfolgt.

Die Kommerzstunden können in jedem beliebigen Geschäfte geleistet werden. Wird ein solches mit freiwilligen Arbeitern überfüllt, so wird die Geschäftssperre „erlassen", d. h. es wird die Abhaltung von Kommerzstunden darin untersagt. Dadurch wird es möglich, im Zustande der Gemeinschaft jedem die freie Wahl einer angenehmen oder unangenehmen Arbeit zu lassen, ohne daß dadurch bei letzterer Mangel an Arbeitern eintritt. Ist der Zudrang von ständigen Arbeitern zu einem Arbeitszweige zu groß, so wird das Zulassungsexamen immer schwerer gemacht, bis schließlich nur ein normaler Zufluß stattfindet.

Die Leitung der Produktion des Angenehmen geschieht in mancher Hinsicht anders wie die des Notwendigen und Nützlichen. Alle neuen Produkte des Angenehmeu oder Zeichnungen und Proben desselben werden von den Akademieen geprüft und dann in den Kunstsälen aufgestellt, um die Begierden der Lüsternen zu erregen. Alsdann werden je nach den Bestellungen, welche diese machen, von der Akademie die Ateliers für das

neue Kunstprodukt eingerichtet. Alle litterarischen Arbeiten jedoch, die bei der Prüfung der akademischen Wahlkommission durchfallen, werden ebenso wie alle übrigen eingereichten Proben in den dazu bestimmten Sälen zur Durchsicht aufgelegt. Unterschreibt sich dennoch für den Druck eines solchen Werkes eine gewisse Anzahl von Kommerzstunden, so läßt die Akademie das Werk drucken. Dem Verfasser desselben wird eine Anzahl Kommerzstunden ausgesetzt, die jedoch nicht größer sein darf, als die Summe, die ein Arbeiter im Laufe eines Jahres zu leisten im Stande ist.

Das weibliche Geschlecht ist hinsichtlich der Arbeiten ebenso organisiert wie das männliche. Es hat also genau so gut wie dieses seine Werkvorstände, Meisterkompagnieen, Akademieen, Kommerzstunden und Geschäftssperren. Nur können die Frauen nicht Mitglieder des Trio und der Zentralmeisterkompagnieen werden, solange sie nicht dem männlichen Geschlecht an Talent gleichkommen. Hingegen haben die Frauen bei der Wahl der von allen zu verrichtenden Arbeiten vor den Männern den Vorrang, sodaß sie sich also die leichtesten Arbeiten wählen können, wenn sie darin an Geschick den Männern gleichkommen. Die Mütter kleiner Kinder haben noch darin den Vorzug, daß ihnen kein Geschäft gesperrt werden kann; auch sollen für dieselben in allen Geschäftszweigen Plätze offen bleiben, damit sie sich die leichtesten Arbeiten, sowie solche auswählen können, welche sie bequem zu Hause neben ihren Kindern verrichten können.

Diese letzteren treten mit einem gewissen Alter, von etwa drei bis sechs Jahren, in die „Schularmee" ein. Zu dieser gehören sie dann bis zu den Jahren, wo sie durch ein Examen bewiesen haben, daß sie die zum Eintritt in die Gesellschaft erforderlichen Geschicklichkeiten und Kenntnisse in den Arbeiten und Wissenschaften erworben haben.

Wir wollen uns nicht weiter auf das Erziehungssystem Weitlings einlassen, sondern uns mit der Bemerkung begnügen, daß den Fähigsten, die sich bei ihrem Eintritt in die mündige Gesellschaft der Ausbildung in den Wissenschaften auf den Universitäten widmen wollen, der Besuch derselben als Arbeitszeit angerechnet wird.

Im übrigen kennt der Weitlingsche Sozialstaat weder Verbrechen noch Gesetze und Strafen. Alles, was man heute Verbrechen nennt, ist nur Folge der gesellschaftlichen Unordnung. Nachdem diese weggeräumt ist, bleibt nur ein natürlicher Rest menschlicher Krankheiten und Schwächen, den man aber nicht durch Strafen, sondern durch Heilmittel beseitigt. Hierüber gelten folgende Bestimmungen. Alle Kranken stehen

als Unmündige während der Dauer ihrer Krankheit unter der Vormundschaft der Ärzte. Aus derselben wird niemand entlassen und der Gesellschaft zurückgegeben, der nicht für vollkommen geheilt erachtet wird. Als Kranke, werden aber nicht nur diejenigen betrachtet, die wir heute dafür ansehen, sondern auch die „Seelen"- und „Begierde"-Kranken, sowie jeder, welcher die zum Wohle aller festgesetzten Regeln zu umgehen sucht und dadurch die Harmonie des Ganzen stört. —

Damit der hier vorgeschlagene Staat eingeführt wird, ist es notwendig, daß weitlingisch gesinnte Sozialreformer die Regierung in ihre Hand bekommen. Hierzu ist, Weitling zufolge, die Anwendung zweier Mittel notwendig. Erstens die Aufklärung des Volkes, zu der es außer dem persönlichen Eifer der Anhänger noch der Freiheit der Presse und der Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen bedarf. Auf diese Weise wird „geraten". Zweitens aber muß zum angegebenen Zwecke möglichst dafür Sorge getragen werden, daß die schon bestehende Unordnung schnell auf den höchsten Gipfel getrieben wird. Auf diese Weise wird „geholfen". Denn dann wird dem Volke der Geduldsfaden reißen, und es wird die Macht denjenigen Leuten anvertrauen, die seine Lage wirklich und wahrhaft verbessern wollen.

Alsdann wird die Gesellschaft auf folgende Weise aus dem heutigen Zustande in den Sozialstaat überzuführen sein.

1. Alle unsaubern und stark beschädigten Gebrauchsmittel, die ja nur den Armen gehören, werden vernichtet und die letztern einstweilen in die öffentlichen Gebäude und bei den Reichen einquartiert. 2. Alle Schuldscheine werden ebenso wie alle Erb- und Adelsrechte für null und nichtig erklärt. 3. Die Organisation der Arbeit beginnt durch die Wahlen in jedem Geschäftszweige. Jeder an die Spitze der Verwaltung Berufene muß sein ganzes Vermögen der Gemeinschaft übergeben oder auf die Wahl verzichten. 4. Alle Leute, welche der Staat erhält, also besonders die Mitglieder der Verwaltungsbehörden und der Armee, leben mit einander in Gemeinschaft. Sie erhalten alle — ohne Unterschied des Ranges — die gleichen Lebensmittel. 5. Die Steuern werden in rohen Naturprodukten eingeliefert, aus denen die Angestellten erhalten werden. Keiner von diesen wird besoldet. 6. Die Güter der Auswanderer werden konfisziert, ebenso jeder Acker, der unbenutzt bleibt, wiewohl er zur Bebauung geeignet erscheint. 7. Alle Staats- und Kirchengüter werden zum Besten der Gemeinschaft eingezogen. 8. Jeder, der will, kann in die Gemeinschaft eintreten, und zwar zu gleichen Bedingungen wie alle übrigen. Unter denselben Bedingungen wird jeder darin aufgenommen, der nicht mehr

zur Arbeit fähig ist. 9. Die Verwaltung muß ihre Thätigkeit möglichst auf Verbesserung des Ackerbaues und der Schulen richten. 10. In jedem Dorfe, jeder Stadt, jedem Distrikt, wo drei Viertel der Einwohner dafür stimmen, ihre Güter in Gemeinschaft zugeben, muß sich das letzte Viertel fügen.

Durch diese und ähnliche Maßregeln kommt dann der Sozialstaat von selbst. Sollte es aber nicht gelingen, die Verwaltung in die Hände von Weitlingianern zu bringen, so soll man den Besitzern ihr Eigentum selbst zum Ekel machen durch einen furchtbaren Krieg gegen dasselbe. Dann muß eine Moral gepredigt werden, die noch niemand zu predigen gewagt hat.

Möglich wäre es übrigens nach Weitling, daß der Umsturz des Bestehenden auch durch einen Monarchen vor sich ginge. Das wäre kein Übel, meint unser Kommunist. Wenn er nebst Krone und Szepter die Vorurteile des Egoismus in den Staub würfe, so könnte er immerhin bis zur völligen Organisation der Gesellschaft ein Diktator sein. Ja, den Schluß von Weitlings Werke über die „Garantie der Harmonie und Freiheit" bildet der Appell an die Könige, das Werk der Erlösung der Menschheit zu übernehmen.[1])[2])

---

[1]) Über Weitlings System hat kein Geringerer als Karl Marx — allerdings im Jahre 1844, im Pariser „Vorwärts!" — das folgende Urteil gefällt:

„Was den Bildungsstand oder die Bildungsfähigkeit der deutschen Arbeiter im allgemeinen betrifft, so erinnere ich an Weitlings **geniale** Schriften, die in theoretischer Hinsicht oft selbst über Proudhon (dem damals von Marx eine **epochemachende** Bedeutung zugeschrieben wurde!) hinausgehen, so sehr sie in der Ausführung nachstehen. Wo hätte die Bourgeoisie — ihre **Philosophen** und Schriftgelehrten eingerechnet — ein ähnliches Werk wie Weitlings: „Garantieen der Harmonie und Freiheit" in bezug auf die Emanzipation der Bourgeoisie — die politische Emanzipation — aufzuweisen. Vergleicht man die nüchterne, kleinlaute Mittelmäßigkeit der deutschen, politischen Litteratur mit diesem **maßlosen und brillanten litterarischen Debut** der deutschen Arbeiter; vergleicht man diese **riesenhaften** Kinderschuhe des Proletariats mit der Zwerghaftigkeit der ausgetretenen politischen Schuhe der Bourgeoisie, so muß man dem deutschen Aschenbrödel eine Athletengestalt prophezeien. Man muß gestehen, daß das deutsche Proletariat der Theoretiker (man beachte, daß dies als Folgerung aus Weitlings Schrift hingestellt wird!) des europäischen Proletariats, wie das englische Proletariat sein Nationalökonom und das französische Proletariat sein Politiker ist."

Allerdings hat Marx später seine Ansicht über Weitling wesentlich geändert. So spricht er sich in der Revue der neuen Rheinischen Zeitung vom J. 1850 dahin aus, daß Weitling gegen die bestehenden Zustände eine **sentimentale moralische und** psychologische Kritik geltend gemacht habe. Und in seiner [illegible] Vogt

5. Weitlings Schweizer Agitation.

Schon Mitte 1840 hatte Weitling Paris auf einige Zeit verlassen und eine Agitationsreise nach Genf unternommen.

Dort hatten unter den deutschen Handwerkern die republikanischen Ideen des „jungen Deutschland" ihre Auferstehung gefeiert. Ein Arbeiter-Bildungs-Verein war in der Rhonestadt gegründet worden, der sich eines regen Zuspruchs erfreute.

Hier suchte Weitling zunächst Anhänger für sein System zu gewinnen. Aber er stieß auf heftigen Widerstand, und es gelang ihm nur, einige Wenige zu überzeugen; unter ihnen August Becker, der schon als Gießener Student von Büchner für den Sozialismus begeistert worden war und denselben von nun an in der Schweiz mit großem Eifer verfocht.

Von Bedeutung wurde jedoch der Kommunismus erst dann für die Schweiz, als Weitling Mitte 1841 dauernd dorthin übersiedelte.

Unterstützt von den Pariser und Londoner deutschen Sozialisten,

---

(„Herr Vogt") vom J. 1860 bezeichnet Marx Weitlings Lehren als deutsche, phantastische Spielarten des französischen und englischen Kommunismus.

Fr. Engels zollte Weitling selbst noch zu der Zeit Anerkennung, als er schon unter dem Einfluß von Marx' neuen Ansichten stand. So nennt Engels im „Deutschen Bürgerbuche für 1846" den sozialdemokratischen Schneider den einzigen deutschen Sozialisten, der wirklich etwas gethan habe. Und der Wiedergabe eines Fragments aus Fouriers Nachlasse fügt Engels bei: Noch habe kein deutscher Sozialist oder Kommunist, mit Ausnahme Weitlings, irgend etwas geschrieben, was diesem Brouillon auch nur im entferntesten gleich käme.

[2]) Über den Charakter des Agitators sagt Wilhelm Marr, zur Zeit der Abfassung dieses Urteils sein Gegner:

„Weitling ist ein Charakter. Er ist ein Schwärmer, seine Begeisterung für seine Sache trägt ein religiös-fanatisches Gepräge;" mit „heiligem Ernste" verteidige er seine Überzeugung; eifrig strebe er nach Selbständigkeit. —

Weitlings Äußeres wird vom russischen Publizisten Anienkow im „Wjestnik Jewropy" vom J. 1880 folgendermaßen geschildert: „Der Schneider Weitling war ein hübscher, blonder, junger Mann in einem etwas stutzerhaft geschnittenen Röckchen, mit kokett gestutztem Bärtchen und glich eher einem commis voyageur als dem finstern, verbitterten, von der Last der Arbeit und des Gedankens niedergedrückten Arbeiter, als den ich ihn mir vorgestellt hatte". —

Der Polizeibericht vom J. 1853 entwirft die nachstehende Personalbeschreibung von Weitling. Größe: 5 Fuß 7 Zoll Hamburger Maß. Statur: schlank. Haare: dunkelblond. Stirn: frei. Augenbrauen: blond. Augen: blau. Nase und Mund: gewöhnlich. Bart: schwarzbraun. Kinn: behaart. Gesicht: oval. Gesichtsfarbe: gesund.

sowie wahrscheinlich auch von einigen waadtländischen Notabeln, die seinen Ansichten insgeheim zugethan waren, gründete er eine Monatsschrift, den „Hilferuf der deutschen Jugend." Sie erschien zuerst in Genf, dann, seit 1842, unter dem Titel „Die junge Generation", nach einander in Bern, Vevey, Langenthal und Zürich. Die dem Blatte von den Schweizer Kantons-Regierungen in den Weg gelegten Hindernisse veranlaßten den häufigen Wechsel seines Druckorts.

Es vertrat von Anfang an streng den Standpunkt der Emanzipation des vierten Standes. Mit Nachdruck betonte es das Klasseninteresse der Arbeiter.

„Auch wir deusche Arbeiter — so hieß es schon in der ersten Nummer des Hilferufs der deutschen Jugend — wollen uns in die Reihe der für den Fortschritt Arbeitenden drängen. Auch wir wollen eine Stimme haben in den öffentlichen Beratungen über das Wohl und Wehe der Menschheit; denn wir, das Volk in Blusen, Jacken, Kitteln und Kappen, wir sind die zahlreichsten, nützlichsten und kräftigsten Menschen auf Gottes weiter Erde. Auch wir wollen eine Stimme erheben für unser und der Menschheit Wohl, damit man sich überzeuge, daß wir recht gut Kenntnis von unsern Interessen haben und, ohne von lateinischen, griechischen und kunstgemäßen Ausdrücken aufgeschwollen zu sein, recht gut und zwar auf gut deutsch zu sagen wissen, wo uns der Schuh drückt. Auch wir wollen eine Stimme haben, denn wir sind im neunzehnten Jahrhundert, und wir haben noch nie eine gehabt. Auch wir wollen eine Stimme haben in der öffentlichen Meinung, damit man uns kennen lerne, denn man hat uns bis jetzt wahrhaftig immer verkannt. Auch wir wollen eine Stimme haben, damit wir unserm gepreßten Herzen Luft machen und unsre gerechten Klagen hinaufdringen in die Ohren der Gewaltigen."

Zugleich kämpfte der Hilferuf und seine Fortsetzung, Die junge Generation, gegen den rein politischen Radikalismus an, bekannte, daß mit der bloßen Republik wenig geholfen sei[1]) und forderte energisch die Abschaffung des Privateigentums. —

[1]) So heißt es in der Jungen Generation vom August 1842 in einer Korrespondenz aus Aarau: „Ich habe als Schweizer, wie Sie als Deutscher, die Schule der Politik durchgemacht und bin, wie Sie, dahin gelangt, daß ich nicht mehr wie früher glaube, daß nur der Schweizer als Republikaner durch seine Gesetze und Verfassungen frei sei und in dieser Beziehung die Schweiz als Musterstaat aufgestellt werden könne. Ich bin zur Erkenntnis gelangt, und zwar zu einer traurigen, daß wir Schweizer in vielen Kantonen eine schöne, freie, [illegible] haben, aber, leider Gott, nur zum Scheine, auf dem Papiere.

Neben der Propaganda durch die Presse ging eine nicht minder eifrige Agitation mittelst des Wortes. Weitling selbst trat des öfteren in Arbeiter-Versammlungen, besonders in den vom angeführten Genfer Vereine veranstalteten, auf.

Um demselben ein recht praktisches Beispiel von der Richtigkeit der Gemeinschafts-Theorie zu geben, schlug der Agitator vor, eine Kostanstalt für die Mitglieder herzustellen. Das Lokal hierzu verursachte keine besonderen Auslagen, da das Vereinszimmer, welches sonst den ganzen Tag bis auf den Abend leer stand, zu jenem Zwecke dienen sollte.

Weitling rechnete den Arbeitern vor, daß die Kostanstalt einen jährlichen Reingewinn von über 14000 Frks. abwerfen müßte. Der Verein nahm den Antrag an, wählte aber, da er in seiner Mehrheit gegen die kommunistischen Prinzipien aufgebracht war, den Erfinder der Idee nicht zum Verwalter des neuen Instituts, obwohl er sich erboten

---

keit jedoch haben wir die gleichen Herren und Knechte wie in Deutschland, Frankreich, England, ja in der ganzen Welt . . . .

Wenn ich an alle aus der Armut und dem Elende entsprungenen Übel denke, an dieses Treibjagen nach Eigentum und die daraus hervorgehende, fürchterliche Unordnung, an die Mühen und Plagen, mit welchen der Arme zu kämpfen hat, so vergesse ich Schützen- und Sängerfeste, und wie sie alle heißen mögen, diese Feste der Reichen und Begüterten. Wo haben die armen Schweizer ihr Fest? Wo haben die Taglöhner ihre gleich berechtigten Anläße von Freuden und Genüssen? Darum habe ich alle diese Feste satt, diese Trinksprüche bei dem Klange gefüllter Gläser und dem Geklinge gespickter Beutel. Wo ist der armen Schweizer Vaterland? Wo ihre Freiheit und Gleichheit, die man ihnen in Poesie und Prosa überall so goldglänzend herausmalt, mit welchen man sich bemüht, ihre Begeisterung zu beleben? Auf den Webstühlen, in den Wäldern, auf den Äckern, wo sie überall für einige Batzen Andern arbeiten müssen. Worin besteht denn in dieser Beziehung der gewaltige Unterschied zwischen der Schweiz und den Ländern des Despotismus, wenn die Armut verhindert, die geistige Freiheit auszubilden? . . .

Was bekümmert sich ein Volk, welches genug mit den größten Bedürfnissen zu kämpfen hat, um Verfassungen und Gesetze; wo soll es die Zeit hernehmen, diese zu studieren und kennen zu lernen, wenn es vom frühen Morgen bis in die späte Nacht angespannt ist? . . .

Wir haben zwar nur wenig Geburtsadel, und dieser als solcher hat nur wenig zu bedeuten, desto größer aber ist unser Geldadel. Nirgends als in der Schweiz ist dieser anmaßender und hochmütiger, in jedem kleinen Orte und Städtchen ist die Bürgerschaft in zwei bis drei Klassen eingeteilt, die nichts mit einander gemein haben.

Mein nächster Brief wird Ihnen noch einige frappante Beispiele unserer gepriesenen Freiheit und Gleichheit vor die Augen führen, welche für die Begriffe: Vaterland, Freiheit und Gleichheit, wie man sie heutzutage versteht, abkühlend

hatte, keinen Lohn für sein Amt anzunehmen, wenn der erhoffte Gewinn sich nicht herausstellen würde.

Die Kostanstalt wurde faktisch in größerem Maßstabe eingerichtet. Aber — nach Verlauf eines Jahres ging der Kassirer mit der ganzen Kasse von 9000 Franken durch. Er hatte zwar von seinen Kostgängern das Geld eingezogen, jedoch fast keine einzige Rechnung bezahlt. So war das erste „praktische" kommunistische Experiment verunglückt, welches allerdings nichts gegen die neue Lehre an sich bewies, aber doch nicht sonderlich dazu angethan war, ihr Anhänger zuzuführen.

Inzwischen war es im Genfer Arbeiter-Verein zu heftigen Streitigkeiten zwischen den Demokraten und den Kommunisten gekommen, die schließlich zum Austritt der letzteren und zur Gründung eines eigenen Vereins ihrer Richtung führten.

Bald darauf wurden auch in Locle, Lausanne und Lachaux-de-fonds unter den deutschen Arbeitern Kommunisten-Vereine[1]) gegründet, von denen ebenfalls Kostanstalten eingerichtet wurden. Aber auch sie rentierten sich sehr schlecht, obwohl keinerlei Unterschleife vorkamen. Und binnen kurzer Zeit hatten die Vereine infolge davon je mehrere tausend Franken Schulden.

Nach und nach gewann der Kommunismus in den wichtigsten Orten der Schweiz Anhang. Wiewohl man allerdings in den wenigsten aus Rücksicht auf die Behörden und auch manchmal auf die Volksstimmung offen mit Vereinen hervorzutreten wagte. Jedenfalls sind außer in den bereits genannten Städten noch kommunistische Fähnlein konstatiert in Aargau, Zofingen, Zürich, Winterthur, Bern, Murten, Neufchatel, Vevey und Morges.

Ueber die Prinzipien, nach denen der Aufbau der neuen Organisation versucht wurde und zunächst auch bis zu einem gewissen Grade gelang, mag das Folgende mitgeteilt werden:

Der Kommunistenbund sollte nach Lage der Dinge in der Schweiz ein einheitliches Ganze bilden, bestehend aus mehreren großen und kleinen Vereinen, sowie aus einer Menge vereinzelter, überallhin zerstreuter Individuen. Die Gleichgesinnten eines Ortes versammelten sich regelmäßig von Zeit zu Zeit, wenn ihrer auch noch so Wenige waren; sie mieteten da, wo sie in größerer Zahl waren, eigene Vereinslokale; wenn man ihnen die Zusammenkünfte darin untersagte, fanden sie sich

[1]) Die Kommunisten-Vereine bezeichneten sich nicht offiziell als solche. So nannte sich der Lausanner K.-Verein: „Volkstümlicher Gewerbstandsverein".

in den Wohnungen, Werkstätten und Wirtshäusern in kleineren Gruppen ein; sie hatten die Verpflichtung, die kommunistischen Ideen bei der Arbeit, bei Tische, in ihren Schlafzimmern und auf ihren Spaziergängen zu propagieren.

Alle Kommunisten hatten sich als Brüder zu betrachten, sich gegenseitig mit „Du" anzureden und einander jedwede Beleidigung zu verzeihen.

Ferner wurde es als eine ihrer Aufgaben bezeichnet, sich durch Studium und Diskussion über soziale Systeme immer mehr auszubilden und zugleich durch Umgang mit Andersgesinnten oder Indifferenten unter diesen soviel als möglich neue Anhänger für das Evangelium des Proletariats anzuwerben. Als Vereinsregeln waren festgestellt:

Mäßigkeit in allen Genüssen des Lebens zu beobachten; jede Ohrenbläserei mit Beschämung des Ohrenbläsers zurückzuweisen; jede Unzufriedenheit mit dem Betragen eines der Brüder ihm selbst unter vier Augen zu äußern und nicht vorher gegen einen andern; jeden, der öffentlich beleidigte oder Schimpfworte brauchte, als einen Kranken anzusehen, der im Augenblicke nicht Herr seiner selbst sei; ebenso jeden Verbrecher als Kranken zu betrachten.

Ferner war durch die Vereinsregel zur Pflicht gemacht: keinen Verein zu verlassen, ohne dem Vorsteher einige Tage vorher die Abreise und das Ziel der Reise zu melden, um etwaige Aufträge mitzunehmen; in jeder Stadt, wo keine Vereine bestanden, die Gründung neuer zu versuchen: wenigstens alle drei Monate an die Vereine zu schreiben, denen man früher angehört hatte, und ihnen über die gethane Propaganda Bericht zu erstatten; endlich eine kleine monatliche Beisteuer zum Zwecke der kommunistischen Agitation zu entrichten.

Bei der Aufnahme in den kommunistischen Verein wurden an den Neuaufzunehmenden u. a. folgende Fragen gerichtet:

Wir Arbeiter sind endlich müde, für die Faullenzer zu arbeiten, in Entbehrung zu leiden, während die andern im Überfluß schwelgen; wir wollen uns von den Egoisten keine drückenden Lasten mehr auferlegen lassen, keine Gesetze mehr respektieren, welche die reichsten und nützlichsten Menschenklassen in der Erniedrigung, Entbehrung, Verachtung und Unwissenheit erhalten, um einigen wenigen die Mittel an die Hand zu geben, sich zu Herren dieser arbeitenden Massen zu machen. Wir wollen frei werden und wollen, daß alle Menschen auf dem Erdenrund so frei leben wie wir, daß keiner besser und keiner schlechter bedacht werde wie der andere, sondern alle sich in die gesamten Lasten, Mühen, Freuden

und Genüsse teilen, d. h. in Gemeinschaft leben. Willst Du so wie wir? — Damit der Eifer in den Versammlungen wach gehalten werde, verpflichtet sich jeder von uns, nie darin zu fehlen, außerordentliche Umstände ausgenommen. Glaubst Du diese Verpflichtung ebenfalls eingehen zu können? — Jeder Aufgenommene abonniert sich auf wenigstens ein Exemplar der Jungen Generation, so lange dieses Blatt existiert; kannst Du dieses Opfer gleichfalls bringen? — U. s. w.

Die Mitglieder dieser Organisation rekrutierten sich nicht aus der am schlechtesten bezahlten Arbeiterkategorie oder überhaupt aus Notleidenden. Es wird vielmehr ausdrücklich — amtlicherseits — konstatiert, daß der Kern der Sozialisten durchgängig aus gut bezahlten Arbeitern bestand. Und so wurde hier eine Erfahrung gemacht, die sich seitdem in der Geschichte der Arbeiter-Bewegung so oft wiederholt hat: die besser situierte Proletarierschicht war es überall und stets, welche die Fahne der Emanzipation des vierten Standes mit Begeisterung ergriff und hochhielt. Das, was die Arbeiter hierfür einstehen hieß, war das Gefühl der Klassensolidarität, welches wie Lexis in seinem Werke über die französischen Gewerkvereine mit Nachdruck hervorgehoben hat, erweislich eine große, neben dem individuellen Egoismus wirkende Potenz ist. Es ist somit ein gewisses ideales Motiv, welches die Arbeiter dazu trieb, sich in ihren sozialistischen Konventikeln zu versammeln, — ein ideales Motiv, dessen Vorhandensein selbst von dem der neuen Lehre so feindlich gesinnten, offiziellen Züricher Bericht zugegeben werden muß.

Auch waren die Arbeiter in den Kommunisten-Vereinen, welche ja den Hauptherd bildeten, intelligente Männer, welche einen außerordentlichen Trieb nach Bildung hatten. Sie bezahlten Lehrer, welche sie in den verschiedenen Bildungszweigen, in Rechnen, Geschichte, Geographie, fremden Sprachen u. s. w. unterrichteten. So gewährte der Lausanner Kommunistenverein seinem Lehrer für den Unterricht freie Kost und 10 Frks. für je 5 Stunden. Und dieser Umstand, daß der Proletarier seine wenigen Mußestunden, die ihm nach schwerer, physischer Arbeit gelassen worden sind, zu geistiger Thätigkeit verwendet und dafür noch seine sauer genug erworbenen Groschen hingiebt, — dieser Umstand, sage ich, der sich seitdem in der Geschichte noch so oft wiederholt hat, ist ein Beweis dafür, ein wie gewaltiger Drang nach Denken und Wissen in unserem modernen Arbeiter schlummert. Und das ist eines der Momente, welche dem vierten Stande die Berechtigung zu einer höheren Stellung in der Gesellschaft geben, als er faktisch einnimmt. —

Noch im Jahre 1842 gab Weitling in Vevey sein Hauptwerk

umfangreichen „Garantieen der Harmonie und Freiheit" heraus (in einer Auflage von 2000 Exemplaren).[1]) Um den Druck des Buches zu ermöglichen, hatten die Schweizer Arbeiter mit hochherziger Opferfreudigkeit ihre Ersparnisse hergegeben. Weitling selber sagt darüber: „Wenn Rothschild hundert Millionen zur Beförderung gemeinnütziger Zwecke hergäbe, so müßte er sich noch vor diesen Arbeitern inbezug der Aufopferung schämen, von denen vier ihre ganze Barschaft von 200 Schweizer Franken zur Beförderung des Druckes des letzterschienenen Werkes hergegeben haben."

Dasselbe hat seiner Zeit großes Aufsehen erregt, und mit Recht. Denn es ist außerordentlich klar, teilweise sogar packend geschrieben und enthält eine geistreiche, ja in manchen Punkten originelle Darlegung der Prinzipien des Kommunismus. Dieselben sind nicht ins Blaue hinein aufgestellt, sondern erscheinen als Konsequenzen von philosophischen Anschauungen, welche die Grundlage seines Systems bilden. Auch legen die „Garantieen" Zeugnis ab von der Belesenheit ihres Autors und von einem zum Teil recht gründlichen Verständnisse der früheren sozialistischen Litteratur.

War auch Weitling, „der neue Knipperdolling", wie ihn die Augsburger „Allgemeine Zeitung" nannte, die Seele der kommunistischen Agitation in der Schweiz, so wurde dieselbe doch nicht von ihm allein geführt. Neben ihm waren besonders noch August Becker, Sebastian Seiler und Albrecht, „der Prophet" thätig.

Becker war in Gießen als Student der Theologie der intimste Freund Büchners gewesen, welcher ihn, der bis dahin Weidigs politischen Radikalismus geteilt, zum Sozialismus bekehrt hatte. Nach Entdeckung der Gießener Umtriebe war Becker verhaftet und nach jahrelanger Untersuchungshaft zu einer Gefängnisstrafe von 4 Jahren verurteilt worden. Gleich nach dem Gerichtserkenntnis amnestiert, ging Becker 1839 in die Schweiz und hatte von Anfang an die in Genf aus der Arbeiterklasse heraus entstandene Bewegung mitgemacht. Als dann Weitling auftrat, schloß er sich ihm sofort an und machte für seine Ideen besonders in Genf und im Waadtlande Propaganda; er verfaßte auch in ihrem Sinne zwei Broschüren: „Volksphilosophie unsrer Tage" (1843) und „Was wollen die Kommunisten?" (1844).

Marx, gegen den Becker selbst eine heftige Polemik (im Pariser „Vorwärts" von 1844) geführt hatte, erklärt über ihn: er sei nicht ohne

[1]) Die „Garantieen" erschienen 1849 in dritter Auflage. Vorher war schon das Werk ins [illegible]che übersetzt worden.

Witz, und das Drollige, oft Kindlich-Gemütliche seiner Art und Weise sich auszudrücken, mache ihn zu einem angenehmen Gesellschafter; ein aufrichtiger Anhänger des Kommunismus, sei er unselbständig im Charakter und eigne sich zum Werkzeug anderer, sobald diese seinen Lieblingsideen zu schmeicheln verständen.[1])

Wir müssen hinzufügen, daß Becker einen gewissen Cynismus besaß, der allerdings durch eine höchst traurig verlebte Kindheit und Jugend veranlaßt war. In der Wahl der Mittel war er nicht wählerisch und vermochte echt jesuitisch zu Werke zu gehen, wie sein weiter unten zu erzählendes Verfahren Herwegh gegenüber beweist.

Er nährte sich durch Korrespondenzen für die (in Köln erscheinende) „Rheinische Zeitung", zu deren Redakteuren bekanntlich auch Karl Marx gehörte, mußte aber selbstverständlich bei seinen Artikeln für dieses Blatt die kommunistische Tendenz etwas verhüllen. Er stand in regem Briefwechsel mit Weitling und scheint überhaupt dessen intimster Vertrauter in der Schweiz gewesen zu sein.

Sebastian Seiler (aus Lüben in Schlesien) war Aktuar in Liegnitz gewesen, hatte sich in die Schweiz begeben und dort unter dem Pseudonym „Sebastiano" mancherlei in demokratischem Sinne geschrieben. Später machte er, ebenso wie es seiner Zeit Becker gethan, den Schritt von der Demokratie zum Kommunismus. Er war der Vertrauensmann Weitlings in Murten. Er gab im folgenden Jahre die mehr oder weniger extremsozialistischen Bücher heraus: „Das Eigentum in Gefahr! Oder was haben Deutschland und die Schweiz vom Kommunismus und Vernunftglauben zu fürchten?" und den „Krieg zwischen der Schweiz und Frankreich im Jahre 1838. Verursacht durch eine Schürze, einen Spion und die bernische Aristokratie."

---

[1]) „Becker — schrieb mir sein Universitätsfreund, der Lausanner Professor Wiener, der übrigens auch mit ihm während seiner sozialistischen Agitation in Lausanne regen Verkehr unterhalten hatte — war ein ehrlicher, trotz rotem Bart und etwas vernachlässigter Kleidung bei jung und alt sehr beliebter Mensch von feiner, ästhetischer Bildung. Man mußte ihn Goethesche Gedichte lesen hören! Ein Fanatiker ist er nie gewesen; ließ er sich doch sogar gefallen, wenn man — was zu weit gegangen war — behauptete, er hänge dem Kommunismus nur an, weil derselbe in ein System bringe, was er selbst schon lange vorher geglaubt und geübt hatte. „Der Mensch ist unglücklich, wenn er nicht arbeitet", sagte er manchmal und teilte, je nach Umständen, das Lächeln seiner ihn dabei mit den Augen messenden Freunde. Dem Spruche: „wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen" genügte er auch, soweit als möglich, durch eine große Mäßigkeit. Sein Einfluß auf [illegible]munisten war ein höchst wohlthätiger, form*los, doch klar und nachha[illegible]*".

Über die bisher beurteilten Kommunistenführer hat sich auch Bluntschli in dem offiziellen „Kommissional-Bericht an die H. Regierung des Standes Zürich" in einem gewissen anerkennenden Sinne ausgesprochen. „Es läßt sich nicht bestreiten, — sagt jener später zu so großer Berühmtheit gelangte Gelehrte — daß die Kommunisten, die am häufigsten mit Weitling korrespondieren, keineswegs den Eindruck von gedankenlosen Schwärmern machen. Weitling selbst hat in seiner Sprache, bei aller Einseitigkeit seines Prinzips und trotz der Verworfenheit seiner Tendenz, etwas Verständiges, Klares, Anschauliches, zuweilen sogar bei aller Unnatürlichkeit und bei aller praktischen Unmöglichkeit seiner Vorschläge etwas Praktisches".

Im Gegensatze zu den angeführten Kommunistenführern war Albrecht (aus Altenburg) in jeder Hinsicht unbrauchbar. Er war in den dreißiger Jahren in demagogische Umtriebe verwickelt gewesen und zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die einzige Lektüre, die ihm hier bewilligt worden, war die Bibel. Diese wurde nun von dem Manne, welcher während der Haft wahnsinnig wurde, nach seinem eigenen hirnverbrannten „Systeme" ausgelegt.

Nach Verbüßung seiner Strafe war Albrecht nach der Schweiz gegangen und hatte sich dem Kommunismus ergeben, welcher seiner kranken Phantasie den letzten Gnadenstoß gab.

Albrecht, „der Prophet", wie er sich selbst nannte, erklärte den Gotthard für den biblischen Berg Sinai, die Schweiz für die Wüste, den König von Preußen für den direkten Nachkommen des Königs Saul, den Fürsten Radziwill aus dem Hause Serubabels für den Messias. Dieses alles „bewies" der Mann aus der Bibel. Zeigte sich Albrecht auf der Straße, so verhöhnten ihn ob seiner Kleidung die Gassenjungen: was ihn baß vergnügte, da es beweise, wie er sagte, daß „ihm das Volk gläubig vertraue und ihn als Schrecken der Baalspriester begrüße."

Albrecht agitierte in verschiedenen Kantonen, besonders im Norden und Osten der Schweiz. Er schrieb die Broschüren: „Das Ziel im Rosenlichte, eine Mahnung an die Wilhelm Tells unsrer Zeit," „Das baldige Wiedersehen am Altare der Freiheit" (Festgedichte), „Die Wiederherstellung des Reiches Zion", den „Aufruf an die Frauenwelt" (sämtlich 1842), „Die Herausforderung der Priesterwelt" (1843), u. s. w. Die Schriften „entwaffnen — wie ein Kritiker jener Zeit schreibt — die Kritik durch ihre gutmütig gläubige Sprache und den komisch stillen Wahnsinn, welcher aus ihnen hervorsticht."

Übrigens erschien er auch manchem seiner kommunistischen Parteigenossen im Lichte der Narrheit.[1])

Aber es ist schlimm genug, daß dieser Mensch sich überhaupt noch als Agitator aufspielen konnte. —

Neben all der angeführten Agitation durch das Parteiorgan, die Broschüren, die Vereine und Versammlungen verlegte man sich auch systematisch darauf, in radikale, nicht kommunistische Blätter Artikel zu lancieren, welche die neue Lehre in der einen oder andern Weise mehr oder minder empfahlen.[2])

Auf dieselbe Weise suchte man auch von der Schweiz aus auf Deutschland im Sinne des Kommunismus zu wirken.[3])

Wie später Lassalle durch Gewinnung von Männern von anerkannter Bedeutung für seine Ziele die Arbeiterbewegung zu fördern suchte, so auch Weitling und seine Anhänger.

Vor allem hatten sie auf Georg Herwegh ihr Augenmerk gerichtet, der als Verfasser der „Gedichte eines Lebendigen" außerordentlich populär war. Ein Arzt aus Zofingen, der ein eifriger Anhänger Weitlings war, versprach diesem, den berühmten Dichter für seine Sache einzunehmen. Als dann der letztere im April 1843 nach Genf kam, wurde er mehrmals in den Kommunisten-Verein eingeladen und zum Gegenstande von Ovationen gemacht, bei denen er ganz als Gesinnungsgenosse behandelt wurde. Daneben hatte allerdings der damalige Führer der Genfer Kommunisten, A. Becker, noch andere Absichten mit ihm, wie ein

---

[1]) Hingegen hieß es in einer — offenbar von kommunistischer Seite stammenden — Züricher Korrespondenz der Rheinischen Zeitung vom Jahre 1842:

„Der Prophet Albrecht wird als ein sehr sittlicher, geistiger und nach der thätigen Seite sehr gescheiter, achtungswerter Mann geschildert; das Rädchen zuviel in seinem Kopfe, nämlich die Einbannung eines Teils seines Denkens in alttestamentliche Vorstellungen, mißt man andauernder Gefangenhaltung einst in seinem Vaterlande bei. ... Er selbst hat die Gottesstimmen schon oft vernommen, wenn er, in Not und Drangsal die Unzulänglichkeit irdischen Rates und weltlicher Weisheit einsehend, sich im Gebet an den Urquell der Weisheit gewendet."

[2]) In der Schweiz begünstigten auf diese Weise den Kommunismus die Zeitungen: Der „Deutsche Bote aus der Schweiz", das Organ der Züricher Radikalen (1842), und nach dessen Eingehen der von Julius Fröbel redigierte „Schweizerische Republikaner" (1843), ferner das in Basel erscheinende „Volksblatt", die ebenda herausgegebene „Schweizer National-Zeitung", das Aarauer „Posthörnchen", der Berner „Seeländer" und die „Dorfzeitung".

[3]) So schrieben Becker und Seiler für die Kölner „Rheinische Zeitung", welche allerdings schon im Frühjahr 1843 verboten wurde. Ferner öffneten der Hamburger „Telegraph" und die „Leipziger Allgemeine Zeitung" den Kommunisten ihre Spalten.

Brief von ihm an Weitling beweist. „Iß und trink gut — schreibt Becker u. a., — damit Du lange lebest und es Dir wohl gehe auf Erden. So arg wie Herwegh brauchst Du's freilich nicht zu treiben. . . . Man darf ihn nicht scheu machen. Warte nur, später, später wollen wir einen Teil seiner Dukaten zu unsern Geschäften in Anspruch nehmen, oder, wenn er nicht herausrückt, ein Broschürli schreiben, unter dem Titel „Herwegh, ein Mann wie die andern." U. s. w. Doch alles dieses ganz unter uns. Laß diese Zeilen keine Hundeseelen lesen." —

Man ersieht hieraus, daß Becker bei Herwegh auch auf den Goldfuchs spekulierte, und, wenn der niedrigen Spekulation nicht entsprochen werden sollte, einen Überfall nach dem Muster der Ritter von der Revolverpresse plante. Übrigens ist nichts bekannt, daß Herwegh in die ihm von den Kommunisten gestellten Netze ging, wenn er auch mit ihren Bestrebungen sympathisierte und zwei Jahrzehnte später zu den ersten gehörte, welche nach Lassalles Vorgang das sozialdemokratische Banner ergriffen.

Auch Karl Gutzkow wurde zum Jünger der Gemeinschafts-Theorie zu machen gesucht. Weitling selbst trat in Briefwechsel mit ihm. Aber so große Teilnahme der berühmte Litterat dem Arbeiterführer entgegenbrachte, so sehr er sein Talent anerkannte, so eindringlich er den Wunsch aussprach, ihn persönlich kennen zu lernen, — seiner Lehre trat er nicht bei, obwohl er in einem Briefe an Weitling das Geständnis machte, „er sei für das kommunistische Prinzip."

Mit etwas mehr Glück, wie bei Herwegh und Gutzkow klopften die Kommunisten bei dem Züricher Professor Follen an, mit dem Weitling viel verkehrte. Der Professor sprach sich sogar einmal für den Kommunismus mit allen seinen Konsequenzen aus, hatte aber dabei doch allerhand Bedenklichkeiten und wurde daher für einen ziemlich „unsichern" Anhänger gehalten. [1])

[1]) Mit Recht. Denn Mitte 1843 erließ er im „Schweiz. Republikaner" eine Erklärung, über welche ein Sozialdemokrat an Weitling berichtet: „Follens Erklärung über den Kommunismus im letzten Republikaner gleicht so sehr dieser Art Leute. — Vorerst diese gelehrte Brühe, dann eine Schlafmützenerklärung, daß sie nicht Kommunisten seien, was sie für ein und allemal und zur Verhütung von Mißverständnissen erklärt haben wollen, dann zum Schlusse ein Einreihen der Kommunisten, ein sogenanntes Gutmachen des früher Gesagten. — Kurz eine Wohldienerei sondergleichen. — Lieber erklärte Feinde als solche faule Freunde! Diese gelehrte Brut kehrt jedesmal so aus, sie wollen eine höhere gute Idee nur für sich ausbeuten, einzig den Philosophen damit machen und und den niedrigen Menschenkindern keinen

Ganz besondere Anstrengungen machten die Kommunisten, um den Dr. Julius Fröbel in Zürich zu gewinnen. Derselbe war von den dortigen Radikalen an die Spitze des neu gegründeten „Schweizerischen Republikaners" (1843) berufen worden. Ohne daß Fröbel sich entschieden zum Sozialismus bekannte, nahm er doch eine ihm sympathische Stellung ein. An Becker schrieb er u. a. — und dies bezeichnet treffend seine ziemlich schwankende Haltung —: „Sagen Sie Weitling, daß ich noch nicht wisse, wie weit ich einzelnen Ideen der kommunistischen Richtung beistimmen könne, daß aber einstweilen mein Herz bei der Sache ist. Ich teile die Menschen in Egoisten und Kommunisten und, so verstanden, gehöre ich zu den letzteren. Die Zukunft wird das wie klar machen, über das was bin ich einverstanden."

Auch auf den Russen Bakunin, welcher 1843 in Zürich lebte, hatten es die Kommunisten abgesehen. Inwieweit dieser sich damals mit ihnen einließ, kann ich nicht bestimmt angeben. Er scheint jedoch von ihnen gewonnen worden zu sein. Wenigstens berichtet Iwan Golowin, der schon in den vierziger Jahren mit Bakunin bekannt geworden war, daß derselbe in der Schweiz eine kommunistische Broschüre in deutscher Sprache herausgegeben habe, weswegen er nach Rußland zurückgerufen worden sei. (Iwan Golowin, „Meine Beziehungen zu Herzen und Bakunin," 1880, p. 48.)

Man ersieht aus dem Angeführten, daß die kommunistische Agitation in der Schweiz kein Mittel unversucht ließ, um ihre Sache zu fördern.

Die Zentralleitung der Propaganda geschah durch Weitling mit großer Umsicht und Überlegung. Er that keinen Schritt von irgend welcher Bedeutung ohne vorherige Verständigung mit den andern hervorragenden Kommunisten, und zwar nicht nur mit den in der Schweiz neben ihm thätigen, sondern auch mit den im Ausland weilenden Parteigenossen. Eine ganz besonders wichtige, ja die hier weitaus am meisten in Betracht kommende Persönlichkeit war ein in Paris lebendes Mitglied des Kommunisten-Bundes, dessen Name nicht genannt ist. Ich vermute aus verschiedenen Gründen, daß es Dr. Hermann Ewerbeck war. Denn wie aus den Briefen des Pariser Korrespondenten hervorgeht, war derselbe kein Proletarier, war mit der neueren deutschen Litteratur, besonders mit der sich an Hegel anschließenden radikalen Philo-

---

Teil daran werden lassen. — Das wäre nach ihrem hohen Sinne keine wahre Philosophie mehr, wenn gar zu viele damit eingeweiht würden, sondern eine Profanie."

sophie sehr vertraut und mit Cabet persönlich in regem Verkehr. Nun trifft das Alles für Ewerbeck zu; während es auf keinen andern paßt, der später irgendwie — und sei es auch nur in untergeordneter Stellung — als Sozialist hervortrat; und es ist doch zu mutmaßen, daß jemand, der die kommunistische Bewegung seit ihrem Beginn auf alle nur mögliche Weise förderte, sie dann nicht spurlos verläßt, zumal wenn er schon die weitreichendsten Verbindungen hat.

Wie es nun aber auch mit der Richtigkeit unserer Hypothese von der Identität des Dr. Ewerbeck mit dem „Pariser Korrespondenten" bestellt sein mag, — der Einfluß, den dieser auf Weitling und damit auf die kommunistische Propaganda übte, ist ein sehr großer zu nennen. Der Korrespondent giebt dem Agitator Ratschläge: wen (z. B. Fröbel) er besonders für seine Doktrin zu interessieren suchen solle; worüber er in der Jungen Generation Aufsätze zu schreiben, wie er seine Ideen zu verbreiten und welche Orte er in den Bereich seines Wirkungskreises zu ziehen habe. Ferner aber hielt er Weitling ab, seine abenteuerlichen Pläne zur Durchführung des Kommunismus — auf die wir bald zu sprechen kommen werden — in Angriff zu nehmen. —

Die Agitation ging indessen ihren Gang fort. In fast allen Kantonen der Schweiz wurden neue Anhänger geworben, in ganz besondern Maße unter den dort weilenden deutschen Handwerkern, zuweilen aber auch unter den Schweizern. Die weitlingianischen Arbeiter-Konventikel schossen wie Pilze aus der Erde. Diese Konventikel versteckten sich besonders gern hinter teils schon bestehenden, teils neu gebildeten Sängervereinen der Arbeiter, um unter harmloser Maske einen Mittelpunkt für die lokale Propaganda zu schaffen.

Die Agitation beschränkte sich bald nicht mehr auf die Schweiz. Man gründete von dort aus auch unter den Deutschen in Marseille einen Kommunisten-Verein und suchte nach Lyon und Brüssel hin Beziehungen anzuknüpfen. Da in Paris und London ebenfalls deutsche kommunistische Gemeinden existierten, so waren in den vornehmlichsten Reisezielen deutscher Arbeiter die Netze ausgespannt, welche den arglos dahinziehenden Wanderburschen auffingen und erst entließen, nachdem er vom Geiste der neuen Lehre vollgetränkt war. Damit war aber unzweifelhaft eine Agitation für Deutschland selber vollbracht, die, wenn auch indirekt, doch mit der Zeit sehr wirksam sein mußte.

Übrigens ging man schon seit Ende 1842 mit dem Gedanken um, unmittelbar nach dem deutschen Reiche hin zu agitieren. Man wollte sich mit dortigen ultra-radikalen Persönlichkeiten in Verbindung setzen und

hoffte hierdurch einige hundert Abonnenten für die Junge Generation zu gewinnen, welche man dann im Wege des Buchhandels einzuschmuggeln beabsichtigte.

Überhaupt hatten die Erfolge, welche für eine anderthalbjährige, unter der Wucht der damaligen Polizei-Verhältnisse mühsam ringende Agitation nicht gering anzuschlagen sind, die Hoffnungen der Kommunisten höher gespannt. Man ging damit um, das offizielle Monatsjournal (unter dem Titel „die Phalanx") öfters erscheinen zu lassen, mehr Broschüren herauszugeben, eine Assoziationsdruckerei für die Herstellung der Parteischriften und eine Assoziations-Buchhandlung für deren Vertrieb zu gründen.

Ja, Weitling verstieg sich in seinen Illusionen soweit, daß er daran dachte, bis zum Jahre 1844 40000 Mann in den kommunistischen Konventikeln versammelt zu haben, mit denen er dann „losschlagen" wollte. Er teilte dies sogar Becker mit, welcher aber in negativem Sinne antwortete.[1])

---

[1]) Die Antwort Beckers mag hier zum Teil wörtlich mitgeteilt werden, da sie bezeichnend ist für die Ansichten desjenigen, der für diese und die nächste Folgezeit zu den bedeutendsten kommunistischen Agitatoren in der Schweiz gehörte. „Wir sind nicht imstande, — schreibt Becker an Weitling — die Welt mit dem rohen Eisen zu erobern. Wir müssen sie erst moralisch tot machen und dann zu Grabe tragen. Wenn dann die Kandidatin des Todes in einer letzten Fieberaufregung mit dem Messer auf uns losstürzt — dann sagen wir ihr: halt Kind! weißt du nicht, daß Kinder mit Messern nicht spielen dürfen, wer das Schwert nimmt, soll durchs Schwert umkommen; — und wir schlagen ihr den Kopf ab. Dann sollst du dein Mütchen kühlen, denn du bist von einer malitiösen Rache erfüllt. Das sollte nicht so sein, lieber Junge. Wenn wir jemanden tot machen, — so darf das nur als Opfer gemeint sein, nicht als Rache. Das Volk hat keine Ursache, seine Unterdrücker zu hassen; ebensowenig als diese Ursache haben, ihre Sklaven zu verachten. Sie sollen beide die gesellschaftliche Ordnung verfluchen und zertrümmern, die sie in ein so falsches, unmenschliches Verhältnis gebracht hat. Sie sind alle schuldig und unschuldig — je wie man es nimmt. Wäre das Volk nicht so träge, so tierisch gewesen, so wären die Reichen unmöglich gewesen; wären die Reichen, nicht gewesen so wäre das Volk nicht so viehisch gewesen. Vielleicht war dieser Jammer notwendig — um das Volk zur Einsicht zu bringen u. s. w. Du selber, ja du selber solltest jetzt ein Buch schreiben mit dem Titel: „Rechtfertigung der Reichen." Es müßte so anfangen:

„Wir gehen einer gewaltigen, welterschütternden Katastrophe entgegen. Zwei Welten, die alte und die neue wollen auseinanderbrechen, die sich selbstverschlingende und selbstgebärende Zeit will eine neue weltgeschichtliche Periode gebären u. s. w. u. s. w. Der Bruch wird ein schrecklicher sein. Das Wehegeschrei der Gebärenden wird wiedertönen an allen Enden der Erde und die zitternden Menschen von einem Pol zum andern erschrecken u. s. w. Die Tempel des Mammons werden niederge-

Weitling ging damals noch mit einem andern Gedanken um, der verbrecherisch und wahnwitzig zugleich ist und auch von den andern Kommunisten mit größter Entschiedenheit abgelehnt worden ist, nämlich mit dem Gedanken des „stehlenden Proletariats".

Schon in den „Garantieen" war Weitling hierauf zu sprechen gekommen. Wenn — hatte er dort erklärt — die Regierenden die Prinzipien des Sozialismus zu ihrem eigenen Vorteil verdrehen und anwenden, also Regierungs-Sozialismus treiben sollten, so sei zur Vereitelung desselben nur ein einziges Mittel geeignet: das Verkünden einer Moral, die noch von niemandem zu predigen gewagt worden sei und die jede Regierung des Eigennutzes unmöglich mache, einer Moral, welche das blutige Schlachtfeld in den Straßen, in denen das Volk doch immer den Kürzeren zöge, in einen fortwährenden Guerillakrieg verwandele; einer Moral, welche dem Kommunismus ganze Legionen Streiter zuführen würde, die er augenblicklich noch verabscheute. Und diese Moral müsse unter den großstädtischen Massen gelehrt werden, welche dem grenzenlosesten Elend und der Verzweiflung preisgegeben seien. „Das Wort, einmal ausgesprochen, so ist das Signal zur neuen Taktik gegeben, der unsere Feinde nun und nimmermehr gewachsen sein werden. Drückt man uns bis auf die Feder, so ist es unsere Pflicht, sie springen zu lassen, und sollte eine

---

rissen, und die goldenen Götzen werden versenkt werden in's Meer, da, wo es am tiefsten ist u. s. w. Möge das Blut der Mammonspriester geschont werden: denn sie sind unschuldig, sie wußten nicht, was sie thun: der Baal hatte sie verführt und den Gott der Liebe, ach! in ihrer Brust ertötet! Aber dieser Gott der Liebe ist ein barmherziger Gott, — er liebt seine Feinde und er verteidigt die, die ihn verfolgen. Hört die Verteidigung der Mammonspriester" — — . . . . und so solltest du fortfahren, dann würdest du der Liebling aller Welt werden. Erst die Gefahr und die Hölle recht heiß gemacht, und dann die Verteidigung der armen Verdammten übernommen — das hat dir noch keiner nachgethan oder vorgethan. . . . So muß sich ein Kommunist rächen, der von dieser Welt gehudelt und verfolgt worden ist. Ja, ja, lieber Weitling, „Vergebung soll der Fluch sein."—¡Es ist nicht gut, Menschenblut zu vergießen, — denn es wachsen Schlangen daraus hervor. . . . Wir müssen die Welt von innen heraus erobern — wir müssen das Bewußtsein ganz Europas mit diesen Gedanken des armen Schneidergesellen schwängern — nnd dann: wer das Schwert ergreift, der soll durchs Schwert umkommen. Gedanken sind frei und Geister sind stich- und hiebfest, wer gegen sie mit Kanonen ins Feld rückt — soll eines jämmerlichen Todes sterben. Du hast durch dein Buch bewiesen, daß du ein guter Psycholog bist. Aber du würdest deine Philosophie und selbst Dein Herz Lügen strafen, wenn das Ende vom Lied deiner Bestrebung ein „elender Arbeiterkrawall" würde. Nein wir wollen dem ganzen Menschengeschlecht ein neues Fell anziehen. Voilà notre grand jeu!"

zwanzigjährige, fürchterliche Unordnung daraus entstehen. Jeder hilft sich, wie er kann."

Man sieht aus diesen schon in den „Garantieen" ausgesprochenen Ansichten, daß Weitling den Regierungssozialismus als das dem Kommunismus Schädlichste ansah und nur ein einziges, furchtbar-entsetzliches Mittel für wirksam dagegen hielt. Dasselbe nahm nun seine Phantasie so sehr ein, daß er schon Anfang 1843, ehe die befürchtete Sozialreform von oben herab in Sicht war, an den erwähnten Pariser Korrespondenten sowie an Karl Schapper (in London) die Frage richtete, ob man nicht gemeinsam mit dem Diebsgesindel den Kampf gegen die bestehende Gesellschaftsordnung führen sollte. Zugleich sondierte Weitling seine beiden Gesinnungsgenossen: ob man nicht schon mit der Einführung der „weiblichen Gemeinschaft" den Anfang machen könnte. Die Antwort der Freunde lautete mit allergrößter Entschiedenheit gegen Weitlings Vorschläge, die dann auch nicht öffentlich ausgesprochen worden sind.[1])

6. Ende von Weitlings Agitation in der Schweiz.

Im Frühjahr 1843 faßte Weitling den Entschluß, von Lausanne, wo er sich zuletzt aufgehalten, nach Zürich überzusiedeln. Hier hoffte

[1]) Bekanntlich hat Karl Marx, seit Mitte der sechziger Jahren bis zu seinem Tode der geistige Leiter der deutschen Sozialdemokratie, jedwedes Bündnis derselben mit dem von ihm sogenannten „Lumpenproletariat" mit allergrößtem Nachdruck perhorresziert. — Hingegen hat Bakunin, der Führer der Anarchisten in den romanischen Ländern, sich sehr für das Räubervolk erwärmt. „Das Räubertum — sagt Bakunin in der „Formel der revolutionären Frage" (S. „l'alliance de la démocratie socialiste et l'association internationale des travailleurs" 1873) — ist eine der ehrenhaftesten Formen des russischen Volkslebens. Der Räuber ist der Held, der Schirmer und Rächer des Volks, der unversöhnliche Feind des Staates und jeder vom Staate gegründeten gesellschaftlichen und bürgerlichen Ordnung, der Kämpfer auf Tod und Leben gegen diese ganze Zivilisation der Beamten, Edelleute, Priester und der Krone.... Wer das Räubertum nicht versteht, wird nie von der russischen Volksgeschichte das Geringste verstehen. Wem das Räubertum nicht sympathisch ist, der kann auch nicht mit dem Volksleben sympathisieren und hat kein Herz für die hundertjährigen und unermeßlichen Leiden des Volkes; er gehört ins Lager der Feinde, der Parteigänger des Staates u. s. w." —

Bakunin brauchte sich für seine Ansicht nicht erst auf die melodramatische Persönlichkeit Karl Moors zu berufen, sondern konnte sich, wie man aus dem Texte ersieht, auf den schon mehr Fleisch und Blut habenden Weitling stützen. Wir wollen brigens nicht unerwähnt lassen, das Weitling selbst bald das Thörichte seines Planes vom „stehlenden Proletariat" eingesehen hat.

er, nicht nur die kommunistische Agitation in besonderem Maße anfachen zu können, sondern auch den geeignetsten Ort zu treffen, um die Propaganda für das Deutsche Reich zu organisieren.

Es wurde ihm davon sehr abgeraten. Fröbel, der die Lage der Dinge genau kannte, schrieb an Becker, daß, wenn Weitling nach Zürich käme, ihn die Polizei keine drei Tage dulden würde; daß hier das Predigen der Gemeinschaftstheorie eine zweite „Straußiade" veranlassen könnte.

Auch sonst mehrten sich die unheilverkündenden Zeichen. Das tonangebende konservative Organ, die „Allgemeine Schweizer Zeitung", schrieb damals: „Herr Weitling kann versichert sein, daß für sorgfältige Überwachung jedes Schrittes, den er thut, gesorgt ist." Dieselbe Zeitung brachte am 2. März 1843 einen Artikel über den Kommunismus, in welchem die Anhänger dieser Lehre als Mörder, Räuber und Plünderer dargestellt wurden.

Nichtsdestoweniger ließ sich Weitling nicht abhalten, nach Zürich zu kommen. Er traf daselbst im Mai ein.

Am politischen Horizonte ballten sich immer trüber unheilschwangere Wolken zusammen, welche das nahe Gewitter ankündigten. Man erzählte sich von einem Gesetzes-Vorschlag gegen den Kommunismus, den Luzern bei der Eidgenossenschaft einbringen wollte. Man sprach offen im Genfer Großen Rate den Wunsch aus: die Regierung möchte doch gegen die Arbeiter-Gesellschaften einschreiten.

Ganz besonders groß war der Lärm über den Kommunismus in Zürich selbst. Dort stand an der Spitze des Organs der radikalen Partei, des „Schweizerischen Republikaners", der Dr. Julius Fröbel. Er verfocht eine dem Sozialismus nahestehende Richtung, ohne jedoch demselben ganz ergeben zu sein. Schon in der ersten Nummer des Schweizerischen Republikaners, welche das Programm des Blattes enthielt, fanden sich zum Entsetzen der „radikalen" Bourgeoisie, die für ihren Geldbeutel zu fürchten begann, — horribile dictu — „sozialistische Andeutungen." Je mehr Nummern erschienen, desto mehr Konzessionen machte Fröbel dem Sozialismus. Ja er wagte in seinem Journal zu erklären: „Der Radikalismus ist dadurch ausgezeichnet, daß er die Brücke ist, welche zum humanitären Sozialismus führt." Da Fröbel mit dem eben in Zürich eingetroffenen Weitling sehr viel verkehrte, so warfen die Konservativen, welche damals am Ruder waren, dem sozialpolitischen Radikalen vor, daß er Eigentum und Religion untergrabe. Und die Radikalen hüteten sich wohl, für den Redakteur ihres Organs Partei

zu ergreifen. Denn dem größeren Teil von ihnen war es ganz angenehm, wenn Fröbel gestürzt wurde, während der kleinere Teil sich durch eine Verbindung mit dem überall angegriffenen Journalisten zu kompromittieren fürchtete. Dieser seinerseits erließ in Nr. 47 seiner Zeitung ein neues Programm, in welchem er sich schon zu gewissen sozialistischen Konsequenzen bekannte und der „neuen Demokratie, welche nicht als politisches System, sondern als ein Zustand des gesellschaftlichen Lebens aufträte," eifrig das Wort redete. Infolgedessen wurde der Sturm gegen Fröbel natürlich heftiger. Jetzt fehlte nur noch der letzte Tropfen, um das Wasser zum Überlaufen zu bringen. Und er trat bald hinzu. Weitling hatte ein neues Buch, „das Evangelium des armen Sünders", geschrieben und die Drucklegung desselben in Zürich beginnen lassen. Er hatte einen Prospekt verfaßt, welcher der Staatsanwaltschaft mitgeteilt worden war. Diese fand, daß die Ankündigung auf einen blasphemierenden, die Persönlichkeit Christi sowohl wie die christliche Religion herabwürdigenden Inhalt schließen lasse. Die Entscheidung der Staatsanwaltschaft war bald gefaßt. Am 9. Juni, nachts um ein Uhr, drangen Landjäger (Gendarmen) in die Wohnung des Druckers des „Evangeliums" ein und konfiszierten Druckbogen und Manuskript. Einige Stunden vorher hatte man Weitling auf der Straße festgenommen und ins Gefängnis geworfen. Dann nahm man auch in seiner Wohnung eine Haussuchung vor und konfiszierte alles, was mit seiner kommunistischen Agitation irgend zusammenhing, vornehmlich seine zahlreichen Briefschaften.

Nunmehr ging der Lärm erst recht los. Die Konservativen proklamierten, daß die bei Weitling vorgefundenen Papiere auf eine großartige kommunistische Verschwörung hinwiesen. Die Liberalen ihrerseits tobten gegen Fröbel als Genossen des Arbeiter-Agitators und sagten sich öffentlich, angesichts des versammelten Großen Rates, von ihm los. Die Abonnenten des Schweizerischen Republikaners fielen von ihm ab und so mußte dieses Blatt zu erscheinen aufhören.[1])

[1]) Wir geben hier die im Prospekt enthaltene Inhalts-Übersicht „des Evangeliums u. s. w." wieder, welche den äußeren Anlaß zum Einschreiten gegen Weitling bot. Die Übersicht lautet:

Einleitung. — Glaube. — Hoffnung. — Liebe. — Die Bibel. — Der Zimmermann und seine Brüder. — Unglaube und Zweifel. — Gleichnisse und Wortspiele. — Zeichen und Wunder. — Das Abendmahl ist ein Liebesmahl. — Jesus lehrt die Abschaffung des Eigentums. — Jesus lehrt die Abschaffung des Geldes. — Jesus lehrt die Abschaffung der Strafen. — Das Prinzip der Lehre Jesu ist die Gemeinschaft der Arbeiten und der Genüsse. — Das Prinzip Jesu ist das Prinzip der Freiheit und Gleichheit. — Opfer, die Jesus für die Verbreitung der Lehre der Gemeinschaft

Der Züricher Regierungsrat beschloß darauf, eine Kommission aus seiner Mitte niederzusetzen mit dem Auftrage, die Verhältnisse der Kommunisten in der Schweiz näher zu prüfen und darüber einen umfassenden Bericht zu erstatten. Die Kommission — deren Referent Bluntschli war — erfüllte auch diesen Auftrag und gab außerdem noch die Maßregeln an, welche ihr zur Hemmung weiterer Agitationen derselben Art geeignet erschienen.

Danach sollten vor allem sämtliche Mitglieder des Züricher Gesellen-Vereins (in dem Weitling agitiert hatte), soweit sie nicht Kantonsbürger waren, aus dem Kanton ausgewiesen werden; — was auch wirklich von Seiten der Regierung ausgeführt wurde.

Aus den ferneren Resolutionen der Kommission mag hier noch mitgeteilt werden, daß für den Fall, daß wiederum eine kommunistische Propaganda ins Werk gesetzt werden sollte, gegen sie besondere, gesetzgeberische Maßnahmen (d. h. Ausnahmegesetze), als notwendig bezeichnet wurden, — ein Fall, der, wie wir aus einem der folgenden Abschnitte ersehen werden, später wirklich eintrat.

Weitling selbst wurde unter der Anklage der Gotteslästerung und des Angriffs auf das Eigentum vor Gericht gestellt und deshalb zu vier Monaten Gefängnis, Tragung der Kosten u. s. w. verurteilt. Er appellierte an das Obergericht und wurde von diesem zwar von der Anklage der Gotteslästerung freigesprochen, aber wegen Aufreizung zum Aufruhr und Übertretung des Fremdengesetzes mit 6 Monaten Gefängnis und nachfolgender Ausweisung aus der Eidgenossenschaft bestraft.

---

7. Die jungdeutsch-anarchistische Bewegung unter den deutschen Arbeitern in der Schweiz.

Im Jahre 1838 wurde unter den deutschen Arbeitern der romanischen Schweiz das junge Deutschland rekonstituiert. Zwei Männer waren es vornehmlich, welche die neue Bewegung anfachten und leiteten: sie hießen Döleke und Standau.

Hermann Döleke (aus Preußisch-Schleusingen) hatte in Halle studiert, von wo er, wegen eines Duells zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt, entwichen und schließlich nach der Schweiz gegangen

nötig hält. — Der fehlende Jesus. — Der Umgang mit Sündern. — Jesus zieht mit sündigen Weibern und Mädchen im Lande herum und wird von ihnen unterstützt. — Jesus verleugnet die Familie. — Jesus predigt den Krieg. — Jesus hat keinen Respekt vor dem Eigentum. — Angriffe Jesu gegen das Eigentum.

war. Hier schloß er sich den ultraradikalen Bestrebungen an und wurde bald einer der thätigsten Organisatoren der Propaganda unter den jurassischen deutschen Arbeitern. Sein Brot verdiente Döleke als Hauslehrer.

Der andere Führer, Julius Standau (aus Gotha) war der Sohn eines Schlossers und hatte, trotzdem er Gymnasialbildung genossen, sich aus Mittellosigkeit dem Handwerke seines Vaters widmen müssen. Aus Deutschland ausgewandert, war er 1835 in Straßburg Mitglied der dortigen Sektion des jungen Deutschland geworden. Dann begab er sich in die Schweiz, wo er neben Döleke der energischste Agitator war. Er erwarb seinen Lebensunterhalt zunächst als Schlossergesell in Neufchatel, nachher als Lehrer der deutschen Sprache. Es gelang ihm, eine Hauslehrerstelle beim Pastor des Städtchens Echallens zu bekommen; und schließlich wurde er sogar Gymnasiallehrer in Lachaux-de-fonds.

Zur Charakteristik Standaus dürfte die Mitteilung zweier Stellen aus den Briefen an seinen Kumpan dienen, welche später bei letzterem beschlagnahmt und im „Rapport général adressé au conseil d'Etat de Neufchatel sur la propagande secrète allemande et sur les clubs de la Jeune-Allemagne en Suisse“ (vom Jahre 1845) veröffentlicht worden sind.

In dem einen Briefe an Döleke, aus Echallens vom 8. Januar 1844 datiert, — zu einer Zeit, in welcher die beiden Männer, wie wir sehen werden, mit ganz besonderem Eifer den Atheismus propagierten — schreibt Standau:

„Seit ich hier bin, habe ich die ganze Frechheit angenommen, die Du mir geraten hast. Da ich alle Tage in das Pfarrhaus komme und zuweilen dort zu Mittag esse, so gelte ich für den frömmsten Menschen auf der Welt.“

Und in einem andern, an denselben Adressaten gerichteten Schreiben sagt Standau:

„Ich werde trotz Kirchen- und Betstunden alle Tage gottloser. Du meinst, ich würde, einmal im Geruch der Heiligkeit, mich so nach und nach wieder zurückziehen können: ein Beweis, wie schlecht Du die Pietisten kennst; denn diese haben diese Tugend mit dem Teufel gemein, daß sie nicht wieder loslassen, was sie einmal gepackt. Ich sage Dir, Junge, ich habe mir da eine Rute mit dieser fatalen Frömmigkeit aufgebunden, deren bittere Süßigkeit zu vermaledeien ich noch oft Gelegenheit haben werde.“

Döleke und Standau lehrten ursprünglich den radikal-politischen Jakobinismus. Sozialistische Anklänge fehlten [illegible] aber im

nzen sehr zurück. Das Hauptziel war: Deutschland zu einem re-
blikanischen Einheitsstaate zu gestalten, und zwar auf revolutionärem
ege. Auch der Königsmord wurde für ein probates, das Endziel för-
rndes Mittel erklärt. Und wie ein Lustrum früher waren es vornehmlich
e extremen Lieder Harro-Harrings, welche in aller Händen waren und
t Enthusiasmus gelesen und zum Teil auch gesungen wurden.[1])

[1]) Ein kurzer Blick auf die von Harring vertretenen Ideen wird zugleich zur
ustrierung der Tendenzen der damaligen Jungdeutschen dienen. Wir werden uns
rbei allerdings, — da Harring sein System nur in poetischer Form dargelegt hat
an die schlechten Verse des Dichterpolitikers halten müssen, die der Leser um der
che willen mit in den Kauf nehmen muß. Die Thatsachen selber geben die Ele-
nte zu ihrer Charakteristik an die Hand, und diese Elemente sind nun einmal im
rliegenden Falle: Verse.

Harring stellte folgendes nebelhafte Ziel auf (im Gedichte: „Cabets Ikaria"):

„Fern aller Selbstsucht behaupte der Mensch seine Würde auf Erden,
Frei ist der Mensch! und vermag in Freiheit als Mensch sich zu zeigen,
Ausbildend, was ihm verliehn als geistige Kraft, als Talent,
Zeig er sich edel und groß durch Aufopf'rung und durch Entsagung,
Wenn ihn Erkenntnis durchdrang als Mitglied im Bunde der Menschheit,
Die aus Familien besteht, aus Völkern, in Liebe vereint. —
Vaterlandsliebe ist das Band, das allheil'ge, das jeglichen Bürger
Mahnt an Erfüllung der Pflicht; — und was als Besitz er errungen,
Sein ist es nicht! es gehört dem Vaterland, wenn es von Nöten.
Für die Verteilung der Last aller Einzelnen — sorge der Staat."

Der sozialistische Zug, der unverkennbar in diesem Bilde der Zukunftsmenschheit
halten ist, geht auch durch Harrings leidenschaftliche Verse gegen das Bestehende.
o heißt es z. B. in den „Schulgesängen":

„Hab Geld und du kannst sündigen nach Belieben
Hab Geld; und niemand richtet dein Vergehn —
Du kannst im Stillen jedes Laster üben;
Die Welt wird gern dir durch die Finger sehn.

Sei arm; — jedoch wer wollte davon singen?
Wer arm ist, der ist keines Liedes wert. —
Wer arm ist — wird es hier zu garnichts bringen —
Solang er Redlichkeit und Tugend ehrt." —

Jedoch war unser Poet kein Anhänger des Kommunismus. Gegen dieses
ystem verfaßte er vielmehr ein heftiges Gedicht „Cabets Ikaria" in dem es u. a.
eß:

„Wir erblicken mithin in der Zukunft der Gütergemeinler
Den Menschen noch tiefer gestellt, als gegenwärtig er steht.
Geistlos und ohne Gemüt, Maschine des äußeren Lebens,
Ward er Satyr' auf den Geist, den er verhöhnet in sich . . .
In dem System an sich selbst, ausschließend das geistige Leben,
Auflösend geistige Kraft und Volkstum und Vaterlandsliebe —
Auflösend jede Idee: liegt auch der Tod des Systems."

Die jungdeutsche Bewegung trug einen rein proletarischen Charakter. Fast ausschließlich Arbeiter beteiligten sich an ihr. Und selbst die wenigen Nichtarbeiter — wie z. B. Döleke, der niemals in seinem Leben ein Handwerk betrieben hatte — spazierten in den Vereinslokalen in blauen Arbeiterblousen umher. Dieser proletarische Charakter der Bewegung bedingte notwendig, daß dieselbe über kurz oder lang über den politischen

---

Strenger Deist, war Harring ein entschiedener Gegner des Priestertums, welches er ebenso wie Thron und Mammonismus angriff. In seinem wuchtigen Poem „Gebet" richtet er an Gott die Bitte, diese drei Säulen der Knechtschaft zu vernichten.

„Schaffe der Liebe urheilige Gestaltung,
Die deinen Völkern — das Pfaffentum raubt.
Stürze den Mammon — den Baal unsrer Tage
Babylons Drachen und Bel unsrer Zeit!
Dann ist entschieden die Völkerfrage,
Dann ist die Menschheit vom Satan befreit.

Stürze den Mammon; — dann werden versinken
Bald auch die Thronen, mit samt ihrer Pracht,
Die jetzt den Schweiß aller Völker trinken,
Den Schweiß und das Blut in der Knechtschaft Nacht."

Die Deutschen verhöhnte Harring aufs Schärfste, weil sie sich nicht gegen ihre Fürsten erhöben. So sagt er z. B. in dem Liederzyklus „Deutsches", welcher sich gegen das Gedicht„ Sie sollen ihn nicht haben, den freien, deutschen Rhein u. s. w." kehrt:

„Sie wollen der Despoten geteilte Knechte sein.
Sie würden nochmals kämpfen für ihre Fürsten gar,
Der Freiheit Geist zu dämpfen „in Tagen der Gefahr."
Sie stürzen in die Fluten des Rheins um kargen Lohn;
Sie würden gern verbluten als Sklaven für den Thron.
Sie wollen nicht erjagen des Volkstums stolzen Ruhm;
Sie wollen Ketten tragen als fürstlich Eigentum.
So lebet wohl, Ihr Deutschen, mit Euerm Rheinweinsang,
Laßt Euch als Knechte peitschen, den „freien Rhein entlang.""

Auch den Königsmord besingt Harring:

„Henker braucht ein jeder König —".

Dieses Prinzip stellt unser Dichter im „ABC" auf und im „Ein-Mal-Eins" erklärt er mit spezieller Rücksicht auf Deutschland:

„Drei mal dreizehn Einzelstaaten
Sollen gar ein Deutschland heißen?
So'n drei Dutzend Potentaten
Müssen dort „ins Gras einst beißen."

Als „glänzend" wird es dann von unserm Poeten bezeichnet:

„Wenn die Schmach vom Thron herabgestiegen, —
Wenn die Kronen rings zertreten liegen
In der Völkerdränger Todesnot."

idikalismus hinausgehen und zu einer mehr oder minder sozialreforma-
ischen Richtung führen mußte.

Vorläufig allerdings wurde noch entschieden gegen die einzige Partei,
lche eine Änderung auch der sozialen Verhältnisse bezweckte, gegen den
ommunismus, Front gemacht.[1]) Neben demselben, der freilich erst
t Mitte 1841 zu erheblicher Bedeutung kam, behaupteten die Jung-
utschen durchaus das Feld. Ja, es gelang ihnen, Anfangs 1843 zur
it der Hochflut der Weitling'schen Agitation, ihre Organisation noch
ter zu schließen als zuvor. Dieselbe war zwiefacher Natur: einmal
r Geheimbund, welcher nur aus den Auserlesenen bestand, und dann
: öffentlichen, von den Geheimbündlern geleiteten Arbeitervereine, in
nen unter einer — je nach den lokalen Verhältnissen — mehr oder
niger harmlosen Maske Rekruten für den Bund geworben und dessen
een propagiert wurden. Die letzteren Vereine standen bisher noch nicht
ter einander in Verbindung. Da brachte es Standau zuwege, daß
) die Genfer und waadtländischen jungdeutschen Arbeiter-Vereine zum
genannten „Lemanbunde" zusammenfügten. Der neue Bund hatte
oeig-Klubs in Genf, Nyon, Aubonne, Rolle, Morges, Lausanne, Vevey
d Aigle. Er stand durch seinen Vorort in Verbindnng mit den Ver-
ien ähnlicher Tendenz in Yverdon, Freiburg, Luzern, Zug, Zürich,
interthur, Chur, Basel und Straßburg.

Die ganze Richtung der Propraganda gestaltete sich jedoch bald anders.
erjenige, welcher dies bewirkte, war ein junger, zweiundzwanzigjähriger
ann, namens Marr, der sich eben erst den Jungdeutschen angeschlossen
tte.

Wilhelm Marr war mit noch nicht zwanzig Jahren als Kommis
ch Wien gegangen, dann zwei Jahre später nach Zürich. Dort begann
sich mit Politik zu beschäftigen. Er wurde Demokrat und schrieb auch
diesem Sinne einige Broschüren (und Gedichte).

Da kam Weitling nach Zürich. Marr wurde mit ihm bekannt
d ward Kommunist. Aber schon nach kurzer Zeit nahm die Sache ein
ide mit Schrecken. Die bei Weitling aufgefundenen Papiere wiesen

[1]) Auch Harring bekämpfte die Kommunisten, wie die vorige Anmerkung ge-
gt hat. Und speziell den deutschen Anhängern der neuen Lehre rief er höhnend zu:

„Deutsche natürlich sind auch vereint in Frankreich und England,
Nachahmend Sitzung und Art, Beratung und Vortrag der Zeitung
Solchen Franzosen-Vereins; sie nennen sich auch Kommunisten.
Nimmer erschien in Paris ein Mode-Journal und dergleichen,
Daß nicht auch Deutsche sofort folgten dem Schnitt aus Paris! —"

(„Tabels Karia.")

auf Beziehungen zwischen ihm und Marr hin. Infolge dessen wurde der letztere gleich allen anderen in dieser Angelegenheit kompromittierten Ausländern aus dem Kanton Zürich ausgewiesen.

Jetzt ging unser Mann nach Lausanne und wandte sich an die Jungdeutschen. Er ließ sich zunächst in den öffentlichen Verein derselben aufnehmen. Bald wurde er ob seiner Rührigkeit zum Geheimbund zugelassen. Und es verstrich nur kurze Zeit, da war Marr die Seele des Bundes und brachte eine Umgestaltung sowohl der theoretischen wie auch der praktischen Ziele desselben zustande.

Eine Darlegung von Marrs Ansichten wird uns daher über die Richtung der jungdeutschen Arbeiterbewegung während der folgenden Periode Aufschluß geben.

Marr nannte die Theorie, der er huldigte, den „Anarchismus"; — bekanntlich war dieses Wort kurz zuvor von Proudhon zum erstenmale zur Bezeichnung eines idealen Systems angewandt worden (in dem Werke „Qu'est-ce que la propriété?").

Nach der kritischen Seite ging Marr von dem Gegensatze zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden aus.

Der Besitz — so führte unser junger Autor aus — übt eine gewaltige Suprematie aus, gerade so wie einst das Feudalsystem, dessen mittelalterliche Zwangsjacke nur einen anderen Schnitt bekommen. Freilich hat man keine Vögte mehr, welche mit der Peitsche in der Hand von den Vasallen den Zehnten für den gnädigen Herrn eintreiben, freilich hat die appellata intra dominium aufgehört zu existieren, freilich ist das jus primae noctis aufgehoben, aber was de jure außer Kraft gekommen, blüht in der ganzen zivilisierten Welt de facto nach wie vor. Die Geldaristokratie ist an die Stelle des Geburtsadels getreten. Der Pauperismus ist im Steigen. Viele, die thätig sein wollen, erhalten keine Arbeit. Der Besitz aber kümmert sich nicht um das Elend der Armen, sondern nur um seine egoistischen Privatinteressen.

Aber auch die herrschenden Klassen sind — Marr zufolge — bei dem bestehenden wirtschaftlichen Individualismus schlecht gefahren. Denn derselbe hat aus den Männern ein feiges, geckenhaftes, arrogantes Geschlecht gemacht, welches seinen ganzen Ruhm in Schachern, Betrügen und Unterdrücken setzt. Und aus den Weibern hat die heutige Ordnung „herz- und gemütlose Puppen gedrechselt, jeder höheren, idealen Empfindung unfähig, ein Geschlecht, welches der Welt, der Mode, der Konvenienz sich *mit Lächeln* auf den Lippen opfert, ein Geschlecht, welches seine men-

iche Würde soweit vergessen konnte, daß es sich verkauft, verschenkt, daß es aus der Schande eine Ehre macht."

Gegen die Ehe zieht Marr ganz besonders scharf zu Felde. Auch ie ist — wie er meint — auf dem Zwange basiert und daher eine Unittlichkeit. In einer anfangs 1848 (vor Ausbruch der Revolution) erschieenen Schrift „der Mensch und die Ehe" wird diese Institution unter nderm mit folgenden Ausdrücken belegt: „Unsittlichkeit" — „heilig geprochene Leibeigenschaft" — „moralische und physische Zwangsanstalt" — „Beule der menschlichen Gesellschaft" u. s. w.

Überhaupt ist alles, was nur in der heutigen Gesellschaft existiert — wie unser radikaler Autor meint — auf Tyrannei gegen die innere Natur des Menschen begründet.

Gegen diesen Zustand muß — zufolge Marr — ein Kampf auf Leben und Tod geführt werden. Gelingt es dann, jeglichen Zwang zu beseitigen und somit die Anerkennung des freien Menschen zu sichern, so ist das Prinzip der zukünftigen Gesellschaft — das bewußte Interesse des souveränen Individuums — realisiert[1]), und es wird nicht schwer fallen, dieselbe auch in praxi aufzurichten.

Daraus ersieht man — sagt Marr — daß die Tendenz unserer Zeit eine entschieden negative, mit allem Bestehendem aufräumende sein muß.

Es ist daher nötig alle die Fesseln des Menschen — Religion und Gottesglauben, Geld, Eigentum (in seiner bisherigen Gestalt), ja den Staat selber — zu zerbrechen.

Um dieses zu erreichen, giebt es drei Mittel: Entweder man bessert die Menschen, sodaß der Zweck friedlich auf gesetzlichem Wege erreicht wird. Oder aber man konspiriert zum direkten Umsturze der bisherigen Regierungen. Oder endlich: man sucht durch alle Mittel die Verzweiflung der Massen zu befördern und hierdurch den Ausbruch einer Revolution zu beschleunigen. Das erstgenannte Mittel weist Marr von der Hand, weil die bestehende Gewalt eine den Menschen selbst bessernde, d. h. freiwillig aufklärende Propaganda nicht dulden würde. Die Konspiration wird verworfen, weil sie eine „Dummheit" ist; denn mittelst einer geheimen Verschwörung kann nun und nimmer eine Regierung gestürzt werden. Also bleibt nur übrig: die indirekte Unterwühlung durch die

[1]) In der Schrift „der Mensch und die Ehe vor dem Richterstuhle der Sittlichkeit" ist Marr etwas näher auf die Prinzipien des Zukunftsstaates eingegangen. Doch hat er solches bei seiner anarchistischen Agitation vermieden, da er damals in diesem Punkte anderer Ansicht war; es ist daher notwendig, diese Hinzufügungen späterer Zeit hier zu übergehen.

Verzweiflung der Massen, denen man den Glauben an alle herrschenden Institutionen raubt.[1])

Vor allem wird von Marr der Atheismus für die wesentliche, ja unerläßliche Voraussetzung einer zukünftigen, durchgreifenden Revolution erklärt.[2])

Dann aber muß auche nergisch gegen jede Autorität — sei es eine staatliche oder eine gesellschaftliche oder auch nur eine persönliche — Front gemacht werden. Ertötung jedes Autoritätsglaubens ist die zweite wesentliche Voraussetzung zur Herstellung freier humaner Selbstherrschaft.[3])

Auf diese Weise wird es im Laufe der Zeit gelingen, die Revolution, und zwar die radikale, mit allem Existierenden aufräumende, republikanische und soziale Revolution herbeizuführen.

Ehe wir nach dieser Darstellung der Ansichten Marrs zur Schilderung der von ihm geleiteten Bewegung übergehen, müssen wir noch einiges zu seiner Charakteristik bemerken.

Zunächst sei auf Marrs fortwährenden Gesinnungswechsel hingewiesen. Mit einundzwanzig Jahren Demokrat und Verfasser von im Sinne der Demokratie geschriebenen Broschüren; mit zweiundzwanzig Jahren Kommunist; bald darauf „Anarchist" und, nachdem der anarchistischen Wühlerei ein Riegel vorgeschoben worden, wieder sich dem Kommunismus zuneigend, wie sein anfangs 1848 erschienenes Buch über den „Menschen und die Ehe" beweist.

Dann bekundet Marr einen Mangel an ernster Haltung, wie er

---

[1]) „Vernichtung aller herrschenden Begriffe von Religion, Staat und Gesellschaft war das Ziel, welches wir mit vollbewußter Konsequenz verfolgten," sagt Marr selber.

[2]) Die damaligen Anarchisten stimmen also darin mit der späteren, seit ungefähr 1870 existierenden Anarchistenpartei überein. Der Begründer derselben, Michael Bakunin, giebt nämlich in seiner Streitschrift gegen Mazzini als ersten Artikel des anarchistischen Glaubensbekenntnisses den Atheismus an, welcher als die „wahrhafte Basis jeder Wahrheit" bezeichnet wird. (S. Bakunins „Théologie politique de Mazzini et l'Internationale" [1871], p. 7).

Und in dem Programm der anarchistischen „Alliance internationale de la démocratie socialiste", welches überhaupt nur sieben Punkte enthält, lautet der erste: „Die Allianz erklärt sich für atheistisch; sie will die Abschaffung aller Religionskulten und die Ersetzung des Glaubens durch die Wissenschaft, sowie der göttlichen Gerechtigkeit durch die menschliche."

[3]) Man vergleiche hiermit, wie Bakunin das den regierenden Klassen entgegengesetzte Lager zusammenfaßt: „Was finden wir im entgegengesetzten Lager? Die Revolution, die verwegnen Leugner Gottes, der göttlichen Ordnung und des Autoritätsprinzips, dagegen aber und deswegen die Gläubigen der Humanität, die Bekenner menschlicher Ordnung und menschlicher Freiheit."

bei einem angeblichen Vertreter der Arbeitersache wahrlich zuletzt vorhanden sein darf. Was soll man von einer Persönlichkeit denken, über deren Korrespondenzen der „Rapport général“ des Neuenburger Staatsrates das Urteil fällen muß: sie enthielten derart unanständige Stellen, daß man zu ihrer Übersetzung die Feder des Marquis von Sade leihen müßte.

Was soll man ferner zu einem Arbeiterführer sagen, der im Augenblick der energischsten Propaganda (im Februar 1844) fähig ist zu schreiben: „Jetzt 100000 Franken, eine kleine Frau und ich wäre glücklich.“ Und wie muß sich Marr aufgeführt haben, wenn es über ihn in dem Briefwechsel seiner beiden intimsten Freunde, Standaus und Dölekes, heißt: „Aus dem Marr wird niemals viel, und Voß mag Recht haben, wenn er behauptet, daß aus einer Krämerseele kein Patriot wird.“

Das Schlimmste aber kommt noch. In einem Briefe an Döleke schreibt Marr: „Suche mir eine Stelle (sc. als Hauslehrer) in einem Hause zu verschaffen, wo eine hübsche Tochter ist, der es nicht an Geld fehlt, ich fühle mich unendlich hingezogen zur Ehe.“

Und einige Zeit scheint auch Marr wirklich Aussicht auf Erfolg gehabt zu haben. Wenigstens schreibt er an Döleke: „In Zeit von einem Jahre habe ich Eine, die „„was hat““.

Und ein solch armseliger Tropf wagte den Reformator der Gesellschaft an Haupt und Gliedern zu spielen! Sehen wir zu, wie er seine Rolle durchführte.

Zunächst änderte Marr das formale Prinzip der Aufnahme in den Bund. Bisher war dieselbe auf sehr einfache Weise vor sich gegangen. Man ließ sich von dem Aufzunehmenden das Ehrenwort geben, über das, was man ihm sagen werde, das strengste Stillschweigen zu beobachten. Dann vertraute man ihm Existenz und Wesen des Bundes an. Damit aber gab sich dieser vollständig in die Hand des Einzelnen. Das wurde nun durch Marr derart abgeändert, daß der Aufzunehmende vor seinem endgültigen Eintritt schlechterdings nichts zu Verratendes erfuhr.

Sobald ein Mitglied der öffentlichen, unter jung-deutscher Leitung stehenden Verein zur Aufnahme in die geheime Verbindung geeignet schien, erhielt jemand aus der letzteren den Auftrag, jenes Individuum zu prüfen. Er mußte seinen Umgang suchen und sehen, welchen Grad von Entschiedenheit seine religiöse, seine soziale und politische Überzeugung gewonnen hatte und über alles der „Familie“ (d. h. eben dem Bunde des Jungen Deutschland) Bericht erstatten. Hielt diese die fragliche Person für reif zur Aufnahme, so bekam der Präparateur — so hieß das

den Aufzunehmenden vorbereitende Mitglied — den Auftrag, in ihm den Wunsch nach einer engeren Vereinigung mit Gleichgesinnten rege zu machen. Auf solche Weise ward der Betreffende dahin gebracht, nicht nur die geheimen Verbindungen und ihre Notwendigkeit anzuerkennen, sondern selbst geradezu den Wunsch auszusprechen, Mitglied eines geheimen Bundes zu werden. Der Präparateur drehte das Gespräch jetzt so, daß der „Kandidat" die Existenz eines geheimen Bundes zu ahnen anfing, und brachte es dahin, daß der Kandidat sich ihm blindlings anzuvertrauen versprach, falls er ihn in eine derartige, den Fortschritt bezweckende, geheime Verbindung einführen wollte. Darauf mußte der Kandidat entweder einen Umriß seiner Lebensgeschichte oder sein politisches, soziales und religiöses Glaubensbekenntnis schriftlich aufsetzen, welches bei seiner Aufnahme laut verlesen und sodann — gleich allen Papieren, die dem Bunde Gefahr bringen konnten — verbrannt wurde. So war man vor erfolgter Aufnahme sicher. Im schlimmsten Falle einer Denunziation, welche etwa durch die Ungeschicklichkeit des Präparateurs stattfinden konnte, ward nur dieser allein verraten, der Bund selbst aber blieb gesichert. Die Art und Weise der Aufnahme selbst war darauf berechnet, daß der Aufzunehmende sich so zeigen mußte, wie er es in Wahrheit war.

Noch viel wichtiger aber als die formale Änderung war die von Marr bewirkte Umwälzung der gesamten Tendenzen des Bundes.

Stellte der Bund bisher einen Konspirations-Klub dar, so ward er jetzt eine Propaganda-Gesellschaft. Verfolgte er früher das nationalrepublikanische Ziel: Deutschland als trikolore Republik zu einigen, so huldigte er von nun an rein destruktiven Tendenzen und schrieb den Umsturz alles Bestehenden im Staate, ja des Staates selbst auf sein Banner. Herrschte im jungen Deutschland früher ein „rationalistisches" Christentum, so machte dasselbe nunmehr dem strengen Atheismus Platz.

Der Umschwung gegenüber der vergangenen Zeit trat klar zu Tage, als Dr. Georg Fein — in den dreißiger Jahren einer der Leiter des schweizerischen jungen Deutschlands — zum Besuche des Bundes eintraf.

Als Fein in einer Arbeiter-Versammlung zu Lachaux-de-fonds u. a. für die Einheit Deutschlands eintrat, da rief Döleke: „Bürger, haben wir je in unseren Versammlungen Fragen wie Deutschlands Einheit der Besprechung wert gehalten? Einstimmig antworteten die Arbeiter: „Nein!" [1])

[1]) „Fragen wie die Einheit Deutschlands — schreibt Döleke am 11. Oktober an Marr, — sind für uns längst abgethane Dinge und haben in nationalpatriotischem Sinne keinen Wert mehr."

Und als Fein in Morges das Christentum pries, das die Sklaven-
anzipation bewirkt habe, da replicierten Marr und seine Genossen,
ne Religion habe soviel Despotismus zur Folge gehabt als gerade
s Christentum. Und die Anarchisten ärgerten in der weiteren Debatte
ı Fein derart, daß er thränenden Auges das Zimmer verließ.

Fein stand eben noch auf dem jakobinisch-demokratischen Standpunkt
s alten Jung-Deutschland, der vom neuen bereits „überwunden"
rden. Erklärten doch unsere Anarchisten ausdrücklich, man wolle mit
ı radikalen Demokraten nur so lange Hand in Hand gehen, als es
) um die Zerstörung handele!

An den damals bei den Radikalen so beliebten Zweckessen, Stiftungen
n Ehrenbechern, Sammlungen für Monumente u. s. w. nahmen die
archisten niemals Teil: nicht etwa bloß um der Personen willen,
ıen gehuldigt wurde — diese hätten selbst anarchistisch gesinnt sein
ınen —, sondern aus prinzipieller Opposition gegen jeden Personen
tus, der als Überbleibsel des Autoritätsglaubens für verwerflich erachtet
ırde.

Ihren rein proletarischen Charakter behielt übrigens die Bewegung
. Nach wie vor waren es fast nur Arbeiter, welche sich ihr anschlossen.
ɔ dieselben hielten streng darauf, daß selbst die wenigen, anderen
änden angehörenden Parteigenossen in der Tracht der Proletarier an
ı Vereinssitzungen teilnahmen. Selbst Marr mußte sich bequemen,
:en blauen Arbeiterkittel anzuziehen, weil, wie man ihm erklärte, ein
ɔdischer Anzug zu aristokratenmäßig aussah. —

Inzwischen wuchsen die anarchistischen Vereine immer mehr, trotz-
n sie im Kampfe mit den Kommunisten lagen; diese wurden sogar
n jenen überflügelt.

Ja, es gelang Marr im Laufe des Jahres 1844 einen schweizerischen
beiterbund ins Leben zu rufen, der alle jungdeutsch-anarchistischen
sentlichen) Klubs umfaßte. Er zerfiel in drei Sektionen. Die erste
ktion war diejenige des „Leman", welche, wie berichtet, schon früher
n Standau als enggeschlossenes Ganzes konstituiert worden war; sie
ıfaßte neben den bereits oben angegebenen acht Vereinen noch diejenigen
Carouge und Yverdon. Der stärkste Verein war der zu Genf, welcher
seiner besten Zeit 300 Mitglieder hatte. Der spezielle Leiter der
man-Sektion — der weitaus wichtigsten — war Marr.

Die zweite — jurassische — Sektion war vertreten in Lachaux-de-fonds,
euriers, St. Immer und Biel. Ihr Führer war Döleke.

Die dritte — die sogenannte „Plateau" — Sektion, hatte ihre

Gruppen in Meudon, Payerne, Freiburg, Bern, Porrentruy, Burgdorf, Luzern, Zug, Zürich, Chur, Basel und endlich noch — außerhalb der Schweiz — in Straßburg.

Gleichgesinnte, aber nicht dem Bunde beigetretene Klubs bestanden in Schaffhausen und St. Gallen. Ferner waren noch in Lyon und Marseille Zweig-Vereine, ohne daß dieselben aber einer speziellen Sektion zugeteilt worden wären.

Unter solchen Umständen konnte Marx noch im Jahre 1844 in Lausanne ein Partei-Verlags-Magazin gründen. Der Vertrieb der verlegten Schriften sollte privatim durch Vertrauensmänner geschehen, — ähnlich wie heute die Verbreitung der Züricher sozialdemokratischen Drucksachen.

Als erste Broschüre des neuen Verlags erschien eine aus Marx Feder stammende Popularisierung von Feuerbachs „Religion der Zukunft." Diese Schrift wurde deswegen zur Mitteilung an die Arbeiter ausgewählt, weil der Leiter der Bewegung dafür hielt, daß Leute, die noch irgendwie an der Religion hingen, keine echten Revolutionäre sein könnten.

Der Erfolg, den die „Religion der Zukunft" erzielte, beweist am besten, daß die neue Partei schon eine nicht unbeträchtliche Ausbreitung erlangt hatte: in drei Wochen wurden 1500 Exemplare abgesetzt, ohne daß man buchhändlerische Vermittlung in Anspruch genommen hätte.

Es erschienen bald noch mehrere Broschüren, wie „der Katechismus eines Republikaners der Zukunft" u. a.

Jetzt konnte Marx daran denken, einen langgehegten Plan zu realisieren: nämlich ein Journal zur Vertretung der jungdeutsch-anarchistischen Tendenzen ins Leben zu rufen.

Im Dezember 1844 gab Marx die erste Nummer seines Organs — einer Monatsschrift — heraus, welches den Titel führte: „Blätter der Gegenwart für soziales Leben."

Die Blätter der Gegenwart griffen, nach den eigenen Worten ihres Redakteurs, rücksichtslos nicht nur die bestehenden Institutionen in Staat und Kirche, sondern auch *Staat und Kirche überhaupt und an sich* an.

Den Ausgangspunkt der Ansichten der neuen Zeitschrift bildete der Klassengegensatz zwischen Besitzenden nnd Nichtbesitzenden, welcher mit Schärfe hervorgehoben wurde.[1]) Die liberale Partei wurde einfach als

[1]) So hieß es gleich in der ersten Nr. der Blätter d. Geg.:

„Auch dem oberflächlichsten Beobachter unserer Zeit kann es nachgerade kein Geheimnis mehr sein, daß die heutige Gesellschaft sich von Tag zu Tag schroffer in

Vertreterin des vermögenden Standes, der Bourgeoisie, charakterisiert. Als ihr einziges Ziel wurde hingestellt: die Erlangung der Herrschaft. Der Sieg des Liberalismus brachte angeblich dem Volke gar keinen Gewinn.[1]) Nicht einmal die wahrhafte und volle Preßfreiheit — meinten die Blätter d. Geg. — würde hierdurch erreicht, indem die Liberalen zugleich mit der Preßfreiheit ein Ausnahmegesetz gegen die Verbreitung sozialistischer Tendenzen proklamieren würden. Die Propaganda der letzteren solle aber gerade durch die wirkliche Preßfreiheit ermöglicht werden.

„Es soll dem Volke — schrieb das anarchistische Journal — gezeigt werden, welche dem Menschen unwürdige Lage es einnimmt. Es soll dem Volk gezeigt werden, wie es mit all seinem sauren Schweiß, mit aller Arbeit sich kaum die Bretter zu seinem Sarge verdient. Es soll dem Volke gezeigt werden, daß der Luxus der Herrschenden und Mächtigen, daß ihre Heere, ihre Paläste, ihr Hofstaat u. s. w. ein Diebstahl sind, der an der Kraft, an dem Marke des Volkes begangen wird. Es soll dem Volke gezeigt werden, daß der Ertrag seiner Arbeit nicht ihm zu Gute kommt, sondern Denen, welchen der Zufall, das Glück, die Schlauheit oder Schlechtigkeit einen besseren Platz in der Gesellschaft angewiesen haben. Es soll dem Volke gezeigt werden, daß unsere ganzen gesellschaftlichen Einrichtungen in Grund und Boden nichts taugen."

Mit Entschiedenheit traten die Blätter d. Geg. für die soziale Revolution ein.[2]) Und sie entblödeten sich nicht, für den Fall des Sieges den „Reichen und Mächtigen" mit der furchtbaren und blutigen Rache des Volkes zu drohen.

Wenn aber das anarchistische Journal eben so, ja noch mehr wie die Kommunisten, den Umsturz alles Bestehenden empfahl und hierbei

zwei Kasten scheidet, deren Gegenüberstehen immer drohender wird, deren feindliche Stellung sich jeden Augenblick in einen furchtbaren Kampf verwandeln kann. Es ist die Klasse, die zahlreiche Klasse der Nichtbesitzenden, derer, die nichts haben, als Arbeitskraft, auf der einen Seite, — die Klasse der Besitzenden, Genießenden auf der andern."

[1]) „Ist denn — schrieben die Bl. d. Geg. — der heutige Liberalismus etwas Anderes als ein „Stehe auf, daß ich mich hinsetze?" Diese Sackpatrioten wollen uns, das Volk, begeistern! — Wozu? — Daß es seine bestehende Regierung zum Teufel jagen und sie an deren Stelle setzen, um nach kurzer Zeit ein noch schlimmeres Regiment einzuführen, als das eben vertriebene."

[2]) „Wenn ein Volk — hieß es u. a. in der Januar-Nr. des anarchistischen Organs — die Kinderschuhe ausgetreten und den Mut zu sprechen hat, so darf man hoffen, daß es auch bald seine Hände gebrauchen lernt. Mögen die Deutschen bald lernen, ihre Fäuste zu gebrauchen!"

auch ganz besonders das Privateigentum im Auge hatte,[1]) so stimmte es doch nicht in dem Positiven, in der Angabe dessen, was an die Stelle des alten zu setzen war, mit dem Kommunismus überein, den es vielmehr mit Berufung auf Proudhon als freiheitsmörderisch verdammte. Die Bl. d. Geg. waren eben für die „Anarchie".

Ein nicht geringer Raum des Blattes war der Darlegung der atheistischen Doktrin gewidmet. Gott und Unsterblichkeit wurden für „abgedroschene und abgethane Geschichten" erklärt, wenigstens sollten sie das für jeden sein, „der kapabel und nicht zu faul sei, selbst zu denken."

Wir würden kein genügendes Bild von der anarchistischen Zeitung entwerfen, wenn wir nicht noch auf deren höchst cynisch gehaltene Äußerungen über den Königsmord hinwiesen. So meinte sie einmal im Hinblick auf das Attentat Tschechs auf Friedrich Wilhelm IV (1844):

„Uns ergreift bei dem Thun und Treiben der liberalen Herrn die größte Langeweile. Herr Tschech, heldenmütigen Andenkens, versuchte zwar ein wenig Abwechslung in diese Monotonie zu bringen; allein seine Bemühungen sind leider so wirkungslos verpufft, und es bleibt uns nichts als die alte Einförmigkeit." —

Nach der Charakteristik des publizistischen Organs der Anarchisten — welches übrigens 500 Abonnenten zählte — wollen wir uns wieder der Betrachtung der Propaganda zuwenden.

Nachdem im Februar 1845 eine Revolution im Waadtlande die konservativ-pietistische Regierung gestürzt und an ihre Stelle eine politisch-radikale und religiös-freisinnige gesetzt hatte, glaubten die deutschen Anarchisten in der Schweiz energischer zu Werke gehen zu können. Sie beabsichtigten, auch in Deutschland selbst Zweig-Vereine zu gründen, Parteischriften zu verbreiten und — wie Marr selbst zugesteht — „jedes effektiv revolutionäre Unternehmen von der Schweiz aus in Deutschland selbst zu unterstützen".

Aber eine Reise, die der Agitator damals zu diesem Zwecke nach Deutschland unternahm, überzeugte ihn, daß vorläufig an eine That nicht zu denken sei.

Als Marr von seiner Reise zurückkehrte, fand er die Sachlage verändert. Die Zeitungen der gestürzten konservativen Partei benutzten jeden

[1]) „Die Geschichte — schrieben die Blätter d. Geg. — hat das Privateigentum schon längst gerichtet, und zwar in seinen Folgen. Wer die Wirkungen aufheben will, muß sich nicht scheuen, den Ursachen auf den Leib zu rücken. Die Ursache der gesellschaftlichen Unordnung — soweit diese materiell — ist zunächst in der Grundlage der Gesellschaft, in der Grundlage unseres heutigen sogenannten Rechtes zu suchen."

Vorwand, um die radikale Regierung beim Volke zu diskreditieren. Sie warfen jetzt dem Großen Rate des Kantons Waadt vor, daß er das Treiben der anarchistischen Atheisten und der Kommunisten zur gleichen Zeit gestattete, in der er die Bethäuser der Pietisten geschlossen hatte.

Und jetzt wurde den Jungdeutschen gerade die von ihnen betriebene Propaganda des Atheismus verderblich. „Assurément — schloß ein Artikel „Le socialisme" in der „Feuille réligieuse" — nous n'appelons les persécutions sur personne; mais prétendra-t-on que ces associations d'un athéisme avoué et violent soient donc sans danger pour l'église nationale, tandis qu'on voudrait faire fermer, comme lui faisant tort, des oratoires où les mêmes pasteurs annoncent aux mêmes auditeurs les mêmes doctrines que dans les temples, mais seulement à d'autres heures et dans un autre local! O justice! ô verité!"

Und die Zeitung „L'Indépendant" warf Marr in einem Artikel „La presse communiste" vor: durch sein Journal „vertu et moral" untergraben zu haben. Und das konservative Blatt fragte schließlich: „Est-ce de cette manière que les étrangers doivent reconnaître l'hospitalité qu'ils reçoivent?"

Zugleich brachte der „Courrier suisse" aus der Feder eines Lausanner Akademie-Professors einen wissenschaftlichen Aufsatz gegen Marrs destruktive Lehre.

Die Aufregung wuchs immer mehr. Von den Professoren der Akademie Lausanne ging eine Petition zur Unterdrückung der deutschen destruktiven Elemente ein. Die waadtländischen Pastoren wiesen in einer anderen Petition direkt auf das „journal athée" hin. Jetzt glaubte der große Rat des Kantons Waadt nachgeben zu müssen. Man ging gegen den Atheisten Marr vor, damit die Schließung der pietistischen Bethäuser weniger ungerechtfertigt erschiene. Am 25. Juli 1845 fertigte die Lausanner Präfektur die Ausweisungsordre gegen Marr aus.[1])

---

[1]) Die Ausweisungsordre lautete wörtlich: Le préfet du district de Lausanne à Mr. W. Marr à Lausanne.

Lausanne, le 25. Juillet 1845.

Monsieur!

Le Ministère public ayant appelé l'attention du Conseil d'Etat sur le journal, intitulé „Blätter der Gegenwart für soziales Leben" dont vous êtes l'éditeur,

vu que cette publication proclame hautement l'athéisme et devient ainsi un scandale pour le pays,

vu d'ailleurs votre action parmi les ouvriers allemands,

le Conseil d'Etat a décidé votre renvoi du Canton de Vaud sous un bref délai.

C'est-ce que je suis chargé, Monsieur, de vous annoncer, en vous prévenant

Die Stimmung in der Schweiz, welche auf die anarchistische Agitation aufmerksam wurde, war derselben sehr ungünstig.[1])

Bald schritten die Regierungen ein. Zuerst geschah dies in Neufchatel. Man war dort gelegentlich der Beschlagnahme der Papiere des Kommunisten-Vereins zu Auxponts auf das häufige Vorkommen des Wortes „jungdeutsch" aufmerksam geworden. Um dessen näheren Sinn zu erforschen, wurde der Maire von Auxponts, Lardy, nach Lausanne geschickt, wo er auf der Polizei-Präfektur die Blätter der Gegenwart in Empfang nahm. Jetzt sah die Regierung zu Neufchatel die Gefährlichkeit der Jungdeutschen ein. Sie schritt zur Verhaftung Standaus und anderer Führer derselben. Unter ihren Papieren wurden weitere Belegstücke und ferner noch die Statuten einer geheimen jungdeutschen Verbindung gefunden. Da mochte es Standau wenig nützen, wenn er behauptete, diese Statuten seien nichts weiter gewesen, als eine Übersetzung aus der Geschichte der Jakobiner, die er zu seinem Privatgebrauche angefertigt habe.

Die Neufchateller Regierung säumte keinen Augenblick und löste sämtliche jungdeutsch-anarchistischen Vereine auf. Zugleich publizierte sie die Aktenstücke, welche auf das rege Leben und Treiben im Kanton Waadt hinwiesen und deutlich zeigten, daß in Lausanne der Hauptsitz der Bewegung gewesen.

Die Regierung des Kanton Waadt mußte jetzt fürchten, daß die Duldung der anarchistischen Umtriebe — in Folge der Agitation der

qu'un délai de quinze jours à trois semaines au plus vous est accordé pour préparer votre départ, à condition que pendant ce temps votre journal précité ne paraisse pas. Votre acte d'origine et votre passeport sont à la préfecture à votre disposition.

Recevez, Monsieur, mes salutations empressées.

A. D. Meystre, Préfet.

Auf Marrs sozialpolitische Tendenzen konnte nicht spezieller in der Ausweisungsordre bezug genommen werden, da andernfalls der Große Rat von Waadt die Kommunistenvereine des Kantons hätte schließen müssen, was er vorläufig noch vermeiden wollte.

[1]) Als Marr nach seiner Ausweisung aus dem Kanton Waadt nach Zürich ging, schrieb die dortige „Wochenzeitung": „Der Atheist Marr, der von dem ultraradikalen waadtländer Regiment aus dem Kanton ausgewiesen worden, hat sich unter die Fittige unserer hiesigen Juden- und Heidenfreunde begeben und hält sich seit acht Tagen in unserer Stadt auf. Von Zürich wird einst die Geschichte sagen: „Es war der Sammelplatz und Zufluchtsort der Hochverräter, Meineidigen, Atheisten und Kommunisten." Dahin haben uns die Lehren und Einflüsse des deutschen Demagogentums gebracht. Die Zeit wird lehren, was wir für uns und unsere Kinder dabei gewinnen."

Konservativen — ihren Sturz herbeiführen würde. Sie folgte also dem von Neufchatel gegebenen Beispiele und schloß ebenfalls die anarchistischen Vereine. Nach und nach thaten die andern Kantone desgleichen. Von all den anarchistischen Vereinen blieben nur zwei — die zu Zürich und zu Genf, welche von jeher die maßvollsten gewesen waren — bestehen.

Die bedeutenderen Persönlichkeiten der Bewegung wurden außer Landes verwiesen. Unter ihnen auch Standau und Döleke. Dieselben begaben sich nach Frankreich, das ihnen jedoch ebensowenig den Aufenthalt innerhalb seiner Grenzen gestatten wollte. Und so gingen die beiden Agitatoren als Kolonisten nach — Algier.

Man hat — soweit ich konstatieren konnte — nie wieder etwas von ihnen gehört.

Das Ende mit Schrecken brachte Marr zu der Erfahrung, daß das Ausland wohl ein Boden sei, welcher den Samen der auf Deutschland berechneten Agitation aufnehmen, aber nicht zur Reife bringen könne.

Marr selbst wandte sich demzufolge nach Deutschland. Er wurde jedoch bald auch hier ausgewiesen. Und so blieb ihm nichts weiter übrig, als sich wiederum in das Ausland zu begeben.

Damit hatte die jungdeutsch-anarchistische Arbeiterbewegung ihren Abschluß erreicht. Sie ist nie wieder in der ersten, hier zu betrachtenden Epoche aufgelebt.

Erst fast ein Menschenalter später sollte eine — zum guten Teil auf ähnlichen Prinzipien basierte — Propaganda beginnen, natürlich ohne irgendwelchen Anknüpfungspunkt an jene erste Agitation zu haben. Aber — merkwürdiger Weise —: auch später ist der Schweizer Jura der Stammsitz der extremsten Richtung in Europa gewesen!

Zweites Kapitel.

Die Arbeiter-Bewegung in Deutschland und in der Schweiz bis 1848.

1. Die kommunistische Agitation in der Schweiz seit Weitlings Entfernung. — Das Einschreiten der Regierungen von Neufchatel und von Zürich. — Das Züricher Ausnahmegesetz gegen den Kommunismus.

Durch die Intervention der Züricher Regierung hatte die kommunistische Bewegung in der Schweiz einen argen Schlag erhalten. Ihr Hauptführer war ihr entrissen; die „Junge Generation" hatte ihr Erscheinen eingestellt; die Massenausweisung deutscher Arbeiter aus dem Kanton Zürich hatte nicht nur die dortige Agitation vollständig lahm gelegt, sondern auch, da Zürich gerade damals der Zentralpunkt aller Propaganda gewesen, die Verbindung der Kommunisten untereinander momentan unterbrochen; der „Schweizer Republikaner", welcher mit dem vierten Stande sympathisierte, war eingegangen; die andern schweizerischen Blätter, welche bisher den Korrespondenzen der verfolgten Partei ihre Spalten geöffnet hatten, waren durch die Beschlagnahme von Weitlings Papieren schwer kompromittiert und mußten sich daher gegen die neue Lehre um so reservierter verhalten; manche andere einflußreiche Persönlichkeit, durch eben jene Papiere nicht minder belastet, mußte sich vom Kommunismus zurückziehen. Daneben war infolge der Konfiskation der ganzen Auflage des „Evangeliums des armen Sünders" viel Geld unnütz verpufft worden. Daß unter solchen Umständen der Plan einer nach Deutschland hin zu richtenden Agitation, welcher eben ins Werk gesetzt werden sollte, aufgegeben werden mußte, erscheint als selbstverständlich.

Die in der Schweiz nach Weitlings Vertreibung zurückgebliebenen kommunistischen Führer besaßen auch nicht entfernt die geistige Bedeutung und die energische Thatkraft jenes Mannes, welcher die erste soziale Massen-

propaganda unter deutschen Arbeitern unternommen hatte. Auch mochten sie wohl nach dem entschiedenen Vorgehen der Züricher Kantonsregierung befürchten, daß ihnen ähnliche Maßregelungen bevorständen, sobald sie sich zu weit hervorwagten. Jedenfalls hat zunächst die Verbreitung des Kommunismus nicht merklich zugenommen, obwohl sie doch zu Weitlings Zeiten nicht gering gewesen war und unleugbar mehr für die Zukunft versprochen hatte.

An der Spitze der Schweizer Agitation standen jetzt Becker, Sebastian Seiler und der „Prophet" Albrecht. Sie gaben, der Züricher Regierung zum Trotz, noch während Weitlings Gefangenschaft, das Evangelium des armen Sünders (in deutscher und französischer Ausgabe) heraus. Und als der Kommissionalbericht über „Die Kommunisten in der Schweiz nach den bei Weitling vorgefundenen Papieren" veröffentlicht wurde, erschien sofort als Antwort darauf seitens der Kommunisten (anonym) die Broschüre „Über den Kommunismus in der Schweiz, eine Beleuchtung des Kommissionalberichtes des Herrn Dr. Bluntschli über die Kommunisten in der Schweiz [angeblich!] nach den bei Weitling vorgefundenen Papieren." Diese Schrift steht nicht mehr ganz auf dem Weitlingschen Standpunkt. Vor allem differiert sie darin von diesem, daß sie die kommunistische Gesellschaft nicht gewaltsam, sondern durch freiwillige Zustimmung aller herbeiführen will. Soweit übrigens das Buch eine Erwiderung auf Bluntschlis Bericht enthält, ist es als gänzlich verfehlt anzusehen.

Daneben erschienen noch: „Der Schriftsteller Wilhelm Weitling und der Kommunistenlärm in Zürich, eine Verteidigungsschrift;" ferner eine Broschüre „Brief eines Herrn Pfarrers in Basel an einen Kommunisten in Lausanne, nebst Antwort darauf" (beide anonym); dann von dem Bürstenbinder Dietsch „Das tausendjährige Reich", — ein Buch, welches kurz hintereinander drei Auflagen erlebte; endlich anonym die „Vorrede für Bildungs-Vereine."

Die Anzahl der Parteischriften, die innerhalb weniger Monate veröffentlicht wurden, und der gute Absatz, den sie fanden, trotzdem ihnen der Weg nach Deutschland versperrt war, sind der beste Beweis dafür, daß Weitling den Boden gut vorbereitet hatte, und daß jedenfalls lokal größere Erfolge für den Kommunismus zu erzielen gewesen wären, als sich thatsächlich herausstellten.

Die Schweizer Arbeiterpartei wurde in ihrem Ringen von der in Paris erscheinenden (deutschen) sozialistischen Zeitung „Vorwärts!" unterstützt, welche auch in der Schweiz viele Abonnenten hatte. Becker selber war ein eifriger Mitarbeiter dieses Blattes und schrieb darin viele Aufsätze.

besonders über die Zustände im Kanton Waadt. Als nun der Vorwärts mit dem Januar 1845 zu erscheinen aufhörte, konnten die Kommunisten wieder daran denken ein eignes Organ herauszugeben. Becker übernahm die Redaktion des Blattes, welches unter dem Titel „Die fröhliche Botschaft" in Lausanne erschien.

Die Fröhliche Botschaft stellte als ihr Ziel die „freie Gemeinschaft" hin. Dieselbe sollte auf zwei mit einander in Einklang gebrachten Prinzipien beruhen: nämlich einmal auf dem Grundsatze, daß die Erde und ihre Güter allen Menschen gehören und daß daher jeder, der genießen wolle, arbeiten müsse; und andrerseits sollte jeder Mensch frei sein und niemandem als seinem eignen Willen gehorchen.

Die Durchführung dieser idealen Ordnung wurde in nächster Zeit erwartet. Daher mahnte das Blatt die nach Amerika auswandernden deutschen Kommunisten, ihr Heimatland doch nicht „so kurz vor der Ernte" zu verlassen.

Gegen den rein politischen Liberalismus machte das Journal entschieden Front. So hieß es in einem Aufsatz über den „Verderblichen Einfluß der deutschen Politik": „Der Henker hole diesen politischen Liberalismus! Er macht die Menschen einfältig, ja schlecht". Und des Weiteren wird dann der Liberalismus mit Schimpfwörtern bombardiert, unter denen „Plattheit", „Oberflächlichkeit" und „Philisterhaftigkeit" noch die maßvollsten sind.

Indessen wollte trotz alledem die Sache des Kommunismus nicht recht vorwärts. Becker ermangelte nicht nur der Energie, sondern auch jedweder Selbständigkeit. Er ließ den „Propheten" Albrecht seine Narrenrolle weiter spielen, ohne ihm entgegenzutreten. Die Folge davon war natürlich, daß der Kommunismus, als dessen Agitator jener Verrückte erschien, arg kompromittiert wurde. Auch vermochte Becker nicht, die anarchistische Wühlerei in Schach zu halten. Gerade in seinem Aufenthaltsorte, in Lausanne, schlug diese ihr Hauptquartier auf, und gerade in den, seinem Wirkungskreise unterstellten Bezirken nahm sie einen so großen Aufschwung, daß sie hier bald die kommunistische Bewegung überflügelt hatte. Die Zerfahrenheit derselben scheint nach allem, was mir vorliegt, eine nicht geringe gewesen zu sein. Allerdings starb im Jahre 1845 der Prophet Albrecht, welcher ernsthaften Männern ein Zusammengehen mit der Arbeiterpartei verleiden mußte. Aber seine Stelle wurde bald wieder ausgefüllt, und womöglich noch schlechter. Der Narr aus Überzeugung wurde durch einen spekulativen Charlatan ersetzt. Er nannte sich „Dr." Georg Kuhlmann (aus Holstein). Er war Ende 1844 nach

der Schweiz gegangen und von Becker mit offenen Armen aufgenommen worden. Ja, dieser ordnete sich dem „Doktor" ganz unter: der ehemalige intimste Freund eines Georg Büchner erniedrigte sich zum Jünger eines Miniatur-Cagliostros, dessen Rolle, in politischen Dingen gespielt, doppelt und dreifach widerwärtig und verächtlich sein muß. „Es fehlte — so verkündete Becker — an einem Manne in dessen Munde all unser Leiden und all unser Sehnen und Hoffen zur Sprache würde. Dieser Mann, den unsre Zeit erwartet, — er ist aufgetreten. Es ist der Dr. Georg Kuhlmann aus Holstein." Einige Zeit hatte Kuhlmann sich auch in Deutschland mit Offenbarungen versucht, aber hier keine Anhänger gefunden. „Er hat — sagte Becker — unabläßig daran gearbeitet, seine Lehre weiter zu bilden und sie auf die Höhe der großen Zeit zu erheben, in der wir leben."

Kuhlmann hielt in der Schweiz eine Anzahl von Vorträgen, welche dann (1845) insgesamt auf Kosten der kommunistischen Arbeitervereine unter dem Titel „Die neue Welt oder das Reich des Geistes auf Erden, Verkündigung" herausgegeben wurden. Er „verkündete" darin einen Staat, dessen Idee ist: die Belohnung eines „jeden nach seinen Fähigkeiten und Thätigkeiten" durch den an der Spitze des Ganzen stehenden Weisesten — also den Zukunfts-Kuhlmann. „Wie die Gesellschaft — sprach der moderne Prophet — ungeteilt ist und nur einen Geist hat, so wird die ganze Ordnung nur von einem Menschen geleitet und regiert. — Und dieser ist der Weiseste, Tugendhafteste und Seligste." Man sieht, der Inhalt des Prinzips war weiter nichts als ein Plagiat an Saint-Simon.

Kuhlmann suchte schon durch sein Äußeres Aufsehen zu erregen. Er trug eine schwarze Sammet-Pikesche mit Schnüren, auf dem Kopfe einen grauen Hut à la jeune Suisse; sein schwarzes Haar ließ er in langen Locken auf den Nacken herabwallen; und den dichten, langen, schwarzen Bart, welcher den größten Teil seines bleichen Gesichts bedeckte, trug er prophetenmäßig zugestutzt. „Dieser Prophet — sagt Georg Fein in einem Briefe (datiert vom 29. Oktober 1844) — ist für die weniger Einsichtsvollen nur aus der Ferne gefährlich, wenn er mit seinem langen Bart und mit seiner melancholisch nachdenkenden Miene zur Bewunderung aller Kinder und zum Staunen aller Gassenbuben stumm über die Straße geht, aber wahrlich nicht mehr, wenn man ihn zum Sprechen reizen kann. Von ihm heißt es: philosophus mansisses, si tacuisses!"[1])

[1]) Zur Charakteristik Kuhlmanns diene die folgende Geschichte, die Wilhelm Marr erzählt:

Kuhlmann war in der That sehr unwissend. Und das Einzige, womit er Ungebildeten oder wenig Scharfsinnigen zu imponieren wußte, war die Sicherheit seines Auftretens, die anscheinend gar keinen Zweifel an der von ihm verkündeten Lehre zuließ. Dieser Mensch hatte sich zudem noch, bevor er zu den Kommunisten gegangen, an die Anarchisten gewandt, um mit ihnen zusammen zu „arbeiten", war aber von Marr abgewiesen worden. Daß übrigens auch die Arbeiter mit dem neuen Propheten sehr unzufrieden waren, zeigt ein Schreiben des Neufchateller Kommunisten-Vereins, welcher auf die Aufforderung, ein neues Zeitungs-Unternehmen Weitlings zu unterstützen (am 25. Februar 1845), antwortete: „Weitling wird für den Augenblick leer ausgehen, und Kuhlmann ist hiervon die Ursache. Nachdem er uns große Versprechen hinsichtlich seines Werkes gemacht hat, welches schon zu Anfang des Jahres erscheinen sollte, nachdem er aus unseren Taschen unsere sauer erworbenen Batzen gezogen hat, wie steht es damit jetzt? Würden wir nicht sehr viel besser gethan haben, diese zwei oder drei Male 50 oder 60 Franken viel lieber Weitling zu geben, als einem so argen Scheinheiligen, wie Kuhlmann, welcher die Arbeiter verachtet?"

Das Auftreten und Reussieren Kuhlmanns nach dem Abtreten Albrechts ist ein neuer Beweis dafür, wie sich jederzeit für die Ideen, mit denen eine Zeit geschwängert ist, auch der ihnen Ausdruck gebende Mann findet. Handelt dieser nicht aus Überzeugung, so handelt er aus Spekulation. Manche Leute waren damals unfähig, den Sozialismus anders denn als Offenbarung aufzufassen. Und den Gefühlen dieser Leute verlieh zunächst Albrecht, der sozialistische „Prophet" aus Narrheit, Worte. Nachdem er dann den Schauplatz verlassen, wurde seine Rolle von Kuhlmann, dem „Offenbarer" aus spekulativer Narrheit, weiter gespielt.

Kuhlmann kam einst zu Arnold Ruge und wollte Geld zu einer Reise nach Asien haben, um dort angeblich Völkerschaften zu studieren und ein neues himmlisches Reich zu gründen. Auf Ruges Frage: Asien sei groß; wohin er denn eigentlich zu gehen beabsichtige, — antwortete unser Held anfangs garnichts. Wollen Sie zu den Tartaren? fragte schließlich Ruge. — Nein. — Oder zu den Chinesen? — Nein. — Ja wohin denn eigentlich? — Da hinten, über die Wolga, erklärte endlich Kuhlmann. — Die Frage, ob er studiert habe, bejahte Kuhlmann mit dem Bemerken, daß er speziell „Philosophie" getrieben habe. Gedrängt, sich näher darüber auszulassen, sagte er: er habe weder Fichtesche oder Hegelsche noch irgend eine andere, sondern nur seine eigene Philosophie studiert. —

Übrigens schreibt mir Herr Professor Wiener(-Lausanne) über Kuhlmann:

„Kuhlmann war ein „„Schriftgelehrter"", einer von denen, „„die auf die *Revolution* reisten"", d. h. die Arbeiter ausbeuteten und oft aufhetzten."

Selbstverständlich konnte die Schweizer Arbeiterbewegung, an deren Spitze ein so über alle Maßen verächtlicher und unwissender Charlatan wie Kuhlmann stand, nicht Fortschritte machen. Sie wurde faktisch immer zerfahrener und wurde selbst von den Sozialisten, welche inzwischen im deutschen Reiche selber agitierten, angegriffen. So blieb sie vollständig isoliert und ohne Einfluß auf die anderen Länder, wie auch ihrerseits ohne Anregung seitens dieser.

Daß übrigens das Arbeiter-Publikum sich durchaus nicht gleichgültig gegen die neue Doktrin verhielt und an manchen Orten ein sehr günstiges Feld für dieselben bot, geht aus dem starken Absatz hervor, den die Weitlingschen Schriften fanden. Im Jahre 1846 mußten die „Garantieen der Harmonie und Freiheit" wie auch das „Evangelium des armen Sünders" und „die Menschheit wie sie ist und sein sollte" neu aufgelegt werden.

Inzwischen wurde jedoch ein neuer Feldzug der Regierung gegen die Kommunisten eingeleitet. Er ging von Neufchatel aus, welches bekanntlich damals unter preußischer Herrschaft stand. Die unmittelbare Veranlassung war die folgende: der Kommunisten-Verein zu Lachaux-defonds war bei den Behörden als Bildungs-Verein angemeldet worden. Zugleich hatte er beim Maire seine Statuten eingereicht, dabei aber das Bestehen einer Kasse zur Förderung sozialistischer Schriften und die Verbindung, in welche der Verein mit den waadtländischen Klubs getreten war, verheimlicht. Als nun in Auxponts ein ähnlicher Verein gegründet wurde, hatte man die Statuten desjenigen von Lachauxdefonds kommen lassen. Diese Statuten wurden aber nebst mehreren sozialistischen Broschüren und einigen Briefen von Arbeitern in Lachauxdefonds und Lausanne vom Maire von Auxponts, Namens Lardy, beschlagnahmt. Darnach wurde der Vorstand des Lachauxdefonds'er Kommunisten-Vereins verhaftet. Die jetzt folgende Untersuchung führte zum Verbote der kommunistischen Vereine im Kanton Neufchatel. Sie sollte indirekt noch größere Wirkungen erzielen. Die Ergebnisse der Untersuchung wurden nämlich im „Constitutionel Neufchatelois" veröffentlicht. Und diese wiesen auf Lausanne als den Zentralpunkt der kommunistischen Propaganda hin und kompromittierten sogar ein dortiges Großrats-Mitglied, Delarageaz.

Jetzt schlugen die Konservativen des Kantons Waadt Lärm. Ihnen kam es darauf an, die herrschende radikale Partei beim Volke zu diskreditieren, und hiezu erschien ihnen der Vorwurf des Einverständnisses mit der verfehmten Lehre des Kommunismus sehr geeignet. Sie inszenierten demgemäß einen Sturm von Adressen, welche vom Großen

Rat die Austreibung der fremden Kommunisten, sowie die Absetzung aller kommunistisch gesinnten Beamten verlangten, mit Ausnahme jedoch von Großrats-Mitgliedern, wie in einigen Adressen pfiffig hinzugesetzt war.

Der radikale Große Rat trat darauf im Juli (1845) zu einer Beratung zusammen, welche zunächst zu dem Beschlusse führte, eine Untersuchung über den Kommunismus im Waadtlande anzustellen.

Der Präfekt von Lausanne, Meystre, wurde beauftragt, Bericht zu erstatten, ob die deutschen Arbeiter wirklich Kommunisten seien, von welcher Art ihre Ansichten u. s. w. Meystre schickte, um dem erhaltenen Auftrage nachzukommen, den Schriftsetzer August Vinet, einen Sohn des berühmten Theologen und Kritikers, in die Kommunisten-Vereine zum Studium ihres Wesens und Wirkens. Vinet glaubte alles, was ihm in den Vereinen erzählt wurde [1]) und sandte einen für dieselben höchst günstigen Rapport an den Präfekten, welcher daraufhin erklärte, daß er, wenn keine derartigen Vereine bestünden, darauf antragen würde, daß welche errichtet würden.

Da erschien mit einem Male der Bericht der Neufchateller Regierung über die Umtriebe der jungdeutsch-anarchistischen Bewegung. Darin war bemerkt, daß ihr Zentrum ebenso wie das der Kommunisten in Lausanne war. Hierauf wurden, wie oben erzählt, zunächst die jungdeutschen Vereine vom Großen Rat aufgelöst. Bald aber kam derselbe zur Erkenntnis, daß, würde er nunmehr nicht den Kommunisten das Handwerk legen, sich die Angriffe wegen Lässigkeit, wo nicht gar wegen Protektion des Kommunismus mehren würden. Deshalb wurden jetzt auch die Kommunisten-Vereine geschlossen, die Führer, unter ihnen A. Becker — Kuhlmann hatte bereits früher den Kanton verlassen — ausgewiesen.[2]) —

[1]) Selbst die Kommunisten machten sich über Vinets „Untersuchung" lustig. So heißt es in einem Berichte der schweizerischen Kommunisten darüber: „Der radikale Präfekt von Lausanne schickt den gutmütigen, halbtauben Justemilianer Vinet in den Verein. Dieser nun steckte sein Hörrohr ins Ohr und forderte jeden, der wollte, auf, ihm allerlei hineinzuschreien. — Die anwesenden sog. Kommunisten drängten sich mit dem muntersten Eifer an diese Hörtrompete und erzählten dem Untersuchungskommissär aus Leibeskräften und nicht ohne Humor, wie abgeschmackt, widerwärtig und dumm alle die Vorwürfe seien, die man in Zeitungen, Petitionen und Stadtklatschereien gegen sie ausgekramt habe. Herr Vinet lächelte freundlich, nickte beifällig mit dem Kopf und in höchstens 15 Minuten war die Untersuchung zu Ende. An andren Orten ist sie in ähnlicher Weise geführt worden und hat nicht länger gedauert."

[2]) Man vergleiche hierzu das Folgende, was mir Herr Professor Wiener (-Lausanne) geschrieben hat:

Die Ursache und der Zweck der gegen die Kommunisten geführten Untersuchungen

August Becker wandte sich jetzt nach Zürich. Es gelang ihm dort, nen früheren Schullehrer, namens Julius Treichler, damals Redakteur s „Boten vom Uster", einer demokratischen Wochenschrift, für den ommunismus zu gewinnen. Alsbald nahm das Blatt, welches von m an unter dem Titel „Allgemeines Not- und Hilfsblatt" erschien, ne entschieden sozialistische Haltung an. Zugleich wurde in Zürich n „gegenseitiger Hilfs- und Bildungs-Verein" gestiftet, welcher, streng f dem Boden des Kommunismus stehend, Treichlers Blatt für sein rgan erklärte, so lange es die sozialistischen Ideen besprechen würde.

Bald stellte Treichler in einem Manifeste, betitelt „Politische Grundtze", seine Ziele auf. Darin wurde gefordert: der Erlaß von Arbeiterchutzgesetzen; die Errichtung von Sozial-Werkstätten, in welchen denigen, die arbeiten wollten, die nötigen Werkzeuge und Materialien me Zinsen kreditiert werden sollten; die Schaffung von Warenhallen, denen die Arbeiter gegen Ablieferung ihrer Produkte einen Vorschuß d nach erfolgtem Verkaufe der Produkte den ganzen Preis erhalten lten; Unterstützung aller gemeinschaftlichen Unternehmungen, und zwar wohl industrieller wie agrarischer Arbeiter-Assoziationen, nötigenfalls rch Vorstrecken des bedurften Kapitals; Gründung einer Kantonalihbank zum letztangegebenen Zwecke sowohl wie auch zur Regelung s Zinsfußes, endlich Besteuerung fast ausschließlich der Wohlhabenden. on den sonstigen Plänen Treichlers seien nur noch hervorgehoben: ein umssenderer Vorschlag zur Verbesserung des Volksschulwesens und der olksbildung; und: die Wahl aller Mitglieder des Großen Rats durch rekte Volksabstimmung; die jederzeit mögliche Abberufung der Großte durch die Wähler; und schließlich das Volksrecht des Vetos gegen le Gesetze.

---

ezieht sich erst in zweiter Linie auf die Gemeingefährlichkeit jener Subjekte und er Umsturzplane; in erster Linie wurden die Untersuchungsbehörden, sei's daß sie schoben wurden, sei's daß sie selbst schoben, durch das Parteitreiben im Innern der ntone angeregt. Im Kanton Waadt war dies unzweifelhaft der Fall. Es rde da der durch die Februar-Revolution 1845 emporgekommenen Regierung mmunismus vorgeworfen. Nun warf wohl bei dieser, wie wahrscheinlich bei jeder volution, das was wir jetzt Sozialismus nennen, seine Wogen und für kurze Zeit nen Schaum auf; auch saß in der Regierung Jahre lang ein Landwirt und tillerieoffizier, der gern seinen Proudhon las; aber von kommunistischen Tendenzen reden in einer schweizerischen Demokratie, in der die Macht nicht bloß dem Volk, ndern dem Landvolk gehört, das ist doch eine abenteuerliche Verkennung des Wirkjen. Die waadtländische Opposition wußte das natürlich auch, aber es galt, die gierung in Verlegenheit zu bringen."

Am Schlusse des Manifestes wurde erklärt, daß man zur Durchsetzung dieser Ideen nicht Gewalt brauchen dürfe, wie überhaupt den Urhebern des Manifestes jede Ungesetzlichkeit fern läge.

So weitgehend sozialistisch auch die Forderungen Treichlers in seinem Manifeste sein mochten, so waren sie doch nicht so radikal, wie die der Arbeiter-Kommunisten sonst waren. Treichler entschuldigte sich deshalb auch Weitling gegenüber. „Die Verhältnisse — schrieb der Züricher Sozialist an den in London weilenden Agitator — sind hier den Sozialisten keineswegs günstig. . . . Wir müssen also in unserm Blatte äußerst behutsam und ruhig verfahren, gegen den Titel „Kommunisten" protestieren und das Prinzip der Abschaffung des Privateigentums ruhen lassen."

Ob Treichler etwa ein Mitglied des Kommunisten-Bundes war, vermag ich nicht zu entscheiden, da mir hierüber nichts zu erforschen gelungen. Jedenfalls ersieht man aus dem Angeführten, daß die Führer des Bundes auch bei der in Rede stehenden Arbeiter-Propaganda die Hand im Spiele hatten.

Das allgemeine Not- und Hilfsblatt benahm sich übrigens trotz jener relativen Mäßigung unverkennbar als Organ des Kommunismus. Gegenüber konservativen wie liberalen Journalen verteidigte es das Prinzip der Gleichheit. „Wir rufen — bekannte Treichler — Gleichheit, die Gleichheit, die die Gerechtigkeit ist, die da sagt: „Jedem nach seiner Fähigkeit und jeder Fähigkeit nach ihrem Wirken" (St. Simon); die da keine Vorrechte der Geburt den einen zum unverantwortlichen Nachteil der andern zulassen will, als die Natur einem jeden von uns gegeben." U. s. w.

Die beiden gegnerischen Parteien wurden mit gleicher Heftigkeit angegriffen. Den Züricher Radikalen wurde vorgeworfen, daß sie nach dem Sturze des aristokratischen Herrentumes nur ein liberales Neuherrentum begründen wollten. „Wir sind Freunde aller echten Freisinnigen, — erklärte Treichler — aber die erbittertsten Feinde dieser Scheinfreisinnigen, wir werden ihnen auch mit unerbittlicher Hand die Maske vom Gesicht reißen."

Das Allgemeine Not- und Hilfsblatt suchte — ganz wie früher Weitling in seinem Evangelium des armen Sünders — das Neue wie das Alte Testament zur Unterstützung seiner Lehren zu verwenden. Und hierbei wagte Treichler sogar, den Gedanken des stehlenden Proletariats, jene fürchterlich-verruchte Idee Weitlings, in Schutz zu nehmen.[1])

Treichler betrieb bald die Agitation sehr energisch. Im Februar

[1]) „Weitling — so heißt es in Nr. 6 des Allgemeinen Not- und Hilfsblattes von 1846 — giebt allerdings einmal zu verstehen, daß, wenn die Mächtigen das Schwert

1846 begann er öffentliche Versammlungen zu veranstalten, in denen er seine Ansichten vor einem nach Hunderten zählenden Auditorium darlegte. Mit Ingrimm griff er in seinen aufreizenden Reden den damals das Staatsruder führenden Liberalismus an. Ihm warf er vor, die Vertretung nur der Besitzenden und ihrer Klassen-Interessen zu sein.

Hier proklamierte endlich Treichler offen die soziale Revolution. „Wohlan! — schloß er seinen vierten Vortrag — das Volk wird sich noch einmal als Souverän, als eine, eurem Betruge entwachsene Macht zeigen, es wird zeigen, daß es sich selbst zu helfen weiß. — Aber, höre ich sagen, das heißt ja Revolution predigen. Freilich, freilich. Wir wollen die Revolution, die endlich wahre Revolution, wir wollen sie, weil nur durch sie uns und allen geholfen werden kann; aber wir wollen keinen Putsch, wie ihr sie gemacht habt, um dadurch zur Sesselherrschaft zu gelangen — nein! Wir wollen die soziale Revolution, welche die Souveränetät des Volkes zur Wahrheit und den Genuß der Freiheit und Gerechtigkeit allen zur Möglichkeit machen soll und wird." Das entschiedene Vorgehen Treichlers provozierte einen argen Skandal. Die liberalen Organe des Kantons, die „Neue Züricher Zeitung," der „Republi-

---

ergreifen sollten, um die sozialen Bestrebungen mit Gewalt zu unterdrücken, man sich nicht mit den unschuldigen Soldaten schlagen, sondern lieber die Kassen der Reichen ausleeren solle, aus welchen jene Soldaten und ihre Kanonen gefüttert und gespeist werden. . . .

Aber ist denn diese Theorie wirklich so gräulich? Als Moses von Gott den Befehl erhielt, die jüdischen Proletarier aus Ägyptenland zu führen, und nicht wußte, wo Geld hernehmen zu dem weiten Marsch, da sprach Gott zu ihm 2. Mos. 4, 21. . . . Diese silbernen und goldenen Gefäße und Kleider der Ägypter, wem gehörten sie denn eigentlich? Waren sie nicht das Produkt der eigenen Frohnarbeit der Kinder Gottes, waren sie also nicht ihr Eigentum? Und darf man sein entwendetes Eigentum nicht wieder nehmen? . . .

Moses hatte am kleinen Finger hellere Begriffe vom Eigentum als unsere gelehrten christlichen Nationalökonomen in ihren dummen Köpfen. . . . Er errichtete ein Sozialgebäude, das sich zu den bestehenden verhält, wie sich verhält ein Tempel der Gerechtigkeit zu einer Räuberhöhle." U. s w. —

Zum Beispiel, in welcher Weise Treichler Christen und Kommunisten zusammenwarf mögen folgende von ihm verfaßte Verse dienen:

„Gehet hin in alle Lande —
Sprach der Heiland zu den Seinen;
Wollt ihr euch mit mir vereinen,
Streifet ab des Reichtums Bande.
. . . . . .
Diese nannte man sonst Christen;
Jetzt heißt man sie Kommunisten!"

kaner," der „Landbote," der „Erzähler" schlugen Lärm über die aufrührerische Propaganda.[1])

Die Züricher (liberale) Regierung glaubte nunmehr auch einschreiten zu müssen, sei es nun, weil sie dies für prinzipiell richtig hielt, sei es, weil sie den Konservativen das Mittel nehmen wollte, sie beim Volke wegen Duldung des Kommunismus zu diskreditieren.

Die Regierung verbot zunächst dem sozialistischen Agitator das Abhalten weiterer Versammlungen. Ferner setzte sie — wohl in Erinnerung an den Rat der aus Anlaß der Weitlingschen Propaganda eingesetzten Kommission — einen Ausschuß ein, welcher Vorschläge darüber machen sollte, wie auf gesetzlichem Wege gegen den Kommunismus einzuschreiten sei.

Schon zur Zeit der ersten Sitzungen des Ausschusses wurde eine kommunistische Gegendemonstration versucht. In mehreren Gemeinden des Kantons wurde an die Straßenecken ein Aufruf angeschlagen, welcher aufforderte, einem Zustande ein Ende zu machen, in welchem Hunderte von Menschen in Wollust und Schwelgerei lebten, während Millionen in Armut und Elend schmachteten. Anstatt dessen wurde die sofortige Einführung des gleichen Genusses für alle und der Gütergemeinschaft empfohlen. Zu einer Beratschlagung hierüber wurde im Aufrufe eine Versammlung nach einer Landsgemeinde in Uster für den 2. März (1846) ausgeschrieben.

Dieser wahnwitzige Aufruf hatte natürlich nur den einen praktischen Erfolg, — die Züricher Regierung zu noch schnellerem und entschiedenerem Einschreiten gegen den Kommunismus zu veranlassen.

Am 24. März fand die entscheidende Sitzung des großen Rates statt. Der Ausschuß legte einen Gesetzesentwurf gegen die zu verfolgende Doktrin vor, dessen erster Paragraph anordnete: es ist untersagt, Diebstahl oder

---

[1]) Wir geben hier eine Probe aus dem sich als „ultraradikal" bezeichnenden „Erzähler." Derselbe schrieb:

„Wir haben schon lange nicht begriffen, warum man mit dem Treichler, der im personenfreien England und auch in Frankreich mit seiner Lehre vom systematischen Diebstahl im großen u. s. w. schon längst wegen Aufreizung zum Hasse der Besitzenden hinter Thür und Riegel gesteckt worden wäre, in Zürich nicht bereits frisch abgefahren ist. . . . Da ist alle avocasserie nicht so gut wie ein Peloton Polizeimannschaft und Abkühlung bei Brot und Wasser. Einen armen Teufel steckt man ein und kriminalisiert ihn, wenn er 50 Franken stiehlt, einen Prediger systematischen Raubes und des Krieges der Besitzlosen gegen die Besitzenden läßt man vor einem nur zu gläubigen, weil interessierten Publikum Pfauenräder über Güter- und Weibergemeinschaft auf öffentlichem Markte schlagen." U. s. w. Am Schlusse dieses Artikels fordert der Erzähler noch energisch ein „rasches Kurzabschneiden" des Kommunismus.

andere Verbrechen öffentlich zu rechtfertigen oder eine Klasse von Bürgern gegen eine andere, z. B. Besitzlose gegen Besitzende, zum Hasse aufzureizen oder überhaupt Angriffe auf die Unverletzlichkeit des Eigentums oder anderer im Staate geschützter Rechte zu richten und die bestehende rechtliche Ordnung böswillig zu gefährden.

Hiergegen führte Bluntschli aus, daß, würde diesem Antrage gemäß verfahren, auch z. B. ein Jurist bestraft werden müßte, welcher die Theorie aufstellen würde, daß Handlungen, die bisher unter den Begriff des Diebstahls subsumiert wurden, eigentlich nicht unter diesen gehörten. Bluntschli stellte alsdann den Gegenantrag: wer durch die Presse und öffentliche Reden die Sicherheit des Privateigentums böswillig angreift oder verbrecherische Handlungen in einer Weise empfiehlt und verteidigt, wodurch die öffentliche Ruhe bedroht wird, oder die öffentliche Moral und christliche Religion dem Spott oder der Verachtung preisgiebt, verfällt, auch wenn kein anderes im Strafgesetzbuch vorgesehenes, mit Strafe bedrohtes Verbrechen vorliegt, in eine Geldbuße von 40—1000 Franken, womit Gefängnis bis zu 2 Jahren verbunden werden kann.

Aber auch dieser Antrag fiel. Schließlich wurde nach langer Debatte, in der vergebens angetragen worden, sich gegen jedes Ausnahmegesetz gegen den Kommunismus zu erklären, resolviert: es ist untersagt, den Diebstahl oder andere ihm verwandte Verbrechen öffentlich zu rechtfertigen oder wegen der Ungleichheit des Besitzes eine Klasse von Bürgern gegen eine andere zum Hasse aufzureizen oder durch Angriff auf die Unverletzlichkeit des Eigentums die Ruhe und Wohlfahrt des Staates böswillig zu gefährden.

Nach den folgenden Paragraphen konnte die Regierung alle, der Förderung der angegebenen Tendenzen dienenden Vereine ohne weiteres auflösen und Fremde, welche irgendwie daran Anteil genommen, sofort aus dem Kanton verweisen. Auch konnte der Vertrieb außerhalb des Kantons erscheinender periodischer Druckschriften so lange verboten werden, bis eine im Kanton wohnhafte Person die Verantwortlichkeit übernommen und die Kaution geleistet hatte.

Dies war das erste Ausnahmegesetz gegen den Kommunismus, auf dessen Entstehungsgeschichte wir absichtlich — und schwerlich dürfte uns heute jemand daraus einen Vorwurf machen — etwas näher eingegangen sind, als es sonst im Plane der vorliegenden Arbeit gelegen.

Das Gesetz hatte zur Folge, daß alsbald (noch im März 1846) das allgemeine Not- und Hilfsblatt sein Erscheinen einstellte. August Becker ergriff wiederum den Wanderstab und kehrte dem kommunisten-

feindlichen Kantone den Rücken. Die extreme Arbeiter-Agitation in der Schweiz war vollständig lahmgelegt. Sie ist vor 1848 nicht mehr zu regem Leben wiedererwacht.

---

2. Der Schweizerische Grütliverein bis 1848.

Neben der kommunistischen Agitation entwickelte sich in der Schweiz noch eine gemäßigte Arbeiterbewegung. Wenn jedoch die erstere hauptsächlich unter den deutschen Ausländern ihre Rekruten warb, fand die andere ausschließlich unter der eingesessenen Bevölkerung statt. Die Bewegung, welche wir hier im Sinne haben, knüpft sich an den schweizerischen „Grütliverein."

In Genf war im Jahre 1838 von Weitzel, dem Organisten der dortigen deutschen Gemeinde, ein Arbeiterbildungsverein gegründet worden. Derselbe ward aber bald von dem gerade damals rekonstituierten, jungdeutschen Geheimklub völlig ins Schlepptau genommen. Der Verein wurde der Tummelplatz der Genfer deutschen Demokratie. Dies hatte zur Folge, daß Weitzel, welcher damit unzufrieden war, mit der Minorität des Vereins austrat. Die Sezessionisten gründeten einen allgemeinen Schweizer- (also nicht ausschließlichen Arbeiter-) Verein. Derselbe nannte sich Grütliverein in Erinnerung daran, daß die freie Schweiz aus dem Grütli hervorgegangen.

Die ersten Statuten sind vom 3. Juni 1838. Sie gaben als Zweck des Vereins an: freien gegenseitigen Austausch der Ideen, sowie Aufklärung und Belehrung in allgemeinen, besonders in vaterländischen Angelegenheiten.

Aber schon im März 1839 wurden die Statuten einer Totalrevision unterzogen, und es ward nunmehr auch zur definitiven Konstituierung des Vereins geschritten. Jetzt bezeichnete man als Zweck: Aufklärung und Berichtigung der Ansichten und Begriffe über einfache, menschliche Verhältnisse, besonders über Politik, Handel und Gewerbe, mit besonderer Rücksicht auf das Vaterland; ferner Belehrung über die einfachsten und notwendigsten Gegenstände aus dem Gebiete des menschlichen Wissens.

Etwas bestimmter erklärten die Statuten von 1840 als Ziel des Vereins: die Heranbildung der Mitglieder zu tüchtigen, mit ihren Rechten und Pflichten wohlvertrauten Bürgern, deren Bestreben dahin gehen sollte, die Grundsätze der Männer im Rütli d. h. Gerechtigkeit und Billigkeit zu handhaben.

Noch entschiedener lautete die Angabe des Zwecks des Grütlivereins,

welche ein Halbjahr später zum Beschluß erhoben wurde: die Förderung und Entwickelung der wahren Demokratie.

Aus dem letzteren ist ersichtlich, daß der demokratische Geist bereits siegreichen Einzug in den Verein gehalten hatte. Das war nicht zum geringsten dem Einflusse des Gymnasialprofessors Albert Galeer zuzuschreiben, welcher in der offiziellen Festschrift des Grütlivereins als dessen geistiger Vater bezeichnet wird. Galeer nahm sich des Vereins mit größter Sorgfalt an. Und nachdem er 1841 Präsident des Vereins geworden war, wurde letzterer auch nach andern Orten verpflanzt. Bis 1845 waren Sektionen in Lausanne, Vivis, Bern, Basel, Burgdorf und unter den Schweizern in Paris gegründet. Eine Sektion in Freiburg hatte sich nicht halten können, und eine andere in Luzern war von der dortigen reaktionären Regierung aufgelöst worden.

Jene Grütlivereine bildeten einen Verband, dessen Vorort zunächst Genf war. 1845 wurde Lausanne Vorort.

Der Verband hatte damals im ganzen 370 Mitglieder. Bis Ende 1847 kamen dann noch Gruppen in Morges und Yverdon hinzu, während ein in Lachaux-de-fonds gestifteter Zweigklub mangels reger Beteiligung hatte eingehen müssen.

Der Grütliverein war, wie bereits bemerkt, kein ausschließlicher Arbeiterverein. Er hatte Handlungsbeflissene, Studenten und namentlich auch Kleinbürger zu Mitgliedern. Immerhin konstatiert die offizielle Festschrift des Vereins ausdrücklich, daß derselbe „zumeist aus jüngeren Handwerkern und Arbeitern" bestanden habe.

Was die Hauptthätigkeit im Vereine selber betrifft, so war dieselbe ursprünglich: Pflege des Gesanges, bald auch Beschaffung von Lektüre, Unterricht der Handwerker und Diskussion über populär-wissenschaftliche und politische Themata.

---

3. Weitling in London. — Erste Anzeichen einer internationalen Verbrüderung der Kommunisten.

Weitling selber war, wie erwähnt, neben der Gefängnisstrafe zur Ausweisung aus der Schweiz verurteilt worden. Als nun das Ende der Strafzeit herannahte, erklärte der Inhaftierte nach England gehen zu wollen. Da sich aber die Züricher Behörden durchaus nicht geneigt zeigten, ihm zur Erreichung dieses Wunsches irgend behilflich zu sein, so entschloß er sich einer Auswanderungs-Gesellschaft beizutreten, die am 1. Juni von Aarau aus unter Leitung des Bürstenbinders Andreas Dietsch

nach Amerika gehen wollte, um dort eine kommunistische Kolonie zu gründen. Dietsch hatte sich erboten, Weitling auf seine Kosten mitzunehmen, und sich deshalb an den Züricher Staatsrat gewandt.[1]) Dieser

[1]) A. Dietsch ist auch wirklich mit einer Anzahl seiner Gesinnungsgenossen nach Amerika ausgewandert und hat dort mit Aufopferung seines gesamten Vermögens die kommunistische Kolonie „Neu-Helvetia" gegründet.

Über die Erfahrungen, die er hierbei machte, giebt folgender Brief von ihm Aufschluß, welcher in der kommunistischen „Fröhlichen Botschaft" (Nr. 3 vom Juni 1845 p. 13 ff.) erschienen ist und bei dem Interesse, welches ein praktischer Versuch in der fraglichen Richtung erregen muß, hier teilweis folgen mag. Der Brief lautet:

„An meine Brüder und Schwestern, die Kommunisten in der Schweiz, Frankreich, Deutschland und England.

Liebe Brüder!

So einer (ohne Ausnahme) unter Euch von sich sagt, er sei ein Kommunist, so glaubt es nicht, sondern denkt, er bilde sich's nur ein, — bis und solange er nicht Thaten aufweisen kann, welche ihn dieses Namens würdig machen. Denn es ist nicht genug, daß Einer in einem Vereine debattieren hilft, Propaganda macht und mit einer Vereinskarte versehen ist, für das Prinzip schreibt, sich einsperren oder verbannen läßt. Dies alles ist leichter, als sich selbst verleugnen und die unerläßlichen Tugenden üben, die zum vorgesteckten Ziele führen sollen. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß die Kommunisten Menschen sind wie andere, die sich friedlich vertragen und in alles fügen können, wenn nur alles nach Wunsch den graden Weg geht.

Seht, ich schäme mich, es zu sagen, ich wollte den Andern mit gutem Beispiele vorangehen, ich opferte manchen Thaler auf, den ich nicht schuldig gewesen wäre, ich übersah Manches, was ich hätte rügen können, ich teilte das Essen oft so aus, daß nichts für mich übrig blieb. Ich beschwerte mich über keine Speise, sie mochte sein wie sie wollte, aber nicht so meine Kommunisten; sie schliefen auf Strohsäcken und verlangten, es sollten Bretter gekauft werden, daß sie Bettstellen bekämen. Noch selten wurde ein Essen aufgetragen, daß nicht der eine oder der andere etwas daran auszusetzen hatte. Und erst die Behandlung gegen eine arme unglückliche Familie, die unter uns ist und uns freilich viele Unruhe und Verdruß macht, ja, da ist kein Funke menschlichen Gefühls zu verspüren! Sie selbst essen sich gerne satt, aber einer meinte doch, ich könne die Familie schon hungern lassen; kurz, ich mag gar nicht an alles denken, sonst verliere ich noch mein Bischen Glauben an eine bessere Seite der Menschen und werde wieder ein Christ. Hätte ich keine Kinder, so hätte ich wahrlich schon den Weg unter die Füße genommen und wäre zu den Indianern gegangen; denn ich glaube, man könnte bei den Naturmenschen eher das Prinzip der Gleichheit einführen, als bei halb und ganz Ge- und Verbildeten; man würde mir doch wenigstens keine raffinierten Bosheiten und kalte Zahlenberechnung entgegenstellen.

Was ich alles empfinde, kann ich unmöglich niederschreiben, denn ich bin aus dem kommunistischen Himmel herab auf die Erde unter nackte Menschen gefallen, die aufs Haar den andern gleichen, sie mögen sein und heißen wie sie wollen. Es thut mir in der Seele weh, dies alles Euch zu schreiben, allein Ihr alle könnt Euch in diesem Spiegel beschauen und nachforschen, ob Euch nicht auch dergleichen christ*liche Tugenden* anhängen; wenn dies der Fall ist, so legt sie so geschwind als möglich

gab aber in seiner Antwort die Erklärung ab, man werde den Agitator auf dem nächsten Wege über die deutsche Grenze bringen.

Des geschah auch faktisch unter dem allerheftigsten Sträuben Weitlings, der erst nach Mißhandlungen und nach erfolgter Fesselung auf das deutsche Gebiet gebracht werden konnte.[1]) Hier wurde er von badischen Gendarmen in Empfang genommen und über Stuttgart, wo er wiederum einige Zeit im Gefängnisse sitzen mußte, an Preußen ausgeliefert. Dieses benahm sich in der ganzen Affaire verhältnismäßig am humansten.

Es brachte den Agitator über die Hamburger Grenze und gab ihm

---

von Euch, sonst macht jeder vernünftige Mensch das Kreuz und warnt mit vollem Recht vor dem Kommunismus. Meßt Eure Kraft ja nie nach der Anzahl, denn ich glaube, es sei unter hundert kaum einer ein wahrer Kommunist; man kann von den meisten sagen, der Geist ist willig, aber das Fleich ist schwach. Ich muß enden, denn es ist schon lange Mitternacht vorüber, das Tagebuch wird Euch ein Mehreres sagen. Schickt diese paar Zeilen in alle Vereine; ich werde mir da wohl eine christliche Rache von meinen Kommunisten zuziehen, aber ich scheue dieses weniger, als die Wahrheit verschwiegen zu haben.

Gruß und Handschlag.

Andreas Dietsch.

N. S. Die Hauptsache hätte ich beinahe vergessen, vergangenen Sonntag war ich in Westphalia und vernahm dort aus der Zeitung die Nachricht von Weitlings Befreiung. Zuhause angekommen, verkündete ich die Neuigkeit, welche freudig aufgenommen wurde. Ich machte den Vorschlag, ein Fest deshalb zu veranstalten, gleich war man dabei. — Da seht ihr nun, daß zwischen Theorie und Praxis ein himmelweiter Unterschied ist. Weitlings Befreiung versetzte sie in frohe Stimmung, währendem sie sich über jede Kleinigkeit, die nicht zum Kommunismus gehört, aufhalten können."

Darnach wird es nicht Wunder nehmen, wenn wir hören, daß die Kolonie Neu-Helvetia anderthalb Jahre nach ihrer Gründung zerfallen ist.

[1]) Wir geben hier den thatsächlichen Bericht über Auslieferung Weitlings an Deutschland, auf Grund der Daten des Vorwärts vom J. 1844:

Am 21. Mai in aller Frühe wurden die Anwohner des Züricher Arresthauses durch ein von der Straße kommendes Geschrei aus dem Schlaf geweckt. „Helft mir!" rief es, „ich bin Weitling; helft mir! Man will mich an die deutsche Polizei ausliefern!" Die Leute, die ans Fenster eilten, sahen einen Menschen auf dem Boden liegen, welchen die Züricher Gendarmen weder durch Fußtritte, noch durch Kolbenstöße zum Gehen zu bringen vermochten. Weitling wurde in das Gefängnis zurückgebracht. Sein Hilferuf verstummte bald. Man hörte nur noch ein klägliches Wimmern und das Klatschen eines Züchtigungsinstrumentes. Man hatte dem Opfer der Gerechtigkeit den Mund mit einem Taschentuch verstopft! Unterdessen war eine Kutsche vor dem Arresthause angelangt; den Mund verstopft und an Händen und Füßen geknebelt wurde Weitling in einen verschlossenen Wagen geschleppt. Er drückte die Wagenfenster ein — alles, alles war vergebens, der Wagen rollte samt dem Gefangenen fort.

schließlich noch Reisegeld und Zehrpfennig mit. Damit war Weitling frei, nachdem er im ganzen vierzehn Monate lang im Kerker geschmachtet hatte. Er blieb zunächst in Hamburg, wo er mit der Buchhandlung Hoffmann & Kampe über den Verlag der von ihm während der Haft ausgearbeiteten Gedichte verhandelte, die dann auch unter dem Titel „Kerker-Poesien" erschienen sind.[1])

Dann begab sich der Agitator nach London, wo er Ende August ans Land stieg. Am 22. September veranstalteten die englischen, französischen und deutschen Kommunisten-Vereine ein großes Meeting, um Wilhelm Weitling, „den mutvollen und talentreichen Führer der deutschen Kommunisten", wie die „New Moral World" (das Londoner Kommunistenblatt) sagte, zu begrüßen. Der Gesang, ausgeführt von den Chören sozialistischer Gesangvereine, und ein Instrumentalkonzert wechselten mit Reden ab. Weitling wurde als Märtyrer der kommunistischen Sache und als Vertreter derselben auf dem Festlande bezeichnet und gefeiert. Nach einander wurden von Clarke, dem Präsidenten der sozialistischen National-Society, von Fleming, dem Herausgeber der New Moral World, von Schapper, dem Vertreter des deutschen Kommunisten-Vereins, von Chillman, dem Repräsentanten des französischen Arbeiterklubs, und von andern Begrüßungsreden an Weitling gehalten. Dann erhob sich dieser selbst, mit stürmischem Beifallklatschen begrüßt, um eine Ansprache an die Versammlung zu halten. In fast allen Reden wurde der Internationalismus der kommunistischen Sache mit Entschiedenheit betont.[2])

---

[1]) Im Laden der Firma Hoffmann & Kampe hatte Weitling damals jene Zusammenkunft mit Heinrich Heine, welche in den „Geständnissen" des berühmten Dichters geschildert und daher jedem bekannt ist.

[2]) Da diese Versammlung vom 22. September 1844 meines Wissens die erste ist, in welcher die Sozialisten verschiedener Länder zu gemeinsamer Sitzung zusammenkamen und das kosmopolitische Prinzip des Sozialismus mit Nachdruck hervorhoben, so gewinnt sie als erstes Symptom jener Ideen, welche schließlich zur Gründung der internationalen Arbeiter-Assoziation (der sogen. roten Internationalen) führten eine **große historische Bedeutung.** Es mögen hier deshalb aus den gehaltenen Reden einige, auf den internationalen Charakter des Sozialismus bezügliche Stellen folgen, unter Zugrundelegung der Berichte im Pariser Vorwärts. (Nr. 91 vom 13. November 1844 und Nr. 92 vom 16. November.)

So sagte Fleming in seiner Rede: „Heute Abend erfüllt sich einer der Lieblingsträume des Sozialismus. Ehe ich mit den großartigen, allgemein gültigen Grundsätzen desselben bekannt war, hatte auch ich wie die andern den Kopf voll der alltäglichen, engen Begriffe von Nationalgröße, Landesruhm, abgeschlossener Vaterlandsliebe; die natürliche Folge davon waren Nationalvorurteile, wie sie sich in dem thörichten

Weitling blieb vorläufig in London.

Als dort am 22. September 1845 ein großes Fest der Kommunisten vieler Nationen zur Feier der Errichtung der französischen Republik (im Jahre 1792) stattfand, nahm Weitling auch hieran Anteil und sprach namens der deutschen Kommunisten. Jenes Fest sollte ein Zeichen der Verbrüderung der Kommunisten aller Völker sein und ist daher ganz besonders charakteristisch, da es mit zu den Bestrebungen gehört, die nationale Proletarier-Bewegung zu einer internationalen zu gestalten. Es wurde auch überall so aufgefaßt, und die „Rheinischen Jahrbücher" (vom Jahre 1846) erklärten in einem Bericht über jene Feier, daß mit ihr „die Proletarier aller Nationen anfingen, unter dem Banner der kommunistischen Demokratie wirklich zu fraternisieren.[1])"

Geschwätz von natürlichen Feinden aussprechen. Aber von dem Augenblicke an, wo ich Robert Owens Vernunftsystem der menschlichen Gesellschaft verstand, verschwanden alle diese unwürdigen Ansichten. Ein neues Licht ging auf in den Blättern der Geschichte; neue Hoffnungen entstanden für eine zukünftige Zeit. Da erst sah ich überall Brüder im Menschengeschlechte; da begriff ich, daß die höchsten Interessen der Menschheit am besten befördert werden, indem die Brüderlichkeit zwischen den Bewohnern aller Erdgegenden genährt wird. . . . Diese Versammlung allerdings beabsichtigt zunächst die Begrüßung eines der Märtyrer des ausländischen Kommunismus; aber sie hat auch noch den Zweck, den Kommunisten allerwärts die Hand entgegenzustrecken. Gar zu lange sind sie sich fremd geblieben in Arbeit und Schaffen; eine natürliche Folge davon war ihre bisherige Unwirksamkeit. Ich hege die Hoffnung, mit diesem Meeting beginne eine neue Epoche." U. s. w.

Und der Deutsche Karl Schapper sagte u. a.: „So mögen sie hierher kommen, alle, die so gern von „natürlichen Feinden" schwatzen; mögen sie hier Leute aus allen Nationen Europas in brüderlichem Vereine sehen; das wird eine Antwort sein auf ihre so zerstörend auf die Gesellschaft des Menschen einwirkende Lehre".

[1]) Die Veranstalter der in Rede stehenden internationalen Feier waren die englischen Chartisten. Es beteiligten sich daran: Deutsche, Franzosen, Italiener, Spanier, Polen, Schweizer, auch je ein Ungar und Türke. Der Chartistenführer Thomas Cooper präsidierte. Ansprachen wurden gehalten von Harney, dem Redakteur des chartistischen Arbeiterjournals „Northern Star", von dem französischen Kommunisten Dr. Berrier-Fontaine und von Weitling. Am Schlusse des Festes wurden radikale Lieder in allen Kultursprachen gesungen.

Die erwähnten Ansprachen waren ihrem Inhalte nach fast ausschließlich der Betonung des internationalen Charakters des Kommunismus gewidmet. Wir wollen aus ihnen die folgenden Stellen herausheben.

Harney sagte, nachdem er die kommunistische Republik, das „ruhmvolle Ziel" des „ruhmvollen Babeuf", gefeiert hatte: „Wir stoßen die nationalen Antipathieen weit von uns zurück; wir verachten, wir haben Ekel vor diesen barbarischen Lockspeisen und Ködern, wie „natürliche Feinde", „Erbfeinde" und „nationaler Ruhm". (Der Versammlungsbericht in den „Rheinischen Jahrbüchern" verzeichnet bei diesen Worten

4. Die Theorieen des deutschen philosophischen Sozialismus.

Die bisher geschilderten sozialistischen Bestrebungen waren wesentlich von den Ideen des französischen Sozialismus beeinflußt gewesen. Die jetzt folgende Bewegung nahm nun zwar auch von den letzteren ihren Ausgangspunkt. Zugleich aber bekam sie eine eigentümliche Wendung und Unterstützung durch die damalige deutsche Philosophie.

„lauten Beifall"). Wir hassen alle Kriege, ausgenommen die, zu welchen ein Volk gezwungen wird gegen innere Bedrückung und auswärtige Invasion. (Beifall.) Ja, mehr als das, wir stoßen zurück das Wort „Ausländer" — es soll nicht länger in unserm demokratischen Wörterbuch existieren. (Großer Beifall.) Wir mögen zur englischen, französischen, italienischen oder deutschen Sektion der europäischen Familie gehören, aber „Das junge Europa" ist unser gemeinsamer Name und unter seiner Fahne ziehen wir gemeinschaftlich aus gegen Tyrannei und Ungleichheit." (Dauernder und enthusiastischer Beifall.) Schließlich brachte der Engländer folgenden Toast aus: „Dem feierlichen Gedächtnis der aufrichtigen und tugendhaften französischen Republikaner von 1792. Möge die Gleichheit, die sie erstrebten, für die sie lebten, arbeiteten und starben, eine baldige Auferstehung in Frankreich erleben und ihr Reich über ganz Europa ausdehnen."

Weitling begann gleich seine Rede mit der Erklärung: „Diese Versammlung ist ein Zeugnis für jenes gemeinsame Gefühl, das die Brust jedes Menschen durchglüht, für das Gefühl der Brüderlichkeit. Ja! obwohl wir infolge unserer Erziehung verschiedene Laute gebrauchen, um dies gemeinsame Gefühl einander mitzuteilen, obwohl der Austausch dieses Gefühls durch die Verschiedenheiten der Sprache gehemmt wird, obwohl Tausende von Vorurteilen von unsern gemeinsamen Gegnern vereinigt und angewandt werden, um ein besseres Verständnis, eine allgemeine Brüderlichkeit eher zu hindern als zu befördern, — dennoch, trotz aller dieser Hindernisse läßt sich dieses gewaltige, liebevolle Gefühl nicht ausrotten, — (Beifall) — dies Gefühl, das den Leidenden zu seinem Leidensgenossen, den Kämpfer für einen besseren Zustand zu seinem Mitkämpfer hinzieht!" (Beifall).

Und der deutsche Agitator schloß seine Rede mit den Worten: „Wenn vor einer Schlacht die Verteidiger der Freiheit zu den Reihen ihrer Brüder sprechen könnten, da würde keine Schlacht zu stande kommen, im Gegenteil, es würde eine Versammlung von Freunden werden, wie die unsrige. O, könnten wir nur eine solche Versammlung auf einem Schlachtfelde haben, wie bald würden wir fertig sein mit all den blut- und markaussaugenden Interessen, die uns jetzt unterdrücken und plündern!" (Lauter Beifall). U. s. w.

Und demgemäß toastete Weitling: „Dem jungen Europa. Mögen die Demokraten aller Nationen, von sich werfend die Eifersucht und Nationalantipathie der Vergangenheit, sich in einer brüderlichen Phalanx vereinigen zur Zerstörung der Tyrannei und zum allgemeinen Triumph der Gleichheit."

Und der Franzose Berrier-Fontaine schloß seine Rede — unter lautem Beifalle — mit den Worten: „Ich hoffe, daß wir bald eine große Konföderation der Demokratie aller Nationen erleben werden, um den Triumph des republikanischen Kommunismus durch die ganze Länge und Breite Europas zu sichern."

Wir wollen daher, bevor wir zur Darstellung der deutschen sozialistischen Doktrinen der nächsten Zeit übergehen, noch einen kurzen Blick f die deutsche Philosophie werfen und sie gerade in derjenigen Gestalt trachten, wie sie den fraglichen Autoren — von denen bald die Rede n wird — erschienen.

Derjenige Philosoph, welcher hier ganz besonders von Wichtigkeit, Ludwig Feuerbach. Sein System galt jenen Sozialisten als das : wesentlichen für die Auffassung der Religion und der Metaphysik chtige, dessen Grundsätze nur auf das Staats- und Gesellschaftsleben ertragen werden müßten, um den Sozialismus zur logischen Konse- enz zu haben.

Die Religion — das war der Kern von Feuerbachs hier in Be- cht kommenden Lehren, — wird nur durch das Wesen der Menschen stimmt; die religiöse Entwicklung ist demnach nur die Geschichte der twicklung der menschlichen Seele. Im Katholizismus erschafft das erz den Heiligendienst; im Protestantismus kämpft der Verstand gegen e Illusionen des Herzens an. Daher ist das Wesen des Christentums r das Wesen des Menschen, aber des sich selbst nicht ganz begreifen- n Menschen, des Menschen, dem sein Wesen noch selbst ein Geheimnis , des entäußerten Menschen.

Nach demselben Grundsatze ist alle metaphysische Erkenntnis nur e Enthüllung des dem Menschen eigentümlichen Wesens; mithin sind ch die Begriffe der älteren Metaphysik von Gott wesentlich Begriffe, e aus dem Wesen der älteren Menschheit herfloſſen. Es ist also alle eologie nichts weiter als Anthropologie.

Man braucht nur — riefen jetzt die deutschen Sozialisten — den uerbach'schen Humanismus auf das Sozialleben anzuwenden, um zum zialismus zu gelangen. Man hatte sich nämlich — dieser Auffassung mäß — vom Feuerbach'schen Standpunkte aus nur ebenso kritisch dem aktischen Gotte, als welcher das Geld angesehen wurde, wie dem theo- ischen gegenüber zu verhalten; oder man brauchte nur das Wesen der llendetsten Politik, das Wesen des Rechtsstaates eben so richtig aufzu- ſſen, wie Feuerbach das Wesen der vollendetsten Religion, des Christen- ms aufgefaßt hatte, um die Krämerwelt aus ihren Fugen zu heben d mit Proudhon zu dem Satze zu gelangen: daß das bestehende gentum ein Diebstahl sei, d. h. das Gegenteil von dem, was es zu n scheine und was es in Wahrheit sein sollte. Denn es *sollte* — mäß dem angeblich auch für das Soziale gültigen Feuerbach'schen Prin- ze — ein mit dem *Menschen* innig verwachsenes soziales Besitztum und

als solches, d. h. als das ihm zu seiner sozialen Thätigkeit dienende Material ebenso unveräußerlich sein wie alles, was der Mensch sonst als Material zu seiner Lebensthätigkeit sein Eigentum nennt, z. B. sein Körper, sein Erlerntes. Aber das bestehende Eigentum, das Geldeigentum, ist das entäußerte und daher auch veräußerliche, verkäufliche Besitztum, und daher ist heute das menschliche Wesen ebenso praktisch entäußert, wie in der Religion theoretisch, nämlich so, daß das Vermögen des schöpferischen Menschen einem jenseitigen Wesen vindiziert ist, das nun alle Attribute des „Schöpfers" annimmt. Das Geld ist im praktischen Leben für die entäußerten Menschen ebenso allmächtig und allgegenwärtig, ebenso die Quelle alles Heils und Segens, wie Gott es für ihr theoretisches Leben ist.

Auf diese Weise gelangte die Philosophie zu der Ausbeutungstheorie des Sozialismus, oder — wie es uns scheinen möchte —: auf diese Weise gelangte der Sozialismus zur Ausbeutung der philosophischen Theorie.

Wir wollen uns nunmehr der speziellen sozialen Richtung zuwenden, welche auf der angegebenen Grundlage entstand und wohl am besten als „philosophischer Sozialismus" zu bezeichnen ist.

Seine Hauptvertreter sind Moses Heß und Karl Grün.

Moses Heß wurde am 21. Januar 1812 in Bonn als Sohn eines wohlhabenden Kaufmanns geboren. Die Geistesrichtung des heranwachsenden Knaben wurde vornehmlich vom Großvater beeinflußt, welcher in dem kleinen Moses die Eigenschaften des Mitleids und der Nächstenliebe in ganz besonderem Maße entwickelte. 1830 bezog der aufgeweckte Jüngling die Universität. Er beteiligte sich bald an den demokratischen Bestrebungen seiner Zeit und hatte, wie Karl Hirsch, der [illegible] persönlich kannte, angiebt, bereits damals eine „ausführliche Begründung des Sozialismus" veröffentlicht. Daraufhin zog der Vater seine Hand [illegible] dem Sohne ab. Derselbe wandte sich nach dem Ausland, wo er auf [illegible] allerkümmerlichste Weise seine Existenz fristete. Endlich söhnte er [illegible] mit seinem Vater aus und trat in dessen Geschäft ein. Aber [illegible] jeder, der einmal den Trank des Sozialismus gekostet hat, von dem [illegible] nicht mehr lassen kann, — so vermochte auch der junge Heß [illegible] sich in einigermaßen behaglichen Verhältnissen sah, nicht der [illegible] an der Ausbreitung der Lehre zu entsagen, für die er schwärmte. [illegible] neuem vom Vater verstoßen, war er aufs neue dem Elend [illegible] Als nun gar Moses eine Christin, Sibylla Pesch, heiratete, ward [illegible] Bruch zwischen dem orthodoxen Vater und [illegible] Sohne

der sich übrigens nicht hatte taufen lassen — ein vollständiger. Der Vater hat unsern Moses nie mehr vor seinen Augen gesehen, ihn auch schließlich enterbt.

Heß, der inzwischen anonym die „Heilige Geschichte der Menschheit" und die „Europäische Triarchie", zwei im sozialistischen Sinne gehaltene Werke, herausgegeben, ging nunmehr nach Paris, wo er durch Korrespondenzen, zumeist für die Kölner „Rheinische Zeitung," seinen Lebensunterhalt gewann. 1843 schrieb er für die von Herwegh herausgegebenen „Einundzwanzig Bogen aus der Schweiz," an denen die bedeutendsten Autoren des Radikalismus mitarbeiteten, die kommunistischen Aufsätze „Sozialismus und Kommunismus" und „Philosophie der That."

An der nunmehr entstehenden deutsch-sozialistischen Presse beteiligte sich Heß auf das eifrigste. Er war im J. 1844 Mitarbeiter an den „deutsch-französischen Jahrbüchern," am Pariser sozialdemokratischen „Vorwärts," am Weseler „Sprecher" und an der Bielefelder „Monatsschrift." Von Paris ging Heß nach Brüssel und von da, nach einigem Aufenthalt in Verviers, nach Elberfeld[1]). Dort gab er seit Mitte 1845 den „Gesellschaftsspiegel" heraus, welcher notorisch den Mittelpunkt der damaligen rheinländischen, sozialistischen Bewegung bildete. Die Zeitung machte großes Aufsehen, wie schon die hageldicht erfolgenden Angriffe zeigten, welche allerdings ob ihrer Niederträchtigkeit unserm gefühlvollen Autor vieles Herzeleid verursachten, ja ihm Thränen entlockten.

Schon nach einjährigem Erscheinen schritt indes die preußische Regierung gegen das den proletarischen Standpunkt streng innehaltende Blatt ein, welches infolge dessen sein Erscheinen einstellen mußte. Nunmehr ging Heß wieder nach Brüssel.

Später — im Jahre 1849 — beteiligte er sich am süddeutschen Aufstande, nach dessen Niederschlagung er in contumaciam zum Tode verurteilt wurde. Er war zunächst in die Schweiz, dann nach Paris geflüchtet, wo er sich seitdem zumeist aufgehalten hat. Er verfaßte noch eine Reihe von Schriften und unterstützte die spätere, unter günstigeren Auspizien unternommene sozialistische Agitation Lassalles und der Internationalen Arbeiter-Assoziation aufs lebhafteste. Er ist am 6. April 1875 gestorben.

Von Heß' Arbeiten aus der Zeit vor 1848 sind mir bekannt geworden:

„Heilige Geschichte der Menschheit, von einem Jünger Spinozas." 1837.

„Die Europäische Triarchie." 1841.

[1]) Vermutlich war er damals schon Mitglied des Kommunisten-Bundes; — in den späteren Jahren ist er es jedenfalls gewesen.

„Die Philosophie der That" und „Sozialismus und Kommunismus" (in Herweghs „Einundzwanzig Bogen aus der Schweiz"). 1843.

„Briefe aus Paris" (in den „Deutsch-Französischen Jahrbüchern"). 1844.

„Über die sozialistische Bewegung in Deutschland" (abgedruckt in Karl Grüns „Neuen Anekdotis"). 1845.

„Fortschritt und Entwicklung" (ursprünglich für den Weseler „Sprecher" bestimmt, aber von der Zensur gestrichen und darnach in den „Neuen Anekdotis" Karl Grüns abgedruckt). 1845.

„Die letzten Philosophen" (eine gegen Bruno Bauer und Max Stirner gerichtete Schrift). 1845.

„Über das Geldwesen" (in den „Rheinischen Jahrbüchern," Band I). 1875.

Zwei Vorträge über den Kommunismus, gehalten in Elberfeld (mitgeteilt in den „Rheinischen Jahrbüchern" Band I). 1845.

„Die Verhandlungen des gesetzgebenden Staatskörpers der Republik Waadt über die soziale Frage" (in den „Rheinischen Jahrbüchern," Band II). 1846.

„Über die Not in unsrer Gesellschaft und deren Abhilfe" (im „Deutschen Bürgerbuch" Band I). 1845.

„Einleitung" zum Gesellschaftsspiegel.
„Die neue preußische Gesindeordnung."
„Die rheinischen Landtags-Verhandlungen über Revision des Steuersystems."
„Die Ahr in den Pfingsttagen."
„Schlepp-Dampfschiffahrt."
„Die Kolonie von Mettray."

(Im „Gesellschaftsspiegel" Band I). 1845.

„Schicksale weiblicher Dienstboten (in Briefen)," (eine Novelle, angeblich auf Grund wirklicher Begebenheiten). (Im „Gesellschaftsspiegel," Band II). 1846. —

Wenn Heß, der aus Überzeugungstreue ein Leben, endlos an Entbehrungen und Kümmernissen, einer behaglichen, mit irdischen Glücksgütern gesegneten Existenz vorgezogen, als Mann von Charakter hochgeschätzt zu werden verdient, so wird man andererseits doch nicht umhin können, all sein Ringen, zumal soweit es auf selbständigen theoretischen Gedanken beruhte, als ein gänzlich verfehltes zu kennzeichnen. Und es ist wahrlich kein Schade, daß die Heß'sche philosophierische Richtung, die ja in den vierziger Jahren — besonders in den gebildeten Klassen — viel Beifall fand, seitdem ausgestorben ist. Ein Blick auf den folgenden Abriß des Systems unseres Autors dürfte unser Urteil bestätigen, obwohl sich die

krasse Manierertheit, Gedankenverrenkung und Unlogik der fraglichen Theorie gerade erst bei dem Studium der Originalwerke vollständig offenbart, welch letztere in nichtssagendem Breittreten einiger weniger Gedankenmoleküle alles Mögliche, ja alles Denkbare leisten.

Dem Egoismus — so führt Heß aus — ist die Entstehung der menschlichen Gesellschaft zu verdanken. Aber eben jener Trieb, welcher die Menschen vereinigte, entzweite sie auch, indem der Privaterwerb alles dessen entwickelt wurde, was menschliches Gemeingut sein sollte. Auf diese Weise waren alle bisherigen Gesellschaftsformationen nur verschiedene, notgedrungen in sich selbst zerrissene Manifestationen eines und desselben Egoismus.

Schon früh mußten die Menschen mit einander in Verkehr treten. Je mehr Produkte der Natur und Erzeugnisse der Kunst die Menschen aus ihrer Umgebung kennen lernten, desto mehr Bedürfnisse erwachten in ihnen, desto notwendiger wurde ein gegenseitiger Austausch der Produkte; denn nicht jedes Land, nicht jedes Volk, nicht jeder einzelne Mensch kann selbst alles hervorbringen. Aber der Produkten-Austausch bestand anfangs nur darin, daß der Stärkere den Schwächeren, wenn er mit ihm in Berührung kam, bekämpfte und beraubte. Die erste Form des Produktenaustausches war eben der Raubmord. Und so wie die erste Form des Produktenaustausches oder des Verkehrs der Raubmord war, so war die erste Form der Produktion oder Arbeit: die Sklaverei. Die Sieger begnügten sich nicht damit, den Besiegten ihre Produkte zu rauben, sie wollten sich auch der Produzenten versichern; sie sahen bald ein, daß es vorteilhafter sei, die Besiegten, welche den Kampf überlebten, zu Sklaven zu machen und sie auf diese Weise auszubeuten, als sie kannibalisch zu verzehren.

Auf dieser historischen Basis entwickelten sich Produktion und Verkehr bis zur freien Konkurrenz. Die Ausbeutung ist eine immer raffiniertere geworden: damit ist sie aber nicht menschlicher, vielmehr um so unmenschlicher, je mehr wir gegenwärtig gezwungen sind, uns freiwillig und gegenseitig zu verkaufen, je weniger wir alle diesem Menschenhandel uns entziehen können, je universeller der Menschenhandel geworden ist. Denn wir alle müssen unsere Lebensthätigkeit verschachern, um dagegen anderer Menschen Lebensthätigkeit einzuschachern, — und was ist denn die Summe aller unsrer Fähigkeiten und Kräfte, die wir in den Handel bringen und versilbern müssen, was ist sie anders, — fragt Heß — als unser eigenes ganzes Leben? Nicht der Leib, den wir nur äußerlich antasten, sondern seine wirkliche Kraft bildet unser Leben. Verkaufen wir diese unsere Kraft,

so verkaufen wir eben unser Leben selbst. Das Geld ist das Zeichen unsrer Sklaverei; denn es ist nichts Anderes, als der in Zahlen ausgedrückte menschliche Wert. Aber Menschen, welche bezahlt werden können, die sich gegenseitig kaufen und verkaufen, sind nichts Anderes als Sklaven.

Es ist auch wirklich — unserem Sozial-Philosophen zufolge — unmöglich, diesem Menschenhandel zu entgehen, so lange wir vereinzelt leben und jeder auf eigene Faust für sich erwerben muß, um seine Existenzmittel zu gewinnen.

Wir sind in einem ewigen Widerspruche, in einem ewigen Kampfe begriffen. Es ist der Widerspruch des sich immer steigernden Verkehrs innerhalb der Vereinzelung. Wir sind getrennt von einander, jeder lebt und wirkt nur für sich allein, und wir alle können uns doch keinen Augenblick entbehren. Jeder Einzelne hat die Erzeugnisse der ganzen erschlossenen Menschenwelt, von China bis Nordamerika, nötig, um menschlich leben und wirken zu können, und ist doch nur auf seine vereinzelte Kraft angewiesen, um sich alle diese Bedürfnisse anzueignen. Nicht die nützliche Thätigkeit, die wirkliche Leibes- und Geisteskraft, nicht die redliche Arbeit entscheidet hier das Los des Einzelnen gegenüber einer Welt: — sondern der Zufall und das gemeine Kunststück, — wer am schnellsten den in Zahlen ausgedrückten Menschenwert, das Geld, sich in seine Tasche spielen kann — das sind die blinden und unsittlichen Mächte, welche das Los der Menschen bestimmen.

Eine Folge des angegebenen Widerspruchs ist es auch, — gemäß Heß' Doktrin — wenn heute Elend, nicht etwa infolge von Mangel, sondern gerade infolge von Überfluß herrscht. England dringt in die entferntesten Winkel der Erde, um Konsumenten zu suchen, aber die ganze Erde ist oder wird bald ein zu kleiner Markt für seine Produktion, die fortwährend in geometrischer Progression steigt, während seine Konsumenten in arithmetischer Progression zunehmen. —

Aber die freie Konkurrenz ist das letzte Wort, die klassische Form der egoistischen Wirtschafts-Ordnung. Denn die Lohnarbeit oder Erwerbsthätigkeit ist jetzt auf alle Kreise ohne Ausnahme ausgedehnt, alle Schranken der Produktionskraft sind gefallen; es wird gegenwärtig in wenigen Jahrzehnten mehr produziert, als in allen vorhergegangenen Jahrtausenden. Es ist somit die höchste Erwerbsthätigkeit gewonnen. Jeder Schritt der Umgestaltung derselben muß also, so lange er auf dem Prinzipe des Egoismus beruht, notwendig einen ökonomischen Rückschritt bedeuten. Keine Reform ist auf egoistischer Basis mehr möglich.

Die bestehende Gesellschaft treibt andrerseits auf eine Umgestaltung

im kommunistischen Sinne hin. Der Kommunismus ist nicht etwa eine Theorie, wie irgend ein philosophisches System, das uns gelehrt wird. Der Kommunismus ist vielmehr eine Notwendigkeit, bestimmt durch die Entwickelungsgeschichte der Gesellschaft. Wäre nicht die moderne Industrie da, um erst diese egoistische Gesellschaft aus ihren Fugen zu heben, und ihr dann, in Gemeinschaftsform organisiert, ihren Überfluß an Produktionskräften zu bieten, — so würde man weder die Idee des Kommunismus bekommen haben, noch an seine Ausführbarkeit glauben. Es ist demgemäß nicht die Aufgabe der Kommunisten, die Welt zu bekehren — noch niemals hat eine Theorie die Welt bekehrt, wenn nicht die Welt, das Leben selbst, diese Theorie erzeugt hat, — sondern es ist die Aufgabe der Anhänger jener Doktrin: eine Erkenntnis, die sich jedem, der gebildet genug ist, um im Buche der Geschichte lesen zu können, von selbst aufdrängt, soweit zu entwickeln, daß wir nicht eines Tages, wenn uns diese Erkenntnis allein retten kann, ratlos zu Grunde gehen.

Dieser Kommunismus, der die Welt befreien soll, darf jedoch nicht mit dem französischen verwechselt werden. Alle bisherigen Doktrinen von Saint-Simon und Fourier an bis zu Proudhon und Cabet sind — wenigstens nach der Lehre von Heß — falsch, denn sie verlangen einen Staat, der bloß eine Idealisierung des Krämerstaates darstellt; sie wollen die Vernichtung aller Freiheit, den Rückfall in einen orientalischen Despotismus; nach ihnen muß den Menschen ihre Arbeitszeit und ihre Arbeit ganz wie den Sklaven vorgeschrieben werden. Daher stehen die jetzigen Zustände so hoch über dieser gezwungenen Gemeinschaft von Sklaven, wie die organischen, zukünftigen (d. h. Heß'schen) Sozialzustände über den heutigen.

Das Prinzip des „wahren" Kommunismus ist nun: jede Thätigkeit findet ihren Lohn in sich selber. Denn nur eine solche ist tugendhaft. Geschieht eine Thätigkeit nicht aus innerem Antriebe, sondern aus äußerem, mag der letztere die Peitsche des Sklavenbesitzers, der Hunger des Proletariers, die Habsucht des Krämers oder Bankiers, der Wille eines Despoten oder auch nur die abstrakte Genußsucht sein, — hat die Thätigkeit ihren Bestimmungsgrund, ihre Triebfeder außer sich, so ist sie „eine Last oder ein Laster."

Mit einem Worte: die Art, Dauer u. s. w. der Arbeit eines jeden Menschen soll ganz von dessen Belieben abhängen, andrerseits soll aber die Gesellschaft jedem zu seiner Ausbildung, sowie zur Befriedigung seiner Bedürfnisse soviel darbieten, als er vernünftiger Weise braucht.

Nun kann allerdings — wie Heß selber eingesteht — der Über-

gang zu der idealen Ordnung nicht mit einem Schlage erfolgen. Es ist vielmehr notwendig, mittelst einer allgemeinen und unentgeltlichen Erziehung die neue Generation zu wahren Menschen heranzubilden, die dann imstande sein werden, die freie Gemeinschaft durchzuführen.

Inzwischen soll aber der bestehenden Not durch sofortige Gründung von Nationalwerkstätten gesteuert werden, welche nach und nach durch die heranwachsende Generation eine edlere, höhere Gestaltung annehmen werden.

Um dies aber durchzuführen, wird es nötig sein, das Volk selbst Vertreter wählen zu lassen, deren Kongreß dann rechtskräftige Beschlüsse fassen kann.

Wenn man die vorgeschlagenen Radikalmittel nicht anwendet, sondern die Dinge in der bisherigen Weise weiter ihren Gang gehen läßt, wird sich unzweifelhaft der Unwille des leidenden Volkes in sozialen Revolutionen Luft machen. —

Das sind die Grundlinien des Systems von Heß. Es hat bei der gebildeten Klasse, die damals an derartige philosophiererische — heute glücklicherweise unverdaulich erscheinende — Speise gewöhnt war, einen gewissen Wiederhall gefunden. Und indem manche, hier geäußerte Gedanken, allerdings außerhalb des systematischen Rahmens, tonangebend für die Haltung der sozialistischen Volks-Journale der nächsten Zeit waren, hat Heß auch einen unverkennbaren Einfluß auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung gewonnen.

Übrigens wurde Heß öffentlich von sozialistischen Publizisten als epochemachender Theoretiker gefeiert. So z. B. von Dr. Hermann Semmig in seinem Aufsatze „Kommunismus, Sozialismus, Humanismus" (in den „Rheinischen Jahrbüchern" Band II). Dort heißt es unter anderm: in Heß sei das, was Hegel und Feuerbach instinktmäßig geahnt hätten, zum Bewußtsein gekommen! „Nur durch die Arbeit des Heß — meint Semmig — ward der Mensch von den letzten Mächten außer ihm befreit, zu sittlicher Thätigkeit befähigt und in seine Würde wieder eingesetzt: oder wo galt der Mensch früher das, was er war? . . . Nun erst . . . kann an eine neue menschliche Ordnung der Gesellschaft gedacht werden" u. s. w. —

Zu denjenigen, welche dieselbe Richtung wie Heß verfolgten, ohne sich direkt auf ihn zu stützen, muß vor allem Dr. Karl Grün gerechnet werden. Leistete derselbe auch theoretisch wenig, indem seine keine ernsthafte Kritik aushaltenden Sätze größtenteils nicht einmal originell waren, so hatte er doch vor Heß und vielen andern Sozialisten den Vorzug einer

sehr gefälligen, angenehm lesbaren und mit Humor und Geist ausgezeichneten Schreibart. Seine Schriften gehören heute jedenfalls mit zu den interessantesten aus jener Zeit.

Karl Grün wurde am 30. September 1813 zu Lüdenscheid (in Westfalen) geboren. Er besuchte das Gymnasium zu Wetzlar, ging dann, um Theologie zu studieren, nach Bonn, wandte sich aber bald philosophisch-philologischen Studien zu, die er in Berlin fortsetzte. Er war hierauf in Kolmar als Professor der deutschen und englischen Sprache thätig. 1842 gründete er die „Mannheimer Abendzeitung," welche zu den bedeutendsten der vormärzlichen, unter Zensur erscheinenden radikalen Blätter gehörte. Von der badischen Regierung ausgewiesen (s. hierüber Grüns Broschüre „Meine Ausweisung aus Baden und meine Rechtfertigung vor dem deutschen Volke" 1843), redigierte er von Köln aus die Weseler Wochenschrift, „Der Sprecher oder Rheinisch-Westfälischer Anzeiger." Gleichzeitig schrieb er den ersten Schiller-Kommentar in dem Buche „Friedrich Schiller als Mensch, Geschichtsschreiber, Denker und Dichter." (1844, 2. Aufl. 1849.)

Seit Mitte 1844 wurde Grün Anhänger des philosophischen sozialistischen Humanismus. Seine erste Arbeit, in welcher er den neuen Standpunkt zum Ausdrucke brachte, war das „Sendschreiben an die Osnabrücker Freunde," welches er seinen „Bausteinen" (einer Sammlung von früher publizierten liberalisierenden Aufsätzen) voraufschickte. Im selben Jahre gab er die streng sozialistische Broschüre „Über wahre Bildung" heraus.

Zu gleicher Zeit gab er dem „Sprecher" eine sozialistische Richtung, und suchte er eine sozialdemokratische Monatsschrift zu gründen.

Im folgenden Jahre (1845) veröffentlichte er die Schriften über die „Judenfrage, gegen Bruno Bauer" und die „Neuen Anekdota," welch letztere eine äußerst launige Schilderung der Zensurleiden des Sprechers und der Bielefelder Monatsschrift sowie eine Reihe der von der Zensur gestrichenen Abhandlungen dieser Zeitschriften enthalten. Hiervon sind größere sozialistische Aufsätze aus Grüns Feder: über „die Bewegung der Produktion," über „den Sozialismus und Kommunismus des heutigen Frankreichs" und über „die Stellung zur Judenfrage."

Eine Reise über Belgien nach Paris, die Grün seit Ende des Jahres 1844 unternahm, führte ihn mit den sozialistischen Kapazitäten jener Zeit zusammen: vor allem mit Considérant, dem Haupte der Fourieristischen Schule, mit Cabet und mit Proudhon. Mit letzterem, der dem jungen deutschen Schriftsteller gewaltig imponierte, trat er in näheren Verkehr.

Proudhons System war es auch, auf das er sich bei seinen eigenen Arbeiten vornehmlich stützte.

Die Eindrücke seiner Reise nach Belgien und Paris, sowie die Resultate seiner gleichzeitigen Studien über den französischen Sozialismus und Kommunismus legte Grün in seinem Werke „die soziale Bewegung in Frankreich und Belgien, Briefe und Studien" (1845) nieder. Es erregte seiner Zeit in Deutschland großes Aufsehen, welches allerdings weniger eine Folge selbständig-schöpferischer Ideen Grüns war, als der Manier, mit der das Buch so zu sagen spielend in die geschilderten Verhältnisse und Systeme einführte. Kurz hinter einander verfaßte er dann das im kommunistischen Sinne gehaltene Buch „Über Goethe vom menschlichen Standpunkte" (1846) und die Aufsätze „Feuerbach und die Sozialisten" (im „Deutschen Bürgerbuch," Bd. I, 1845), „Politik und Sozialismus" (in den „Rheinischen Jahrbüchern," Bd. I, 1845), „Herr Louis Reyland oder: der Philister wie er sein soll" (im „Deutschen Bürgerbuch" Bd. II, 1846) und „Theologie und Sozialismus" (in den „Rheinischen Jahrbüchern," Bd. II, 1846).

Im Jahre 1848 finden wir Karl Grün in Deutschland thätig. Er versuchte in Trier ein im sozialistischen Sinne gehaltenes Journal „Die Revolution im Jahre 1848" in zwanglosen Heften herauszugeben. Doch entschlief die „Revolution" schon nach dem ersten Hefte. Bei einer Nachwahl in Trier wurde Grün in die preußische Nationalversammlung gewählt, wo er seinen Platz auf der äußersten Linken nahm. Gelegenheit, sozialistische Grundsätze zur Geltung zu bringen, war nicht mehr möglich zu der Zeit, in welcher Grün ins Parlament kam. Desto entschiedener trat er in radikal-demokratischem Sinne auf.

An den damaligen Arbeiterbestrebungen hat sich Grün, soweit meine Forschungen reichen, nicht beteiligt. Desto eifriger widmete er sich dem allerdings mißlungenen — Plane der Gründung einer „unabhängigen" deutschen Universität und „freien" Akademie der Wissenschaften. 1849 wurde Grün von Trier in die zweite preußische Kammer gewählt. Dann, wegen Teilnahme an dem Zeughaussturme zu Prüm verhaftet, wurde er 1850 von den Geschworenen freigesprochen, worauf er sich nach Brüssel begab.

Die Betrachtung von Grüns fernerem Lebenslaufe gehört nicht in den Rahmen unsrer Arbeit. —

Grün erklärte den Sozialismus für eine Frucht der Philosophie. Und speziell ist es das System Feuerbachs, welches in sich alle Keime zu einem reifen Sozialismus enthalten soll.

Unser Autor hat diese Ansicht in dem schon erwähnten Aufsatze „Feuerbach und die Sozialisten" des näheren ausgeführt, wobei es allerdings nicht ohne eine gewisse Künstelei in der Interpretation Feuerbachscher Sätze abgegangen ist.

In der Kritik der bestehenden Weltordnung entwickelt Grün zunächst den Heß'schen Gedanken, daß der Mensch, so lange er nicht nach seinem Belieben arbeitet, nur ein elender Sklave ist. Dann aber ist noch ein bedeutender Grundmangel der gegenwärtigen sozialen Zustände, daß die Verschiedenheit der Genüsse der Einzelnen nicht auf der Verschiedenheit der Genußfähigkeiten beruht, sondern auf der Abhängigkeit der Armen von den Reichen, auf dem Sklaventum der ersteren, auf der Tyrannei der letzteren.

Gegen diese Übel vermag kein — wenn auch noch so radikaler — Konstitutionalismus zu helfen. Derselbe hat überhaupt — unserm philosophischen Sozialisten zufolge — keinen Sinn, er hält vor keinem ernsten Gedanken Stich und verbürgt selbst in seinen entschiedensten Konsequenzen keine wahre Freiheit, d. h. wirkliche Beteiligung des menschlichen Wesens. So ist der Staat Montesquieus die „eingestandene Knechtschaft," und derjenige Rousseaus ist die „Knechtschaft beim Fackelscheine der Freiheit."

Alle sogenannte politische Freiheit läuft schließlich auf eine Koalition der Besitzenden gegen die Nichtbesitzenden, auf die Verbindung einer schlauen Minorität gegen eine ungebildete Majorität hinaus. Erst administriert man dieser Majorität den Glauben und die Religion, um sie im Zaume zu halten; wird dieses Band lax, so bietet man Polizei und Gerichte auf, dann wird Justiz geübt. Das ist das ganze Geheimnis der Konstitution.

Überhaupt kann keine Reform des Staates etwas nützen. Denn der Staat selber ist das Prinzip der Unterdrückung. Er muß daher aufgehoben werden; an seine Stelle soll die freie Gesellschaft treten. In ihr kann jeder nach seinem Belieben arbeiten und nach seinem Bedürfnis genießen. Somit wird nicht mehr wie heute das Produkt des einen mit dem Produkte des andern bezahlt. Jeder zehrt vielmehr aus dem Resultate der gesamten nationalen Arbeit. Damit ist aber auch das Geld, die Lohnarbeit in jeder Form, der Profit und der Tauschwert aus der Welt geschafft, — d. h. die Urgründe aller Leiden der Gegenwart sind hinweggeräumt. Auch das Erbrecht existiert nicht mehr! Ja, es giebt keine Gesetze mehr! Denn solche — belehrt uns Grün — würden im besten Falle nur den Despotismus der Majorität über die Minorität bedeuten. „Der Mensch hat das

Gesetz in sich zurückgenommen." Mit der Vernichtung aller Gesetze wird natürlich auch die gesamte Justiz und Polizei überflüssig. Ebenso muß das staatliche Lehrertum, inklusive Universitäten, fallen.

Mit allen bisherigen Institutionen wird tabula rasa gemacht. Anarchie, Herrschaftslosigkeit, Entfernung jeder Selbstentäußerung, jeder Selbstentfremdung, reine Selbstbestimmung des sozialen Menschen ist das Ziel. Proudhon hat darauf hingedeutet, aber — wie Grün meint — nicht alle Consequenzen gezogen.

Aller Regierung durch andere muß ein Ende gemacht werden; die volle Selbstregierung der freien Menschen soll eingeführt werden. Und in diesem Punkte hat angeblich auch Proudhon gesündigt, der zwar die Ungleichheit aufgehoben, aber doch noch Lohnarbeit und Tauschwert beibehalten wissen wollte. In diesem Falle würde man aber — nach Grün — wieder die alte Sklaverei auf dem Halse haben. Man ging eben nicht von der — unserm philosophischen Anarchisten zufolge — einzig richtigen Ansicht aus, daß die Konsumtion den Maßstab der Produktion abgeben sollte. In Zukunft wird unzweifelhaft die Produktion mit Leichtigkeit gleichen Schritt mit der Konsumtion halten. Ja, „vielleicht vermöchten die Kinder bis zum 15. Jahre, als Lenker der Maschinen, den ganzen Hausbedarf von heute zu liefern. In Festkleidern, als Spiel, zur Zerstreuung!"

Auf diese Prinzipien gestützt, weissagt Grün eine neue Welt, ein neues Leben, von dem bis jetzt angeblich kaum eine leise Ahnung vorhanden ist. „Eine neue Poesie, eine neue Malerei, eine neue Skulptur, eine neue Architektur werden entstehen; die neue Geselligkeit aber, die neue Kunst der Gesellschaft wird das Leben selbst sein, dessen Dasein schon Poesie, dessen einzelne Szenen Malerei, dessen Menschen plastische Figuren, dessen ganze Konstruktion selbst die großartigste Architektur bilden wird. Alle Kräfte der Menschheit werden vorhanden und in Thätigkeit sein, die alten im Dienste der Ordnung, die neuen unerwartet groß und schön: das Ganze eine Harmonie. Dann ist der vollständige Gegensatz geliefert zur Welt der Jenseitigkeit, dann existiert die volle, unendliche Diesseitigkeit; dann ist Himmel und Hölle nicht bloß ins Bewußtsein des denkenden Menschen hineingestürzt, sondern alle Lebensmächte des Menschen sind in vollem Dasein vorhanden, in bunter Mannigfaltigkeit entfaltet im Leben, in rhytmische Bewegung gesetzt. Dann ist die Religion mit ihrem jenseitigen Himmel hienieden in kostbarer Wirklichkeit; dann ist der Begriff der Philosophie verleiblicht. Dann hat alle Sehnsucht ihr

Ende erreicht, denn das Leben ist die stets spannende Erfüllung der Sehnsucht."

Grün täuscht sich nun nicht darüber, daß der Übergang zur „freien Gemeinschaft sich nicht von heute auf morgen vollziehen wird. Er erkennt, daß die Bourgeoisie vorher noch zur vollständigen Herrschaft kommen, daß das Kapital sich noch mehr konzentrieren, daß die Proletariermasse noch mehr wachsen müßte, bis der Umschwung der Dinge eintreten könne. Dann wird es sich darum handeln, eine Revolution durchzusetzen, d. h. alle Fäden zwischen der Zukunft und Vergangenheit in dem Sinne zu zerhauen, daß die gesamte Politik, das Resultat der bisherigen Geschichte, aufgehoben wird. Damit dies aber im rechten Augenblicke geschehe, muß man „die furchtbare Propaganda machen, daß es gilt, zu verhungern oder Revolution zu machen."

---

5. Die deutsch-französischen Jahrbücher und der Vorwärts.

Die kurz nach 1840 in Deutschland geübte mildere Handhabung der Zensur machte bald einer schärferen Praxis Platz. Die beiden Hauptorgane der Demokratie, die von Dr. Karl Marx redigierte Kölner „Rheinische Zeitung" und die speziell für das gebildete Publikum bestimmten „Deutschen Jahrbücher" Dr. Arnold Ruges wurden gleichzeitig anfangs 1843 unterdrückt.

Die Unmöglichkeit einsehend, ihre Grundsätze in der Heimat selber zu verfechten, faßten Marx und Ruge den Entschluß, ihre publizistische Thätigkeit vom Auslande her fortzusetzen. Sie verbanden sich zu diesem Zwecke zur Herausgabe einer Zeitschrift.

Inzwischen hatte aber Marx seine Ansichten in entscheidenden Punkten fortgebildet: er war extremer Sozialist geworden. Infolge dessen sollte das neue Journal neben der Demokratie auch dem Kommunismus dienen[1]). Und hierdurch kam das Unternehmen um so eher zustande,

[1]) Über den sozialen Standpunkt der damaligen deutschen Demokratie wird des Längeren in der (im Texte erwähnten) Rheinischen Zeitung von deren ständigem Berliner Korrespondenten (Dr. Karl Nauwerck?) abgehandelt. Diesem sozialen Programme gemäß soll die Eigentumsinstitution ebensowenig wie alle andern gesellschaftlichen Institutionen als heilig angesehen werden. Sie muß vielmehr auf der Grundlage wahrer „Sittlichkeit" erbaut sein. Wenn die „Heiligkeit" des Eigentums die Expropriation ausschließt, so verlangt dagegen die Sittlichkeit die Expropriation, sobald der Eigensinn und die Selbstsucht mit dem falschen Scheine des Rechtes prunken.

als schon seit Jahr und Tag in Paris ein beide Richtungen zum Ausdruck bringendes Monatsblatt geplant war.

Marx und Ruge gewannen bald die hervorragendsten ultraradikalen Autoren zu Mitarbeitern für ihre Zeitschrift, welche unter dem Titel „Deutsch-Französische Jahrbücher" erschien. Das erste (Doppel-) Heft enthielt außer Beiträgen der beiden Herausgeber noch Arbeiten von Heinrich Heine, Georg Herwegh, Friedrich Engels, Moses Heß, Lazarus Bernays, Dr. Johann Jacoby, Ludwig Feuerbach (dem berühmten Philosophen) u. a.

Die Deutsch-Französischen Jahrbücher proklamierten, daß sie sich bestreben würden, die bestehende Welt nach allen Seiten hin — nach der sozialen, politischen, philosophischen u. s. w. — zu kritisieren und aus den hierbei sich ergebenden Resultaten die Elemente einer Neuordnung zu finden.

Das erschienene Heft zeigte einige bemerkenswerte Ansätze nach dieser Richtung hin. Marx' Abhandlungen „Zur Kritik der Hegel'schen Rechtsphilosophie" und „Zur Judenfrage" sind ebenso wie Engels' „Umrisse zu einer Kritik der Nationalökonomie" und desselben Betrachtungen über

---

Das Eigentum soll nun so gestaltet werden, daß eine gänzliche „Aufhebung des Pöbels" eintreten kann, wie die von Arnold Ruge in den deutschen Jahrbüchern formulierte Forderung lautet. Dieselbe bedeutet angeblich nicht den Gegensatz gegen das Privateigentum überhaupt, sondern nur den Gegensatz des vernünftigen Rechts gegen das blinde, historische Recht, der Gleichheit und der Allgemeinheit der Freiheit gegen das Privilegienwesen, der Demokratie gegen die Aristokratie jeglicher Art. Die Demokratie erklärte, daß sie mit ihrem sozialen Postulate das freie Eigentum ehre, weil dasselbe die Bedingung der ersten Unabhängigkeit, der privatrechtlichen Freiheit, diese aber wiederum die Bedingung aller freien Hingebung, aller wahren, freien Sittlichkeit sei. Andrerseits wollte die Demokratie das Eigentum nur ehren, weil und insofern es die Bedingung der sittlichen Freiheit war, keineswegs aber unbedingt, auch als Äußerung des Eigensinns und als Mittel der Selbstsucht. In Konsequenz dieses Prinzips wurde dem Staate die Aufgabe angewiesen, das Eigentum in seinen sittlichen Schranken zu halten. Daher sollte der Staat z. B. durch Besteuerung der Vermögenden die Kosten für Freischulen, Armen- und Krankenanstalten decken und auf diese Weise dem Lohne der Arbeiter die gerechte Zulage geben; ferner sollte der Staat durch Gewerbspolizei in gleicher Richtung eine gerechte Gestaltung der Preise erzielen und die Ausbeutung des Menschen „durch die brutale Gewalt des Kapitals" bändigen z. B. mit Hilfe von Gesetzen über die Grenzen der Arbeitszeit der Kinder in den Fabriken. —

Man ersieht aus diesem Räsonnement der Demokratie, daß dieselbe sich bei ihren sozialpolitischen Forderungen von wesentlich philosophisch-abstrakten Prinzipien leiten ließ, anstatt von ökonomischen Erwägungen, aus welch letzteren allein etwas Ersprießliches sich hätte ergeben können.

„Die Lage Englands" mit gediegener Wissenschaftlichkeit verfaßt. Wir müssen uns versagen, die darin entwickelten Theorieen näher zu betrachten, da solche nach der Aufgabe der vorliegenden Arbeit hier nur dann entwickelt werden können, wenn sie einen unmittelbaren Einfluß auf die sozialpolitische Bewegung gewonnen haben. Und diese Voraussetzung trifft im vorliegenden Falle nicht zu. Wir wollen uns daher auf die Bemerkung beschränken, daß Marx, der mit seinen sozialen Lehren an die damalige philosophische Entwicklung anknüpfte, in spezieller Hinsicht auf Deutschland die Möglichkeit einer durchgreifenden, politischen Erhebung desselben leugnete und alles Heil von einer sozialen, proletarischen Revolution erwartete. Wie der Sozialist die damaligen deutschen Zustände beurteilte, zeige der folgende Passus aus seiner Kritik der Hegel'schen Rechtsphilosophie:

„Wollte man an den deutschen status quo selbst anknüpfen, wenn auch in einzig angemessener Weise d. h. negativ, immer bliebe das Resultat ein Anachronismus. Selbst die Verneinung unserer politischen Gegenwart findet sich schon als bestaubte Thatsache in der historischen Rumpelkammer der modernen Völker. . . . Wenn ich die deutschen Zustände von 1843 verneine, stehe ich, nach französischer Zeitrechnung, kaum im Jahre 1789, noch weniger im Brennpunkt der Gegenwart."

Die andern Aufsätze reichten nicht entfernt an diejenigen von Marx und Engels heran. Immerhin waren auch sie mit Geist geschrieben, vor allem ein Artikel von Lazarus Bernays, in dem er die Niederträchtigkeit der damaligen Presse seines Vaterlandes geißelte.

Herrschte in dem meisten ein scharfer Ton, so war manches geradezu pasquillartig gehalten. Besonders gilt dies für die Heineschen „Lobgesänge auf König Ludwig," die der Muse des genialen Dichters keineswegs zur Ehre gereichen.

Das erste Heft der Deutsch-Französischen Jahrbücher blieb das einzige. Die Zeitschrift ging nämlich bald ein, weil sich Marx und Ruge nicht über die dem Kommunismus gegenüber zu beobachtende Haltung einigen konnten.

Schon nach kurzer Zeit gelang es, mehr als reichlichen Ersatz zu schaffen.

Es war zu Anfang 1844 in Paris von Heinrich Börnstein eine zweimal wöchentlich erscheinende Zeitung „Vorwärts! Pariser Signale aus Kunst, Wissenschaft, Theater, Musik und geselligem Leben" gegründet worden. Obwohl das Blatt zunächst bloß gemäßigt-liberale Tendenzen vertrat, wurde es doch unmittelbar nach seiner Ausgabe in

Deutschland und Österreich verboten. Immerhin gewann es bald weit über 1000 Abonnenten, da es vorzüglich geleitet war.

Mitte des Jahres 1844 wurde nun Börnstein zufällig mit Bernays und durch diesen mit den übrigen Mitarbeitern der eingegangenen Deutsch-Französischen Jahrbücher bekannt. Ruge, Marx und Genossen gewannen bald den Zeitungsredakteur für den von ihnen vertretenen Standpunkt des Humanismus und Sozialismus, den er seitdem nie wieder ganz aufgegeben hat. Von Stund an stellte Börnstein sein Blatt der neuen Richtung zur Verfügung und berief Bernays sogar neben sich an die Spitze seiner Zeitung. Nunmehr schrieb für das Blatt eine Reihe sozialistischer und sonstiger radikaler Größen: Heinrich Heine, Georg Herwegh, Karl Marx, Friedrich Engels, Michael Bakunin, Hermann Ewerbeck, Georg Weerth, Heinrich Bürgers, Moses Heß, August Becker, Wilhelm Marr, Georg Weber und Arnold Ruge.

Der Vorwärts selber nahm seit dem 1. Juli 1844 an Stelle des auf Schöngeisterei deutenden Nebentitels „Signale u. s. w." die Bezeichnung „Pariser deutsche Zeitschrift" an. Er war von nun an, wie sich nicht anders erwarten ließ, extrem-sozialistisch und zugleich extrem-demokratisch.

Der spezielle sozialistische Charakter der Leitung des Blattes wird durch den Grundsatz angegeben, den sie für die vernünftige Gesellschaft vorschlug: Arbeit nach den Fähigkeiten und Genuß nach den Bedürfnissen, — das vornehmlich von Heß und Grün verfochtene Prinzip.

Der Ton des Vorwärts war viel aufreizender, wie derjenige der Deutsch-Französischen Jahrbücher gewesen. Friedrich Wilhelm IV. wurde als Bajazzo, als Ritter von der allertraurigsten Gestalt und als Knäs von Rußland bezeichnet.[1])

Als das schändliche und wahnwitzige Attentat Tschechs auf den Monarchen erfolgte, da schrieb der Vorwärts in einem Leitartikel „Attentat auf den König von Preußen" (in Nr. 62 vom 3. August 1844) u. a. folgendes:

„Ein Attentat auf einen deutschen König ist für Deutschland der einzige Beweis gegen den deutschen Absolutismus. Alle andern haben nicht angeschlagen. Der Absolutismus, sobald er angreifbar ist, verliert seine göttliche, unfehlbare Natur; daß er angreifbar ist, mußte an einem

[1]) Die Bezeichnung „Knäs von Rußland", welche bekanntlich im Jahre 1848 von der demokratischen Presse dem Könige von Preußen häufig beigelegt wurde, stammt also aus dem Vorwärts, und zwar aus einem Leitartikel Börnsteins (in Nr. 57 vom 17. Juli 1844.)

deutschen Könige bewiesen werden, — denn weder der Tod Karls I. und Ludwigs XVI., noch die vielen Attentate auf Ludwig Philipp haben Deutschland belehrt: ein deutscher König konnte rauben und morden und sich in den lüsternsten Gewaltstreichen üben, er konnte Menschen quälen, entehren und verkaufen — und dabei seinen sündigen Leib ungefährdet in jeder Hütte niederlegen: — das ist vorbei! Es ist in den Augen der deutschen Menschheit keine Unmöglichkeit mehr, sich an einem Könige zu rächen."

Noch öfter kam der Vorwärts auf jenes Attentat zurück.

Als die Tochter Tschechs ausgerufen hatte: „Ich bin stolz auf meinen Vater, der nach dem König geschossen hat!", brachte der Vorwärts einen Artikel „Fräulein Tschech," in welchem an diesen Ausspruch angeknüpft wurde. Der Vorwärts sagte: „Das edle achtzehnjährige Mädchen giebt an Mut und gewandter Rede ihrem kühnen, viel erprobten Vater nichts nach. . . . Wenn es erlaubt ist, aus diesem einzelnen Fall einen Schluß zu ziehen, so können wir nicht umhin, über den Aufschwung zu staunen, den das deutsche Bewußtsein seit kurzem in tiefster Stille genommen. . . . Das (nämlich das Attentat nebst seinen näheren Umständen) hat sich noch nie in Deutschland ereignet; unerhört ist dort solche marmorne, antike Blutthat, solche kurze bündige Weise, dem eignen gemarterten Herzen Genugthuung zu verschaffen."

Und den Ministern Friedrich Wilhelms IV. rief das Blatt zu: „Die sieben unreinen Geister, die als Gewissensräte den Nachfolger des großen Friedrich umlagern, mögen wissen, daß lange, ehe das Königshaupt des brittischen Stuart fiel, schon der Graf Stratford, Minister und Verführer seines Fürsten, auf dem Blutgerüst gebüßt hat. Preußens Minister, diese Elenden, mögen endlich ihre Zukunft bedenken!"

Und nicht nur in Prosa, auch in gebundener Rede wurde die That Tschechs vom Vorwärts gefeiert. Wilhelm Marr gab seine in Gift und Galle getauchte Feder dazu her.[1])

Man ersieht aus all dem Gesagten, daß der Vorwärts den Grundsatz acceptiert hatte, den Marr im Feuilleton desselben in einem mit der Zeitung gleichbetitelten Gedichte also formuliert hatte:

[1]) Man vergleiche das folgende Gedicht Marrs:

„Schlechter Schuß.

Sagt, was hat der Mann verbrochen,
Den man dort zum Kerker schleift?
Auf den Fuchs hat er geschossen,
Aber nur den Balg gestreift."

„Solange wir das blanke Schwert
Nicht aus der Scheide sehn,
Ist nur das freie Wort was wert —
Zu weit kann man nicht gehn.
Und brummt auch Preußens König,
Das kümmert uns blutwenig."

Das Blatt erregte durch seine leidenschaftlich-heftige Sprache — um mich eines milden Ausdrucks zu bedienen — großes Aufsehen. Das war in Deutschland noch nicht dagewesen. Die bittersten Partieen der Deutsch-französischen Jahrbücher waren hiergegen fast harmlos zu nennen. Die Verbreitung des Vorwärts, welcher zudem noch, wie gesagt, von Börnstein sehr gut redigiert wurde, stieg außerordentlich trotz aller Verbote in Deutschland. Der Vorwärts erlangte damit eine große Wichtigkeit, wie übrigens auch die Menge von Angriffen bewiesen, die gegen das Blatt gerichtet wurden. Ja, jenes sozialistische Organ hatte eine solche Bedeutung, daß es vom preußischen Staatsminister, Grafen Arnim, bei einer offiziellen Feier in einem Toaste erwähnt wurde. Das preußische Vorwärts mit Gott für König und Vaterland — führte der Minister aus — sei unendlich verschieden von dem Wahlspruch jener Zeitung Vorwärts, welche an der Seine Strand erscheine, die Fürsten schmähe, die Vorsehung verlästere und den Königsmord preise. Bernays gab darauf in einem längeren Aufsatze dem Grafen Arnim die Antwort: „Um eine geistreiche Pointe zu erhaschen, hatte der Berliner Pinsel das königl. preußische Vorwärts für Gott, König und Vaterland mit dem Pariser gottlosen, königsmörderischen Vorwärts in einem Toast zusammengestellt. . . . An einem preußischen Minister sind wir die Ridikülls schon so gewöhnt, daß es uns wundern sollte, wenn sich je einer einmal nicht kompromittierte. Statt ein Blatt ganz zu ignorieren, welches in Preußen zu verbieten seine Feigheit ihn gezwungen hatte, kann er seine ohnmächtige Wut darüber nicht verbergen und läßt die glänzende Schlange der Neugierde für seine ärgsten Feinde Proselyten werben."

Es ist dieselbe Sprache, welche später in der von 1848—1849 herausgegebenen „Neuen Rheinischen Zeitung" Usus war. Und es ist nicht unmöglich, daß deren Chef-Redakteur Karl Marx — selbst Mitarbeiter des Vorwärts — dessen Sprache zum Vorbild genommen hat.[1]) —

Es kann nach dem Gesagten nicht Wunder nehmen, wenn wir den Vorwärts auch für die soziale Revolution eintreten sehen. Er erklärte,

[1]) Selbstverständlich sehen wir ganz von den behandelten Gegenständen ab. *So z. B. hat Marx nie* und nimmer das Attentat gepriesen, wie es der Vorwärts gethan.

sehnlichst den Moment zu erwarten, wo die „unendliche Langmut" des deutschen Volkes einmal aufhören würde.[1])

Aber bald sollte den Vorwärts sein Geschick ereilen. Die deutschen Regierungen machten dem Ministerium Guizot Vorstellungen über die in jeder Hinsicht extreme Haltung des Blattes und verlangten dessen Beseitigung um jeden Preis. Guizot kam diesem Wunsche nach. Man konnte indessen den Vorwärts nicht vor ein Geschwornen-Gericht stellen. Denn über französische Dinge äußerte er sich schlauer Weise gar nicht. Und daß Pariser Geschworene wegen Beleidigungen, begangen an einem fremden Monarchen — und mochten sie auch noch so schwer sein — keine Verurteilung aussprechen würden, war vorauszusehen. Die Prokuratur klagte also den Vorwärts vor dem Zuchtpolizeigerichte an, sich ohne Hinterlegung der gesetzlichen Kaution mit Politik beschäftigt zu haben. Das Gericht verurteilte auch wirklich den gerade damals als Redakteur zeichnenden Bernays zu zwei Monaten Gefängnis, 300 Franken Geldbuße und in die Kosten — trotz der beredten Verteidigung seitens des Advokaten Cremieux, welcher die Richter beschwor, „de ne pas travailler pour le roi de Prusse." Eine Appellation an den Königl. Gerichtshof (die Cour royale) blieb erfolglos. Bernays saß auch wirklich seine Zeit in St.-Pélagie ab. Mittlerweile wurde die Sprache des Vorwärts immer heftiger. Nach der Verurteilung kündigte er an, daß er mit dem 1. Januar 1845, wo er die Kaution hätte erlegen sollen, als Monats-

[1]) Und Marr sang dazu:

„Habt lang genug petitioniert,
Gehoffet und geharrt;
Ihr habt Euch oft genug blamiert
Und waret stets genarrt.
Frisch auf, jetzt gilt's Kourage,
Den Andern die Blamage!
Die Freiheit zu erbetteln,
Geziemt nur alten Betteln!
Vorwärts!

Es drängt die Zeit, ihr Männer eilt
Zu euern Fahnen hin;
Ein Jüngling, der noch länger weilt
Mit furchterfülltem Sinn.
Wollt Ihr für alles schlagen,
Müßt Ihr auch alles wagen!
Und wenn wir auch verderben,
Wir können frei doch sterben!
Vorwärts!"

blatt erscheinen würde, wozu sie nicht notwendig war. Die Januar-Nummer, in einem Tone geschrieben, wie ihn selbst der Vorwärts nicht gewohnt gewesen, war bereits gesetzt. Da erhielten Börnstein, Bernays wie alle andern ständigen Mitarbeiter des Vorwärts — außer Heine — seitens der Polizei die Weisung, Paris binnen 24 Stunden und Frankreich binnen 3 Tagen zu räumen. Börnstein wandte sich an die Deputierten Cremieux und Ledru-Rollin. Auf deren Anraten verließen die Redakteure zunächst nicht die französische Metropole, während zugleich von der ganzen oppositionellen Presse Lärm geschlagen und in der Kammer eine Interpellation an das Ministerium vorbereitet wurde. Dasselbe nahm auch faktisch innerhalb acht Tagen die Ausweisung zurück, „ersuchte" aber die Redakteure, die Publikation des Vorwärts aus Rücksicht für die Regierung einzustellen. Dies geschah auch. Jene Januar-Nummer ist nie ausgegeben worden. Die meisten Teilnehmer des Vorwärts blieben in Paris, während sich Marx, Bakunin und Heß nach Brüssel, Bürgers nach Köln und Ruge nach der Schweiz begaben.

Mit dem Eingehen des Vorwärts hörte die sozialistische Agitation von Paris aus auf. Aber inzwischen hatte sie sich in Deutschland selber ihre Organe zu schaffen gewußt[1]).

[1]) Daß damals — vermutlich durch den Vorwärts — der Kommunismus unter den deutschen Arbeitern in Paris Anhänger gefunden hatte, beweist der Umstand, daß Ende März 1845 150 Pariser deutsche Arbeiter nach Amerika auswanderten, um eine kommunistische Kolonie „Neu-Germanien" zu gründen. Dieselbe sollte — nach einer Publikation der Kolonisten über ihren Zweck und ihre Hauptgrundsätze — der Menschheit die Verwirklichung des Systems der Gemeinschaft praktisch beweisen, um ihr dadurch moralisch und physisch nützlich zu sein.

Jedes Mitglied sollte von seiten der Gesellschaft die Befriedigung aller seiner physisch und geistig notwendigen Bedürfnisse erhalten; in seinen nützlichen und angenehmen Bedürfnissen sollte ihm Genüge geleistet werden, soweit als es die Mittel Neu-Germaniens gestatteten. Hingegen wurde von jedem Mitgliede verlangt, zur Erhaltung und zum Gedeihen der Kolonie so viel beizutragen, als seine geistigen und körperlichen Kräfte erlaubten. Die Arbeit wurde — einem anderen Paragraphen zufolge — als das höchste Ehrenziel betrachtet, alle Arbeiten, geistige wie physische, als gleich achtbar angesehen. — Heimliche Liebschaften sollten nicht geduldet werden, da keine Hindernisse stattfänden, welche die Verehelichung zweier Personen, die gegenseitige Zuneigung fühlen, verzögern könnten. —

Über die späteren Schicksale Neu-Germaniens habe ich nichts erforschen können.

6. Der Beginn der sozialpolitischen Arbeiter-Bewegung in Deutschland: die sozialistische Litteratur. — Arbeiterunruhen. — Strikes. — Eine sozialrepublikanische Verschwörung.

Schon bevor der Vorwärts das sozialdemokratische Banner ergriffen, hatte die „Triersche Zeitung", obwohl unter preußischer Zensur erscheinend, die Sache des vierten Standes zu der ihrigen gemacht. Sei es nun, daß die Regierung die aufstrebende, oppositionelle liberale Bourgeoisie mit dem ihr drohenden roten Gespenst kirren wollte, sei es, daß sie gegen eine maßvolle Vertretung der Arbeiterinteressen nichts einzuwenden hatte, — die Triersche Zeitung wurde nicht im Erscheinen behindert, wenngleich sie von der Zensur außerordentlich beengt wurde. Die Schwierigkeiten, mit denen diese Zeitung zu kämpfen hatte, waren immerhin außerordentlich große. Bald strich der Zensor ganze Seiten, und die Redaktion mußte in der Eile einige inhaltlose Sätze und Redewendungen in die leeren Stellen einschieben; bald erlaubte sich der Zensor eigenhändig Korrekturen, welche zur Folge hatten, daß der Gedanke in einer Mißgestalt erschien, die mit der ursprünglichen Form wenig mehr als die Druckerschwärze gemein hatte. Neben diesem allgemeinen Hindernis hatte die Triersche Zeitung noch ein spezielles zu besiegen. Sie erschien in einer ultramontanen Stadt, in welcher grade damals der religiöse Fanatismus durch die Ausstellung des heiligen Rockes aufs äußerste angefacht war. Und der Umstand, daß die Redaktion mehrere, auf orthodox-katholischem Standpunkte stehende Einsendungen über den heiligen Rocke nicht in die Zeitung aufgenommen, hatte der letzteren mehrere hundert Abonnenten abtrünnig gemacht. Ursprünglich im Fourieristischen Sinne gehalten, wurde sie im Laufe des Jahres 1844 ganz kommunistisch. Den Liberalismus befehdete die Triersche Zeitung, und bestritt seine Berechtigung selbst in rein politischen Fragen.

In dem hier betrachteten Zeitraume (1844) schwenkten noch zwei andere freisinnige Blätter des westlichen Deutschlands in das sozialistische Lager ab. Zunächst die von Dr. Otto Lüning redigierte Wochenschrift „das Weserdampfboot". Auch sie durfte für die Emanzipation des vierten Standes eintreten, ohne unterdrückt zu werden; und dabei ging sie auf dem Gebiete der Politik mit dem entschiedenen Liberalismus Hand in Hand.

Weniger glücklich war Karl Grün mit seinem Wochenjournal, dem „Sprecher oder Rheinisch-Westfälischen Anzeiger". Dasselbe vertrat bis Mitte 1844 den politischen Radikalismus, bei aller Offenheit so ge-

schickt zwischen den Maschen der Zensur hindurchschlüpfend, daß es von gegnerischen Blättern als Ausdruck des „zensurmöglichen Radikalismus" hingestellt wurde. Jetzt wurde es, mit der Gesinnungs-Änderung seines Chef-Redakteurs, demokratisch-kommunistisch. Aber nur ein Vierteljahr noch konnte sich der Sprecher halten: er wurde durch die Zensur langsam zu Tode gequält. Nach allem, was uns über die Geschichte des Sprechers vorliegt, scheint der Grund für das strenge Verfahren der Behörden weniger der Sozialismus an sich, als der energische, demokratische Accent gewesen zu sein, mit welchem die sozialpolitischen Postulate betont wurden. Die in ätzende Ironie getauchte Feder Grüns mußte in der That dem Gouvernement doppelt unbequem werden, sobald sie sich an die proletarischen Massen wandte.

Noch schlechter erging es der Bielefelder „Monatsschrift", welche von Grün zur Verbreitung seiner Prinzipien auszugeben versucht wurde. Ihr Erscheinen wurde von der Zensur einfach unmöglich gemacht[1]). —

[1]) Die Lebensgeschichte der Monatsschrift sei etwas eingehender erzählt, da man sich darnach ein ungefähres Bild von den Leiden der zensierten sozialpolitischen Presse machen kann, welche — wie wir in den folgenden Abschnitten sehen werden — bald zu einer ziemlichen Bedeutung gelangt ist.

Im Mai wird die Monatsschrift dem Bielefelder Zensor vorgelegt. Der Zensor erklärt sich für inkompetent zur Zensur. Der Verleger wendet sich an das Oberpräsidium nach Münster behufs Anweisung eines Zensors für die Zeitschrift. Am 30. Juni antwortet das Oberpräsidium und erklärt den Bielefelder Zensor für kompetent. Jetzt fragt der Zensor beim Verleger an, ob derselbe sein Journal, da es noch nirgends angekündigt worden, überhaupt noch zu publizieren gedenke. Zugleich macht der Zensor darauf aufmerksam, daß er bei den bestimmten Instruktionen, die ihm von seiten der höheren Behörden namentlich über die kommunistischen und sozialistischen Bestrebungen geworden, (es existierten also besondere Instruktionen hierüber!) wahrscheinlich viel würde streichen müssen.

Der Verleger wollte trotzdem die Monatsschrift herausgeben. Die erste Nummer sollte vier Aufsätze enthalten. Den einen, eine Anzeige eines Buches über die „Bewegung der Produktion" (von W. Schulz), strich der Zensor, weil das Buch, als im Auslande (Winterthur) erschienen und nicht ausdrücklich zum Debit verstattet, einer verbotenen Schrift gleichzustellen sei und mithin auf Grund einer Verordnung vom 30. Juni 1843 nirgends angekündigt werden dürfe. Der zweite Aufsatz, von Moses Heß verfaßt, wurde vom Zensor derart verstümmelt, daß dieser selbst daran zweifelte, ob der Artikel so noch zu brauchen wäre. Ein weiterer Beitrag, eine westfälische Korrespondenz Dr. Lünings, wurde seiner Pointen, und endlich das Programm der Redaktion seines Schlusses beraubt.

Während Grün das Material zum zweiten Hefte sammelte, remonstrierte er beim Zensor gegen die Verweigerung der Druckerlaubnis für den Artikel über Schulzes Buch auf Grund von authentischen Äußerungen des Kgl. preußischen Oberzensurgerichts. Heß flickte seinen übel zugerichteten Aufsatz nach Möglichkeit zusammen.

Auch eine litterarische Bewegung begann damals, welche in der einen oder anderen Weise dem Volke die Prinzipien des Sozialismus mundgerecht zu machen suchte.

Da schrieb Alexander Weill, der bekannte Pariser Journalist und Freund Heines, die Broschüre „der Staat und die Industrie", welche eine Sozialpolitik auf Grund der Prinzipien Fouriers und Louis Blancs anriet. Franz Stromeyer, einer der Führer des ersten schweizerischen „jungen Deutschlands", der inzwischen den Schritt von der Demokratie zum Sozialismus gethan hatte, schrieb ein Werk „Abhilfe der Arbeiternot durch Organisation der Arbeit", worin die Verwirklichung des Fourieristischen Systems zur Reorganisation Deutschlands empfohlen wurde. Karl Grün verfaßte das „Sendschreiben an seine Osnabrücker Freunde", welches den Kommunismus als einzige und unabweisbare Konsequenz der bisherigen philosophischen Entwickelung von Hegel an über Strauß und Ludwig Feuerbach bis zu Bruno Bauer proklamierte. Derselbe Autor prophezeite in dem glänzend geschriebenen Schriftchen „Über wahre Bildung" die Verjüngung der heutigen, gebrechlichen, ganz und gar morschen Welt durch das Prinzip der freien Gemeinschaft. Moses Heß, der schon in der „Europäischen Triarchie" das Banner der neuen Lehre ergriffen, legte in den Abhandlungen „Philosophie der That" und „Sozialismus und Kommunismus" (publiziert in Herweghs „Einundzwanzig Bogen aus der Schweiz") die Grundlinien seiner, den Sozialismus an-

Lünings Korrespondenz wurde ebenfalls genäht. Der Schluß des redaktionellen Programmes wurde geopfert.

So standen die Sachen, als der Zensor am 11. Juli meldete, daß durch eine ihm am 10. Juli gewordene Verfügung des Oberpräsidenten die Verbreitung der Grund-Prinzipien des Sozialismus als unverträglich mit den Grundsätzen der bestehenden Verfassung und mit den bestehenden Verhältnissen nach der allerhöchsten Zensurinstruktion nicht verstattet werden und den Schriften solchen Inhalts das Imprimatur nicht gegeben werden dürfe. Auf Grund dessen dürften die bereits von der Zensur zurückgesandten Manuskripte, selbst mit Weglassung der gestrichenen Stellen, nicht gedruckt werden. Es wurde also der Verfügung sogar rückwirkende Kraft beigelegt! Das Resultat war, daß laut Schreiben des Zensors vom 18. August von dem ganzen ersten Hefte der Monatsschrift nur noch übrig blieb — die westfälische Korrespondenz, zusammengestrichen wie sie war. Nunmehr hatte die Sache Zeit genug gekostet, das Publikum war lange genug mit der für Anfang Juli versprochenen Monatsschrift hingehalten worden. Grün gab daher die Monatsschrift gar nicht erst heraus, veröffentlichte aber ihre beiden ersten Hefte in den „Neuen Anekdota", welche 1845 in Darmstadt zensurfrei (weil über 20 Bogen stark) erschienen. „Das erste Heft (der Monatsschrift) — schreibt hier Grün — hatte seinen Prozeß verloren, das zweite und alle folgenden werden keinen mehr verlieren, weil — sie kein Gericht mehr anerkennen. Dahin mußten wir kommen."

geblich abschließenden Doktrin dar. Karl Marx und Friedrich Engels schrieben gemeinsam ihr gegen Bruno Bauer und seine Schule gerichtetes Buch „die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik", in welchem — neben einer Reihe vorwiegend philosophischer Erörterungen — auch der Sozialismus Platz fand

Ebenfalls um jene Zeit begann die Übersetzung der Werke der französischen Sozialisten. So wurde Proudhons Schrift über das „Eigentum" ins Deutsche übertragen. Und von Louis Blancs „Geschichte der zehn Jahre" erschienen gleichzeitig drei deutsche Ausgaben.

Außer der rein lehrhaften, im Sinne des Proletariats geschriebenen Litteratur (welche wir übrigens hier nicht etwa vollständig angegeben haben), gab es jetzt auch eine Poesie, welche in den Dienst der neuen Ansichten getreten war. Ernst Willkomm — der später als Verfasser von Erzählungen im Stile der „Gartenlaube" beliebt geworden ist — schrieb einen dreibändigen sozialen Roman „Eisen, Gold und Geist". Alfred Meißner veröffentlichte eine Sammlung von Gedichten, von denen nicht wenige ganz vom Geiste des empörten vierten Standes eingegeben waren. Bei dem großen Anklang, den sie fanden — sie erlebten binnen kurzer Zeit nicht weniger als 5 Auflagen — müssen wir bei ihnen einen Augenblick verweilen. Mit beißender Lauge übergoß Meißner die Liberalen. „Ihr wollt — rief er denselben zu, — die Presse frei — in kleinen Gaben — und Freiheit — die nicht frei macht — haben!" „Rechte" und „Linke" erklärte der Dichter für identisch, — ganz wie das Gothaer Programm der neuen deutschen Sozialdemokratie, welches alle anderen Parteien als eine einzige reaktionäre Masse bezeichnet[1]). Und weil die Besitzenden nicht den Beschwerden des Volkes abhelfen werden, prophezeit er die soziale Revolution[2]). Dieselbe wird dann nach einem Strafgericht über die „Harten"[3]) zu einem besseren Zustande führen.

---

[1]) Man vergleiche z. B. die folgenden Zeilen Meißners:

„Doch „Rechte" und „Linke" sind zwei Hände,
Die nie einander weh gethan.
Ob beide Teil' das Messer wetzen,
Nie kommt's zum Kampf, der ernstlich droht,
Denn alle wollen Geld und Metzen,
Paläste, Tafeln, Pferd' und Hetzen —
Das arme Volk will schwarzes Brot.

[2]) „Doch and're Zeiten seh ich tagen,
Von tausend Lippen, schmal und bleich,
Hör ich die wilden, düst'ren Fragen:
Wie lang der Spalt von Arm und Reich?
Ist's recht, für uns allein die Kette?
Für Euch die Lust, für uns die Not,
Für Euch die Ruh' auf seid'nem Bette,
Für uns das Stroh zur Sterbestätte
Und kaum noch schwarzes, hartes Brot?"

[3]) „O stolzes Volk, du Volk der Reichen,
Sieh um dich her, erbebst du nicht?

Endlich schlug damals auch der größte aller lebenden Dichter, Heinrich Heine, entschieden sozialistische Töne an. Ich brauche nur auf die 1844 zuerst veröffentlichten Gedichte „Die Weber" und „Die Wanderratten" zu verweisen.

Zu der Verkündigung des Kommunismus durch die Druckschriften kam hier und dort, wo es anging, auch die Propaganda durch Versammlungen. So fanden im Badeorte Tatenhausen (bei Bielefeld) mehrere Versammlungen statt, in denen die neue Heilslehre vorgetragen wurde, u. a. von Karl Grün. Derselbe hielt auch in Bielefeld eine Vorlesung, in der er seine Theorie auseinandersetzte, was eine kolossale Aufregung in der guten Stadt hervorrief und die dortigen Prediger veranlaßte, von der Kanzel herab die Gläubigen vor der „gleißenden, modernsten Weisheit" zu warnen. —

Der Beginn der sozialistischen Bewegung fiel mit dem Zeitpunkte zusammen, in welchem der vierte Stand in Deutschland seine gedrückte Lage zu fühlen begann.

Es brachen nämlich gerade im Jahre 1844 in einer Reihe von Orten des deutschen Bundes Unruhen unter den Arbeitern aus. Hierbei lassen sich sozial-demokratische Umtriebe nicht nachweisen, und sind solche auch nicht vorhanden gewesen: aber jene Unruhen zeugen doch von einer Erregung, die sich der unteren Klassen zu bemächtigen anfing. Früher hatte sich, soweit ich erforschen konnte, nur ein einziges Mal etwas Derartiges ereignet. Kurze Zeit nämlich nach dem (demokratischen) Hambacher Feste (1832), während einer ungeheuren Brot- und Früchte-Teuerung, hatten sich in der rheinpfälzischen Stadt Frankenthal 300—400 beschäftigungslose Arbeiter der daselbst kurz zuvor eingegangenen Fabriken versammelt und vor die Früchtemagazine begeben. Ein Arbeiter ritt voran, in der Hand eine dreifarbige Fahne schwingend; die andern folgten ihm unter Absingung des damals bei den Demokraten üblichen Liedes „Fürsten zum Land hinaus u. s. w." Sie erbrachen auch wirklich die Magazine; aber in diesem Augenblicke eilten die Bürger der Stadt herbei und vertrieben

---

Den Harten wird in Flammenzeichen
Entsetzlich nah'n ein Strafgericht.
Die Zeit der Herrn, sie ist gewesen,
Der Zorn der Unterdrückten loht" u. s. w.

Wir hätten uns vielleicht mit einem bloßen Hinweise auf die hier zitierten Stellen begnügen können, wenn nicht Alfred Meißner vorgezogen hätte, seine sozialistischen Poeme in seinen neueren Gedichtsammlungen fortzulassen. Als ob man sich in der Aera der Sozialreform sozialistischer „Jugendsünden" zu schämen hätte!

die Aufrührer. Siebzehn Rädelsführer derselben wurden vor die Assisen in Zweibrücken gestellt, aber samt und sonders von der Jury freigesprochen.

Diese Erhebung hatte sich in einem Augenblicke ereignet, in welchem die ganze Rheinpfalz sich in der hochgradigsten Erregung befunden und die Macht der Regierung daselbst fast illusorisch war. Seitdem hatte man nichts von Arbeitererhebungen gehört. Jetzt gab es mit einem Male hier und dort Emeuten. Im Juni 1844 revoltierten in Schlesien — in Peterswaldau und Langenbielau — ca. 5000 Weber, die allerdings zu einem wahren Hungerlohne (14 Groschen Wochenlohn für Mann, Frau und Kind zusammen!) lange, anstrengende Arbeit verrichteten. Die Weber drangen in die Häuser der Fabrikanten ein und demolierten dort alles, was ihnen unter die Hände kam, vor allem vernichteten sie die Schuldbücher und die Kreditbriefe. Die Erhebung wurde durch einige eiligst hingeschickte Bataillone Soldaten niedergeschlagen, wobei viele Arbeiter erschossen oder verwundet wurden. Dreiundachtzig Gefangene wurden vor das Breslauer Kriminalgericht gestellt, welches die Haupträdelsführer zu 24 Peitschenhieben und zehn Jahren Schanzarbeit verurteilte, welche grausame Strafe auch wirklich vollstreckt wurde.

In Breslau fand damals ein Arbeiter-Tumult statt, welcher erst durch die Intervention der Kavallerie beendet wurde; ebenso wie ein Krawall der Schiffer in Glun.

In Prag nahm eine gleichzeitige Revolte einen ruhigeren Verlauf. Dort waren die Arbeiter von den Fabrikanten bei der Lohnauszahlung sehr oft in geradezu schamloser Weise betrogen worden; dazu kamen fortwährende Verkürzungen an den Löhnen, zu denen eben eingeführte Druckmaschinen noch eine besondere Veranlassung boten. Da lehnten sich die Arbeiter am 16. Juni auf; sie demolierten in allen Fabriken Prags und der Umgegend die Druckmaschinen, ehe die bewaffnete Macht sie daran hindern konnte. Hierauf gingen sie, 1600 an der Zahl, in und um Prag spazieren ohne Waffen, ohne Stöcke, ohne einen weiteren Exzeß auch nur zu versuchen, bis sie am 24. umringt und in eine Kaserne abgeführt wurden. Das k. k. Kreisamt sowie die Polizeidirektion beantragten, sie nach Verabreichung von Stockprügeln „zur Strafe und Warnung" zu entlassen, Aber dem geraden Sinne des in Prag oberstkommandierenden Generals, dem die gefangenen Arbeiter ihre Leiden vorgestellt hatten, war jener Antrag durchaus zuwider. Er entließ die Arbeiter ohne Strafe aus der Kaserne, nachdem sie versprochen hatten, sich wieder an die Arbeit zu begeben.

In Reichenberg (in Böhmen), wo dieselben gewerblichen Zustände

wie in Prag herrschten, zeigten sich ähnliche Folgen. Die Arbeiter erhoben sich und zerschlugen in allen Fabriken die neuen Maschinen.

Auch in Böhmisch-Leippa fanden unter den Leinwebern Zusammenrottungen statt; ebenso im Königreich Sachsen unter den Eisenbahn-Arbeitern, in Magdeburg unter den Arbeitern in den Zuckerfabriken und in Ingolstadt unter den Festungsarbeitern.

Bei allen diesen Erhebungen ist notorisch auch nicht ein einziges Moment vorhanden gewesen, das auf irgend welchen, auch nur den leisesten Zusammenhang mit dem Sozialismus deuten könnte. Kein einziger von den in Untersuchung gekommenen Arbeitern war in der Schweiz gewesen, bei keinem einzigen hatte man irgend welche sozialistische Druckschrift gefunden. Nirgends hatte man eine sozialistische Forderung gehört, wenn man nicht Klagen über Lohnherabsetzungen und Übervorteilungen seitens der Fabrikanten dazu rechnen will. Jene Emeuten waren nur durch die bittere Not veranlaßt. Immerhin waren sie ein Zeichen, daß auch die deutschen Arbeiter ihre Lage zu fühlen begannen, und daß eine tiefer gehende Erregung sich der Arbeiter zu bemächtigen anfing.

Davon zeugt auch der Umstand, daß gerade in jener Zeit in Berlin und Umgebung unter den Arbeitern der Kattunbranche Massenstrikes (verbunden mit Kontraktbruch der Arbeiter) behufs Durchsetzung einer Lohnerhöhung stattfanden.

Die Fabrikgebäude wurden damals zur Sicherung gegen etwaige Angriffe seitens der Arbeiter mit Gendarmen besetzt. Indessen fielen keinerlei Unruhen vor, und waren solche auch laut amtlicher Bekanntmachung „bei der Gesinnung der größtenteils zu der gebildeteren Arbeiterklasse gehörenden Beteiligten" und bei den überall getroffenen Vorsichtsmaßregeln nicht zu erwarten. Indessen schritten die Behörden mit Verhaftungen und Strafen gegen die Arbeiter ein, weil von ihnen mehrere Polizeigesetze übertreten worden waren.

Bemerkt sei übrigens auch, daß sich damals in Berlin der erste ausschließliche Arbeiter-Verein innerhalb des deutschen Bundes (wenn man von Unterstützungskassen-Vereinen absieht) konstituierte. Es war dies der Berliner Gesellenverein, welcher schon nach mehrmonatlichem Bestehen mehrere hundert Mitglieder zählte.

Auch sonst mehrten sich die Anzeichen, daß der vierte Stand anfing, sich seiner Lage bewußt zu werden. Es zeigten sich unter den Proletariern ohne irgend welche, von außen her versuchte Agitation sozialistische Regungen, welche sozusagen instinktiv entstanden waren. Und es ist gerade das Instinktive daran, welches derartige Fälle um so interessanter erscheinen läßt.

Ein Beispiel hierfür ist die Warmbrunner Verschwörung. Im Jahre 1844 stiftete nämlich der Tischlermeister Franz Wurm in Warmbrunn einen extremen Bund zum Umsturze der bestehenden Regierung und Gesellschaftsordnung. Das Programm und die Bundesstatuten waren von Wurm verfaßt worden. Aus denselben geht deutlich hervor, daß er ohne irgend welchen Zusammenhang mit aus- oder inländischen Kommunisten gehandelt hat. Denn wir bemerken in jenem Programm nicht die Prinzipien, die irgend einer der damaligen Lehren zur Emanzipation des vierten Standes eigentümlich gewesen. Ferner ist bei einer späterhin unvermutet vorgenommenen Haussuchung zwar eine Anzahl gravierender Schriftstücke, aber nicht eine einzige kommunistische Druckschrift gefunden worden. Auch hat sich Wurm niemals außerhalb des deutschen Reiches befunden und seit 1829 ist er beständig in Warmbrunn[1]) gewesen, so daß es sehr leicht möglich erscheint, daß er niemals eine im Sinne der neuen Lehre gehaltene Broschüre gelesen hat. Wahrscheinlich aber hat Wurm demokratische Schriften gelesen und ist dann vermutlich durch den Anblick des gerade in seiner Heimat ganz besonders unsäglichen Elends und durch die Nachrichten von einem neuen System, das den Unterschied zwischen arm und reich aufheben wolle, zu Ansichten gekommen, welche auf das letztere Ziel hinarbeiteten. Dies halte ich wenigstens für die ausreichendste Erklärung des Wurm'schen Programms.

Dasselbe ist an alle „braven" Mitbürger und Landsleute gerichtet. Es schildert in den grellsten Farben die Not der Arbeiter und stellt ihr das üppige Leben der vornehmen und reichen Prasser entgegen.

Die positive Darlegung der Ordnung, welche nach dem Umsturz der bisherigen aufgerichtet werden soll, ist höchst naiv und beweist klar, wie die Gleichheitstendenz ihres Verfassers nur eine Folge seines politischen Demokratismus ist. Alle Menschen in der Gesellschaft haben danach von Geburt gleiche Rechte. Um nun im menschlichen Verbande Einigkeit und Ordnung zu erhalten, sollen Männer gewählt werden, die von Natur mit vorzüglichen Eigenschaften begabt sind, und deshalb zu Regenten, Anführern und Richtern besonders geeignet sind. Diese sind des Volkes wegen da und müssen gegen die ihnen gegebene Belohnung streng ihre Pflicht gegen die Gesellschaft erfüllen, sowie jedes einzelne Mitglied es gegen das Ganze schuldig ist. Denn nur in diesem Falle kann man sagen, die Obrigkeit sei von Gott eingesetzt und folglich sei es Gottes

[1]) Mit Ausnahme eines im Jahre 1831 bei der schlesischen Landwehr zugebrachten Jahres.

Wille, daß man ihr gehorchen solle. Nur auf diesem Wege kann aber auch das Elend beseitigt und der Anspruch eines jeden auf Erdenglück verwirklicht werden. Heute dagegen, wo Menschen bloß durch ihre Geburt zu Regenten, Anführern, Rittern und Herren gemacht werden, wo sie nicht dem Volke dienen, sondern dasselbe unterdrücken, auf welche Art es nur irgend möglich ist, — heute ist die Obrigkeit nicht von Gott eingesetzt, sondern sie besteht aus dem Auswurf der Menschheit, aus Dieben und Räubern. Als solche müssen daher die heutigen Gewalthaber von der Gesellschaft bestraft werden. Das will — meint das Programm — Gott. „Das — fügt Wurm hinzu — sind unsere Begriffe von Obrigkeit, und wir hoffen, jeder redliche, gute und vernünftige Mensch wird mit uns gleich denken."

Daher sollte eine Erhebung gegen die jetzige Obrigkeit ins Werk gesetzt werden. Zu diesem Zwecke wurde eine Eidgenossenschaft von Männern, die zum Äußersten entschlossen waren, von Wurm gestiftet. Die Eidgenossen mußten jede private Zänkerei meiden, alle schon geschehenen Beleidigungen vergessen u. s. w. Durch den Eid wurde jedes Verbandsmitglied verpflichtet: möglichst aufmerksam zu sein, ob ein Verräter unter ihnen sei und, wenn der Verdacht von den Geschworenen als erwiesen konstatiert worden, ihm das Leben zu nehmen; sich, soweit es seine Vermögensverhältnisse erlaubten, mit Waffen zu versehen, besonders mit Pulver und Kugeln, da es beim Ausbruche eines „Krieges" sehr daran fehlen würde; wenn gefangen, nicht die Wahrheit zu gestehen, sondern die Feinde durch falsche Geständnisse hinzuhalten bis zur Befreiung durch die Mitverschworenen. Der Eid selber lautete: Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen, bei meinem Wohle dies- und jenseits des Grabes, daß ich alle die mir vorhin bekannt gemachten Pflichten nach Kräften streng erfüllen will zum Besten der unterdrückten Menschheit und der guten, gerechten Sache, auch treu und verschwiegen sein will, insoweit es notwendig und mir zur Pflicht gemacht worden ist, und eher mein Leben zu lassen als ein feiger Verräter zu sein, so wahr ein Gott ist und ich durch seine Gnade lebe, auch die Verzeihung meiner Sünden und Barmherzigkeit von ihm nach diesem Leben mir erbitte, welches alles er mir verweigern soll, wenn ich nicht meinem Schwur nachkomme, so wahr er mir hilft und seine Gnade uns alle beglückt.

Der Bund bestand kaum ein Jahr, als er von der Polizei entdeckt wurde. Es wurde eine Haussuchung bei Wurm vorgenommen, bei der man mehrere von seiner Hand geschriebene Exemplare des Bundesprogramms fand. Es wurden des weiteren noch sieben Arbeiter, teils aus

Warmbrunn, teils aus Hirschberg, ermittelt, welche mit Wurm in Verbindung gestanden hatten. Sie wurden sämtlich unter der Anklage des Hochverrats vor Gericht gestellt. Wurm ward durch die gleichlautende Erkenntnisse vom 10. Januar 1846 und vom 16. Januar 1847 zum Tode durch das Beil verdammt, aber vom Könige zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt. Die andern verhafteten Arbeiter konnten nur der Mitwissenschaft überführt werden und wurden zu mehrjähriger Gefängnisstrafe verurteilt. Infolge der Amnestie vom 19. März 1848 erhielten alle, auch Wurm, die Freiheit wieder.

---

7. Die sozialpolitische Arbeiter-Bewegung in Deutschland von 1845—1848: Die sozialistische Presse. — Die sozialistische Litteratur. — Die Arbeitervereine. — Die Demokratie und der Kommunismus. — Offener Bruch zwischen ihnen. — Das soziale Programm der radikalen Demokratie. — Vorschlag einer Allianz zwischen der preußischen Regierung und dem Proletariat. — Der Kommunistenbund und die sozialistische Agitation in Deutschland. — Arbeitseinstellungen und Arbeiterunruhen. —

Die Kommunisten richteten jetzt ihr Augenmerk auf die Rheinlande. Hier war die Industrie ziemlich entwickelt und hatte in manchen Städten ein zahlreiches Proletariat geschaffen. Und daß dasselbe hier und dort den Druck der auf ihm lastenden Verhältnisse fühlte, beweist eine 1845 an den König gerichtete Petition Kölner Arbeiter, in welcher zunächst „von der Weisheit Sr. Majestät" eine Abhilfe der Wohnungsnot erbeten, daneben aber auch darauf hingewiesen worden war, daß mit dem Reichtume der „Kaufleute und Spekulanten", die Verarmung der Arbeiter in gleichem Maße zugenommen habe.

In der Rheinprovinz schien auch wegen des regen, politisch-oppositionellen Lebens der Boden geeigneter für eine, das Bestehende unterwühlende Lehre zu sein. War es doch gerade das dortige Bürgertum, welches mit besonderer Zähigkeit den Gedanken der konstitutionellen Monarchie gegenüber dem Absolutismus festgehalten und wenige Jahre zuvor unter der Führung von Hansemann, Kamphausen, Mevissen u. a. in der Kölner „Rheinischen Zeitung" das erste, mit Entschiedenheit den vorgeschrittenen Liberalismus propagierende Journal in Preußen geschaffen hatte.

Die Existenz eines kräftigen Liberalismus am Rheine mußte aber auch in andrer Hinsicht die Kommunisten veranlassen, speziell dort ihr

Hauptquartier aufzuschlagen. Denn es konnte ihnen nicht zweifelhaft sein, daß, wenn überhaupt die Regierung ihr Treiben duldete, dies am ehesten da geschehen würde, wo sie der anti-gouvernementalen Partei gleichsam in den Rücken fielen.

Jedenfalls aber zeigte die Gestattung der Trierschen Zeitung — trotz aller Maßregelungen im einzelnen —, daß vorderhand das preußische Ministerium nichts gegen eine taktvolle Vertretung der Proletarierinteressen einzuwenden hatte.

So wurden nun (Mitte 1845) zwei volkstümlich geschriebene, sozialistische Monatsblätter gegründet: der „Gesellschaftsspiegel" in Elberfeld und das „Allgemeine Volksblatt" in Köln. Zu gleicher Zeit verwandelte sich das ja nicht allzufern davon erscheinende „Weser-Dampfboot" in eine Monatsschrift „Westfälisches Dampfboot", welches eine weit entschiedenere Haltung einnahm, als sein in sozialen Dingen etwas vorsichtiger Vorgänger. Endlich wurden noch in Darmstadt die „Rheinischen Jahrbücher zur gesellschaftlichen Reform" herausgegeben, welche ihrer Bestimmung nach eine Vierteljahrsschrift sein sollten; zugleich mit ihnen ward das „Deutsche Bürgerbuch" publiziert.

Von allen diesen Blättern war der „Gesellschaftsspiegel, Organ zur Vertretung der besitzlosen Volksklassen und zur Beleuchtung der gesellschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart", sicherlich das wirksamste. Redigiert war er von Moses Heß, welcher sein Organ geschickt leitete und jedenfalls darin einen viel besseren Ton zu treffen wußte, als in seinen ungenießbaren theoretischen Schriften. Der Gesellschaftsspiegel ist — ganz abgesehen von seiner historischen Bedeutung, die ihm einen besonderen Wert verleiht — selbst heute noch interessant zu lesen, wiewohl ein gewisser schwerfälliger Ton vorherrscht. Neben den größeren Aufsätzen, welche meistens die Lage der arbeitenden Klassen in irgend einem Lande oder Distrikte betrafen, brachte das Blatt Korrespondenzen über die sozialen Verhältnisse aus den verschiedensten Teilen Deutschlands. Es beschränkte sich hierbei nicht darauf, die Leiden der industriellen Arbeiter bloßzulegen, sondern wies auch mehrfach auf die jämmerliche Lage der ländlichen Arbeiter hin. Politische Fragen berührte der Gesellschaftsspiegel fast gar nicht; geschah es dennoch im Vorübergehen, so ließ er über seine radikalen Ansichten keinen Zweifel. Die Religion wurde nur nebenbei erwähnt, dann aber auch kurzweg für abgethan erklärt. Die „sozialen" Gedichte, sowie auch einige Novellen, welche sich an die Abhandlungen und Korrespondenzen anschlossen, waren durchgängig im denkbar leidenschaftlichsten Stile gehalten. Ich stehe nicht an, sie zu dem

Aufreizendsten zu rechnen, was die sozialistische Litteratur Deutschlands überhaupt hervorgebracht hat. Vor allem sind hier die „Schicksale weiblicher Dienstboten" (in Briefen) zu nennen, welche die Stellung der Dienstboten mit den entsetzlichsten Farben schildern.

Welche positiven Ziele der Gesellschaftsspiegel hatte, braucht nicht mehr näher auseinandergesetzt zu werden, nachdem oben die Theorieen seines Chef-Redakteurs so eingehend geschildert worden.

Denselben theoretischen Ideenkreis wie Heß vertrat das von Otto Lüning geleitete „Westfälische Dampfboot". In einem Aufsatze „Arbeitslohn und Arbeitsfähigkeit" erklärt sich Lüning ausdrücklich für eine Zukunftsgesellschaft, die, in assoziationistischer Form organisiert, jeden nach seinen frei angewandten Kräften arbeiten läßt und nach seinen Bedürfnissen lohnt.

An der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung wurde eine ätzende Kritik geübt. Es wurde (z. B. im Aufsatze „Münchhausens Kolonie" vom Februar 1845) das Eigentum ganz besonders scharf angegriffen und als Ursache der allerschlimmsten Ausbeutung hingestellt.

Demgemäß betonte auch Lüning das wesentlich Unzureichende alles rein politischen Parteiwesens. Die Politik — meinte er in einem Cyklus von Aufsätzen, welche unter dem Titel „Blicke in die Gegenwart" erschienen — kenne nur den Menschen, der Steuern zahle; sie kämpfe nicht für die Menschheit, sondern nur für den Stand, sie wolle nur das Vorrecht des Stammbaumes durch das des Kapitals ersetzen. „Die Kämpfe und Siege der Politik — hieß es schließlich — verhüllen trügerisch das Elend der Menschen und verbergen unter glänzender Decke die wuchernde Not".

Immerhin trat das Westfälische Dampfboot dem Liberalismus nicht so schroff gegenüber wie die andern sozialistischen Journale. Deshalb von der Trierschen Zeitung angegriffen, antwortete Lüning im Juliheft (von 1845) des Dampfbootes: „Was ich von den bloß politischen Bestrebungen, von den Bourgeois-Kammern u. s. w. halte, das, dächte ich, hätte ich aller Orten deutlich genug an den Tag gelegt. Es ist mir gewiß nicht eingefallen, den Lobredner der Prinzipien solcher Bestrebungen zu machen. Wo die Verfechter des Liberalismus aber mit Mut und Geist kämpften für ihre Sache, wo sie energisch der Gewalt entgegentraten, da habe ich das natürlich berichtet und gelobt. Gerechtigkeit für alle, sogar für unsere Feinde; und zu den bewußten Feinden rechne ich, wenigstens in Deutschland, wo die Kammerherrschaft der Bourgeoisie nicht so aufkommen konnte, wie in England und Frankreich, die besten *der Liberalen* nicht."

Neben räsonnierenden Aufsätzen brachte das Westfälische Dampfboot auch Abhandlungen, welche die Lage der Arbeiter in diesem oder enem Distrikte schilderten, z. B. die Lage der Einlieger im Lippe'schen u. a. m.

Das Kölner „Allgemeine Volksblatt" ist nur von geringer Bedeutung gewesen. Interessant ist darin der des näheren ausgeführte Vorschlag, Produktiv-Assoziationen der Arbeiter mit Staatskredit ins Leben zu rufen. Und hiervon erwartete das Allgemeine Volksblatt um so mehr, als die freie Arbeit, deren Ertrag den Arbeitern selbst zu Gute kam, angeblich weit mehr leistete als die Fabrikarbeit.

Waren die genannten Journale direkt für das Volk berechnet, so konnten die „Rheinischen Jahrbücher" ebenso wie das „Deutsche Bürgerbuch" schon ihrem Umfange und Preise nach nur in den besitzenden Kreisen wirken. Um nämlich der Zensur zu entgehen, war jedes Heft dieser Zeitschriften mehr als 20 Bogen stark.

Es läßt sich den Rheinischen Jahrbüchern wie dem Deutschen Bürgerbuche (beide wurden von Hermann Püttmann herausgegeben) eine gewisse Gediegenheit und Wissenschaftlichkeit nicht absprechen. Einer ihrer ausdrücklich angegebenen Zwecke war auch die wissenschaftliche Darstellung der Lehre des Kommunismus. Dieser kommunistische Standpunkt wurde ganz besonders scharf hervorgehoben. Eine spezielle Richtung ward nicht vertreten. Im allgemeinen überwogen jedoch die Heßschen und Grünschen Ideen, ohne daß indessen sozialistischen Mitarbeitern das Wort verschlossen wurde, welche jenen nichts weniger als freundlich gegenüber traten.

Neben Klarstellung der Doktrin stellten sich die beiden Journale die Aufgabe, die Barbarei der gegenwärtigen sozialen Verhältnisse aufzudecken. Selbst die in poetischer Form auftretenden Beiträge — Novellen und Poesieen — enthielten angeblich nichts Erdichtetes, ausgenommen diese Form als besseren Rahmen für ein einfach-naturwahres Gemälde.

Die kommunistische Agitation durch die Presse sollte nicht lange ungehindert statthaben. Die Darmstädter Publikationen — allerdings die schärfsten hinsichtlich der sozialistisch-demokratischen Haltung — wurden sofort durch das Einschreiten der hessischen Regierung unterdrückt. Dieselbe konfiszierte den ersten Band der Rheinischen Jahrbücher und zwang den Verleger, die Buchhandlungen anzugeben, denen er die inkriminierte Druckschrift zugesandt hatte. Ferner wurde der Verleger für den Fall der zensurfreien Veröffentlichung des zweiten Bandes mit 500 fl. Strafe bedroht und außerdem gleichzeitig mit einer Warnung des preußischen Oberzensurgerichts bedacht, laut welcher ein Debitsverbot seines gesamten Verlags erfolgen sollte, wenn er noch mehr solcher verwerflichen Bücher

zu drucken wagte. Schließlich wurde noch gegen ihn wie gegen den Herausgeber Püttmann das gerichtliche Verfahren wegen Hochverrats und Verspottung der Religion eingeleitet, dem sich allerdings der letztere Angeklagte durch die Flucht zu entziehen wußte. Derselbe wandte sich nach der Schweiz, von wo aus er (1846) den zweiten Band sowohl der Rheinischen Jahrbücher wie des Deutschen Bürgerbuchs erscheinen ließ.

Preußen gab dem Kommunismus mehr Freiheit. Ohne Schwierigkeiten konnten alle die angeführten Blätter erscheinen, bis Mitte 1846 der „Gesellschaftsspiegel" und das „Westfälische Dampfboot" vor die Wahl gestellt wurde, sich entweder zu mäßigen oder ihr Verbot zu gewärtigen. Der Gesellschaftsspiegel konnte sich hierzu nicht entschließen und stellte freiwillig sein Erscheinen ein. Das Westfälische Dampfboot hingegen versprach eine ruhigere Haltung. Es hielt auch Wort und konnte ohne Behelligung seitens des Gouvernements den Kampf für die sozialistische Reform fortsetzen.

Man darf jedoch nicht etwa denken, daß das Westfälische Dampfboot, um seine Existenz zu sichern, sich dazu herbeiließ, der Reaktion gegen die Demokratie Handlangerdienste zu leisten. „Der Sozialismus — hieß es vielmehr ausdrücklich im Januarheft des Westfälischen Dampfbootes von 1847 — wendet sich nicht mehr, wie er früher in seinem Idealismus that, von den politischen Liberalen und den radikalen Demokraten zürnend ab, weil sie seine Zwecke nicht direkt fördern, sondern er ist bereit, sich an ihren Bestrebungen als Mittel zum Zweck zu beteiligen."

Zu den bisher angegebenen Zeitschriften traten bald noch andere hinzu, sogar im Osten Deutschlands.

Seit Anfang 1846 kam in Breslau eine neue Monatsschrift, der „Volksspiegel" (redigiert von Ferdinand Behrend), heraus. Derselbe war ziemlich zahm geschrieben, zeigte aber doch deutlich seine sozialistische Tendenz, wenn dieselbe auch immer in die maßvollste Form gekleidet war. In der Kritik der bestehenden Verhältnisse ging der Volksspiegel von den üblichen sozialistischen Prinzipien aus. Er bezeichnet als die Elemente des individualistischen Systems: die Entfesselung aller bösen Leidenschaften, den allgemeinen Kampf eines jeden gegen alle, die Tücken und Listen des Handels, den Kredit und den Bankerott, die Vorteile des Monopols, die Überteuerung der Konsumenten, die Unterdrückung des Arbeiters durch die Herabsetzung seines Lohnes und durch die Verlängerung seiner Arbeitszeit. Die hierdurch bewirkten Übel machten — wie das in Rede *stehende Blatt* betonte — eine [illegible] soziale Reform notwendig.

Als Zweck derselben wurde bezeichnet: eine Organisation der Arbeit, die auf Gerechtigkeit und Gleichheit basiert sein und jedem einzelnen den vollen Wert seiner Arbeit garantieren sollte. Das Eigentum sollte nicht abgeschafft, wohl aber der „aussaugenden Kraft des Monopols" beraubt und auf den vollen Arbeitswert als Grundlage gestellt werden. „„Suum cuique!" — sagte der Volksspiegel — dieses alte preußische Wort drückt alles aus, was wir wollen!" Der hier vertretene Sozialismus erklärte gemäß dem Standpunkte der Zulassung des Eigentums die Konkurrenz im Zukunftsstaate für gestattet, ja noch für viel größer als heute. Als ideale Organisation schwebte dem Volksspiegel eine auf freien Assoziationen mit Staatsvorschuß basierte Volkswirtschaftsgestaltung vor.

Nennenswerte, positive Vorschläge zur Reformierung der Gesellschaft wurden von dem Breslauer Organ des Sozialismus nicht geleistet.

Über das politische Gebiet verbreitete sich der Volksspiegel nur ausnahmsweise. Er erklärte selber: „Man muß mit der Politik in der That sehr politisch umgehen; daher mag es sich der Leser erklären, wenn dieser Teil unserer Betrachtungen in Rücksicht auf die Fragen der Gegenwart am wenigsten vollständig ist."

Immerhin ließ das Blatt, *wenn* es auf Politik zu sprechen kam, seine demokratische Gesinnung durchblicken. Mit einer gewissen Energie forderte es sogar allgemeines Stimmrecht für eine zu schaffende Volksvertretung, sowie Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit.

Über religiöse Dinge äußerte sich der Volksspiegel des öfteren. Stets geschah es im Sinne des entschiedenen Freidenkertums, welches jeden religiösen Standpunkt ein- für allemale für überwunden erklärte.

Die fragliche Zeitung war übrigens schlecht redigiert; sie ist für den Leser von einer tötenden Langweiligkeit. Daß der Volksspiegel in Schlesien 1000 Abonnenten finden konnte, ist der beste Beweis dafür, daß die Tendenz selber es war, welche in manchen Kreisen sympathisch berührte.

Der Volksspiegel bestand bis in das Jahr 1848 hinein, wo er einem andern Zeitungsunternehmen derselben Redaktion wich. Eine wie große Wirkung er hatte, kann am besten aus der großen Teilnahme ersehen werden, die der Sozialismus während der Revolutionsperiode in Breslau gefunden. Wurden daselbst doch in die preußische Nationalversammlung zwei Sozialisten, darunter einer der Hauptmitarbeiter des Volksspiegels, deputiert!

1846, also zur selben Zeit wie in Breslau, wurden auch in Hamburg mehrere Arbeiterblätter gestiftet, welche eine gemäßigt-sozialistische

Richtung vertraten. Das eine von ihnen, das „Blatt für die Arbeiter," ging allerdings schon nach einem Vierteljahre ein. Das andere, die „Werkstatt" (ein Monatsjournal), hörte ebenfalls noch im selben Jahre zu erscheinen auf, konnte jedoch 1847 wieder ausgegeben werden. Im letzteren Jahre wurde in Hamburg eine Wochenschrift derselben Tendenz, der „Tagwächter," publiziert, welcher anscheinend größeren Anklang fand als die eben angeführten Organe, da er sich längere Zeit hielt.

Endlich kam noch 1847 in Arnsberg die „Westfälische Warte, Monatsschrift für die Interessen des Volks" zu den sozialistischen Arbeiter-Zeitungen hinzu.

Die Westfälische Warte (redigiert von Th. Schäfer) erklärte gleich in ihrem Programme, daß sie die Interessen des Proletariats vertreten wolle; sie bezeichnete es demgemäß als ihre Aufgabe, nicht bloß die Mittel zur augenblicklichen Linderung der Not zu beraten und anzugeben, sondern auch die Beseitigung der Ursachen des leiblichen wie geistigen Elends überhaupt anzustreben. Des weiteren war die Westfälische Warte der Ansicht, daß zur Erreichung dieses Zieles politische wie gesellschaftliche Reformen notwendig seien, daß aber die letzteren den ersteren voraufgehen müßten. Bei Erörterung dieser Reformen trug die Warte den Zeitverhältnissen allerdings Rechnung, indem sie von vornherein sich darauf beschränkte, vorzüglich das (in ihren Augen) Praktische zu berücksichtigen, hingegen nicht bloß alles absolut, sondern auch alles relativ Unmögliche auszuschließen.

In den positiven Vorschlägen schloß sich das fragliche Blatt an Franz Stromeyer an, den — wie es sich ausdrückte — „leider nicht genug gekannten und gewürdigten praktischen Sozialisten." Vor allem entnahm die Warte aus dessen Systeme den Plan einer Versicherungsanstalt gegen niedere Löhne und Arbeitslosigkeit.

Während der ganzen hier betrachteten Periode von 1845—1848 war aber das bedeutendste Blatt der neuen Richtung die schon früher erwähnte „Trierische Zeitung." Ihr sozial-politischer Mitarbeiter und Leiter war jetzt Karl Grün, dessen Ansichten oben des näheren charakterisiert worden sind. Wie groß die Wirkung war, welche die Trierische Zeitung hatte, kann am besten daraus ersehen werden, daß in der Stadt ihrer Publikation Karl Grün 1848 in die preußische National-Versammlung gewählt wurde, wie auch 1849 in die zweite preußische Kammer.

Übrigens wurde mit der Zeit der Trierschen Zeitung ihr Leben noch sauer gemacht, als es schon früher der Fall gewesen war. So ward 1848 gegen sie ein [redacted] eingeleitet. Die von der Staatsan-

waltschaft verfaßte Anklageschrift fußte auf einer Reihe von Artikeln, die seit mehreren Jahren gestrichen worden waren, und deduzierte aus ihnen eine verpönte, sozialistische Tendenz. Das königliche Ober-Zensur-Gericht, welches die Entscheidung über das Schicksal der Zeitung hatte, ließ dieselbe jedoch fortexistieren. Immerhin mußte sie von nun an um so vorsichtiger und maßvoller sein.

Eine offenere Sprache als alle die genannten, in Deutschland herausgegebenen Journale konnten diejenigen führen, welche im Auslande gedruckt wurden. Es waren dies: der „Prometheus, Organ der sozialen Reform", welcher unter Redaktion Püttmanns von 1846—1847 in Herisau erschien und in Massen nach Deutschland eingeschmuggelt wurde[1]); dann die 1847 von Adalbert v. Bornstedt (einem kassierten preußischen Offizier) geleitete deutsche „Brüsseler Zeitung", an der auch Marx und Engels mitarbeiteten; endlich der seit 1846 in New-York gedruckte und auch in Deutschland Eingang findende „Volkstribun." Der letztere, eine Wochenschrift, kündigte sich als Fortsetzung von Babeufs „Tribun du peuple" an. Er trug auf dem Titel das Bildnis Masaniellos und hatte das Motto: „Die Arbeit hoch! nieder mit dem Kapital!" Redakteur war Hermann Kriege, welcher allerdings nicht lange nachher zur Demokratie übergegangen und 1848 Vizepräsident des demokratischen Kongresses zu Frankfurt a. M. und dann Mitglied des demokratischen Zentralausschusses für Deutschland gewesen ist.

Der Volkstribun erschien als das Organ der deutschen Sozial-Reform-Assoziation, eines Verbandes kommunistischer Vereine, welcher Oktober 1845 in Amerika gegründet worden war und seinen Hauptsitz in New-York hatte.

Nicht nur in der Anzahl der Zeitschriften prägte sich der Aufschwung der kommunistischen Bewegung aus. Ebenso, wenn nicht noch mehr, zeigte sich derselbe in dem Wachstum der Bücherlitteratur, welche die neue Doktrin dem Volke mundgerecht zu machen suchte.

Da waren zunächst die wissenschaftlichen Schriften. Unter ihnen ragte vor allem Engels' Darstellung der „Lage der arbeitenden Klassen in England" (1845) hervor, — eine Darstellung, welche, durchgeführt mit der diesen Autor stets auszeichnenden Formvollendung, ein grausiges Bild von dem

[1]) Der „Prometheus" erschien, wie überhaupt eine Reihe kommunistischer Publikationen jener Zeit, im Verlage des litterarischen Instituts zu Herisau. Dies hatte einen Beschluß des deutschen Bundestags zur Folge, demgemäß im Bereiche des Bundes der Eingang sämtlicher Verlagsartikel des litterarischen Instituts, sowie deren Annahme Verbreitung und Versendung verboten war.

erbärmlichen Leben des britischen Proletariats entwarf, im übrigen reich an feinen Bemerkungen und Beobachtungen war, wenn sich auch die in ihr ausgesprochene Prophezeihung einer baldigen sozialen Revolution in England nicht bewahrheiten sollte. Engels' Werk (welches übrigens schon nach wenigen Jahren eine zweite Auflage erlebte) erregte großes Aufsehen: nicht nur wies die kommunistische Presse eifrig darauf hin, auch die gegnerische Litteratur nahm davon Notiz und erörterte im Anschluß daran die von dem sozialistischen Schriftsteller behaupteten schrecklichen Folgen der freien Konkurrenz.

Neben dem genannten Werke verdient besondere Hervorhebung Karl Grüns „soziale Bewegung in Frankreich und Belgien" (1845), welche die französischen sozialistischen Systeme dem deutschen Publikum in anziehendster Form zugänglich machte und zugleich auf den selbstkonstruierten philosophischen Sozialismus, den wir oben genauer dargelegt, als die abschließende Theorie hinwies. Derselbe Autor lieferte in seinem Buche „Über Goethe vom menschlichen Standpunkte" eine — übrigens geistvolle — Arbeit über jenen Klassiker, welche denselben dem Publikum als den eigentlichen Vater des deutschen Kommunismus vorführte.

Ferner verfaßte Dr. Chr. Fr. Grieb die Werke: „Organisation der Arbeit" (1845), „Abbruch und Neubau" oder „Jetztzeit und Zukunft" (1846) und „Populäre Gesellschafts-Ökonomie" (1847). Der Autor, der sich an Fourier anlehnte, ohne jedoch damit seine Selbständigkeit einzubüßen, gab eine scharfe Kritik der freien Konkurrenz und legte des genaueren ein soziales Reformprogramm für Deutschland dar, welches im wesentlichen in der Schaffung von Produktiv-Assoziationen beruhte.

Auch Julius Fröbel, den wir schon oben als einen Freund Weitlings, wenn auch nicht als seinen Gesinnungsgenossen kennen gelernt, schrieb ein „System der sozialen Politik" (2 Bde. 1847), welches in dem Prinzip gipfelte, daß das Erbrecht aufgehoben und daß die hierdurch für den Staat gewonnenen Güter an kapitalsbedürftige Mitglieder verteilt werden sollten. Wir bemerken hier übrigens gleich, daß Fröbel im Jahre 1848 als Führer der Demokratie hervorgetreten ist: er war Präsident des Frankfurter Demokraten-Kongresses und Mitglied des demokratischen Zentralausschusses. Mit den Sozialisten ist er nicht ganz ohne Fühlung geblieben, hat jedoch ihre Pläne in keiner Weise erheblich zu fördern gesucht.

Einen eigenen, wenn auch nicht sozialistischen, so doch auch in sozialer Beziehung extremen und grundumstürzenden Weg ging Max Stirner (Pseudonym für Kaspar Schmidt) in seinem Buche „Der Einzige und

sein Eigentum" (1845). Stirner proklamierte hier in Polemik gegen die bisherigen Richtungen — besonders gegen den Liberalismus und den Kommunismus — einen Gesellschaftszustand, welcher auf beliebig freier und daher fortwährend wechselnder Gruppierung der als absolut souverän gedachten Individuen beruht. In der Schrift ist vom ersten Blatte an, von der Widmung an des Autors „Liebchen Marie Dähnhardt" bis zur letzten Zeile, zur Evidenz die Absicht erkennbar, Aufsehen um jeden Preis zu erregen. Dieser Zweck wurde auch wirklich erreicht, und es knüpften sich an den „Einzigen und sein Eigentum" mannigfache Kontroversen über die sozialen Probleme der Gegenwart. Abgesehen von diesem letzteren Moment, welches der fraglichen Publikation noch einen gewissen historischen Wert verleiht, ist dieselbe gänzlich bedeutungslos Ja, die grelle Zerfahrenheit und Unlogik, die in ihr herrscht, die unglaubliche Abgerissenheit des Gedankenganges, die unschöne Manieriertheit der Darstellung und die — bei einem sozialreformatorischen Autor doppelt als Laster anzusehende — maßlos-unendliche Eitelkeit machen die Lektüre des Buches dem Leser gänzlich widerwärtig.

Vor Publikation des „Einzigen" war übrigens Stirner, soviel wir konstatieren konnten, nur mit Journalaufsätzen hervorgetreten. Wir haben deren drei — über „das unwahre Prinzip unsrer Erziehung oder den Humanismus und Realismus," über „Kunst und Religion" und über die „Königsberger Skizzen von Karl Rosenkranz" — in der Kölner „Rheinischen Zeitung" vom Jahre 1842 gefunden.

In der Richtung auf einen mehr mit Kommunismus versetzten Anarchismus schrieb der einstige Führer der jungdeutsch-anarchistischen Bewegung in der Schweiz, Wilhelm Marr, über den „Menschen und die Ehre" (Anfang 1848).

Wir haben hiermit die Hauptströmungen der systematischen, extremen sozial-politischen Litteratur gekennzeichnet. Aber eben nur die Hauptströmungen. Daneben gab es noch eine Anzahl Arbeiten, welche teils dem einen oder andern der genannten Autoren als dem angeblich bahnbrechenden folgten, teils auch als selbständige Theorieen angesehen zu werden beanspruchten. Unter den letzteren erregte ein sich als „kritischen Nihilismus" bezeichnendes System eines Dr. H. Jellinek eine gewisse Aufmerksamkeit: vornehmlich durch die Streitigkeiten, welche Jellinek mit den Liberalen, besonders mit Robert Blum, hatte, und durch die ihm seitens der sächsischen Regierung bereiteten Verfolgungen. Näheres über Jellineks Lehre vermag ich hier nicht anzugeben, da ich nur Berichte über sie, nicht aber die authentische Darlegung erlangen konnte.

Auch in nichtsystematischen Schriften trat jetzt des öfteren die Idee des Sozialismus zutage. So z. B. in der Broschüre „Ihr träumt! Weckruf an das Ronge-berauschte Deutschland" von Wilhelm Jordan, dem später so berühmt gewordenen Dichter. Derselbe erwies die damalige, von Ronge eingeleitete deutsch-katholische Bewegung als in jeder Hinsicht ungenügend und rief die vierzig Millionen Deutsche auf, sich um ihr zeitliches Glück, anstatt um die himmlische Seligkeit, zu kümmern. Vor allem aber sollte man für die Proletarier sorgen, „diese Lasttiere der Gesellschaft," welche die Reichen „bekleiden, ernähren und glatt und mühelos durchs Leben hingleiten lassen" und doch nur „die notdürftigste Hungerstillung erreichen." „Ihre Köpfe — hieß es in der angeführten Schrift — sind es, in denen der kommende Geist sich die Geburtsstätte bereitet, sie sind die Auserwählten, die den nächsten Ruck in der Geschichte wirken." Und des weiteren wurde die soziale Revolution prophezeit, wenn die Besitzenden nicht den Forderungen der Armen entsprächen. „Bald — wurde im Schluß der Jordan'schen Broschüre gesagt — ist niemand mehr imstande, das Zauberwort zu sprechen, welches das Ungewitter beschwören könnte, das dräuend emporsteigt aus den Tiefen der Gesellschaft."

Der Autor, der offen die Anarchie als das Weltideal pries, entging übrigens nicht den Verfolgungen seitens der herrschenden Gewalt. Er wurde zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt und mußte sich — ganz wie die heutigen Förderer der radikalen Arbeiterpartei — die Ausweisung aus Sachsen gefallen lassen.

Jede Gattung der Schriftstellerei wurde jetzt von den Sozialisten angebaut. Da war zunächst die Betrachtung der sozialen Zustände, an welche der Gedanke der Notwendigkeit einer Reform in der gedachten Richtung geknüpft wurde. Dies geschah z. B. in Dr. Hermann Semmigs Buche über „Sächsische Zustände nebst Randglossen und Leuchtkugeln" (1846), welches stellenweise höchst aufreizend geschrieben ist; ferner in einem Werke von Friedrich Saß über „Berlin in seiner neuesten Zeit und Entwicklung" (1846).[1])

[1]) Zur Charakteristik des Standpunktes, auf den sich Saß stellte, mag folgender Passus aus seinen Studien über Berlin dienen:

„Der Verfasser — sagt Saß — steht weder in dem vornehmen Elemente, noch hat er jemals Neigung gefühlt, sich an das vornehme Element heranzudrängen. Wenn er außerhalb der gesellschaftlichen Vornehmheit bleibt, so entdeckt er darin keinen Verlust. Hunderttausende und Millionen verzichten mit ihm auf diese Stellung, und doch geht grade vor ihnen ein heller Stern der Zukunft her, während wir in

Auch die Poesie wurde vom Sozialismus mit besonderem Eifer gepflegt. So schrieb Ernst Willkomm einen fünfbändigen Roman „Weiße Sklaven" (1850); Louise Otto verfaßte den Roman „Schloß und Fabrik" (3 Bde. 1846). Einen gewissen Erfolg erzielte mit seinen sozialistischen Erzählungen der Dr. Ernst Dronke. Derselbe veröffentlichte (1846) zwei Novellensammlungen: „Aus dem Volke" und „Polizei-Geschichten." Dieselben schildern in ergreifend-anschaulicher Weise die Leiden der armen Klasse. Frei von Manieriertheit, verfällt Dronke nicht in Übertreibungen, den Fehler so mancher sozialer Novellisten jener wie späterer Zeiten. Auch läßt sich seinen Erzählungen formelle Abrundung und geschickte und klare Entwicklung nicht absprechen.

Die sozialistische Lyrik, die schon 1844 einen so vielversprechenden Anfang genommen hatte, machte in der jetzt betrachteten Periode große Fortschritte. Vor allem ist hier Ferdinand Freiligraths zu gedenken. Derselbe war binnen wenigen Jahren aus einem königlich preußischen Pensionär ein sozialistischer Republikaner geworden. Von dem extremen Standpunkte, den er nunmehr einnahm, legen die von ihm 1846 unter dem Titel „Ca ira!" veröffentlichten Gedichte Zeugnis ab. Ein näheres Eingehen auf sie ist hier nicht nötig, da ihre Kenntnis beim Leser wohl mit Recht vorausgesetzt werden kann.

Zu gleicher Zeit mit Freiligrath wandte sich auch der ebenfalls zu den berühmtesten Dichtern jener Epoche zählende Karl Beck der proletarischen Richtung zu.

Er errang mit seinen hier in betracht kommenden „Liedern vom armen Mann" (denen ein fulminantes Vorwort an das Haus Rothschild vorausgeschickt war) einen großen Erfolg. Das Buch (zuerst 1846 erschienen) erlebte schnell hinter einander drei Auflagen.

Die Tendenz der „Lieder vom armen Mann," liegt in den Worten ausgesprochen, welche im Gedichte „Auch eine Dorfgeschichte" der Vertreter der Knechte an den Edelherrn richtet:

---

dem ganzen gesellschaftlichen Bau der Gegenwart immer mehr Risse und Lücken bemerken. Ohne die Anerkennung des vollen und freien Menschen wird jede Gesellschaft zur Karrikatur. Sollte man daher die Schilderung der Berliner Gesellschaft karrikiert finden, so thut man Unrecht, dem Verfasser die Schuld daran aufzubürden. Und was hilft es, wenn selbst hie und da in dieser Gesellschaft der Humanismus seine freudigsten Bekenner, die Wissenschaft ihre ernstesten Jünger findet? Die Basen der Gesellschaft erscheinen als inhuman, als auf Vorurteilen, Schwächen, Frivolitäten und egoistischen Interessen gegründet. Wenn sie in ihren Fugen knacken, so wird es immer sich wunderlich ausnehmen, wenn man glaubt, durch neue Putz- und Glanzarbeit am Frontispitz helfen und auf die Dauer bestehn zu können."

„Du mußt sterben, du mußt sterben!
Deine Tage sind gezählt.
Uns und unsers Elends Erben
Hast du unerhört gequält.
Bleiben darf es nicht beim Alten,
Und wir müssen ins Gericht;
Selber müssen wir uns halten,
Selber unser Heil verwalten."

Stets zeigt uns Beck als Sozialist de pur sang arm und reich in schroffer Gegenüberstellung.[1])

Die ganze bestehende Ordnung beruht angeblich nur auf schamloser Ausbeutung jenes durch diesen. Und daß sich die Armen das gefallen lassen, gereicht ihnen zum größten Vorwurf.[2]) Aber nicht lange mehr wird dieser Zustand dauern. Denn einst wird sich, wenn nicht die Reichen nachgeben, ganz sicher das Volk erheben, um das auf ihm lastende Joch der Knechtschaft abzuschütteln.[3]) Und die heute Herrschenden haben Unrecht, wenn sie sich auf das Militär verlassen. Denn dieses wird mit dem Volke gemeinschaftliche Sache machen.

Ferner ist noch ganz besonders Wilhelm Jordan zu nennen mit seinen, unter dem Titel „Schaum" veröffentlichten Dichtungen (1846). In diesen, die übrigens von hohem künstlerischen Werte sind, wird Atheismus, Republikanismus, Sozialismus und Revolution verherrlicht. Auch Jordan weist hier mit besondrer Energie auf den Gegensatz zwischen dem ausbeutenden und dem ausgebeuteten Stande hin.[4])

---

[1]) „Ihr Seligen — ruft Beck den Reichen zu —
könnt Euch pflegen und mästen.
Wir spähen für Euch nach Kohlen und Ästen,
Wir frieren und hacken vor Euern Palästen,
Doch Euch ist wohl und warm." U. s. w.

[2]) „Dies Dulden ist unser unendlich Verschulden
Und — darum sind wir arm."

[3]) Dann wird
„kommen der blutige Tag,
Da Euch das Volk bekriegen mag;
Da funkelnden Blicks der verzweifelnde Haufen
Im Sturm Euch kommt entgegengelaufen;
Wenn er selber den blitzenden Säbel führt,
Wenn er selber die grollende Trommel rührt."

[4]) „Doch ach!" — heißt es z. B. bei Jordan —
„es gähnt erschreckend weit
In unserm Leben eine Kluft.
Indes des Erdballs Schätze froh
Der Auserwählten Schar verpraßt,

Die übrigen sozialistischen Dichter reichten nicht entfernt an Freiligrath, Beck und Jordan heran. Immerhin sind noch zu erwähnen: Ernst Dronke, der zwölf Lieder „Armen-Sünder-Stimmen" (1846) herausgab, und Püttmann, den wir oben als Redakteur dreier sozialistischer Journale kennen gelernt. Der letztere schrieb die wildaufreizenden „Sozialen Gedichte" (1846), welche allerdings von nur sehr geringem poetischen Werte sind. Püttmann gab ferner unter dem Titel „Album" eine Sammlung sozialistischer Gedichte heraus, deren Autoren u. a. H. Heine, K. Beck, F. Freiligrath, Alfr. Meißner, W. Weitling, ferner H. Semmig, F. Saß, G. Neuhaus, G. Weerth u. a. waren.[1])

Schließlich wuchs auch in jener Zeit die den Tendenzen des vierten Standes entsprechende Übersetzungslitteratur. Proudhons „Widersprüche der Nationalökonomie" (2 Bde.) wurde zweimal übertragen: von Wilhelm Jordan (1846) und von Karl Grün (1847). Louis Blancs „Geschichte der zehn Jahre" — früher schon mehrfach übersetzt — wurde in einem Auszuge (von 2 Bänden) deutsch herausgegeben (1846—47); desselben Autors „Geschichte der französischen Revolution" (2 Bde.) wurde zugleich in drei Ausgaben in Deutschland eingeführt. Sonst seien noch von Übersetzungen erwähnt: Dezamys „Sieg des Sozialismus über den Jesuitismus" (mit einem Nachwort von E. Weller, 1846); „Neue Stimmen aus Frankreich über Politik und soziales Leben" (enthaltend Auszüge aus Lamennais, Louis Blanc, Constant, Dezamy u. a., übersetzt von E. Weller, 1847); endlich Cabets Schriften „Wie ich Kommunist bin" und „Mein kommunistisches Glaubensbekenntnis" und desselben „Reise nach Ikarien" (1847). Beide Werke wurden unter dem Pseudonym „Dr. Wendel-Hippler" vom Rentier

---

Das arme Volk auf faulem Stroh
Zusammenknickt des Jammers Last.
Wo wir aus feiner saft'ger Kost
Den Leib ergänzen zart und stark
Verkrüppelt jen's im Winterfrost
Und Hunger frißt an seinem Mark."

Und so geht es in immer aufreizenderem Tone fort.

[1]) Über die deutsche kommunistische Poesie äußert sich der Demokrat Karl Heinzen in seiner — bald zu erwähnenden — Abhandlung „Gegen die Kommunisten" (1846): „Um ihren Bau ... möglichst nach allen Seiten zu stützen und gleichzeitig auszuzieren, sowie ihr geistiges Gefolge ganz komplett zu machen, kultivieren sie sogar eine aparte kommunistische Poesie, eine wahre Hunger- und Jammerpoesie, die in ihrer geschäftsmäßigen Produktion und Absichtlichkeit schon eine bedeutende Höhe auf dem Parnaß der Abgeschmacktheit erstiegen und völlig aufgehört hat, eine menschliche „soziale„ ja Poesie überhaupt zu sein."

Allhusen übersetzt. Sie erschienen im Verlage der Pariser Cabetistischen Druckerei und waren — neben einem Vorwort Wendel-Hipplers — noch mit einer Ansprache Cabets an die Deutschen versehen, in welcher der kommunistische Doktrinär die Deutschen „vermöge ihres geselligen, gastlichen, edlen Charakters" für „in einem ebenso hohen Grade als die Franzosen geeignet" erklärte, „in Brudertum und Gütergemeinschaft zu leben." Auch betonte Cabet die friedlich-gesetzliche Verbreitung seiner Lehren und wandte sich gegen diejenige Richtung des deutschen und schweizerischen Kommunismus, welche ihre Ziele auf gewaltsamem Wege erreichen wollte. Cabet meinte, hierdurch würde nicht allein der deutsche Kommunismus, sondern auch der französische, ja der Kommunismus überhaupt benachteiligt. —

Wie wir gesehen haben, schwoll in Deutschland in den Jahren 1845 bis 1847 die sozialistische Litteratur, die kurz zuvor erst begonnen hatte, außerordentlich an. Hand in Hand damit nahm auch das Vereinswesen der Arbeiter großen Aufschwung. Wir hatten 1844 in der preußischen Hauptstadt den ersten spezifischen Arbeiter-Verein konstatieren können. Derselbe fand sehr viel Anklang und zählte in der hier betrachteten Zeit weit über 1000 Mitglieder. Daß sich unter diesen eine Anzahl ausgesprochener Kommunisten befand, welche unter den Vereinsgenossen möglichst viele Anhänger für ihre Prinzipien zu erwerben suchten, steht fest. Indes ist es in keiner Weise erwiesen oder auch nur anzunehmen, daß die Majorität des Vereins kommunistisch gesinnt gewesen sei. Den Statuten nach hauptsächlich Bildungsverein, hat er in seinen Sitzungen den hierdurch vorgeschriebenen Zwecken gedient und sich offiziell in keiner Weise an irgend eine Partei angelehnt, — wie das allerdings im Bereiche der preußischen Polizei gar nicht anders möglich war. Immerhin trat er allem Pietismus entschieden entgegen und war daher den Berliner Pastoren ein Dorn im Auge. Diese riefen ihrerseits zwei fromme Gesellenvereine ins Leben, die leider nur einen Mangel hatten: nämlich den, keine Mitglieder zu haben.

Anfang 1845 wurde in Hamburg ein ähnlicher Verein wie in Berlin die „Bildungsgesellschaft, Bildungsverein zur Hebung der arbeitenden Klasse" gestiftet. Er hatte nach ein paar Monaten ca. 200 Mitglieder. Auch er machte entschieden gegen den Pietismus Front und trat dem dieser Richtung huldigenden „Jünglingsverein" entgegen. Dies erregte natürlich böses Blut in manchen Kreisen der Bürgerschaft; man warf sogar im Senate von Hamburg offen der Bildungsgesellschaft kommu-

nistische Tendenzen vor.[1]) Indes gelang es dem jungen Vereine, die gegen ihn gerichteten Vorwürfe zu entkräften; und so konnte er, unbehelligt von der Polizei, existieren und wirken, ja schließlich noch einer Staatssubvention teilhaftig werden.

Ferner entstanden anfangs 1846: in Magdeburg ein Arbeiter-Bildungsverein, ebenso in Oldenburg und Hitzacker; ferner ein sogenannter „Gewerbeverein" in Kiel. Der letztere, welcher nach dreimonatlichem Bestehen gegen 200 Mitglieder zählte, hatte, laut § 1 seiner Statuten, die Förderung der gesamten geistigen und sittlichen Ausbildung seiner Mitglieder zum Zweck. Mit dem Vereine war eine Bibliothek verbunden. Die Zusammenkünfte fanden täglich statt und dienten zu geselligem Verkehre, wenn nicht belehrende Vorträge angesetzt waren. Der Beitrag war auf monatlich 6 Schill. Cour. (45 Pf.) angesetzt.

Bald waren in einer Reihe größerer Städte Arbeitervereine gegründet: so der „Feierabend-Verein" für Altona, Ottensen und Neumühlen, der Arbeiterverein „Vorwärts" in Bremen, der Bildungsverein der Gesellen in Danzig, der Zimmergesellenverein ebenda, der Gesellenverein in Leipzig, der Handwerkerverein zu Mannheim u. s. w.

In vielen anderen Städten rief man wenigstens Arbeiter-Gesangvereine ins Leben, wie z. B. in Breslau und in Brieg.

Diese Vereine erreichten meist schon nach kürzester Zeit eine nach Hunderten zählende Mitgliederschar. Bloß der Mannheimer Klub ist davon auszunehmen. Er wurde von der badischen Regierung 1847 aufgelöst, wie die oppositionellen Journale jener Zeit meinen, ohne Grund. „Wir können — schrieb anläßlich dieses Falles die entschieden freisinnige, „Mannheimer Abendzeitung" — diese Maßnahmen der großherzoglichen Behörden nur beklagen: sie erscheinen uns weder gesetzlich begründet, noch auch, angesichts unserer Handwerkerzustände, dem öffentlichen Interesse irgendwie förderlich. Das letztere verlangt offenbar eine sittliche, intellektuelle und soziale Ausbildung des Gesellenstandes, aus dem der Kern und die Kraft unseres Bürgerstandes überhaupt hervorgehen soll: was aber die Frage der Gesetzlichkeit angeht, so haben wir freies Vereinsrecht im Lande, und dem Bildungsverein dieser Handwerker und seinen Mitgliedern ist ja keinerlei strafbares Vergehen oder Verbrechen zugeschrieben, geschweige nachgewiesen."

[1]) Wie sehr man auch anderwärts fürchtete, daß die Arbeitervereine dem Kommunismus Vorschub leisten könnten, zeigt z. B. die 1847 in Sachsen und Württemberg erfolgte Androhung von strengen Strafen für den Fall, daß solches erwiesen werden sollte.

Es wurden übrigens bei der Schließung des Mannheimer Arbeitervereins gleichzeitig neun nicht-badische Mitglieder desselben aus dem Großherzogtum ausgewiesen.

Eine Charakteristik des Wesens und Wirkens in den Vereinen wird am besten durch genaueres Eingehen auf einen derselben geleistet. Wir wählen zu diesem Behufe den Hamburger Bildungsverein aus.

Dieser Verein, gestiftet am 14. Februar 1845, hatte am Schlusse dieses Jahres 230 Mitglieder. Im Laufe des Jahres 1846 traten 598 ein, während 436 wegreisten und ausschieden. Vom Neujahre 1847 bis zum 14. Februar desselben Jahres, also bis zum zweiten Stiftungsfeste, kamen 101 Mitglied hinzu, während 41 weggingen. Der Verein zählte mithin nach genau zweijährigem Bestehen: 452 Mann.[1])

Der Verein ließ seinen Mitgliedern Unterricht erteilen im: architektonischen Zeichnen (in 9 Stunden); im Freihandzeichnen (in 5 Stunden); im perspektivischen Zeichnen (in 2 Stunden); im geometrischen Zeichnen (in 2 Stunden); im Rechnen (in 2 Stunden); im Schreiben (in 1 Stunde); in der deutschen Sprache (in 2 Stunden); in der französischen Sprache (in 2 Stunden); im Gesang (in 3 Stunden). Die Lehrer hierfür wurden ohne Ausnahme vom Vereine honoriert. Die hierdurch demselben erwachsenen Ausgaben betrugen z. B. im Jahre 1846: 1500 Mark Courant.

Zu diesen Unterrichtsgegenständen kamen dann noch populärwissenschaftliche, aber systematische Vorlesungskurse über Chemie, Physik,

---

[1]) Die Vertretung der verschiedenen Berufsarten im Vereine ersieht man aus folgender Statistik, derzufolge derselbe Ende 1846 unter seinen Mitgliedern zählte:

Apotheker	2	Hutmacher	1	Schreiber	3
Buchbinder	1	Instrumentenmacher	3	Schriftgießer	2
Barbiere	1	Klempner	1	Schmiede	1
Buchdrucker	5	Kupferschmiede	1	Schuhmacher	4
Buchhändler	2	Lackierer	1	Steindrucker	2
Bildhauer	1	Liniierer	1	Steinhauer	2
Büchsenmacher	1	Litteraten	1	Stellmacher	4
Drechsler	22	Lehrer	4	Stuhlmacher	1
Ewerführer	2	Maler	3	Stuckateure	1
Fabrikarbeiter	4	Maurer	14	Tapeziere	3
Feldwebel	1	Mechaniker	2	Töpfer	4
Friseure	1	Optiker	1	Tischler	197
Gastwirte	1	Papparbeiter	1	Uhrmacher	1
Goldarbeiter	6	Sattler	3	Weinküper	2
Handlungsdiener	3	Schiffbauer	3	Zigarrenmacher	4
Handschuhmacher	1	Schlosser	17	Zimmerleute	9
Hausknechte	5	Schneider	32	Zuckerbäcker	4

Zoologie, Geographie, Geschichte und verwandte Gegenstände. So wurden im Jahre 1846 Kurse gelesen über: Allgemeine Chemie (mit erklärenden Experimenten); physikalische Geographie; Physik, speziell Elektrizität und Magnetismus (mit Experimenten); mathematisch-physische Geographie als Vorbereitung zur historisch-politischen; deutsche Geschichte von der Urzeit bis zum Mittelalter; neueste polnische Geschichte; Geschichte und Zustände von Schleswig-Holstein; Geschichte Neu-Griechenlands; endlich noch über Bau und Verrichtungen des menschlichen Körpers und über den Menschen im Zusammenhange mit dem Naturleben.

Dazu wurden allwöchentlich einmal Redeübungen veranstaltet, welche den Mitgliedern Gelegenheit geben sollten, sich mündlich richtig ausdrücken und die Scheu vor öffentlichen Reden überwinden zu lernen. Zu diesem Zwecke diente die Erörterung von Fragen, die jedes Mitglied nach Belieben aufwerfen konnte. Wir heben aus den im Vereine diskutierten Fragen heraus: was ist vom Wandern zu halten? ist und wie ist dem Pauperismus abzuhelfen? ist Politik verboten? worin besteht die bürgerliche Freiheit? ist das stehende Heer notwendig? wem nützt die Presse am meisten? worin besteht der Unterschied zwischen Gesetz und Pflicht? was ist das ewige Leben? u. a. m. Man sieht: der Verein interessierte sich für Fragen aller Art, für philosophische, politische, volkswirtschaftliche u. s. w. Bei den Redeübungen ist es angeblich sehr eifrig zugegangen. „Wer je — sagt ein Jahresbericht des fraglichen Vereins — Zeuge einer solchen Versammlung gewesen und die dabei vorherrschende Geistesthätigkeit der Mitglieder beobachtet hat, der wird die Bedeutung, die wir den Redeübungen für das intellektuelle Leben der Arbeiter beimaßen, nicht verkennen können."

Auch für Unterhaltungen mit mehr geselligem Charakter wurde gesorgt, indem allmonatlich eine Gesangsaufführung mit nachfolgenden Deklamationen — meist von Gedichten unserer Klassiker — stattfand.

Der Verein besaß eine Bibliothek und ein eigenes Lesekabinet. Im letzteren lagen siebzehn Journale auf. Unter ihnen sieben technische, eine litterarische und neun politische. Die letzteren gestatten einen Einblick in die Ansichten, welche im Vereine die Oberhand besaßen. Da war: die Triersche Zeitung und der Tagwächter — zwei ausgesprochen sozialistische Zeitschriften; ferner der Telegraph, der dem Sozialismus mindestens nahe stand und vom Londoner kommunistischen Arbeiter-Vereine zu seinen Publikationen benutzt wurde; dann die Mannheimer Abendzeitung, das politisch radikalste Blatt in ganz Deutschland; endlich die Hamburger „Neue

Zeitung", das freisinnigste Organ Hamburgs; die Parteirichtung der andern vier Journale ist mir nicht bekannt geworden.

Im betrachteten Jahre (1846) konnte der Verein alle die genannten Einrichtungen aus den Mitglieder-Beiträgen allein nicht bestreiten. Aber es war ihm ein Reserve-Fonds von 6000 Mark Courant zur Verfügung gestellt worden, von denen die Staatskasse 1500 Mark und dreizehn Gewerks-Ämter sowie eine Anzahl Privater den Rest aufgebracht hatten. „Wir halten es — sagt der erwähnte Jahresbericht — für ein bedeutendes Zeichen der Zeit, wenn, wie hier geschehen, der Staat es ist, der sich auf Anfordern sogleich bereit zeigt, Gelder für Zwecke zu bewilligen, die den Arbeiter von den Schlacken seiner geistigen Unfreiheit zu befreien und ihn in einen denkenden Menschen zu verwandeln bestimmt sind. Diese Gabe wird um so bedeutungsschwerer, wenn wir in Erwägung ziehen, wie in manchen Staaten des zivilisierten Europas Millionen über Millionen gerade zur Erreichung des Gegenteils von dem, was wir hier wollen, wenngleich wir hoffen, ohne Erfolg, verwendet werden." —

Wo es anging, Versammlungen (auch außerhalb der Vereine) zu veranstalten, in denen die Interessen des vierten Standes wahrgenommen werden konnten, — wurde der Versuch nicht gescheut. Gleich zu Anfang der rheinländischen Bewegung, im Februar 1845, wurden in Elberfeld zwanglose Zusammenkünfte arrangiert, in denen Heß, Engels und ein kommunistischer Arbeiter, namens Köttgen, Anhänger für die neue Lehre zu werben suchten. Allerdings dauerte diese Propaganda nicht lange. Schon nachdem drei Versammlungen stattgefunden, verbot der Oberbürgermeister die Fortsetzung derselben.

In Berlin hatte der Sozialismus mehr Glück. Dort gestattete nämlich die Regierung, — wie man damals vermutete, auf Fürsprache Humboldts — dem französischen Sozialisten Jules Lechevalier, Vorlesungen über die soziale Frage zu halten. —

Man ersieht aus der ganzen Darlegung in diesem Abschnitte: der Sozialismus konnte sich in Deutschland gewisser Erfolge rühmen; er begann festen Fuß zu fassen. Oder, wie Marx und Engels, die Gegner der damals in Deutschland herrschenden sozialistischen Richtung, auf diese sagten: sie „verbreitete sich wie eine Epidemie."

Um so mehr war für die radikale Demokratie, die bis dahin die unzufriedenen Elemente der unteren Klassen unbestritten geleitet hatte, Grund vorhanden, den gefährlichen Rivalen mit scheelen Augen anzusehen. Ursprünglich hatte die Demokratie den Kommunismus als Waffenbruder *gut geheißen*, ja in Deutschland eingeführt, r[illegible] ange-

führte Beispiel der „Einundzwanzig Bogen aus der Schweiz" zeigt, an denen Heß neben Herwegh, Bruno Bauer, Nauwerck u. a. mitgearbeitet hatte. Auch jetzt noch, in den Jahren 1845 und 1846, wurden die sozialistischen Zeitschriften und Broschüren genau so wie die radikal-politische Litteratur in den demokratischen Geheimbünden Deutschlands vertrieben, wie mir ein Mitglied der letzteren mitgeteilt hat, dem ich manche der auf diese Weise erlangten Pièces verdanke.

Es kann übrigens nicht geleugnet werden, daß die Demokratie sozialistischen Prinzipien durchaus nicht gänzlich abgeneigt war. Bei den Matadoren jener Partei, bei Heine und Börne, läßt sich das leicht zeigen; hinsichtlich eines unbedeutenderen, aber doch nicht einflußlosen Vorkämpfers der Demokratie, nämlich Harro Harrings, ist das oben nachgewiesen worden. Auch Arnold Ruge hatte in den „Deutschen Jahrbüchern" das Problem einer „Absorbierung des Pöbels" aufgestellt und war notorisch an der Erörterung sozialer Fragen nur durch die Unterdrückung dieser Zeitschrift gehindert worden. Er hatte ferner die Pariser Fortsetzung der letzteren, die „Deutsch-Französischen Jahrbücher", gemeinschaftlich mit den Kommunisten, mit Marx, Engels, Heß u. a. unternommen. Aber schon damals hatte sich eine tiefe Kluft zwischen den beiden Parteien gezeigt.

Jetzt endlich kam es zum offnen Bruch. Nachdem schon Ruge in seinen „Zwei Jahren in Paris, Studien und Erinnerungen" (1846) sich gegen den Kommunismus gewendet, schoß die in Zürich von Karl Heinzen herausgegebene „Opposition" ihre schärfsten Pfeile gegen den Kommunismus ab. Karl Heinzen war schon früher gegen denselben aufgetreten. Er that es jetzt mit besonderem Nachdrucke. Sein fraglicher Aufsatz „Gegen die Kommunisten" begann mit der Erklärung: diese Leute, die sich nicht an, sondern vor die Spitze der Zeitbewegung gedrängt hätten, trachteten das Feldgeschrei eines vernünftigen Weiterstrebens derart zu überstimmen, daß ein Entgegentreten, und zwar vom Standpunkte der Opposition selbst aus, nicht mehr zu umgehen sei. Des weiteren spricht sich Heinzen dahin aus, daß eine Einigung mit den Kommunisten nicht möglich sei, da sie eine solche nur unter der Bedingung einer blinden Unterwerfung unter ihre Doktrin zuließen und die Demokratie zur bewußtlosen Handlangerei degradieren wollten, — eine Ansicht übrigens, in der Heinzen nach unserm Dafürhalten absolut nichts übertrieben hat.

Er wirft den Kommunisten vor: Arroganz im Absprechen, Dünkel in der Kritik und einen Fanatismus in der Ausschließlichkeit, wie er schwerlich jemals dagewesen sei. Dann aber — und dies war ein Haupt-

argument Heinzens gegen die deutschen Kommunisten — war es den letzteren angeblich fast einerlei, ob sie in einer Republik oder unter einem Säbelregiment lebten: während sie ihre ganze Kourage gegen den unbewaffneten Geldsack losließen, behandelten sie den bewaffneten Despotismus im ganzen sehr großmütig.

Übrigens suchte Heinzen im angeführten Aufsatze auch eine Kritik der Endziele des Kommunismus zu liefern, welche hier natürlich nicht näher betrachtet werden kann. Sie ist, nebenbei bemerkt, herzlich schwach.

Welche Bedeutung die neue Doktrin immerhin bereits für Deutschland besaß, und wie sehr sie dem Radikalismus Abbruch zu thun schien, kann am besten daraus ersehen werden, daß jener Band der „Opposition", der Heinzens Philippika gegen den Kommunismus enthielt, noch eine größere und eine kleinere Abhandlung über dasselbe Thema brachte, und zwar beide aus der Feder des berühmtesten Streiters der Demokratie jener Zeit, aus der Feder Arnold Ruges. Diese Aufsätze, — „der teutsche Kommunismus" und „Rabbi Moses" — wandten sich speziell gegen die rheinische Kommunisten-Bewegung, welche ja den Mittelpunkt für die gesamte deutsche Agitation abgab. Und in der rheinischen Bewegung nahmen sie wiederum hauptsächlich deren geistiges Oberhaupt, Moses Heß, aufs Korn.

Gegenüber der Theorie des letzteren hebt Ruge hervor: das wahre menschliche Wesen sei nicht das Gemeinwesen, sondern das wahre Individuum; diese endliche Existenz sei die einzige Realität der ewigen Gattung, welche das Gemeinwesen (d. h. die vereinigten Menschen) hervorbringen könne; und das Gemeinwesen sei nur darum soviel wert, weil seine richtige Einrichtung und Bewegung allein den wahren empirischen Menschen hervorbringen könne. Das Kriterium des wahren Gemeinwesens sei mithin der freie, edle Mensch, den es erzeuge.[1])

Wie wenig übrigens die Demokratie sich dem frischen Zuge des Sozialismus entziehen konnte, zeigt am besten das demokratische Programm, welches Heinzen selber in der „Opposition" zum Besten gab. Wir müssen hier auf dasselbe eingehen, da ja die Demokratie einen großen Anhang unter

[1]) Übrigens sei noch aus Ruges Abhandlung über den „teutschen Kommunismus" hervorgehoben, daß sie ausdrücklich die damalige nicht geringe Verbreitung des Kommunismus auch in der Litteratur anerkennt. „Vor Weitling — sagt Ruge — kannten die teutschen Schriftsteller den Kommunismus nur von ferne. . . . Erst in der neuesten Zeit sind in der Litteratur entschiedene Anhänger, nun aber auch plötzlich eine große Anzahl zugleich, aufgetreten, die ihn sympatisch darzustellen und mit *der teutschen Philosophie* zu verbinden suchen."

den Arbeitern besaß, und da es auch vom sozialpolitischen Standpunkte aus interessant sein muß, zu beobachten, inwieweit jene Richtung Konzessionen an den vierten Stand machte.

Zunächst wird von Heinzen gefordert: daß der Staat der alleinige Grundbesitzer sein soll, wozu er sich durch Abschaffung des Erbrechts und durch Entschädigung allmählich machen könne. Der Boden, sofern er nicht zu Bauten, allgemeinen Anlagen, Staatswaldungen u. s. w. benutzt würde, soll dann teils gegen Pacht oder einen Teil des Naturalertrages den ackerbautreibenden Bürgern überlassen werden, teils von Staatswegen bebaut werden, um die Preise der Bodenerzeugnisse im volksfreundlichen Sinne zu regeln. Wie im Ackerbau soll der Staat auch in der Industrie Produzent und im Sinne der Gesamtheit Konkurrent sein. Er soll auf diese Weise einesteils die zu hohe Steigerung der Preise verhüten, anderenteils in den Zeiten der Krise den Industriellen Hilfe, den Arbeitern Beschäftigung gewähren können.

Die Steuergesetzgebung soll sich ebenfalls im Interesse der ärmeren Klassen gestalten. Die letzteren werden ganz von Abgaben eximiert, während die Vermögenderen durch Progressivsteuern zu treffen sind. Auch giebt Heinzen zu erwägen, ob nicht ein Vermögensmaximum festgesetzt werden könnte, indem alles, was jemand über das Maximum hinaus erwürbe, dem Staate zugute kommen sollte, wofür aber dem Erwerber bei der Verwendung eine Stimme zustände.

Das Erbrecht soll vollständig aufgehoben werden. Ansprüche, die nach den bisherigen Begriffen von den Hinterlassenen erhoben werden könnten, wären einfach dadurch beseitigt, daß der Staat: dem thätigen Mitgliede der Gesellschaft Arbeit und ein Lohnminimum sichert, für Erhaltung aller Arbeitsunfähigen sorgt, und allen Unerwachsenen unentgeltlichen Unterricht und Erziehung verschafft.

Man ersieht hieraus klar, daß der politische Radikalismus bereits anfing, sich mit sozialistischen Elementen zu versetzen.

Äußerlich zeigte sich das auch darin, daß die „Opposition" selber zugleich mit jenen Aufsätzen gegen die extreme sozialistische Richtung eine Abhandlung des Heidelberger Privatdozenten H. B. Oppenheim über „P. J. Proudhons Philosophie der Gesellschaft" brachte, deren Tendenz sich von dem so hart befehdeten Kommunismus nur dadurch unterschied, daß sie die Möglichkeit einer Verständigung zwischen Kommunismus und Demokratie nicht ausschloß.

Hatte die Selbständigkeit der Arbeiterbewegung die Demokratie erschreckt und zur feindlichen Stellungnahme gegen den Kommunismus

veranlaßt, so war dies ein Grund mehr für die Regierung, die Möglichkeit eines Bündnisses mit dem Proletariate zu erhoffen. Das bedeutendste Organ der preußischen gouvernementalen Presse, der vom damaligen Assessor Hermann Wagener — dem späteren Geheimrat und „Gründer" — beeinflußte Kölner „Rheinische Beobachter", gab auch wirklich der Idee einer Allianz zwischen Proletariat und Regierung gegen die Bourgeoisie Ausdruck. Aber alsbald, im September 1847, gaben in der „Brüsseler Zeitung" Marx und Engels eine Erklärung ab, in der sie den „Königlich preußischen Regierungs-Sozialismus" als „Blendwerk" höhnisch zurückwiesen. Die in Deutschland selber erscheinenden sozialistischen Journale, welche eine ähnliche Stellungnahme vermutlich mit dem Leben bezahlt hätten, andererseits in keiner Weise der Regierung in die Hände arbeiten wollten, thaten mit keinem Worte des Vorschlags des Rheinischen Beobachters Erwähnung. Jedenfalls hatte er keine weiteren Folgen. —

Wir haben hiermit die sozialistische Arbeiteragitation extremer Richtung in Deutschland nach ihren verschiedenen Seiten hin geschildert. Es erhebt sich nunmehr die Frage: in welchem Zusammenhange stand sie mit dem Kommunistenbunde? Wir können hierauf keine, jeden Zweifel ausschließende Antwort geben. Wir konnten trotz eifriger Forschungen nicht den ganzen Lauf verfolgen, welcher den Sozialismus aus seinen geheimnisvollen Schlupfwinkeln in die Öffentlichkeit führte. Als sicher kann nur hingestellt werden, daß die meisten Arbeitervereine unter der Führung von Mitgliedern des Kommunistenbundes standen. Daneben kann als wahrscheinlich bezeichnet werden: daß Heß, der Leiter der rheinischen Propaganda, welche allerdings die hauptsächlichste war, jenem Bunde angehörte. Ich halte dies aus folgenden Gründen für wahrscheinlich. Erstens wurde nach der Erklärung Marx', des späteren Chefs des Kommunistenbundes, in letzterem gerade in der von uns betrachteten Periode die deutsche philosophische Entwickelung mit der eifrigsten Parteinahme verfolgt. Der Hauptvertreter des philosophischen Sozialismus war aber Heß, sodaß sich leicht eine Verbindung zwischen ihm und dem Kommunistenbunde annehmen läßt. Dann stand Heß schon seit 1842 im Verkehr mit den Pariser Mitgliedern des Kommunistenbundes, wie aus dem Bluntschli'schen Kommissionalberichte und auch aus seinen eigenen Geständnissen erhellt. Ferner sagt der Sozialdemokrat Karl Hirsch, der ihn persönlich gekannt hat, in einem ihm gewidmeten Nachrufe: er sei von Brüssel „im Auftrage der dort wirkenden Parteigenossen" nach Verviers und von da nach Elberfeld übergesiedelt. Also muß doch Heß damals einer deutschen

kommunistischen Parteiorganisation angehört haben. Die einzige aber, die damals bestand, war der Kommunistenbund.

Endlich aber war Heß nach 1849 sicher Mitglied des Kommunistenbundes, wie Marx in seinen „Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln" bezeugt.

Wir halten nach all dem Gesagten Heß' Teilnahme am Kommunistenbunde zur Zeit seiner deutschen Agitation für wahrscheinlich.

Heß' Gesellschaftsspiegel war aber nicht nur das anerkannte Zentralorgan der rheinischen Sozialisten, wie z. B. die wohlunterrichtete Augsburger „Allgemeine Zeitung" vom Jahre 1845 berichtet, — Heß selber war auch Mitredakteur der Rheinischen Jahrbücher und ein Freund Püttmanns, des Herausgebers dreier Journale. Er stand überdies mit fast allen, irgend namhaften deutschen Sozialisten in Verbindung. Wir haben also Grund anzunehmen, daß, wenn auch bei weitem nicht die letzteren alle dem Kommunistenbunde angehörten, sie doch unter einer dem Bunde angehörenden Führung gesammelt wurden. Daß daneben in der so mannigfaltigen, sozialistischen, litterarischen Produktion, die oben charakterisiert worden, sich eine Anzahl vollkommen selbständiger und vom Bunde unabhängiger Regungen zeigten, braucht kaum bemerkt zu werden, giebt aber auch, wie leicht einzusehen, kein Argument gegen die Annahme der Verbindung der deutsch-sozialistischen Bewegung im großen und ganzen mit dem Kommunistenbunde ab.

Haben wir bisher konstatiert, was vermutlich in einem Zusammenhange mit dem Sozialismus stand, so müssen wir jetzt konstatieren, was vermutlich in keinem Zusammenhange mit ihm stand. Da ist vor allem der Strikes und der zahlreichen Arbeiterunruhen zu gedenken. Dieselben stehen in gar keiner irgend erkennbaren Beziehung zu den Sozialisten. Nirgends ward hierüber auch nur das Jota einer Thatsache konstatiert, nirgends ward — was noch mehr beweist — auch nur der Verdacht der Polizei rege!

Da stellten z. B. 1846 die Eisenbahnbauarbeiter bei Brandenburg wegen angeblich unbilliger Lohnabzüge die Arbeit ein und erpreßten schließlich auch das geforderte Geld mit Gewalt. Allerdings sollten sich die Arbeiter nicht lange desselben erfreuen. Denn schon am nächsten Tage wurden sie mit Hilfe einer Abteilung Küraſſiere zur Haft gebracht. In Elbing wurde ebenfalls seitens der Eisenbahnarbeiter zu gunsten höherer Löhne agitiert. Das hatte aber nur eine Aussperrung der bisherigen Arbeiter durch die Eisenbahn-Bau-Verwaltung zur Folge. In Annaberg i. S. unternahmen die Posamentiergesellen, welche sich durch

die Einführung von Maschinen geschädigt glaubten, einen Versuch zur Zerstörung derselben, der freilich nicht gelang und nur die Verhaftung der Rädelsführer zur Folge hatte. In Mainz war es eine Brotteuerung, welche eine Erhebung der Besitzlosen veranlaßte. Man stürmte eine Menge Bäckerläden und verteilte das gefundene Brot. Der Tumult konnte erst unterdrückt werden, nachdem die Polizei und Gendarmerie durch Militär verstärkt worden.

Solche Erscheinungen, wie die genannten vom Jahre 1846, waren früher — wenigstens vor 1844 — in Deutschland etwas Unerhörtes gewesen. Sie mehrten sich, meist infolge einer Kartoffelteuerung, in geradezu erschreckender Weise im folgenden Jahre: ein drohender Hinweis auf die Katastrophe, welche bald genug Deutschland erschüttern sollte.

Da waren in Breslau 400—500 arbeitslose Proletarier, welche mit dem Rufe: Brot oder Arbeit! vor der Magistratur Posten faßten und stürmisch Beschäftigung verlangten, die ihnen jedoch nicht gewährt werden konnte. Ähnliches ereignete sich in Köln und in Berlin. Kurz darauf geschieht in Breslau eine zweite Arbeiter-Emeute; müssen in Osterode 300 Arbeitslose, die das Landratsamt stürmen, durch Militär auseinander getrieben werden. Aus Anlaß der Kartoffelteuerung finden Krawalle, die meist nur durch Militär unterdrückt werden können, statt: in Münster, Reichenbach, Ohlau, Neisse; in Landsberg a. W., Posen, Gnesen, Rogasen, in Eisleben, Merseburg, Halle, ferner in Stettin, Anklam, Swinemünde und Köslin. „Gegen alle Erwartung — schreibt mit bezug auf die Aufläufe in den letzteren Städten der „Volksspiegel" — wird es auf einmal in dem geistig toten Pommern lebendig."

Daß dies alles in Preußen, dem klassischen Lande der Ruhe und Ordnung, passieren konnte, ist ein hochbedeutsames Zeichen. Es beweist, wie hoch die Unzufriedenheit — infolge unmittelbarer Not — schon hier und dort entwickelt war. Und — wohlgemerkt — die organisierten Arbeiter thaten nirgends mit, mochten nun gerade sie von der Not nicht betroffen sein oder mochten sie wissen, daß mit solchen planlosen Tumulten am allerwenigsten etwas Vernünftiges erreicht werden könnte.

Natürlich wurde auch außerhalb Preußens (ebenfalls meist aus Anlaß der Teuerung der notwendigsten Lebensmittel) revoltiert; so z. B. in Sachsen, wo wenigstens — ich weiß nicht, ob das post hoc mit dem propter hoc identisch ist — ein Steuererlaß für alle folgte, welche mit einem Gewerbe- oder Personal-Steuerbetrag bis zu einem Thaler (incl.) im Ansatze standen. In Württemberg fanden Unruhen statt: in Tübingen,

Ulm, Blaubeuren, Geißlingen und Riedlingen; in Bayern in den Städten Nürnberg und Regensburg; in Kurhessen im Amte Eiterfeld; in Braunschweig in Schöningen, in Böhmen in Prag, Eger, Pilsen und Kommotau.

---

8. Der Kommunistenbund von 1845—1848 und die neue kommunistische Theorie von Marx und Engels.

Wir haben bereits im vorigen Abschnitte darauf hingewiesen, daß aller Wahrscheinlichkeit nach ein Zusammenhang zwischen der öffentlichen, kommunistischen Agitation in Deutschland und dem Kommunistenbunde existiert hat.

Wie dem nun auch sein mag, — jedenfalls fand damals von seiten des Kommunistenbundes eine lebhafte, geheime Agitation nach Deutschland hin durch Entsendung von Emissären statt, welche Mitglieder anzuwerben und Zweigklubs („Gemeinden") zu stiften suchten. Einige Erfolge sind auch nicht ausgeblieben, indem die geheime Verbindung bald innerhalb der Grenzen des deutschen Bundes ungefähr dreißig Gemeinden und dazu noch einzelne Mitglieder an vielen Orten zählte.

Anfangs 1847 wurde die Polizei auf die Spur des Bundes geführt, ohne daß aber zu dieser Zeit eine irgend nähere Kunde von ihm und seinen Zielen erlangt wurde.

Damals wurde nämlich das Polizei-Präsidium zu Berlin in Kenntnis gesetzt, daß sich von dem dortigen Handwerkervereine eine geheime Gesellschaft abgezweigt habe, welche extreme Tendenzen verfolge. Es wurden mehrere Teilnehmer der Gesellschaft ausfindig gemacht, welche auch sofort in Untersuchungshaft genommen wurden. Es waren dies zwei Schneider, ein Tischler und ein Schuhmacher. Man vermochte zweien davon nachzuweisen, daß sie verbotene Schriften verbreitet und einem geheimen Vereine angehört hatten. Hinsichtlich der Ziele des letzteren konnte nur festgestellt werden, daß er eine kommunistische Wirtschafts-Ordnung erstrebt habe, — ohne daß aber die Anklage der Behauptung der Inkulpaten hätte widersprechen können, daß der Kommunismus auf durchaus friedlichem Wege herbeigeführt werden sollte, und daß ein gewaltsamer Umsturz der bestehenden, politischen Verfassungen niemandem in den Sinn gekommen wäre.

Nachdem die Angeklagten fast ein halbes Jahr in Untersuchungshaft zugebracht, wurden zwei von ihnen durch Urteil des Berliner Kammergerichts vom 14. Juni 1847 wegen strafbarer Gesellen-Verbindung und

wissentlicher Verbreitung verbotener Schriften verurteilt, die Strafe jedoch durch den erlittenen Untersuchungs-Arrest als verbüßt erachtet. Die beiden andern Angeklagten wurden freigesprochen.

Faktisch war hier eine Gemeinde des Kommunistenbundes vorhanden. Und einer der Freigesprochenen, Hätzel, hat sich auch später noch aufs lebhafteste an der vom Kommunisten-Bunde ausgehenden Agitation beteiligt.[1])

Seit Ende 1846 begann sich im Kommunistenbunde selbst ein tiefgreifender Umschwung zu vollziehen. Bis dahin waren im allgemeinen die Theorieen Weitlings und dann die des deutschen philosophischen Sozialismus die maßgebenden gewesen. Jetzt wurde darin durch Marx und Engels Wandel geschaffen. Beide lebten seit 1845 in Brüssel, wo sie mit mehreren ihrer Freunde den deutschen Arbeiter-Bildungs-Verein gegründet hatten. In Brüssel veröffentlichten nun im Laufe des Jahres 1846 Marx und Engels eine Reihe teils gedruckter, teils lithographierter Pamphlete, in welchen der philosophisch-sozialistische Ideenkreis des Bundes einer unbarmherzigen Kritik unterworfen, die „wissenschaftliche Einsicht" in die ökonomische Struktur der bürgerlichen Gesellschaft als einzig haltbare theoretische Grundlage aufgestellt und in populärer Form auseinandergesetzt ward, daß es sich nicht um Durchführung irgend eines utopistischen Systems handle, sondern um „selbstbewußte Teilnahme" an dem Umwälzungs-Prozesse der Gesellschaft. Infolge dieser Wirksamkeit trat die Londoner Zentralbehörde mit Marx und Engels in Korrespondenz und sandte Ende 1846 ihr Mitglied, den Uhrmacher Josef Moll, nach Brüssel, um die Verfechter der neuen Theorieen zum Eintritt in den Bund aufzufordern. Auf die ihm entgegengehaltenen Bedenken erwiderte Moll, daß die Zentralbehörde einen Bundeskongreß nach London zu berufen beabsichtige, wo die neuen Ansichten in einem öffentlichen Manifeste als Bundesdoktrin aufgestellt werden sollten, daß jedoch den veralteten und widerstrebenden Elementen gegenüber Marx'

[1]) Auch sonst bestanden damals (1846) in Berlin kommunistische Klubs. Ein Mitglied eines solchen erzählte mir, der Klub habe die Ansichten Weitlings geteilt, dessen Broschüren in der Klub-Bibliothek vorhanden gewesen und von allen aufs eifrigste gelesen worden seien. Sonst waren in der letzteren auch demokratische und atheistische Schriften vertreten. Von Zeit zu Zeit kamen die Mitglieder zusammen, um über politische oder soziale Themata — stets vom kommunistisch-demokratischen Standpunkte aus — zu debattieren. Eine feste Organisation war nicht vorhanden. Vom Kommunistenbunde wußte mein Berichterstatter nichts. Es war ja die Taktik des Bundes, immer nur einige Auserwählte zu Mitwissern zu machen, welche dann die Leitung der in den Lese-, Gesang- 2c. Vereinen Versammelten zu übernehmen hatten!

und Engels' persönliche Mitwirkung unerläßlich, diese letztere aber an den Eintritt in den Bund geknüpft sei. Daraufhin wurden jene beiden Männer Mitglieder. Der Kongreß fand statt, und nach heftigen, mehrwöchentlichen Debatten wurde das von Marx und Engels gemeinschaftlich abgefaßte „Manifest der kommunistischen Partei" angenommen.

Damit waren die Tendenzen des Kommunistenbundes umgewälzt; neue Führer waren an seine Spitze getreten. Will man daher die fernere Geschichte der deutschen kommunistischen Partei verstehen, so ist ein genaueres Eingehen sowohl auf die Persönlichkeit als auch ganz besonders auf die Lehren von Marx und Engels notwendig, — allerdings wird dieser hinter jenem etwas zurücktreten, da Marx von Engels selbst als der tonangebende Leiter bezeichnet wird und auch sonst als der eminentere Denker betrachtet werden muß.

Karl Marx wurde am 5. Mai 1818 zu Trier geboren. Der Stammbaum des Vaters weist in grader Linie bis hinauf in das 16. Jahrhundert nur Rabbiner — ohne Ausnahme — auf. Mehrere von diesen sind sogar jüdisch-theologische Gelehrte von Ruf gewesen.[1]) Erst der Großvater von Karl Marx hatte den Namen Marx angenommen; früher hatte er Mordechai geheißen. Dessen Sohn — der Vater von Karl — hatte Jura studiert und war Advokat in seiner Vaterstadt Trier geworden. Als dann Trier an Preußen kam, wurde er — wie mir berichtet ward — von der preußischen Regierung vor die Wahl gestellt, sich taufen zu lassen oder sein Amt aufzugeben. Er that das erstere und trat samt seiner Frau zum Christentum über. Karl widmete sich, nach Absolvierung des Gymnasiums, auf den Universitäten Bonn und Berlin zuerst der Rechtswissenschaft, ging jedoch bald zur Geschichte und Philosophie über. Nachdem er zum Doktor der Philosophie promoviert war, bereitete er sich zur Habilitation als Privatdozent vor. Er war im Jahr 1842 eben im Begriffe sein Vorhaben auszuführen, als ihn die seit dem Regierungsantritte Friedrich Wilhelm des Vierten entstandene politische Bewegung in die journalistische Karriere warf. Die Führer der rheinischen, liberalen Bourgeoisie — Camphausen, Hansemann, Mevissen u. a. — gründeten nämlich damals in Köln ein ihrer Richtung dienendes Tage-

[1]) Von dem Vetter von Karl Marx wurde mir eine sehr umfangreiche Sammlung teils von Rechtsentscheidungen auf Grund des Talmud, teils von theologischen Abhandlungen gezeigt, welche von den fraglichen Rabbinern verfaßt worden sind.

blatt, die „Rheinische Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe". Marx war von Anfang an Mitarbeiter des Blattes. Und seine Artikel, vor allem seine Kritik der Verhandlungen des rheinischen Provinzallandtags, erregten ein solches Aufsehen, daß man den Autor trotz seiner Jugend an die Spitze der Rheinischen Zeitung berief. Als Redakteur der Rheinischen Zeitung kam er nach eigenem Geständnisse zuerst in die Verlegenheit über „sogenannte materielle Verhältnisse" mitsprechen zu müssen. Die Verhandlungen des rheinischen Landtags über Holzdiebstahl und Parzellierung des Grundeigentums, die amtliche Polemik, die der damalige Oberpräsident der Rheinprovinz von Schaper mit der Rheinischen Zeitung über die Zustände der Moselbauern eröffnete, Debatten endlich über Freihandel und Schutzzoll waren es, die Marx zuerst veranlaßten, sich mit ökonomischen Fragen zu beschäftigen.

Die Rheinische Zeitung erschien natürlich unter Zensur; aber die Zensur wurde mit ihr nicht fertig. Sie brachte sehr oft die Artikel durch, auf die es ihr ankam. Vergebens wurde für sie eine doppelte Zensur eingeführt, sodaß nach der ersten Zensur der Regierungspräsident sie nochmals und endgiltig zu zensieren hatte. Auch das half nichts. Da erklärte die Regierung anfangs 1843, mit dieser Zeitung sei nicht fertig zu werden, und verbot ihr weiteres Erscheinen nach Ablauf des ersten Quartals desselben Jahres.

Marx war schon, bevor die Rheinische Zeitung eingegangen, aus der Redaktion derselben geschieden. Er widmete sich von nun an vornehmlich volkswirtschaftlichen, daneben auch historischen Studien. Im Jahre 1843 begab er sich nach Paris, um dort gemeinsam mit Arnold Ruge die „Deutsch-Französischen Jahrbücher" herauszugeben, welche eine zensurfreie Fortsetzung der von den deutschen Regierungen unterdrückten „Deutschen Jahrbücher" sein sollten. Es erschien, wie bereits oben erwähnt, nur das erste (Doppel-) Heft der Deutsch-Französischen Jahrbücher. Näher brauchen wir auf dessen Inhalt nicht einzugehen, da derselbe schon insoweit berührt worden, als es in vorliegender Arbeit statthaft ist. Hier mag bloß die Bemerkung hinzugefügt werden, daß Marx sich in seinen in den Deutsch-Französischen Jahrbüchern veröffentlichten Aufsätzen als vollkommenen Atheisten, Demokraten, Sozialisten und Revolutionär zeigt. Er erwartete, was speziell Deutschland betrifft, alles Heil einzig und allein von einer proletarischen Revolution.

Als der Pariser „Vorwärts!" sozialdemokratisch wurde, arbeitete auch Marx für denselben. Mit seinem Namen sind nur zwei Aufsätze „Kritische Randgloſſen zu dem Artikel: „Der König von Preußen und

die Sozialreform. Von einem Preußen"" unterzeichnet. Außer ihnen hat Marx anscheinend keinen größeren Beitrag zum Vorwärts geliefert. Sie genügten indes, um gegen Marx — wie gegen alle Mitarbeiter und Redakteure des extremen Blattes — im Januar 1845 eine Ausweisungsordre zu veranlassen. Unser sozialistischer Autor ging hierauf nach Brüssel, wo er mit Friedrich Engels persönlich bekannt und bald eng befreundet wurde.

Friedrich Engels war 1818 als Sohn eines Barmer Fabrikanten geboren. Sich dem Kaufmannsstande widmend, war er seit 1838 als Volontär in einem Bremer Handlungshause beschäftigt. Vom Herbste 1841 bis Herbst 1842 diente er bei der Garde-Artillerie als Einjährig-Freiwilliger. Dann übernahm er die Filiale des väterlichen Geschäfts zu Manchester, wo er bis anfang 1845 blieb, — abgesehen von einigen nach dem Kontinente unternommenen Reisen.

Wie die „Barmer Zeitung" in ihrer Jubiläumsnummer anläßlich ihres halbhundertjährigen Bestehens (1884) mitteilt, hat Engels bereits in früher Jugend „Briefe aus dem Wupperthale" in Gutzkows „Telegraph" anonym veröffentlicht, dann später eine gegen Schelling gerichtete Broschüre „Schelling und die Offenbarung, eine Kritik des neuesten Reaktionsversuches gegen die freie Philosophie" publiziert. Derselben Quelle zufolge wurde ihm wenigstens zugeschrieben: die Autorschaft eines satyrischen „Christlichen Heldengedichtes in vier Gesängen", in welchem Bonner Professoren der Theologie wegen der Absetzung Bruno Bauers arg mitgenommen wurden.

An der seit 1844 in so großem Maße entstehenden, sozialdemokratischen Presse beteiligte sich Engels durch eine Reihe umfangreicherer Beiträge, welche übrigens zu dem Gediegensten gehören, was damals geleistet worden. Für die Deutsch-Französischen Jahrbücher schrieb er die „Umrisse zu einer Kritik der National-Ökonomie" und über die „Lage Englands". An dem Vorwärts arbeitete Engels — nach dem Zeugnisse Börnsteins, des Herausgebers des Vorwärts — mit, ohne daß ich indes, mangels Namensunterzeichnung, die hier aus der Feder des fraglichen Sozialisten herrührenden Beiträge näher bezeichnen kann. In den Rheinischen Jahrbüchern veröffentlichte er zwei in Elberfeld gehaltene Reden über den Sozialismus (s. Bd. I der Rh. Jahrb.) sowie einen Aufsatz über „das Fest der Nationen in London" (s. Bd. II der Rh. Jahrb.). Für das Deutsche Bürgerbuch (Bd. II) verfaßte er die Abhandlung „Ein Fragment Fouriers über den Handel".

1845 gab Engels sein schon erwähntes Werk über die „Lage der

arbeitenden Klassen in England" heraus, welches ihm für immer einen ehrenvollen Platz in der Wissenschaft gesichert hat.

Seit Frühling 1845 in Brüssel ansässig, ward er, wie gesagt, mit Marx intim und blieb es bis an dessen Lebensende. Er ist in edler Selbstlosigkeit für den Ruhm des Freundes thätig gewesen, den er anscheinend fast abgöttisch verehrte. Mit großem Scharfsinne begabt, auch sonst — speziell litterarisch — reich veranlagt und durch eingehende Studien mit einem gründlichen Wissen ausgestattet, ist Engels jedenfalls der hervorragendste wissenschaftliche Anhänger von Marx, an dessen Hauptsysteme — der materialistischen Geschichtstheorieen — er mitgearbeitet hat.

In Brüssel verfaßten Marx und Engels gemeinsam die gegen Bruno Bauer gerichtete Schritt „Die heilige Familie". Dann, aber in gegenseitigem Verkehre ihre Ansichten weiterbildend, gelangten die beiden Sozialisten zu neuen Doktrinen, die im folgenden dargelegt werden sollen.[1])[2])

---

[1]) Vor dem von beiden gemeinsam abgefaßten „Kommunistischen Manifeste" hatte Marx noch selbständig publiziert: den „Discours sur le libre échange" und die „Misère de la Philosophie", beide 1847. Beide Schriften sind jüngst (1885) von E. Bernstein (Redakteur des Züricher „Sozialdemokrat") und K. Kautsky in deutscher Übersetzung herausgegeben worden.

[2]) Ich will hier die Urteile, welche ich über die Persönlichkeit des jungen Marx habe erlangen können, anführen.

Der russische Publizist Anienkow, welcher mit Marx im Jahre 1847 in Brüssel viel verkehrt, auch nachher mit ihm in intimem Briefwechsel gestanden hat, sagt im „Wjestnik Jewropy" vom Jahre 1880 (s. die Übersetzung in der „Neuen Zeit, Revue des geistigen und öffentlichen Lebens" vom Mai 1883) über Marx:

„Er stellte den Typus eines Menschen dar, der aus Energie, Willenskraft und unbeugsamer Überzeugung zusammengesetzt ist, ein Typus, der auch der äußeren Erscheinung nach höchst merkwürdig war. Eine dichte, schwarze Mähne auf dem Kopfe, die Hände mit Haaren bedeckt, den Rock schief zugeknöpft, hatte er dennoch das Aussehen eines Mannes, der das Recht und die Macht hat, Achtung zu fordern, wenn sein Aussehen und sein Thun auch seltsam genug erscheinen mochte. Seine Bewegungen waren eckig, aber kühn und selbstgewiß; seine Manieren liefen geradezu allen gesellschaftlichen Umgangsformen zuwider. Aber sie waren stolz, mit einem Anfluge von Verachtung, und seine scharfe Stimme, die wie Metall klang, stimmte merkwürdig überein mit den radikalen Urteilen über Menschen und Dinge, die er fällte. Er sprach nicht anders als in imperativen, keinen Widerspruch duldenden Worten, die übrigens noch durch einen mich fast schmerzlich berührenden Ton, welcher alles, was er sprach, durchdrang, verschärft wurde. Dieser Ton drückte die feste Überzeugung von seiner Mission aus, die Geister zu beherrschen und ihnen Gesetze vorzuschreiben. Vor mir stand die Verkörperung eines demokratischen Diktators, wie sie auf Momente der Fantasie vorschweben mochte."

Ist dieses Urteil unleugbar sympathisch gehalten, so ist das folgende, von dem

Das Grundprinzip der Marx-Engelsschen Geschichtstheorie ist: die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Es handelt sich angeblich im wesentlichen um die ökonomische Herrschaft von Gesellschaftsklassen, indem die einen die andern unterwerfen und wirtschaftlich ausbeuten, wogegen natürlich von seiten der Unterdrückten nach Möglichkeit reagiert wird.

Freier und Sklave, — meinen jene Sozialisten — Patrizier und

Demokraten Techow herrührend, in desto feindlicherem Sinne abgefaßt. Diese letztere Charakteristik kommt in einem Briefe vor, den Techow am 26. August von London aus über eine lange Unterredung mit Marx an seine radikalen Freunde in der Schweiz schrieb. (Der Brief ist veröffentlicht in Karl Vogts Schrift „Mein Prozeß gegen die Allgemeine Zeitung", 1860, S. 151 ff.) Nachdem Techow über den Hauptinhalt seines Gesprächs mit Marx berichtet, fährt er fort:

„Es ist mir unmöglich, Euch den lebhaften Wechsel des Stoffes, die steigende Wärme der Unterhaltung, die Art zu schildern, wie Marx dieselbe beherrschte. Wir tranken zuerst Porto, dann Claret d. h. roten Bourdeaux, dann Champagner. Nach dem Rotwein war er vollständig besoffen. Das war mir sehr erwünscht, denn er wurde offenherziger als er sonst vielleicht gewesen wäre. Ich erhielt Gewißheit über manches, was mir sonst nur Vermutung geblieben wäre. Trotz diesem Zustande beherrschte er bis ans Ende die Unterhaltung. Er hat mir den Eindruck nicht nur einer seltenen geistigen Überlegenheit, sondern auch einer bedeutenden Persönlichkeit gemacht. Hätte er ebensoviel Herz wie Verstand, ebensoviel Liebe wie Haß, dann würde ich für ihn durchs Feuer gehen, trotzdem daß er mir seine vollständigste Geringachtung nicht nur verschiedentlich angedeutet, sondern zuletzt ganz unumwunden ausgesprochen hat. Er ist der erste und einzige unter uns allen, dem ich das Zeug zutraue zu herrschen, das Zeug, auch unter großen Verhältnissen sich nicht ins kleine zu verlieren. — Ich bedaure es um unseres Zieles willen, daß dieser Mensch nicht neben seinem eminenten Geist ein edles Herz zur Verfügung zu stellen hat. Aber ich habe die Überzeugung, daß der gefährlichste persönliche Ehrgeiz in ihm alles Gute zerfressen hat. Er lacht über die Narren, welche ihm seinen Proletarierkatechismus nachbeten, sogut wie über die Kommunisten à la Willich, sogut wie über die Bourgeois. Die einzigen, die er achtet, sind ihm die Aristokraten, die reinen und die es mit Bewußtsein sind. Um sie von der Herrschaft zu verdrängen, braucht er eine Kraft, die er allein in den Proletariern findet, deshalb hat er sein System auf sie zugeschnitten. Trotz all seinen Versicherungen vom Gegenteil, vielleicht grade durch sie habe ich den Eindruck mitgenommen, daß seine persönliche Herrschaft der Zweck all seines Treibens ist."

Endlich sei noch aus dem Polizeiberichte vom Jahre 1853 die Personalbeschreibung von Marx wiedergegeben: Alter: 35 Jahre. Größe: 5 Fuß 10—11 Zoll hannöversches Maß. Statur: untersetzt. Haare: schwarz, gelockt. Stirn: oval. Augenbrauen: schwarz. Augen: dunkelbraun, etwas blöde. Nase: dick. Mund: mittel. Bart: schwarz. Kinn: rund. Gesicht: ziemlich rund. Gesichtsfarbe: gesund. Spricht deutsch im rheinischen Dialekt und französisch. Besondere Kennzeichen: a) erinnert in Sprache und Äußerem etwas an seine jüdische Abkunft, b) ist schlau, kalt und entschlossen.

Plebejer, Feudalherr und Leibeigner, Zunftmeister und Geselle standen in stetem Gegensatze zu einander und führten einen ununterbrochenen Kampf, der jedesmal mit einer Umgestaltung der gesellschaftlichen Verfassung oder mit dem gemeinsamen Untergange der kämpfenden Parteien endete.

In den früheren Epochen der Geschichte fand fast überall eine vollständige Gliederung der Gesellschaft in verschiedene Stände statt. So gab es im alten Rom Patrizier, Ritter, Plebejer und Sklaven. So gab es im Mittelalter Feudalherren, Vasallen, Zunftmeister, Gesellen, Leibeigene und noch dazu fast in jeder dieser Klassen wieder besondere Abstufungen.

In der modernen bürgerlichen Ordnung bestehen die Klassengegensätze nach wie vor. Aber dieselben sind vereinfacht, indem die ganze Gesellschaft sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager spaltet, in das der Bourgeoisie und das des Proletariats.

Die Wiege der Bourgeoisie lag in den Städten des Mittelalters, welche von ehemaligen Leibeigenen gegründet wurden. Nach und nach entwickelte sich die städtische Bürgerschaft immer mehr und gelangte zu einem größeren Einfluß. Aber zu wirklicher Bedeutung kam sie erst seit der Entdeckung Amerikas und der Umschiffung Afrikas. Der ostindische und chinesische Markt, die Kolonisierung von Amerika, der Austausch mit den Kolonieen, die Vermehrung der Tauschmittel und der Ware überhaupt gaben dem Handel, der Schiffahrt und der Industrie einen ungeahnten Aufschwung und sicherten damit dem vorwärts drängenden Elemente in der zerfallenden, feudalen Gesellschaft rasches Wachstum.

An die Stelle der bisherigen feudalen oder zünftigen Produktionsweise trat infolge des durch die neuen Märkte gesteigerten Bedarfs die Manufaktur; an die Stelle der Zunftmeister trat der industrielle Mittelstand. Die Teilung der Arbeit zwischen den verschiedenen Korporationen trat gegenüber der Teilung der Arbeit in jeder einzelnen Werkstatt zurück.

Derselbe Grund, der die Manufaktur allgemein eingeführt — die fortwährende Vergrößerung des Bedarfs — führte auch über die Manufaktur hinaus. Mit Hilfe der Maschinerie und des Dampfes wurde die industrielle Produktion wieder umgewälzt, an die Stelle der Manufaktur trat die moderne, große Industrie und damit die moderne Bourgeoisie.

Man sieht hieraus, wie die letztere das Produkt einer langen Entwickelungsreihe in der Produktions- und Verkehrsweise ist.

Jede dieser Entwickelungsstufen der Bourgeoisie war von einem entsprechenden politischen Fortschritte begleitet. Gänzlich geknebelter Stand unter der Herrschaft der Feudalherren, sich selbst verwaltende **Assoziation**

in der Kommune, dann zur Zeit der Manufaktur Gegengewicht gegen den Adel in der ständischen oder in der absoluten Monarchie, ist die Bourgeoisie seit der Herstellung der großen Industrie im modernen Repräsentativstaat im Besitze der ausschließlichen, politischen Herrschaft. Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der Bourgeois-Klasse verwaltet.

Aber die Epoche der Bourgeoisie trägt und entwickelt auch in sich schon die Elemente zu ihrem eigenen Sturze, und zwar durch die Schaffung des Proletariats. —

Hiermit sind wir bei der zweiten Haupttheorie des zu betrachtenden Systems angelangt, bei der Theorie über das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital, welche eine Kritik des Bestehenden im engeren Sinne enthält und zugleich auf die damit sich ergebenden Konsequenzen hinweist.

Als Ausgangspunkt seiner Untersuchung dient Marx' der Satz, daß die Arbeit eine Ware sei. Unser Sozialist beweist ihn folgendermaßen. Der Unternehmer kauft die Arbeit mit Geld, — das ist eine Thatsache. Für Geld verkauft der Arbeiter die Arbeit an jenen. Mit derselben Geldsumme, mit welcher der Arbeitgeber Arbeit gekauft hat, hätte er irgend welche Ware, z. B. Brot in einer bestimmten Quantität kaufen können. Die Arbeit ist also eine Ware, nicht mehr noch weniger als das Brot.

Ihre Ware, die Arbeit, tauschen die Arbeiter gegen die Ware des Arbeitgebers, das Geld, in einem bestimmten Verhältnisse aus. Sie erhalten z. B. für die Arbeit eines Tages je 3 Mark. Diese 3 Mark stellen aber alle andern Waren vor, die man für 3 Mark kaufen kann, z. B. so und soviel Lebensmittel, so und soviel Kleidung u. s. w. In der That hat also der Arbeiter seine Ware, die Arbeit, gegen andere Waren aller Art ausgetauscht, und zwar in einem bestimmten Verhältnisse. Der Geldlohn ist demgemäß „Tauschwert" der Arbeit (nach der Definition: der Tauschwert drückt das Verhältnis aus, in dem eine Ware gegen andere Waren vertauscht wird.) Der Tauschwert einer Ware, in Geld abgeschätzt, heißt aber ihr Preis. Der Arbeitslohn ist also nur ein Name für den Preis der Arbeit.

Der Arbeitslohn ist nun, wie ein Blick auf die Thatsachen ergiebt, nicht ein Anteil an der vom Arbeiter produzierten Ware. Lange bevor diese verkauft ist, hat der Arbeiter seinen Lohn empfangen. Der Lohn ist vielmehr ein Teil schon vorhandener Waren, womit der Arbeitgeber eine bestimmte Summe produktiver Arbeit an sich kauft — ebensogut kauft, wie eine bestimmte Summe von Rohstoffen, von Werkzeugen u. s. w.

Wie groß wird nun dieser Teil schon vorhandener Waren sein, welchen der Arbeiter im Austausche für die Arbeit erhält? Die Antwort wird mittelst der ersten These leicht gegeben. Denn ist die Arbeit eine Ware, so wird der Lohn der Arbeit durch dieselben Gesetze bestimmt, die den Preis jeder andern Ware regulieren. Der Preis einer Ware wird aber durch deren Produktionskosten bestimmt, da, wenn er höher stände, neue Kapitalien zur Herstellung der betreffenden Waren verwendet würden, was ein größeres Angebot der letzteren und damit ein Sinken des Preises zur Folge hätte; und da im umgekehrten Falle (bei einem Preise, der geringer als die Produktionskosten) das Umgekehrte stattfände. Zwar steht der wirkliche Preis einer Ware stets über oder unter den Produktionskosten: aber das Steigen und Fallen ergänzen sich wechselseitig, sodaß innerhalb eines bestimmten Zeitraumes, Ebbe und Flut der Industrie zusammengerechnet, die Waren ihren Produktionskosten entsprechend gegen einander ausgetauscht werden, ihr Preis also durch ihre Produktionskosten bestimmt wird.

Die Bestimmung des Preises durch die Produktionskosten ist aber — nach Marx — gleich der Bestimmung des Preises durch die Arbeitszeit, die zur Herstellung einer Ware erforderlich ist. Denn — argumentiert unser Sozialist — die Produktionskosten bestehen aus 1. Rohstoffen und Instrumenten, d. h. aus Industrieprodukten, deren Herstellung eine gewisse Summe von Arbeitstagen gekostet hat, die also eine bestimmte Summe von Arbeitszeit darstellen, und 2. aus unmittelbarer Arbeit, deren Maß eben die Zeit ist.

Alle diese Sätze müssen nun auf den Preis der Arbeit, den Arbeitslohn, angewandt werden. Derselbe wird bald steigen, bald fallen, je nach dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage, je nachdem sich die Konkurrenz zwischen den Käufern der Arbeit, den Kapitalisten, und den Verkäufern der Arbeit, den Arbeitern, gestaltet. Wie die Warenpreise in verschiedenen Zeiten verschieden sind, so auch der Arbeitslohn. Auf die Dauer aber wird der Preis der Arbeit durch die Produktionskosten und daher durch die Arbeitszeit bestimmt sein, die erforderlich ist, um diese Ware, die Arbeit hervorzubringen. Welches sind nun die Produktionskosten der Arbeit selbst? Es sind die Kosten, welche erforderlich sind, um den Arbeiter zu erhalten, um ihn zum Arbeiter auszubilden und um für den Nachwuchs zu sorgen. Der Preis der Arbeit wird also durch den Preis der Lebensmittel bestimmt sein, welche bedurft werden, den Arbeiter und seine Familie am Leben zu erhalten, und welche notwendig *sind, die Kosten* für seine etwaige Vorbildung zu bestreiten.

Dieser Arbeitslohn gilt natürlich, wie die Preisbestimmung der Waren durch die Produktionskosten überhaupt, nicht für das einzelne Individuum, sondern nur für die Gattung im großen und ganzen.

Nach Feststellung des „grundlegenden" Gesetzes des Arbeitslohnes gelangt Marx zur Untersuchung des Kapitals.

Zunächst muß dessen Begriff festgestellt werden. Es genügt nicht — nach Marx — die von den Ökonomisten gewöhnlich gegebene Erklärung: das Kapital bestehe aus Rohstoffen, Lebensmitteln, Arbeitsinstrumenten aller Art, die Produkte der Arbeit seien und dazu verwendet würden, neue Arbeitsinstrumente und neue Lebensmittel zu erzeugen.

Marx erklärt hingegen: nur in bestimmten Verhältnissen werde ein Gegenstand, der nach den Ökonomisten schon an sich Kapital sei, wie z. B. eine Baumwollspinnmaschine, wirklich Kapital. Aus diesen Verhältnissen herausgerissen sei der betreffende Gegenstand keineswegs Kapital.

Zur Auseinandersetzung dieser Verhältnisse holt unser sozialistischer Theoretiker etwas aus. In der Produktion — deduziert er — beziehen sich die Menschen nicht etwa bloß auf die Natur, sondern vielmehr auch auf einander, indem sie in bestimmter Art zusammenwirken und das Produkt ihrer Thätigkeit austauschen. Die durch das letztere Moment sich ergebenden Beziehungen faßt Marx als „gesellschaftliche" zusammen.

Diese gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen die Individuen produzieren, also die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse ändern sich mit dem Charakter der Produktionsmittel, — „natürlich", wie Marx sagt, der daher auch nicht einen Beweis liefert, sondern bloß zur Verdeutlichung ein Analogon anführt. Er weist nämlich darauf hin, daß mit der Erfindung eines neuen Kriegsinstruments, wie etwa des Feuergewehres, sich notgedrungen die Verhältnisse verwandeln, innerhalb deren Individuen eine ganze Armee bilden und als Armee wirken können. Ebenso sollen sich auch mit der Veränderung und Entwickelung der materiellen Produktionsmittel die Produktionsverhältnisse verändern. Die Produktionsverhältnisse in ihrer Gesamtheit bilden nun das, was man die gesellschaftlichen Verhältnisse, die Gesellschaft nennt, und zwar eine Gesellschaft auf einer bestimmten Entwickelungsstufe mit einem entsprechend bestimmten Charakter. So sind die antike, die feudale, die bürgerliche Gesellschaft solche Gesamtheiten von Produktionsverhältnissen, deren jede zugleich eine besondere Entwickelungsstufe in der Geschichte der Menschheit bezeichnet.

Das Kapital ist nun ein gesellschaftliches Produktionsverhältnis und zwar ein solches, welches der bürgerlichen Epoche angehört. Die

Lebensmittel, die Arbeitsinstrumente, die Rohstoffe, aus denen allen das Kapital besteht, werden unter gegebenen, gesellschaftlichen Bedingungen und Verhältnissen geschaffen und aufgehäuft und zu neuer Produktion verwandt. Und diese bestimmten gesellschaftlichen Verhältnisse sind es, welche die zu neuer Produktion dienenden Produkte zu Kapital machen.

Das Kapital ist darnach nicht nur eine Summe von materiellen Produkten, sondern es ist eine Summe von Tauschwerten, von gesellschaftlichen Größen.

Damit ist aber noch nicht gesagt, daß das Umgekehrte statt hat, daß nämlich jede Summe von Tauschwerten Kapital ist. Und es wäre — nach Marx — auch wirklich unrichtig, dies behaupten zu wollen.

Jeder Tauschwert ist nämlich eine Summe von Tauschwerten. So ist z. B. ein Tisch, der einen Tauschwert von 1 Mark hat, eine Summe von Tauschwerten, etwa von 100 Pfennigen.

Nun ist aber doch nicht jeder Tauschwert Kapital. Der Tauschwert oder, was dasselbe ist, eine Summe von Tauschwerten, muß also noch eine Eigenschaft entwickeln, um Kapital zu werden. Diese Eigenschaft ist nun — der Marx'schen Theorie zufolge — die: sich „als selbständige gesellschaftliche Macht, d. h. als die Macht eines Teils der Gesellschaft" zu erhalten und zu vermehren „durch den Austausch gegen die unmittelbare, lebendige Arbeit."

Also: die Herrschaft der aufgehäuften, vergangenen, durch Gegenstände repräsentierten Arbeit über die unmittelbare Arbeit macht die aufgehäufte Arbeit erst zum Kapital.

Damit die aufgehäufte Arbeit Kapital ist, genügt es nicht, daß sie bloß als Mittel zu neuer Produktion diene. Die lebendige Arbeit muß vielmehr noch der aufgehäuften als Mittel dienen, ihren Tauschwert zu erhalten und zu vermehren.

Man sieht: die Existenz einer Klasse, die nichts besitzt als die Arbeitsfähigkeit, ist eine notwendige Voraussetzung des Kapitals.

Es kommt darauf an, das Verhältnis dieser Klasse zu den Kapitalbesitzern zu untersuchen.

Der Kapitalist und der Arbeiter schließen ein Tauschgeschäft ab. Der Arbeiter empfängt vom Kapitalisten Lebensmittel, und der Kapitalist erhält dafür Arbeit, die schöpferische Thätigkeit, vermittelst derer der Arbeiter nicht nur ersetzt, was er verzehrt, sondern auch der aufgehäuften Arbeit einen größeren Wert giebt, als wie sie vorher besessen. Denn *die Zeit*, während welcher der Arbeiter durch die Lebensmittel seine

Existenz fristet, wird von ihm dazu benutzt, um durch seine Arbeit an Stelle der durch die Konsumtion untergehenden Werte neue Werte zu schaffen; und diese neuen Werte gehen in den Besitz des Kapitalisten über. Zur Erklärung seiner Ansicht führt Marx folgendes Beispiel an: ein Pächter giebt seinem Tagelöhner fünf Groschen pro Tag. Der Tagelöhner vollbringt eine Arbeit, welche vom Pächter mit zehn Groschen verkauft werden möge. Jene fünf Groschen sind dann reproduktiv für das Kapital, aber unproduktiv für den Arbeiter verbraucht worden. Reproduktiv für das Kapital: denn die fünf Groschen sind gegen eine Arbeitskraft ausgetauscht worden, die zehn Groschen hervorbrachte. Unproduktiv für den Arbeiter: denn die fünf Groschen Lohn sind von ihm gegen Lebensmittel ausgetauscht worden, die für immer verschwunden sind, und deren Wert er nur wiedererhalten kann, indem er denselben Tausch mit dem Pächter wiederholt, also frische Thätigkeit verausgabt.

Das Kapital — schließt hieraus Marx — setzt also die Lohnarbeit voraus, wie diese ihrerseits das Kapital. Sie bringen sich wechselseitig hervor.

Das Kapital kann sich nur vermehren, indem es sich gegen Arbeit austauscht. Die Lohnarbeit kann sich nur gegen Kapital austauschen, indem sie dasselbe vermehrt. Vermehrung des Kapitals ist daher Vermehrung des Proletariats.

Die von der Bourgeoisie und ihren ökonomischen Wortführern behauptete Interessen-Harmonie zwischen Kapital und Arbeit besteht also nur insofern, als der Arbeiter zugrunde geht, wenn ihn das Kapital nicht beschäftigt. Je rascher sich das zur Produktion bestimmte Kapital vermehrt, je größeren Gewinn das Geschäft abwirft, desto mehr Arbeiter braucht der Kapitalist, und desto theurer kann der Arbeiter seine um so stärker nachgefragte Ware Arbeit verkaufen. Man erkennt hieraus, daß die Vorbedingung für eine leidliche Lage des Arbeiters möglichst rasches Wachsen des in der Produktion angelegten Kapitals ist.

Wächst nun das Kapital, so wächst die Masse der Lohnarbeit, so wächst die Anzahl der Lohnarbeiter. Die Herrschaft des Kapitals dehnt sich über eine größere Menge von Menschen aus. Aber selbst der günstige Fall, ein Steigen des Arbeitslohnes, darf nach Marx nicht hoch angeschlagen werden. Denn ein merkliches Zunehmen des Arbeitslohnes setzt ein rasches Wachsen des produktiven Kapitals voraus. Das letztere hat aber ein ebenso rasches Wachsen des Reichtums, des Luxus, der gesellschaftlichen Bedürfnisse und der gesellschaftlichen Genüsse zur Folge. Wiewohl also die Genüsse des Arbeiters ebenfalls gestiegen sind, ist doch

die gesellschaftliche Befriedigung, die sie gewähren, relativ, nämlich im Vergleiche mit den vermehrten Genüssen des Kapitalisten, im Vergleiche mit dem Entwicklungsstande der Genüsse überhaupt, gefallen. „Unsere Bedürfnisse und Genüsse — erklärt Marx — entspringen aus der Gesellschaft; wir messen sie daher an der Gesellschaft; wir messen sie nicht an den Gegenständen ihrer Befriedigung. Weil sie gesellschaftlicher Natur sind, sind sie relativer Natur."

Man hat also — worauf unser Sozialist nachdrücklichst besteht — den Arbeitslohn nicht nur als Summe von Waren aufzufassen, die sich der Arbeiter mit dem empfangenen Gelde kaufen kann, sondern man hat auch den verhältnismäßigen, relativen Arbeitslohn ins Auge zu fassen, wie er sich bestimmt durch seine Proportion zum Gewinne des Unternehmers.

Der Arbeiter mag reell doppelt soviel konsumieren wie früher; ist der Kapitalist in der Lage, den dreifachen Aufwand zu machen, so ist die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zwischen Kapital und Arbeit noch ungleichmäßiger geworden, so ist die Macht der Kapitalistenklasse über die Arbeiterklasse gewachsen, indem das Kapital über eine größere Quantität Arbeit kommandiert (wie ein einfaches Rechenexempel zeigt); die gesellschaftliche Stellung des Arbeiters hat sich verschlechtert, indem die Kluft zwischen ihm und dem Kapitalisten erweitert worden.

Zeigte sich bisher noch immer eine gewisse Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit, so ergiebt sich bei näherer Betrachtung des relativen Arbeitslohnes, daß Gewinn und Arbeitslohn gerade im entgegengesetzten Verhältnisse stehen. Der Gewinn steigt in demselben Verhältnisse, in welchem der Taglohn fällt und umgekehrt.

Marx kommt demgemäß zu dem Resultate, daß selbst, wenn wir innerhalb des Verhältnisses von Kapital und Lohnarbeit stehen bleiben, die Interessen des Kapitals und die Interessen der Lohnarbeit, sich schnurstracks gegenüberstehen.

Bisher wurde in der Marx'schen Theorie angenommen, daß, wenn auch der relative Lohn fiele, doch wenigstens der Arbeitslohn, als Inbegriff von Sachgütern betrachtet, stiege.

Nunmehr untersucht Marx, ob denn wirklich ein Wachstum des in der Produktion angelegten Kapitals stets mit einem Steigen des Arbeitslohnes verbunden sei.

Die Vermehrung des produktiven Kapitals — lautet hier das Marx'sche Räsonnement — hat eine Zunahme der Kapitalisten an Zahl und eine Vergrößerung der ihnen zur Verfügung stehenden Kapitalien

zur Folge. Die Vermehrung der Kapitalisten vermehrt die Konkurrenz unter den Kapitalisten. Jeder Kapitalist wird daher suchen, möglichst wohlfeil zu verkaufen. Um dies zu können, wird jeder Kapitalist die Produktionskraft d. h. den Ertrag der Arbeit möglichst zu steigern suchen. Dies geschieht aber vor allem durch eine größere Teilung der Arbeit, durch eine allseitigere Einführung und beständige Verbesserung der Maschinerie.

Daher werden von jedem einzelnen Kapitalisten immer größere Arbeiterkolonnen angestellt, unter welche die Arbeit immer mehr geteilt werden kann; daher wird die Maschinerie immer mehr vermehrt und verbessert, auf immer größerer Stufenleiter ausgebeutet.

Indem nun alle Kapitalisten, um sich nicht zu ruinieren, gezwungen werden, dieses Verfahren zu befolgen, werden fortwährend die Produktionsweise, die Produktionsmittel umgewälzt und revolutioniert. Fortwährend zieht die Teilung der Arbeit größere Teilung der Arbeit, die Anwendung der Maschinerie größere Anwendung der Maschinerie, das Arbeiten auf großer Stufenleiter das Arbeiten auf größerer Stufenleiter notwendig nach sich.

Daß bei dem hierbei sich erhebenden Konkurrenzkampfe der kleine Industrielle nicht mithalten kann und infolge dessen ruiniert wird, ist klar. Bedenkt man, daß auch noch von den großen Industriellen eine Anzahl zertreten wird, so sieht man ein, daß die Konzentration bedeutender Kapitalienmassen immer mehr statthat.

Welches aber sind die Einwirkungen der eben entwickelten, von dem Wachstum des produktiven Kapitals unzertrennlichen Verhältnisse auf den Arbeitslohn?

Zunächst bewirkt die größere Teilung der Arbeit eine größere Produktion seitens des einzelnen Arbeiters. Die Folge davon ist eine größere Konkurrenz unter den Arbeitern und mithin eine Verringerung ihres Lohnes.

Dann macht die immer mehr wachsende Spezialisierung jeder Arbeit (d. h. eben die rein technische Seite der Teilung der Arbeit) die Geschicklichkeit des Arbeiters wertlos. Die Arbeit wird vereinfacht, wird eintönig. Sie ist auch allen zugänglich. Daher ist wieder die Folge: vergrößerte Konkurrenz und verringerter Lohn. Der Lohn muß zudem schon deshalb sinken, weil er durch die Produktionskosten bestimmt wird, und diese geringer sind, wenn der Posten für die Aneignung der gewerblichen Bildung fehlt. Jedenfalls nimmt in demselben Maße, in

dem die Arbeit unbefriedigender wird, die Konkurrenz zu, der Arbeitslohn ab.

Da nun der Arbeiter den alten Stand seines Lohnes zu behaupten sucht, indem er länger und intensiver arbeitet, so werden die unheilvollen Wirkungen der Arbeitsteilung vermehrt. Denn die Folge dieser längeren und anstrengenderen Arbeit ist wieder größere Konkurrenz unter den Arbeitern selbst und daher wiederum Verminderung des Lohnes.

Die Maschinerie ihrerseits bringt dieselben Wirkungen hervor. Denn sie ersetzt die geschickten Arbeiter durch die ungeschickten, die Erwachsenen durch die Kinder; sie wirft bei ihrer Einführung Massen von Handarbeitern auf das Pflaster. Diese entlassenen Arbeiter aber finden nur ausnahmsweise Beschäftigung in andern Industriezweigen. Wenn es aber doch statthat, so erhalten sie nach allen Gesetzen der Ökonomie einen geringeren Lohn als früher.

Zu all dem Angeführten kommt noch, daß das Proletariat sich aus den andern Ständen ergänzt. Beständig sinken viele kleine Industrielle zu Arbeitern herab, vermehren mithin die Konkurrenz unter den Arbeitern selbst und drücken daher den Lohn.

Endlich, je mehr das Produktivkapital wächst, desto mehr ist es gezwungen, für einen Markt zu produzieren, dessen Bedürfnisse es nicht kennt. Umsomehr geht die Produktion dem Bedarf voraus, umsomehr sucht das Angebot die Nachfrage zu erzwingen, und nehmen daher die Krisen an Intensität und Häufigkeit zu. Die Krisen aber bedeuten für große Massen des Arbeiterstandes: Beschäftigungslosigkeit und Elend.—

Wir haben hiermit die wesentlichen kritischen Punkte des damaligen Systems von Marx und Engels dargelegt.

Weniger ausführlich ist das, was über den Zukunftsstaat, über die positiven Ziele der kommunistischen Partei gesagt wird. Hier kann man manchmal nur aus der Art und Weise, wie auf die gegen die Kommunisten erhobenen Vorwürfe repliziert wird, auf Marx' und Engels' Ansichten schließen.

Da wird zunächst erklärt: die Kommunisten (d. h. die Marxisten) seien keine besondre Partei gegenüber den andern Arbeiterparteien, sie hätten keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen, sie stellten keine „besondern" Prinzipien auf, nach denen sie die proletarische Bewegung modeln wollten; sie unterschieden sich von den andern proletarischen Parteien nur durch zwei Momente: indem sie erstens in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die

gemeinsamen von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats zur Geltung brächten, und indem sie zweitens in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchliefe, stets „das Interesse der Gesamtbewegung" verträten.

Also — schlossen die Verfasser der kommunistischen Theorie bescheiden — „also haben die Kommunisten theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus"!

Diese allgemeinen Resultate sind nun allerdings von Marx und Engels nur höchst allgemein gezeichnet worden.

Das Kapital, d. h. das Eigentum, welches die Lohnarbeit ausbeutet, soll nicht mehr ausschließlich einer kleinen Klasse der Gesellschaft gehören, sondern soll von allen Mitgliedern der letzteren gemeinschaftlich besessen werden. Unter diesem Systeme ist keinem die Macht genommen, sich gesellschaftliche Produkte als Konsumtibilien anzueignen; wohl aber ist jedem verwehrt, sich durch diese Aneignung fremde Arbeit zu unterjochen. Das Kapital wird mithin in der kommunistischen Gesellschaft nicht zur Ausbeutung der lebendigen Arbeit dienen, sondern nur dazu, den Lebensprozeß der Arbeiter zu erweitern, zu bereichern, zu befördern.

Auf diese Weise tritt an die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen — nach Marx und Engels — eine Assoziation, in welcher die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.

Die Familie in ihrer gegenwärtigen Gestalt wird aufgehoben. Was an deren Stelle gesetzt werden soll, wird nicht näher angegeben.

Jedenfalls wird in Zukunft den Eltern die Erziehung der Kinder durch die Gesellschaft abgenommen werden.

Indem aber die Lebensverhältnisse der Menschen, ihre gesellschaftlichen Beziehungen, ihr gesellschaftliches Dasein einer durchgreifenden Änderung im kommunistischen Sinne unterworfen werden, müssen sich auch ihre Vorstellungen, ihre Anschauungen und Begriffe, mit einem Worte auch ihr Bewußtsein ändern. Religion, Moral, Philosophie, Politik und Jurisprudenz werden verschwinden.

Diese sozialistische Gesellschaftsordnung wird natürlich nicht auf eine Nation beschränkt bleiben, sondern sie wird alle Kulturnationen, welche die industrielle Entwicklung durchgemacht haben, umfassen. —

Das ist alles, was Marx und Engels über den Zukunftsstaat angeben. Schon etwas mehr wird vom Übergang zur kommunistischen Volkswirtschaft gesagt.

Das Proletariat der zivilisierten Länder wird sich zu gemeinsamer Aktion vereinen müssen, da ein bloß nationaler Sieg von dauerndem Erfolge nach Lage der Dinge ausgeschlossen ist.

Ist es dann gelungen, das Proletariat zur herrschenden Klasse zu erheben, so wird es seine politische Machtstellung dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktions-Instrumente in den Händen des Staats d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.

Es kann dies — zufolge Marx und Engels — zunächst nur geschehen vermittelst despotischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse, durch Maßregeln, die ökonomisch unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Laufe der Bewegung über sich selbst hinaus treiben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind.

Marx und Engels geben zu, daß diese Maßregeln je nach den verschiedenen Ländern verschieden sein müssen. Jedoch können die folgenden für die „fortgeschrittensten" Länder in Anwendung kommen: Expropriation des Grundeigentums und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben; starke Progressivsteuer; Abschaffung des Erbrechts; Konfiskation des Eigentums aller Emigranten und Rebellen; Zentralisation des Kredits in den Händen des Staats durch eine Nationalbank mit Staatskapital und ausschließlichem Monopol; Zentralisation alles Transportwesens in den Händen des Staats; Vermehrung der Nationalfabriken, Urbarmachung und Verbesserung der Ländereien nach einem gemeinsamen Plane; gleicher Arbeitszwang für alle nebst Errichtung industrieller Armeen, besonders für den Ackerbau; Vereinigung des Betriebs von Ackerbau und Industrie, Hinwirken auf die allmähliche Beseitigung des Gegensatzes von Stadt und Land; öffentliche und unentgeltliche Erziehung aller Kinder, Beseitigung der Fabrikarbeit der Kinder in ihrer heutigen Form, Vereinigung der Erziehung mit der materiellen Produktion u. a.

Sind auf diesem Wege im Laufe der Entwicklung gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufgehoben, so sind mit ihnen die Existenzbedingungen der Klassenunterschiede, des Klassengegensatzes, der Klassen überhaupt aufgehoben und die kommunistische Gesellschaft ist eingeführt. —

Aus der dargelegten Theorie ergab sich — nach Marx [illegible] —

als Richtschnur für das Verhalten der Kommunisten in der allernächsten Zeit: überall die Unterstützung jeder revolutionären Bewegung gegen die bestehenden gesellschaftlichen und politischen Zustände.

In Frankreich mußten die Kommunisten — dieser Ansicht zufolge — Hand in Hand mit der sozialistisch-demokratischen Partei gegen die konservative und radikale Bourgeoisie kämpfen; in der Schweiz mußten sie die Radikalen unterstützen, in Polen die revolutionär-agrarischen Reformer, in Deutschland die revolutionäre Bourgeoisie.

Aber — erklärten unsere kommunistischen Theoretiker in spezieller Hinsicht auf Deutschland —: es darf keinen Augenblick unterlassen werden, bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewußtsein über den feindlichen Gegensatz von Bourgeoisie und Proletariat zu erzeugen, damit die deutschen Arbeiter sogleich nach dem Sturze der reaktionären Klassen den Kampf gegen die Bourgeoisie selber aufnehmen. —

Zum Schlusse unsrer Betrachtung der Marx-Engels'schen Doktrin wollen wir noch deren Stellungnahme gegenüber dem bisherigen deutschen Sozialismus kennzeichnen. Der letztere wird von jenen Männern, welche eine Neubegründung des Sozialismus zu liefern für sich in Anspruch nahmen, als „schmutzig" und „entnervend" verdammt, ohne daß spezielle Autoren namentlich genannt würden.[1])

Zur Begründung ihres Urteils oder richtiger ihrer Verurteilung führten Marx und Engels an, daß jene Sozialisten angeblich nur die neuen französischen Ideen mit ihrem alten philosophischen Gewissen in Einklang gesetzt hätten; daß sie gänzlich die Verschiedenheit der sozialen Situation in Deutschland von derjenigen in Frankreich übersehen; daß sie gegen den Liberalismus zu Felde gezogen, dem in Deutschland zunächst unter allen Umständen zur Herrschaft hätte verholfen werden müssen, und daß sie daher den „deutschen absoluten Regierungen mit ihrem Gefolge von Pfaffen, Schulmeistern, Krautjunkern und Bureaukraten als erwünschte Vogelscheuchen gegen die drohend aufstrebende Bourgeoisie gedient"; daß sie schließlich sich zu Vertretern des deutschen Kleinbürgertums aufgeworfen und den Klassenkampf perhorresziert hätten.

[1]) Ausdrücklich erklären Marx und Engels, daß „mit sehr wenigen Ausnahmen alles, was in Deutschland von angeblich sozialistischen und kommunistischen Schriften zirkuliere, in den Bereich dieser schmutzigen, entnervenden Litteratur gehöre."

Kapitel III.

Die Arbeiter-Bewegung seit 1848: Die Geschichte des deutschen sozialen Arbeiterbundes und der fachgewerblichen Assoziationen.

1. Die Organisierung der sozial-politischen Arbeiter-Bewegung in Deutschland.

Im Monat März des Jahres 1848 war das Aussehen des sonst so friedlichen Deutschland ganz verändert. In Wien, Berlin und anderen Städten hatten Straßenkämpfe stattgefunden. Die absoluten Regierungen waren gestürzt. Das heilige römische Reich deutscher Nation war in die Reihe der konstitutionellen Staaten getreten.

Die städtischen Arbeiter waren es gewesen, welche die Revolution durchgefochten, welche ihr Blut für die Umgestaltung der Dinge vergossen hatten. Es war natürlich, daß sie auch anfangs einen Platz im Vordergrunde der Situation behaupteten. Aber da sie zum Teil unorganisiert und von unklaren Ideen erfüllt waren, da sie ferner durch ihre Armut zu anhaltender Arbeit gezwungen und daher unfähig waren, fortwährend auf der politischen Wacht zu stehen, und da sie schließlich nur in gewissen industriereichen Gegenden eine erhebliche Anzahl bildeten, — so konnte es nicht ausbleiben, daß sie bald von dem durch die Revolution gesäuberten Terrain zu Gunsten der besitzenden Klassen abtreten mußten, und daß nunmehr vornehmlich die Interessen dieser letzteren den Gegenstand der öffentlichen Diskussion bildeten.

Immerhin sind eine Reihe bemerkenswerter Ansätze zu einer sozialpolitischen Organisation des vierten Standes vorhanden, deren Darstellung wir jetzt unternehmen wollen.

Die ersten Organisations-Versuche in der fraglichen Richtung geschahen in Berlin.

Schon in der ersten öffentlichen Volks-Versammlung, welche dort nach der Revolution stattfand, machten sich selbständige [illegible]

des vierten Standes bemerkbar. Jene Versammlung war von Dr. Max Schasler — der später als Ästhetiker bekannt geworden ist — einberufen worden und sollte über die Besserung der Lage der unteren Klassen beratschlagen. Da fanden sich nun viele Arbeiter ein, und ihre Wortführer erklärten, daß die bisherige bürgerliche Ordnung schuld sei an der Notlage des vierten Standes und daher einer gründlichen Revision unterzogen werden müsse.

Am 6. April 1848 wurde die erste Arbeiter-Versammlung in Berlin einberufen. Ihr präsidierte der Schriftsetzer Born, welcher auch der Hauptredner war. Da Born die bedeutendste Persönlichkeit der Berliner und überhaupt der allgemeinen Arbeiter-Bewegung war, so mag er hier kurz charakterisiert werden.

Von Haus aus ein klarer und scharfsinniger Kopf, war es ihm bei seiner großen Willenskraft gelungen, sich in den wenigen Mußestunden, die ihm seine anstrengende Thätigkeit gelassen, eine gründliche Bildung — auch auf dem Gebiete der Nationalökonomie — zu verschaffen. Die Episode von 1848—49 bewies, daß Born außerdem noch sich durch vorzügliches Redetalent, durch persönlichen Mut, und durch Energie im Handeln auszeichnete.

Nachdem er an den Barrikadenkämpfen den lebhaftesten Anteil genommen und dabei nach den einstimmigen Berichten von Augenzeugen eine hervorragende Tapferkeit bekundet hatte, trat er nach der Revolution zunächst für eine friedliche, aber zugleich durchgreifende soziale Reform ein. Er hielt dieselbe aber nur für möglich, wenn die Arbeiter sich als Klasse organisierten und hierdurch eine Macht würden, deren berechtigten Interessen jede Regierung Rechnung zu tragen gezwungen wäre. Diese Idee war es, der sich Born mit Feuereifer hingab, die er mit zähester Ausdauer festhielt. Und wenn er dieses Ziel nicht in genügender Weise erreicht hat, so ist die Schuld wahrlich nicht ihm zuzuschreiben, sondern der Grund hat vielmehr teils in den sozialen Verhältnissen und in der dadurch bedingten Ohnmacht des Arbeiterstandes überhaupt gelegen, teils in der weiteren politischen Entwicklung, welche sich höchst ungünstig für proletarische Reformbestrebungen gestaltete. Immerhin waren Borns Pläne diejenigen, welche weitaus am nachhaltigsten in der sozialen Bewegung der Revolutionsjahre gewirkt haben.

Die Organisation, welche Born im Auge hatte, sollte sich auf fachgewerblicher Grundlage aufbauen. In jedem Orte sollten sich Arbeiter jedes Gewerks als Verein zur Wahrung ihrer besonderen Interressen konstituieren; je ein Verein sollte dann drei Deputierte erwählen, so daß

die Deputierten-Versammlungen die Interessen der Arbeiter des betreffenden Ortes überhaupt vertraten.

Die verschiedenen lokalen Deputierten-Versammlungen sollten dann mit einander in Verbindung treten und einen großen nationalen Verband bilden, dessen Komitee den deutschen Arbeiterstand vor den Staatsbehörden zu repräsentieren und seine Wünsche zu formulieren hatte. Diese Wünsche sollten in der Richtung einer Verkürzung der Arbeitszeit und vor allem einer gesetzlichen Erhöhung des Arbeitslohnes liegen; und wenn der Kapitalist hierbei Opfer brachte, so durfte man dies — nach Borns Meinung — um so eher verlangen, als der Arbeiter an ihn jeden Tag einen Teil seines Arbeitsertrages abgab, sich also täglich für den Kapitalisten opferte. Jedenfalls war es, nach der Ansicht unseres Sozialisten, unmöglich, die Lage des Arbeiters zu bessern, so lange das System der freien Konkurrenz herrschte; denn unter diesem konnte der Arbeitslohn notwendigerweise nie mehr betragen, als gerade zur Fristung des Lebens bedurft war. Daher erkannte auch diese Meinung solchen Fragen wie Schutzzoll und Freihandel ausdrücklich nur eine sekundäre Bedeutung für den vierten Stand zu. Die Angabe der Mittel und Wege, wie sich Born die Verwirklichung seines Zieles dachte, kann füglich an dieser Stelle übergangen werden, da hierüber die Geschichte der Arbeiter-Agitation, die jetzt dargestellt werden soll, genügenden Aufschluß giebt. Freilich werden wir hierbei auch bemerken, daß Born gar bald zur Vertretung radikalerer und extremerer Ansichten, als der vorhin geäußerten, schritt.

Die angeführten Ideen wurden von Born in mehreren Versammlungen verteidigt; bald sammelten sich um ihn noch andere Arbeiter, welche in gleichem Sinne agitierten. Nicht wenige von ihnen werden sogar von der „Nationalzeitung" (von 1848) als maßvolle und tüchtige Redner gerühmt. Schon dieser Umstand ist ein Sympton der beginnenden Reife des deutschen, großstädtischen Proletariats, wie sie durch die Arbeiterbewegung seit Lassalle für jedermann klar erwiesen worden ist, — aber wohlgemerkt: ich spreche hier nur von der beginnenden Reife; ehe hieraus die wirkliche, vollendete Reife geworden, wird der vierte Stand doch noch manchen Fortschritt in der Selbstentwickelung zu thun haben.

In den Zusammenkünften der Proletarier, die jetzt schnell hinter einander folgten, ging es — trotz der damaligen Erregung der Bevölkerung und trotz der Jugend des Vereinslebens — sehr ruhig zu. Allerdings wurden sie von Born geleitet, von dem schon

Versammlung (am 6. April) die liberale „Nationalzeitung" schrieb: „Wir können nicht unterlassen, anzuerkennen, daß Herr Born mit so vielem Takt und sicherem Geschick präsidierte, wie wir noch bei keinem Präsidenten einer so großen Versammlung wahrgenommen."

Charakteristisch für den Geist gewisser Schichten des Berliner Bürgertums ist übrigens, daß zur Zeit, als die Arbeiter tagten, zahlreiche und sehr starke Patrouillen der Bürgerwehr die in der Nähe des Versammlungslokales liegenden Straßen durchzogen. Wie wenig den „Bürgern" vor den Arbeitern geheuer war, zeigt auch der Umstand, daß des öfteren Erzählungen von gar nicht stattgehabten Arbeiterkrawallen überall bereitwilligst Glauben fanden und genügten, um die ganze Stadt in Aufregung zu versetzen. So schreibt die konstitutionelle und daher doch keineswegs zu parteiischer Vertretung der Arbeiter-Interessen neigende „Nationalzeitung", daß am 8. April die irrtümliche Nachricht von einem beabsichtigten Angriffe der Arbeiter auf das Schloß genügt habe, die ganze Bürgerwehr zu allarmieren, „die friedliche Stadt in ein Heerlager zu verwandeln und den schrecklichsten Gerüchten Vorschub zu leisten, welche noch immer die Gemüter in Spannung erhielten;" zugleich hätten sich alle möglichen Gerüchte über Angriffe auf das Eigentum verbreitet, die gar nicht vorgekommen wären!

Ein ferneres Symptom der vor den Arbeitern herrschenden Angst war die Besorgnis, welche sich Anfang April der guten Stadt Berlin bemächtigte, als ein Teil der Kattundrucker — um die geringere Anwendung von Maschinen, die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung des Tagelohnes durchzusetzen, — streikte. Obwohl 300 auf Seiten der Fabrikherren stehende, bewaffnete Arbeiter im Innern der Fabriken zum Schutze gegen einen etwa beabsichtigten Angriff der Streikenden aufgestellt waren, wurde noch beschlossen, außerdem je 20 Mann jedes Bürgerwehr-Bezirks disponibel zu halten! Übrigens wurde der Streik schon nach wenigen Tagen durch das Nachgeben der Unternehmer beendet[1]).

---

[1]) Ein gradezu ergötzliches Zeichen der Angst eines gewissen Teils der Berliner Bürgerschaft ist die folgende Geschichte, bei der wir ebenfalls den Bericht der „Nationalzeitung" zu Grunde legen. Ein paar — sage ein paar — Arbeiter hatten gegen einige Bäcker wegen des Verkaufs zu kleiner Brote Drohungen ausgestoßen. Flugs richtete in der Stadtverordneten-Versammlung ein Mitglied derselben an den Magistrat die Interpellation: wie man die Bäcker zu schützen gedenke? Die Frage wird auch alles Ernstes erwogen und führt zu einer langen Debatte, bis schließlich einer der Stadtväter selbst erklärt, es sei höchst tadelnswert, daß „die Besitzenden bei

Mittlerweile hatte schon die Organisation der Berliner Arbeiter begonnen. Arbeiter verschiedener Gewerke hatten ihre Vertreter ernannt; und alsbald wurden die Deputationsversammlungen der Arbeiter eröffnet. Auch in ihnen, denen Born, der Deputierte der Schriftsetzer, präsidierte, ging es würdig und doch zugleich lebhaft zu. „Keine der vielen Versammlungen, — schreibt die Nationalzeitung — denen wir in den letzten Wochen beigewohnt, hat auf uns einen solchen Eindruck der Lebendigkeit und Frische gemacht, wie die Deputationsversammlung der Arbeiter."

Auf Borns Antrag bildeten die Deputierten der verschiedenen Gewerke aus sich heraus ein Zentralkomitee der Arbeiter, welches seinerseits wiederum einen Ausschuß von 5 Mann zur Ausarbeitung von Vorlagen an das Zentralkomitee delegierte. Erst die vom Komitee genehmigten oder modifizierten Vorlagen sollten an die Deputationsversammlungen und von diesen an die einzelnen Gewerke und Arbeiterklubs gehen.

Von dem einmal eingeschlagenen Wege ließen sich die Arbeiter nicht abbringen, — wiewohl Versuche dazu von rechts und von links gemacht wurden. Auf der einen Seite war es der Geheimrat Lette (damals Präsident des Revisionskollegiums für Landeskulturſachen und Staatsrat), welcher die Arbeiter überreden wollte, die beabsichtigte Organisation im Verein mit den Unternehmern zu bilden. Nachdem er schon durch ein Flugblatt hierauf hinzuwirken gesucht, erschien er persönlich in einer der Deputationsversammlungen der Arbeiter und trug seine Ansichten vor. Er wurde aber von Born treffend abgeführt, welcher darauf hinwies, daß eine im Interesse der Arbeiter liegende Verständigung mit den Unternehmern nur dann möglich sei, wenn die ersteren zuvor gesondert ihre Interessen beraten hätten, da sonst der Einfluß der Unternehmer dominiere oder — mangels Einigung — gar keine Beschlußfassung zustande käme: Gründe, deren Berechtigung jüngst erst im Reichstage vom preußischen Staatsminister von Bötticher anerkannt wurde (gelegentlich der Beratung der im Unfallversicherungs-Gesetzentwurfe vorgesehenen Arbeiterausschüsse). Diese Gründe leuchteten auch den Arbeitern ein, und sie verwarfen demgemäß Lettes Vorschläge. Ebensowenig ließen sich die sozialistischen Arbeiter durch den politischen Radikalismus beirren. Hier war es der jakobinisch-demokratische „Politische Klub", der die Arbeiterschaft ins Schlepptau nehmen wollte. Diese Herren gingen schlauer zu Werke, sie

jeder Kleinigkeit in die Angsttrompete stießen!". Damit hatte endlich die Sache ihre Erledigung gefunden.

beriefen eine „Arbeiter"-Versammlung, in der sie das große Wort führten. Klüglicherweise hatten sich aber die neuen Arbeiterführer — Born und Genossen — vollständig fern davon gehalten und beschäftigten sich mit ihrer Art der Arbeiter-Organisation, ohne Notiz von der rein politischen Demokratie zu nehmen, wie sie der „Politische Klub" verstand. Es kann immerhin nicht geleugnet werden, daß ein erheblicher Teil der Berliner Arbeiterschaft dem Banner der Demokratie folgte. Aber alle diese demokratischen Arbeiter beteiligten sich an der politischen Bewegung jener Zeit nicht als „Arbeiter", sondern als „Bürger"; sie gingen zusammen mit einer Masse von Angehörigen andrer Berufszweige, mit Kleinbürgern, Handwerkern, Krämern, selbständigen und unselbständigen Kaufleuten, Studenten u. s. w.

Schließlich versuchte noch der „Konstitutionelle Klub" sein Glück mit der Arbeiterpartei. Er lud die schon mehrfach angeführten „Deputationen" ein, an seinen Sitzungen teilzunehmen. Die Arbeiter-Vertreter leisteten der Aufforderung zunächst Folge, ohne daß es aber zu einem Zusammengehen zwischen Konstitutionellen und Arbeitern gekommen wäre.

Selbständig ging die neue Arbeiterpartei ihren Weg, ohne sich sogar durch extreme kommunistische Agitationen beirren zu lassen. Diese wurden eifrig betrieben von dem zwanzigjährigen Adolf Schlöffel jun., dem Sohne des schlesischen Fabrikanten Schlöffel, welcher damals demokratischer Abgeordneter zur Frankfurter Nationalversammlung war. Schlöffel trat des öfteren in Volks-Versammlungen auf. Die glühende Begeisterung und der Edelsinn, der aus seinen Reden für das Wohl der Armen hervorleuchtete, riß die Menge, so oft er sprach, zu frenetischen Beifallsbezeugungen hin. Aber, sobald das erste Feuer verraucht war, wurde wenig des kühnen Jünglings gedacht, und es gelang ihm nicht, einen irgend erheblichen Einfluß zu gewinnen. Auch eine von Schlöffel gegründete Zeitung, „Der Volksfreund", hatte nur sehr geringen Erfolg. Sie hatte alles in allem — 150 Abonnenten. Sie ging daher auch schon nach Verlauf eines Monats ein. Allerdings mag hierauf die Verurteilung Schlöffels zu längerer Freiheitsstrafe von Einfluß gewesen sein.[1])

[1]) Die Verurteilung erfolgte, weil Schlöffel das Volk aufgefordert hatte, die Zurücknahme des indirekte Wahlen anordnenden Gesetzes zu erzwingen und eine allgemeine Volksbewaffnung gegen den Willen der Regierung durchzusetzen. Zu diesem Zwecke riet der „Volksfreund" in einem Artikel, betitelt „Die große Wahldemonstration", den Arbeitern, massenhaft — etwa 60 000 Mann stark — vor das königliche Schloß zu rücken und hierdurch das Ministerium Kamphausen zum Nachgeben zu nötigen.

Auch als Weitling im Juli nach Berlin kam, besserten sich die Chancen des Kommunismus nicht. Weder gewann er durch sein Auftreten in Versammlungen Beifall, noch vermochte sich die von ihm herausgegebene Zeitung „Der Urwähler" zu erhalten. Ja, die letztere mußte schon nach der fünften Nummer wegen Abonnentenmangel eingehen.

Inzwischen war das Berliner Zentralkomitee für Arbeiter, zu dessen Vorsitzenden der Schriftsetzer Born gewählt wurde, nicht müßig gewesen. Es hatte binnen wenigen Wochen die Organisation einer, soweit es die Verhältnisse gestatteten, selbständigen Arbeiterpartei vollendet, sodaß das Bürgertum sich nicht mehr rühmen konnte, die Arbeiter auf seiner Seite zu haben. Die „Einmütigkeit der Berliner, — bemerkte die Nationalzeitung — welcher man die Durchführung der Revolution vom 18. März zu verdanken hätte", sei verschwunden und habe der „Ernüchterung" Platz gemacht.

Als es zu den Wahlen für die preußische, verfassunggebende Versammlung wie für den Frankfurter Reichstag kam, zögerten die Berliner Arbeiter nicht, sich am Wahlkampfe zu beteiligen. Sie gingen Hand in Hand mit der äußersten Demokratie. Der Arbeiterkandidat war für die Frankfurter wie für die Berliner National-Versammlung der Vergolder Bisky, der Vizepräsident des Berliner Zentralkomitees der Arbeiter. Das Resultat war immerhin nur ein sehr mäßiges. Bisky wurde als Stellvertreter in die preußische Kammer gewählt.

Wohlbekannt mit dem Satze, daß aller Anfang schwer sei, ließ sich das Zentral-Komitee nicht entmutigen und fuhr rüstig in seinen Bestrebungen fort.

Es gab zur Schürung der Agitation seit dem 1. Juni eine eigene, dreimal wöchentlich erscheinende Zeitung heraus, „Das Volk," dessen Redaktion Born übernahm.

Zugleich erließ das Komitee auch in andern Städten Aufrufe zur Gründung von Arbeiter-Vereinen und zur Schaffung von Gewerksver-

---

Gegen Ende des Artikels hieß es geradezu: „Wir rufen immer: „„Friedlich, friedlich!"" und vergessen ganz, daß es gerade der Krieg war, der uns das Wenige gebracht hat, was wir an Freiheit besitzen" u. s. w.

Schlöffel gelang es, kurze Zeit nach seiner Inhaftierung zu entfliehen. Er ging zunächst nach Ungarn, wo er sich an der Revolution beteiligte. Als dann 1849 der Aufstand in Südwestdeutschland losbrach, wandte sich der jugendliche Revolutionär sofort dem Kriegsschauplatze in seiner Heimat zu. Er machte die badische Kampagne als Insurgentenoffizier mit und stritt, wie die Augenzeugen übereinstimmend berichten, mit einem wahren Löwenmute für die bereits aussichtslose Sache. Er fiel bei **Waghäusel**, *durch eine Kugel* ins Herz getroffen.

tretungen, denen auch gar manche Städte nachkamen. Doch bildeten sich bloß noch in Hamburg und Leipzig Zentral-Komitees der Arbeiter auf Grund fachgewerblicher Deputiertenwahlen, während in den andern Städten Arbeiter-Vereine ohne solche Grundlage entstanden.

Ganz besonderen Anklang fand der Sozialismus in der zweitgrößten Stadt der preußischen Monarchie, in Breslau. Der dortige Arbeiter-Verein zählte bald 1200 Mitglieder. Sein Organ war der schon oben charakterisierte „Volksspiegel". Daneben erschienen noch mit gleicher Tendenz, übrigens auch von demselben Manne — Behrend — redigiert, „Die Fliegenden Blätter". Auf die Haltung dieser Zeitungen war der greise Universitäts-Professor Nees von Esenbeck von besonderem Einflusse. Gleich die erste Nummer der Fliegenden Blätter war durch einen Aufsatz Esenbecks, betitelt „Das Ministerium der Arbeiter", ausgefüllt, in welchem als Programm hingestellt wurde: dem Arbeiter außer dem Lohne auch noch einen gesetzlichen Anteil an der Unternehmerrente zu gewähren. Von diesem Anteile sollte wiederum ein bestimmter Prozentsatz dazu verwendet werden, dem Arbeiter einen gewissen Kapitalteil bei der Unternehmung gutzuschreiben, bis dieselbe sich schließlich zu einer Assoziation von Gleichberechtigten gestaltete. In denjenigen Fällen, in welchen sich dieses Prinzip nicht strikt anwenden ließ, sollte dasselbe Resultat auf anderem Wege erreicht werden. So sollte z. B. das Gesinde für die Dauer seiner Dienstzeit mit einer bestimmten Quote an der Erbschaft konkurrieren.

Man sieht: Esenbeck war weit entfernt von der Klarheit, die einen intelligenten Proletarier wie Born auszeichnete. Indeß muß man anerkennen, daß Esenbeck nicht um seines „Systems" willen die Breslauer Arbeiter vom Zusammengehen mit den Berlinern abhielt; im Gegenteil, er war ein eifriger Förderer hiervon, mochten auch seine eigenen theoretischen Ansichten nicht allzusehr berücksichtigt werden.

Die Sprache der Fliegenden Blätter wurde bald sehr heftig. Schon in ihrer zweiten Nummer erklärten sie, daß der Krieg gegen den liberalen Bourgeois, den „Züchter weißer Sklaven", geführt werden müsse, wenn dieser nicht freiwillig auf das Privileg des Besitzes verzichte. Mit verkürzter Arbeitszeit und erhöhtem Arbeitslohne sei den Wünschen des Proletariats noch lange nicht genügt. Noch weniger hülfen ihm die konstitutionellen Güter der Rede- und Preßfreiheit, des Assoziationsrechtes, der Schwurgerichte u. s. w., denn alle diese, an sich ja sehr schönen Güter machten das Volk nicht satt. „Aber — schrieben die Fliegenden Blätter — wie soll das besser werden? Wir kennen nur ein Mittel

die Besitzenden müssen ihr Privilegium aufgeben. Wollen sie das nicht, so fallen sie ihrem Privilegium zum Opfer! Es liegt also nur an den Besitzenden. Nicht das Volk ist schuld an Aufruhr und Empörung, sondern die Besitzenden. Gebt dem Volke sein Recht, Bourgeois, schafft die Sklaverei der Arbeit ab, so werdet ihr Ruhe und Frieden haben! ... Sträubt ihr euch dagegen, so wird sich der Arbeiter sein Recht nehmen. Ob dies nun auf gesetzlichem oder ungesetzlichem Wege geschieht, ist durchaus gleichgiltig. Die Hauptsache ist, daß er Recht bekommt."

Es wurde also von den Breslauer Sozialisten — deren offizielles Organ das angeführte Blatt war — ganz offen mit der Revolution gedroht, wenn nicht ihren Plänen gewillfahrt würde.

Diese Breslauer nahmen überhaupt gegen den Liberalismus eine feindseligere Stellung ein, wie die Berliner. So leistete sich ihre publizistische Vertretung in einer Kennzeichnung des Liberalismus folgende Kraftstelle, die übrigens nicht die einzige der Art ist: dem Liberalismus muß vorgeworfen werden „seine innere Hohlheit und Falschheit, seine geckenhafte Gespreiztheit und Vornehmthuerei, seine wahrhaft göttliche Unverschämtheit im Ignorieren oder Wegleugnen von Thatsachen, die ihm vor aller Welt ins Gesicht schlagen, sein ekelhaftes Maulheldentum, sein widerliches Kokettieren und Buhlen um Volksgunst und vor allem seine schamlose Selbstsucht," infolge dessen er das „politische Vaterunser der reichen Bürgerklasse ist, die an der Stelle des Herzens den Geldsack trägt und keine andern Interessen kennt als die des Kapitals."

Es war nötig, den Sozialismus in Breslau mit einigen Sätzen zu charakterisieren. Teils weil er auf die Arbeiterbewegung in Deutschland einen gewissen Einfluß ausgeübt hat, teils weil Breslau derjenige Ort gewesen, in welchem die neue Richtung relativ fast den meisten Anhang (im Verhältnis zu den übrigen Städten Deutschlands) gefunden hat. Letzteres zeigte sich auch bei den Wahlen zur preußischen, gesetzgebenden Versammlung, aus denen neben dem Dr. Stein zwei Sozialisten — der Professor Esenbeck und der Schriftsetzer Brill — als Sieger hervorgingen, freilich nicht als spezielle Arbeiter-Vertreter, sondern als radikale Demokraten.

Und im Frankfurter Parlamente war wenigstens der Stellvertreter eines Abgeordneten Sozialist: es war Wilhelm Wolff, ein Mitglied des Kommunistenbundes und zur Zeit Redakteur der sozial-demokratischen „Neuen Rheinischen Zeitung."

Es sei übrigens noch bemerkt, daß ein Teil, der [illegible] Arbeiter die Richtung des (Esenbeckschen) „Breslauer Arbeit[illegible] als an ge-

mäßigt verdammte und einen eigenen „sozial-demokratischen Arbeiter-Verein" begründete, der indes nicht sonderliche Bedeutung erlangte und auch später wieder mit dem andern Vereine verschmolz.

---

2. Die ersten deutschen Arbeiter-Kongresse und die Schaffung eines nationalen Arbeiter-Bundes.

Der äußere Anlaß zur Vereinigung der in den verschiedenen deutschen Städten konstituierten Arbeiter-Vereine wie überhaupt zur Konzentrierung der Bestrebungen des vierten Standes wurde nicht von diesem selbst, sondern vielmehr von den Handwerksmeistern gegeben. Auf eine von Bremer Meistern gegebene Anregung hin beriefen nämlich die Lauenburger selbständigen Handwerker, im Einverständnisse mit dem aus Meistern und Gesellen zusammengesetzten Bildungsvereine zu Hamburg, nach letzterer Stadt einen Kongreß von Vertrauensmännern norddeutscher Handwerker, um zur Hebung der Gewerke und der Verhältnisse der Gewerbtreibenden überhaupt mitzuwirken. Der Kongreß fand vom 2.—6. Juni statt. Es erschienen aber neben einer überwiegenden Zahl von selbstständigen Handwerkern auch die Vertreter von Gesellen, unter ihnen der schon erwähnte Vergolder Bisky aus Berlin.

Schon damals zeigte es sich klar, daß die Arbeiter ein von ihren Brotherren ganz verschiedenes Ziel verfolgten. Es kam zwischen den Abgeordneten beider Stände zu sehr erregten Debatten, die nur durch die versöhnlichen Worte des nach beiden Seiten hin Zugeständnisse machenden Kasseler Professors Winkelblech beschwichtigt werden konnten.

Schließlich einigten sich die Meister-Deputierten zur Unterzeichnung eines wenige Tage zuvor (am 31. Mai) erlassenen Aufrufs des „Vereins der Hamburgischen Ämter und Gewerke", in welchem die Vertreter des selbständigen Handwerks als die vorzugsweise berufenen Mitberater der deutschen National-Versammlung in gewerblichen Angelegenheiten proklamiert wurden.[1])

[1]) „Wie die wahren Interessen des Ackerbaues — hieß es im erwähnten Aufrufe — naturgemäß am besten und richtigsten von den ihm angehörenden Kreisen des Volks erkannt und vertreten werden, so fordert das Interesse des Handwerks- und Gewerbe-Betriebs eine Vertretung von den ihm Angehörenden. Dazu bieten die, zwar fast überall während der Zeit der Polizei-Herrschaft beschränkten, doch in Deutschland wohl noch nirgends ganz aufgelösten Gewerke und Zünfte der Städte den natürlichsten Verbindungspunkt, um durch Beratungen einen vorbereitenden und fördernden Einfluß auf die künftige Gesetzgebung zu üben. Ihre einzelnen Glieder, persönlich aus dem

Man ersieht hieraus, daß die Handwerksmeister die Arbeiter beiseite zu schieben suchten.

Nichtsdestoweniger beschlossen die letzteren noch nicht, jedes Zusammengehen mit den Meistern zu verwerfen, und waren sogar teilweise damit einverstanden, der in Hamburg erlassenen Aufforderung zur Veranstaltung eines in Frankfurt a. M. stattfindenden, allgemeinen Handwerker- und Gewerbekongresses Folge zu leisten.

Und als noch vor dem Zustandekommen desselben, am 18. Juni, der Berliner Handwerkerverein eine Zusammenkunft von Delegierten deutscher Handwerker- und Arbeitervereine in Berlin veranlaßte, beteiligten sich die letzteren zugleich mit den ersteren. Die Berliner Versammlung, von 37 Vereinen beschickt, nahm eine den Arbeitern viel mehr entgegenkommende Haltung ein als wie es zu Hamburg geschehen war. Man beschloß (am 19. Juni) eine Adresse an die Frankfurter Nationalversammlung, in der ausgesprochen war: es habe sich dem Bewußtsein des Kernes der Nation, des Arbeiter- und Handwerkerstandes, als unabweisliches Recht die Forderung aufgedrängt: daß der Staat jedem, der arbeiten wolle, angemessene Arbeit und menschlichen Bedürfnissen entsprechenden Lohn verbürgen, daß er unentgeltlichen Unterricht und, wo es nötig sei, die Erziehung der Jugend und ebenso die Versorgung der Invaliden der Arbeit übernehmen müsse.

Aber dieses Resultat des Kongresses genügte den anwesenden Arbeiter-Deputierten nicht. Und wenige Tage später, am 26. Juni, erließen sechs derselben eine Aufforderung an alle Arbeiter-, Handwerker- und Bildungs-Vereine Deutschlands, ja auch an die deutschen Vereine in der Schweiz, in Paris, Brüssel und London zur Beschickung eines in Berlin vom 20. bis zum 26. August abzuhaltenden Arbeiterparlaments.

Dieser Appell an das Proletariat sollte durch das unzeitgemäße Verfahren der Meister einen stärkeren Wiederhall finden, als es sonst der Fall gewesen wäre.

Es hatten nämlich zu dem Frankfurter Kongresse (der am 15. Juli begann) auch eine Anzahl Gesellenvereine und Gesellenschaften Deputierte

Stande der Arbeiter hervorgegangen und größtenteils demselben fortwährend angehörend, möchten vorzugsweise zur Lösung dieser Aufgabe mitberufen sein; ihre bürgerliche Stellung entrückt sie einerseits dem, nicht selten durch ihnen fremde Einflüsse hervorgerufenen, ungestümen Drängen und unüberlegten Treiben der bloßen Arbeiter, während andrerseits die Fabrikbesitzer und Inhaber größerer gewerblicher Etablissements in der Regel durch ihren Besitz, soziale Verhältnisse, häufig genug auch durch die ganze Richtung ihrer gehabten Ausbildung dem Arbeiterstande zu ferne stehen, um seine wahren Bedürfnisse zu kennen und zu beurteilen."

entsandt. Aber der versammelte Meisterkongreß erklärte, die Gesellen nicht zulassen zu wollen. Die Folge dieses brüsken Verhaltens war, daß die Gesellen notgedrungen ihre Sache selbst in die Hand nahmen und sich als Gesellen-Kongreß konstituierten, der sich übrigens später als „Arbeiter-Kongreß für ganz Deutschland" bezeichnete.

Nunmehr annullierten zwar die Meister ihren ersten Beschluß und setzten nach neuer Beratung fest: zehn Gesellen seien zum Kongresse mit beratender Stimme zuzulassen.

Mit Recht glaubten die Gesellen auch jetzt noch ihr Interesse nicht genügend gewahrt und, obwohl sie von dem Anerbieten des Meisterkongresses Gebrauch machten, arbeiteten sie nach wie vor selbständig fort.

Das Resultat des Gesellen-Kongresses liegt in einer vom 3. August datierten Adresse an den volkswirtschaftlichen Ausschuß der Frankfurter National-Versammlung vor.

In der Adresse wurden von allgemeinen Forderungen vornehmlich die folgenden erhoben: allgemeines und gleiches Wahlrecht; allgemeiner und gleicher obligatorischer Volksschulunterricht mit sich daran schließender, gewerblicher Bildungsschule; progressive Vermögens- und Einkommenssteuer; gleiches Münz-, Maß- und Gewichts-System für Deutschland; Freizügigkeit; Aufhebung aller Binnenzölle; freie Einfuhr von Rohstoffen und Kolonialwaren; Schutzzoll gegen fertige, ausländische Fabrikate, „für welche die einheimische Industrie kein Treibhauserzeugnis sei;" Beförderung des Exports durch Prämien; bei Übervölkerung Ankauf von Land innerhalb der Grenzen der nordamerikanischen Union und Überlassung desselben an die Auswanderer gegen billige Ablösung; endlich Dismembrationen der Staatsdomänen an Unbegüterte gegen billige Vergütung.

Speziell für die Arbeiter verlangte der Frankfurter Gesellen-Kongreß: die Bildung von Innungen, deren Vorstände aus Unternehmern und Arbeitern bestehen sollten; die Schaffung von Bezirks-Gewerbe-Vorständen aus den Innungen eines Bezirks; Wahl eines Landesgewerbe-Komitees durch die zuletzt genannten Vorstände, welches Komitee mit den obersten Landesbehörden in ständiger Verbindung zu stehen hätte; ferner war von den Innungsvorständen innerhalb eines Regierungsbezirks durch Wahl eine nicht permanente Gewerbe-Kammer zu konstituieren. Aus allen im deutschen Bundesgebiete errichteten Gewerbe-Kammern mußte dann die oberste Zentralbehörde, ein verantwortliches Arbeiter-Ministerium hervorgehen, welches die Freiheit aller Gewerbetreibenden schützen, die Gewerbe-Ordnung handhaben, für die Durchführung der oben angegebenen Maß-

regeln, sowie überhaupt für alle auf den Schutz der Arbeit bezüglichen Institutionen sorgen und die Bildung des Gewerbsstandes fördern sollte.

Die Arbeitszeit sollte für alle Arbeiter gesetzlich auf 12 Stunden (inkl. Frühstücks-, Mittags- und Vesper-Zeit) normiert werden. Dann sollte für jegliche Lohn- und Akkord-Arbeit der Gesellen ein gesetzliches Lohnminimum festgesetzt werden.

Der Innung eines Gewerbes hatten sich alle Fachgenossen — gleichgültig, ob selbständig oder unselbständig — anzuschließen. Jede Innung hatte ihre Korporation der Arbeitgeber und Arbeitnehmer; beide sollten ihre eignen Kassen (Hilfskassen für Kranke u. s. w.) unter eigner Verwaltung haben; und aus diesen beiden Kassen war dann eine spezielle Wanderunterstützungskasse zu stiften.

Dazu sollte durch einen regelmäßigen, wöchentlichen Abzug vom Arbeitslohne eine große, nationale Invalidenkasse begründet werden, die jedem deutschen Arbeiter, wenn er arbeitsunfähig geworden oder ein bestimmtes Alter erreicht hatte, eine hinreichende Pension auszuzahlen im Stande war.

Endlich kamen noch Vorschläge über die Errichtung von Gewerbshallen, Rohstoff-Magazinen und Volksbanken, die wir hier um so mehr übergehen können, als das mitgeteilte Programm in kürzester Zeit von einem neuen verdrängt wurde.

Dies neue Programm wurde auf dem, wie bereits erwähnt, für Ende August nach Berlin berufenen Arbeiterkongresse festgestellt, zu dem auch der Frankfurter Gesellentag einen bevollmächtigten Deputierten gesandt hatte.

Am 23. August wurde der Berliner Kongreß eröffnet. Abgesehen vom Frankfurter Delegierten, waren drei Zentral-Komitees für Arbeiter (zu Berlin, Leipzig und Hamburg) und 29 Arbeiter-Vereine, meist aus dem östlichen Deutschland, vertreten.[1]) Zuschriften waren außerdem von 9 Arbeiter-Vereinen eingelaufen; unter ihnen auch vom deutschen (sozialistischen) Klub in Brüssel.

Zum Präsidenten des Kongresses wurde der Deputierte zur preußischen National-Versammlung, Professor Nees von Esenbeck erwählt, zum ersten Vicepräsidenten Born und zum Protokollführer der Vergolder Bisky. Die vielen und langen Sitzungen verliefen ohne Ausnahme ernst und

[1]) Aus Süddeutschland, der Rheinprovinz, Westfalen und Hannover erschien nur je ein Deputierter, aus Kurhessen, Hessen-Nassau, Braunschweig, Oldenburg und Bremen gar keine.

würdig. Erst nach zehn Tagen — am 3. September — beendigte der Kongreß seine Arbeiten.

Da unter seinen Mitgliedern eingeständlich über manche wichtigen Fragen verschiedene Meinungen herrschten, so kam in die Kongreß-Beschlüsse eine gewisse Zerfahrenheit, welche es schwer macht, in sie ein System zu bringen.

Immerhin wurde von allen Seiten die Bornsche Ansicht als richtig anerkannt, daß es vor allen Dingen sich zunächst darum handeln müsse, die Arbeiter Deutschlands zu einem Ganzen zusammenzufügen, um ihre Konkurrenz zu verhindern und die erdrückende Übermacht der Kapitalisten oder — wie man sie manchmal auf dem Kongresse bezeichnete — der „Spekulanten" etwas zu schwächen.

Es wurde auf dem Arbeitertag resolviert: in jedem Orte sollten die verschiedenen Arbeiter-Gewerke, je nach dem Verhältnis ihrer Mitgliederzahl, Vertreter in ein „Lokal-Komitee für Arbeiter" wählen. Dasselbe hatte die Verpflichtung: regelmäßige Versammlungen der Arbeiter zu veranlassen; die Bedürfnisse und Übelstände des Proletariats in ihren Orten genau zu erforschen und auf Abhilfemittel zu bringen.

Eine Reihe von Lokal-Komitees trat dann — nach der Idee der Resolution — zu einem Bezirks-Komitee zusammen, welches die gemeinsamen Angelegenheiten der Lokal-Komitees besorgte, ihre Interessen mit einander vermittelte und „Bezirks-Versammlungen", bestehend aus Abgeordneten der Lokal-Komitees, einberief.

An der Spitze der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands sollte dann das Zentralkomitee (vorläufig mit dem Sitze in Leipzig) stehen, welches die Interessen der Arbeiter und ihrer verschiedenen Komitees unter einander zu vermitteln, ihnen einen einheitlichen Ausdruck zu geben und eine Repräsentation vor den Staatsbehörden zu schaffen hatte. Das Zentral-Komitee war verantwortlich der alljährlich zu berufenden General-Versammlung, die aus den von den Lokal-Komitees zu sendenden Abgeordneten bestand.

Als nächste Aufgabe der Lokal-Komitees waren bezeichnet: Die Leitung der Arbeitsnachweisung, die Festsetzung der Lohnhöhe, die Übernahme der Auszahlung des Lohnes, die Verwaltung alles von den Arbeitern Ersparten und die Verwendung desselben zum Zwecke von Darlehn an die Arbeiter selbst.

Bei den Lokal-Komitees mußte sich — nach den Intentionen des Kongresses — jeder Arbeitsuchende melden, ebenso wie jeder Unternehmer, der Arbeiter engagieren wollte. Fand sich irgendwo keine Beschäftigung

für eine Anzahl Arbeiter, so wurden dieselben mit Hilfe des Bezirks- oder des Zentral-Komitees nach einer Gegend hingewiesen, wo Mangel an ihnen war. Fand sich trotzdem für die Mitglieder eines Gewerkes im ganzen Lande keine Thätigkeit, so waren sie vom Staate zu unterstützen.

Der Lohnsatz sollte unter dem Vorsitze des Lokalkomitees durch Vereinbarung der Unternehmer mit ihren Angestellten so festgestellt werden, daß er für jede Art der Arbeit im ganzen Orte gleich war und nur für besondere Fähigkeiten höher. Jedenfalls mußte der im Orte gezahlte geringste Lohnsatz zur Befriedigung der notwendigsten Lebensbedürfnisse hinreichend sein.

Die Auszahlung des Lohnes mußte durch die Hand des Lokalkomitees gehen. An dieses wurden sämtliche vom Unternehmer zu entrichtenden Summen überwiesen und dann erst vom Rendanten des Komitees an die einzelnen Arbeiter abgeführt.

Jedoch erhielten dieselben nicht den ganzen Lohn; sondern ein prozentualer Teil desselben — 7 bis 10 Prozent — wurde abgezogen und in eine vom Lokalkomitee zu verwaltende Assoziationskasse gethan. Der Arbeiter durfte aber das Kapital, welches er auf diese Weise nach und nach einschoß, während der ersten 10 Jahre nicht zurückfordern, auch ebensowenig Zinsen beanspruchen, und erst später nach Maßgabe seiner Einzahlungen Teilnahme am Gewinne des in der Assoziationskasse angesammelten Vermögens verlangen.

Die Assoziationskasse ihrerseits sollte als Kreditbank, vornehmlich für Arbeiter, dienen. Vor allem sollte jedes Assoziationsmitglied, das sich in augenblicklicher Notlage befand, zinslose, in Raten rückzahlbare Darlehne erhalten. Mit einem Teile der übrigbleibenden Gelder sollten Darlehne an Gewerbetreibende — mit Bevorzugung der Arbeiter — gegen Zinsen und genügende Sicherheit gegeben werden, als welche letztere jedoch schon fertige Arbeiten, Rohstoffe, ja die Arbeitskraft selber angesehen werden mußten. Mit dem Reste der Assoziationskasse waren Landgüter zu kaufen, die in kleinen Parzellen an Assoziations-Mitglieder überwiesen und von diesen mittelst Ratenzahlungen käuflich erworben werden konnten; und schließlich sollten auch gesunde und billige Arbeiterwohnungen errichtet werden, die von den Mietern ebenfalls mittelst Ratenzahlungen zu kaufen waren.

Das bisher Aufgeführte hoffte der Arbeiter-Kongreß meist mittelst Selbsthilfe durchzusetzen. Daneben beanspruchte er aber auch noch prinzipiell die Intervention des Staates und stellte hierfür ein politisches und soziales Programm auf. Dasselbe enthielt: das allgemeine, gleiche

Wahlrecht für Reichstag, Landtag und Kommune; Feststellung der militärischen Dienstzeit auf höchstens ein Jahr. Ferner: Anerkennung der von den Arbeitern auf dem Wege der Selbsthilfe gethanen Schritte, Gleichheit der Maße für ganz Deutschland, zunächst allerdings nur für Manufakturwaren; Freizügigkeit; Wegfall des Vermögensnachweises beim Eingehen einer Ehe; Aufhebung der Majorate und Parzellierung der Latifundien und Domänen; Fortfall aller Binnen- und Ausfuhrzölle auf Waren, welche in der inländischen Industrie benötigt werden; Herabsetzung der Zölle auf Kolonialwaren und Erhebung der Warenzölle nach dem Wert; Beförderung der Industrieen, welche den Verhältnissen des Landes angemessen sind, daher auch ausreichende Patenterteilung für industrielle Erfindungen und Schutz gegen Nachbildung neuer Warenmuster; Aufhören derjenigen Zuchthausarbeiten, welche zum Nachteile der inländischen Industrie konkurrieren. Dann wurde noch verlangt: der Erlernungsnachweis bei Übernahme eines Geschäftes, das technische Fertigkeiten bedingt; öffentliche Prüfung eines jeden, der Meister werden will; möglichste Aufhebung der Konkurrenz unter den Meistern, Verbot übermäßigen Haltens von Lehrlingen von seiten eines und desselben Meisters; Abschaffung aller gegen den Arbeiter gerichteten Ausnahmegesetze, vor allem derer über das Paßwesen; schließlich: Aufhebung der indirekten Steuern, Einführung einer progressiven Einkommensteuer mit Steuerfreiheit aller derer, welche nur das zum Leben Notwendige haben, Wahl der Werkführer in Fabriken und Werkstätten unter Zuziehung der Arbeiter und endlich Einführung eines zehnstündigen Normalarbeitstages für die Erwachsenen und gänzliches Verbot der Verwendung der Kinder unter 14 Jahren in Fabriken oder zum Hausierhandel, in Werkstätten dagegen nur bei Hinderung des regelmäßigen, vollen Schulbesuchs.

Die Arbeiter hätten keine Sozialisten sein müssen, wenn sie nicht auch das Gebiet der Erziehung in den Kreis eingehender Beratung hätten ziehen wollen. Hier wurde u. a. gefordert: Die Volksschule sollte von allen Kindern — ohne Unterschied des Standes und Besitzes der Eltern — besucht werden; in ihr waren die Kinder unentgeltlich vom fünften bis zum vierzehnten Jahre zu unterrichten; die unbemittelten Schüler sollten Bücher und sonstige Materialien sowie die Kleidung umsonst empfangen; der Religionsunterricht war prinzipiell aus den Lehrgegenständen zu streichen. An die Volksschule sollte sich dann — nach den Intentionen des Arbeiterkongresses — eine obligatorische Fortbildungsschule für die Lehrlinge schließen.

Nach der Feststellung des, wie man sieht, außerordentlich reich-

haltigen Programms, erließ der Kongreß ein Manifest und drei Adressen an die (konstituierende) Nationalversammlung in Frankfurt a. M., sowie einen Aufruf „An die deutschen Arbeiter". Darin erklärten jene Deputierten von kaum 70 Arbeitervereinen (den Gesellenkongreß eingerechnet), daß sie im Namen von „mehreren Millionen von ihnen vollgültig vertretener Arbeiter" sprächen. Wer durch diese hohle Renommage getäuscht werden sollte, — das bleibt ein Rätsel.

Das wichtigste der angeführten Aktenstücke ist jedenfalls das „Manifest", in welchem die Kongreß-Beschlüsse der Beachtung der National-Versammlung anempfohlen wurden. Die Sprache des Manifestes ist im allgemeinen eine männlich-ernste, wenn sie auch an einzelnen Stellen in Phrasen schillert. Durchaus bezeichnend für den Geist der Arbeiter-Deputierten ist der Schluß, der deshalb auch hierher gesetzt werden mag:

„Wir, die Arbeiter, sind von Natur die Stützen der Ruhe und Ordnung, denn wir wissen sehr wohl, daß wir zum Leben vor allem der Ruhe und Ordnung bedürfen. Wir reichen unseren Mitbürgern und unseren Gesetzgebern die Hand und die Verheißung unseres Wortes: Ja! wir wollen die Ruhe und Ordnung der Staaten aufrecht erhalten, — wir können es verheißen, denn wir haben die Kraft dazu und sind uns unserer politischen Bedeutung bewußt. Nur notgedrungen würden wir, wenn wir abgewiesen würden, wenn der alte Wahn aufrecht erhalten und unserer Rechte auch fernerhin, wie früher, von keinem der Machthaber auf humane Weise gedacht würde, der Geißel des Schicksals gehorchen und unter der Macht der finsteren Not aus den wärmsten Freunden der bestehenden Ordnung zu den bittersten Feinden derselben werden müssen."

Es war faktisch in den bisherigen Vorschlägen der Arbeiter im großen und ganzen keine Feindschaft gegen die bestehende Gesellschaftsordnung zu tage getreten. Man kann schwerlich verkennen, daß eine gewisse Mäßigung in den Forderungen der Arbeiter vorherrschte, daß das Bestreben vorwaltete, an die existierenden Institutionen anzuknüpfen.

Aber man wird sich auch andererseits nicht verhehlen dürfen, daß gar manche Unklarheit, ja Unreife in jener Versammlung zu tage trat und für jedermann, der unbefangen sehen kann, unwiderleglich zeigte, daß das Proletariat noch ein gutes Stück entfernt von dem Ziele war: befähigt zu sein, einen erheblichen Anteil an der nationalen Regierung zu nehmen oder, richtiger, sich und seine Geschicke [redacted] leiten.

Jedenfalls brachte der Kongreß der Arbeit[redacted]vorteile.

Es war doch ein deutscher Arbeiterbund geschaffen worden! Demselben traten die verschiedenen Arbeiter-Vereine, welche nach Berlin Vertreter gesandt hatten, ohne Ausnahme bei und nannten sich nunmehr „Bezirks"- oder „Lokal"-Vereine der „Arbeiter-Verbrüderung", — dies war der Name, welchen der neue Bund alsbald annahm.

Das Zentralkomitee des Bundes wurde nach Leipzig verlegt. Hierhin mußte jetzt auch Born, als Mitglied dieses Komitees, übersiedeln. Ebendahin wurde auch das publizistische Organ des Verbandes, die „Verbrüderung", verlegt, welche seit dem 1. Oktober 1848 zweimal wöchentlich herausgegeben wurde, während das Berliner „Volk" schon mit dem 29. August sein Erscheinen eingestellt hatte.

---

3. Die Geschichte des deutschen Arbeiter-Bundes: Entwicklung seiner sozialen Tendenzen. — Das offizielle, publizistische Organ „die Verbrüderung". — Lebhafte Agitation des Arbeiter-Bundes, insbesondere die Distrikts-Kongresse. — Die Beschlüsse der letzteren. — Starkes Anwachsen des Bundes.

Wir haben die allgemeine Arbeiterbewegung bisher bis zu demjenigen Punkte verfolgt, wo es ihr gelungen war, einen nationalen Bund zu stande zu bringen (August 1848).

Die Arbeiter-Verbrüderung — so lautete der offizielle Name des Bundes — suchte in der ersten Zeit, in welcher sie von den Regierungen im großen und ganzen unbehelligt blieb, kraftvoll ihren Wirkungskreis zu erweitern. Sie veranstaltete an vielen Orten Volksversammlungen zur Unterstützung ihrer Sache und war bestrebt, überall Boden zu fassen. Arbeiter-Bildungsvereine und Unterstützungskassen wurden, wo es nur anging, ins Leben gerufen. Und eine Vereinigung von Arbeiter-Genossenschaften beider Gattung schuf eine Reiseunterstützungskasse, welche die Mitglieder in den Stand setzte, ihre Reisen zu vollbringen, ohne dem Bettel zu verfallen.

In welches soziale Fahrwasser steuerte nunmehr der Bund? Das System von Ansichten, wie es von der „Verbrüderung", dem offiziellen Organe des Zentralkomitees, vertreten wurde, giebt uns die beste Antwort darauf.

Darnach ist die soziale Frage nur der Ausdruck eines gewaltigen **Klassenkampfes** in der Gesellschaft, eines Kampfes zwischen Besitzenden **und Besitzlosen.** Jene wollen die Privilegien des Kapitals aufrecht erhalten, diese wollen sie aufheben. Von diesem Gesichtspunkte aus muß

die ganze Stellung der Arbeiterpartei bestimmt sein. Dieselbe darf daher nicht, wie viele deutsche Sozialisten vor 1848 die politischen Verhältnisse vernachlässigen. Sie wird vielmehr zur Erkenntnis gelangen, daß die Verwirklichung der Forderung der Demokratie, der Forderung der Volksherrschaft, die Voraussetzung einer wirklichen sozialen Besserung ist. Denn ein absoluter Monarch vermag selbst beim besten Willen nicht eine tiefgreifende Reform durchzusetzen, da er heutzutage nicht mehr seine persönlichen Interessen vertritt, sondern diejenigen einer Klasse, nämlich des feudalen Adels. Wenn nun auch das Proletariat den Adel benutzen könnte, um die Klasse der Kapitalisten zu stürzen, so wird es dies wahrlich nicht thun, um dem alten Feudalismus wieder zur Herrschaft zu verhelfen. So lange der letztere noch so viel Macht besitzt, daß er sich möglicherweise wieder zu seiner früheren Selbständigkeit erheben könnte, ist es — wie die „Verbrüderung" meint — die Aufgabe des Proletariats, am vollständigen Sturze des Feudalismus mitzuarbeiten. Denn es kann nicht im Interesse der arbeitenden Klasse liegen, die Herrschaft mit irgend einer andern Klasse zu teilen, sondern sie will dieselbe allein und ungeschmälert besitzen, d. h. sie will die Klassenherrschaft ganz und gar aufheben.

Was die Bourgeoisie anlangt, so mußte sie — zufolge der Ansicht der Führer des Arbeiter-Bundes — so lange der Verbündete der arbeitenden Klasse sein, als es eine herrschende Macht im Staate gab, die ihre bevorrechtete Stellung aus der Geburt herleitete. Seit der März-Revolution ist diese letztere Macht gestürzt. Die Kapitalisten führen von nun an das Staatsruder. Der größere Besitz allein ist es, der in unserer Gesellschaft Vorrechte bietet, der die Gesellschaft in zwei Klassen, in die vermögende und unvermögende, teilt. Die nichtvermögende, arbeitende Klasse will aber die Aufhebung aller Vorrechte und aller Klassengegensätze, sie steht folglich auch der Bourgeoisie feindlich gegenüber.

Nun ist aber in Deutschland der letzterwähnte Klassengegensatz noch nicht entschieden ausgebildet, wie das z. B. in Frankreich und England statt hat. Es giebt bei uns noch eine zahlreiche Klasse der Kleinbürger. Diesen Kleinbürgern gegenüber muß die Arbeiterklasse eine besondere Stellung einnehmen. Soweit jene gegen die zu große Macht des Kapitals ankämpfen und nicht besondere Privilegien für sich in Anspruch nehmen, die darauf hinauslaufen, die gesellschaftlichen Klassengegensätze zu befestigen oder zu erneuern, — sind sie von den Arbeitern zu unterstützen. Sonst nicht.

Ein ähnliches Verfahren muß gegenüber den Kleinbauern einge-

schlagen werden. Soweit es sich darum handelt, sie von den Lasten zu befreien, welche als mittelalterliche Reste der Bevorrechtung einzelner sie in ihrem Wohle und in ihrer Freiheit hindern, werden sie vom vierten Stande unterstützt werden. Nachher aber werden die Bauern unzweifelhaft mehr und mehr von den Netzen des Kapitals umstrickt werden, aus denen sie sich nicht anders werden befreien können, als im Bunde mit dem städtischen Proletariat. —

Eine spezielle Auseinandersetzung wurde seitens der Theoretiker der Verbrüderung dem damals so vielfach — unter anderem auch in der deutschen Nationalversammlung — erörterten Rechte auf Arbeit gewidmet.

Das Recht auf Arbeit — hieß es seitens der Führer der neuen Bewegung — bedeutet eigentlich nur die Forderung des Rechtes zu leben, und diese letzte Forderung ist demnach in dem Rechte auf Arbeit nur in der bescheidensten Form ausgedrückt, indem eine Sicherung des Lebens nicht umsonst, sondern nur gegen Arbeit beansprucht wird. Hiermit werden aber die Mitglieder eines und desselben Staates solidarisch verbindlich gemacht, einer die Sorge für den andern zu übernehmen; und dies widerspricht dem Prinzipe der bestehenden Gesellschaft, dem Prinzipe der freien Konkurrenz, demzufolge jeder für sich selbst zu sorgen hat. Aus diesem Grunde ist angeblich das Recht auf Arbeit unrealisierbar.

Das einzige Mittel, dem Arbeiter zu helfen, ist — unseren Proletarier-Theoretikern zufolge —: die Assoziation. Dieselbe hat nämlich, wenn sie richtig geleitet wird, angeblich den Vorzug, daß sie eine ganze Reihe von Hilfsmitteln schafft, die, einzeln betrachtet oder angewandt, von keinerlei Bedeutung sind, die aber im gegenseitigen Zusammenhange die Thätigkeit der Assoziierten ungemein erleichtern und ihre Verhältnisse verbessern müssen. Die Assoziation macht in diesem Falle den Arbeiter frei; sie löst sein Unterthanenverhältnis zur Klasse der Kapitalisten auf, sie erhebt ihn zur Selbständigkeit und verschafft ihm Kredit. Die Reichen zahlen sich — der Verbrüderung zufolge — gegenseitig in Wechseln; das Papier ersetzt bei ihnen das Geld als Tauschmittel. Die Assoziationen, welche miteinander in Verbindung stehen, können ihre Waren ebenfalls durch das Mittel ihres eigenen Papiergeldes austauschen. Als Korporationen geben sie sich gegenseitig Kredit, als Korporationen werden sie auch Kredit überall erlangen, denn sie können reelle Garantieen bieten, sie haben ein gemeinschaftliches Kapital, die Mitglieder der Assoziationen können sich solidarisch für die darauf haftende Schuld verpflichten. Durch die Assoziationen wird zugleich der Zwischenhandel aufgehoben und das Verhältnis vernichtet, wodurch jetzt die arbeitende Klasse ihre Produkte,

wenn sie dieselben zu ihrem eignen Bedarfe zurückkaufen will, theurer bezahlen muß, als sie sie selbst produziert hat. Die Arbeiter tauschen, im Gegensatze hierzu, heutzutage ihre Produkte nicht direkt miteinander aus, sie stehen im Lohne von dritten, welche ihre Arbeit ausbeuten, welche die Produkte derselben mit einem Aufschlage, dem Profit und den Zinsen für das darauf verwandte Kapital, verkaufen. Hierdurch, daß die arbeitende Klasse alle ihre Produkte zu einem höheren Preise sich wiederverschaffen muß, als sie selbst für deren Erzeugung erhalten, zahlt sie indirekt alle Steuern, ist sie die Beute der herrschenden Macht des Besitzes. Tauschen die Arbeiter ihre Produkte ohne Vermittelung des Kapitalisten aus, stehen sie selber in wechselseitigem Verkehre, so erhalten sie ihre Produkte so billig, als sie selbst sie geliefert; denn zwischen den einzelnen Arbeiter-Assoziationen herrscht Gegenseitigkeit. Auf diese Weise wird aber nicht allein der Kapitalist unmötig, sondern auch unmöglich gemacht, denn er kann nur solange existieren, als sein Gegensatz, der Lohnarbeiter, existiert. Befreit sich dieser, so giebt es keine Macht des Kapitals mehr, und unsere Gesellschaft ist wieder in eine neue Entwicklungsperiode getreten, sie hat eine neue Produktionsweise angenommen. —

Bevor wir jetzt auf die Praxis des Verbrüderungsbundes näher eingehen, wollen wir aus derselben einen Punkt vorwegnehmen, der gewissermaßen zur Ergänzung der dargestellten Theorieen dient. Wenn nämlich bei der letzteren von der Voraussetzung ausgegangen worden, daß die zur Stiftung der Assoziationen notwendigen Gelder durch freiwillige Beiträge zusammenkommen könnten, so wurde dieser Gedanke bald aufgegeben und Petitionen in Umlauf gesetzt, welche zu jenem Zwecke staatliche Subventionen verlangten, z. B. von Preußen 10 Millionen Thaler, von Sachsen 4 Millionen u. s. w. —

Um ein richtiges Bild von dem unmittelbaren Wollen und Wirken der Führer des Arbeiterbundes zu erhalten, wird vor allem die Haltung des offiziellen Journals, der „Verbrüderung", charakterisiert werden müssen.

Sie vertrat neben dem Sozialismus im Sinne der eben analysierten Theorie den entschiedensten revolutionär-demokratischen Standpunkt. Thron und Adel, Konservativismus wie Liberalismus und Bourgeois-Demokratie wurden aufs heftigste befehdet. Nachdem die Kammern in Hannover, Preußen und Sachsen aufgelöst worden, forderte die „Verbrüderung" in einem Leitartikel „Worauf wartet Ihr noch?" (Nr. 62 vom 4. Mai 1849) in nicht mißzuverstehender Weise zur Revolution auf. Die Fürsten — hieß es — wollten mit ihren vorsintflutlichen Ministern regieren; der Mut sei ihnen gewachsen, je mehr der passive Widerstand des Volkes

zur Komödie geworden. Es bleibe der Reaktion nichts mehr übrig, als sich nach einem Sibirien für die Volksführer umzusehen oder sie samt und sonders zu Pulver und Blei zu begnadigen. Angekündigt sei die Herrschaft der Knute schon. „Ermanne dich, deutsches Volk, — schloß der Artikel — es ist die höchste Zeit, du mußt entweder untergehen oder dich erheben; den Absolutismus, die Knute oder die Freiheit. Wähle, und die Geschichte wird über dich richten."

Bald erließ die „Verbrüderung" einen leidenschaftlich revolutionären Aufruf an die Arbeiter. Die Fürsten wurden darin als Verräter hingestellt, Knechtschaft und Elend als unvermeidliche Folgen bezeichnet, wenn nicht die Kontrerevolution rechtzeitig gebrochen wurde. Die bisherigen Vertreter des deutschen Volkes wurden als Feiglinge, Buttermilchseelen und Ehrgeizige an den Pranger gestellt, die sich jede Schmach gefallen ließen. Das Volk aber — hieß es weiter — sollte sich nicht mit Füßen treten lassen, sonst sei es feig und verdiene nicht, frei zu sein. Jetzt gelte es den Kampf gegen die Säbelherrschaft, deren Gräuel auch den Friedfertigsten zur Wut entflammen müßten „Die Sintflut — lautete es schließlich im Aufrufe — wird heranschwellen, sie wird das Gesindel verschlingen, welches am Mark des Volkes saugt. Der Sturm wird es hinwegfegen. Dann braucht das Volk Führer, die Freude haben am Schaumspritzen des wogenden Meeres, die dem Sturme zujauchzen. Jetzt gilt es, den Preis zu erringen, den der Kampf um die Freiheit bietet, jetzt gilt es, zu predigen den Kampf und die Rache."

Zu gleicher Zeit brachte die Verbrüderung aus der Neuen Rheinischen Zeitung zwei der fürchterlich-aufreizenden Artikel über die schlesische Milliarde,[1]) — und dies bildet auch einen Beitrag zur Charakteristik des Verhaltens der Verbrüderung.

Ein sehr erheblicher Teil des Raumes unseres Journals war der sozialdemokratischen Poesie gewidmet. Die extremsten Gedichte Alfred Meißners, Karl Becks, Freiligraths, Herweghs, Weerths u. a. wurden abgedruckt, daneben auch die Poeme von Arbeitern, die dem Bunde angehörten. So schrieb z. B. der Vergolder Bisky, den wir als einen der Leiter der hier betrachteten Bewegung und als einen ihrer parlamentarischen Vertreter kennen gelernt haben, radikal-egalitäre Lieder für das Blatt.[2])

[1]) Von den Artikeln der Neuen Rheinischen Zeitung über die schlesische Milliarde ist im folgenden Kapitel — bei Gelegenheit der Charakteristik der Neuen Rheinischen Zeitung — die Rede.

[2]) So schrieb z. B. Bisky:

„Lumpen, Lumpen! bringt mir Lumpen!
Ungewaschen, ungekrumpen;

Als sich die Dinge zur Entscheidung zuspitzten, forderten wilde, revolutionäre Gesänge die Arbeiter auf, sich um das Banner der roten Fahne zum Kampfe gegen die Regierungen und gegen die Reichen zu scharen[1]). Dem Königtum aber wurde sein baldiger Untergang prophezeit[2]).

Man geht nicht zu weit, wenn man behauptet, daß seit Ende April 1849 mehrere Monate hindurch die Nummern der Verbrüderung ebensoviele Aufrufe zur Revolution, ebensoviele Mahnungen an die Arbeiter zum Losschlagen waren.

Der Chefredakteur Born selber nahm einen hervorragenden Anteil an der Dresdener Mairevolution; er wurde schließlich sogar zum Oberstkommandanten des Insurgentenkorps erwählt und leitete deren Rückzug nach Böhmen. Dann begab er sich in die Pfalz, um an der dort eben ausgebrochenen Erhebung teilzunehmen, — als er krank wurde und sich vom Revolutions-Schauplatze wegschaffen lassen mußte.

Königskleider, goldgestickt,
Bettlerkittel, buntgeflickt.
Ordensbänder, Bischofsmützen,
Bunte Lappen, blanke Litzen;
Alles muß in meinen Sack,
Alles muß ins Lumpenpack!"

[1]) Es hieß z. B. in einem dieser Gedichte:

„Jetzt oder nie! dies Losungswort,
Mein Volk laß es dir sagen;
Das Schwert ist unser einz'ger Hort,
Was nützen alle Klagen?
Wie der zuckende Blitz die Nächte erhellt,
So fliegt und flammt jetzt der Krieg durch die Welt . . . .
Wir geh'n aus des Elends Hütten hinaus,
Und bauen der Freiheit ewiges Haus . . . .
Wenn es Götter giebt, so stehn sie uns bei,
Und wenn nicht, so ist es auch einerlei . . . .
Die rote Fahne wallt
Im Sommermorgenschein.
Hurrah! die Trommel schallt!
Jetzt in die Schlacht hinein!"

[2]) Man vergleiche z. B. ein Gedicht des Arbeiters Bobzin, in dem es heißt:

. . . Ums Jahr zweitausend wird an des Römers Stufen
In Frankfurt an dem Maine ein Bettler also rufen:
Erbarmen, o ihr Brüder, o gebt um Gotteslohn
Dem Ärmsten eine Gabe, dem letzten Königssohn!"

Das Poem schließt damit, daß die soziale Republik den letzten, deutschen Königssohn als Arbeiter annimmt.

Es sei übrigens bemerkt, daß die Verbrüderung, als sie, nach Borns Ausscheiden aus der Redaktion, von dem Geometer Schwenniger (ebenfalls Mitglied des Zentralkomitees) geleitet wurde, in theoretisierenden Aufsätzen die Lehren von Heß vertrat und aus dessen unverdaulichen, sozialphilosophastrischen Deduktionen ein dem geraden Verstande der Arbeiter möglichst genehmes Ragout zu bereiten suchte. —

Wir haben jetzt, nach der Charakteristik des offiziellen publizistischen Organs des Arbeiterbundes, auf des letzteren sozialpolitisches Wirken einzugehen.

Das Zentralkomitee entfaltete von Anfang an eine außerordentlich rege, agitatorische Thätigkeit, um dem Bunde neue Mitglieder zuzuführen, um dort, wo keine Arbeitervereine bestanden, solche zu begründen, und um da, wo es schon welche gab, sie zu veranlassen, der „Verbrüderung" beizutreten. So berief z. B. das Zentralkomitee in Leipzig Massenversammlungen; so sprach Born in Dresden, in Magdeburg und in andern Städten, ebenso Schwenniger in Essen; so erließ das Komitee Zirkulare an alle in Deutschland existierenden Arbeitervereine, mit der Aufforderung, sie möchten sich dem Verbande anschließen.

Ferner wurden zu obengedachten Zwecken teils direkt vom Zentralkomitee, teils auf seine indirekte Veranlassung und mit seiner hervorragenden Beteiligung Distrikts-Arbeiter-Kongresse veranstaltet. Zunächst wurde ein solcher für die Arbeiter-Vereine des Königreichs Sachsens, der preußischen Provinz Sachsen und der sächsischen Herzogtümer auf den 27. September nach Leipzig berufen. Derselbe, von 25 Deputierten besucht, beratschlagte drei Tage hindurch. Unter seinen Beschlüssen ist ganz besonders bemerkenswert: eine Petition an die sächsische zweite Kammer zur Erlangung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts; und ferner eine Petition der Arbeiter Deutschlands an die Nationalversammlung ihrer respektiven Staaten um die Gewährung einer staatlichen Unterstützung für Produktiv-Assoziationen. Diese Unterstützung sollte z. B. für das Königreich Sachsen 4 Millionen Thaler betragen[1]).

[1]) Bei der historischen Bedeutung, welche die Petition des Sächsischen Arbeiterkongresses um Gewährung von Staatssubvention für die Arbeiterassoziationen — angesichts des späteren Lassalleschen Vorschlages — hat, sei hier die eine der Petitionen, nämlich diejenige an die sächsische zweite Kammer, wörtlich wiedergegeben. Sie lautet:

„Hohe Versammlung! Mit gespannter Erwartung blickt das Vaterland auf Ihre Beschlüsse, es harrt und hofft, daß durch Sie ihm eine neue Zeit, eine bessere

Diese Petition wurde auch wirklich in ganz Deutschland in Umlauf gesetzt und fand, wenigstens nach den Berichten des offiziellen Journals des Arbeiterbundes, viele Tausende von Unterschriften.

Zukunft gegründet werde. Der alte Staat hat sich überlebt, und nicht der Mangel an politischer Freiheit allein ist es, der die Bürger berufen, ihn zu stürzen, um einen neuen aufzubauen; im alten Staate hatten sich auch Verhältnisse entwickelt, die es einer großen Anzahl seiner Mitglieder unmöglich machten, zu einer unabhängigen, gesellschaftlichen Stellung zu gelangen; Verhältnisse, in denen Fleiß, Geschicklichkeit und Kenntnisse nicht mehr ausreichen, um des thätigen Mannes Existenz zu garantieren. Eine beträchtliche Zahl von Arbeitgebern ist durch die Konkurrenz, in welche sie machtlos mit dem herrschenden Kapital eingehen mußten, ruiniert und dem Untergang nahe, eine weit größere Anzahl von Arbeitern noch ist in einen Zustand herabgesunken, welcher die menschliche Gesellschaft entwürdigt, indem unerwachsene Kinder ihre Eltern mit ernähren müssen und, wo dies nicht der Fall ist, dem erwachsenen selbständigen Arbeiter dennoch nicht die geringste Aussicht mehr blüht, daß er aus dem Stande eines Lohnarbeiters sich je zu einer freien Stellung werde erheben können. Das bewegende Prinzip der Gegenwart ist dasjenige, daß der Mensch zur materiellen Freiheit gelange, und, solange dies Ziel nicht erreicht ist, wird die Gesellschaft in revolutionären Kämpfen sich befinden, weil ein Prinzip, wenn es als wahr von der Mehrzahl der Menschen anerkannt worden, notwendig auch ins Leben geführt werden muß.

Wie mannigfaltig nun auch die Mittel sein mögen, welche Sie für die bessere Existenz der arbeitenden Klasse ergreifen werden — wir sehen ihnen gespannten Herzens entgegen —, ein Mittel erlauben sich die Unterzeichneten einer hohen Versammlung zu empfehlen und um dessen Anwendung inständigst zu bitten, es ist das der Assoziation der Arbeiter. Sowie die Assoziation von Kapitalisten die großen Erfindungen, Bauwerke und Fabriken hervorgebracht, durch welche unsere Zeit sich wesentlich vor der Vergangenheit unterscheidet, so werden nun die Assoziationen der Arbeiter der gewerblichen Thätigkeit eine neue gewaltige Gestaltung geben, sie werden der Entwicklungsgeschichte der Menschheit zufolge immer mehr Menschen in den Kreis der Unabhängigen und Freien ziehen, immer mehreren eine menschliche Existenz sichern. Diejenigen aber, welche nichts besitzen als ihre Arbeitskraft, können unmöglich dies große Werk allein und in dem Maße aufrichten, daß es wesentlichen und allgemeinen Nutzen bringe. Des Staates Pflicht ist es, für das Wohl aller seiner Glieder zu sorgen, mit seinen Mitteln da besonders auszuhelfen, wo man deren am meisten bedürftig ist, um wo möglich alle fähig zu machen, unter dem Schatten seiner Institutionen sich zu laben und zu dem allgemeinen Wohle ihren Zoll beizutragen.

Die Unterzeichneten bitten also Eine Hohe Sächsische zweite Kammer, der Regierung für Unterstützung von Arbeiter-Assoziationen die Summe von 4 Millionen Thalern aus Staatsmitteln anzuweisen, oder, wenn sie es vorziehen sollte, zu bestimmen, daß vielleicht, ähnlich wie bei Eisenbahnunternehmungen, von den Assoziationen 4 Millionen Thaler in Papiergeld ausgegeben, von der Regierung garantiert und durch die Assoziationen, wie bei den Eisenbahnen, in einer bestimmten Reihe von Jahren eingelöst werden."

Ein zweiter Distrikts-Kongreß fand zu Heidelberg am 28. und 29. Januar 1849 statt. Hier waren vornehmlich die Arbeitervereine Badens, Rheinhessens und der Rheinpfalz vertreten. Dieser Kongreß war besonders deshalb von Bedeutung, weil er einerseits der einzige war, auf welchem das Zentralkomitee mit seinen streng-sozialistischen Ansichten auf prinzipiellen Widerstand stieß, und weil er andrerseits einen großen Schritt näher zum Ziele der Einigung der deutschen Arbeiter führte.

Es ist bereits oben erzählt worden, daß sich in Frankfurt ein Gesellenkomitee konstituiert hatte. Dieses war ebenso wie eine Reihe der südwestdeutschen Arbeitervereine den sozial-föderativen Prinzipien des Kasseler Professors Winkelblech — deren Auseinandersetzung hier zu weit führen würde — zugethan. Um nun, wenn möglich, eine Einigung zwischen den beiden, prinzipiell geschiedenen Komitees anzubahnen, war jener Kongreß vom Heidelberger Arbeitervereine einberufen worden. Auf ihm hatte sich zur Austragung des Prinzipienstreites der Erfinder des sozial-föderativen Systems in eigener Person eingefunden, während die Verbrüderung ihren besten Kämpen, Born, entsandt hatte, um mit dem gelehrten Professor eine Lanze zu brechen. Der Kongreß, präsidiert von dem Abgeordneten zur National-Versammlung Julius Fröbel, begann mit einem scharfen, sozial-politischen Tournier zwischen den Vertretern der beiden Richtungen. Winkelblech suchte in langer Rede seine Doktrin zu halten, aber der schlagfertige Schriftsetzer wußte geschickt zu parieren und an den verwundbaren Stellen des Gegners einzusetzen. Und der laute Beifall, den die Versammlung den Ausführungen Borns spendete, bewies, das letzterer wenigstens in ihren Augen den Gegner aus dem Sattel gehoben hatte. Winkelblech räumte bald genug den Kampfplatz: er reiste schon nach dem ersten Sitzungstage ab. Nun erreichten die Vertreter der Verbrüderung alles, was sie wollten. Das Frankfurter Arbeiterkomitee wurde mit dem Leipziger vereinigt, und zwar so, daß der Sitz des neuen Komitees in Leipzig war. Das offizielle Journal der Verbrüderung — die gleichnamige Zeitschrift — wurde als Organ aller der zu Heidelberg vertretenen Arbeitervereine anerkannt, deren jeder auf eine Anzahl Exemplare zu abonnieren sich verpflichtete.

Jene südwestdeutschen Vereine nahmen gleichzeitig noch einige unmittelbar praktische, soziale Anläufe. Es wurde für jeden Verein die Errichtung von Arbeitsnachweisebüreaus vorgeschrieben und deren Verbindung unter einander hergestellt; es wurde ferner bestimmt, daß jedes Mitglied irgend eines der betreffenden Vereine bei allen anderen das Recht

auf eine Wanderunterstützung haben solle, deren Höhe allerdings dem Belieben des zahlenden Vereins überlassen wurde.

Kaum einen halben Monat nach dem südwestdeutschen Kongresse kam ein norddeutscher Bezirkskongreß in Hamburg zustande (vom 10. bis 14. Februar). Derselbe — von dem Zentralkomitee-Mitgliede Schwenniger präsidiert — war von den Arbeiter-Vereinen Holsteins und Mecklenburgs, von zwei hannoverschen und von denen zu Hamburg, Bremen und Lübeck beschickt. Es wurden in Hamburg die Beschlüsse des sächsischen Arbeiter-Kongresses angenommen, vor allem die Staatsunterstützung für die Arbeiteraffoziationen gefordert. Auch dieser Kongreß war von günstigen Folgen für den Bund begleitet, indem jetzt eine engere Verbindung jener nordischen Vereine mit Leipzig hergestellt wurde und ferner alle mecklenburger Arbeiter-Vereine der Verbrüderung beitraten.

Was jenen Kongreß besonders interessant macht, das ist der dort unternommene Versuch, auch auf die Landarbeiter Einfluß zu gewinnen. Von zwei Gütern (Damelock und Petersdorf) waren Abgesandte erschienen, welche an den Kongreß die Frage richteten: wie den ländlichen Arbeitern zu helfen sei. Daraufhin wurde beschlossen, daß die Tagelöhner auf dem Lande sich ebenso assoziieren sollten, wie die städtischen Arbeiter; ferner ward dem Leipziger Zentralkomitee der Auftrag, für die ländlichen Arbeiter Holsteins eine Petition zu entwerfen, welche beim Staate um Gewährung der zur augenblicklichen Hilfe nötigen Mittel einkommen sollte.

Faktisch wurde nach dem Kongresse unter den mecklenburgischen Landarbeitern agitiert und auch zur Gründung mehrerer sozialen Vereine derselben geschritten. Ferner ward eine Petition aufgesetzt, welche angeblich Tausende von Unterschriften fand, in der in den heftigsten Ausdrücken „zuvörderst" gewünscht wurde: Abschaffung der Patrimonial-Gerichte und dafür Einführung von Geschworenengerichten; Abschaffung der Kirchenpatronats-Rechte und dafür Einführung der freien Wahl der Prediger; Einführung von Gemeinde-Ordnungen auf den ritterschaftlichen Gütern mit freier Wahl der Vorsteher; ein Gesetz zur Verkleinerung der Rittergüter mit der Bedingung, den dritten Teil eines jeden derselben der Gemeinde zum Ankauf zu stellen; Jagdrecht für jeden Grundbesitz u. a.

Zu gleicher Zeit ward auch in Schlesien und in Ostpreußen unter den Bauern agitiert. In ersterer Provinz wurden von Breslau aus die (zuerst in der „Neuen Rheinischen Zeitung" veröffentlichten) Brandartikel Wolffs über die schlesische Milliarde als Flugblatt in vielen tausend Exemplaren verteilt. An einzelnen Orten wurden radikale Arbeit[illegible]

ins Leben gerufen. Nach einem von ihnen aufgestellten Programme waren ihre nächsten hauptsächlichen Forderungen: gesetzliches Lohnminimum, welches zur auskömmlichen Ernährung des Arbeiters mitsamt seiner Familie hinreichen sollte; Verteilung der bisher auf den Armen liegenden Steuern auf die einzelnen gemäß ihrem Vermögensbesitz; allgemeines und gleiches Wahlrecht für Staats- und Gemeindewahlen; endlich ein derartiger Unterricht der Arbeiterkinder, der „ihnen hinlänglich Kenntnisse und Geistesschärfe aneigne, daß sie in den Stand gesetzt würden, sich nicht mehr von den wohlunterrichteten, pfiffigen Bevorrechteten und Reichen ausbeuten zu lassen".

In Ostpreußen wurde eine noch extremere Bauernagitation von der Königsberger Mitgliedschaft der Arbeiterverbrüderung geleitet.

Diese Versuche zur Aufrüttelung des agrarischen Proletariats hätten möglicherweise einigen Erfolg haben können, wenn die Propaganda länger gedauert hätte. Da sie indessen infolge der bald eintretenden vollständigen Kontre-Revolution unterdrückt wurde, so sind in der fraglichen Richtung keine nennenswerten Erfolge zu verzeichnen. —

In denselben Tagen wie in Hamburg (vom 11. bis 12. Februar) fand auch in Altenburg ein Bezirkskongreß statt. An diesem, welcher von den thüringischen Arbeitervereinen veranstaltet war, nahmen 14 Delegierte teil. Es präsidierte der Abgeordnete des Zentralkomitees, Born. Unter den Beschlüssen seien hier herausgehoben: die Forderung des allgemeinen Wahlrechts; der Errichtung von Fortbildungsschulen für Arbeiter, von Ackerbauschulen und Volksbibliotheken; der vollen Assoziationsfreiheit und der staatlichen Subvention für die Arbeiterassoziationen; und endlich der Einverleibung der thüringischen Herzogtümer in das Königreich Sachsen.

Der Altenburger Kongreß hatte auch einen engeren Anschluß der Thüringer Vereine an das Zentralkomitee zur Folge; man versprach wenigstens, dasselbe durch Geld und möglichste Verbreitung des Verbrüderungs-Journals zu unterstützen. —

Eine fernere Errungenschaft machte der Arbeiterbund durch den Anschluß der 11 württembergischen Arbeitervereine, welcher auf einer Versammlung von Delegierten derselben zu Göppingen erfolgte. Allerdings wahrten sich die Württemberger eine gewisse Selbständigkeit. Sie hatten nach wie vor ein eignes Zentralkomitee (welches früher in Stuttgart war, von jetzt an in Ulm sein sollte) und in der „Sonne" ein eignes Preßorgan.

Außerdem sprach man sich zu Göppingen für eine nationale Wanderunterstützungskasse aus, durch welche der aus dem Bettel erwachsenden

Immoralität gesteuert werden sollte. Ferner forderte man eine nationale Arbeitsstatistik, welche vom Arbeiterbunde zu veranstalten war.

Im übrigen sei darauf hingewiesen, daß der Kongreß beschloß, das Gouvernement aufzufordern, die Arbeiter zu bewaffnen, und daß er es — wie es in dem Referate der „Sonne" heißt — „den Vereinen aus Herz legte, sich in politischer Richtung mit den demokratischen Vereinen zu einigen." —

Noch immer waren nicht alle süddeutschen Arbeiter unter dem Banner der Verbrüderung versammelt. Es fehlten die bayrischen Arbeitervereine. Auch sie wurden jetzt bewogen, zur allgemeinen Verbindung ihren Beitritt zu erklären. Derselbe fand auf einem zu Nürnberg (vom 3.—4. April) abgehaltenen Kongresse statt. Hier waren 16 bayrische Arbeitervereine vertreten, ferner der Verband der württembergischen und das Bezirkskomitee der pfälzischen Vereine. Als Delegierter des Leipziger Zentralkomitees war Born anwesend, welcher auch dem Kongresse präsidirte.

Hier wurde zunächst ein enger Verband der bayrischen Arbeitervereine konstituiert. Dieser Verband, welcher eine große Mitgliedschaft des Verbrüderungsbundes bildete, erkannte als offizielles, publizistisches Organ die Leipziger „Verbrüderung" an. Auch er beschloß, für die Errichtung von Arbeiterwerkstätten mit aller Energie einzutreten. Ferner forderte er: staatliche Unterstützung des Volksschul- und Arbeiterbildungswesens; Herabsetzung der Militärdienstzeit auf 1 Jahr, sowie freie Wahl der Offiziere durch die Mannschaften; Bewaffnung der Arbeitervereine; allgemeines Wahlrecht; dann noch: Aufhebung aller Steuern auf Lebensmittel und Einführung progressiver Einkommensteuern; nationale Handelspolitik und in Verbindung hiermit Gründung eines Arbeiterministeriums; Errichtung von Gewerbekammern und Schiedsgerichten, deren Mitglieder zur einen Hälfte von den Arbeitnehmern, zur andern Hälfte von den Arbeitgebern gewählt werden sollten; endlich Aufhebung aller Ausnahmebestimmungen für reisende Handwerker.

Ein unmittelbares, praktisches Resultat des Nürnberger Kongresses war die Konstituierung einer bayrischen Arbeiter-Reiseunterstützungskasse.

Sonst sei noch bemerkt, daß auf dem Kongresse alle bayrischen Arbeitervereine verpflichtet wurden, die Agitation auf das Land zu tragen und die Bauern um das Banner der sozialen Emanzipation zu scharen.

Wirklich sind auch in Franken einige Versuche zu diesem Zwecke unternommen worden, ohne daß es allerdings — bei der bald folgenden, scharfen Repression seitens der Behörden — über die Gründung einzelner Bauernvereine gebracht wurde.

Mit Ausnahme von Nordwestdeutschland umfaßte jetzt die Arbeiter-Verbrüderung alle Arbeitervereine des Gebietes des deutschen Bundes. Und auch die nordwestdeutschen Vereine sollten sich innerhalb nicht zu langer Frist um das Leipziger Komitee sammeln. Bevor wir jedoch hierauf und auf die spätere Thätigkeit des Verbandes eingehen, müssen wir die unmittelbar praktischen Versuche desselben ins Auge fassen.

---

4. Die Geschichte des deutschen, sozialen Arbeiterbundes. (Fortsetzung): seine unmittelbar-praktischen Versuche (Arbeiter-Assoziationen für Einkauf, Verkauf, Konsum und Produktion; — der Gesundheits-Pflegeverein; — Pläne zu nationalen Wanderunterstützungs-, Gewerkskranken- und Invaliden-Kassen; — Verhalten bei Strikes).

Gemäß den dargestellten Tendenzen der Verbrüderung mußte dieselbe zunächst daran denken, das Prinzip der Assoziation als praktisch zu erweisen. Wirklich versuchte der Bund auch, soweit als seine geringen Geldmittel erlaubten, hier und dort Assoziationen für die verschiedensten Zwecke ins Leben zu rufen.

Zunächst versuchte man im Oktober 1848 seitens des Bezirkskomitees der Verbrüderung zu Berlin eine Arbeitergesellschaft zur gemeinsamen Beschaffung von Hemden zu stiften. Die Leinwand sollte bei den armen Webern in Reichenbach bestellt und direkt von ihnen gegen bare Zahlung gekauft werden. Die Anfertigung der Hemden sollte dann durch assoziierte Nätherinnen, welchen ein geheiztes Lokal zum Arbeiten vom Komitee zu verschaffen war, unter Leitung eines Frauenkomitees ausgeführt werden. „Sollte dieser Vorschlag — hieß es in der offiziellen Kundgebung der Verbrüderung — gelingen, was bei der regen Beteiligung nicht zu bezweifeln ist, so wird man allmählich zur direkten Beschaffung aller andern Kleidungsstücke und Lebensmittel schreiten und so am besten zeigen, daß die Beschlüsse des Berliner allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses keine Chimäre, sondern recht gut auszuführen sind und weiter nichts dazu gehört, als der feste und einige Wille der Arbeiter".

Der Vorschlag ist nicht gelungen. Noch im selben Monat gab man seine Realisierung auf, angeblich, weil die Leinwand nicht ankam.

Aber noch Ende desselben Monats wurde eine Assoziation zur Herstellung von Strümpfen versucht. Das Komitee kaufte die Wolle und übergab dieselbe dann seinen weiblichen Mitgliedern, welche die Vermittelung mit den Arbeiterinnen übernahmen und innerhalb 8 Tagen die

fertigen Strümpfe abzuliefern hatten. Der Strickerlohn, den die Verbrüderung zahlte, war etwas höher als der sonst übliche.

Im Februar 1849 folgte in Berlin eine Arbeitergesellschaft zur gemeinsamen Beschaffung von Brot. Teilnehmer dieser Gesellschaft war jedes Mitglied der Verbrüderung, wenn es eine kleine Einzahlung (15 Sgr.) leistete; dafür hatte es die Berechtigung, wöchentlich ein Brot für 5 Sgr. zu entnehmen. Diese Assoziation war durch genügend zahlreiche Beitrittserklärungen bald imstande zu fungieren und buk — nach den offiziellen Angaben — schon in der ersten Woche täglich 10 Zentner Brot.

Schließlich entstand noch in Berlin eine — Assoziationsbüchsenmacherei. Es war gerade zu der Zeit, als es sich um den Entscheidungskampf zwischen der Kontre-Revolution und der Demokratie handelte.

In mehreren Städten außerhalb Berlins schritt man ebenfalls seitens der Verbrüderung zur Gründung von Assoziationen. So wurde in Leipzig eine Schuhmacher- und eine Schneider-Assoziation, in Katscher (in Oberschlesien) eine Weber-Assoziation, in Altenburg eine Assoziation zur Fabrikation reiner Handgespinnstleinwand, ebenda eine fernere Assoziation zur gemeinsamen Beschaffung von Kleidungsstücken und ein Assoziationsspeisehaus, in Schmölln eine Verkaufs-Assoziation für Stuhlarbeiter und von den Arbeitern der Eisengießerei Ober-Meißen eine Gesellschaft zur gemeinsamen Beschaffung von Brot gestiftet.

Keine von all den aufgezählten Arbeiter-Assoziationen hat irgend welche Bedeutung erlangt. Sie sind alle in den kleinen Anfängen geblieben, wenn sie es überhaupt einige Zeit aushielten. Als Grund wird von der beteiligten Seite der Mangel an Kapital angegeben.

Es sei übrigens gleich hier bemerkt, daß den zarten Keimen der Arbeiterassoziationen nicht allzuviel Zeit gelassen wurde, sich zu entfalten. Sie wurden unbarmherzig von der siegenden Reaktion zertreten (1850). —

Mehr Erfolge erzielte die Verbrüderung mit einem andern Unternehmen, dem ebenfalls eine assoziationistische Idee zugrunde lag. Es war dies der in Berlin ins Leben gerufene „Gesundheits-Pflegeverein". Da derselbe so ziemlich den einzigen, in größerem Stil unternommenen, praktischen Versuch des Arbeiterbundes darstellt, verlohnt sich ein näheres Eingehen auf ihn.

Man ging bei der Gründung dieses Vereins von dem Prinzip aus, durch gemeinsame Beschaffung von ärztlicher und wundärztlicher Hilfe, Medizin, Bädern u. s. w. jene Vorteile zu erlangen, die jede ordentlich verwaltete Wirtschaft im großen gegenüber den ungeschickten und kraftlosen Geldzersplitterungen im kleinen bringt.

Nun existierte zwar schon eine große Anzahl von Krankenkassen, deren Mitglieder im Falle der Erkrankung wöchentlich 1—2 Thaler Unterstützung empfingen und außerdem freie Behandlung seitens des Gewerksarztes genossen. Indessen wurde ihnen nicht freie Medizin gewährt.

Diesem Übelstande der Krankenkassen sollte der Gesundheitspflegeverein abhelfen, welcher sich somit auf die ersteren stützte, aber natürlich auch zur Aufnahme von Nicht-Krankenkassenmitgliedern bestimmt war.

Aber der Gesundheitspflegeverein stellte sich noch weitere Ziele. Denn er gab direkt als seinen Zweck an: seinen Mitgliedern möglichst kräftigen Schutz zur Erhaltung ihrer Gesundheit und Beistand in Erkrankungsfällen in der Art zu gewähren, daß die Vereinsärzte gleich Hausärzten den Mitgliedern mit Rat und That zur Seite stehen sollten; ferner Kassen und Institute im Interesse der Vereinsmitglieder zu begründen, welche für deren Gesundheitspflege erforderlich oder wünschenswert sich erweisen sollten.

Das Bezirkskomitee fühlte indes, daß es auch darauf ankomme, dem erkrankten Familienvater und Ernährer eine bestimmte Unterstützungssumme, ein Krankengeld, zu sichern, wenn nicht befürchtet werden sollte, daß alle ärztliche Pflege an dem Mangel diätetischer Hilfsmittel und an der häuslichen Not scheitern würde. So weit daher die Mitglieder nicht bereits hinreichend entsprechenden Krankenkassen angehörten, sollten ihnen die Leistungen derselben anderweitig verschafft werden.

Vorläufig mußte sich der Gesundheitspflegeverein damit begnügen, nur den männlichen Arbeitern seine Thätigkeit zu widmen, weil hier durch schon vorhandene Krankenkassen eher die Anhaltspunkte für eine sichere Vorausberechnung des Gelingens gegeben waren, welche bei der Familie noch fast ganz fehlten. Indes erklärte der Verein von vornherein, seine weitere Ausdehnung fest im Auge behalten und namentlich auch die Arbeiterinnen in den Kreis seiner Thätigkeit möglichst bald einbeziehen zu wollen.

Am 1. Mai 1849 trat der Gesundheitspflegeverein mit 327 Mitgliedern ins Leben. Ihm gehörten von vornherein fünf Genossenschaften ganz oder teilweise an, nämlich die Maler, die Messerschmiede und Instrumentenmacher, die Vergolder, die Goldarbeiter und die Uhrmacher. Im Juni schlossen sich die Kattundrucker an, wodurch die Mitgliederzahl auf 634 stieg. Am 1. Juli wuchs dieselbe auf 3440 Köpfe, indem die Krankenkassen der Dachdecker, Posamentiere, Mechaniker, Schuhmacher,

Handschuhmacher, Schneider und Steinsetzer beitraten. Im August folgten dann die Buchdrucker, Seidenknopfmacher, Steinmetzen, Droschkenkutscher, Seidenwirker und Buchbinder, im ganzen 937 neue Teilnehmer. In den folgenden Monaten breitete sich der Verein immer mehr aus. Er hatte im September desselben Jahres über 5000, im April 1850 über 6000, im Juni über 7000 und bald nachher — durch die Aufnahme von 2500 Maschinenbauern — über 10000 Mitglieder.

Seit dem Februar 1850 wurde der Zutritt zum Verbande auch Arbeiterinnen gestattet, von denen allerdings nicht allzuviele die ihnen gegebene Erlaubnis benutzten.

Der Verein mußte umsomehr wachsen, als ihm Ärzte wie Apotheker entgegenkamen. Die Ärzte erklärten sich schon durch ein sehr niedriges Honorar für befriedigt. Und von seiten der Apotheker wurde ein Rabatt von 25 Prozent bewilligt; auch erklärten sich dieselben bereit, die vom Vereine gestempelten Rezepte anzunehmen und vierteljährlich zu liquidieren.

Allerdings ließ man es andrerseits nicht an Anfeindungen des Gesundheitspflege-Vereins fehlen. Ein großer Teil der beigetretenen Gewerke hatte zu dem gewerksärztlichen Verbande des Magistrats gehört; alle standen unter der Aufsicht des Magistrats. Sah dieser schon die Verbindung mit der Verbrüderung ungern, so berührte ihn die Gefährdung des Instituts der Gewerksärzte — wie wenigstens die Anhänger des Gesundheits-Pflege-Vereins glaubten — aus vielfachen Gründen noch mehr. Angeblich deshalb suchte der Magistrat durch alle Mittel, namentlich auch durch Strafandrohungen und Verfügungen, die Gewerke vom Gesundheits-Pflege-Verein wieder loszureißen. Indes blieb dies alles für den Bestand des letzteren ohne Wirksamkeit.

Ein Rechenschaftsbericht des Vereins konnte sich mit Recht mit den bisherigen Resultaten zufrieden geben und betonen: daß der Verein seine statutenmäßig übernommenen Verpflichtungen sowohl an sachlichen, wie an persönlichen Leistungen in vollem Maße erfüllt habe; daß die Krankenkassengesellschaften, die dem Vereine beigetreten seien, ihre Auflagen (aus welchen sie die Beiträge an ihn bestritten) nicht erhöht hätten und dennoch sehr gut beständen; daß die Ungleichheit des Verbrauchs für die einzelnen Genossenschaften beweise, daß für alle eine gleiche und gute Hilfe nur durch Einrichtungen möglich sei, welche sich auf Gegenseitigkeit und Gemeinschaft im großen stützten, und daß schließlich die Frage nach der Garantie, welche der Verein für die Erfüllung seiner Verpflichtungen darböte, durch die dargelegten Thatsachen, durch die öffent-

liche, regelmäßig vierteljährlich geleistete Rechenschaft und durch die Selbstverwaltung genügend beantwortet sei. —

Wir haben schon bei einer Reihe von Arbeiter-Kongressen konstatieren können, daß dieselben eine Regelung des Reiseunterstützungswesens der Arbeiter anstrebten und zu diesem Zwecke teils fakultative, teils — für gewisse Landesteile — obligatorische Verbände konstituierten. Im Mai 1849 faßte das Zentralkomitee der Verbrüderung auf die Anregung der württembergischen Arbeiter den Plan, eine große, nationale Wanderunterstützungskasse zu begründen. Indes kam es erst später zum Versuche der Realisierung. Die im Juli 1849 gethanen Vorschläge behufs Schaffung nationaler Krankenkassen für jeden Berufszweig und einer nationalen Invalidenkasse sind über das Stadium der Projekte nicht hinausgekommen. —

Das Zentralkomitee zu Leipzig griff die soziale Frage überall an, wo es ging. Auch die Arbeitsnachweisung wurde in die Hände der Arbeiter zu bringen gesucht. In Berlin gelang es wirklich im Oktober 1848, die Gewerkskomitees der Verbrüderung in der Arbeitsnachweisung als eine Art von amtlichen Behörden zur Anerkennung zu bringen. Der Magistrat überließ ihnen vollständig diese bisher von ihm selber ausgeführte Thätigkeit und wies die ihm unterstellten Behörden an, den Gewerkskomitees hilfreich zur Hand zu gehen.

Durch Aufstellung einer Arbeitsstatistik für ganz Deutschland unternahm es das Zentralkomitee, eine zentralisierte, nationale Arbeitsvermittlung einzurichten. Inwieweit diese gelungen ist, habe ich nicht zu erforschen vermocht.

Wir haben endlich noch die Stellung der Verbrüderung zu den Strikes zu betrachten. Nach dem Monat April, in welchem eine allgemeine Lohnaufbesserung erfolgt war, hatten allmonatlich nur hie und da Arbeitseinstellungen stattgefunden. Die Verbrüderung als solche war zu viel durch allgemeine sozialpolitische Aufgaben in Anspruch genommen, als daß sie sich hier unmittelbar allzusehr hätte engagieren können, — schon um der hohen Kosten willen, welche die Unterstützung der Strikenden verursacht hätte. Die Verbrüderung begnügte sich daher, in dem offiziellen Journal vor Zuzug in die Städte der Arbeitseinstellung zu warnen. Der Bund schlug dieses Verfahren aber nicht nur bei inländischen, sondern auch — und das ist gewiß bemerkenswert — bei ausländischen Arbeitseinstellungen ein. —

5. Fachgewerbliche Verbände neben dem Arbeiterbunde.

Wenn die Arbeiter-Verbrüderung vielfach rein politische oder sonstige allgemein-soziale Zwecke verfolgte, so war sie andrerseits doch auch als eine Art von „Gewerkschaft aller Berufszweige" zu betrachten, indem sie auf dem Wege der Koalition bessere Arbeitsbedingungen durchsetzen wollte. Allerdings hatte sie sich hierüber in manchen Punkten geradezu chimärischen Hoffnungen hingegeben, wie sie eben nur durch die Jugend der in Rede stehenden, gewerkschaftlichen Bestrebungen erklärlich sind.

Unter der Wucht der faktischen Verhältnisse hat sich innerhalb des Arbeiterbundes wirklich bald eine richtigere Erkenntnis Bahn gebrochen. Aber noch bevor dies geschehen war, hatten sich einige Gewerke selbstständig zu konstituieren gesucht, um eine Verbesserung ihrer Lage — ebensosehr durch Selbsthilfe, wie auf dem Wege der Staatsintervention — zu erreichen.

Die Buchdrucker waren die ersten, welche eine Organisation im eben angedeuteten Sinne zu schaffen strebten. Zunächst assoziierten sie sich in Berlin. Dort veranstalteten sie Ende April einen Massenstrike, der schon nach wenigen Tagen zu ihren Gunsten endete, indem die Prinzipale sich dazu bequemten, vom 1. Juni an eine Lohnerhöhung von 25 Prozent eintreten zu lassen.

Ebenfalls im April wurde von Frankfurt a. M. aus die Anregung zur Bildung einer Assoziation der deutschen Buchdruckergesellen gegeben. Dies hatte die Einberufung einer „deutschen National-Buchdrucker-Versammlung" nach Mainz zur Folge, zu welcher sich Delegierte aus mehr als 50 Städten einfanden. Nach mehrtägigen Sitzungen (vom 11. bis zum 14. Juni) wurde ein deutscher „National-Buchdrucker-Verein Gutenberg" gestiftet.

Den Mainzer Beschlüssen zufolge hatten die Buchdrucker jeder größeren Stadt zusammen mit den vereinigten, kleineren Nachbarstädten je einen Ausschuß von vier Gehilfen und drei Prinzipalen zu Beilegung von Differenzen zu bilden. Eine Berufung konnte gegen diesen Ausschuß nur an den Zentralausschuß zu Frankfurt a. M. eingelegt werden. Jene Komitees von Unternehmern und Arbeitern sollten ferner die Arbeitsnachweisung in die Hand nehmen, so daß jede Nachfrage nach Arbeitskräften unberücksichtigt zu bleiben hatte, wenn sie nicht von dem Ausschuß des in betracht kommenden Ortes unterzeichnet worden war.

Daneben wurde auf dem Mainzer Kongresse ein Lohntarif ausgearbeitet: er war erheblich höher als der früher geltende und bestimmte

für die Maschinenarbeit dieselben Preise wie für die Handarbeit. Ferner durften danach, so lange eine Presse stillstand, nur gelernte Drucker bei den Maschinen verwandt werden und war in diesem Falle bloß ausnahmsweise des Nachts zu arbeiten.

Zur Vertretung aller dieser Forderungen der Buchdruckergesellen wurde eine Verbandszeitung „Gutenberg" gestiftet, welche in Berlin erscheinen sollte.

Außerdem verfaßte der Kongreß der Buchdrucker eine Eingabe an das Frankfurter Parlament, worin folgende Forderungen erhoben wurden: Gründung eines aus der Wahl der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hervorgehenden deutschen Arbeiterministeriums; Abschaffung aller Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter, besonders der über das Wandern und das Niederlassen bestehenden; Verbot einer unverhältnismäßig großen Zahl von Lehrlingen bei einem und demselben Meister; staatliche Überwachung des Lehrlingswesens zum Schutze gegen Willkür und moralische Verderbnis; Beschränkung des Maschinenwesens, insofern durch dasselbe ohne allgemeinen Nutzen der Einzelne bereichert und nicht einmal die fremde Konkurrenz verhindert werde; gesetzliche Beschränkung des Geschäftsbetriebes auf solche, welche das Geschäft früher wirklich erlernt; Aufforderung an die geschäftsverwandten Arbeiter, Vereine zu bilden, um die Arbeitspreise festzustellen, und mit Hilfe des Staates Kranken-, Invaliden-, Sterbe- und Witwenkassen zu errichten; und endlich Protest bei der Nationalversammlung gegen die Ausweisung und Verfolgung von Arbeitern wegen sozialpolitischer Agitation.

Man ersieht aus diesem Programm des Buchdrucker-Verbandes, daß er im Verhältnis zur Arbeiter-Verbrüderung die augenblicklich ins Werk zu setzenden Maßnahmen mehr berücksichtigte und die weiter ausschauenden Ziele viel weniger in betracht zog. Dieser Unterschied von den Resolutionen des allgemeinen Arbeiterkongresses läßt sich genügend damit begründen, daß der letztere nicht bloß aus Angehörigen eines und desselben Gewerkes bestand, wie es beim „Gutenbergbunde" der Fall war. Dies Moment reichte hin, um den Fachverband sofort zur unmittelbar praktischen Wirksamkeit zu nötigen, während der allgemeinere Bund erst nach einiger Zeit hierzu gedrängt wurde.

Der „Gutenberg" hatte auf der baldigen Einführung seines Lohntarifs fest bestanden und als letzten zulässigen Endtermin den 1. August (1848) bezeichnet. Von diesem Tage an sollte in allen Buchdruckereien, die sich nicht den Gesellenbeschlüssen gefügt hatten, der Strike proklamiert werden, und alle Arbeiter, die trotzdem noch fortarbeiteten, mit samt den

Offizinen in Verruf erklärt werden. Hüben und drüben bewirkte dieser Beschluß eine große Erregung. Die Gesellen veranstalteten mehrere Provinzialkongresse, z. B. in Leipzig, Dresden und Kassel und gründeten wo es nur anging, Zweigvereine ihres Verbandes, um mit dem angekündigten Strike wirklich Ernst zu machen, wenn es nötig sein sollte.

Man suchte ferner in der Presse darzulegen, daß die Prinzipale recht gut in der Lage wären, die Lohnerhöhung zu tragen; so wurde z. B. die Sache der Gesellen in Berlin von Born publizistisch verfochten.

Andrerseits schlossen sich die Buchdruckereibesitzer, von der Nähe der ihnen drohenden Gefahr erschreckt, fest zusammen und veranstalteten ebenfalls mehrere Kongresse, deren bedeutendster am 17. Juli (1848) in Leipzig stattfand. Hier kam man zur Entscheidung, die Mainzer Beschlüsse unbedingt abzulehnen, weil sie angeblich das ganze Geschäft notwendig untergraben und jede Ordnung auflösen müßten; hingegen erklärte man sich bereit, die Arbeitspreise festzustellen unter Zugrundelegung der von den Berliner Prinzipalen seit dem 1. Juni 1848 und von den Leipziger Prinzipalen seit dem 1. Juli 1848 angenommenen Tarife, jedoch nach Modifikationen derselben je nach den örtlichen Verhältnissen. Aber diese Neu-Ordnung der Tarife sollte selbständig von den Prinzipalen vorgenommen werden, ohne Mitwirkung der Gesellen.

Der nachdrückliche Widerstand der Unternehmer zeigte, daß die Arbeiter auf größere Schwierigkeiten stoßen würden, als sie angenommen. Da zudem lange nicht alle Gesellen auch nur der größeren Städte sich dem Bunde angeschlossen hatten, war bei weitem nicht die Einhelligkeit zu erwarten, die man vielleicht im ersten Eifer voraussetzen zu dürfen geglaubt. Schließlich ergab sich noch ein drittes Hindernis in Gestalt der Polizei, welche — wie Stieber bemerkt — sogar „gegen die Vorbereitungen" zum Strike „nachdrücklich einschritt". Unter solchen Umständen fiel die geplante, allgemeine deutsche Arbeitseinstellung vollständig ins Wasser, wenn es auch an einigen Orten wirklich zum Strike kam, der allerdings gar bald sein Ende nahm, ohne daß irgend welcher Erfolg erzielt worden wäre.

In Berlin speziell war der Verlauf der folgende. Die Buchdruckereibesitzer gaben die Erklärung ab, auf die Forderungen der Gehilfen nicht eingehen zu können; zugleich schlugen sie behufs Ausgleich der Differenzen vor, eine Kommission von Vertrauensmännern beider Parteien zu bilden. Die Gehilfen beschlossen darauf, den Plan eines Schiedsrichterkollegiums anzunehmen, jedoch nur unter der Bedingung, daß das Kollegium zwischen den Minimalsätzen des Mainzer Kongresses und den höheren [illegible] die

Berliner Gehilfen forderten, zu entscheiden hätte. Auf die Weigerung der Besitzer, sich dem Wunsche der Gesellen zu fügen, faßten die letzteren den Beschluß, mit dem 1. August sämtlich die Arbeit einzustellen. Dies geschah seitens eines Teils der Drucker auch wirklich. Derselbe mußte jedoch schon nach ein paar Wochen die Arbeit wieder aufnehmen. Gegen das Strikekomitee aber wurde seitens der Staatsanwaltschaft die Anklage wegen strafbarer Arbeitseinstellung erhoben. Die Mitglieder desselben wurden auch wirklich durch Erkenntnis des Berliner Kriminalgerichts vom 20. Januar 1849 zu je 14 Tagen Gefängnis verurteilt.

Aber die Buchdrucker ließen sich durch das Mißlingen ihrer Pläne nicht entmutigen, sondern sie nahmen daraus nur Veranlassung, zu thun, was in ihrer Hand lag, um ihre Organisation zu kräftigen. Ein neuer Kongreß wurde nach Frankfurt a. M. ausgeschrieben, der vom 27. bis zum 28. August stattfand; ein festerer Zusammenschluß wurde angebahnt, ein neues Zentralkomitee gewählt und sein Sitz nach Berlin verlegt. Zum Präsidenten des Zentralkomitees wurde der Geselle Karl Fröhlich erwählt, welcher sich durch großen Eifer für die Vereinssache ausgezeichnet hatte.

Fröhlich, welcher auch der Leiter der „Gutenbergzeitung" war, unternahm Agitationsreisen durch ganz Deutschland und trug, wo es nur irgend anging, zur Gründung neuer Vereine bei.

Dabei hielten sich aber die Buchdrucker durchaus von der Verbrüderung fern. Als z. B. an das Komitee der Buchdruckergehilfen zu Leipzig das Ersuchen gerichtet wurde, eine Generalversammlung zum Zwecke einer Beratung über den Organisationsplan des allgemeinen Berliner Arbeiterkongresses zu veranstalten, gab jenes Komitee einen ablehnenden Bescheid, mit der Angabe, es würde seine Befugnisse überschreiten, wenn es Versammlungen zu andern als zu speziellen Buchdruckerangelegenheiten beriefe.

Nur in Altenburg schlossen sich die Buchdruckergesellen zugleich dem Gutenbergbunde und der Verbrüderung an. Aber das hatte nicht etwa in irgend sachlichen oder fachlichen Momenten seinen Grund, sondern in dem überwiegenden Einflusse einer am betreffenden Orte unter den Druckern maßgebenden Persönlichkeit.

So maßvoll sich auch der Verband der Buchdrucker verhielt, so konnte er doch, beim Erstarken der Reaktion, polizeilichen Verfolgungen nicht entgehen. Das zeigte sich recht deutlich, als der Berliner Zentralausschuß (des Gutenbergbundes) auf den 30. September 1849 einen Kongreß ausschrieb. Als man nämlich mit der Feststellung der

Statuten des Gutenbergbundes begann, deren zweiter Paragraph dahin lauten sollte:

„Als Hauptmittel zur Erreichung des Zwecks erkennt der Bund an
1. Die Begründung und Organisation einer innigen Verbrüderung der Schriftgießer zu gegenseitigem Schutz gegen Unrecht und Not", —

da wurde in diesem Satze vonseiten der Polizei eine Aufforderung zu unerlaubter Selbsthilfe erblickt und demgemäß der Kongreß aufgelöst. Einem in politischer Hinsicht durchaus harmlosen Vereine gegenüber ein brutaler und ungerechter Gewaltstreich, welcher um so schärfer verurteilt werden muß, als er sich gegen eine an und für sich schon unterdrückte Klasse richtete! Übrigens wurde damit nicht einmal erreicht, was gewollt wurde: die Kongreßdeputierten hielten teils in Weißensee, teils in Berlin selber heimliche Besprechungen, in denen sie das Berliner Zentralkomitee und die Haltung der „Gutenbergzeitung" anerkannten und die in derselben vorläufig entworfenen Statuten genehmigten, denen zufolge man sich vor allem die Pflege nationaler Unterstützungskassen für das Buchdruckergewerbe angelegen sein lassen sollte.

Mit der steigenden Reaktion wurden die Maßregelungen immer schlimmer, obwohl der Verband sich fast nur auf das Hilfskassenwesen beschränkte. Einzelne deutsche Staaten, z. B. Bayern und Sachsen, lösten die Zweigvereine des Gutenbergbundes ohne weiteres auf. In andern Ländern hielten es die Buchdruckervereine für das Geratenste, den Konnex mit dem Zentralkomitee wenigstens äußerlich aufzugeben und aus dem Verbande auszuscheiden.

Infolge des preußischen Gesetzes über die Kaution für die Presse mußte die Gutenbergzeitung von Berlin weg verlegt werden. Sie erschien nunmehr in Breslau.

Endlich gelang es auch der Liga der Berliner Buchdruckereibesitzer, den bisher bedeutenden Einfluß des Bundes in dieser Stadt zu brechen, seine Mitgliederzahl außerordentlich zu reduzieren und lokale Unterstützungskassen zustande zu bringen, welche absolut unabhängig von denen des Bundes waren.

So fristete der Verein sein kümmerliches Leben, bis ihm auch dieses mit einem neuen Lufthauche der Reaktion ausgeblasen wurde. —

Neben den Buchdruckern sind damals als Träger fachgenossenschaftlicher Bestrebungen vornehmlich die Zigarrenarbeiter hervorgetreten. Bei den letzteren fand jedoch — im Gegensatze zu den Mitgliedern jener andern Branche — ein Zusammenhang mit der Arbeiter-Verbrüderung statt. Sie brachten ihre Vereinigung zu Berlin genau in denselben Tagen (vom

23. August bis zum 3. September 1848) zustande, in welchen ebenda der allgemeine Arbeiterkongreß tagte. Vorläufig wurde ein nationaler Unterstützungsverband und zur Vertretung der Fachinteressen die Zeitung „Concordia" gegründet. Mit Hilfe der unermüdlichen Propaganda eines Berliner Zigarrenarbeiters, namens Wenzel Kohlweck, der Agitationsreisen nach den verschiedensten deutschen Städten unternahm, gelang es, innerhalb weniger Monate eine Anzahl von Fachvereinen zu gründen. Der Verband zählte infolge hiervon schon nach kurzem Bestehen Mitgliedschaften in 60 deutschen Städten.

Zur Regelung von Verbandsangelegenheiten wurde auf den 3. September 1849 ein neuer Kongreß berufen, welcher auch zur festgesetzten Zeit in Leipzig zusammentrat und bis zum 13. September tagte. Auf ihm waren durch 21 Deputierte die Zigarrenarbeiter von angeblich 77 Städten vertreten. Auf dem Kongreß wurden die Statuten für die „Assoziation der Zigarrenarbeiter Deutschlands" festgestellt, ferner Wanderunterstützungs- und Krankenkassen eingerichtet. Das Fachblatt, die „Concordia", sollte mit dem 1. Oktober 1849 zu erscheinen aufhören, und an ihrer Statt die „Verbrüderung" — also das Organ des allgemeinen Arbeiterbundes — als Vertreterin auch der Interessen der Zigarrenmacher angesehen werden. Der Sitz des Verbandsvorstandes wurde von Berlin nach Bremen verlegt, und Wenzel Kohlweck zum Präsidenten der Assoziation erwählt.

Neben der Organisierung des Unterstützungskassenwesens lenkte die Assoziation auch ihr Augenmerk auf Lohnerhöhung und auf die Verminderung der Beschäftigungslosigkeit. Zu diesem letzteren Zwecke suchte sie die Beschränkung der Zahl der Lehrlinge und die Entfernung der Frauen aus den Fabriken durchzusetzen. Namentlich wegen dieser letzteren Forderung dauerte es längere Zeit, bis der erwünschte, vollständige Anschluß an die Verbrüderung erfolgte. Endlich kam die Einigung zustande, indem auf einem Kongresse der Verbrüderung vom Februar 1850 6 Deputierte der Assoziation sich den daselbst festgestellten Statuten unterwerfen zu wollen erklärten.

Aber die Freundschaft zwischen dem Fachverbande und dem allgemeinen Arbeiterbunde dauerte nicht allzulange. Schon nach kürzester Frist ging der erstere wieder seinen eigenen Weg. Er erkannte die „Verbrüderung nicht mehr als sein Organ an; und April 1850 erschien wieder in Hannover unter Kohlwecks Leitung die „Concordia". Als schon im Mai desselben Jahres Kohlweck aus Hannover ausgewiesen wurde, übernahm der Tischler Stechan, welcher Mitglied des Kommunistenbundes

war und als radikaler Agitator eine große Thätigkeit entfaltete, die Redaktion der „Concordia". Das Präsidium der Assoziation aber, aus dem inzwischen Kohlweck ausgeschieden war, war mit der nunmehrigen Haltung der „Concordia" unzufrieden und desavouierte sie. Das Blatt verlor seine Abonnenten und mußte eingehen. Die Assoziation ließ seitdem keine Zeitung mehr erscheinen, sondern begnügte sich damit, die erforderlichen Mitteilungen an ihre Mitglieder durch Zirkulare gelangen zu lassen.

Auch diesem Verbande wurde sein Leben durch polizeiliche Maßregelungen sehr sauer gemacht, bis ihm schließlich dasselbe Schicksal widerfuhr, das allen nicht ganz harmlosen Arbeitervereinen von seiten einer gegen die Arbeiterinteressen rücksichtslosen Reaktion bereitet wurde.

Die Fachvereinsbewegung war unter den Buchdruckern und Zigarrenarbeitern weitaus am stärksten; sie allein brachten es — neben den Arbeitern aller Branchen — zu nationalen Verbänden.[1]) —

Aber auch abgesehen von den großen Verbänden gab es in denjenigen Orten, die eine einigermaßen entwickelte Industrie besaßen, mehr oder minder rege lokale Arbeiterbewegungen, die vermutlich ebenfalls aus sich heraus zu größeren Arbeitergenossenschaften geführt hätten, wenn ihnen nur eine längere, ruhige Entwicklung vergönnt gewesen wäre. Ist doch zwei Jahrzehnte später, als die Verhältnisse für Bestrebungen der

[1]) Auch in der deutschen, fachgewerblichen Bewegung der neuesten Zeit haben Buchdrucker und Zigarrenarbeiter die weitaus hervorragendste Rolle gespielt. Die ersten nationalen Arbeiterfachverbände der späteren Zeit wurden in diesen Branchen — im Jahre 1865 — gegründet, während die andern Gewerkschaften erst drei bis vier Jahre später, und zwar unter bedenklichen Hebammendiensten politischer Parteien, zustande kamen. Eben jene beiden Verbände sind aber auch die stärksten. Der „Unterstützungsverein deutscher Buchdrucker" zählt jetzt gegen 20000 Mitglieder und der „Allgemeine deutsche Tabakarbeiterverein" hatte bei seiner, aufgrund des Sozialistengesetzes erfolgten Auflösung (im Jahre 1878) über 7000 Mitglieder. Sowie die Handhabung dieses Gesetzes eine minder strenge wurde, waren wieder die Tabakarbeiter die ersten, welche sich assoziierten, diesmal als „Reiseunterstützungsverein für deutsche Tabakarbeiter". Inzwischen ist noch eine „Zentral-Kranken- und Sterbekasse für die Tabakarbeiter" hinzugekommen, und haben sich vieler Orten „Fachvereine" derselben gebildet. Übrigens hat in neuerer Zeit keine einzige Branche soviel Strikes aufzuweisen, wie gerade die der Zigarrenarbeiter.

Auch sonst läßt sich ein gewisser Parallelismus zwischen der Arbeiterbewegung von 1848 und derjenigen der sechziger Jahre nicht verkennen. Wie z. B. damals die Arbeiterverbrüderung ein Verband für Arbeiter aller Branchen war, so gab es zwei Jahrzehnte später neben den nationalen Fachvereinen [redacted] „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein", welcher die Interessen der [redacted] der Berufsart vertrat.

bezeichneten Art unzweifelhaft viel günstiger lagen, zwischen der Gründung der nationalen Buchdrucker- und Tabakarbeiter-Vereine bis zur Schaffung weiterer interlokaler Fachorganisationen ein Zeitraum von drei Jahren verflossen!

Die lokale Arbeiterbewegung zeigte sich teils in der Stiftung von Vereinen, teils einfach in dem bloß vorübergehenden Zusammenhalten der Gesellen zum Zwecke von Strikes.

Da waren die Vereine der Maschinenbauer sowie der Stuhlarbeiter in Berlin, der Garnweber, ebenso der Seidenwirker in Bernau, der Sammet- und Seidenwirker in Köpenik, der Weber in Krefeld, der Zimmerleute, der Maurer, der Schuster, der Schneider, der Packer, sowie endlich der Barbier-Gesellen in Leipzig, der Schuhmacher-Gesellen in Bremen u. s. w.[1])

Den besten Gradmesser für die Geneigtheit der Arbeiterklasse zu fachgewerblichen Bestrebungen giebt die bedeutende Anzahl der versuchten und durchgeführten Strikes ab.

Wieviel Gewerbe werden z. B. in Berlin von der Lohnbewegung ergriffen! Da sind die von den städtischen Behörden beschäftigten Arbeiter, welche den bisherigen Lohn von $12^1/_2$ Groschen um $2^1/_2$ Groschen erhöht wissen wollen und nach der anfänglichen Weigerung der Kommunalbehörden in eine so erregte Stimmung geraten, daß diese letzteren es für das Beste halten, nachzugeben. Da sind ferner die Maschinenbauer, welche eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf täglich 12 Stunden und eine Erhöhung des Wochenlohnes auf 5 Thaler durchsetzen; da sind die Schneider, welche die Hebung der Arbeitspreise bewirken, ebenso die Maurer, wie auch die Stuhlarbeiter, welche letztere daneben noch vom Ministerpräsidenten das Versprechen eines Verbots der Stuhlarbeit in den Zuchthäusern erhalten; da sind die Schuhmacher und die Bäcker,

[1]) Die Größe der im vierten Stande vorhandenen Gährung wird ganz gut durch einen Hergang illustriert, der sich in Leipzig ereignete. Dort hatte sich ein Narr den albernen Scherz erlaubt, zur Verhöhnung der Arbeiterfachversammlungen im „Leipziger Tageblatt" eine Dienstmädchen-Versammlung anzukündigen, welche angeblich am Palmsonntagabend im Kolosseum tagen sollte. Wirklich fanden sich ungefähr 300 Dienstmädchen zur angesetzten Zeit und am bezeichneten Orte ein. Als sich kein Einberufer meldete, eröffneten sie selber kurz entschlossen die Versammlung und drei von ihnen ergriffen nach einander das Wort. „Sie klagten — wir folgen dem von B. Becker reproduzierten Berichte der Augsburger „Allgemeinen Zeitung" — in der unverfälschten Mundart des Pleißen- und Oberlandes die Herrschaften der Arbeitsüberforderung an. Sie hoben vorzüglich die Lage der Kindermädchen hervor, die bis 10 Uhr abends die Kleinen warten, dann ans Waschfaß müßten und mit einer Butterbemme von früh morgens 5 Uhr aushalten sollten bis mittags."

welche vergebens eine Aufbesserung ihrer Lage herbeizuführen streben. Nimmt man dazu noch den ersten Buchdruckerstrike, und erwägt man, daß alles Angeführte sich im Laufe des einzigen Monats April (1848) in einer einzigen Stadt ereignet hat, so ersieht man hieraus klar und deutlich, daß nach der Revolution die Wogen der Lohnbewegung ziemlich hoch gingen. Und wenn sie sich nach einiger Zeit legten, so konnte dies aus verschiedenen, leicht erklärlichen Gründen geschehen. Denn einmal wurden bald alle gährenden Elemente vom Ringen mit der Kontrerevolution vollständig in Anspruch genommen. Dann aber hielten die Behörden nach Möglichkeit alle Regungen des Proletariats nieder. Und dieses wiederum hatte in der kurzen Spanne von Monaten in denen ihm freier Spielraum zur Assoziationsbildung vergönnt gewesen, keine genügenden Organisationen schaffen können, welche imstande gewesen wären, jedem Hammerschlage ihrer Gegner zu trotzen, indem sie aus dem Klassenbewußtsein des vierten Standes eine solche Kraft schöpften, daß sie sich instinktiv immer wieder von neuem, wenn auch unter veränderten und modifizierten Formen, aufbauten.

Unsere Ansicht wird durch die Erinnerung an die moderne, deutsche Arbeiterpartei vielleicht einleuchtender werden. Diese hatte fünfzehn Jahre hindurch Gelegenheit, das Klassenbewußtsein des — allerdings auch gegen früher viel massenhafteren und darum viel geeigneteren — industriellen Proletariats anzufachen und aufzuregen. Als dann mit einem Male ein drakonisches Ausnahmegesetz erlassen wurde, welches der Regierung jede nur irgend gewünschte Handhabe bot, da ergab sich das Resultat, daß das Gesetz möglicherweise das weitere Umsichgreifen der verfehmten Partei verlangsamen könne, daß aber dieselbe in dem ihr ergebenen Bewußtsein des Proletariats das Mittel fand, um dem harten Gesetze selbst in den Zeiten seiner schärfsten Anwendung Trotz zu bieten und sich — wie lose und in welcher Weise auch immer — wieder von neuem zu organisieren.

---

6. Die Geschichte des deutschen, sozialen Arbeiterbundes. (Schluß): Die politische Haltung des Bundes während der Katastrophe. — Ein neuer nationaler Arbeiterkongreß. — Der nordwestdeutsche Arbeiterverband und sein Anschluß an den Bund. — Das Ende des Bundes.

Schon aus der Charakteristik der „Verbrüderung", des offiziellen Journals des deutschen Arbeiterbundes, war die revolutionäre Haltung der Leitung desselben ersichtlich. Wir müssen indes noch näher auf den

Standpunkt des Bundes während der Katastrophe in den Jahren 1848 bis 1849 eingehen.

Als gegen Ende des Jahres 1848 die Krone eine entschiedene Wendung gegen die preußische Nationalversammlung nahm, erklärten die Berliner Mitgliedschaften der Verbrüderung in einem an die Nationalversammlung gerichteten Schreiben, daß sie zu ihrer Verteidigung bereit seien und sich ihr zur Verfügung stellten.

Das Zentralkomitee aber forderte in einem Rundschreiben an die Bezirks- und Lokalkomitees der Verbrüderung schleunige Bewaffnung der Arbeiter zu Gunsten der deutschen Nationalversammlung.[1])

Als dann Mitte 1849 in einzelnen Teilen Deutschlands die Revolution wirklich ausbrach, empfahl die Berliner Assoziations-Büchsenmacherei durch ostensibles Inserat in der „Verbrüderung" „alle Arten Büchsen, Jagdflinten und Hirschfänger zu billigen Preisen" und versprach jede Bestellung aufs schnellste auszuführen.

In Sachsen, in Baden, in der Rheinpfalz beteiligten sich die Mitgliedschaften der Verbrüderung notorisch an der Rebellion; aus ihnen gingen teilweise sogar deren Führer hervor, wie z. B. in Dresden, wo Born den Oberstkommandanten abgab.

Und wenn andrer Orten keine Erhebung stattfand, so hatte die Verbrüderung nichts unversucht gelassen, um eine solche auch dort herbeizuführen. So erließ z. B. zur Zeit des südwestdeutschen Aufstandes, der sogenannten Reichsverfassungs-Kampagne, der Zentralausschuß der württembergischen Arbeitervereine einen Aufruf, in welchem er es für die heiligste Pflicht eines jeden Deutschen und insbesondere der Arbeiter erklärte, sich an diesem Kampfe zu beteiligen. „Die Stunde der Ent-

---

[1]) Das betreffende Rundschreiben lautete:

Brüder! An alle Bezirks- und Lokalkomitees der Arbeiterverbrüderung erlassen wir hiermit die dringende Aufforderung, alle ihre Kräfte und Mittel zur Bewaffnung der Arbeiter aufzubieten. Die schon gebildeten Assoziationskassen sind hiermit angewiesen, zur Anschaffung von Waffen mit Vorschüssen gegen billige Zinsen zu unterstützen. Die bewaffneten Arbeiter haben mit einander in Verbindung zu treten und den verräterischen Feind aller Orten zu bekämpfen. An unsere Brüder in Preußen ergeht außerdem die Aufforderung, den Beschlüssen der Nationalversammlung nicht allein zu folgen, sondern ihr möglichst durch entschiedene Bewegung vorzuarbeiten. Es ist in Deutschland jetzt die Zeit, wo jede Stadt, wo jedes Dorf zur Feste werden muß gegen die Tyrannei. Laßt uns zeigen, daß wir der Freiheit würdig sind.

Leipzig, den 22. November 1848.

Das Zentralkomitee für die deutschen Arbeiter.

Schwenniger. Kick. Born.

scheidung — hieß es im Aufrufe weiter — naht immer mehr heran, wo es sich zeigen wird, ob das deutsche Volk fähig ist, seine Freiheit zu erringen, oder ob es in der ewigen Knechtschaft leben soll! Darum, Brüder, wollen wir, wenn es nötig ist, kämpfen, einer für alle und alle für einen."

Mit einem Worte: während der ganzen Kontrerevolution ging der gesamte Arbeiterbund ohne das geringste Zaudern mit der revolutionären Demokratie zusammen, ja er bildete eine der festesten Stützen derselben. Und was noch mehr hervorgehoben zu werden verdient: es wurde im Bunde niemals und nirgends, zu keiner Zeit und an keinem Orte, auch nur der geringste Widerstand gegen diese Taktik laut, ja, es machte sich nicht einmal der allerleiseste Zweifel bemerkbar, ob diese Taktik die richtige sei. Das sind gewiß bemerkenswerte Symptome zur Kenntnis des Geistes des deutschen Arbeiterstandes. —

Trotzdem mit dem im Jahre 1849 endgültig entschiedenen Siege der Reaktion die Lage der Verbrüderung eine sehr heikle ward, machte der Bund immer noch Fortschritte. Es begann nämlich gerade jetzt auch in Nordwestdeutschland, das sich bisher ziemlich passiv verhalten hatte, eine Arbeiteragitation, die zur Stiftung eines nordwestdeutschen Arbeiterverbandes und schließlich zu dessen Anschluß an die Verbrüderung führte.

Wir wollen den Verlauf dieser Bewegung kurz skizzieren.

Den Anstoß dazu gab ein Aufruf des Arbeitervereines zu Hannover, infolge wovon ebenda ein Kongreß nordwestdeutscher Arbeitervereine zusammentrat, welcher vom 20.—21. Oktober 1849 tagte und eine „Norddeutsche Arbeitervereinigung" zustande brachte. Auf dem Kongreß wurde bereits von Hamburger Delegierten auf Anschluß an die Verbrüderung angetragen, derselbe jedoch noch vorläufig abgelehnt. Im ganzen schlossen sich dem neuen Bunde 25 Arbeitervereine — sämtlich aus Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Bremen — an; übrigens wiederum ein Beweis dafür, daß die Arbeiterbewegung damals einen kräftigen Anlauf genommen hat. Mögen allerdings auch manche von den Vereinen nur sehr schwach gewesen sein, so hatte immerhin (in der besten Zeit) nach den amtlichen Feststellungen der Wolfenbütteler Arbeiter-Verein über 100 Mitglieder, der in Emden gegen 150, ebenso der in Stade und der in Jever; der Bremenser hatte über 250 Mitglieder, der Hannoveraner über 450 und der Braunschweiger über 700.

Auf dem Kongreß zu Hannover hatte man sich über die Regelung der Wanderunterstützung geeinigt und eine Zentralisation derselben für den neuen Verband bewirkt. Jedes Mitglied hatte zur Ver-

abreichung der Unterstützung an reisende Vereinsbrüder monatlich zwei Pfennige zu entrichten. Eine fernere monatliche Auflage von 1 Pfennig mußte an das neugeschaffene Zentralbüreau, welches vorläufig in Bremen seinen Sitz haben sollte, geleistet werden. Natürlich hatte daneben noch jeder einzelne Arbeiterverein seine besonderen Abgaben, je nach den Zwecken, die er speziell sich stellte.

Die Anforderungen, welche der Verband zunächst an den Staat richtete, waren nicht gerade weitgehend, wie eine Petition der hannöverschen Arbeitervereine an die Stände-Versammlung des Landes zeigt. Die Petition enthielt folgende Wünsche: Die Errichtung von Bildungsanstalten für Lehrlinge, mit der Verpflichtung für die Regierung, zu den Kosten derselben beizutragen, wo die Mittel der Gemeinde nicht ausreichten; die Beseitigung der Erschwerung des Wanderns; die gesetzliche Feststellung der Arbeitszeit für alle Arbeiter; die Übernahme der Verpflegungskosten für die auf der Wanderschaft begriffenen, erkrankten Arbeiter durch den Staat oder die Gemeinde; gleichmäßige Kündigungsfrist zwischen dem Arbeiter und Arbeitgeber, nach den verschiedenen Verhältnissen festgestellt; Beseitigung des sogenannten „Zuschickens" und Sicherung des Rechts für den Arbeiter, an jedem Orte beliebig lange und oft arbeiten dürfen; Einführung von Schiedsgerichten, bestehend aus Arbeitern und Arbeitgebern, um vorkommende Gewerksstreitigkeiten zu schlichten; weniger Schwierigkeiten und geringere Geldkosten zur Erlangung des Bürgerrechts; und endlich die Anfertigung von praktischen Meisterstücken, die wenig Zeitaufwand erfordern.

Als nun die Verbrüderung im Februar 1850 einen Arbeiterkongreß veranstalten wollte, lud sie auch den nordwestdeutschen Verband zur Teilnahme ein. Der letztere leistete Folge. Er sandte zu dem Kongresse, welcher vom 20.—26. Februar in Leipzig stattfand, drei Delegierte, welche namens der nordwestdeutschen Vereine den Beitritt zur Verbrüderung erklärten. Immerhin behielten jene Vereine eine gewisse selbständige Stellung.

Daneben hatte zur „General-Versammlung der deutschen Arbeiter" — außer den Bezirkskomitees der Verbrüderung — noch die Zigarrenarbeiter-Assoziation sechs Delegierte entsendet, und schließlich waren noch zwei Lokalkomitees der Buchdrucker repräsentiert. Die Zigarrenarbeiter, welche schon vorher eine gewisse Verbindung mit der „Verbrüderung" gehabt hatten, schlossen sich ihr auf dem Kongresse vollständig an, allerdings, wie schon oben bemerkt ist, nur auf kurze Zeit.

Die Beteiligung der Buchdrucker war und blieb die That zweier

einzelner Komitees, welche ohne weitere Folge für die Annäherung des fachlichen Verbandes an den allgemeinen blieb.

Nunmehr umfaßte die Arbeiter-Verbrüderung 250 Arbeitervereine[1]) aus allen Gauen Deutschlands, deren engerer Zusammenschluß auf dem Kongresse durchzuführen versucht wurde. Hierbei mußte man allerdings die bewährte Kraft Borns missen, welcher als Exilierter im Auslande weilte.

Auf dem Kongresse wurde zunächst als Zweck der Verbrüderung hingestellt: unter den Arbeitern aller Berufszweige eine starke Vereinigung zu begründen, welche, auf Gegenseitigkeit und Brüderschaft gestützt, die Rechte und den Willen der einzelnen zu einer Gesamtheit, die Arbeit mit dem Genuß vermitteln sollte.

Es wurde mit Entschiedenheit darauf gedrungen, daß diese Vereinigung sich auch wirklich auf fachgewerblicher Grundlage aufbauen sollte. In jedem Orte sollten die Mitglieder eines jeden Gewerks für sich einen Lokalverein bilden, und erst deren Deputierte sollten das Lokalkomitee zusammensetzen. Die Lokalvereine hatten die Verpflichtung, sich wöchentlich mindestens einmal zu versammeln, und hatten die Aufgabe, die Bedürfnisse und Übelstände der Arbeiter ihrer Berufsart sowohl wie auch im allgemeinen zu erforschen und auf ihre Abhilfe zu wirken; ferner ihre Gewerks-, Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse zu beraten und zu ordnen; durch Arbeitsvermittlung, wie durch Errichtung und Selbstverwaltung freier Kranken-, Sterbe-, Invaliden-, Dispositionskassen u. s. w. den Arbeiter und seine Familie nach Möglichkeit vor den Wechselfällen des Lebens zu schützen und die Grundsätze der Gegenseitigkeit und Brüderlichkeit im Volke zu fördern; schließlich durch Lehrvorträge, Bibliotheken, Musterwerkstätten und ähnliche Institute Kenntnis und Bildung unter den Arbeitern zu verbreiten.

Im übrigen war der weitere Aufbau der nationalen Organisation derselbe wie früher. Ebenso leitete das Zentralkomitee zu Leipzig auch fernerhin die Redaktion der „Verbrüderung", des Verbandsorgans. Dasselbe sollte vom 1. April an wöchentlich einmal, statt wie früher zweimal, erscheinen und den Zweck erfüllen, die Berichte und statistischen Nachrichten der Vereine regelmäßig mitzuteilen, sowie ferner durch passende

---

[1]) Die Mitgliederzahl konnte ich nur bei folgenden Vereinen konstatieren: Der Breslauer Verein hatte 1200 Mitglieder, der Halberstädter 1000, der Zschopauer 600, der Nürnberger 300, der Delitzscher 210, der zu Herold (bei Zschopau) 200, der zu Halle 130. Man vergleiche ferner dazu die früher angegebenen Mitgliederzahlen von Vereinen des Nordwestdeutschen Arbeiterbundes.

Leitartikel die Idee der Verbrüderung anzuregen und zu kräftigen, sowie überhaupt bildend auf den Arbeiter einzuwirken.

Dann wurde die Wanderunterstützung und im Zusammenhang mit ihr die Arbeitsnachweisung geregelt. Doch wurde die Beteiligung an diesen Institutionen nicht etwa für jedes Mitglied obligatorisch gemacht, wie es z. B. bei der „norddeutschen Arbeitervereinigung" der Fall war. Es blieb vielmehr dem Belieben jedes einzelnen überlassen, ob er sich ihnen anschließen wollte.

Jeder hatte Anspruch auf volle Unterstützung, wenn er in den letzten drei Monaten Mitglied eines Wanderunterstützungs- und Arbeitsnachweise-Vereins gewesen; in einem Orte konnte von demselben Manne eine zweite Unterstützung erst nach Ablauf von drei Monaten verlangt werden. Die Unterstützung sollte in der Regel sowohl in barem Gelde wie auch in Verabreichung von freier Kost und Logis bestehen.

Die Arbeitsnachweisung sollte geschehen: durch Anschläge in den Vereinslokalen und Herbergen, durch regelmäßige Mitteilungen an die übrigen Vereine und durch monatliche Berichte jedes Bezirksvereins an das Zentralkomitee, welches dieselben durch das Fachblatt „Die Verbrüderung" zu veröffentlichen hatte.

Dann wurde auch das Krankheitspflegewesen der Arbeiter geregelt.

Ferner wurde von der Verbrüderung noch die Notwendigkeit betont, Konsumtiv- und Produktiv-Assoziationen, die bisher nur in den allerbescheidensten Anfängen existiert hatten, in größerem Umfange ins Leben zu rufen.

Es wurde beschlossen: Konsumvereine zu bilden, welche die Konsumtibilien en gros und womöglich aus erster Hand einkaufen sollten; ferner Genossenschaften zu organisieren, welche durch direkte Vermittelung den Mitgliedern bessere Arbeitsgelegenheit, auf Gegenseitigkeit gestützt, verschaffen sollten (durch Tauschgelegenheit);[1]) schließlich Produktivassoziationen ins Leben zu rufen. Und zwar sollten die letzteren auf Rechnung und Gefahr eines Vereins bezw. Lokalverbandes der Arbeiterverbrüderung betrieben und demgemäß von den in Betracht kommenden Verbrüderungs-Komitees geleitet werden. Das zur Begründung der Produktivwerkstätten notwendige Geld sollte teils aus dem Gesamtvermögen der Verbrüderung entnommen, teils durch Vorauszahlungen der von dieser inzwischen zu

[1]) Damit war wohl die Gründung von „Tauschbanken" gemeint, deren Teilnehmer sich durch gegenseitige Garantie des Absatzes stets Arbeit und Verdienst zu sichern glaubten.

stande gebrachten Konsumvereine und Tauschgesellschaften zusammengebracht werden.

Der Lohn, der von dem unternehmenden Vereine den in seiner Werkstatt anzustellenden Arbeitern gezahlt werden sollte, betrug laut Kongreßbeschluß — wenn es nicht die Konkurrenzverhältnisse zur wirtschaftlichen Unmöglichkeit machten — mindestens 20 Silbergroschen pro Tag bei einer Arbeitszeit von 10 Stunden.

Die angeführten Festsetzungen der Verbrüderung sind ein Zeugnis, daß die Arbeiter während der 18 Monate, die seit dem ersten Kongresse verstrichen waren, entschieden eine Wendung zum Praktischen genommen hatten, die es höchst wahrscheinlich macht, daß diese Bewegung bei längerem Bestand höchst segensreiche Wirkungen gehabt hätte.

Allerdings darf man sich nicht verhehlen, daß die Mäßigung der Arbeiter zum Teil auch aus dem resignierenden und verbitternden Gefühle herstammte, daß sie vom Staate keine Unterstützung zu erhoffen hätten, und daß sie alles, was sie erreichen könnten, nur sich selbst verdanken müßten. Ausdrücklich heißt es in den „Motiven" zu den Verbandsstatuten vom 26. Februar 1850: daß man zwar noch 18 Monate vorher große Hoffnungen auf die Arbeiten der verschiedenen Nationalversammlungen gesetzt habe und deshalb in die Beschlüsse Anforderungen aufgenommen habe, welche die Arbeiter an den Staat richten zu dürfen geglaubt; seitdem aber hätten sich alle Erwartungen auf Hilfe von dieser Seite als trügerisch erwiesen.

Man konnte es den Arbeitern wirklich nicht übel nehmen, wenn ihnen der Gedanke einer Intervention der obersten Exekutive zu ihren Gunsten ferner denn je erschien. Denn kurz zuvor — am 31. Januar 1850 — war in Preußen das allgemeine Wahlrecht beseitigt worden, welches allein eine Vertretung des Proletariats im Parlamente verbürgt, und dessen allseitige Durchführung mit Recht vom ersten Arbeiterkongresse nachdrücklichst gefordert worden war.

Indessen sollte der Verbrüderung nicht einmal die Verfolgung ihrer auf Selbsthilfe beruhenden Pläne verstattet sein.

Der Arbeiterverband war schon längst den Regierungen ein Dorn im Auge. Die Arbeiter waren es gewesen, welche einen wichtigen Anteil an der Revolution von 1848 genommen; sie waren sich bewußt, daß sie nur dieser ihre Aktionsfreiheit zu verdanken hatten; ihre Führer hatten ohne Ausnahme die Bewegungen des vierten Standes — wenn auch möglichst selbständig von der rein politischen Demokratie — doch immer im radikalen Fahrwasser gesteuert und, als es gegolten, die 1848

errungenen Volksfreiheiten zu verteidigen, Schulter an Schulter mit der gesamten Opposition gekämpft. Ja, selbst diejenigen hervorragenden Mitglieder der Verbrüderung, welche schon durch ihre bürgerliche Stellung zu einem maßvollen Verhalten geneigt waren, wie z. B. der Breslauer Universitätsprofessor Nees von Esenbeck, betonten stets die entschieden demokratische Richtung des Verbandes.[1])

Daneben zeigten sich in demselben sogar ganz extrem-kommunistische Tendenzen, denen einige nicht einflußlose Persönlichkeiten huldigten und auf jede Weise zu dienen suchten.[2])

---

[1]) Bezeichnend ist ein Bankett der Breslauer Mitgliedschaft der Verbrüderung, das am 16. April 1849 stattfand. Esenbeck führt den Vorsitz. Er präsidierte, angethan mit einer roten, phrygischen Mütze; der gesamte Vorstand des Vereins folgte dem Beispiel Esenbecks, und die Versammlung deputierte zum Zeichen, daß sie damit einverstanden war, aus ihrer Mitte einen Mann und eine Frau, welche auf der Tribüne ebenfalls mit jenem Abzeichen dekoriert wurden. Esenbeck hielt die Eröffnungsrede, an deren Schluß er ein Hoch auf die Verbrüderung der Arbeiter aller Völker ausbrachte. Der zweite Redner entwickelte, daß der Sieg der sozialen Demokratie unausbleiblich, und toastete auf die Zeit, wo zwischen der Bluse des Arbeiters und dem Purpurmantel kein Unterschied mehr sein werde. In einem andern Speach wurde betont, daß allein die zugleich politische und soziale Demokratie helfen könne. Ein fernerer Redner toastete: „Wir Soldaten des roten Paniers, die wir stolz darauf sind, in dem Lager der Demokratie als Tirailleurs voranzuschreiten, wir bringen unsrer Fahne den Toast dadurch, daß wir unsere alte Parole dreimal wiederholen: Die rote Demokratie stirbt, aber sie ergiebt sich nicht."

[2]) Man kann nicht gerade sagen, daß die Verbrüderung in Abhängigkeit vom Kommunistenbunde gestanden habe. Wenn auch Born vermutlich Mitglied des Kommunistenbundes gewesen ist, so hat er doch, wie mir scheint, bei seiner gesamten Arbeiteragitation während der Revolutionszeit ganz und gar auf eigne Faust gehandelt. Das von ihm redigierte Journal — das offizielle Organ der Verbrüderung — nennt weder Marx, die damals einzig leitende Person des Kommunistenbundes, noch Pylades-Engels. Ebenso ward offenbar das Kölner Hauptquartier des Kommunistenbundes ohne jegliche Nachricht seitens des Arbeiterverbandes gelassen, da des letzteren in der „Neuen Rheinischen Zeitung" nur beiläufig in außerkölnischen Korrespondenzen — bei Gelegenheit von Kongressen u. s. w. — Erwähnung gethan wird.

Andrerseits läßt sich nicht leugnen, daß der theoretische Standpunkt, welcher von Born so energisch vertreten wurde und bei dem Arbeiterverbande auch im großen und ganzen durchdrang, in den überwiegenden Hauptteilen dem kommunistischen Manifeste von Marx und Engels entnommen war. Aber es waren doch auch gewisse theoretische Punkte von Wichtigkeit, besonders über die Bedeutung der Assoziationen und des wechselseitigen Kredits der Arbeiter, vorhanden, welche nicht aus den Theorieen jener beiden Denker entlehnt waren, sondern — aus andern. Die letztangeführten Ideen waren jedenfalls unter dem Einflusse der derzeitigen sozialen Bewegung in Paris entstanden, welche ihrerseits wiederum den Prinzipien Buchez' und Blancs neben denjenigen Proudhons folgte (S. Leris, „Gewerkvereine und Unternehmerverbände in

Es kann daher gar kein Zweifel sein, daß der Verband wirklich die Zwecke der Demokratie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, und zwar direkt und bewußt förderte.

Unter solchen Umständen kann es nicht wunderbar erscheinen, daß, als die deutschen Regierungen den Feldzug gegen die Demokratie begannen und rücksichtslos gegen alle Kundgebungen derselben einschritten, auch die Verbrüderung großen Verfolgungen ausgesetzt war. Und es mochte ihr wenig frommen, wenn sie, vor dem herannahenden Sturme die Segel etwas einziehend, das „Zentralkomitee" in eine harmlose „Geschäftsstelle" umwandelte. Es war jetzt zu spät. In den Augen der Behörden war ihr Schicksal besiegelt. Natürlich! wurden Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um die Revolutionäre in Schlafrock und Pantoffeln unschädlich zu machen, so durfte konsequent eine Organisation der echten, der wirklichen Revolutionäre nicht geschont werden, welche samt und sonders bereit waren, Gut und Blut im Kampfe gegen die damals bestehende Herrschaft einzusetzen.

Eine andere Frage ist es, ob es auch vom sozialpolitischen Standpunkte aus weise gehandelt war, wenn die Arbeitervereine um jeden Preis zu ersticken gesucht wurden. In der heutigen Gesellschafts-Ordnung haben die Arbeitergenossenschaften große Aufgaben zu erfüllen, selbst wenn der Staat noch so sehr zu Gunsten des Proletariats interveniert. Ist aber letzteres nicht der Fall — und damals dachte man garnicht daran, den unteren Klassen zu Hilfe zu eilen —, so sind die Vereine der Arbeiter der einzige Damm gegen eine schamlose Ausbeutung seitens der Kapitalisten. Die Regierungen hätten also mindestens den nicht im strengen Sinne des Wortes „politischen" Arbeitervereinen Existenzberechtigung zugestehen müssen. Indem sie das nicht thaten, haben sie eine schwere Schuld auf sich geladen und an ihrem Teile mit dazu beigetragen, in dem deutschen Arbeiter jenes für die spätere Geschichte so wichtige Mißtrauen gegen alles, was von oben her kommt, zu erwecken. —

Frankreich" p. 138 ff.). Und gerade jene theoretischen Differenzpunkte (im Vergleiche zu dem Marx-Engelsschen Systeme) sind es gewesen, welche auf das praktische Verhalten der Verbrüderung einen weitreichenden Einfluß ausgeübt haben.

Nach alledem muß der Arbeiterverband in der That als direkt unabhängig vom Kommunistenbunde bezeichnet werden und kann höchstens als indirekt im Bannkreise der von demselben ausgehenden Doktrinen stehend erscheinen.

Dieser Art waren die Beziehungen der Verbrüderung, als ein Ganzes betrachtet, zum Kommunistenbunde. Daß lokal einige dem letzteren ganz und voll ergebene Männer auch in den Mitgliedschaften der Verbrüderung dominierten, ist bereits im Texte gesagt worden, widerspricht natürlich nicht unsrer eben aufgestellten Ansicht.

Die ersten Maßregelungen gingen von Bayern aus, welches ohne weiteres den ganzen Arbeiterbund innerhalb seines Gebietes als unverträglich mit den bestehenden Gesetzen schloß. Dann folgte Sachsen, welches durch Ministerialverfügung vom 4. Juli 1850 auch für sein Gebiet die Auflösung sämtlicher bestehenden Mitgliedschaften anordnete. Das sächsische Ministerium ging von der Ansicht aus, daß sowohl die Statuten der Verbrüderung wie auch die Gesamthaltung des Verbandes und die Aufführung der einzelnen Bezirksvereine bewiesen, daß die Verbrüderung ein Bund von politischen Vereinen war; was nach sächsischem Gesetz verboten.

Preußen schritt zwar langsam, aber nicht minder sicher ein.

Hier war am 11. März 1850 eine Verfügung zur „Verhütung des Mißbrauchs des Versammlungsrechts" erlassen worden. Diese Verfügung verbot die Verbindung politischer Gesellschaften unter einander.

Daraufhin schloß die Polizei vorläufig die Verbrüderungsmitgliedschaften zu Berlin, Breslau und Königsberg und stellte die Vorstände derselben wegen Übertretung jener Verordnung vor die Gerichte. Dieselben erkannten dem Antrage der Polizei entsprechend auf Schließung der betreffenden Vereine und verurteilten ihre Vorstände zu Geldstrafen.[1])

Hiernach ging man auch gegen die andern Verbrüderungsvereine in Preußen vor.

Am 1. Juli 1850 stellte infolge der Sprengung des Verbandes dessen publiziftisches Organ, die Verbrüderung, ihr Erscheinen ein. Ehemalige hervorragende Mitglieder — wie z. B. Gangloff, vorher Mitglied des Zentralkomitees und Herausgeber der Verbrüderung, Schwenniger u. a. — gaben als Ersatz und zur Aufrechterhaltung der Verbindung unter den deutschen Arbeitern eine neue Zeitschrift „Prometheus" (in Leipzig) heraus. Aber das Blatt hatte mit außerordentlichen, finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Schon die Verbrüderung hatte — wie ich aus den nachgelassenen Papieren Esenbecks ersehen habe — nicht ihre Kosten gedeckt und sich nur durch die Zuschüsse des Bundes halten können. Um wie viel ungünstiger war die Stellung des Prometheus, welcher bei der

[1]) Nicht mit Unrecht wurden die Mitgliedschaften der Verbrüderung von den preußischen Gerichten als Vereine betrachtet, die auch politischen Zwecken dienten. Daß z. B. die Breslauer Mitgliedschaft sich nach Erlaß der im Texte erwähnten Verfügung mit politischen Dingen abgab, habe ich aus den nachgelassenen Papieren des Professor Nees von Esenbeck konstatieren können. Sogar das offizielle Protokoll von 6 Sitzungen der Breslauer Verbrüderung weist die Empfehlung des Abonnements auf ein demokratisches Preßorgan nach; das Kassenbuch aus derselben Zeit enthält einen Posten, der zur Unterstützung der politischen Flüchtlinge in der Schweiz verausgabt worden.

damaligen Sachlage viel weniger Abonnenten haben mußte und auch schwerlich auf erhebliche Unterstützung „um der guten Sache willen", die er vertrat, hoffen durfte.

Dazu kamen noch die Verfolgungen seitens der Behörden. Schon vier Wochen nach Ausgabe des Prometheus wurde der Redakteur Schwenniger wegen Verdachts der Teilnahme am Dresdener Mai-Aufstande verhaftet und, nachdem er ein Halbjahr in Untersuchung zugebracht, ohne daß ihm etwas Strafbares hätte nachgewiesen werden können, aus Sachsen ausgewiesen. Später schritt man auch gegen Gangloff ein, der wirklich nach mehr als einjähriger Untersuchungshaft wegen Vorbereitung des Verbrechens des Hochverrats zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.

Unter solchen Umständen war es nicht wunderbar, wenn der Prometheus schon nach kurzer Zeit zu erscheinen aufhörte. —

Immer noch hatten die nordwestdeutschen Staaten die Arbeitervereine auf ihrem Gebiet ungestört bestehen lassen. Die „norddeutsche Arbeitervereinigung" hatte am 28. und 29. Mai 1850 ruhig einen Kongreß in Bremen abhalten können, bei dem auch ein Vertreter der „Geschäftsstelle" der Arbeiterverbrüderung erschienen war. Dort war die Wanderunterstützungs-Organisation der norddeutschen Vereinigung einer Neuregelung unterzogen worden, sonst aber nichts Bemerkenswertes vorgefallen.

Um die norddeutsche Vereinigung sammelten sich nunmehr die noch existierenden kümmerlichen Reste der deutschen Verbrüderung. Anfangs 1851 wurde die Geschäftsstelle derselben nach Hannover verlegt. Ebenda erschien nunmehr ein vom dortigen Arbeiterführer Stechan — wie erwähnt auch Mitglied des Kommunistenbundes — redigiertes Wochenblatt „Deutsche Arbeiterhalle", welches speziell die Interessen des vierten Standes vertreten sollte. Die deutsche Arbeiterhalle, — hieß es schon im Programm derselben — will „den Arbeitern und Besitzlosen, die unter dem Drucke des Kapitals, der Vorrechte und Privilegien leiden, Gelegenheit geben, sich über ihre Lage auszusprechen. Sie will für die Unabhängigkeit der Arbeiter kämpfen und Vorschläge zur Einführung der Assoziationen bringen. Sie will die Mißbräuche der Zunft beleuchten und der vernünftigen, freien Entwickelung aller Arbeitskräfte entgegenstreben. Die Bildung und Hebung der arbeitenden Klassen wird sie nach Kräften zu fördern suchen und Nachrichten über Arbeiterverhältnisse aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands bringen."

Die „Arbeiterhalle" war zwar ein privates Unternehmen; sie wurde

aber durch Zirkular der Geschäftsstelle der Verbrüderung als Organ derselben empfohlen.

Das Blatt hielt sich auch eine Anzahl von Monaten, trotzdem es wegen seiner entschiedenen Haltung polizeilich und gerichtlich verfolgt wurde. Da wurde Stechan in die (um mitte 1851) gegen den Kommunistenbund eröffnete Untersuchung verwickelt; er ward am 11. Juli (1851) verhaftet und im Gefängnis zurückbehalten. Nunmehr erlag das seines Redakteurs beraubte Journal.[1]) Es war das letzte, welches der Verbrüderung diente.

Zu gleicher Zeit begann auch die hannöversche Polizei gegen die Norddeutsche Arbeitervereinigung vorzugehen. Am 29. Juni 1851 wurde bei der Geschäftsstelle derselben Haussuchung gehalten und alle Papiere mit Beschlag belegt. Da sich aber daraus nichts Gravierendes ergab, wurde vorläufig nicht weiter gegen die nordwestdeutschen Arbeitervereine eingeschritten. Sie hielten sich am längsten im deutschen Bunde, wenigstens wenn man die größeren Staaten ins Auge faßt. —

Übrigens bestanden noch anderweitig trotz aller Maßregelungen gewisse mit der Arbeiterverbrüderung zusammenhängende Genossenschaften. Vor allem in Berlin.

Zwar die Produktiv- und Konsumtiv-Assoziationen, welche dort von der Verbrüderung ins Leben gerufen worden, waren schon 1850 polizeilich geschlossen worden. Der Gesundheitspflegeverein lebte indes fort. Aber auch sein Stündlein sollte schlagen. Im März 1853 wurde bekanntlich auf Grund Stieberscher Machinationen gegen die Demokraten Ladendorf, Falkenthal und Genossen ein Hochverratsprozeß eingeleitet. In den bei ihnen beschlagnahmten Papieren soll sich nun — wie Stieber behauptet, weshalb es allerdings nicht wahr zu sein braucht — die Notiz gefunden haben, daß die demokratische Partei in dem Gesundheitspflegeverein einen wichtigen Stützpunkt finde. Dazu kam, daß der in den Hochverratsprozeß mitverwickelte Kaufmann Salomon Levy zugleich Geschäftsführer des fraglichen Vereins war. Daraufhin erachtete der Polizeipräsident von Hinckeldey den Verein verbrecherischer Tendenzen für überwiesen und löste ihn auf. Er hatte damals nach polizeilicher Feststellung nahe an 10 000 Mitglieder. —

Preußen und Österreich hielten die sozialpolitischen Arbeitervereine für so gefährlich, daß sie sogar beim Bundestage das Einschreiten gegen

[1]) Stechan gelang es, anfang September 1851 aus dem Gefängnis zu entfliehen. Er begab sich nach London, wo er sich als Tischlergeselle sein Brot erwarb.

sie in Anregung brachten. Am 14. April 1853 beantragten die Gesandten jener beiden Mächte — von Bismarck und von Prokesch-Osten — beim Bundestage: dessen ständigen politischen Ausschuß zu einer Berichterstattung über die im Interesse der gemeinsamen Sicherheit gegen die Arbeitervereine zu ergreifenden Maßregeln zu veranlassen.

In den Motiven zu dem Antrage hieß es: es sei schon von verschiedenen Bundesregierungen auf diplomatischem Wege auf die Gefahren aufmerksam gemacht worden, mit welchen die öffentliche Sicherheit durch die Wirksamkeit der über einen großen Teil von Deutschland verbreiteten Arbeitervereine bedroht sei. Daher glaubten die antragstellenden Länder den Wünschen ihrer Bundesgenossen entgegenzukommen, wenn sie die Frage in Anregung brächten, auf welche Weise der verderbliche Einfluß, den jene Vereine namentlich auf den Handwerkerstand ausübten, abzuschneiden sei. Wenn es nun unzweifelhaft sein dürfte, daß nur von einem gemeinsamen Verfahren aller Bundesregierungen ein Erfolg in dieser Sache sich erwarten ließe, so müßten doch die zu fassenden Beschlüsse vorher geprüft werden, um einerseits Vereine von revolutionärem Charakter ohne Ausnahme zu unterdrücken und um andrerseits das Bestehen solcher Vereine, welche nützliche Zwecke verfolgten, nicht zu hindern.

Diese Prüfung sollte eben durch den politischen Ausschuß erfolgen.

Das schließliche Resultat des Antrages der beiden Großmächte war der Bundesbeschluß vom 13. Juli 1854 über die politischen und Arbeiter-Vereine, dessen achter — sozialpolitisch wichtiger — Paragraph sämtliche Bundesregierungen im Interesse der gemeinsamen Sicherheit verpflichtete, die in ihren Gebieten noch bestehenden Arbeitervereine und Verbrüderungen, welche politische, sozialistische oder kommunistische Zwecke verfolgten, binnen zwei Monaten aufzuheben und die Neubildung solcher Verbindungen bei Strafe zu verbieten.

Jede deutsche Regierung mußte mitteilen, wann sie diese die Arbeitervereine betreffenden Paragraphen als Gesetz eingeführt. Die letzten Anzeigen geschahen von seiten Sachsen-Weimars und Schwarzburg-Rudolstadts am 5. Juli 1856 und von seiten Luxemburgs am 1. Dezember 1856.

So wurde jetzt alles, was sich an sozialpolitischen und Fachvereinen aus der Revolutionszeit erhalten hatte, unterdrückt.

Viertes Kapitel.

Die Arbeiterbewegung seit 1848: Sozialistische und Arbeiterbestrebungen außerhalb des sozialen Arbeiterbundes und der fachgewerblichen Assoziationen.

1. Marx wird Diktator des Kommunistenbundes. — Die Begründung der Neuen Rheinischen Zeitung.

Anfang Februar 1848 wurde das „Manifest der kommunistischen Partei" veröffentlicht. Nur ein paar Wochen später brach in Paris die Revolution aus. In Brüssel fanden Volksbewegungen statt; und die belgische Regierung, welche schon vorher von Preußen um Entfernung von Marx wegen seiner aufreizenden Artikel in der deutschen „Brüsseler Zeitung" angegangen worden war, wies den sozialistischen Revolutionär mittelst Ordre vom 2. März (1848) aus. Aber schon tags zuvor war er von der französischen provisorischen Regierung aufgefordert worden, nach Frankreich — von wo er im Januar 1845 vertrieben worden war — zurückzukehren.

Marx folgte dieser Aufforderung und begab sich nach Paris. Zugleich wurde durch Beschluß der Brüsseler Zentralbehörde des Kommunistenbundes vom 3. März nicht nur deren Sitz nach Paris verlegt, sondern auch Marx zum unumschränkten Diktator des Bundes ernannt.[1])

Das Resultat der Pariser Diktatur von Marx war gleich Null. Es

[1]) Das bezügliche, hochinteressante Aktenstück lautet wörtlich:

„Beschluß der Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Die Zentralbehörde d. B. d. K., sitzend in Brüssel, nach Einsicht des Beschlusses der bisherigen Londoner Zentralbehörde, wonach diese den Sitz der Zentralbehörde nach Brüssel verlegt und sich selbst als Zentralbehörde auflöst, durch welchen Beschluß also die Kreisbehörde des leitenden Kreises Brüssel zur Zentralbehörde konstituiert ist,

war daher nicht zu verwundern, daß unser Sozialist, nach der Märzrevolution, nach Deutschland ging.

Hier machte er allerdings mit dem Kommunistenbunde keine besonders guten Erfahrungen. Die wenigen hundert, in Deutschland vorhandenen Mitglieder der geheimen Verbindung konnten in der ungeheuren Masse, welche die revolutionäre Bewegung mitmachte, nicht zu selbständiger Geltung gelangen. Dazu kam, daß es in der erregten Zeit nicht einmal gelang, ein einheitliches Ganzes unter den deutschen extremen Kommunisten herzustellen. Bald war die von Marx repräsentierte Zentralbehörde gänzlich ohne jede Nachricht von seiten ihrer Getreuen. Der Bund als solcher war während der ganzen Revolutionszeit ohne Leben.

Desto wichtiger war das, was lokal — in einzelnen Städten und Distrikten — von seiten der Kommunisten geschah. Und hier ist es wieder ganz besonders die Thätigkeit von Marx und Engels, welche in jeder Hinsicht Berücksichtigung verdient. Und wir müssen hier um so mehr auf die höchst charakteristische Wirksamkeit jener beiden Männer eingehen, als deren Bedeutung für die Entwicklung des modernen Sozialismus, vor allem des deutschen, späterhin eine gradezu epochemachende genannt

---

in Erwägung:

daß unter den jetzigen Umständen alle Vereinigung der Bundesmitglieder und namentlich der Deutschen in Brüssel unmöglich ist;

daß die leitenden Bundesmitglieder daselbst entweder schon arretiert respektive expulsiert sind oder stündlich Expulsion aus Belgien erwarten;

daß Paris in diesem Augenblick das Zentrum der ganzen revolutionären Bewegung ist;

daß die gegenwärtigen Umstände eine durchaus energische Leitung des Bundes erheischen, zu welcher eine momentane diskretionäre Gewalt unbedingt nötig ist;

beschließt:

Art. 1. Die Zentralbehörde ist nach Paris verlegt.

Art. 2. Die Brüsseler Zentralbehörde überträgt dem Bundesmitgliede Karl Marx diskretionäre Vollmacht zur momentanen Zentraldirektion aller Bundesangelegenheiten und unter Verantwortlichkeit gegen die neu zu konstituierende Zentralbehörde und den nächsten Kongreß.

Art. 3. Sie beauftragt Marx, in Paris, sobald es die Umstände gestatten, die passendsten Bundesmitglieder zu einer neuen Zentralbehörde nach seiner Auswahl zu konstituieren und dazu selbst Bundes-Mitglieder, die nicht in Paris wohnen, dorthin zu berufen.

Art. 4. Die Brüsseler Zentralbehörde löst sich auf.

Beschlossen Brüssel, den 3. März 1848.

Die Zentralbehörde.

Engels. F. Fischer. Gigot. H. Steingens. K. Marx."

werden muß. Wir glauben daher, speziell mit den folgenden Abschnitten einen nicht unwesentlichen Beitrag zum Verständnis unserer heutigen Arbeiterbewegung zu liefern.

Gemäß dem kommunistischen Manifeste sollten die Kommunisten in Deutschland bis zum endgiltigen Sturze der Monarchie und des Feudalismus mit der revolutionären Bourgeoisie gemeinsame Sache machen. Die revolutionäre Bourgeoisie, das war die entschiedene Demokratie. Mit ihr mußten daher konsequent Marx und Genossen Hand in Hand gehen, als sie nach Deutschland eilten. So geschah es auch.

Als jene Männer nach Köln kamen, wurde dort von Demokraten und Kommunisten die Gründung eines großen Tageblattes vorbereitet. Es sollte lokal-kölnischen Zuschnitt haben. Aber Marx und Engels setzten es durch, daß ihnen vollständig die Leitung des Blattes überlassen wurde, gegen die einzige Verpflichtung, Heinrich Bürgers — den wir bereits als Mitarbeiter des Pariser „Vorwärts!" vom Jahre 1844 kennen gelernt haben — in die Redaktion aufzunehmen. Derselbe schrieb aber nur einen einzigen Artikel (in Nr. 2).

Das, was Marx und Engels bewog, in Köln zu bleiben, war vor allem der Umstand, daß in Berlin das preußische Landrecht herrschte, welches politische Prozesse vor den Berufsrichter verwies, während in Köln der Code Napoléon in Geltung war, welcher keine spezielle Paragraphen für die Presse hatte, da er die Zensur voraussetzte und der daher den politischen Verbrecher vor die Geschworenen verwies.

Am 1. Juni 1848 begann das neue Blatt, unter dem Titel „Neue Rheinische Zeitung", zu erscheinen. Es wurde siebenmal wöchentlich ausgegeben. Redakteure waren: Karl Marx, Friedrich Engels, Wilhelm Wolff — früher Mitarbeiter des „Deutschen Bürgerbuchs" und, wie Engels, ein blinder Bewunderer von Marx, mit dem er in Brüssel eifrig verkehrt hatte — Dr. Ernst Dronke, den wir bereits als sozialistischen Dichter und Novellisten kennen gelernt haben, endlich Georg Weerth. Letzterer aus Detmold stammend, war commis voyageur gewesen und seit 1843 mit Engels, seit 1845 mit Marx in Brüssel intim. Er hatte sich rege — besonders mit Gedichten — an der vormärzlichen, sozialistischen Presse beteiligt. Er übernahm jetzt das Feuilleton der Neuen Rheinischen Zeitung. Später — seit Mitte Oktober 1848 — trat noch Ferdinand Freiligrath, der berühmte Dichter, der schon im „Ça ira" von 1846 sich als revolutionären, sozialistischen Republikaner gezeigt hatte, in die Redaktion des Kölner Blattes als Mitglied ein.

2. Charakteristik der Marxschen „Neuen Rheinischen Zeitung". — Ihre Geschichte.

Derjenige, welcher in der Redaktion der „Neuen Rheinischen Zeitung" unbedingt und ohne Widerspruch gebot, war Karl Marx. Sagt doch Engels selber ausdrücklich: „Die Verfassung der Redaktion war die einfache Diktatur von Marx. Ein großes Tageblatt, das zur bestimmten Stunde fertig sein muß, kann bei keiner anderen Verfassung eine folgerechte Haltung bewahren. Hier aber war noch dazu Marx' Diktatur selbstverständlich, unbestritten, von uns allen gern anerkannt. Es war in erster Linie sein klarer Blick und seine sichere Haltung, die das Blatt zur berühmtesten, deutschen Zeitung der Revolutionszeit gemacht haben."

Wir haben, nach dieser Erklärung, in der Neuen Rheinischen Zeitung vornehmlich ein Organ von Marx — der übrigens sowohl als „Herausgeber" wie auch zugleich als „Redakteur en chef" zeichnete — zu sehen: ein Moment, das bei der kolossalen Bedeutung dieses Denkers und Sozialpolitikers für die Entwickelung der sozialen Frage, die Neue Rheinische Zeitung um so interessanter macht und ein näheres Eingehen auf die von derselben vertretenen Tendenzen uns um so mehr als Pflicht auferlegt.

Zunächst muß gefragt werden: wie beurteilte die Neue Rheinische Zeitung die Februarrevolution, die ja den eigentlichen Ausgangspunkt der gesamten revolutionären Richtung des Jahres 1848 bildete? Unser Blatt spricht sich des öfteren darüber aus. Darnach wurde in der Februarrevolution der Bourgeois-Despotismus vollendet. Die Krone, der letzte feudale Heiligenschein, welcher die Herrschaft der Bourgeoisklassen versteckte, wurde abgeschlagen. Die Herrschaft des Kapitals trat rein hervor. Während des Aufstandes selber bekämpften Bourgeoisie und Proletariat einen gemeinschaftlichen Feind. Sobald derselbe beseitigt worden, standen die beiden feindseligen Klassen allein auf dem Schlachtfelde, und der entscheidende Kampf zwischen ihnen mußte beginnen.

Des weiteren erklärt das Marxsche Organ den nicht lange nach der Februarrevolution erfolgten Rückfall der Bourgeoisie in den Royalismus daraus, daß dieselbe sich in die Periode zurücksehnte, wo sie geherrscht, ohne verantwortlich für ihre Herrschaft zu sein; wo eine Scheinmacht, zwischen ihr und dem Volke stehend, für sie gehandelt und ihr zugleich als Versteck gedient; wo sie einen gekrönten Sündenbock besessen, auf den das Proletariat losgeschlagen, so oft es sie treffen gewollt, gegen den sie

sich selbst mit dem Proletariat verbunden, so oft er ihr lästig geworden und sich selbst als Macht für sich festsetzen gewollt hatte.

Entsprechend dieser Auffassung konnte die Neue Rheinische Zeitung die deutsche Märzrevolution als zunächst nur im Interesse der Bourgeoisie geschehen ansehen. Es mußte nun aber, dem Blatte zufolge, die Aufgabe sein, die Revolution möglichst weit ins radikale Fahrwasser zu treiben, um auf diese Weise eine Entwicklung herbeizuführen, die schließlich im kommunistischen Sinne enden sollte.

Für das einzige Mittel zur Durchführung dieser Aufgabe, d. h. also zunächst der Demokratie, erklärte die Neue Rheinische Zeitung die sofortige Einführung der Diktatur, welche die Überbleibsel der alten Institutionen alsbald zerschlagen und entfernen sollte.

Aus diesem Grunde griff das Blatt von vornherein Kamphausen an. Es warf dem Minister vor, daß er sich auf das sogenannte konstitutionelle Prinzip stützte und doch den einzigen Weg zu dessen wahrhafter Durchführung, den der revolutionären Energie, zu betreten sich scheute. Kamphausen habe zwischen der Krone, hinter der sich Adel, Militär und Büreaukratie versteckten, und zwischen der Majorität der Kammern, hinter der die Bourgeoisie stände, zu vermitteln gesucht. Aber das Ministerium — zu schwach, die Interessen der Bourgeoisie und der Bauern entschieden zu vertreten und die Macht des Adels, der Büreaukratie und der Armeeführer mit einem Schlage zu stürzen, zu ungeschickt, um nicht die Bourgeoisie in ihren Finanzmaßregeln überall zu verletzen, — sei nur zu dem Resultate gekommen, daß es sich bei allen Parteien unmöglich gemacht und die Kollision gerade herbeigeführt hätte, die es vermeiden gewollt.

Die Berliner konstituierende Nationalversammlung wurde von der Neuen Rheinischen Zeitung für unauflöslich, wenigstens von seiten der Krone, erklärt, da sie nicht als eine konstitutionelle, gesetzgebende Kammer zu betrachten sei, sondern als zur Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung mit der Krone berufen, und zwar als berufen auf grund nicht einer Verfassung, sondern einer Revolution. Zufolge dieses Räsonnements hatte die Berliner Versammlung ihr Mandat keineswegs von der Krone oder ihren verantwortlichen Ministern, sondern nur von ihren Wählern und von sich selbst empfangen. Daher wurde die Versammlung für souverän erklärt „als der legitime Ausdruck der Revolution."

Aber selbst als bloß „vereinbarende" Versammlung aufgefaßt, wie es z. B. die Minister Kamphausen und Hansemann wollten, stand sie — nach der Ansicht der Neuen Rheinischen Zeitung — gleichberechtigt mit der Krone da. Beide Teile kontrahierten einen Staatsvertrag, beide

Teile hatten gleichen Anteil an der Souveränität. Daher bestritt auch, selbst vom Boden der Kamphausen-Hansemannschen Theorie, unsere Kommunistenzeitung der Krone das Recht, die Kammer aufzulösen; andernfalls hätte die letztere das Recht, den König abzusetzen.

Nachdem die Kollision zwischen König und Kammer wirklich herbeigeführt worden, erklärte die Neue Rheinische Zeitung konsequent die Situation folgendermaßen: König und National-Versammlung seien Souveräne. Sobald die Souveräne sich nicht mehr vereinbaren könnten oder wollten, verwandelten sie sich in zwei feindliche Souveräne. Der König habe das Recht, der Versammlung den Fehdehandschuh hinzuwerfen, und umgekehrt habe die Versammlung dem Könige gegenüber dasselbe Recht. Das größere Recht sei auf seiten der größeren Macht. Die Macht erprobe sich im Kampfe. Der Kampf erprobe sich im Siege. Beide Mächte könnten ihr Recht nur durch den Sieg bewähren, ihr Unrecht nur durch die Niederlage.

Als von manchen Seiten geltend gemacht worden, daß die National-Versammlung in Berlin in ihren Beratungen durch die Volksmassen beeinflußt würde, erklärte die Neue Rheinische Zeitung einen solchen Einfluß gerade für höchst wünschenswert. Das Recht der demokratischen Volksmassen, — meinte unsere Zeitung — durch ihre Anwesenheit auf die Haltung konstituierender Versammlungen moralisch einzuwirken, sei ein altes revolutionäres Volksrecht, das seit der englischen und französischen Revolution in keiner stürmischen Zeit hätte entbehrt werden können. Diesem Rechte verdanke die Geschichte fast alle energischen Schritte solcher Versammlungen. Und wenn die Anhänger des sogenannten „Rechtsbodens", wenn die furchtsamen und philiströsen Freunde der „Freiheit der Berathungen" dagegen jammerten, so hätte dies keinen andern Grund als den, daß sie überhaupt keine energischen Beschlüsse wollten.

Die Berliner Nationalversammlung wurde — wie überhaupt alle Kammern — mit reichlichen Hieben von seiten der Neuen Rheinischen Zeitung bedacht. Sie wurde im allgemeinen als feiges Bourgeois-Parlament behandelt. Den Führern der Linken, Elsner, Stein, Behrens u. s. w. wurde der Vorwurf gemacht, durch ihre Energielosigkeit und Unentschiedenheit die Revolution verraten zu haben.

Noch höhnischer waren die Angriffe gegen die Frankfurter Nationalversammlung. Ihr wurde jämmerliche Feigheit, chronisch gewordene Erbärmlichkeit, Blödsinn und ähnliche, nicht gerade aus einem Komplimentierbuch entnommenen Prädikate an den Kopf geworfen.[1])

[1]) „Ein Teil jener armseligen Schächer — heißt es in einem relativ maßvollen, gegen die Frankfurter gerichteten Passus — mag es indes noch gegenwärtig, sich mit

Das Reichsministerium kam womöglich noch schlechter weg als die Reichsvertretung. Das Ministerium beschritt den Weg der Klage wegen angeblich vierfacher Verleumdung. In der Anklageschrift nannte das Ministerium die N. Rh. Ztg. die „schlechteste Zeitung der schlechten Presse," — worauf das also angegriffene Blatt, in seiner Antwort den Stil der Reichsgewalt persiflierend, die letztere für die „komischste Gewalt aller komischen Gewalten" erklärte.

Überhaupt wurden von unserem Organe des Kommunismus alle irgend bestehenden Institutionen mit leidenschaftlicher Heftigkeit angegriffen, die besonders gern in Gestalt eines fürchterlich beißenden Sarkasmus zum Ausdruck kam. Das Militär, die Justiz, das Beamtentum in seinen verschiedenen Kategorieen, die Professoren, — über ihnen allen schwang die Neue Rheinische Zeitung ihre Geißel.[1])

Die N. Rh. Ztg. begnügte sich nicht mit dem Herunterreißen der Institutionen Deutschlands. Sie schlug auch auf das deutsche Volk

---

den aus der Fabrik zu Frankfurt hervorgegangenen „Grundrechten" zu brüsten, und sich darauf, wie auf eine Großthat, etwas einzubilden. Mit „Grundrechten" schlugen sie sich, wie die Scholastiker des Mittelalters, waschweiberredselig herum, während die „Grundgewalt" der heiligen Allianz und ihrer Spießgesellen sich immer enormer organisierte und immer lauter und lauter über das grundrechtliche Professoren- und Philistergeschwätz hohnlächelte. Jene befestigten ihre „Grundrechte" auf einem Wisch Papier; diese, die Herren der Kontrerevolution, schrieben ihre „Grundgewalt" auf scharfgeschliffene Schwerter, Kanonen und slavische Rotmäntel."

[1]) Zur Charakteristik dieser Angriffe mag hier einer der gegen die Gerichte sich wendenden Ausfälle mitgeteilt werden:

„Die Hauptfrucht der revolutionären Bewegung von 1848, schrieb die N. Rh. Ztg., ist nicht das, was die Völker gewonnen, sondern das, was sie verloren haben — der Verlust ihrer Illusionen.

Juni, November, Dezember des Jahres 1848, das sind die Riesenmeilenzeiger der Entzauberung und Entnüchterung des europäischen Volksverstandes.

Unter den letzten Illusionen, die das deutsche Volk gefesselt halten, steht obenan sein Aberglaube an den Richterstand. Der prosaische Nordwind der preußischen Kontrerevolution knickt auch diese Blume der Volksphantasie, deren wahres Mutterland Italien ist — das ewige Rom.

Die Thaten und Erklärungen des Rheinischen Kassationshofes, des Obertribunals von Berlin, der Oberlandsgerichte von Münster, Bromberg, Ratibor gegen Esser, Waldeck, Temme, Kirchmann, Gierke beweisen noch einmal, daß der französische Konvent der Leuchtturm aller revolutionären Epochen ist und bleibt. Er inaugurierte die Revolution, indem er durch ein Dekret alle Beamten absetzte. Auch die Richter sind nichts als Beamte, wovon die obengenannten Gerichte vor ganz Europa Zeugnis ablegen. Türkische Kadis und chinesische Mandarinen-Kollegien können getrost die jüngsten Erlasse jener „hohen" Gerichtshöfe gegen ihre Kollegen kontrasignieren."

selber los und behandelte dasselbe — nach dem eigenen Ausdruck ihres Redakteurs Georg Weerth — „en canaille."

Für den Beruf der Deutschen erklärte das radikale Blatt: die Pfahlbürger der Weltgeschichte zu werden. Es warf ferner seinen Landsleuten vor, stets als Büttel zur Aufrechterhaltung des Despotismus in anderen Ländern gedient zu haben. Und daran seien nicht bloß die Regierungen schuld, sondern zu einem großen Teile das deutsche Volk selber. „Ohne seine Verblendung, seinen Sklavensinn, seine Anstelligkeit als Landsknecht und als „gemütlicher" Büttel und Werkzeug der Herren „von Gottes Gnaden" wäre der deutsche Name weniger gehaßt, verflucht, verachtet im Auslande."

Wie demgemäß die Neue Rheinische Zeitung die vaterländische Geschichte beurteilte, brauchen wir danach kaum erst mitzuteilen. Eine kurze, aber drastische Illustration des Standpunktes der Neuen Rheinischen Zeitung wollen wir jedoch dem Leser nicht vorenthalten. Sie bezeichnete nämlich den Fürsten Blücher einfach als den — „alten Schnapsblücher aus den Feldzügen von Anno 13."

Die Stellung des Marxistischen Blattes zu der auswärtigen Politik und zu dem, was damit zusammenhängt, ist eine höchst charakteristische.

Von vornherein trat die Neue Rheinische Zeitung für die volle Selbständigkeit Italiens, der Magyaren und der Polen ein.

Besonders die Forderung der Wiederherstellung Polens wurde fortwährend nachdrücklichst wiederholt, zunächst mit dem Hinweis auf das demokratische Prinzip, welches die volle Selbständigkeit jeder Nationalität erfordere.

Noch ein weiteres Argument wurde geltend gemacht, das speziell die Demokratie veranlassen sollte, für Polens Wiederherstellung einzutreten. Die Macht der Kontre-Revolution — meinte die Neue Rheinische Zeitung — stütze sich auf die russisch-preußisch-österreichische heilige Allianz. Diese Allianz werde aber nur durch die Teilung Polens zusammengehalten, aus der alle drei Alliierten Nutzen gezogen. Der gemeinsame Raub habe dieselben solidarisch gemacht und sie fest mit einander verbunden. Wenn es daher gelänge, ihnen den Raub abzujagen, so sei das sie einende Band zerrissen und damit auch die bisher existierende Abhängigkeit Deutschlands von Rußland vernichtet. Daher sei die Herstellung Polens, welches, wie die Marxisten meinten, von selbst demokratisch sein würde, die erste Bedingung der Herstellung eines demokratischen Deutschlands.

Bei der Wiederaufrichtung Polens dürfte man dasselbe aber nicht

etwa innerhalb zu enger Grenzen konstituieren. Es müßte mindestens den Besitzstand von 1772 und vor allem die Mündungen seiner Ströme sowie an der Ostsee einen großen Küstenstrich haben.[1])

Unsere Zeitung verhehlte sich nicht, daß zur Durchsetzung hiervon ein Krieg mit Rußland nötig sein würde. Indes das war es gerade, was herbeigesehnt wurde. Der Krieg mit Rußland sollte ja auch zur Folge haben, den Hort des deutschen Absolutismus zu zertrümmern.

Die Neue Rheinische Zeitung war aber nicht etwa nur auf die russische Regierung erbittert, sondern auch auf das russische Volk, auf die Slaven überhaupt (mit alleinigem Ausschluß der Polen). So wurde den österreichischen Slaven vorgeworfen, daß sie nie eine eigene Geschichte gehabt, daß sie historisch, litterarisch, politisch, kommerziell, industriell unselbstständig seien, und daß sie unfähig, eigene Staatswesen zu begründen.

Die Unmöglichkeit der Lebensfähigkeit eines Slavenreiches überhaupt zeigte sich aber — der Neuen Rheinischen Zeitung zufolge — daraus bis zur Evidenz, daß die Slaven niemals eine revolutionäre Geschichte gehabt, daß sie stets das Hauptwerkzeug der Kontrerevolution gewesen, daß sie, unterdrückt zu Hause, noch stets die Unterdrücker aller revolutionären Nationen gewesen seien. Da seien doch die Polen ganz andere Leute; ein Pole und ein Revolutionär seien identisch. Die anderen Slaven dagegen hätten es nicht weiter als bis zu der ultra-

[1]) Auch Gebiete, die der vom Abgeordneten Stenzel verfaßte, völkerrechtliche Ausschußbericht der Nationalversammlung als deutsch bezeichnet hatte, wurden von der Neuen Rheinischen Zeitung für Polen in Anspruch genommen.

Auf die Meinung des Berichts, daß die Juden im Posen'schen als Deutsche zu betrachten seien, antwortet Marx:

„Die unerwartete Sympathie und Anerkennung, welche die polnischen Juden in der letzten Zeit in Deutschland gefunden, hat hier (nämlich in dem völkerrechtlichen Ausschußbericht Stenzels), ihren offiziellen Ausdruck erlangt. Verrufen, soweit der Einfluß der Leipziger Messe reicht, als der vollständigste Ausdruck des Schachers, der Filzigkeit und des Schmutzes, sind sie plötzlich deutsche Brüder geworden; der biedere Michel drückt sie unter Wonnethränen an sein Herz, und Herr Stenzel reklamiert sie im Namen der deutschen Nation „als Deutsche, welche auch Deutsche sein wollen." Und warum sollten die polnischen Juden keine ächten Deutschen sein? Sprechen sie nicht, (wie Stenzel sagt) „in ihren Familien, sowie von Jugend auf ihre Kinder, deutsch?" Und welches Deutsch noch obendrein!

Wir machen übrigens Herrn Stenzel darauf aufmerksam, daß er auf diese Weise ganz Europa und halb Amerika, ja einen Teil von Asien reklamieren kann. Deutsch ist bekanntlich die jüdische Weltsprache. In New-York wie in Konstantinopel, in Petersburg wie in Paris sprechen die Juden in ihren Familien, sowie von Jugend auf ihre Kinder „deutsch" und teilweise ein noch klassischeres Deutsch, als die „stammverwandten" Bundesgenossen der Netzbrüder, der posenschen Juden."

reaktionären Idee des Panslavismus gebracht. Und so erklärt schließlich die Neue Rheinische Zeitung, daß der Russenhaß die erste revolutionäre Leidenschaft bei den Deutschen sei; daß seit der Revolution der Czechen- und Kroatenhaß hinzugekommen, und daß die Deutschen nur durch den entschiedensten Terrorismus gegen die slavischen Völker die Sache der Revolution sicher stellen könnten. „Kampf, unerbittlicher Kampf auf Leben und Tod" mit dem revolutionsverräterischen Slaventum, Vernichtungskampf und rücksichtsloser Terrorismus — nicht im Interesse Deutschlands, sondern im Interesse der Revolution — das war wörtlich die Losung, welche das Kölner Kommunistenorgan proklamierte.

Je mehr sich in Deutschland die Dinge zu einer Katastrophe zuspitzten, desto heftiger wurde die Sprache der Neuen Rheinischen Zeitung, desto mehr drängte das Blatt zu einer Lösung im revolutionär-demokratischen Sinne.

Als in Berlin das Ministerium Brandenburg gegen den Willen der Majorität der preußischen Nationalversammlung eingesetzt wurde, und die letztere trotz ihres Widerspruchs nach der Stadt Brandenburg verlegt werden sollte, da brachte das Kölner Organ des kommunistischen Radikalismus einen Leitartikel, welcher die Nationalversammlung antrieb, die Minister als Hochverräter verhaften zu lassen und jeden Beamten, der ihr nicht gehorche, für vogelfrei zu erklären. Dem preußischen Königtum aber weissagte in demselben Artikel die Neue Rheinische Zeitung seinen endgültigen Sturz durch die Volksrevolution.[1])

[1]) Wir teilen im folgenden diesen Artikel teilweise mit; er charakterisiert die aufreizende Tendenz der Neuen Rheinischen Zeitung besser, als es eine lange Abhandlung zu thun vermöchte. Es heißt also in dem Artikel:

„Brandenburg in der Versammlung und die Versammlung in Brandenburg. So lautet die Grabschrift des Hauses Brandenburg! Kaiser Karl V. wurde bewundert weil er sich begraben ließ bei lebendigem Leibe. Einen schlechten Witz in seinen Grabstein meiseln, das ist mehr als Kaiser Karl V. samt seiner Halsgerichtsordnung, der hochnotpeinlichen.

Brandenburg in der Versammlung und die Versammlung in Brandenburg! Es erschien einst ein König von Preußen in der Versammlung. Es war nicht der wirkliche Brandenburg. Der Marquis von Brandenburg, der vorgestern in der Versammlung erschien, war der wirkliche Preußenkönig.

Die Wachtstube in der Versammlung, die Versammlung in der Wachtstube! Das heißt: Brandenburg in der Versammlung, die Versammlung in Brandenburg!

Oder wird die Versammlung in Brandenburg . . . Berlin liegt bekanntlich in der Provinz Brandenburg — Herr werden . . . über den Brandenburg in der Versammlung? Wird Brandenburg in der Versammlung Schutz suchen, wie Capet einst in einer anderen Versammlung?

Nachdem dann die preußische Nationalversammlung den bekannten teuerverweigerungsbeschluß (vom 15. November) gefaßt hatte, erklärte e N. Rh. Ztg. in fettester Schrift: „Von dem heutigen Tage an sind so die Steuern aufgehoben!!! Die Steuereinzahlung ist Hochverrat, e Steuerverweigerung erste Pflicht des Bürgers!"

Und seit dem 19. November (seit der Nr. 147) trug das marxistische latt, etwa 25 Nummern hindurch, direkt unter dem Kopfe des Blattes größten Lettern die Aufschrift: „Keine Steuern mehr!!!"

Da auch sonst der Ruf nach Steuerverweigerung in der Rheinovinz laut ertönte, hatte der Oberpräsident Eichmann die ihm unterlten Behörden aufgefordert, energisch die Steuern einzutreiben.

Die Neue Rheinische Zeitung erklärte daraufhin: mit seinem Erlasse be sich der Oberpräsident Eichmann als offenen Feind der Nationalrsammlung erklärt. Er habe demgemäß aufgehört, Oberpräsident zu n, er habe sich, sozusagen, selbst abgesetzt. Und eine Anklage wegen

---

Brandenburg in der Versammlung und die Versammlung in Brandenburg ist i vieldeutiges Wort, zweideutig, schicksalsschwanger.

Die Völker werden bekanntlich mit den Königen unendlich leichter fertig als t den gesetzgebenden Versammlungen. Die Geschichte besitzt einen Katalog verblicher Empörungen des Volkes gegen die Nationalversammlungen. Sie bietet r zwei große Ausnahmsfälle. Das englische Volk zerstäubte das lange Parlament der Person Cromwell's, das französische Volk den gesetzgebenden Körper in der rson Bonapartes. Aber das lange Parlament war lange schon zum Rumpfe gerden, der gesetzgebende Körper längst zum Kadaver.

Sind die Könige glücklicher als die Völker in Emeuten gegen die gesetzgebenden rsammlungen? Karl I., Jakob II., Louis XVI., Karl X sind wenig versprechende jmenbilder . . . .

Die preußische Krone ist in ihrem Rechte, indem sie der Versammlung als abute Krone gegenübertritt. Aber die Versammlung ist im Unrecht, weil sie der one nicht gegenübertritt als absolute Versammlung. Vor allem mußte sie die inister als Hochverräter verhaften lassen, als Hochverräter gegen die Volksveränität. Sie mußte jeden Beamten, der anderen Befehlen als ihren Befehlen horchte, in Acht erklären, für vogelfrei. —

Das Königtum ließ sich nicht beschwatzen von der Bourgeoisie. Es antrtete ihrer halben Revolution mit einer ganzen Kontre-Revolution. Es stürzte die ourgeoisie zurück in die Arme der Revolution, des Volkes, indem es ihr zurief: randenburg in der Versammlung und die Versammlung in Brandenburg . . .

Wie auch die Würfel in Berlin fallen: das Dilemma ist gestellt, König oder olk — und das Volk wird siegen mit dem Rufe: Brandenburg in der Versammlung id die Versammlung in Brandenburg!

Wir können noch eine harte Schule durchmachen, aber es ist die Vorschule der ganzen Revolution."

Hochverrats werde früher oder später die Laufbahn Eichmanns würdig abschließen.

Ferner forderte unsere kommunistische Zeitung die Bewohner der Rheinprovinz auf, allen Behörden, speziell den Regierungspräsidenten, Landräten, Bürgermeistern und städtischen Behörden eine öffentliche Erklärung darüber abzuzwingen, ob sie die Nationalversammlung anerkennen und ihre Beschlüsse ausführen wollten. Im Falle der Weigerung sollten die Beamten für abgesetzt und für Hochverräter erklärt, und an ihrer Stelle provisorische Sicherheitsausschüsse eingesetzt werden, deren Befehle einzig und allein als rechtsgültig zu betrachten seien. Sollten die kontre-revolutionären Behörden gewaltsam die Bildung und Amtsthätigkeit dieser Sicherheitsausschüsse hintertreiben wollen, so sei jede Art von Gewalt der Gewalt entgegenzusetzen. Der passive Widerstand müsse den aktiven zu seiner Unterlage haben. Er gleiche sonst dem Sträuben des Kalbes gegen seinen Schlächter.

Ja, das Blatt erkühnte sich, auch den König von Preußen für abgesetzt zu erklären, indem es schrieb:

„Wir Rheinländer haben das Glück, bei dem großen Menschenschacher zu Wien, einen „Großherzog" vom Niederrhein gewonnen zu haben, der die Bedingungen nicht erfüllt hat, unter denen er „Großherzog" wurde. Ein „König von Preußen" existiert für uns erst durch die Berliner Nationalversammlung, und da für unsern „Großherzog" vom Niederrhein keine Berliner Nationalversammlung existiert, so existiert für uns kein „König von Preußen". Dem Großherzoge vom Niederrhein sind wir durch den Völkerschacher anheimgefallen! Sobald wir weit genug sind, die Seelenverkäuferei nicht mehr anzuerkennen, werden wir den „Großherzog vom Niederrhein" nach seinem „Besitztitel" fragen".

Mit der Zeit wurden die Angriffe der Neuen Rheinischen Zeitung immer heftiger, immer mehr mit Injurien, um nicht zu sagen, mit Schimpfereien gespickt. Ja, schließlich ging das Blatt soweit, Friedrich Wilhelm IV. seine Hinrichtung anzudeuten. Als nämlich die Düsseldorfer Geschworenen einen gewissen Weyers, der gerufen hatte „Tod dem König", freigesprochen hatten, schrieb das bissige Organ des Kommunismus: „Mit der Freisprechung Weyers haben die Geschworenen den Ruf: „Tod dem König!" für straflos erklärt. Die Geschworenen haben diesmal in der That die Volksstimme der Rheinprovinz vertreten. Avis au citoyen Hohenzollern!"

Bemerkt sei hierbei übrigens, daß die Neue Rheinische Zeitung in einer Reihe von Feuilletons, auf grund des Pariser Moniteurs von

1792, die „Verhandlungen des National-Konvents über Louis Capet, Exkönig von Frankreich" mitteilte, — welche Verhandlungen bekanntlich mit der Verdammung des französischen Monarchen zum Tode endeten.

Da hatte wahrlich die „Kreuzzeitung" Recht, wenn sie im Mai 1849 im Anschluß an eine Blütenlese von Aussprüchen der Neuen Rheinischen Zeitung über König und Adel bemerkte: „Wie matt ist gegen diese Chimborassofrechheit die Heiratsanzeige des Königs von Preußen in dem französischen Moniteur von 1793: Le jeune tyran de Prusse vient d'épouser une démoiselle de Mecklenbourg!"

Die mit dem Königtum verbundenen Stände wurden von unserem kommunistischen Blatte natürlich mit besonderem Ingrimm angegriffen.

Besonders waren es die Grundbesitzer, gegen welche mit Vorliebe gehetzt wurde. Als die Regierung (im Dezember 1848) eine Verordnung betreffend die „intermistische Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse in der Provinz Schlesien" erließ, wurde diese Regulierung für durchaus ungenügend und für ein Machwerk im Sinne des Junkertums zur Aussaugung der armen Bauern erklärt.[1])

Schließlich wandte sich die Neue Rheinische Zeitung an das Landvolk selbst in acht fürchterlich aufreizenden Brandartikeln über die „schlesische Milliarde", welche aus der Feder Wilhelm Wolffs stammten. In diesen Artikeln ward auseinandergesetzt, daß die schlesischen Grundbesitzer ihre Bauern im Laufe der Jahre um circa 1 Milliarde Thaler geprellt hätten, welche jetzt für die Bauern als die rechtmäßigen Eigentümer zurückgefordert wurden.[2])

Um nun ihre Forderung durchzusetzen, ward den Landleuten angeraten, mitzuarbeiten an dem Sturze der bestehenden Regierung, welche nur den Interessen des Junkertums diene.[3])

[1]) „Die gnädigen Herren — meinte schließlich die Neue Rheinische Zeitung — brauchen Geld. Der Winter ist da mit seinen Bällen, Maskeraden, lockenden Spieltischen u. s. w. Die Bauern, die bisher die Vergnügungsmittel geliefert, müssen sie auch ferner herbeischaffen. Das Junkertum will sich wenigstens noch einmal einen vergnügten Karneval bereiten und die November-Errungenschaften des Absolutismus möglichst ausbeuten. Es thut recht daran, sich zu beeilen, zu tanzen und zu jubeln in herausforderndem Übermut. Denn bald dürften galizische Wutszenen in die gottbegnadete Adels-Orgie hineinspielen. Der Boden, auf welchem die Kontre-Revolution so trotzig einherschreitet, ist durch jene Verordnung noch tiefer unterminiert worden. Die nahe Explosion wird der ganzen mittelalterlichen Sippschaft und ihren Ablösungsgesetzen für immer ein Ende machen."

[2]) Den Anlaß zur Idee der „schlesischen Milliarde" hat wohl ein in der französischen Nationalversammlung von Barbès gestellter Antrag gegeben, die Reichen mit einer Milliarde zu besteuern, um dem Elende der Armen abzuhelfen.

[3]) „Gegen die geschilderten Zustände Schlesiens — schlossen die Artikel über die

Der Hatz auf die schlesischen Junker folgte die Hatz auf die deutschen Junker im Posenschen in einem Artikel über die „polnische Milliarde". Der polnische Adel im Posenschen wurde von dem deutschen Blatte völlig unangefochten gelassen.

Wer weiß, wie viele Milliarden die Neue Rheinische Zeitung noch innerhalb des preußischen Staatsgebietes von den Grundbesitzern gefordert hätte, wenn sie nicht schon kurze Zeit nach der Ausrechnung der „polnischen Milliarde" ihr Erscheinen hätte einstellen müssen!?

Die Angriffe auf die Verbündeten des Ministeriums Brandenburg hinderten aber die Neue Rheinische Zeitung nicht, auch viele seiner angeblichen Gegner, vor allem die Bourgeoisie, mit Leidenschaft anzugreifen, oder richtiger: die leidenschaftlichen Angriffe von früher gegen sie fortzusetzen.

Die Neue Rheinische Zeitung erklärte die Herrschaft der Bourgeoisie in Deutschland für unmöglich; es gab angeblich nur die Alternative zwischen der feudal-absolutistischen und der sozial-republikanischen Revolution. Das Kölner Blatt erklärte ferner: daß es für die Pariser Juni- und Wiener Oktober-Niederlage des Proletariats an der Bourgeoisie Rache nehmen werde und rief ihr schon jetzt ein „vae victis!" zu. Es machte dazu der Bourgeoisie die angenehme Mitteilung, daß es nur ein Mittel gäbe, die mörderischen Todeswehn der alten Gesellschaft und die blutigen Geburtswehn der neuen, sozialistischen abzukürzen, zu vereinfachen, zu konzentrieren, nämlich „den revolutionären Terrorismus," der sich natürlich auch gegen die Bourgeoisie richten mußte.

Ja, die Kommunisten der Neuen Rheinischen Zeitung stellten Junker,

---

„schlesische Milliarde" — hilft nur eine Radikalkur. Die Raubritter müssen ihre Beute, die sie dem Landvolk seit 30 Jahren abgezwungen, herausgeben; sie müssen das Landvolk für alle an ihm begangenen Prellereien und Gaunereien entschädigen. Diese raubritterliche Entschädigungssumme wird genügen, um die Nackten zu kleiden, die Hungrigen zu speisen, die Kranken zu heilen und die Hungerpest zu bändigen. Damit diese Zustände aber nicht bald wiederkehren, müssen die großen Standesherrschaften, Majorate u. s. w. dismembriert werden. Alle Robotdienste und Silberzinsen müssen, wie sich von selbst versteht, unentgeltlich aufgehoben, und die Ländereien, die den gnädigen Herren verbleiben, ebenso hoch besteuert werden, wie die der kleinen Leute. Das alles wird unter den jetzigen gottbegnadeten Regierungen nicht geschehen, und deshalb werden auch, solange Brandenburg-Manteuffelsche und überhaupt gottbegnadete Maximen am Ruder sind, die Oberschlesier nach wie vor dem Hunger und dem Hungertyphus scharenweise zum Opfer fallen. Erst mit dem völligen Untergange des ganzen bisherigen raubritterlichen, gottbegnadeten Regierungssystems wird den Oberschlesiern der erste Hoffnungsstern auf eine Besserung ihrer Lage, auf Befreiung aus den Krallen des Hungers und der Hungerpest aufgehen."

Büreaukraten und Bourgeois ausdrücklich in eine Reihe und erklärten, daß sie an diesen drei Ständen „noch einmal Revanche zu nehmen gedächten".

Schließlich, Anfang Mai 1849, forderte die Neue Rheinische Zeitung direkt zur Proklamierung der Revolution auf.

Als nämlich in Frankfurt der Verlauf der Dinge eine Sprengung der dortigen Nationalversammlung in Aussicht stellte, richtete die Neue Rheinische Zeitung an die Frankfurter Abgeordneten die Aufforderung, sich nur durch die brutale Gewalt auseinandertreiben zu lassen und hierdurch wenigstens einen Teil der begangenen, schweren Sünden abzuwaschen. Frankfurt und Süddeutschland, — meinte das Kommunistenblatt — ostensibel für die Reichsverfassung sich erhebend, könnten bei den Siegen der Ungarn, bei der Auflösung Österreichs, bei der Wut des Volkes in Preußen gegen das bestehende Regime ein momentanes Zentrum für eine neue, auf Ungarn gestützte, revolutionäre Erhebung bilden. Dann aber müßten die Abgeordneten sich auch nicht scheuen, den Bürgerkrieg zu proklamieren, und, wenn es auf die Entscheidung ankäme, die eine und unteilbare deutsche Republik der Restauration des deutschen Bundestages vorziehen.

Man erkennt aus den letztangeführten Ansichten das nächste positive Ziel der Neuen Rheinischen Zeitung aufs klarste: die eine deutsche Republik vermittelst einer über mehrere Länder sich erstreckenden Volksrevolution.

Die letztere konnte aber — nach der Meinung des Kölner radikalen Organs — mit der Aussicht auf Erfolg nur durch das ungeschwächte Proletariat gemacht werden. Und daß das Ziel bisher nicht genügend erreicht worden, soll die Bourgeoisie durch ihre Niederschlagung der Arbeiterklasse bewirkt haben. Mit der Niederlage der französischen Arbeiter im Juni seien auch die Sieger des Juni, die honette Republik selbst, besiegt worden. Der Unterjochung der französischen Arbeiterklasse sei eine neue Knebelung der Nationalitäten gefolgt, die das Krähen des gallischen Hahnes mit heroischen Emanzipationsversuchen beantwortet hätten. Polen, Italien und Irland seien noch einmal „gemeuchelmordet" worden.

Gleichzeitig sei die Niederlage der französischen Arbeiterklasse auch die Niederlage der Mittelklassen in allen europäischen Ländern gewesen, wo die Mittelklassen, einen Augenblick mit dem Volke vereint, eine blutige Schilderhebung gegen den Feudalismus versucht hätten.

Der Triumph der französischen Arbeiterklasse, die Emanzipation der Arbeiterklasse überhaupt sei demgemäß das Losungswort der europäischen Befreiung.

Eine solche, im wesentlichen auch ökonomische Befreiung sei aber nur möglich, wenn England, das den Weltmarkt beherrsche, die Umwälzung mitmache. Jede partielle soziale Reform auf dem Kontinente sei ein Ding der Unmöglichkeit ohne England. Daher müsse das alte England durch einen Weltkrieg gestürzt werden, der die Chartisten, die organisierte englische Arbeiterpartei, zu Herren Englands mache. Und ein solcher Weltkrieg werde durch eine siegreiche, französische Arbeiterrevolution eingeleitet, indem England sich an die Spitze der kontrerevolutionären Bewegung stellen müsse.

Dies alles sollte übrigens nach der Ansicht der Neuen Rheinischen Zeitung im Jahre 1849 geschehen. Hieß es doch schon in der Nummer vom 1. Januar dieses Jahres: „Revolutionäre Erhebung der französischen Arbeiterklasse, Weltkrieg, — das ist die Inhaltsanzeige des Jahres 1849."

Noch eine Bemerkung über das Feuilleton der N. Rh. Ztg. Von wirklicher Bedeutung sind hier die Freiligrathschen Gedichte gewesen. Sie verliehen dem Gedanken der radikalen Arbeiter-Revolution wie den andern Tendenzen der N. Rh. Ztg. in einer Form Ausdruck, die schon vom litterarischen Standpunkt aus einen hohen Wert besitzt.

Daneben verfaßte auch Georg Weerth eine Anzahl von Gedichten und namentlich von Feuilletons, in welch letzteren die Gegner der N. Rh. Ztg. verspottet wurden. Ein gewisser Witz mag den Weerthschen Arbeiten nicht abgesprochen werden, obwohl er mir sehr gesucht erscheint, — andererseits sind sie aber in einem so zotenhaften und infam verklatschenden Tone gehalten, daß sie mich wenigstens angeekelt haben. Die Hauptaufsätze behandelten „Leben und Thaten des berühmten Ritters Schnapphahnski", in denen die Laufbahn des von Heinrich Heine in „Atta Troll" also bezeichneten Fürsten Lichnowsky erzählt wurde. Abgesehen von der in diesen Feuilletons vorherrschenden, unwürdigen und platt-unsittlichen Zotenreißerei werden in ihnen Enthüllungen über das Privatleben Lichnowsky's gemacht, die, selbst wenn sie wahr wären, nur in der Revolverpresse hätten das Licht der Welt erblicken dürfen, die im übrigen ihrer ganzen Natur nach den Eindruck von niederträchtigen Nachreden machen. Durch die Aufnahme der Schnapphanski-Feuilletons hat sich unserer Meinung nach die Neue Rheinische Zeitung erniedrigt. Ein Blatt, das — man mag über die vertretene Tendenz denken, wie man will — die Arbeitersache mit männlichen Ernste vertrat, durfte sich nicht mit seinem Feuilleton auf den Standpunkt eines gemein-verunglimpfenden und nach unzüchtigen Pikanterieen haschenden Börsenjobberblattes stellen. —

Die Neue Rheinische Zeitung war mit einem sehr beschränkten Aktienpital, von dem nur wenig eingezahlt worden war, ins Leben gerufen orden. Da die Inhaber der Aktien meist demokratische Kleinbürger aren, so waren sie natürlich mit der Leitung des Blattes sehr unzuieden.

Schon nach Ausgabe der ersten Nummer, in welcher das Frankrter Parlament aufs unbarmherzigste angegriffen worden, trat die Hälfte r Aktionäre zurück. Und gegen Ende des Juni 1848 (also des ersten onats der Neuen Rheinischen Zeitung) verließ die zweite Hälfte der ktionäre die Zeitung, als dieselbe in einem aus Marx' Feder stammenden rtikel die von Cavaignac besiegten Pariser Proletarier glorifiziert hatte.

Es kann darnach um so weniger Wunder nehmen, daß die Neue heinische Zeitung in arge Finanznöten kam, wenn man bedenkt, daß sie on nach wenigen Monaten in ihrem natürlichen Lebensgange gewaltm unterbrochen wurde. Am 25. September 1848 waren nämlich in öln Barrikaden gebaut worden. Am 26. wurde über die revolutionäre tadt der Belagerungszustand verhängt. Am 27. ward die Neue heinische Zeitung suspendiert. Erst nach Aufhebung des Belagerungsstandes, mit dem 12. Oktober, konnte sie wieder ausgegeben werden. atte sie es im September auf fast 5000 Abonnenten gebracht, so mußte : nunmehr wieder von vorn anfangen; immerhin brachte sie es nach r nicht langer Zeit auf 6000 Abonnenten.

Mit Prozessen wurde die Neue Rheinische Zeitung mehrfach bedroht. o reichte z. B. die Reichsverweserschaft wegen Beleidigung des Fürsten chnowsky durch die Schnapphahnski-Feuilletons gegen deren Verffer G. Weerth die Injurienklage ein. Weerth wurde dafür, längst chdem er in England war und geraume Zeit nach dem Ende des tremen Blattes, zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Da er durch seine eschäfte gezwungen war, hin und wieder nach Deutschland zu kommen, ußte er wirklich seine Strafe absitzen. —

Als im Mai 1849 die Kontrerevolution immer mächtiger wurde, ar es auch um die Neue Rheinische Zeitung geschehen.

Karl Marx hatte im Jahre 1845 seine Entlassung aus dem preußischen nterthanenverbande genommen. Er war also Ausländer und erhielt als lcher am 16. Mai (1849) von der Kölner Polizeidirektion die Ausisungsordre. Da ein Teil der andern Redakteure ebenfalls ausweisbar id der Rest derselben gerichtlich verfolgt war, so ließ man das extreme latt eingehen. Am 19. Mai erschien seine letzte Nummer. Sie war it roten Lettern gedruckt. An der Spitze brachte sie unter der Über-

schrift „Abschiedswort der Neuen Rheinischen Zeitung" ein aufreizendes Gedicht ihres Redakteurs Freiligrath.

Dann folgte eine Ansprache der Redaktion „an die Arbeiter Kölns". Sie lautet: „Wir warnen Euch schließlich vor jedem Putsch in Köln. Nach der militärischen Lage Kölns wäret Ihr rettungslos verloren. Ihr habt in Elberfeld gesehen, wie die Bourgeoisie die Arbeiter ins Feuer schickt und hinterher aufs niederträchtigste verrät. Der Belagerungszustand in Köln würde die ganze Rheinprovinz demoralisieren, und der Belagerungszustand wäre die notwendige Folge jeder Erhebung von Eurer Seite in diesem Augenblicke. Die Preußen werden an Eurer Ruhe verzweifeln. Die Redakteure der Neuen Rheinischen Zeitung danken Euch beim Abschiede für die ihnen bewiesene Teilnahme. Ihr letztes Wort wird überall und immer sein: Emanzipation der arbeitenden Klasse! Die Redaktion der Neuen Rheinischen Zeitung."

Dann kam in einem von Köln datierten Artikel die Besprechung der Todesursache des Blattes.

„Vor einiger Zeit — heißt es darin — wurde von Berlin aus an eine hiesige Behörde die Forderung gestellt, abermals den Belagerungszustand über Köln zu verhängen. Man bezweckte die standrechtliche Beseitigung der „Neuen Rheinischen Zeitung", aber man stieß auf unerwarteten Widerstand. Später wandte sich die Regierung an das hiesige Parket, um denselben Zweck durch willkürliche Verhaftungen zu erreichen. Sie scheiterte an dem juristischen Bedenken des Parkets, wie sie schon zweimal an dem gesunden Menschenverstande der rheinischen Geschworenen gescheitert war. Es blieb nichts Anderes übrig, als zu einer Polizeifinte Zuflucht zu nehmen, und man hat für den Augenblick seinen Zweck erreicht. Die Neue Rheinische Zeitung hört einstweilen auf zu erscheinen. Am 16. Mai wurde ihrem Redakteur en chef Karl Marx folgender Regierungswisch mitgeteilt.

„„In ihren neuesten Stücken tritt die Neue Rheinische Zeitung mit der Aufreizung zur Verachtung der bestehenden Regierung, zum gewaltsamen Umsturz und zur Einführung der sozialen Republik immer entschiedener hervor. Es ist daher ihrem Redakteur en chef, dem Dr. Karl Marx, das Gastrecht, welches er so schmählich verletzt, zu entziehen, und da derselbe eine Erlaubnis zum ferneren Aufenthalte in den hiesigen Staaten nicht erlangt hat, ihm aufzugeben, dieselben binnen 24 Stunden zu verlassen. Sollte er der an ihn ergehenden Aufforderung nicht freiwillig Genüge leisten, so ist derselbe zwangsweise über die Grenze zu bringen.""

„Wozu — ruft Marx aus — diese albernen Phrasen, diese offiziellen

Lügen? Die neuesten Stücke der Neuen Rheinischen Zeitung unterscheiden sich in Tendenz und Sprache um kein Jota von ihrem ersten „Probestück." . . .

„Wozu also eure heuchlerischen, nach einem unmöglichen Vorwand haschenden Phrasen? Wir sind rücksichtslos, wir verlangen keine Rücksicht von Euch. Wenn die Reihe an uns kommt, wir werden den Terrorismus nicht beschönigen. Aber die royalistischen Terroristen, die Terroristen von Gottes- und Rechts-Gnaden, in der Praxis sind sie brutal, verächtlich, gemein, in der Theorie feig, versteckt, doppelzüngig, in beiden Beziehungen ehrlos.

„Der preußische Regierungswisch ist albern genug, von einem durch den Redakteur en chef der „Neuen Rheinischen Zeitung" Karl Marx „schmählich verletzten Gastrecht" zu sprechen. Das Gastrecht, welches die frechen Eindringlinge, die Vorderrussen (Borussen) uns Rheinländern auf unserm eigenen Grund und Boden oktroyiert haben, ist allerdings „schmählich" durch die „Neue Rheinische Zeitung" verletzt worden." —

Zugleich verfehlte die letzte Nummer der Neuen Rheinischen Zeitung nicht, darauf hinzuweisen, daß in allernächster Zeit die russisch-deutsche Reaktion durch die deutsch-französisch-ungarisch-polnische Revolution niedergeworfen würde.[1])

[1]) Diese Ansicht wurde von der Neuen Rheinischen Zeitung als Endresultat, einer, die ungarische revolutionäre Bewegung zusammenfassenden Darstellung ausgesprochen. Die kommunistische Zeitung schrieb: „Die gesellschaftliche Revolution im Innern, die Vernichtung des Feudalismus war die erste Maßregel in Ungarn; die Hineinverwicklung Polens und Deutschlands in den Krieg die zweite, und damit war der europäische Krieg da. Mit dem Einrücken des ersten russischen Korps auf deutschen Boden hat er begonnen, mit dem Einrücken des ersten französischen Bataillons auf deutschen Boden wird er seine entscheidende Wendung nehmen.

Dadurch, daß der ungarische Krieg europäisch geworden ist, tritt er in Wechselwirkung mit allen übrigen Momenten der europäischen Bewegung. Sein Verlauf wirkt nicht nur auf Deutschland, er wirkt auch auf Frankreich und England. Daß die englische Bourgeoisie die Verwandlung Österreichs in eine russische Provinz dulden wird, steht nicht zu erwarten; daß das französische Volk nicht ruhig zusehen wird, wie die Kontrerevolution ihm näher und näher auf den Leib rückt, ist gewiß. Die Wahlen mögen in Frankreich ausfallen, wie sie wollen, die Armee hat sich jedenfalls für die Revolution erklärt, und die Armee entscheidet für den Augenblick. Will die Armee den Krieg — und sie will ihn, — so ist er da.

Und er wird kommen. Die Revolution in Paris, sei es durch die an der Wahlurne schon vor sich gegangene Verbrüderung der Armee mit der revolutionären Partei, steht vor der Thür. Und während sich in Süddeutschland der Kern zu einer deutschen Revolutionsarmee bildet und Preußen verhindert, am ungarischen Feldzuge aktiv Teil zu nehmen, steht Frankreich auf dem Sprunge, aktiv an dem Kampfe sich

So endete die Neue Rheinische Zeitung, nach den bereits angeführten Worten ihres Redakteurs Engels, „die berühmteste deutsche Zeitung der Revolutionsjahre." Wie derselbe Litterat bescheiden sagt, „hat keine deutsche Zeitung, weder vorher noch nachher, je die Macht und den Einfluß besessen, hat es verstanden, so die proletarischen Massen zu elektrisieren, wie die Neue Rheinische."[1] [2])

---

3. Der Kommunismus in der Rheinprovinz.

Nach der Märzrevolution hatten sich die Matadore des marxistischen Kommunistenbundes nach Köln begeben. Außer Marx, Engels, Wilhelm Wolff und Georg Weerth, welche die Redaktion der Neuen Rheinischen Zeitung übernommen hatten, sind besonders noch zu nennen: Karl Schapper und der Uhrmacher Joseph Moll. Die beiden letzteren traten an die Spitze des jetzt gegründeten Kölner Arbeitervereins, welcher sich eines äußerst regen Zuspruchs seitens der unteren Klassen erfreute und es — nach den offiziellen Angaben — auf 7000 Mitglieder brachte.

Als Organ dieses Vereins wurde eine streng sozialdemokratische, zweimal wöchentlich erscheinende Zeitung, „Freiheit, Brüderlichkeit, Arbeit," herausgegeben. Ihre Redakteure waren Moll und ein gewisser Jansen (Schapper hatte als Korrektor der Neuen Rheinischen Zeitung Stellung gefunden).

Als drittes Organ der Sozialdemokratie erschien in Köln die „Neue

---

zu beteiligen. Wenig Wochen, vielleicht wenige Tage schon werden entscheiden, und die französische, die ungarisch-polnische und die deutsche Revolutionsarmee werden bald unter den Mauern von Berlin auf dem Schlachtfelde ihr Verbrüderungsfest feiern."

[1]) Wir müssen hinzufügen, daß Engels erklärt, die Neue Rheinische Zeitung habe dies „vor allem Marx" zu verdanken gehabt.

[2]) Der Stil der Neuen Rheinischen Zeitung war Absicht gewesen. Marx und Engels erklärten 1850 dem Demokraten Techow gegenüber: sie hätten sich von der langweiligen, dummen, gutmütigen, deutschen Phrasenmacherei emanzipiert und französische Schärfe und Klarheit für ihre Ausdrucksweise gewählt. Daß die Redakteure der Neuen Rheinischen Zeitung vermuthlich auch den Stil des Pariser „Vorwärts!" vom Jahre 1844 vor Augen gehabt haben, habe ich bereits oben bei der Charakteristik dieses letzteren Blattes angedeutet.

Bei der „Schärfe" der Angriffe der Neuen Rheinischen Zeitung brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn wir hören, daß der Chef-Redakteur Marx fortwährend allen möglichen Insulten, tätlichen Mißhandlungen, ja selbst ernsten Lebensgefahren ausgesetzt gewesen ist.

Kölnische Zeitung für Bürger, Bauern und Soldaten." Sie war ein Tageblatt wie die Neue Rheinische Zeitung, aber nicht in solch großem Stile angelegt wie diese. Die Neue Kölnische Zeitung überlebte das Marx'sche Journal und wurde von diesem in seiner letzten Nummer vom 19. Mai 1849 seinen Abonnenten als Ersatz warm empfohlen. Redigiert wurde sie von F. Anneke, einem wegen kommunistischer Gesinnungen im Jahre 1846 zur Landwehr versetzten preußischen Leutnant, und von einem gewissen F. Beust, über dessen Persönlichkeit ich nichts habe feststellen können. Anneke war übrigens neben Schapper und Moll Vorstandsmitglied im Kölner Arbeitervereine.

Außer im Arbeitervereine waren noch kommunistische Elemente in der „demokratischen Gesellschaft" und im „Vereine der Arbeiter und Arbeitgeber" vertreten, zumal in der ersteren, in deren Präsidium sich Karl Marx befand. Die demokratische Gesellschaft hatte, ihren eigenen Angaben zufolge, 3200 Mitglieder.

Die Kölner Kommunisten unterhielten von Anfang an — wie sich schon bei der Begründung der Neuen Rheinischen Zeitung zeigte — rege Beziehungen zur Demokratie, natürlich nur in der Absicht, die letztere nach Möglichkeit für ihre Parteizwecke auszunutzen.

Als vom 14. bis zum 17. Juni 1848 in Frankfurt a. M. ein großer demokratischer Kongreß tagte (dessen Präsident Julius Fröbel war),[1]) nahmen an demselben auch Moll, Schapper, Anneke und Doktor Gottschalk (vom Kölner Arbeiterverein) teil. Nachdem dann der Kongreß beschlossen, Köln zum Vorort für die preußische Rheinprovinz zu bestimmen und die dortigen demokratischen Vereine beauftragt hatte, einen Kreiskongreß zur Organisation der demokratischen Partei in der Provinz zusammenzuberufen, trat sofort der kommunistische Arbeiterverein mit der demokratischen Gesellschaft und dem Vereine der Arbeiter und Arbeitgeber zusammen, um gemeinsam einen „Zentralausschuß" zur Erreichung jenes Zweckes zu bilden. Auf diese Weise kam es, daß in dem demokratischen Kölner Ausschusse die Hälfte der Mitglieder — Marx, Moll und Schapper — Mitglieder des Kommunistenbundes waren.

In Ausführung des Frankfurter Beschlusses berief der Ausschuß einen Rheinischen Demokraten-Kongreß, welcher am 13. und 14. August in Köln stattfand. Es ließen sich dort 17 Vereine durch im ganzen

[1]) Zur Kenntnis dieses Kongresses sei angeführt, daß derselbe die demokratische Republik für die einzige haltbare Verfassung des deutschen Volkes erklärte.

40 Abgeordnete vertreten.[1]) Von dem Kongresse ist nichts besonders Bemerkenswerthes zu berichten. Von Seiten der Kommunisten ergriffen Engels, W. Wolff und Schapper das Wort; entschieden sozialistische Ideen wurden geäußert, ohne daß indes der Kongreß zu einer Stellungnahme im sozialistischen Sinne sich hätte drängen lassen.

Zugleich nahmen die Kommunisten in Köln die Leitung der radikalen Versammlungen in die Hand. Bemerkenswert ist eine Versammlung am 13. September, in welcher Wilhelm Wolff, Engels und Dronke auftraten. Dort wurde durch eine Adresse die preußische vereinbarende Versammlung aufgefordert: bei einem Versuche zu ihrer Auflösung ihre Pflicht zu thun und ihre Plätze selbst der Gewalt der Bajonette gegenüber zu behaupten. Ferner ward auf Vorschlag Wolffs beschlossen, einen Sicherheitsausschuß zur Vertretung für die in den bestehenden gesetzlichen Behörden nicht repräsentierten Teile der Bevölkerung Kölns zu ernennen. Und wirklich wurde dieser Ausschuß konstituiert.

Streng kommunistisch ging es in einer am 17. September in Worringen veranstalteten rheinischen Volksversammlung her. An ihr nahmen über 6000, aus einer Reihe von Städten und Dörfern herbeigeeilte Menschen teil. Schapper präsidierte, Engels war Schriftführer. Auf Antrag Molls wurde der Kölner Sicherheitsausschuß anerkannt; auf Vorschlag Dronkes ward die Adresse an die Berliner vereinbarende Kammer wiederholt. Auf Befürwortung Engels' erklärte die Versammlung bei einem etwaigen Konflikte zwischen der preußischen Regierung mit der deutschen Nationalversammlung und der Reichszentralgewalt mit Gut und Blut für Deutschland einstehen zu wollen. Schließlich — nachdem noch Wolff, Lassalle, Henry Brisbane, der Redakteur der sozialistischen „New-York Tribune" u. a. gesprochen hatten — wurde eine Resolution für die „demokratisch-soziale Republik" angenommen.

Das aufreizende Verhalten der Kommunisten hatte zur Folge, daß gegen eine Anzahl von ihnen — gegen Engels, Dronke, Moll, Schapper, Anneke und Gottschalk — gerichtliche Haftbefehle erlassen wurden. Die drei letztgenannten konnten gefänglich eingezogen werden; Engels jedoch und Dronke flohen über die Belgische Grenze; Moll wurde zwar von Gendarmen abgeführt, aber die Volksmassen befreiten ihn gewaltsam. Und er besaß den Mut, als am 25. September trotz polizeilichen Verbots eine Volksversammlung im Freien veranstaltet wurde, daselbst zu

[1]) Es waren auf dem Rheinischen Demokraten-Kongresse vier Arbeitervereine (die zu Köln, Crefeld, Hamm und Mühlheim a. Rh.) vertreten.

erscheinen und eine revolutionäre Ansprache an das Volk zu richten. Noch am selben Tage wurden in Köln Barrikaden gebaut, aber bald vom Militär die Ruhe wieder hergestellt. Am nächsten Tage erfolgte die Verkündigung des Belagerungszustandes, welche die sofortige Suspension der Neuen Rheinischen Zeitung, die Entwaffnung der Bürgerwehr und das Verbot der Volks- und Vereinsversammlungen zur unmittelbaren Folge hatte.[1])

Erst Mitte Oktober 1848 — nach Aufhebung des Belagerungszustandes — konnte in Köln wieder das alte politische Leben beginnen. Man nahm alsbald wieder in revolutionärem Sinne Stellung. Als das Ministerium Brandenburg die Berliner Nationalversammlung gegen ihren Willen vertagt und nach Brandenburg verlegte, forderte der Rheinische Kreisausschuß der Demokraten (in dessen Namen Karl Marx und der radikale Advokat und Abgeordnete Kölns zur preußischen Nationalversammlung Schneider II. unterzeichneten) am 14. November alle demokratischen Vereine der Provinz auf, sofort die Mitglieder zusammenzuberufen und an allen Orten der Nachbarschaft Volksversammlungen zu veranlassen, um die gesamte Bevölkerung der Rheinprovinz zur Steuerverweigerung aufzumuntern, als dem zweckmäßigsten Mittel, den an der Versammlung der preußischen Volksvertreter verübten Gewalthandlungen des Gouvernements entgegenzutreten. Zugleich wurde ein zweiter Kongreß von Deputierten demokratischer rheinischer Vereine nach Köln berufen.

Wenige Tage später erließ der Ausschuß eine zweite Proklamation (unterzeichnet von Marx, Schneider II und Schapper) an die demokratischen Vereine. Dieselben wurden darin aufgefordert, die gewaltsame Eintreibung der Steuern überall durch jede Art des Widerstandes zurückzuweisen; den Landsturm „zur Abwehr des Feindes" überall zu organisieren; endlich die Behörden überall zur öffentlichen Erklärung darüber zu veranlassen, ob sie die Beschlüsse der Nationalversammlung anerkennen und ausführen wollten, und im Weigerungsfalle Sicherheitsausschüsse zu ernennen.

Dieser Aufruf zog seinen Unterzeichnern seitens der Staatsprokuratur eine Anklage wegen „öffentlicher Aufforderung zur Rebellion" zu, worüber am 8. Februar vor den Assisen zu Köln verhandelt wurde. Das Ende war die Freisprechung der drei Angeklagten. Ebenso hatten übrigens auch die Prozesse gegen die anderen Kommunisten geendet: so wurde

[1]) Jetzt erst floh Moll ins Ausland.

Schapper nach 6 wöchentlicher, Gottschalk, Anneke u. a. nach 6 monatlicher Untersuchungshaft freigesprochen.

In den Rheinlanden hatte übrigens das Verhalten des Kölner Ausschusses ein lautes Echo gefunden. In einer großen Reihe von Orten hatten zahlreich besuchte Volksversammlungen die Steuerverweigerung beschlossen und von revolutionärem Geiste beseelte Proteste gegen das Ministerium Brandenburg votiert.

Am stürmischsten ging es in Düsseldorf zu. Hier stand an der Spitze der Bewegung ein dreiundzwanzigjähriger Jüngling, welcher eben so durch seine Talente wie durch seine Thatkraft himmelhoch über alles, was ihn umgab, hervorragte: Ferdinand Lassalle. Er vertrat damals bereits den streng sozial-demokratischen Standpunkt, mußte aber natürlich, wie zu jener Zeit alle Kommunisten, mit der radikalen Demokratie Hand in Hand gehen.[1])

Nach den Berliner Novemberereignissen reizte Lassalle in feuriger Rede zum gewaltsamen Widerstande gegen die preußische Regierung auf; aber das Geschick hatte den genialen Jüngling zu Besserem aufgespart als zum Futter für die preußischen Kanonen in aussichtsloser Rebellion. Lassalle und andere Führer der Düsseldorfer Demokratie wurden ohne Erhebung seitens der Bürgerschaft verhaftet; in Düsseldorf ward noch Ende November (1848) der Belagerungszustand proklamiert. Die gegen Lassalle erhobene Anklage, „die Bürger zur Bewaffnung gegen die königl. Gewalt aufgereizt zu haben" endete nach halbjähriger Untersuchungshaft mit der Freisprechung des Inkulpaten: derselbe wurde jedoch unter der Anschuldigung eines zweiten politischen Vergehens weiter in Haft behalten und schließlich auch zu 6 monatlicher Gefängnisstrafe verurteilt. —

Die extreme Agitation von Köln aus ging inzwischen ohne Unterbrechung fort.[2]) Radikale Demokratie und Kommunismus traten gemein-

[1]) In seiner (bekanntlich nie gehaltenen, sondern nur gedruckten) Assisen-Rede vor den Geschworenen zu Düsseldorf vom 3. Mai 1849 sagt Lassalle ausdrücklich: „Ich stehe meiner inneren Überzeugung nach auf durchaus revolutionärem Standpunkt, ich habe meiner inneren Überzeugung nach die Ehre, ein entschiedener Anhänger der sozial-demokratischen Republik zu sein".

[2]) Seit Februar 1849 wurden zur Feier revolutionärer Ereignisse Bankette veranstaltet. So z. B. am 19. Februar zur Feier des Jahrestages der französischen Revolution. Hier wurde Marx zum Vorsitzenden erwählt; als seine Abwesenheit konstatiert worden, ward Schapper zum Präsidenten auserkoren. Es wurde damals u. a. getoastet: von Rittinghausen (dem späteren sozial-demokratischen Reichstagsabgeordneten) auf die demokratisch-soziale Republik, von W. Wolff auf das Recht auf

sam gegen die preußische Monarchie auf. Doch suchten die Kommunisten hierbei sich die Führerschaft zu bewahren; vor allem zeigte sich dies in den unablässigen Angriffen gegen die auswärtige Leitung der Demokratie. Als z. B. in Berlin der zweite demokratische Kongreß tagte, erklärte ihm das Organ jener Kölner Kommunisten, die Neue Rheinische Zeitung, daß er den Mangel an revolutionärer Energie durch ein predigerartiges Heulerpathos ersetzte, hinter dem sich die entschiedenste Armut an Gedanken und Leidenschaft verberge.

Indessen gelang es den Kommunisten nicht, die Demokraten zur Gefolgschaft zu bewegen. Infolgedessen schieden schließlich die kommunistischen Mitglieder des Kreisausschusses der demokratischen Vereine der Rheinprovinz, Marx, Schapper, Anneke und W. Wolff aus dem Ausschusse aus. Sie gaben in einer öffentlichen Erklärung in (Nr. 273) der Neuen Rheinischen Zeitung (vom 15. April 1849) als Motive ihres Austritts an: daß die bisherige Organisation der demokratischen Vereine zu viele heterogene Elemente in sich schlösse, als daß eine dem Zwecke der Sache gedeihliche Thätigkeit möglich wäre; daß vielmehr eine engere Verbindung der Arbeitervereine, welche aus gleichen Elementen beständen, anzustreben und daher ein Zusammengehen mit den Demokraten im Kreisausschusse ausgeschlossen sei.

Die Führer des rheinischen Kommunismus hatten völlig im Einverständnisse mit dem Kölner Arbeitervereine gehandelt. Derselbe trat gleichzeitig mit jenem Schritte seiner Leiter aus dem Verbande der rheinischen demokratischen Vereine aus. In einem Aufrufe vom 24. April sprach der Kölner Arbeiterverein aus, daß das Zusammenwirken aller deutschen Arbeitervereine notwendig sei. Zu diesem Zwecke setzte er einen provisorischen Ausschuß zunächst für sämtliche Vereine der Rheinprovinz und

Arbeit, vom Arbeiter Röser (Mitglied des Kommunistenbundes) auf die Manen Robespierres, Saint-Justs, Marats und der anderen Helden von 93, vom Arbeiter Karstens (ebenfalls Mitglied des Kommunistenbundes) auf die zukünftige soziale Revolution. —

Auf einem Bankette zur Feier der Berliner Barrikadenkämpfer präsidierte Schapper wie beim vorigen Bankette. Er toastete auf das souveräne Volk als die einzige Quelle aller gesetzlichen Macht; Dr. Herrmann Heinrich Becker auf die Toten des 18. und 19. März; ein gewisser Weyl auf die ganze Revolution im Gegensatz zur halben; Rittinghausen auf den Untergang des deutschen Kaisertums; Dronke auf die proletarische Revolution; Arbeiter Notjung (Mitglied des Kommunistenbundes) auf den Sieg der Magyaren, Engels auf die Pariser Juni-Insurgenten, Esser (Redakteur von „Freiheit, Brüderlichkeit, Arbeit") auf die rote Republik.

Man ersieht aus dem angeführten recht deutlich, wie sehr damals die kommunistische Führung in der Kölner radikalen Opposition überwog.

Westfalens nieder, welcher die zur Erreichung des angeführten Zwecks erforderlichen Maßregeln veranlassen sollte. In diesen provisorischen Ausschuß wurden 6 Männer gewählt: Marx, W. Wolff, Schapper, Anneke, Esser (damals Redakteur des publizistischen Organs des Arbeitervereins „Freiheit, Brüderlichkeit, Arbeit") und ein gewisser Karl Wunibald Otto (ein Mitglied des Kommunistenbundes; seinem Berufe nach Chemiker).

Der Ausschuß kam dem ihm erteilten Auftrage nach. Er lud die Arbeiter- und alle andern Vereine, die, ohne bisher diesen Namen zu führen, doch den „Grundsätzen der sozialen Demokratie mit Entschiedenheit anhingen", zur Beschickung eines Provinzial-Kongresses ein, welcher zur Aufgabe haben sollte: die Organisation der rheinisch-westfälischen Arbeitervereine und die Wahl von Deputierten für einen zum Juni (1849) nach Leipzig ausgeschriebenen, allgemeinen Kongreß sämtlicher deutschen Arbeitervereine.

Weder fand der rheinische Provinzialkongreß noch im Juni der allgemeine Arbeiter-Kongreß statt.

Die Ausweisung von Marx und die zwar allmähliche, aber darum doch nicht minder wirkungslose Intervention der Regierung machten dem Treiben der Kommunisten in den Rheinlanden in nicht allzulanger Zeit ein Ende.

---

4. Kommunistische Regungen außerhalb der Rheinlande.

Wir können selbstverständlich nicht daran denken, hier alle kommunistischen Regungen während der Revolutionszeit aufzuzeichnen. Wir können vielmehr nur das registrieren, was entweder als Massenbewegung an sich eine erhebliche Bedeutung beanspruchte oder wegen der Beteiligung von für die soziale Geschichte hervorragenden Männern unser Interesse in Anspruch nimmt.

Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, dürfen wir nicht jeden einzelnen Fall berücksichtigen, in welchem ein kommunistisches Element zu Tage trat; wir müssen vielmehr mit Auswahl verfahren.

Es sei daher nur kurz angedeutet, daß in einer Reihe von Orten — ähnlich wie in Köln — der Kommunismus mit der Leitung der extremen Opposition liiert war.

Dies hatte z. B. in Nürnberg, in Darmstadt, in Gießen und in Kassel statt, wo die tonangebenden, ultraradikalen Blätter in den Händen der Kommunisten waren. So ward der Nürnberger „Freie Staatsbürger und die Kasseler „Hornisse" im sozialistischen Sinne redigiert; ward die

Darmstädter „Neue deutsche Zeitung" von Otto Lüning, den wir oben als kommunistischen Autor kennen gelernt, herausgegeben; ward der Gießener „Jüngste Tag" von August Becker, dem ehemaligen Agitator in der Schweiz, geleitet.

In einer Anzahl von Orten waren die Kommunisten zu Sitzen im Parlamente gelangt: so vertrat z. B. W. Wolff, der Redakteur der Neuen Rheinischen Zeitung, Breslau (als Stellvertreter) in der Frankfurter Nationalversammlung; Karl Grün Trier in der Berliner Kammer, A. Becker Gießen in der hessischen legislativen Körperschaft u. s. w. —

Näher betrachtet zu werden verdient die Agitation Weitlings während der Revolution. Gleich nach dem März 1848 erschien Weitling, der in den letzten Jahren vorher in Belgien, England und Nordamerika agitiert hatte, in Deutschland. Sein Versuch, in Berlin eine kommunistische Zeitung, den „Urwähler", herauszugeben, ist, wie schon oben erzählt, mißlungen, wie überhaupt seine Thätigkeit in Berlin ohne Erfolg war. Auch auf dem zweiten Demokraten-Kongresse, welcher dort vom 26. bis 30. Oktober 1848 tagte, vermochte Weitling, der als Vertreter des New-Yorker demokratischen Vereins anwesend war, keine irgend nennenswerte Resultate zu erzielen.

Am 21. November desselben Jahres aus Berlin ausgewiesen, wandte sich Weitling nach Hamburg. Von hier aus leitete er eine rege kommunistische Agitation, die auch wirklich unter den Arbeitern jener Stadt, wie auch Altonas und anderer Orte einigen Anklang fand.

Diese Weitlingsche Agitation gruppierte sich um den sogenannten „Befreiungsbund." Derselbe bestand schon seit mehreren Jahren unter den Deutschen in Nordamerika und hatte die kommunistische Republik zum Zwecke. Er hatte ganz die Prinzipien des Weitlingschen Systems angenommen und gab denselben in seinen offiziellen Schriften Ausdruck[1]). Die letzteren waren der „Notruf an die Männer der Arbeit und der Sorge", die „Propaganda des Befreiungsbundes" und die „Notwendigen Maßregeln in der nächsten, sozialen Revolution."

Da wir oben bereits genauer auf die Doktrinen Weitlings eingegangen sind, so können wir uns hier auf die Darlegung seines (d. h. des vom Befreiungsbunde angenommenen) revolutionären Programms beschränken.

---

[1]) Inwiefern der Befreiungsbund mit dem Kommunistenbunde zusammenhing, vermochte ich nicht zu erforschen. Ich vermute, daß der Befreiungsbund aus den amerikanischen Sektionen des Kommunistenbundes hervorgegangen ist, welche, unter dem Eindrucke von Weitlings Persönlichkeit, sich nicht entschließen konnten, die neue Marx-Engelssche Theorie anzunehmen.

Darnach ist eine soziale Revolution unvermeidlich. Siegen die revolutionären Arbeiter, so wird, Weitling zufolge, von denselben sogleich eine provisorische Regierung unter denjenigen Männern gewählt, welche die Revolution im Namen des Befreiungsbundes gemacht und proklamiert haben. Dann wird sofort das gesamte Proletariat und die Gewerbtreibenden bewaffnet, während die Reichen und ihr Anhang wehrlos gemacht werden müssen. Gerichte und Polizei mit allem, was drum und dran hängt, wird abgeschafft; das Volk selbst bestimmt durch Wahlen diejenigen Personen, welche während der Revolution standrechtlich zu erkennen haben.

Die Reichen müssen — diesem Programme gemäß — von ihrem Überflusse augenblicklich den arbeitsfähigen Armen die notwendigsten Wohnungen, Möbel, Kleider und Nahrungsmittel gegen eine nützliche Beschäftigung und den Nichtarbeitsfähigen dieselben umsonst zukommen lassen.

Daß den Reichen auch sonst unter der neuen Ordnung nicht zu wohl gewesen wäre, beweist die Bestimmung, daß, wer das Volk belüge, betrüge und bestehle (man nehme diese Begriffe im Weitlingschen Sinne!), erschossen werden solle, und daß, wer durch Verschwendung und Müssiggang anderen ein Ärgernis gäbe, solange eingesperrt werden solle, bis er arbeiten oder essen gelernt habe. Dafür wird aber den „gutgewillten" Reichen versprochen, daß sie, wenn sie ihr Vermögen der Revolution gleich nach den ersten Tagen zur Verfügung stellen wollten, eine ihren Gewohnheiten entsprechende Pension zu erwarten hätten.

Die speziellen ökonomischen Maßregeln, welche dann zur Einrichtung des Sozialstaates führen sollen, sind nun folgende:

Die provisorische Regierung giebt ein „revolutionäres Papiergeld" aus, welches sämtliche mit den Begriffen Eigentum und Kapital qualifizierte Grundstücke, Häuser, Schiffe, Geld, Früchte und alle in diesem Sinne qualifizierten Waren und Produkte unter dem Begriffe „Gemeintum" repräsentiert. Dieses Papiergeld muß in allen Kassen der provisorischen Rgierung, sowie bei allen Privaten, die noch mit dem alten Geldsysteme abrechnen, für Steuern resp. für Kaufgelder und sonstige Zahlungsverpflichtungen im vollen Geldwerte angenommen werden. Dieses revolutionäre Papiergeld soll nicht etwa dauernd bestehen, sondern nur ein Notbehelf sein, solange noch das alte Geldsystem in irgend einer Weise forteristiert.

Neben dem revolutionären Papiergelde wurden dann noch, nach Weitlings Ansicht, „demokratisch-kommunistische Tauschanweisungspapiere" eingeführt. Dieselben repräsentieren den individuellen [illegible] Arbeits-

wert des Fleißes und der Fähigkeiten des Volkes und werden in den Magazinen und bei den Kommissionen des Gemeinwesens nur für nützliche Arbeiten gegen gelieferte oder geliehene nützliche Gegenstände, für Hausmiete u. dgl. ausbezahlt, nie aber gegen gemünztes Geld. Mit diesen Tauschanweisungen bezahlen die Agenten der Gesellschaft für alle ihnen freiwillig gelieferten Produkte, Arbeiten und Dienstleistungen. Gegen diese Tauschanweisungen werden andererseits dem Volke alle diese Produkte, Arbeiten und Dienstleistungen verkauft.

Die ganze arbeitsfähige Bevölkerung gruppiert sich ferner nach Gewerken und wählt zur Vertretung ihrer Interessen aus ihrer Mitte Gewerkskommissionen, Gewerksparlamente und ein Sozialparlament des demokratisch-kommunistischen Gemeinwesens. Diese Kommissionen bestimmen in allen Lokalitäten den Arbeitswert der verschiedenen Produkte nach den Qualitäten und Quantitäten derselben. Die Zentralkommission des Sozialparlaments gleicht dann die verschiedenen Preise mit einander aus. Die provisorische Regierung aber hat die Aufgabe, die Kosten der Verwaltung, inbegriffen die Kosten der Erhaltung der Arbeitsunfähigen, der Erziehung der Jugend, der Garantie vor Mangel bei vorkommenden Unglücksfällen u. s. w., auszurechnen und einen prozentualen Teil davon dem Preise der einzelnen Produkte hinzuzufügen.

Dies waren in aller Kürze die Grundsätze, für welche Weitling von Hamburg aus Propaganda machte. Und es gelang ihm wirklich, eine Anzahl von Sektionen des Befreiungsbundes, besonders in Hamburg und Altona, zu stiften.

Endlich, im August 1849, schritt die Hamburger Polizei gegen diese Agitation ein. Sie beschlagnahmte die kurz zuvor ausgegebene, dritte Auflage der „Garantieen der Harmonie und Freiheit" sowie die Flugschriften des Befreiungsbundes. Aber dem Agitator selber gelang es zu entwischen; er floh nach England und begab sich von da nach den Vereinigten Staaten von Amerika. Der deutsche Zweig des Befreiungsbundes scheint damals erstickt worden zu sein; wenigstens haben wir kein Lebenszeichen desselben mehr konstatieren können. Einige in Hamburg ganz besonders thätige Mitglieder des Befreiungsbundes sind kurz nachher als eifrige Werber im Interesse des Kommunistenbundes hervorgetreten. —

Kurze Zeit, bevor man in Hamburg den Befreiungsbund entdeckt hatte, war die Polizei in Berlin auf die Spur des Kommunistenbundes geraten. Hier hatte der Schuhmacher Hätzel, der bereits im Jahre 1846 wegen kommunistischer Umtriebe in Untersuchung genommen worden war,

im Januar 1849 die Gemeinde des Kommunistenbundes rekonstituiert. Seiner unermüdlichen Propaganda gelang es, binnen wenigen Wochen in der Hauptstadt der preußischen Monarchie zehn kommunistische, geheime Klubs mit ca. 100 Mitgliedern ins Leben zu rufen. Aber schon am 30. März nahm die Polizei, welche auf das revolutionäre Treiben Hätzels aufmerksam geworden war, eine Visitation in dessen Wohnung vor. Hierbei wurden die Statuten des Kommunistenbundes, sowie auch — angeblich — Waffen gefunden. Daraufhin wurde Hätzel nebst drei Komplicen in Haft genommen und unter der Anklage des Hochverrats vor die Assisen verwiesen. Am 15. August 1850 — nachdem die Angeklagten $1\frac{1}{2}$ Jahr in Untersuchungshaft behalten worden — fand die Verhandlung statt: sie endete mit der Freisprechung von Hätzel und Genossen.

---

5. Die sozialistische Arbeiterbewegung in der Schweiz von 1848—1850.

In der Schweiz hatten sich trotz der verschiedenen Feldzüge der Kantonsregierungen gegen die deutschen Arbeitervereine einige derselben erhalten können. Immerhin fristeten sie ein höchst kümmerliches Dasein.

Erst als mit der deutschen Märzrevolution auch in der Schweiz die Luft freier wurde, konnten sich die sozialistischen Arbeiter wieder regen. In einer Anzahl von Städten wurden Arbeitervereine in's Leben gerufen, in denen die Frage der Erlösung des vierten Standes eifrig debattiert wurde.

Die sozialistische Richtung wurde von den Arbeitervereinen konsequent verfolgt. Vergebens suchte der bürgerlich-demokratische Züricher Nationalverein mittelst eines Rundschreibens an die Arbeitervereine dieselben ins Schlepptau zu nehmen und eine unter seiner Leitung stehende Organisation herzustellen, indem er sich selber als leitenden (sogenannten „Zentral"-) Verein empfahl. Bald wurde ihm gegenüber von den Arbeitervereinen zu Bern, Thun und Burgdorf der Standpunkt des Proletariats klar und entschieden bezeichnet. Dieselben beschlossen nämlich (am 20. August 1848) auf einem Feste zu Burgdorf, einen schweizerischen Arbeiterbund zu stiften, in dem aber unter keinen Umständen das Amt eines Zentralvereins dem Züricher Nationalverein übertragen werden sollte. Jene drei Vereine erließen ein in diesem Sinne abgefaßtes Zirkular an die Schweizer Arbeiter. Wenn Deutschland — hieß es darin — auch bereits Republik wäre, so hätten die Arbeiter doch kein besseres Los als jetzt, denn von jeher sei der Arbeiter ein Packesel,

um unverschämte Faullenzer durch die Welt zu schleppen. Einem solchen Zustande müsse ein Ende gemacht werden; was nur durch den engen Zusammenschluß der Arbeiter möglich gemacht werden könne. Zunächst sollten sich daher die Arbeiter in der Schweiz assoziiren, dann auch die in Deutschland überhaupt; denn nur so könne der Egoismus und die Habsucht der Reichen unschädlich gemacht werden. Den Burgdorfer Beschlüssen gemäß erklärte das Zirkular: der Züricher Nationalverein dürfe unter keinen Umständen zum Zentral-Verein erwählt werden, da die Majorität seiner Mitglieder aus Gelehrten und Nichtarbeitern bestände, folglich, wenn er auch noch so sehr die Republik wollte, keineswegs für eine durchgreifende Sozialreform eintreten könnte.[1])

Infolge dieses Rundschreibens verständigte man sich über einen Kongreß, der dann auch vom 9. bis zum 11. Dezember 1848 in Bern stattfand. Er war von 11 Vereinen beschickt. Hier wurde wirklich ein schweizerischer Arbeiterbund konstituiert und seine Statuten sofort festgesetzt. Als Zweck des Verbandes wurde bezeichnet: die Mitglieder unter einander zu sozialdemokratischen Republikanern zu bilden, wie auch auf jede rechtliche Weise den sozialdemokratisch-republikanischen Grundsätzen und Einrichtungen unter den Deutschen Anerkennung zu verschaffen und auf deren Verwirklichung hinzuarbeiten. Zu diesem Zweck sollte der Kongreß mit der deutschen Demokratie, wie auch speziell mit den Arbeiter-Komitees in Leipzig und Frankfurt a. M. in Verbindung treten.

Hinsichtlich der sonstigen Resolutionen des Kongresses sei noch hervorgehoben, daß ihnen zufolge dem nächsten Kongresse Vorschläge vorgelegt werden sollten, inwiefern die „Vereinigung der deutschen Arbeitervereine in der Schweiz" — das war der offizielle Name des neuen Bundes — auch zur Hebung der materiellen Lage der Teilhaber benutzt werden könne.

---

[1]) An dem Burgdorfer Rundschreiben ist die entschiedene Wendung bemerkenswert, die gegen den Gelehrtenstand genommen wird. „Die Herren Gelehrten — heißt es — werden niemals unsere Ansichten teilen bei einer Sozialreform, und zwar aus dem einfachen Grunde, daß eine durchgreifende Sozialreform ihren Privatinteressen entgegensteht. Die Gelehrten wollen immer herrschen. Wir sind weit entfernt, den Gelehrtenstand deswegen zu hassen; es giebt unter den Gelehrten auch sehr ehrenwerte Ausnahmen, die mit großer Begeisterung die Lage der Arbeiter besprechen und verbessern helfen. Aber ebensowenig, als die gelehrten Herrn uns Rechte einräumen über Sachen, die wir nicht verstehen, ebensowenig wollen wir den Herren Stubengelehrten, die von dem praktischen Leben gar nichts oder wenig verstehen, Rechte einräumen in unsern Angelegenheiten."

Zum Schlusse der Verhandlungen wurde der Verein in Bern zum Zentral-Verein erwählt.

Man kann durch das letztere Moment einen näheren Aufschluß über die Tendenzen des schweizerischen Arbeiterbundes erlangen. Der nunmehr maßgebende Berner Verein hatte nämlich seiner Zeit beschlossen, den Berliner Arbeitertag vom August 1848 — auf dem die Begründung der Arbeiter-Verbrüderung zustande kam — zu beschicken und für den Delegierten einen Instruktionsentwurf festgestellt, welcher sich des Genaueren über die sozialen Ziele des Vereins aussprach. Die künftige deutsche Republik — hieß es in der Instruktion — dürfe nie als vollkommen anerkannt werden, so lange sie nicht auf sozialistische Prinzipien gegründet sei. Vor allem soll danach kein Beamter höher besoldet werden, als ein Arbeiter normaler Weise verdient; müssen die gröberen Arbeiten ebenso bezahlt werden, wie alle anderen; muß der gesamte Grundbesitz Eigentum der Gesamtheit sein; soll auch der Handel Sache des Staates sein, jedoch derart, daß nur die ausgelegten Gelder nebst den Zinsen herauskommen. Ferner darf — der Instruktion zufolge — im Staate kein Geschäft ausgeführt werden, durch welches sich ein Bürger auf Unkosten seiner Mitbürger bereichern kann; vielmehr soll der Überschuß in allen Geschäften unter alle Arbeiter nach Verdienst gleich verteilt werden, jedoch nach Abzug der Zinsen für etwa geliehene Gelder. Vermögen darf nur in Geld gesammelt werden; dasselbe darf aber niemals an Mitbürger gegen Zinsentgelt ausgeliehen werden, sondern muß in die Staatsbank gegen zu bestimmende Prozente eingelegt werden, von wo aus die Bürger in Proportion ihre Betriebskosten beziehen. Alle Zölle werden aufgehoben, alle Staatsausgaben durch Erhebung einer Progressivsteuer bestritten. Die Staatsausgaben werden übrigens abnehmen, da kein stehendes Militär mehr nötig ist. Die Erziehung der Jugend ist vom Staate unentgeltlich zu leisten. In den Schulen darf — und das ist wiederum ein charakteristisches Merkmal für die deutschen sozialistischen Arbeiterbestrebungen — kein Religionsunterricht erteilt werden, „indem die Jugend erst mit reiferem Alter sich darüber soll aussprechen können, ob dieselbe sich einer Religions-Gesellschaft anschließen will oder nicht, und welcher."

Dies sind die Grundzüge des Programms des für den Arbeiterbund maßgebenden Vereins. —

Als im Jahre 1849 in Deutschland die Märzerrungenschaften von der Kontrerevolution in Frage gestellt wurden, waren die deutschen

Schweizer Sozialisten — wie alle deutschen Sozialisten — bereit, Schulter an Schulter mit der bürgerlichen Demokratie zu kämpfen.

Seit dem Ausbruche der Revolution in Baden und in der Rheinpfalz entwickelte der Berner Zentralverein eine wahrhaft fieberhafte Thätigkeit. Er teilte die Ereignisse vom Kriegsschauplatze und die Erlasse der provisorischen Regierung in einer Reihe von Rundschreiben mit und forderte fortwährend die Vereine zum Zuzuge nach Deutschland und zur Teilnahme an der Revolution auf.

Dies hatte zur Folge, daß gegen den Berner Zentralverein eine Untersuchung wegen Werbungen eingeleitet wurde, welche zur behördlichen Schließung des Vereins und zur Ausweisung mehrerer seiner Mitglieder führte, worauf dann für ein paar Monate das Vereinsleben nicht nur in Bern, sondern auch an verschiedenen anderen Orten erlosch, da alle frischen Kräfte die revolutionäre Kampagne mitmachten.

Während dieser Periode der Entkräftung verschiedener Vereine war dagegen der deutsche Arbeiterverein in Basel in der denkbar lebhaftesten revolutionären Thätigkeit. Vermöge seiner geographischen Lage war Basel das wesentlichste Débouché der Zuzügler und das Hauptdepot derselben. Der dortige Arbeiterverein war nun unermüdlich im Einberufen und Spedítieren der Zuzügler, im Sammeln von Geldbeiträgen für dieselben, in Rat und Unterstützung aller Art. Bald beschränkte er sich nicht mehr darauf, sondern versah förmlich den Grenzpolizeidienst, berichtete der provisorischen Regierung, stellte bei ihr Anträge und beaufsichtigte auch auf schweizerischer Seite die ihm verdächtig scheinenden Badenser.

Als nach der Erstickung des Aufstandes in Südwestdeutschland eine Masse von Flüchtlingen in die Schweiz gekommen war, gestaltete sich das Treiben der Vereine bald wieder lebendiger, indem diese mit den Flüchtlingen in vielfache Verbindung traten, und indem die letzteren hier und da auch die Leitung der Vereine in die Hand nahmen.

Jetzt wurde eine Rekonstituierung des deutschen Schweizer Arbeiterbundes in Angriff genommen. Es geschah dies zugleich von zwei Seiten aus. Einmal betonte der Arbeiterverein zu Lachaux-de-fonds in einem an 16 andere deutsche Arbeiter-Vereine gerichteten Rundschreiben vom 22. August 1849 die Notwendigkeit einer Zentralisation. Andrerseits erließ der Genfer Arbeiterverein, dessen Präsident der Student Wilhelm Liebknecht — der heutige Führer der Sozialdemokratie — war,[1]) am

[1]) Wilhelm Liebknecht, Student aus Gießen, hatte sich an Struves Putsch vom September 1848 beteiligt, war gefangen genommen worden und hatte dann bis

18. August eine Aufforderung, einen Kongreß behufs besserer Organisation der deutschen Arbeiter in der Schweiz zu veranstalten. Zugleich ersuchte der Genfer Klub die andern Vereine, ihm denjenigen Verein anzugeben, welcher die einstweilige Oberleitung haben sollte; wobei die Genfer nicht verfehlten, darauf hinzuweisen, daß sie selber die zur Führung des Bundes geeignetsten seien.

Als die Antworten nicht rasch einliefen, forderte der Genfer Verein in einer zweiten Proklamation vom 1. September eindringlich zu schneller Entschließung auf. Dies hatte Erfolg. Eine Reihe von Vereinen schlossen sich dem Bunde an und übertrug durch Majoritätsbeschluß dem Genfer Vereine die provisorische Oberleitung bis zum nächsten Kongresse. Damit war der neue Bund unter der Leitung der extremen Mitglieder des Kommunistenbundes, welche in jenem Vereine den Ton angaben.

Demgemäß bezeichnete auch der an die Lokalvereine am 16. Oktober versandte Entwurf von Zentralstatuten als Zweck des Bundes: die Grundsätze der sozialen Demokratie unter den Mitgliedern der Vereine zum klaren Bewußtsein zu bringen und alle Kräfte aufzubieten, um diese Grundsätze nach außen hin zu verbreiten und zu verwirklichen.

Das Zirkular, mit welchem der Entwurf eingeführt wurde, ließ an Entschiedenheit nichts zu wünschen übrig. Nicht auf die Satzungen — hieß es im Schreiben — komme es an, sondern auf die Art und Weise des Handelns. „Organisation der Vereine, Organisation der revolutionären Propaganda ist unsere höchste Aufgabe. Dieser Aufgabe zu genügen, ist unser höchstes Streben."

Diese Statuten wurden von den Vereinen angenommen. Im ganzen gehörten jetzt deren achtzehn dem Bunde an, nämlich: Genf, Lachaux-defonds, Locle, Fleurier, Zürich, Winterthur, Lausanne, Basel, Thun, Pruntrut, Herisau, Vivis, Schaffhausen, Glarus, St. Immer, Freiburg, Burgdorf und der neu gegründete Berner Verein.[2])

Sechs Arbeitervereine — unter ihnen derjenige in Chur mit ca. 100 Mitgliedern — beteiligten sich jedoch nicht am Bunde.

Mitte Mai 1849 in Haft gesessen, als er infolge der badischen Militär-Insurrektion frei kam. Er trat jetzt als Gemeiner in die badische Volks-Artillerie, wurde aber von Brentano als Rebeller wieder in Rastatt eingesperrt. Nach abermaliger Befreiung machte er dann den südwestdeutschen Aufstand mit, nach dessen Niederschlagung er sich in die Schweiz begab.

[2]) Nach den amtlichen Ermittelungen hatten diese damals gegen 600 Mitglieder, so hatte z. B.: Lachaux-defonds 112 M… enf 89, Basel 62, Zürich 50, Winterthur und Locle je … affhausen je 30.

Im letzteren wurde eifrig zur Vermehrung der Mitgliederzahl agitiert. Als besonders zugkräftiges Mittel zur Anwerbung sozialistischer Rekruten galt — der Gesang. Indem die Vereine eifrig Singübungen veranstalteten, gewannen sie manchen Arbeiter zum Eintritt, welcher sich sonst der sozialistischen Propaganda nimmermehr angeschlossen hätte.[1])

Ihr ganz besonderes Augenmerk richteten die Sozialisten auf die deutschen Emigranten, die ja damals zu Tausenden (auf 11000 wird ihre Zahl angegeben) in der Schweiz weilten.

Schon in dem Schreiben vom 18. August 1849, in welchem der Liebknechtsche Genfer Verein die Organisation der Arbeiter anregte, riet er den andern Vereinen dringend, die Flüchtlinge für die sozialdemokratischen Grundsätze zu gewinnen.[2]) Der Genfer Verein ging mit gutem Beispiele voran, indem er allen Flüchtlingen sein Vereinslokal zur Verfügung stellte und sie unentgeltlich an der Lektüre, den Unterrichts- und Diskussionsstunden teilnehmen ließ.

Am 1. Februar 1850 berief der Genfer Zentralverein den Arbeiter-Kongreß ein. Er sollte am 20. desselben Monats in Murten stattfinden. Hauptberatungsgegenstände sollten sein: Organisationsfragen; die Gründung einer Arbeiter-Zeitung und — wie aus Andeutungen im bezüglichen Rundschreiben ersichtlich ist — die Unterstützung einer etwaigen Revolution in Deutschland. Wie sich hier die Arbeiter-Vereine stellen würden, war leicht vorauszusehen. Hieß es doch u. a. im Berichte des Zentral-Vereins vom 1. Februar 1850: „Im allgemeinen müssen wir den Stand der Vereine einen befriedigenden nennen; wenn auch die Mitgliederzahl nicht überall groß ist, so wird dies durch die entschlossene, wahrhaft revolutionäre Stimmung ersetzt, die mit Freude dem Tage

[1]) Man vergleiche z. B. folgenden Brief des Vereins in Pruntrut an denjenigen in Bern: „Wenn es Euch möglich ist, so schickt einen, der den zweiten Baß singt, denn damit wäre dem Verein hier sehr gedient, und er würde gewiß wieder schnell an Mitgliedern zunehmen, wenn wir erst wieder singen könnten; denn es hat noch viele Deutsche hier, die sich dann auch anschließen werden. Wir halten freilich den Gesang nur für eine Nebensache, aber diejenigen, die mit dem Vereinsleben noch nicht vertraut sind, für die Hauptsache, und wir fänden dadurch Gelegenheit, wieder für unser Prinzip zu gewinnen."

[2]) „Unter den zahlreichen Massen unsrer geflüchteten Landsleute — schrieben die Genfer — befinden sich viele, denen noch die wahre Durchbildung mangelt. Indem wir uns daher der Brüder annehmen, tragen wir dazu bei, für die Zukunft eine wahre Freiheitsarmee heranzubilden." Und in einem Briefe des Genfer Vereins vom 2. Oktober 1849 hieß es: „Wie wir schon früher ausgesprochen, halten wir es für das [illegible] unsrer Thätigkeit, unter unsern flüchtigen Brüdern auf Verbreitung [illegible]ung und sozial-demokratischer Grundsätze hinzuwirken."

entgegensieht, wo wir uns wieder mit unsern Feinden Stirn gegen Stirn auf dem Schlachtfelde messen."

Übrigens erklärte Liebknecht, der Präsident des Zentral-Vereins und mithin die einflußreichste Persönlichkeit des Bundes, offen: „Wir wollen nicht eine Revolution hervorrufen, aber uns zur Hilfe bereit halten, wenn unsere Partei Aussicht auf Erfolg hat."

Der revolutionäre Zweck des Kongresses hatte zur Folge, daß zwei dem Arbeiter-Verbande angehörige Vereine, sowie mehrere selbständige Arbeiter-Klubs der Einladung zur Teilnahme keine Folge leisteten. Immerhin fanden sich zur festgesetzten Zeit die Deputierten von 16 Arbeiter-Vereinen ein. Da intervenierten, noch bevor der Kongreß eröffnet worden, auf Anordnung des Bundesrats,[1]) die freiburgischen Behörden. Die Deputierten wurden sämtlich verhaftet, und alle ihre Papiere mit Beschlag belegt. Weiterhin wurde durch den Bundesrat die Beschlagnahme der Papiere aller Arbeiter-Vereine und ein Verhör der Vereins-Vorsteher angeordnet.

Die bundesrätliche Untersuchung kam zu dem Endresultate, daß die Vereine des Arbeiterbundes auf revolutionärem Wege den Umsturz der Throne und der sozialen Einrichtungen Deutschlands beabsichtigten. Daraufhin wurden jene 16 deutschen Arbeiter-Vereine aufgelöst und alle nichtschweizerischen Mitglieder ausgewiesen. Speziell Liebknecht wurde zusammen mit Gebert, dem Vorsitzenden der Schweizer Sektion des Kommunisten-Bundes, nach Besançon abgeschoben, von wo aus beide sich — infolge französischer Zwangspässe — nach London begeben mußten.

Es war innerhalb 15 Jahren die fünfte große Polizeikampagne gegen die deutsche Arbeiter-Agitation in der Schweiz.

---

6. Der Grütliverein seit 1848.

Während der politisch so erregten Zeit von 1848—49 wuchs auch der Grütliverein, der bisher ein bescheidenes Dasein geführt hatte, außerordentlich an. Er hatte vorher, wie oben berichtet, nur 9 Sektionen gehabt. Im Jahre 1848 traten ebensoviele hinzu: nämlich zu Lachaux-de-fonds, Chur, Zürich, Winterthur, Neufchatel, Liestal, Luzern, Thun und Schaffhausen. Im Jahre darauf folgten Klubs in Murten, Freiburg, Glarus, Locle, Biel, Aarau und Solothurn. Und bis 1851 schlossen

[1]) Der Bundesrat soll gegen die Arbeiter aus Furcht vor der Reaktion in Deutschland und Österreich eingeschritten sein.

sich noch Sektionen in St. Gallen, Zofingen, Langenthal, St. Immer, Bulle, Herisau, Horgen, Baden, Sipnau und New-York an. Der Verein begann seit 1848, sich mehr wie früher mit Politik zu beschäftigen. Noch im Dezember 1844 hatte das Genfer Zentralkomitee vor dem Auflegen politischer Petitionen in den Vereinslokalen gewarnt. Jetzt wurde auf einer Generalversammlung der Grütlivereine zu Yverdon ausdrücklich ein Antrag angenommen, der auf prinzipielle Unterstützung der „freisinnigen Bestrebungen des Vaterlandes in Wort und That" zielte. Von nun an war der Verein offen demokratisch. Sein langjähriger Präsident, Albert Galeer, übernahm selber den Befehl über die von Johann Philipp Becker organisierte deutsch-schweizerische Legion zur Unterstützung der römischen Republik. Und als die Expedition daran scheiterte, daß die französische Regierung die Einschiffung der Legion in Marseille nicht gestattete, eilte Galeer nach dem südwestdeutschen Revolutionsschauplatze, wo er als Generalstabssekretär der Insurgentenarmee verwendet wurde. In die Schweiz zurückgekehrt war er in so radikalem Sinne publizistisch thätig, daß seine Veröffentlichungen von dem Genfer Zentralkomitee des sozialdemokratischen deutschen Schweizer Arbeiterbundes empfohlen wurden.

Für den März 1849 kann die im Auftrage des Grütlivereins verfaßte Geschichte desselben sein erstes offizielles, politisches Auftreten konstatieren. Damals empfahl nämlich das Zentralkomitee den Erlaß einer Petition an die Bundesversammlung zur Aufhebung der fremden, für die Schweiz so unehrenhaften Militärkapitulationen. Diese Petition ging auch wirklich, von 521 Mitgliedern unterzeichnet, ab. Wenige Monate später beriet der Grütliverein über den Entwurf einer neuen Gewerbeordnung. Anfang 1850 verlangte er in einer Petition die Verwendung des Bundesrats zur Freilassung der bei der südwestdeutschen Revolution gefangenen Schweizer. Positiven Erfolg hatte der Verein mit einer von 1250 Mitgliedern unterzeichneten Petition, welche die Aufhebung der Bestimmungen über das Vorweisen von Reisegeld seitens der Handwerksgesellen beim Betreten anderer Kantone forderte. Hier gab die Bundesversammlung nach, wenigstens soweit jene Bestimmungen gegen Schweizer Bürger gerichtet waren.

Daneben machte der Verein auch einige unmittelbar-praktische, assoziationistische Versuche. Einige Mitglieder der Sektion Zürich kamen infolge von Debatten über den Sozialismus auf den Gedanken, im Interesse des Vereins Tabak, Zigarren u. a. aus der Vereinskasse en gros einzukaufen und dann entsprechend billiger als Detailisten an die einzelnen Mitglieder abzulassen. Da die zuerst angestellten Versuche dieser gemein-

schaftlichen Beschaffung von Waren Erfolg hatten, so wurden dieselben fortgesetzt und in größerem Maßstabe unternommen; endlich 1852 ward der Züricher Konsumverein ins Leben gerufen, welcher noch heute besteht und eine der größten Konsumassoziationen des Kontinents ist.

Später wurde ein ähnlicher Konsumverein in Luzern auf Anregung der dortigen Grütlisektion gestiftet. In Yverdon, Genf, Lachaux-de-fonds, Lausanne, Bern und andern Städten wurden Speiseanstalten ins Leben gerufen. Eine Reihe von Vereinen gründete endlich Kranken- und Sparkassen. —

Der Verband hatte inzwischen solche Ausdehnung gewonnen, daß er daran denken konnte, auch ein eigenes publizistisches Organ zu schaffen. Dasselbe erschien, unter dem Titel „Der Grütlianer", seit Oktober 1851 monatlich zweimal, mit obligatorischem Abonnement für alle Mitglieder. Der Einführungsartikel in der ersten Nummer des Blattes bekannte die Bedeutung der Aufklärung des Volkes für den sozialen Fortschritt. „Von dem Bildungsgrade des Volkes hängt auch seine politische, soziale und religiöse Befreiung ab: denn sind wir alle einmal zur Einsicht gelangt, daß wir eben die wahre Freiheit noch nicht haben, und daß wir immer noch im Namen der Demokratie ausgebeutet werden, so werden wir auch auf die Mittel sinnen, diesem Zustande ein Ende zu machen. In diesem Sinne zu wirken, soll die Aufgabe unseres Grütlianer sein."

Die prononciert demokratische Stellungnahme des Verbandes verfehlte nicht, demselben mancherlei Feinde zu verschaffen. Und als in Bern die Konservativen ans Ruder gekommen waren, lösten sie eines Tages, am 16. Juni 1852, alle — 8 — Grütlisektionen des Kantons auf. Aber der Bundesrat stellte sich auf die Seite des Verbandes, und so mußte die Berner Regierung 1854 das Auflösungsdekret zurücknehmen.

Als in Deutschland die Hetze gegen die Arbeitervereine in Szene gesetzt wurde, sah man auch den schweizerischen Grütliverein scheelen Auges an. Stieber verdächtigte in seinen Polizeiberichten denselben, als ob er im geheimen kommunistische Tendenzen verfolge.

Baden gab sich dazu her, beim Bundesrat den Denunzianten zu spielen. Die großherzogliche Regierung sandte am 6. Mai 1853 nach Bern eine Note, in welcher dem Grütliverein vorgeworfen wurde, Völkersolidarität und Revolutionspropaganda zum Zweck zu haben und seine Thätigkeit vorzüglich auf politische Vorbildung des Arbeiterstandes zu richten. Aber der Bundesrat nahm sich auch hier des angegriffenen Arbeiterverbandes an und wies die von seiten Badens erhobenen Anschuldigungen mit Entschiedenheit zurück.

Der Grütliverein hat fortexistiert und besteht auch heute noch als bedeutendster schweizerischer Arbeiterverband. Die Betrachtung seiner ferneren Geschichte gehört nicht mehr in den Rahmen dieser Arbeit.[1])

[1]) Da über die Geschichte des schweizerischen Grütlivereins in der offiziellen Schrift Vogelsangers „der schweizerische Grütliverein" eine eingehende Monographie existiert, so kann der Leser, der sich dafür interessieren sollte, leicht näheres darüber erfahren.

Aus der im angeführten Werke Vogelsangers aufgestellten Statistik wollen wir hier noch anführen, daß von 1838 (dem Jahre der Stiftung) bis 1850 in den Grütlivereinen 5160 Sitzungen, 8160 Unterrichts- und 1020 Diskussionsstunden abgehalten wurden, daß ferner in derselben Zeit 9600 Frkn. für Unterricht, 5000 für die Bibliothek und 6500 für Zeitungen und Journale verausgabt wurden.

Fünftes Kapitel.

Die Geschichte des Kommunistenbundes seit der Unterdrückung der revolutionären Bewegungen in Deutschland (besonders die sozialpolitische Haltung von Marx und Engels).

1. Die Reorganisation des Kommunistenbundes.

Im Laufe des Jahres 1849 hatte sich die Organisation des Kommunistenbundes momentan vollständig aufgelöst. Die thätigsten Bundesmitglieder, bei den verschiedenen, revolutionären Bewegungen in Deutschland beteiligt, waren überallhin versprengt, die Adressen waren unbrauchbar geworden; eine Menge wichtiger, von Josef Moll auf einer kommunistischen Missionsreise durch Deutschland gesammelten Notizen, welche eine Anknüpfung leicht hätten ermöglichen können, war durch den (in der Schlacht bei Waghäusel erfolgten) Tod des unermüdlichen Emissärs verloren gegangen.

Unter den Deutschen im Auslande war der Zustand nicht besser wie in Deutschland selber. Der Kommunistenbund war während der Revolution in der Schweiz, in Frankreich und in Belgien vollständig gesprengt worden. In Belgien waren Regierung und Justiz mit fürchterlicher Strenge eingeschritten: die Mitglieder des Bundes waren zu langjähriger Zuchthausstrafe verurteilt worden. Infolgedessen war nur eine einzige, kleine Gemeinde in Brüssel übrig geblieben, welche sich aus dem Dunkel des Geheimnisses nicht hervorwagte und daher auch für die von ihr vertretene Sache sehr wenig zu leisten vermochte.

Im Laufe des Jahres 1850 löste noch dazu die Polizei den Brüsseler öffentlichen deutschen Arbeiterverein auf und wies die meisten Mitglieder aus. Da dieser Verein das Aushängeschild gewesen war, mittels dessen man für den Bund Rekruten geworben hatte, so mußte für den Kommunismus, wenigstens in der nächsten Zeit, das Terrain in Belgien als vollständig aufgegeben gelten.

In Frankreich stand die Sache fast ebenso schlimm. Hier lebte zwar

noch in Paris nach wie vor der langjährige Leiter der Bundesgemeinden, Dr. Ewerbeck. Aber er erklärte nunmehr der Zentralbehörde rundweg seinen Austritt aus dem Bunde, weil seine litterarische Thätigkeit wichtiger sei. Ewerbeck war vermutlich durch die gewaltigen Katastrophen, die sich während der Revolutionsjahre in Paris vollzogen hatten, zur Erkenntnis gebracht worden, daß zur Beeinflussung von Massenbewegungen denn doch ganz andere Faktoren notwendig seien als ein Geheimbund von ein paar hundert Mann.

Die Besançonner und jurassischen deutschen Arbeiter waren zur Unterstützung des rheinpfälzisch-badischen Aufstandes ausgezogen. Viele von ihnen waren in heldenmütigem Kampfe erschossen, der Rest in alle Winde zersprengt.

Nur in London war der Bund ungeschwächt. Hier war der stärkste „Kreis" des Bundes, welcher allerdings auch nicht mehr als 40 Mann betrug. Derselbe leitete den öffentlichen, deutschen Arbeiterverein, aus dessen besten Mitgliedern er sich fortwährend ergänzte.

Nach der Niederschlagung der revolutionären Bewegung in Deutschland wandten sich die alten Führer des Kommunistenbundes: Marx, Engels und Genossen (seit Anfang 1850 auch Schapper) nach London als dem einzigen Orte in Europa, der völligen Schutz vor Verfolgungen gewährte. Daneben trafen dort auch noch andere Flüchtlinge ein, die an der Erhebung in Deutschland einen hervorragenden Anteil genommen hatten und sich nun um das Banner das Kommunismus scharten: wie z. B. Willich, der Führer des Arbeiterkorps im rheinpfälzisch-badischen Aufstande, und Schärttner, der Kommandant des Hanauer Turnerbataillons.

Man ergänzte zunächst die Zentralbehörde, welche sich inzwischen konstituiert hatte, mußte aber vorläufig unthätig bleiben, weil man erst eine genügende Anzahl von Adressen aus dem Kontinente herbeizuschaffen hatte, mittels derer die früheren Beziehungen wieder angeknüpft werden konnten.

Noch bevor die Rekonstitution des Bundes in Angriff genommen werden konnte, im März 1850, erließ die Zentral-Behörde, da sie den baldigen Ausbruch einer großen bürgerlichen Revolution in Deutschland und einer proletarischen in Frankreich erwartete, eine Ansprache an die Bundes-Mitglieder über ihr Verhalten während und nach der Revolution.

Diese Ansprache erfordert hier eine eingehende Analyse, da sie einen genauen Aufschluß über die Tendenzen des Bundes und vor allem — was heute von höchstem Interesse sein muß — über die von Marx und Engels befolgte sozialpolitische Haltung gewährt.

Zunächst wird der liberalen Bourgeoisie vorgeworfen, die nach der Märzbewegung errungene Herrschaft sofort dazu benutzt zu haben, die Arbeiter, ihre Bundesgenossen im Kampfe, zu unterdrücken. Deshalb habe sie sich mit der Junker-Partei verbündet, ja dieser sogar die Herrschaft abgetreten. Immerhin habe die Bourgeoisie sich die Bedingungen gesichert, die ihr auf die Dauer durch die Finanz-Verlegenheiten der Regierung die Herrschaft in die Hände spielen und alle ihre Interessen sicher stellen würden, wenn es überhaupt noch „möglich wäre, daß die revolutionäre Bewegung schon jetzt in eine sogenannte friedliche Entwicklung verliefe."

Der offiziellen Kundgebung des Kommunisten-Bundes zufolge war nämlich die Revolution unausbleiblich, — sie wurde ausdrücklich als nahe bevorstehend erklärt und als Anstoß dazu eine neue selbständige Erhebung des französischen Proletariats oder die Invasion der heiligen Allianz gegen das revolutionäre Babel angegeben.

Des ferneren bekannte das Kollegium in London seinen Haß gegen die Demokratie. Es sprach die Weissagung aus, daß die demokratische Partei in der bevorstehenden deutschen Revolution das Proletariat ebenso verraten würde, wie dies 1848 die liberale Bourgeoisie gethan habe.

Mit dieser Demokratie, welche angeblich bloß die Interessen der Kleinbürger vertrat, sollte die — wie sie sich selbst nannte — „revolutionäre Arbeiterpartei" nur bis zum Sturze der liberalen Bourgeoisie und des Junkertums zusammengehen, ihr dann aber mit dem Augenblicke entgegentreten, wo sie ihre eigne Herrschaft konstituieren wollte.

Die Forderungen dieser Demokraten sind — zufolge Marx und seiner in der Zentralbehörde sitzenden Genossen —: die Verminderung der Staats-Ausgaben durch Beschränkung der Bureaukratie; die Verlegung der Hauptsteuer auf die großen Grundbesitzer und Bourgeois; die Beseitigung des Drucks des großen Kapitals auf das kleine durch öffentliche Kredit-Institute und durch Gesetze gegen den Wucher, welche den Kleinbürgern und Bauern Vorschüsse von dem Staate statt von den Kapitalisten, und zwar zu günstigeren Bedingungen, ermöglichen; ferner Verhinderung der raschen Vermehrung des Kapitals durch Beschränkung des Erbrechts und Ueberweisung möglichst vieler Arbeiten an den Staat; endlich Durchführung der bürgerlichen Eigentums-Verhältnisse auf dem Lande durch vollständige Beseitigung des Feudalismus.

Um dieses durchzuführen, bedürften — meinte die Ansprache — die Kleinbürger einer demokratischen Staats- und Gemeinde-Verfassung.

Andrerseits würden sie die Arbeiter in ihrer Stellung als Löhner belassen und ihnen nur einen besseren Lohn und eine gesicherte Existenz

zu verschaffen suchen, um sie auf diese Weise für sich zu gewinnen und „ihre revolutionäre Kraft durch momentane Erträglichmachung ihrer Lage zu brechen."

Dem gegenüber erklärt die Zentral-Behörde des Kommunisten-Bundes, daß damit keinesfalls dem Proletariat genügt sein könne. Sie stellt dem angeblichen Verlangen der Kleinbürger nach einer bei Erfüllung der obigen Forderungen haltmachenden Revolution die „Revolution in Permanenz" gegenüber bis zur Verdrängung aller mehr oder weniger besitzenden Klassen von der Herrschaft, bis zur Eroberung der Staatsgewalt durch das Proletariat und bis zur Konzentrierung der entscheidenden, produktiven Kräfte aller wichtigsten Länder der ganzen Welt in den Händen des Proletariats.

Indessen konnte sich die Kundgebung des Kommunisten-Bundes im Hinblick auf die so wenig organisierte Arbeiterschaft Deutschlands keinen Augenblick verhehlen, daß zunächst von einer Herrschaft der Arbeiterpartei keine Rede sein könne. Sie gab also zu, daß die kleinbürgerliche Demokratie während der weiteren Entwicklung der angekündigten Revolution „für einen Augenblick" den überwiegenden Einfluß in Deutschland erhalten würde.

Daher beeilte sich der Bund in Erwägung der nahen Herrschaft der Demokratie, seinen Mitgliedern einen genauen Leitfaden über ihr Verhalten zu dieser Partei an die Hand zu geben.

Während der Fortdauer der gerade damals herrschenden Verhältnisse, unter denen die radikal-bürgerlichen Bestrebungen ebenso wie die proletarischen unterdrückt wurden, sollte der vierte Stand vor allem davor bewahrt werden, sich einer großen demokratischen Oppositionspartei anzuschließen, da er dann einfach ein Anhängsel der in jener Partei dominierenden Kleinbürger-Fraktion sein würde. Hingegen sollte eine selbständige geheime und öffentliche Fraktion der Arbeiter-Partei herzustellen gesucht und jede Gemeinde des Bundes zum Mittelpunkte und Kern von Arbeitervereinen gemacht werden, in denen die Stellung und die Interessen des Proletariats unabhängig von bürgerlichen Einflüssen diskutiert würden.

Bei den bevorstehenden blutigen Konflikten mit den deutschen Regierungen war natürlich eine möglichst entschiedene Teilnahme der Arbeiter, Schulter an Schulter mit den Demokraten, zu fordern.

Aber an der dauernden Installierung ihrer Herrschaft sollten die letzteren durchaus verhindert werden. Deshalb schrieb der Bund den

Arbeitern vor: während der Revolution und unmittelbar nach derselben, soviel nur irgend möglich, die Demokraten zur Ausführung ihrer derzeitigen terroristischen Phrasen zu zwingen; und ferner die unmittelbare revolutionäre Aufregung nicht sogleich nach dem Siege zurückdrängen zu lassen, sondern möglichst lange ungeschwächt zu erhalten. Ja, der Bund ging soweit, seinen Mitgliedern zu sagen: „Weit entfernt, den sogenannten Excessen, den Exempeln der Volksrache an verhaßten Individuen oder öffentlichen Gebäuden, an die sich nur gehässige Erinnerungen knüpfen, entgegenzutreten, muß man diese Exempel nicht nur dulden, sondern ihre Leitung selbst in die Hand nehmen."

Weiterhin empfahl der Bund den Arbeitern: die Demokratie zu allen irgend möglichen Konzessionen und Versprechungen zu verpflichten; denn das sei das sicherste Mittel, um die neue Regierung zu kompromittieren.

Neben der letzteren, der offiziellen Verwaltung, müßten zugleich eigne „revolutionäre Arbeiter-Regierungen", sei es in Form von Gemeinde-Vorständen, sei es durch Arbeiter-Komitees errichtet werden, „so daß die bürgerlichen demokratischen Regierungen nicht nur sogleich den Rückhalt an den Arbeitern verlören, sondern sich von vornherein von Behörden überwacht und bedroht sähen, hinter denen die ganze Masse der Arbeiter stände."

Damit die Arbeiter der siegreichen Demokratie „energisch und drohend entgegentreten" könnten, wurde ihnen geraten: sofort eine bewaffnete Organisation des ganzen Proletariats, mit selbstgewählten Chefs und eignem, selbstgewähltem Generalstabe, durchzuführen.

Um mit der „Ansprache" zu resumieren: „Vernichtung des Einflusses der bürgerlichen Demokraten auf die Arbeiter, sofortige selbständige und bewaffnete Organisation der Arbeiter und Durchsetzung möglichst erschwerender und kompromittierender Bedingungen für die augenblickliche, unvermeidliche Herrschaft der bürgerlichen Demokratie, das sind die Hauptpunkte, die das Proletariat und somit der Bund während und nach dem bevorstehenden Aufstande im Auge zu behalten hat."

Die Leitung der Kommunisten während des ferneren Verlaufs der Dinge sollte von einer „im Hauptsitze der Bewegung etablierten" Direktion übernommen werden, welche auf einem dann vom Kommunistenbunde veranstalteten Kongresse zu erwählen war.

Als allgemeine Prinzipien für das weitere Verhalten der Arbeiter wurden angegeben:

Bei den nach der nächsten Revolution erfolgenden Wahlen zum

National-Parlamente die Aufstellung selbständiger Arbeiter-Kandidaturen an allen Orten, selbst da, wo gar keine Aussicht auf ihre Durchsetzung war;

ferner gegenüber den Bestrebungen der Demokraten auf Errichtung einer deutschen Förderativrepublik die Forderung der Einen und unteilbaren Republik.

Als selbstverständlich wurde angenommen, daß die feudalen Ländereien von der Demokratie ihren bisherigen Besitzern weggenommen würden. Aber während man den Demokraten die Absicht zuschrieb, alle diese Güter unter die Bauern zu verteilen, wurde den Arbeitern angeraten, zu verlangen: das konfiszierte Feudaleigentum sollte Staatsgut bleiben und zu Arbeiter-Kolonieen verwandt werden, die das assoziierte Land-Proletariat zur Bearbeitung erhalten sollte.

Endlich werden in der Ansprache der Zentral-Behörde auch die Forderungen der Arbeiter besprochen. Im Anfang dürfte man noch keine kommunistischen Vorschläge machen. Wohl aber könnte man die Demokraten dazu zwingen, nach möglichst vielen Seiten hin in die bisherige Gesellschaftsordnung einzugreifen, ihren regelmäßigen Gang zu stören und sich selbst zu kompromittieren, sowie möglichst viel Produktivkräfte, Transportmittel, Fabriken, Eisenbahnen u. s. w. in den Händen des Staates zu konzentrieren.

In dieser Beziehung heißt es in der Kundgebung von Marx und Genossen wörtlich:

„Die Arbeiter müssen die Vorschläge der Demokraten, die jedenfalls nicht revolutionär, sondern bloß reformierend auftreten werden, auf die Spitze treiben und sie in direkte Angriffe auf das Privateigentum selber verwandeln, so zum Beispiel, wenn die Kleinbürger vorschlagen, die Eisenbahnen und Fabriken anzukaufen, so müssen die Arbeiter fordern, daß diese Eisenbahnen und Fabriken als Eigentum von Reaktionären vom Staate einfach und ohne Entschädigung konfisziert werden. Wenn die Demokraten die proportionelle Steuer vorschlagen, fordern die Arbeiter progressive; wenn die Demokraten selbst eine gemäßigte progressive beantragen, bestehen die Arbeiter auf einer Steuer, deren Sätze so rasch steigen, daß das große Kapital dabei zu Grunde geht; wenn die Demokraten die Regulierung der Staatsschulden verlangen, verlangen die Arbeiter den Staatsbankerutt. Die Forderungen der

Arbeiter werden sich also überall nach den Konzessionen und Maßregeln der Demokratie richten müssen."

Wenn die Kundgebung auf diese Weise den deutschen Arbeitern eine noch durchzumachende „längere revolutionäre Entwickelung" in Aussicht stellte, so wurden sie darüber mit der Versicherung getröstet, daß der erste Akt des bevorstehenden revolutionären Schauspiels mit dem direkten Siege ihrer eigenen Klasse in Frankreich zusammenfallen und dadurch sehr beschleunigt werden würde.

Das Manifest schloß, indem es den Schlachtruf ausgab: „Die Revolution in Permanenz!"

Es war wahrlich kaum nötig — wie die „Ansprache" es that — hervorzuheben, daß es sich für den Bund „nicht um Veränderung des Privateigentums, sondern um seine Vernichtung" handelte.

Der Kommunisten-Bund hat sich in der Angabe seiner Verhaltungsmaßregeln unleugbar als ein den allerextremsten und allergefährlichsten Umsturztendenzen huldigender Verein enthüllt.

Wie falsch überdies die Führer des Kommunisten-Bundes die damalige europäische Situation beurteilten, ist am besten aus der ferneren geschichtlichen Entwickelung zu ersehen. Weder fand in Frankreich die angekündigte Erhebung des Proletariats oder gar der Sieg desselben statt, noch in Deutschland die angekündigte Revolution.

Hochkomisch aber muß die ganze Proklamation berühren, wenn man konstatiert, daß zur Zeit ihres Erlasses der ganze Kommunisten-Bund in Deutschland nur einige paar Dutzend Mitglieder zählte. Speziell die Hauptgemeinde Köln bestand damals aus — 6 Mann.

Um nun diesem Übelstande der geringen Mitgliederzahl abzuhelfen, sandte die Zentral-Behörde im Frühling des Jahres 1850 den Schuhmacher Heinrich Bauer als Emissär nach Deutschland und einen gewissen Adolph Maier nach der Schweiz.

Beide Emissäre waren sehr rührig. Vor allem entledigte sich Bauer seiner Aufgabe mit außerordentlichem Geschick, was ihm ein besonderes Anerkennungsvotum seitens der Zentral-Behörde einbrachte.

Es gelang dem Emissär wirklich, eine nicht geringe Anzahl von Bundes-Gemeinden in Deutschland zustande zu bringen, so daß Mitte 1850 Sektionen waren: in Köln, Frankfurt a. M., Mainz, Hanau, Wiesbaden, Hamburg, Schwerin, Berlin, Göttingen, Breslau, Liegnitz, Glogau, Leipzig, Nürnberg, München, Bamberg, Würzburg, Stuttgart, Baden und noch in einigen kleineren Orten.

Zu gleicher Zeit entsandte die Gemeinde Köln noch auf eigene Hand einen Emissär zur Agitation in den Rheinlanden. Derselbe hatte ebenfalls einen gewissen Erfolg zu verzeichnen, indem er 9 neue Zweige des Kommunisten-Bundes gründete.

Maier, der in die Schweiz geschickte Emissär, stiftete seinerseits auch mehrere Gemeinden, welche derjenigen zu Chaux-de-fonds die Leitung übertrugen.

Da sich nun bei dieser ganzen Propaganda herausstellte, daß viele Leute, die „revolutionär brauchbar und zuverlässig waren," noch nicht die kommunistischen Konsequenzen der Bewegung verstanden, so rieten Marx und seine Genossen, eine zweite Klasse von Bundes-Mitgliedern zu bilden, welcher „die Verbindung als eine bloß lokale oder provinzielle darzustellen sei!" —

Die Minierarbeit des Kommunisten-Bundes wurde jetzt allerdings durch einen andern Geheimbund erschwert, der sich in der Schweiz gebildet hatte. Dieser, welcher sich selber als „Revolutionäre Zentralisation" bezeichnete, proklamierte die Revolutionierung Deutschlands als seinen unmittelbaren Zweck und vereinte auf dieses Prinzip hin Demokraten, Sozialisten und Kommunisten, auch frühere Mitglieder des Kommunisten-Bundes.

An der Spitze des neuen Geheimbundes, welcher seinen Sitz in Zürich hatte, standen u. a. Johann Philipp Becker und Sigel, welche die süddeutsche Revolution von 1849 als Obersten mitgemacht hatten.

Ins Ausland wurden zwei Agenten gesandt, der eine war der Student Karl Schurz, welcher vornehmlich in Brüssel und Paris agitierte. Der andere war Bruhn, der früher dem Bunde der Geächteten angehört hatte und dann zu demjenigen der Kommunisten übergegangen war.

Bruhn trat aber nunmehr nicht etwa aus der Londoner Verbindung aus, sondern er benutzte seine Mitgliedschaft in ihr, um über sie an die Schweizer zu berichten. Zugleich jedoch schrieb er über die letzteren an die Kommunisten. Faktisch agitierte er bloß im Interesse der Schweizer, wie daraus erhellte, daß er die Mitglieder des Kommunisten-Bundes in Frankfurt a. M. zum Abfall und zum Anschluß an Zürich bewog.

Die Londoner Zentralbehörde schloß daher Bruhn sofort aus dem Bunde aus. Aber sie hatte Unrecht, wenn sie sich über seine „zwischenträgerische Stellung" beklagte. Denn sie selber trieb nicht minder Spionage, wenn sie — nach eigener Erklärung — im Zentral-Ausschusse der geheimen Verbindung ein durchaus zuverlässiges Bundesmitglied sitzen hatte, das mit dem Auftrage versehen war, die Maßregeln und

Pläne dieser Leute, soweit sie gegen den Bund gingen, zu überwachen und mitzuteilen. Der Emissär der Londoner Behörde in der Schweiz hatte außerdem die Aufgabe, im Einverständnisse mit dem eben erwähnten Bundesmitgliede die brauchbaren Kräfte in den Bund zu ziehen.[1])

Die Zentralbehörde war inzwischen nicht müßig gewesen. Sie organisierte unter den Londoner radikalen deutschen Emigrierten ein „Flüchtlingskomitee", in welchem sie durch Marx, Engels und Willich die Leitung hatte.[2]) Allerdings wurde der Zentralbehörde das Terrain bald streitig gemacht, indem sich ein demokratisches Gegenkomitee bildete, in welchem vornehmlich Gustav von Struve, Cohnheim und Rosenblum waren; letztere beide die ehemaligen Matadore der Genfer „Schwefelbande."[3])

---

[1]) Übrigens schlug die „revolutionäre Zentralisation" im Juli desselben Jahres dem Kommunisten-Bund eine Allianz vor, derzufolge die erstere Gesellschaft sich bereit erklärte, neben Verfolgung ihrer eigenen Zwecke eine Art Succursale für die Kommunisten zu bilden. In dem Vorschlage hieß es:

Zwischen der Kommunisten-Verbindung und der revolutionären Zentralisation ist man in Erwägung der Notwendigkeit einer Vereinigung aller wahrhaft revolutionären Elemente und, nachdem sämtliche Mitglieder der revolutionären Zentralbehörde den Charakter der nächsten Revolution als einen proletarischen anerkannt, wenn sie auch nicht alle imstande waren, sich unbedingt zu dem von London aus aufgestellten Programm (Manifest von 1848) zu bekennen, über folgende Punkte übereingekommen:

1. Beide Teile sind einverstanden, neben einander fortzuarbeiten — die revolutionäre Zentralisation, indem sie durch Vereinigung aller revolutionären Elemente die nächste Revolution, die Londoner Gesellschaft, indem sie durch die Organisation der vorzugsweise proletarischen Elemente die Herrschaft des Proletariats vorzubereiten sucht.

2. Die revolutionäre Zentralisation instruiert ihre Agenten und Emissäre dahin, daß sie bei Bildung von Sektionen in Deutschland die Mitglieder, welche zum Eintritt in die Kommunistenverbindung geeignet scheinen, auf den Bestand einer vorzugsweise im proletarischen Interesse eingerichteten Organisation aufmerksam machen.

3. und 4. daß die Leitung für die Schweiz nur wirklichen Anhängern des Londoner Manifestes in der „revolutionären Zentralisation" überlassen und gegenseitig Bericht abgestattet werden soll.

Das Bündnis wurde jedoch vom Kommunistenbunde als unvereinbar mit seinem „prinzipiellen" Charakter abgelehnt. Er verlor vermutlich nicht viel, denn schon nach wenigen Monaten ging die schweizer „Zentralisation" ein.

[2]) Hingegen lehnte die Zentralbehörde die Teilnahme an einer alle emigrierten Revolutionsmänner einenden Versammlung ab.

[3]) Da die „Schwefelbande" nicht nur sehr oft in Zeitungen, sondern sogar in wissenschaftlichen Büchern neuesten Datums als kommunistische Gesellschaft bezeichnet *wird, so müssen* wir hier andeuten, weshalb sie unter keinen Umständen zu den

Ferner suchten Marx und seine Genossen eine internationale Verbindung unter den Sozialisten herbeizuführen.

So stand die Zentral-Behörde mit den Delegierten der Blanquistischen

---

kommunistischen Verbindungen gerechnet werden darf und weshalb sie daher auch im Texte unserer Arbeit keinen Platz gefunden hat.

Einer der Mitgründer der fraglichen Gesellschaft, Sigismund Borkheim, hat eigenhändig deren Geschichte aufgezeichnet, welche von einer Anzahl seiner Zeit in der Schweiz lebender Revolutionäre als richtig bestätigt wird.

Mehrere junge Leute, meist Studenten, die sich an Struves republikanischem Putsche vom September 1848 beteiligt, dann im Gefängnisse von Bruchsal bis Mai 1849 gesessen, endlich als Soldaten im rheinpfälzisch-badischen Aufstande mitgekämpft hatten, fanden sich nach dessen Erstickung in Genf zusammen. Besagte junge Leute, deren Hauptähne die angeführten Cohnheim, Borkheim und Rosenblum waren, beschlossen, sich nicht wie die anderen Flüchtlinge vom politischen Katzenjammer niederdrücken zu lassen, sondern vielmehr ihr Dasein und die herrliche Natur zu genießen. Sie lebten also auf Pump darauf los, kneipten fröhlich, sangen lustig, machten Ausflüge, gondelten Tage lang auf dem Genfer See, ohne ans Land zu steigen, sangen, mit der Guitarre in der Hand, vor den Fenstern der am See gelegenen Villen Minnelieder und verübten daneben alle möglichen und unmöglichen tollen Streiche. Es wurde deshalb die in Rede stehende Gesellschaft von den andern Flüchtlingen mit dem Namen „Schwefelbande" belegt; — weshalb gerade mit diesem Namen, weiß Freund Borkheim nicht. Ich vermute, daß die Erfinder dieses Namens ehemalige Jenenser Musensöhne waren, da in Jena seit Ende des vorigen Jahrhunderts eine Studenten-Verbindung „Schwefelbande" bestanden hat, welche sich durch ihren über die Maßen tollen Ulk „hervorthat" — ganz wie Cohnheim und Genossen.

Letztere beschäftigten sich auch mit Politik, natürlich in radikalem Sinne, aber ohne sich einer bestimmten Richtung anzuschließen. „Wir erlaubten uns — sagt Borkheim in seinen Selbstbekenntnissen — das politische Treiben von Reichsregenten, Mitgliedern des Frankfurter Parlaments und anderer Sprechsäle, Revolutions-Generalen oder -Korporalen oder Dalei-Lamas des Kommunismus frei und unabhängig zu beurteilen."

Zu diesen und anderen Zwecken gründeten die fraglichen Herren nebst ihren Kumpanen das Wochenblatt „Rummeltipuff, Organ der Lausbubokratie." Der „Rummeltipuff" war mit den Bildern seiner Stifter geschmückt und trug das Motto: „Bleibe im Lande und nähre dich rötlich."

Man sieht, daß die Schwefelbande eine ganz harmlose und ungefährliche Gesellschaft war, welche ganz und gar nichts mit Kommunismus zu thun hatte. Unter den Mitgliedern derselben befand sich kein einziger, der damals oder auch nur früher oder später Anhänger der Gemeinschaftstheorie war. Ja, als Mitte 1850 die Schwefelbande durch Ausweisung fast aller ihrer Mitglieder (*nicht als solcher*, sondern als revolutionärer Flüchtlinge überhaupt) gesprengt wurde, traten Cohnheim und Rosenblum in London, wohin sie sich gewandt, dem entschieden antisozialistischen Komitee bei und unterzeichneten ein gegen Marx und seine Genossen gerichtetes Pronunziamento. Die anderen Mitglieder der Schwefelbande haben sich am öffentlichen Leben nicht mehr beteiligt.

geheimen Gesellschaft und mit der revolutionären Chartistenpartei in regelmäßiger Verbindung. Dann pflegten die Londoner Kommunisten auch ihre Beziehungen zu der radikalen ungarischen Emigration: denn aus dieser hoffte man in der bevorstehenden deutschen Revolution die militärischen Kommandeurs zu nehmen.

Daneben suchte man den Kommunismus litterarisch zu fördern.

Abgesehen davon, daß man hierzu die Journale der extremen Chartisten benutzte, gab Marx selber seit dem Januar 1850 eine Monatsschrift, die „Neue Rheinische Zeitung, politisch-ökonomische Revue" heraus, die allerdings schon im Dezember desselben Jahres einging.

Zu gleicher Zeit wirkte Weitling — ich weiß nicht, in welcher Beziehung er damals zum Kommunistenbunde stand[1]) — durch seine in New-York erscheinende Zeitung „Republik der Arbeiter", welche in Deutschland vielfach Eingang fand.

Ferner wurden in Deutschland selber von Mitgliedern des Kommunistenbundes mehrere Zeitungen herausgegeben, welche dessen Richtung zum Ausdruck brachten, soweit als es die Zeit- und Lokalverhältnisse erlaubten. Dies trifft z. B. für die Kölner „Westdeutsche Zeitung", die Frankfurter „Neue deutsche Zeitung" und die Breslauer „Schlesische Volkszeitung" zu.

Das bedeutendste von diesen Blättern war unstreitig die „Westdeutsche Zeitung", welche von Dr. Hermann Heinrich Becker redigiert wurde. Unleugbar mit Geist geschrieben, führte sie dieselbe leidenschaftlich-heftige Sprache, wie die „Neue Rheinische Zeitung", deren Fortsetzung sie gewissermaßen bildete.

Die Westdeutsche Zeitung richtete ihre Angriffe mit fürchterlicher Bitterkeit gegen die preußische Krone, der sie vorwarf, es mit den Verheißungen des Jahres 1848 nicht ehrlich gemeint und die bürgerliche Gesellschaft verraten zu haben. Je mehr die Reaktion wuchs, desto wuchtiger wurde gegen sie polemisiert. Offen wurde zur Revolution aufgereizt, die Becker ja als Mitglied des Kommunistenbundes pflicht-

Es ist mithin gänzlich unrichtig, wenn behauptet wird, die in Rede stehende Gesellschaft sei eine kommunistische gewesen. Es verbot sich daher auch deren Behandlung im Texte unserer Darstellung.

[1]) Eine gewisse Verbindung scheint zwischen Weitling und dem Kommunisten-Bunde bestanden zu haben. Wenigstens heißt es in einem Briefe des „leitenden Kreises von Paris" an die Mitglieder des Kommunisten-Bundes in Berlin: „W. Weitling hat auch uns gute Nachrichten von Amerika gegeben, er wird dort das *künftige* Frühjahr die Tauschbank in Bewegung setzen."

schuldigst in nächster Zeit erwartete, und ebenso offen wurde als nächste Aufgabe die Proklamierung der Republik bezeichnet.

Vergebens wurde Becker zweimal vor die Geschworenen gestellt; das zweitemal unter der doppelten Anklage, die Ehrfurcht gegen Seine Majestät den König verletzt und öffentlich zum Umsturze und zur Veränderung der königlichen Regierung aufgefordert und angereizt zu haben.

Beide Male wurde Becker freigesprochen. Aber noch bevor die freisprechenden Urteile erfolgt, war das Blatt eingegangen. Es war — nachdem binnen kurzer Zeit dreizehn Nummern beschlagnahmt worden — „an den kühnen Griffen der Restauration verblutet", wie sich Becker selbst ausdrückte. Ob dies wirklich die entscheidende Ursache war oder ob die „Westdeutsche Zeitung" an der sonst üblichen Krankheit des Abonnentenmangels zu Grunde gegangen, vermag ich nicht zu entscheiden.

Neben der Propaganda durch die Zeitungen wurde auch eine solche durch Broschüren betrieben. So wurde die Beckersche Schrift „Monarchie oder Republik in Deutschland" eifrig verbreitet. Sie erlebte im Laufe eines Jahres nicht weniger als fünf Auflagen. Ferner publizierte — unabhängig vom Kommunistenbunde — ein den Prinzipien Kabets ergebener Rentier, namens Allhusen, einen „Volkskalender" und einen „Aufruf an die Arbeiter". Dann wurde eine Reihe französischer sozialistischer Schriften gerade damals in deutscher Übersetzung herausgegeben (S. hierüber die Bibliographie in der vorliegenden Schrift).

Somit schien der Kommunismus in Deutschland noch nicht gänzlich verloren zu sein und immerhin noch einige Chancen zu besitzen, als er durch eine Reihe von Ereignissen, die sich inzwischen in London abspielten, schwer geschädigt wurde.

In der Zentralbehörde des Bundes begann sich nämlich ein Widerstand gegen die bisherige Führung zu regen, welcher von August Willich ausging.

Da zum Verständnis der gesamten, folgenden Geschichte des Kommunistenbundes die Kenntnis der Persönlichkeit des Opponenten unumgänglich notwendig ist, so mag hier eine kurze Charakteristik des Letzteren folgen.

Im Berliner Kadettenhause erzogen, war August Willich preußischer Artillerieleutnant geworden, hatte dann nach ungefähr zwanzigjähriger Dienstzeit den Abschied genommen und sich nunmehr dem — Schreinerhandwerk gewidmet.

An den während der Jahre 1848—49 stattgehabten Revolutionen nahm er einen außerordentlich thätigen Anteil. Vor allem organisierte

er aus den Besançonner und jurassischen kommunistischen deutschen Arbeitern ein Freikorps, mit dem er zur Unterstützung der rheinpfälzisch-badischen Erhebung herbeieilte.

Die todesverachtende Bravour, welche jeder preußische Offizier zu zeigen pflegt, wenn er unter der Devise „Mit Gott für König und Vaterland" in den Kampf zieht, — diese Bravour wurde jetzt in höchstmöglichem Grade von dem ehemaligen Leutnant an den Tag gelegt, als er für den entgegengesetzten Wahlspruch der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit stritt und gegen das Herrscherhaus focht, dem er einst den Schwur der Treue geleistet hatte.

Neben einem wahren Löwenmute im offenen Kampfe bekundete Willich eine gewaltige revolutionäre Energie. Er unternahm Streifzüge, auf denen er alle irgend brauchbaren Pferde sowie alle irgend aufzutreibenden Lebensmittel requirierte, die Regierungskassen wegschleppte, die von der badischen revolutionären Regierung ausgeschriebenen Steuern erhob und die von derselben dekretierte Zwangsanleihe beitrieb.[1])

Nach der Niederschlagung des Aufstandes war Willich nach London gegangen und dort auf Vorschlag von Marx, an den er durch Engels empfohlen worden, in die aus zehn Mitgliedern bestehende Zentralbehörde des Kommunistenbundes gewählt worden.

Willich, der als theoretischer Kopf gar keine Bedeutung hatte, auch niemals eine solche beanspruchte, schloß sich im allgemeinen den Doktrinen Karl Marx' an, was damals um so eher geschehen mußte, als der große sozialistische Denker selber in Vorträgen, die er im (öffentlichen) Londoner deutschen Arbeiterverein hielt, die Grundsätze des kommunistischen Manifestes erläuterte.

Aber die Diktatur, die Marx, gestützt auf mehrere ihm unbedingt ergebene Verehrer, kraft seines imponierenden Geistes ausübte, behagte unserm Willich ebensowenig, wie noch manchem andern seiner Genossen. Aber während die letzteren bis dahin keinerlei Opposition gewagt hatten, nahm Willich keinen Anstand zu rebellieren. Marx und seine Klique — räsonnierte Willich — hätten nur die Absicht, das Volk zu beherrschen, es am Gängelbande zu führen. In ihren Augen seien die Arbeiter Nullen, die nur dadurch Wert erhielten, daß ihnen die Führer — Marx

[1]) Willich muß als das Ideal eines Revolutionärs bezeichnet werden, wie es etwa dem russischen Anarchisten Bakunin vorschwebte, als er erklärte: jeder Revolutionär müsse „den Teufel im Leibe haben". — Alexander Herzen sagt übrigens in seinen „Nachgelassenen Schriften:" Willich, den er persönlich gekannt, sei ein [illegible] und thatkräftiger Mann wie reiner Charakter.

und Genossen — als Einheit vorständen. Von den letzteren würde jeder auf alle nur erdenkliche Weise verfolgt, der nicht unselbständig genug wäre, um nicht unbedingt in ihr Horn zu blasen.

Willich fand vielfache Zustimmung. Es kam zwischen seinen Anhängern und den Marxisten sowohl im Geheimbunde wie im öffentlichen Arbeiterverein zu den heftigsten Szenen, die, wie wenigstens Willich behauptet, mehrmals auf dem Punkte standen, in allgemeine Prügeleien auszuarten.

Gerade damals kam Schapper, der bisherige Freund von Marx, nach London. Da er die Überzeugung gewonnen, daß an die Stelle des Prinzips Personen getreten waren, daß mit auswärtigen Mitgliedern nur persönliche und nicht mehr Bundesbriefe gewechselt wurden, daß durch die beständigen persönlichen Intriguen nichts mehr für die Organisation des Bundes geschah und derselbe in Gefahr stand, dadurch gänzlich zu zerfallen, so stellte er bei der Zentralbehörde den Antrag, dem Kreise Köln die oberste Leitung des Bundes zu übergeben und in kürzester Frist einen Bundeskongreß zusammenberufen zu lassen. Der letztere Teil des Antrags ging auch durch, aber in der Hauptsache wurde er abgelehnt.

Im übrigen glaubte Schapper zu erkennen, daß Willich im Rechte sei. An ihn schloß er sich daher an. Beide waren von nun an die Seele des immer heftiger werdenden Widerstandes gegen die Marxsche Hegemonie.

Prinzipielle Gründe kamen hierbei nicht sehr in Betracht. Denn das einzige Moment, in welchem Willich und Schapper von Marx abwichen, betraf den Zeitpunkt, von welchem an die Proletarierherrschaft in Deutschland möglich sein sollte. Während Willich und Schapper bereits in der nächsten Revolution den Sieg des vierten Standes erwarteten, hielt Marx dafür, daß wenigstens in Deutschland noch eine längere „revolutionäre Entwicklung" notwendig sei. Man sieht: die prinzipielle Differenz war nicht groß und konnte um so weniger ins Gewicht fallen, als ja Marx wie seine Gegner darin übereinstimmten, daß sich die Arbeiter unter allen Umständen an der nächsten Revolution beteiligen und dieselbe bis zur Durchführung des Kommunismus für permanent erklären müßten.

Bald trat der vollständige Bruch ein. Willich bekam im „Flüchtlingskomitee" Streit und erklärte deshalb seinen Austritt aus demselben. Marx gab ihm in der folgenden Sitzung des Arbeitervereins Unrecht. Es kam zu ärgerlichen Zänkereien, bei denen es, wie Willich angiebt,

ganz nahe daran war, daß Marx und Engels sich eine körperliche Züchtigung zuzogen.

Die Szene hatte ein Nachspiel in der nächsten Sitzung der Zentralbehörde, infolge wovon ein Anhänger und Freund von Marx, Konrad Bernhard Schramm, den Willich auf Pistolen forderte. Der ehemalige preußische Offizier ging natürlich sofort darauf ein und schoß sich wirklich bald nachher mit Schramm, wobei letzterer gleich im ersten Gange am Kopfe verwundet wurde. Das Faktum zeigt, wie weit schon die Gegensätze gediehen waren, da ja das Duell an sich mit den radikalen Prinzipien unverträglich ist.

In jener Sitzung des Bundes, in welcher die Forderung vorgefallen, war — wenigstens nach der Behauptung von Willich, Schapper und ihren Anhängern — beschlossen worden, die ganze Streitsache vor die General-Versammlung des Kreises London zu bringen. Die Sitzung der General-Versammlung wurde jedoch unter allen möglichen Vorwänden verschoben. Als endlich trotz vielfachen Drängens die marxistische Majorität der Zentral-Behörde noch immer keine Anstalten zur Berufung jener Versammlung machte, wurde eine solche von der Kreisbehörde einberufen. Die Majorität der Zentralbehörde, welche leicht erkennen konnte, daß ihr die meisten Arbeiter abgeneigt waren, beschloß nun die Sache durch ein diplomatisches Manöver, einen „Staatsstreich im kleinen" (wie es die Gegner nannten), zu einem günstigen Ende zu bringen. Jene Majorität (bestehend aus Marx, Engels, K. B. Schramm, Heinrich Bauer, J. G. Eccarius und Karl Pfänder) erklärte nämlich am 15. September mit einemmale, daß der Sitz der Zentralbehörde nach Köln verlegt und damit dem dortigen Kreise die oberste Leitung des Bundes übertragen werden müßte. Die Motive hierzu sind umso klarer, wenn man bedenkt, daß erst wenige Monate vorher der gleichlautende Antrag Schappers abgelehnt worden war: Marx und seine Genossen sahen ein, daß, wenn der Kreis London nach Ablauf des Jahres zur Neuwahl des Zentralkomitees zusammentreten würde, dieselbe ganz im Sinne von Willich und Schapper ausfallen müßte. Und das konnte nur vermieden werden, wenn dem marxistischen Kölner Kreise die Bildung der Zentral-Behörde anvertraut wurde.

Übrigens begnügten sich die Marxisten nicht hiermit. Sie faßten auch in jener Sitzung vom 15. September die Beschlüsse: die Statuten des Bundes für aufgehoben zu erklären und die Kölner Zentral-Behörde mit der Abfassung neuer zu beauftragen; ferner an die Stelle des einen bisherigen Kreises London zwei Kreise daselbst zu bilden, welche, von

einander unabhängig, nur mit der gemeinsamen Zentralbehörde in Verbindung stehen sollten.

Eine Erläuterung der am 15. September von der marxistischen Behörde gefaßten Beschlüsse ist unnötig. Selbst wenn sie vollständig den Statuten entsprochen hätten, wären sie unter den obwaltenden Verhältnissen doch weiter nichts gewesen als ein Streich zur Sicherung der Diktatur der Partei Marx.

Aber Willich machte der Marxschen Diplomatik einen Strich durch die Rechnung: er zeigte durch sein Verfahren, daß er die durch die Statuten des Kommunistenbundes vorgeschriebene „revolutionäre Energie" nicht nur hatte, wenn er, den Degen in der Faust, angesichts des feindlichen Kugelregens sein Kommando führte, sondern auch, wenn er sich von seinen eigenen Genossen in schlau gefertigten Netzen gefangen sah. Als die Zentralbehörde (mit 6 Stimmen gegen 4) die Marxschen Anträge angenommen hatte, erhob sich Willich, legte entschiedenen Protest gegen die soeben gefaßten Beschlüsse ein und verließ samt seinen drei Anhängern (Schapper, Fränkel und Lehmann) die Sitzung. Hierauf appellierte er an die Wähler der Zentralbehörde, die Mitglieder des Kreises London. Als dieselben sich auch wirklich einige Tage später versammelten, erging sich Willich in den heftigsten Angriffen gegen die „Marx-Engelssche Klique", wie sein Ausdruck lautete. Er warf ihr vor, den Bund nur als Fußschemel gebrauchen zu wollen, um auf demselben zum Cheftume der kommunistischen Partei, zu einem neuen Dalai-Lama-Thron emporzusteigen. Selbst unfähig, das Geringste zu organisieren oder etwas Praktisches durchzuführen, schiene die Aufgabe jener Klique nur darin zu bestehen, jeder Organisation, jeder Ausführung hindernd in den Weg zu treten.

Danach schlossen die Londoner Kommunisten die zwar geladene, aber nicht erschienene marxistische Majorität der Zentralbehörde nebst 4 Anhängern einstimmig für „vorläufige Zeit" aus dem Bunde aus und ernannten eine neue Zentralbehörde, die natürlich ganz nach Willichs Geschmack war. Die betreffenden Beschlüsse lauten:

„In Erwägung, daß energische Maßregeln notwendig sind; in Erwägung, daß eine feste Organisation des Bundes sobald als möglich hergestellt werden muß, damit bei der nächsten Proletarier-Revolution in Frankreich und Deutschland nicht allein Opposition gemacht und Zeitungen geschrieben werden, sondern die deutschen Proletarier ihre Angelegenheiten in die Hand nehmen und zur Herrschaft gelangen, was, wenn es nicht geschieht, unsere eigene Schuld sein würde; in Erwägung, daß K. Marx und Engels sich eine Anzahl junger Halblitteraten zu persönlichen An-

hängern heranbilden, die sie durch Träume von künftiger, politischer Macht fanatisieren, durch welche sie den Bund zu beherrschen suchten; in Erwägung, daß Marx und Engels den Bund in dieser Weise zu einem Mittel persönlicher Macht zu organisieren suchen und andererseits ihn überall vollständig vernachlässigen, wo derselbe ihnen nicht unmittelbar nützlich ist: Beweis das Jahr 1848 in Köln, wo sie ihre Stellung als Mitglieder der Zentralbehörde ihrer Stellung als Redaktoren der Rheinischen Zeitung aufopferten; in Erwägung endlich, daß die s. g. schriftstellerische Koterie zwar außerhalb des Bundes für unsere Sache von Nutzen sein kann, innerhalb desselben aber jede Organisation, jede Einigung, jedes Handeln unmöglich macht, — hat der Kreis London, bestehend aus 40 Mitgliedern, einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die bisherigen Mitglieder der Zentralbehörde sind ihrer Funktionen enthoben;

2. Die Bürger Marx, Engels, Schramm, Wolff, Seiler, Liebknecht (Student), Piper (Lehrer bei Rothschild), Pfänder, Bauer und Eccarius sind aus dem Bunde ausgeschlossen;

3. bis zur Ordnung der Bundesangelegenheiten auf dem am 20. Oktober stattfindenden Kongreß werden mit der obersten Leitung des Bundes beauftragt: Schärttner aus Hanau, Oswald Dietz aus Wiesbaden, Gebert (früher Vorsteher des leitenden Kreises in der Schweiz), Willich, Schapper Fränkel und Lehmann. (Die vier letzteren bildeten die Minorität der früheren Zentralbehörde)."

Die Partei Willich-Schapper hatte nicht nur unter den Bundes-Angehörigen zu London die Majorität. Auch die drei Sektionen des dortigen Arbeitervereins standen völlig auf ihrer Seite, so daß Marx und Genossen es für das Geratenste hielten, schon zwei Tage nach dem Zerwürfnis in der Zentralbehörde ihren Austritt aus dem Arbeiterverein zu erklären. Die bezügliche Anzeige ist — abgesehen von den zehn aus dem Bunde Ausgeschlossenen — noch von drei Mann unterzeichnet. Zu gleicher Zeit schieden auch die Marxisten aus dem radikalen Flüchtlingskomitee aus. Inwiefern dies mit einem etwa in jenem Komitee überwiegenden Einflusse von Marx' Gegnern zusammenhängt, weiß ich nicht. —

Die langwierigen Streitigkeiten innerhalb der Zentralbehörde wirkten natürlich auf den Bestand des Bundes sehr ungünstig ein. Vor allem war der Konnex mit den Gemeinden in Deutschland, welcher allerdings wegen der dortigen Polizeiverhältnisse erhebliche Hindernisse in den Weg legte, sehr vernachlässigt worden. Da nun fast alle diese Gemeinden sehr schwach waren und sich dazu noch unter den erschwerendsten Um-

ständen befanden, da ferner durch das Wandern und den Wohnungswechsel der Arbeiter viele Adressen unbrauchbar geworden, so war es kein Wunder, daß, nachdem das Zentralkomitee eine Reihe von Monaten hindurch kein Lebenszeichen von sich gegeben hatte, eine Auflösung der meisten in Rede stehenden Konventikel erfolgte. Damit war aber das mit Mühe und Not in Deutschland begonnene Organisationswerk wieder zerstört. Es war notwendig geworden, die Arbeit fast von neuem anzufangen.

---

2. Der Kommunistenbund nach der Spaltung: Die Geschichte der Fraktion Marx.

Marx' Anhängerschaft in London war seit der Spaltung eine so geringe, daß sie nicht einmal einen eigentlichen Verein mehr bildete, sondern sich (um Marx' eigene Worte zu gebrauchen) als „private society" versammelte.

Auch außerhalb Londons fand die alte Zentralbehörde nur wenig Zustimmung. Die Kölner Gemeinde allerdings nahm die ihr erteilte Mission der Bildung einer neuen Zentralbehörde an.

Die Kölner verfuhren auch sonst ganz in dem von Marx gewünschten Sinne. Zwar erklärten sie, daß beide Parteien den legalen Weg verlassen hätten, indem sie es versäumt, sich an den durch die Statuten für Streitigkeiten dieser Art als Appellinstanz vorgeschriebenen Bundes-Kongreß zu wenden. Aber sie sprachen andererseits ihre Überzeugung dahin aus, daß beide insofern richtig gehandelt hätten, als ein Kongreß in London damals — wenn er überhaupt nicht an äußeren Schwierigkeiten gescheitert wäre — zu einer völligen Auflösung des Bundes geführt haben würde. Daher hätte es für sie — die Kölner — nur darauf ankommen müssen, zu untersuchen, wer die Prinzipien, die Politik und den Bestand des Bundes wahrhaft zu retten versucht habe. Und in dieser Hinsicht wären die Beschlüsse der Majorität der Zentralbehörde als die allein vernünftigen und den Umständen angemessenen adoptiert worden. Unter solchen Umständen hätte der Kreis Köln die neue Zentralbehörde konstituiert, indem er mehrere seiner Mitglieder mit der Leitung betraute.

Mit der Ausführung des Beschlusses über die Trennung des Kreises London in zwei von einander unabhängige Kreise beauftragte die neue Kölner Behörde die Bürger Schapper und Eccarius (letzterer war zur Partei Marx gehörig). Bald darauf erschien zur Abgabe der Antwort

auf die an Schapper gerichtete Aufforderung ein Emissär der Londoner Sezessionisten (Namens Haude). Er rechtfertigte die Beschlüsse der Sezessionisten und erklärte deren Zentralbehörde für die einzig statutengemäße und daher auch einzig zu Recht bestehende. Als die Kölner sich dem widersetzten und den Londonern traurige Verirrungen vorwarfen, erklärte der Emissär namens seiner Zentralbehörde den Kreis Köln für ausgeschlossen aus dem Bunde. Hierauf erwiderten die Andern, daß das auf Gegenseitigkeit beruhe, nur mit dem Unterschiede, daß damit der alte Kreis London und seine Zentralbehörde sich selber aus dem Bunde ausschlössen.

Kurz darauf ging von dem durch Eccarius in London gebildeten (marxistischen) Kreise in Köln der formelle Antrag ein: sämtliche Mitglieder des Sonderbundes, speziell Schapper, Willich, Schärttner, Lehmann, Oswald Dietz, Gebert, Fränkel, letztere sieben mit Namensnennung, auszustoßen und diesen Beschluß sämtlichen Kreisen und Gemeinden des Bundes mitzuteilen, ebenso dem Sonderbunde in London und seinen Leitern. Motiviert war dieser Antrag mit vier, wie die Kölner behaupten „höchst triftigen" Gründen:

1. sollen die Sonderbündler an außerhalb des Bundes bestehende Behörden geheimer Gesellschaften und an Flüchtlinge aller Nationalitäten über den Zwiespalt in London berichtet und dazu falsch berichtet haben; 2. sollen sie sich in offener Rebellion gegen die angeblich legale Zentralbehörde in Köln befinden, ihren Beschlüssen zum Trotz handeln und zur Gründung eines Sonderbundes einen Emissär in Deutschland herumreisen lassen; 3. sollen sie sämtliche Verpflichtungen, welche Mitgliedern geheimer Gesellschaften obliegen, gegen die Glieder des Kreises London verletzt haben und 4. sollen sie seit der Trennung alle Gesetze geheimer Gesellschaften übertreten haben.

Daraufhin stießen die Kölner zum zweitenmale sämtliche Teilhaber des Sonderbundes, namentlich dessen Vorsteher und Bevollmächtigte, die „Bürger" Schapper, Willich, Schärttner, Oswald Dietz, Gebert, Adolph Maier, Fränkel und Haude aus dem Bunde aus und forderten dessen Mitglieder auf, alle freundschaftlichen Beziehungen zu den Sonderbündlern abzubrechen. Auch sollten alle Umtriebe und Versuche derselben, sich in Deutschland oder andern Ländern festzusetzen, aufs sorgfältigste überwacht und sogleich an die Zentralbehörde gemeldet werden.

Des ferneren stellten die Kölner neue Statuten fest. Darnach war der Zweck des kommunistischen Geheimbundes: durch alle Mittel der Propaganda und des politischen Kampfes die Zertrümmerung der alten Gesell-

die geistige, politische und ökonomische Befreiung des Proletariats, die kommunistische Revolution durchzuführen. Der Bund hatte deshalb in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf des Proletariats voraussichtlich noch zu durchlaufen hatte, die Aufgabe: stets das Interesse der Gesamtbewegung zu vertreten, wie auch stets alle revolutionären Kräfte des Proletariats in sich zu vereinigen und zu organisieren. Daher war der Bund auch unauflöslich, so lange als die proletarische Revolution ihr Endziel nicht erreicht hatte.

Als Bedingungen der Mitgliedschaft werden angegeben:

Freiheit von aller Religion, praktische Lossagung von jedem kirchlichen Verbande und allen nicht durch die bürgerlichen Gesetze gebotenen Zeremonien;

Einsicht in die Bedingungen, den Entwicklungsgang und das Endziel der proletarischen Bewegung;

Fernhaltung von allen Verbindungen und partiellen Bestrebungen, welche dem Zwecke des Bundes feindlich oder hinderlich sind;

Fähigkeit und Eifer für die Propaganda, unerschütterliche Überzeugungstreue, revolutionäre Thatkraft;

Strengste Verschwiegenheit in allen Bundesangelegenheiten.

Über die Befähigung der Aufnahme entschied die Einstimmigkeit der Gemeinde. Die Ausschließung einzelner bewirkte die Gemeinde mittelst Stimmenmehrheit. Ganze Gemeinden konnten von der Zentralgewalt ausgeschlossen werden, wenn von einer Kreisgemeinde darauf angetragen wurde. Die Ausgeschlossenen wurden dem ganzen Bunde angezeigt und gleich allen verdächtigen Subjekten von Bundeswegen überwacht.

Das sind die Hauptbestimmungen, welche die von der neuen Zentralbehörde (orthodox-marxistischer Richtung) festgesetzten Statuten enthalten.

Auch sonst waren die Kölner nicht müßig, ohne daß sie allerdings rechten Erfolg erzielten.

Vier Emissäre wurden von Köln ausgesandt. Der eine nach Bayern, der zweite nach Sachsen und Berlin, der dritte nach Nord- und Ostdeutschland, der vierte nach der Rheinprovinz.[1])

---

[1]) Jeder Emissär hatte bei sich: die Statuten und sonstigen Schriftstücke (Ansprachen u. s. w.) des Kommunistenbundes, einen Zettel mit Adressen von Personen, die dem Kommunismus schon anhingen oder doch geneigt waren, und endlich eine „Vollmacht" seitens des Zentralkomitees. Als Beispiel einer solchen Vollmacht sei diejenige für den dritten Emissär angeführt. Sie lautete:

„Vollmacht.

Der Bürger Notjung ist von der Zentralbehörde beauftragt, sich auf seiner Reise

Die Bemühungen der drei erstgenannten Agitatoren waren fast ganz erfolglos. Kaum gelang es ihnen, irgendwo die Verbindung von einheimischen Elementen mit der neuen Zentralbehörde herzustellen. Nur in Nürnberg, Berlin und Hamburg wurden die Gemeinden zum Anschluß an Köln bewogen. Sonst wurden höchstens noch vereinzelte Personen gewonnen. Mehr bewirkte schon der vierte Emissär. Er brachte eine feste Organisation zwischen den elf Gemeinden der Rheinprovinz (inkl. Frankfurt) zustande. Aber auch hier wurde über die Teilnahmlosigkeit der Mitglieder geklagt. So kam es vor, daß manche ihr Prinzip um eines materiellen Vorteils willen verleugneten und sich — wie eine Ansprache der Kölner sagt — „so weit herabließen, in die Kirche zu gehen".

Man brachte also in Deutschland, außerhalb der Rheinlande, alles in allem drei Gemeinden zusammen.

Dazu hatte von den im Auslande befindlichen deutschen kommunistischen Gemeinden keine einzige sich für die Kölner Zentralbehörde erklärt. Es war also ein über die Maßen schwaches Häuflein, über welches diese gebot.

Unter solchen Umständen war es nicht verwunderlich, daß sie darauf verzichtete, einen Kongreß abzuhalten. Mit Recht sagte sie in ihrer offiziellen Ansprache, es müsse erst wirklich etwas zu repräsentieren geben, ehe eine Repräsentation zusammentrete.

Daneben klagten die Kölner, daß ihnen von den Gemeinden des Kommunistenbundes bisher kein Geld zugesandt worden, obwohl solches gerade jetzt zum Druck propagandistischer Schriften und zur Entsendung von Emissären mehr als je nötig sei. Die Zentralbehörde erklärte daher, von nun an mit aller Strenge auf der pünktlichen Erhebung der Beiträge bestehen zu wollen.

Außerdem wurde noch mit Rücksicht darauf, daß gerade im Augenblick zur Vornahme mehrerer Missionsreisen Geld nötig war, eine außerordentliche freiwillige Abgabe ausgeschrieben. —

Die nächste Zeit ging nicht vorüber, ohne daß noch ein Versöhnungsversuch zwischen den beiden Zentralbehörden gemacht worden. Er ging von dem leitenden Kreise der schweizer Sektion des Kommunistenbundes aus. Dieser Kreis wandte sich nämlich am 8. Mai 1851 an die Kölner

---

durch Norddeutschland von der Lage des Bundes zu unterrichten und überall die ihm geeignet scheinenden Anordnungen zu treffen, über welche er der Zentralbehörde sofort Bericht geben wird.

Köln, den 4. November 1850.

gez. P. G. Röser. H. Bürgers."

Behörde mit dem Vorschlage, einen Kongreß zu beschicken, der nach näherer Untersuchung über die wahren Gründe der Spaltung des Bundes seine Entscheidung treffen und eine feste Organisation aller kommunistischer Gemeinden begründen sollte.

Wir müssen nun allerdings bemerken, daß die Schweizer sich vollständig an Willich angeschlossen hatten. Dieselben hatten vermutlich die Aufforderung zur Beschickung des Kommunistenkongresses an die Kölner in dem Bewußtsein unternommen, alsdann die Gegner überstimmen zu können; denn faktisch hatte die Fraktion Willich-Schapper die Mehrheit des Bundes (im alten Sinne) für sich.

Die Kölner erkannten, welche Gefahren ihnen von der Annahme des Antrages der Schweizer drohte. Sie sandten daher unverzüglich am 13. Mai folgende Antwort an das Komitee zu Chaux-de-fonds:

„Aus Eurem Schreiben vom 8. d. Mts. ersehen wir, daß Ihr einen Kongreß verlangt habt, daß Euch derselbe auch — wahrscheinlich von London aus — für den 1. Juli zugesagt worden ist. Ihr hättet uns Euern Austritt kürzer anzeigen können. Wir wollen deshalb auch nicht ernstlich eine detaillierte Beantwortung Eures Briefes geben, da Ihr Euch durch die Annahme und Beschickung eines solchen statutenwidrigen Kongresses schon faktisch losgesagt habt. Nur auf einen Irrtum müssen wir Euch aufmerksam machen, der aus Eurer Aufforderung zur Einigung zu Tage tritt. Ihr scheint anzunehmen, daß unsere Partei gespalten sei oder durch Abfall gelitten habe. Wir können Euch das Gegenteil berichten und Euch die Versicherung geben, daß wir nie einiger und stärker waren als gegenwärtig, nach dem Ausscheiden einiger weniger Mitglieder außerhalb Deutschlands." —

Mittlerweile nahte das Verhängnis in Gestalt der deutschen Polizei.

Der Schneidergeselle Notjung, welcher im November von Köln nach Nord- und Ostdeutschland als Emissär geschickt worden und sich immer noch auf der Agitationsreise befand, wurde zufällig am 10. Mai 1851 in Leipzig wegen ungenügender Legitimation verhaftet.

Aus den bei Notjung vorgefundenen Papieren erhielt die Polizei zum erstenmale umfassendere Aufklärung über die Existenz und die Verhältnisse des Kommunisten-Bundes. Man nahm kurze Zeit darauf in Dresden Bürgers, in Köln Röser, H. H. Becker u. s. w., im ganzen noch zehn Personen fest.

Die Untersuchungshaft dauerte fast anderthalb Jahre. Erst hieß es, die sächsische Regierung wolle Bürgers und Notjung nicht an Preußen ausliefern. Das Gericht zu Köln wurde vergeblich bei dem Ministerium

zu Berlin, das Ministerium zu Berlin vergeblich bei demjenigen zu Dresden vorstellig. Endlich ließ sich die sächsische Regierung „erweichen". Bürgers und Notjung wurden nach Preußen transportiert. Im Oktober 1851 konnten dem Anklagesenat des Kölner Appellhofes die Akten vorgelegt werden. Der Senat sprach sich dahin aus, daß kein objektiver Thatbestand für die Anklage vorliege und — die Untersuchung daher von neuem beginnen müsse. Dies geschah auch. In der folgenden Geschworenensession wurde der Aktenstoß angeblich so enorm, daß die Staatsanwaltschaft sich nicht durcharbeiten konnte und der Prozeß daher wieder hinausgeschoben werden mußte. Endlich hatte die Prokuratur ihre Aufgabe vollbracht; die Verhandlungen sollten am 28. Juli 1852 beginnen. Jetzt wurde aber der Polizeidirektor Schulze krank. Er wurde von dem öffentlichen Ministerium für notwendig zur Durchführung des Prozesses erklärt und der letztere daher wieder hinausgeschoben. Aber Schulze starb; und so begann endlich der Prozeß am 4. Oktober 1852 vor dem Assisenhofe zu Köln. Die mündlichen Verhandlungen dauerten bis zum 12. November.

Wir wollen hier nicht die verschiedenen Phasen des Prozesses verfolgen. Nur soviel sei bemerkt, daß Marx seine vor Gericht stehenden Genossen nach Möglichkeit unterstützte und vor allem die Ränke Stiebers, der eine große Rolle in dem Prozesse spielte, zu nichte zu machen suchte. Er behauptete sogar, daß Stieber nicht nur sich der verschiedenartigsten Fälschungen zu ungunsten der Angeklagten schuldig gemacht, sondern sich nicht einmal gescheut hätte, mehrfach Meineide zu leisten.

Den Inkulpaten mochte allerdings Marx' Hilfe wenig frommen: Röser, Bürgers und Notjung wurden wegen versuchten Hochverrats mit sechs Jahren, Dr. H. H. Becker nebst zwei anderen Angeklagten mit fünf Jahren und ein siebentes Mitglied des Kommunisten-Bundes mit drei Jahren Einsperrung und mit zeitiger Untersagung der Ausübung der Ehrenrechte bestraft. Die vier anderen Angeklagten wurden freigesprochen. Es sei übrigens bemerkt, das auch gegen Ferdinand Freiligrath wegen Beteiligung am Kommunisten-Bunde Untersuchung eingeleitet worden, doch war es dem Dichter gelungen, sich noch rechtzeitig durch die Flucht dem Arme der Gerichte zu entziehen.

Auch gegen die Hamburger „Gemeinde" war 1851 im Anschluß an die bei Notjung gefundenen Papiere eingeschritten worden, doch fiel hier die Sühne geringer aus wie in Köln. Nach zwei- bis dreimonatlicher Untersuchungshaft wurden die H[redacted]isten wegen

ihrer Beteiligung am Bunde zu geringen Strafen verurteilt, welche vom Gerichte durch die Haft als verbüßt erachtet wurden.

Seit der Verhaftung der Kölner Kommunisten, also seit Ende Mai 1851, hatten alle Verbindungen von Marx und seinen Londoner Genossen mit dem Kontinente aufgehört.

Wenige Tage nach der Verurteilung, noch im November 1852, stellte Marx unter Hinweis auf jenes eben angeführte Moment, sowie darauf, daß eine Propaganda-Gesellschaft wie der Kommunisten-Bund überhaupt nicht mehr zeitgemäß sei, bei seinen Londoner Genossen den Antrag auf Auflösung des Bundes. Zwar ging dieser Antrag wider die Statuten, da dieselben ja den Bund für unauflöslich erklärten. Aber unbekümmert darum wurde der Antrag zum Beschluß erhoben.

Damit war die eine Fraktion des Kommunisten-Bundes zu Grabe getragen.

Sehen wir nun zu, wie es inzwischen der andern ergangen.

---

3. Der Kommunisten-Bund nach der Spaltung: Die Geschichte der Fraktion Willich-Schapper.

Die von Willich und Schapper konstituierte Zentralbehörde hatte zunächst die Brüsseler Gemeinde und vor allem die kurz zuvor geschaffene Schweizer Sektion für sich gewonnen, welche letztere eine nicht unbeträchtliche Mitgliederzahl hatte.[1])

[1]) Die Genfer Gemeinde des Kommunisten-Bundes leitete auch den dortigen (öffentlichen) Arbeiterverein, denselben, welcher auf Weitlings Agitation hin einst von August Becker gestiftet worden war. Dieser zwar kommunistische, aber sonst harmlose Verein gab den Anlaß zum Namen der „Bürstenheimer", welche später mit den „Schwefelbanditen" identifiziert und als Urheber aller möglichen und unmöglichen kommunistischen Bubenstreiche angesehen wurden.

Marx hat in seiner Streitschrift gegen Carl Vogt durch glaubwürdige Bekenntnisse von Bürstenheimern, sowie durch Mitteilungen seitens unparteiischer Männer den Nachweis geführt, daß weder der eine noch der andere Vorwurf berechtigt gewesen.

Wir geben im folgenden in gedrängtester Kürze die Geschichte der „Bürstenheimer."

Der, wie gesagt, Willich-treue Genfer Arbeiterverein war eine Zeit lang von einem Bürstenbinder namens Sauernheimer präsidiert. Mit ihm und seinem nächsten Anhang geriet ein gewisser Abt, Mitglied desselben Vereins, in Streit. Abt erfand nun bei diesem Streit für seine Gegner den Sammelnamen „Bürstenheimer": wie man Kombination aus Namen und Stand seines Hauptgegners.

Der Versuch, durch einen nach Deutschland gesandten Emissär die Kölner zu gewinnen, scheiterte allerdings, wie bereits aus dem vorigen Abschnitte ersehen worden. Auch sonst hatte, wie es scheint, der Emissär nur geringe Erfolge aufzuweisen. Ich konnte von Gemeinden in Deutschland zunächst nur den Anschluß derjenigen zu Hannover (unter Stechans Leitung) konstatieren. Das hing allerdings auch damit zusammen, daß, wie bereits erwähnt, während der langen Streitigkeiten innerhalb der leitenden Behörde der Bund in Deutschland (außer in den Rheinlanden) fast ganz eingegangen war.

Größer waren die Erfolge, welche der Emissär, Adolph Maier, in Frankreich erzielte. Er stiftete in Paris unter den deutschen Arbeitern drei Gemeinden, welche sich sämtlich zur Partei Willich-Schapper bekannten.

Ein Mitglied der Pariser Kommunisten-Sektion, das nach seiner Heimat in Deutschland reisen wollte, übernahm zugleich die Mission, ebenda für den Bund zu wirken. Er brachte auch wirklich eine Gemeinde in Braunschweig und, wie es scheint, auch in Berlin zustande.

Die Zentralbehörde hatte inzwischen in London selbst ihre Hände nicht in den Schoß gelegt. Sie redigierte einen neuen Statuten-Entwurf, welcher in einer Generalversammlung des Kreises London am 10. November 1850 angenommen wurde. Von Bedeutung sind nur die beiden ersten Artikel. Danach galt als Zweck des Bundes: die Herrschaft des Proletariats, die Aufhebung der alten, auf Klassengegensätzen beruhenden Gesellschaft und die Gründung einer neuen, die Klassen und die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse ausschließenden Gesellschaft „das heißt, der sozialdemokratischen Republik."

Als nun der Verein sich gegen Abt erklärte und ihn ausstieß, da publizierte letzterer ein Pasquill, voll unwahrer Verleumdungen gegen den Verein, dessen Mitglieder jetzt samt und sonders als „Bürstenheimer" bezeichnet wurden. Daraufhin wurde ein neues Ehrengericht aus Delegierten des Arbeiter-Vereins wie der übrigen Flüchtlingsschaft gebildet, und Abt von neuem vorgeladen. Über seine Anschuldigungen befragt, erklärte Abt, dieselben rein aus der Luft gegriffen zu haben, als Repressalien gegen die aus demselben Element konstituierten Angriffe seiner Gegner: „Wurst wider Wurst, Repressalien halten die Welt zusammen!" meinte Abt. Daraufhin wurde er nun vom Ehrengericht des Umgangs mit den Arbeitern und den Flüchtlingen für unwürdig erklärt.

Man ersieht also: 1. daß die Bürstenheimer absolut nichts mit der „Schwefelbande" zu thun hatten, und 2. daß die „Bürstenheimer" weiter nichts als ein harmloser öffentlicher, kommunistischer Arbeiterverein waren, der nicht im entferntesten an die ihm substituierten Schandthaten dachte. Wir konnten daher auch im Texte die *Bürstenheimer* nicht berücksichtigen.

Als Bedingungen der Mitgliedschaft wurden angegeben: Revolutionäre Energie, Eifer der Propaganda und Charakterfestigkeit, Bekennung des Kommunismus, Unterwerfung unter die Beschlüsse des Bundes, Verschwiegenheit über dessen Angelegenheiten und einstimmige Aufnahme in eine Gemeinde.

Auch praktische Wirksamkeit suchte die Londoner Zentralbehörde zu gewinnen, wo es anging.

Zwar scheiterte damals noch ein Versuch, die deutschen Flüchtlinge in einer Organisation zu sammeln, welche natürlich unter der Leitung von Willich und Genossen stehen sollte. Wohl aber gelang es den Bemühungen der letzteren, ein „internationales demokratisch-sozialistisches" Komitee zu begründen, in welchem besonders ultraradikale Mitglieder der französischen, ungarischen und polnischen Emigration vertreten waren.[1])

Das internationale Komitee trat sowohl mit Proklamationen (wie z. B. mit der am 10. November veröffentlichten „Aux démocrates de toutes les nations") hervor, welche Revolution und soziale Republik forderten, als auch mit in London selbst veranstalteten Meetings. So wurden der Todestag des ungarischen Generals Bem, ferner der Ausbruch der Februar-Revolution u. a. m. gefeiert.

Dieses internationale Komitee ist nicht mit dem „Europäischen Zentralkomitee" zu verwechseln, in welchem die anti-kommunistische Demokratie unbestritten herrschte. In diesem Komitee saßen von namhaften Ausländern: Mazzini und Ledru-Rollin. Bedeutendere deutsche Mitglieder innerhalb des „Europäischen Zentralkomitees" waren: Kinkel, Ronge, Ruge und Struve. Dieselben leiteten das sogenannte deutsche Nationalkomitee (die deutsche Abteilung des „Europäischen Zentralkomitees"). Dieses Komitee ließ Willich einladen, ihm beizutreten, mit dem Bemerken, daß man die gerechten Forderungen der Arbeiter anerkennen wolle und einen Vertreter derselben im Komitee zu sehen wünsche. Willich jedoch, der voraussah, daß er dort bloß Aussicht habe, überstimmt zu werden, lehnte jede Teilnahme ab.

Das Nationalkomitee beschloß nun, sich direkt an den Arbeiterverein zu wenden und zwar bei Gelegenheit einer am 13. März zu inszenierenden

[1]) Der willichistische Arbeiterverein hatte auch eine Art von Kartellverhältnis mit der Londoner blanquistischen „Société des proscrits démocrates socialistes". Das Verhältnis wurde jedoch im Laufe des Jahres 1851 gelöst und zwar aus Anlaß der feindlichen Stellungnahme Blanquis (in seinem „Avis au peuple") zu den französischen Mitgliedern (Louis Blanc u. a.) des im Texte erwähnten internationalen demokratisch-sozialistischen Komitees.

Feier der deutschen Revolution. Aber der Appel au peuple communiste mißlang. Als eine Deputation des Komitees im genannten Verein erschien und denselben, unter dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer Einigung aller radikalen Elemente, zur Teilnahme am deutsch-revolutionären Bankett einlud: da erhob sich der Kürschner Fränkel — wie wir wissen, ein Mitglied der Zentralbehörde der Willichschen Richtung — und erklärte: daß die Arbeiterpartei sich mit keiner andern Fraktion vereinige, welche nicht die völlige Befreiung des Proletariats zum ersten Grundsatze mache, und daß die Arbeiterpartei überhaupt stark genug sei, um der Vereinigung mit den Mittelparteien entbehren zu können. Im übrigen sei der Jahrestag der allgemeinen europäischen Revolution bereits am 24. Februar gefeiert; und ein Nationalfest könne bei den Arbeitern, die schon lange über die Nationalitätsfrage hinaus seien, keinen Anklang mehr finden. Hierauf beschloß der Verein, welcher eben streng willichistisch gesinnt war, einstimmig, die Einladung entgegenzunehmen, sich jedoch nicht offiziell bei dem Feste zu beteiligen. —

Obwohl in stetem Kampfe mit Marx und seinen Genossen begriffen, gewann doch die Willichsche Fraktion immer mehr Anhang unter den Londoner deutschen Arbeitern. Der (Bundes-) Kreis London hatte vier Gemeinden mit sechzig Mitgliedern. Ferner wuchsen die drei Sektionen des öffentlichen Arbeitervereines, welche unter der Leitung des Bundes standen.

Auch nach Deutschland selbst agitierte die Zentralbehörde. Da man von der Ansicht ausging, daß eine revolutionäre Erhebung in allernächster Zeit nur mit Hilfe einer Revolte des Militärs möglich sei, so suchte man besonders das letztere zu gewinnen.

Zu diesem Zwecke verband sich Willich mit einem andern ehemaligen preußischen Leutnant, namens Schimmelpfennig von der Oye. Derselbe war Mitglied jener Schweizer „Zentralisation" gewesen, welche seit Anfang 1850 eine Zeitlang gegen den Kommunistenbund zu wirken gesucht hatte. Nach Auflösung der „Zentralisation", um die Mitte desselben Jahres, hatte sich Schimmelpfennig nach Paris begeben und dort Ende 1850 zusammen mit Amand Gögg und andern Freunden Kinkels — zu denen sich bald noch Karl Schurz gesellte — das „Revolutionskomitee" gestiftet.

Willich konnte vorläufig mit Schimmelpfennig zusammengehen, da ja beide übereinstimmend als nächsten Zweck eine radikale Revolution ins Auge faßten. Inwieweit Schimmelpfennig kommunistischen Ansichten zuneigte, habe ich nicht zu konstatieren vermocht.

Vorerst erließen die beiden neuen Freunde (anfangs 1851) einen

Aufruf an die preußischen Offiziere, welcher in Massen an die Adressaten und zwar per Post versandt wurde.

Dann reiste aber auch Schimmelpfennig als Emissär nach Deutschland, um persönlich die Kolportage von Flugblättern an die Armee zu leiten und die Offiziere zum Anschluß an ihn und Willich zu bewegen. Allerdings war diese Reise des revolutionären Offiziers nur von geringem Erfolge begleitet.

Zur gleichen Zeit — anfangs 1851 — verfehlte nicht die Zentralbehörde, in einem Pronunziamento die Bundesmitglieder über das zu verständigen, was sie während der nächsten Zeit zu thun hätten.

Willich und seine Genossen erwarteten nämlich im Laufe desselben Jahres den Beginn entweder des allgemeinen Weltkrieges oder der sozialen Revolution.

Wenn nun der erste Fall statthaben, wenn die Könige den allgemeinen Weltkrieg heraufbeschwören sollten, indem sie das Militär gegen die Schweiz und Frankreich rücken ließen, um die monarchisch-reaktionäre Ordnung wiederherzustellen, so würde — wie die genannten Londoner Kommunisten räsonnierten — die revolutionäre Kraft des französischen Volkes schnell die bestehende Regierung beseitigen, eine revolutionäre Diktatur schaffen und mit allen Mitteln seinen Feind — zugleich auch den Feind aller Völkerfreiheit — zu bekämpfen suchen. Dann müßten sich aber die revolutionären Kräfte aller Länder unverzüglich nach Frankreich begeben, um dort eine europäisch-republikanische Armee zu bilden; und in dieser hätten die Kommunisten die dominierende Gewalt zu beanspruchen. Auf diese Weise alle revolutionären Kräfte in sich vereinend, würde dann die Armee die Solidarität der Völker auf dem kürzesten und praktischsten Wege zu stande bringen.

Alles das zu bewirken, würde beim Ausbruch des Völkerkrieges Hauptaufgabe der Zentralbehörde sein, die daher auch sogleich an Ort und Stelle eilen würde, um die nötigen Maßregeln zu treffen.

Sollte dagegen der andere der beiden vorgesehenen Fälle eintreten, sollte eine soziale Revolution ausbrechen, so waren — nach Willich und Genossen — mehrere Eventualitäten möglich.

Entweder die Revolution brach in Frankreich aus, ohne daß sich Deutschland gleichzeitig erhob. Dann waren die Ziele und das Verhalten des Bundes genau dieselben, wie im vorhin besprochenen Falle, indem der sofortige Feldzug der reaktionären Koalition gegen die Republik zu erwarten war.

Oder aber Deutschland erhob sich im selben Augenblick wie Frank-

reich. Alsdann hatte der Bund die Aufgaben: in Deutschland selbst die europäisch-revolutionäre Armee bilden zu helfen, um Rußland zu bekämpfen, und ferner solche Maßregeln im Lande selbst durchzusetzen, welche die inneren Feinde unschädlich machten.

Oder endlich Deutschland ergriff die Initiative, während Frankreich noch zauderte. Das war — wie die Londoner Zentralbehörde meinte — nur durch eine Militärempörung möglich. In diesem Falle — das gab man zu — war an eine sofortige Herrschaft der Arbeiterpartei nicht zu denken. Man sollte dann, um dieses Ziel sobald wie möglich zu erreichen, alle revolutionären Kräfte in die Armeen verteilen, um in den letzteren Propaganda zu machen, und in allen Städten durch die Bundesmitglieder revolutionäre Komitees bilden, welche die durch die Armee eingesetzte provisorische Gewalt zu den energischsten Maßregeln gegen den äußeren und inneren Feind zwingen sollten.

Im Laufe der Revolution hatte man dann — nach Willich und Genossen — daran zu denken, den Kampf nach außen, besonders gegen Rußland, das in die asiatischen Steppen zurückgedrängt werden sollte, solange als möglich fortzuführen und die Familien der Kämpfenden im Lande selbst zu versorgen.

Schon die Herbeischaffung der zu letzterem notwendigen Mittel mußte die Hauptschritte zur sofortigen Umwandlung des bürgerlichen Eigentums in soziales zur gebieterischen Pflicht machen. War man soweit, dann sollte man an die Organisation des Arbeiterstandes selbst gehen, welche indessen für leicht gehalten wurde, nachdem durch die während der Revolution ergriffenen Maßregeln ein guter Grund gelegt worden.

Des ferneren wird den Arbeitern von der Londoner Behörde geraten, sich vor den demokratischen Kleinbürgern in Acht zu nehmen. Diese Leute dachten angeblich nur daran, wie sie ihr Besitztum retten könnten. „Diese Leute — heißt es in der Proklamation wörtlich — hängen an ihrem Käsekram, an ihrem bürgerlichen Familienzopf, wie der Teufel an einer armen Seele und werden dadurch, trotz aller ihrer schönen und sentimentalen Phrasen von Freiheit und Brüderlichkeit, sobald es sich um Durchführung revolutionärer Maßregeln handelt, noch reaktionärer als die große Bougeoisie selbst."

Die Arbeiter sollten sich daher mit den Kleinbürgern nicht einlassen, welche weiter nichts beabsichtigten, als jene ersteren auszubeuten. Vor allem sollten sich die Kommunisten nicht von dem Gerede der Wortführer des Kleinbürgertums täuschen lassen, daß, wenn man erst einmal

die Republik habe, derselben mittelst des allgemeinen Stimmrechts auf friedlichem Wege jede beliebige soziale Verfassung gegeben werden könnte.

Gegen dieses Räsonnement der kleinbürgerlichen Demokratie erklärte die Zentralbehörde, — es ist dies eine interessante Argumentation, die man seitdem sehr oft von den Anhängern der Gewaltstheorie hat wiederholen hören — daß das allgemeine Stimmrecht solange eine Illusion sei und bleibe, als die große Menge von der kleinen Masse der Besitzenden, von den Arbeitgebern abhängig sei, und daß es daher erst dann eine Wahrheit werde, wenn das bürgerliche Eigentum aufgehört habe zu existieren. Zur Erhärtung ihrer Ansicht verweisen Willich und Genossen auf die im Jahre 1848 in Frankreich und Deutschland erfolgten Wahlen zur National-Versammlung.

Das Pronunziamento kommt demgemäß hinsichtlich der Stellung der Kommunisten zu den Demokraten zu dem Schluß: „Wenn sie (die Demokraten) etwas gegen den gemeinschaftlichen Feind unternehmen wollen, sind wir jeden Augenblick bereit, mit den Waffen in der Hand auf dem Kampfplatz zu erscheinen; wir schließen aber nach Niederwerfung desselben nicht wie 48 mit einer allgemeinen Umarmung und sentimentalen Thränenvergießung, sondern wir werden solange darauf hauen, als noch irgend etwas von dem alten Kram vorhanden ist." —

Um nun größtmögliche Einigkeit über das Verhalten während der nächsten, in Bälde zu erwartenden Revolution zu erzielen, und um die Bundesmitglieder für alle Eventualitäten mit ausreichenden Instruktionen zu versehen, berief die Zentralbehörde für den Juli 1851 einen Bundeskongreß nach London.

Schon eine Reihe von Monaten früher waren die Entwürfe der Behörde an die Gemeinden zur Durchberatung versandt worden, sodaß wir in den Beschlüssen des Kongresses das Resultat eingehender Überlegung vor uns sehen.

Der Kongreß ging von der Überzeugung aus, daß in nächster Zeit eine Revolution zu erwarten sei, weil die Bourgeoisie sich von der Reaktion in ihren politischen und materiellen Interessen bedroht fühle.

Das, was die Bourgeoisie als Ziel aufstellte — Herstellung sogenannter politischer Freiheit, Einrichtung einer wohlfeilen Staatsverwaltung durch Verbesserung des Steuerwesens und eventuell durch Errichtung von Staatsbanken —, konnte, dem Kongresse zufolge, nicht den Ansprüchen des vierten Standes genügen. Die Bourgeoisie begreife eben nicht die wahre Quelle aller Revolutionen, daher auch nicht deren Zwecke und notwendigen Endresultate. Sie begreife nicht, daß in dem Dominieren

des Privatkapitals, d. h. in dem Grunde des Bestehens ihrer (sc. der Bourgeoisie) selbst auch die Ursache ihrer eigenen Zerstörung liege. Sie begreife daher auch nicht, daß der Ruhepunkt der Gesellschaft erst dann eintreten könne, wenn an Stelle des Privatkapitals das konzentrierte Gesellschaftskapital getreten sei.

Hiernach stellten die zu London versammelten Kommunisten eine doppelte Aufgabe für ihre Parteigenossen auf: einerseits sollten dieselben die revolutionäre Erhebung befördern, dann aber sollten sie während der Revolution die Macht in die Hände des vierten Standes zu bringen suchen, um auf diese Weise die geschichtliche Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse zu beschleunigen und zum prinzipiellen Abschluß zu bringen.

Zur Durchführung dieser Zwecke wurde eine Reihe von Maßregeln *vor* der Revolution, *beim Ausbruch und während* derselben und schließlich bei dem *Übergang* aus ihr zum Zukunftsstaate vorgeschrieben, welche Maßregeln die Bundesmitglieder durch ihr Handeln möglichst zu realisieren suchen sollten.

Danach hatten die Bundesmitglieder *vor* der Revolution darauf zu achten:

1. daß alle Kräfte zur Ausbreitung der Verzweigungen des Bundes aufgeboten wurden, wobei sowohl auf die Zahl, als die Thätigkeit der Aufzunehmenden, d. h. ihre Fähigkeit, Vereine zu bilden und zu leiten, überhaupt Führer zu sein, gesehen werden sollte.

2. Daß ein zweiter Grad geschaffen wurde, welcher die tüchtigsten Mitglieder zum Bunde liefern, von dem Bund geleitet werden und für seine Ziele arbeiten sollte. Dieser zweite Grad sollte nach den Lokalverhältnissen in verschiedener Weise, öffentlich oder heimlich, organisiert werden, entweder als Arbeiterverein, als Assoziation, als Liedertafel, als Bildungsverein u. s. w., oder aber, wo alles dieses nicht ausführbar war, als eine geheime revolutionäre Verbindung.

3. Daß die Bundesbrüder vorbereitet und ausgebildet wurden, um später während der Revolution als Militär- und Verwaltungsbeamte und kontrollierende Emissäre dienen oder mindestens als Mitglieder in der Armee oder in den Klubs den Geist derselben leiten zu können.

4. Daß die Gemeinden Listen der Bundesmitglieder mit Hinzufügung der Befähigungen und Eigenschaften an die Zentralbehörde gelangen ließen, um dieser eine Übersicht über die verfügbaren Kräfte zu geben.

5. Daß sofort eine Polizei des Kommunistenbundes eingerichtet wurde, deren spezielle Aufgabe sein sollte: die Beobachtung der vom Bunde Ausgestoßenen; die Beobachtung und Bestrafung der Verräter; die

Anfertigung einer Liste der Volksfeinde, um dieselben später der Volksjustiz überliefern zu können; die Beobachtung derselben und die Verhinderung ihrer Flucht beim Ausbruch der Revolution; die Ermittlung der Waffen- und Materialien-Niederlagen des Staates und der Privaten, der Banken, der öffentlichen Kassen, der in privater Verwahrung befindlichen Geldvorräthe; die Verhinderung der Wegführung dieser Depots beim Ausbruch der Revolution.

6. Daß die Zentralbehörde so bald als möglich eine eigene Presse für den Bund zum Druck von Flugschriften anschaffte.

7. Daß der Bund die vom Kongreß aufgestellten „Forderungen des Volkes" so schnell als möglich verbreitete und dahin wirkte, daß sie zu allgemein adoptierten Volksforderungen würden, damit sie bei der nächsten Revolution überall übereinstimmend aufgestellt würden, wie dies mit den im Jahre 1848 erhobenen politischen Forderungen, betreffend Presse, allgemeines Stimmrecht u. s. w. der Fall gewesen.[1])

8. Daß die Bundesmitglieder, um bei Wahlen nach der Revolution sicher zu gehen, sich im voraus über die Personen von politischem Ein-

[1]) Diese vom Kongreß aufgestellten Forderungen des Volkes waren:

1. Im Augenblick der Revolution hören alle bestehenden Regierungsgewalten auf zu existieren.

Das bewaffnete Volk wählt augenblicklich überall revolutionäre Ausschüsse, die alle Macht in die Hände nehmen. Der Zentralausschuß hat seinen Sitz in der ersten bedeutenden Stadt, die in den Händen der Revolution ist. Er hat diktatorische Gewalt, alle revolutionären Ausschüsse senden zugleich Abgeordnete an den Zentralausschuß.

3. Alle Steuern sind aufgehoben. Die Mittel für die Staatsausgaben werden gewonnen durch:

a) Konfiskation des Eigentums der Fürsten und Volksverräter;
b) Beschlagnahme der Banken und Staatskassen;
c) Zwangsanleihen auf alle Kapitalisten;
d) Neu zu schaffendes Papiergeld.

4. Alle Staatsschulden sind ohne Entschädigung aufgehoben und das alte Papiergeld außer Kours gesetzt.

5. Der Staat übernimmt alle Hypotheken, keine Hypothek kann mehr gekündigt werden. Die Besitzer derselben werden nach Maßgabe ihrer Verhältnisse durch den Staat entschädigt.

6. Alle Gegner der Revolution werden entwaffnet. Das revolutionäre Volk von 17—60 Jahren bildet das Heer, der jüngere unverheiratete Teil ist zunächst gegen den äußeren Feind, der andere dagegen gegen den inneren zu kämpfen verpflichtet. Das Volk darf nie wieder entwaffnet werden.

7. Alle Gerichtsbarkeit ist aufgehoben. An ihre Stelle treten Tribunale, die durch die Revolutionsausschüsse bestimmt werden und denen durch den Zentralausschuß ernannte Kommissäre beigegeben werden.

flusse unterrichteten, von denen zu erwarten stand, daß sie die Interessen des vierten Standes vertreten würden.

Während der Revolution hatte der Bund dafür zu sorgen, daß die politische Macht — als das Mittel, über alle Staatskräfte zur inneren Organisation verfügen zu können — für den vierten Stand errungen wurde.

Demgemäß mußte — gemäß den Kongreßbeschlüssen — zunächst dafür gesorgt werden, daß die bewaffnete Macht stets in den Händen des Proletariats blieb. Im Augenblick der siegreichen Revolution besaß dasselbe ohnehin die physische Gewalt. Daher brauchte man nur zu bewirken, daß es seine Macht nicht seinen Händen entschlüpfen lasse. Zu diesem Zwecke sollte sich der vierte Stand sofort überall organisieren, unter den Waffen bleiben und so das revolutionäre Volksheer bilden. Die Existenz aller Mitglieder desselben, sowie von deren Familien wurde vom Staate garantiert. Die Führerstellen im Volksheere durften nur mit Proletariern besetzt werden. Wo kleinere Teile des stehenden Heeres sich der Revolution zuwandten, mußten sie ins Volksheer eingereiht werden, wo größere Truppenteile gemeinsame Sache mit den Revolutionären machten, waren sofort zuverlässige Männer des Volksheeres dem Militär beizugeben. Vor allem aber mußten Mitglieder des Kommunistenbundes in alle Teile der bewaffneten Macht eingeschoben werden, um in ihr die Bundesorganisation weiter auszubreiten.

Indem ferner die reaktionäre Bourgeoisie entwaffnet wurde, war es möglich, daß die bewaffnete Macht in den Händen und unter der Leitung der Vertreter des Proletariats blieb, und daß somit auch die sozialen Verhältnisse zu dessen Gunsten gestaltet wurden. Andernfalls — erklärte der Kommunisten-Kongreß — „ginge diese Leitung verloren, so hätten wir einen ganzen Prozeß der Revolutionierung von vorne zu beginnen,

---

8. Die Existenz aller Revolutionskämpfer und ihrer Familien ist garantiert. Jeder muß arbeiten. Der Staat muß ebenso jedem Beschäftigung gewähren gegen einen guten, von Arbeiterausschüssen zu bestimmenden Lohn.

9. Alle Eisenbahnen, Dampfschiffe und andere öffentliche Kommunikationsmittel nimmt der Staat in Besitz. Ebenso alle Fabriken und Werkstätten, die nicht voll beschäftigt sind und deren er zur Beschäftigung der Arbeiter bedarf. Die Landarbeiter werden auf den Staatsländereien beschäftigt, wie im § 8 angegeben.

10. Die Paläste und Schlösser der Fürsten und Reichen werden zu Schul- und Erziehungsanstalten, sowie zu anderen gemeinnützigen Zwecken eingerichtet. Die Kinder werden unentgeltlich verpflegt, unterrichtet und erzogen.

bis zu einem späteren Zeitpunkte die Macht als Grundbedingung alles Weiteren von neuem gewonnen würde."

Wenn es nun gelungen war, die Macht in den Händen der Arbeiter zu konzentrieren, so war es — nach der Ansicht von Willich und Genossen — die nächste Aufgabe, *die Organisation der Regierungsgewalt und der Verwaltung im Interesse des Proletariats zu gestalten.*

Daher mußte dafür gesorgt werden, daß die revolutionäre Regierung von denen gebildet wurde, welche die Revolution durchgekämpft hatten. Es sollte ein Zentralkomitee aus allen denjenigen Insurrektionsausschüssen der Revolution gebildet werden, welche von dem bewaffneten Arbeiterstand gewählt worden. Der Bund hatte hierbei durch seine Zentralisation den Haupteinfluß auszuüben, um alle zweideutigen (d. h. nicht kommunistischen) politischen Charaktere zu beseitigen.

Jenes Zentralkomitee sollte diktatorische Gewalt haben, welche es auch an Einzelne zur Ausführung bestimmter Aufträge und für bestimmte Zeit mitteilen konnte.

Die Verwaltung im speziellen sollte dann durch die revolutionären Gemeinde-, Kreis- und Bezirks-Ausschüsse geleitet werden. An der Spitze eines jeden derselben sollte ein Regierungskommissär stehen, welchem ein Kommando des revolutionären Volksheeres zur Verfügung gestellt wurde.

Die bedeutenderen Kommissariate waren von den Bundesmitgliedern selbst zu übernehmen, die übrigen Kommissäre, soviel als möglich, in den Bund zu ziehen. Die Kommissäre hatten die Zentralisation des gesamten Verwaltungsapparates als ihre Hauptaufgabe anzusehen. Daher sollten die ersten Arbeiten der Kommissäre sein: die Schaffung von Revolutionstribunalen in allen Bezirks- und Kreisstädten; die Errichtung von Gemeinde-, Kreis- und Bezirks-Magazinen, die einander als Reserve dienten; ferner eine statistische Zusammenstellung aller Gemeinden, Kreise u. s. w., mit Angabe der Einwohner, deren Alter, Beschäftigung und Vermögen, ferner mit Anführung der vorhandenen Früchte, der Rohmaterialien, des Zug-, Reit- und Schlachtviehs, der Transportmittel, der vorhandenen Werkstätten und Fabriken, und deren Betriebsfähigkeit.

Als spezielle von den Kommissären zu ergreifende Maßregeln wurden vom Kongreß bezeichnet: die Verhinderung der Emigration; die Verhütung der Versendung von Edelmetallen; die Verhaftung aller Volksfeinde, die Überlieferung der offenkundigen Verräter an die Volks- und zwar an dem Orte ihrer Vergehen, die Bestrafung der weniger

schwer gravierten durch die Kreistribunale, der noch weniger gravierten durch die Bezirkstribunale.

Alle die angeführten, gleich nach dem Siege der Revolution zu treffenden Maßnahmen waren — nach der Ansicht des Kommunistenkongresses — die Voraussetzung für die sofort zu treffenden, spezifisch ökonomischen Einrichtungen, welche den vierten Stand unabhängig von der Bourgeoisie machen sollten, indem sie ihn in ein unmittelbares Verhältnis zum Staate brachten und den letzteren schließlich in den Stand setzten, als Gesellschaftskapitalist das Privatkapital durch seine Konkurrenz zu überwinden.

Zu diesem Zwecke sollte der revolutionäre Staat die Verpflichtung haben: alle Kinder zu erziehen und öffentliche Anstalten zu ihrer Aufnahme einzurichten; ferner jedem Arbeit verlangenden Staatsbürger solche gegen genügenden Lohn zu gewähren. Die auf diese Weise Beschäftigten sollten, wenn sie revolutionär waren, ihre Werkführer selbst wählen dürfen; andernfalls waren diese Letzteren von den Kommissären zu bestimmen.

Die zur Ausführung jener Beschlüsse notwendigen Werkstätten, Fabriken, Ländereien u. s. w. waren zunächst auf dem Wege der Expropriation denjenigen Besitzern fortzunehmen, welche sie nicht in voller Thätigkeit erhalten konnten.

Das Volksheer und die organisierten Staatsarbeiter hatten sich derart gegenseitig zu ergänzen, daß diejenigen, welche aus dem Volksheere zurücktraten, in die Arbeiterorganisation aufgenommen wurden, während wiederum das Heer hauptsächlich aus der letzteren sich rekrutieren sollte. Die Staatsarbeiter sollten auch bewaffnet und militärisch organisiert werden und schließlich Vertreter in den Regierungsausschuß senden.

Andere Mittel, welche zur Durchführung der Garantie von Arbeit und Lohn seitens der revolutionären Regierung angewendet werden sollten, waren:

Konfiskation der Domänen und der Güter aller Feinde der Revolution durch den Staat; Zwangsanleihen im ausgedehntesten Maßstabe bei allen mehr als 5000 Thaler Besitzenden; Ausgabe eines neuen Papiergeldes „nach Bedürfnis“ und Außerkurssetzung aller älteren Staatspapiere, wobei nur im Eigentum von Arbeitern befindliches Papiergeld bis zu 5 Thaler gegen das neue Papiergeld eingewechselt werden konnte; Übernahme aller Hypotheken durch den Staat derart, daß keine mehr gekündigt werden durfte; Übernahme sämtlicher Kommunikationsmittel und Minen durch den Staat; und endlich Verwaltung des auswärtigen Handels durch den Staat. —

Alle die genannten Maßnahmen waren jedoch — den Kongreßbeschlüssen zufolge — nur provisorisch. Das Ziel, zu dem man hinstreben, zu dem man aus der Revolution zu gelangen trachten mußte, war: der soziale Staat. Wie man nun denselben am besten durchsetzen konnte, darüber sollte sich das nähere erst durch den Verlauf der Revolution selber ergeben. In dieser Hinsicht hatte daher ein späterer Kongreß des Bundes zu bestimmen. Da jedoch als Grundbedingung des künftigen Gemeinwesens schon jetzt bezeichnet werden konnte: Zentralisation aller ökonomischen Mittel der Produktion und der politischen Macht auf der einen Seite und freie Selbstverwaltung, aus der diese Zentralisation hervorgehen mußte, auf der andern Seite, — so waren wenigstens die ersten Aufgaben nach dem vollendeten und in der oben bezeichneten Weise ausgenutzten Siege der Revolution von selbst gegeben. Diese Aufgaben waren: das Volksheer nach und nach in die Arbeiterorganisation aufzulösen; die Kommissariate zu beseitigen und allein die vorhin genauer dargelegten Ausschüsse bestehen zu lassen; und endlich den Zentralausschuß oder die Regierung aus Deputierten der Arbeiterorganisation und aus Deputierten der Bezirke auf grund des allgemeinen Stimmrechts zu bilden.

Wir haben im vorstehenden das Programm des Kommunistenbundes Willichscher Richtung dargelegt. Man kann sich billig jeder kritischen Bemerkung über dasselbe enthalten und sich mit dem Hinweise begnügen, daß es das Zeugnis eines wilden revolutionären Fanatismus ist, wie er schlimmer und toller kaum gedacht werden kann.

Die Rücksicht auf die Revolutionierung Deutschlands mag es auch gewesen sein, welche die Londoner Zentralbehörde veranlaßte, ein Bündnis mit der emigrierten radikalen Demokratie einzugehen, das bis dahin doch so entschieden zurückgewiesen worden war.

Wenige Tage nach dem Kongreß, am 27. Juli 1851, wurde der deutsche „Emigrationsklub" gestiftet, in dessen leitendes Komitee neben Kinkel, Karl Schurz, H. B. Oppenheim, Graf Reichenbach und Schimmelpfennig auch Willich und sein Genosse Schärttner eintraten. Der Emigrationsklub war es, der zu jener Zeit ein „Deutsches National-Anlehen zur Förderung der Revolution" anregte und auch binnen einem Jahre ca. 1600 Pfund Sterling zusammenbrachte, von denen übrigens ein kleiner Teil für speziell kommunistische Zwecke ausgegeben wurde.

Auf die nähere Geschichte des „Emigrationsklubs", auf seine Verbindung mit dem von Amand Gögg dirigierten „Revolutionsbund beider

Welten", auf die langwierigen Streitigkeiten mit dem (am 20. Juli 1851 gegründeten) „Agitationsverein", dessen spiritus rector Arnold Ruge war, — auf all das wollen wir hier nicht eingehen, da es keine vom Standpunkte des Sozialpolitikers interessanten Momente bietet.

Inzwischen breitete sich der Bund in Frankreich immer mehr aus. In Valenciennes wie in Straßburg wurden Gemeinden des Kommunistenbundes gestiftet. Ja, die Pariser Mitglieder dachten schon daran, ein kommunistisches Wochenblatt zu gründen, dessen mutmaßlicher Überschuß zur Verbreitung sozialistischer Flugschriften in Deutschland und zur Entsendung von Emissären verwendet werden sollte.

Die Pariser warteten mit dem letzteren nicht erst bis zur Gründung der Zeitung, sondern sandten, im Einverständnisse mit der Londoner Zentralbehörde, schon jetzt drei Delegierte zur Agitation nach Deutschland.

Aber schon nahte das Verhängnis.

Die französische Sektion des Bundes hatte nämlich einige Acquisitionen von höchst zweifelhaftem Werte gemacht. Es waren zwei Männer Mitglieder geworden, die nicht mehr und nicht weniger waren, als preußische — Mouchards. Der eine von diesen gab sich für einen Irländer, namens Cherval aus. In Wirklichkeit hieß er Joseph Krämer, war Rheinpreuße und wegen Wechselfälschung seit 1845 steckbrieflich verfolgt. Der andere Agent, Gipperich (ebenfalls Rheinpreuße), ist nicht von Bedeutung. Beide waren Vorsteher kommunistischer Gemeinden: Cherval präsidierte einer der drei Pariser Gemeinden, Gipperich derjenigen zu Straßburg. Cherval war zugleich Mitglied des leitenden kommunistischen Drei-Männer-Komitees für Frankreich.

Man kann nicht gerade sagen, daß Cherval die Kommunisten zu extremerer Haltung angespornt hat. Das war auch nicht leicht möglich; denn die Beschlüsse des Kongresses gingen wahrlich weit genug. Übrigens zeigt auch ein Blick auf die Protokolle der drei Pariser Gemeinden, daß die Chervalsche „nur" ebenso radikal war, wie die beiden andern, welche von notorisch überzeugten Kommunisten geleitet wurden.

Darin allerdings bestand ein weiterer Zweig der Thätigkeit von Cherval und Gipperich, daß sie in ihrer Korrespondenz Ansichten kundgeben, welche, wenn einmal der Bund zur Aburteilung an eine bürgerliche Jury überliefert wurde, die Zwecke des Bundes möglichst entsetzlich erscheinen lassen mußten.[1])

[1]) Mit Recht giebt Marx als Motto der Korrespondenz Cherval-Gipperich die Heineschen Verse an:

Das von Cherval-Gipperich gebotene Material schien Stieber, der die Bewegungen der preußischen Polizei gegen die Kommunisten leitete, nicht genügend zu sein. Als er nun im Jahre 1851 gerade in London weilte, erbot sich ihm — wie er selber später gerichtlich deponierte — ein Mensch, das Archiv der Willich-Schapperschen Partei für bares Geld vom Archivar Oswald Dietz zu kaufen. Stieber ging darauf ein und erhielt auch wirklich das Archiv Dietz.[1])

Nunmehr besaß man alles, was man zum Einschreiten brauchte. Man setzte sich mit dem Pariser Polizeipräfekten Carlier in Verbindung.

„Schinderhannes, Karlo Moor
Nahm ich mir als Muster vor."

Es schreibt u. a. Cherval an Gipperich: „Deine Vorschläge sind im allgemeinen sehr gut, nur bin ich nicht der Ansicht, daß wir von Mord sprechen sollen. Das sind Mittel, unsere Grundsätze auszuüben, aber es ist schädlich, wenn wir öffentlich von diesen Mitteln reden. Wenn es sich einmal darum handelt, so werden wir nicht davor zurückschrecken; Du kennst mich dafür. Erwecke den Haß gegen die Reaktionäre, aber predige nicht den Haß."

Und weiter: „Ich habe sehr gelacht, als ich deinen Artikel las: „„Morde ohne Erbarmen die ganze Geistlichkeit."" — Denke Dir einige fünfzig Stück dieser schwarzen Brut an einen Strick gebunden, die wie Hammel und Kälber werden zur Schlachtbank geführt, um geschlachtet zu werden."

Aber selbst diese Korrespondenz hätte erspart werden können. Denn nicht minder heftige Stellen, wie in ihr, sind auch in den Briefen überzeugungstreuer, gar nicht mit Cherval-Gipperich in Beziehung stehender Kommunisten Willichscher Richtung vorhanden. So schreibt der Tapezier Starke aus London an einen Bundesbruder in Deutschland: „Brüder, wetzt die Dolche, wir können nimmer ungestraft diese Verrätereien und diese Spionage an unserer Partei ausüben lassen!!! Bluten müssen die Hunde unter dem planmäßigen Dolche, wie in Italien. Aus guter Quelle weiß ich, daß man von der aufgeklärten Seite der Reaktion schon befürchtet, daß das Prinzip des „Abmuckens" auch in Deutschland eingeführt werde. Brüder, es ist Zeit daß es eingeführt werde! Zu lange schon ist damit gesäumt." —

Übrigens konnten sich die Londoner Kommunisten von ihrem Standpunkt aus nicht über die Spionage durch preußische Polizeiagenten beklagen. Hatten doch Willich und seine Genossen durch ihr Programm genügend kundgethan, daß in ihren Augen der Zweck die Mittel heilige. Ja, war doch von jenen im Jahre 1850 die Spionage in der schweizer „Revolutionären Zentralisation" gutgeheißen worden!

[1]) Marx stellt die Sache in den „Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln" ganz anders dar. „Die Thatsache — sagt Marx — ist einfach die: Ein gewisser Reuter, preußischer Mouchard, der nie einer kommunistischen Gesellschaft angehört hat, wohnte in demselben Hause mit Dietz, erbrach dessen Pult, während er abwesend war, und stahl seine Papiere. Daß Herr Stieber ihn für diesen Diebstahl bezahlt hat, ist glaublich, würde Stieber aber schwerlich vor einer Reise nach Vandiemensland geschützt haben, wäre das Manöver während seiner Anwesenheit in London bekannt geworden."

Dieser — sagt Stieber — der „die Gefährlichkeit, welche die kommunistischen Lehren für jede Form der Staatsverfassung darbieten, wohl erkannte, ging auf diese Angelegenheit bereitwillig ein."

Eine Reihe von Mitgliedern des Kommunistenbundes, im ganzen dreizehn, wurden im September 1851 verhaftet und am 25. Februar 1852 vor den Assisenhof der Seine gestellt, weil die Bestrebungen des Bundes auch auf den Umsturz der französischen Verfassung gerichtet wären. Mehrere der Angeklagten wurden freigesprochen. Gegen neun derselben wurden jedoch erhebliche Strafen von 6 Monaten Gefängnis bis zu 8 Jahren Kerker erkannt. Diese letztere höchste Strafe erhielten Cherval und Gipperich, vor denen sich allerdings schon nach kürzester Frist die Thore des Gefängnisses öffneten, um sie entspringen zu lassen.

Zu gleicher Zeit schritt man auch in Deutschland gegen die dort anwesenden, augenblicklichen und ehemaligen Emissäre des Bundes ein. Fünf Mann von ihnen wurden verhaftet und außerdem noch zwei angebliche Mitglieder der Braunschweiger Kommunisten-Gemeinde. Die Folgen für die Beteiligten waren sehr verschieden. Vier mußten wegen Mangels an Beweisen wieder aus der Untersuchung entlassen werden, einer wurde von den Geschworenen freigesprochen; ein anderer erhielt 1 Jahr Zuchthaus, und endlich der letzte (der Schneidergeselle Tietz) wurde mit 3 Jahren Zuchthaus abgestraft, nachdem er bereits über 2 Jahre in Untersuchungshaft zugebracht hatte.

Ein weiterer Schlag hatte den Londoner Bund — wenn auch indirekt — in der Schweiz getroffen.

Hier war man, wie bereits erzählt, im Laufe des Jahres 1850 gegen den deutschen Arbeiterverein eingeschritten und hatte gegen 300 aus den Gebieten des deutschen Bundes stammende Arbeiter ausgewiesen.

Seit Ende 1850 waren rigorose Maßnahmen auch gegen die andern Emigrierten aus Deutschland ergriffen und die letzteren zu hunderten, teils gutwillig, teils zwangsweise über die Grenze gebracht worden.

War nun auch direkt nichts gegen die schweizer Bestandteile des Kommunistenbundes unternommen, so war derselbe doch durch Ausweisung einer Anzahl seiner Mitglieder — und darunter seiner Führer — geschwächt und ihm dazu noch die Aussicht auf die so erfolgversprechende Agitation unter den deutschen Flüchtlingen benommen.

Auf diese Weise war die Thätigkeit des Bundes auf dem Kontinente vollständig gelähmt. Fast alle, nach eifriger Agitation ins Leben gerufenen kommunistischen „Gemeinden", waren gesprengt. Ein Teil der Emissäre und Leiter der Bewegung war zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt

worden. Diejenigen Kommunisten, welche dem entgangen, waren mit wenigen Ausnahmen in die Untersuchung verwickelt gewesen und der Polizei bekannt geworden; sie konnten jetzt in keiner Weise agitieren, wollten sie nicht gewärtig sein, ebenfalls dem rächenden Arme der Gerichte zu verfallen.

Ferner lag das ganze Gewebe des Bundes klar vor den Augen der Regierungen enthüllt. Und eine Wiederaufnahme der Beziehungen des Londoner Bundes mit dem Kontinente war mit um so größeren Fährlichkeiten verknüpft, als jeder, der sich zur Förderung jener Beziehungen hergab, im voraus wußte, welch' harte Strafe ihn im Falle der Entdeckung ereilen würde, — und eine Entdeckung mußte nach dem durch den Fall Cherval-Gipperich klargelegten Spioniersystem naheliegen.

Dazu kam in Deutschland die Unterdrückung oder doch Verkümmerung der öffentlichen Arbeitervereine, welche insofern einen weiteren Anknüpfungspunkt boten, als man in ihnen ohne Mühe die Arbeiter kennen lernte, welche sich um öffentliche Angelegenheiten kümmerten und daher leicht für den Kommunismus zu gewinnen waren.

Endlich aber ging Willich — in Wahrheit der Diktator des Londoner Bundes — nach Amerika. Die einzige von den in Europa zurückbleibenden kommunistischen Persönlichkeiten über Null war Karl Schapper. Aber dieser charaktervolle Mann besaß nicht den Ehrgeiz, der notwendig gewesen wäre, um unter den obwaltenden Umständen noch die Bundessache fortzuführen.

Alle diese aufgezählten Gründe mochten die Londoner anfangs 1853 zu dem Entschlusse bringen, ihren Bund aufzulösen.

Somit hatte der Kommunistenbund von 1836 in seinem letzten noch bestehenden Gliede aufgehört zu existieren.[1])

Die deutsche kommunistische Agitation war vorläufig zu Ende. Was in den nächsten Jahren folgte, waren vereinzelte Regungen,[2]) die nicht der historischen Darstellung wert sind.

---

[1]) Der (öffentliche) Arbeiterbildungsverein in London blieb noch weiter bestehen, nach wie vor seine Mitglieder in der kommunistischen Doktrin unterweisend. Schapper freilich trat auch aus diesem Vereine aus, um allerdings viele Jahre später, als die kommunistische Bewegung einen großen Aufschwung nahm, sich wiederum rege an derselben zu beteiligen. Auch sonst fristeten hier und dort die öffentlichen kommunistischen Arbeitervereine als Bildungs-, Gesang- u. s. w. Vereine ihr Leben fort.

[2]) So stiftete z. B. Willich im Jahre 1853 unter den Deutschen in Amerika den „Amerikanischen Arbeiterbund".

So kam ferner in London am 6. April 1856 ein sozialistischer „Internationaler Verein" zustande, der sich aus Deutschen, Franzosen, Engländern und Polen zusammen-

Wie fast gleichzeitig auch in Deutschland selber die binnen kurzem Zeitraume zu ziemlich regem Leben entfaltete gemäßigte Arbeiterbewegung zuerst gehemmt und dann erstickt worden, ist bereits erzählt worden.

Es sollte noch ein Jahrzehnt dauern, ehe eine neue Propaganda unter günstigeren Auspizien ihren Anfang nehmen konnte.

---

setzte. Dieser Verein gab auch seit dem 1. Juni 1857 ein in vier Sprachen abgefaßtes „Bulletin de l'association internationale“ heraus. Er ging indes schon nach ein paar Jahren infolge von Mißhelligkeiten seiner Mitglieder unter einander ein.

Schlußwort.

1. Wir haben in den bisherigen Kapiteln die Geschichte der ersten ialpolitischen Arbeiterbewegung in Deutschland objektiv dargestellt und r stellenweise Reflexionen daran angeknüpft. Wir wollen nunmehr,) man den ganzen Verlauf jener Bewegung überschauen kann, einige trachtungen, zu denen dieselbe Anlaß giebt, anreihen, ohne indes alles gen zu wollen, was sich im Anschluß an unser Thema bemerken läßt.

Das Urteil über die erste Arbeiterbewegung hängt von dem prinziellen Standpunkte ab, den man der modernen Arbeiterfrage und dem ozialismus gegenüber einnimmt.

Geht man von der streng individualistischen Theorie aus, daß diejige Volkswirtschaftsgestaltung die einzig natürliche ist, welche jeden n Besitztum — Kapital oder Grund und Boden — ebenso wie seine beitskraft frei und ungehindert verwerten läßt, so wird man das Dan einer sozialen Frage höchstens insofern zugestehen können, als noch cht alle, den wirtschaftlichen Äußerungen des subjektiven Beliebens gegenen Schranken hinweggeräumt sind.

Man wird konsequenterweise in dem Sozialismus, welcher das onopol des Besitzes zum mindesten sehr einengen will, nichts weiter blicken können als eine große Verirrung, und man wird daher eine ewegung, welche in ihren hauptsächlichsten Faktoren auf Erreichung zialistischer Zwecke gerichtet ist, nur verdammen können.

Für den Individualisten de pur sang hat unser Thema mithin einzig id allein als Geschichte einer sozialen Krankheitserscheinung Interesse.

Zu einem ganz entgegengesetzten Resultate wird man natürlich gengen müssen, wenn man der Theorie des extremen Sozialismus angt.

Man wird dann vielleicht die Arbeiterbestrebungen von den 30er s zu den 50er Jahren tadeln können, weil sie noch nicht den „richtigen"

extremen Sozialismus repräsentiert haben, — aber man wird in ihnen doch das Morgengrauen einer besseren Zukunft der Freiheit und Gleichheit erblicken, man wird sie als den ersten auf deutschem Boden gethanenen Schritt zum irdischen Paradiese hin auffassen. Auf diese Weise gelangt man zur Glorifikation der ersten deutschen Arbeiter-Bewegung.

Zwischen den beiden angegebenen Standpunkten vermittelnde Ansichten sind heute weit verbreitet.

Dieselben haben sich jedoch noch nicht derart geklärt, daß man irgend eine der in Betracht kommenden Doktrinen als vorzugsweise überwiegend ansehen könnte.

Man kann hier daher nicht, wie beim reinen Individualismus und beim reinen Sozialismus, kurz und bündig die Prinzipien zusammenfassen und die ihnen zufolge konsequente Haltung gegenüber der in Rede stehenden Bewegung bezeichnen.

Wir beschränken uns mithin darauf, denjenigen der zwischen extremem Sozialismus und extremem Individualismus liegenden Standpunkte herauszuheben, welchen wir teilen, und das hiernach sich ergebende Urteil über die fragliche Bewegung auszuführen.

Dieser Standpunkt will nicht die herrschende Ordnung für immer konservieren, er erkennt vielmehr die Notwendigkeit einer prinzipiellen Umgestaltung der heutigen Volkswirtschaft an; er unterscheidet sich aber von dem extremen Sozialismus darin, daß er das Herausringen der einen intellektuell so hochstehenden Menschen voraussetzenden sozialistischen Volkswirtschaft erst im Verlaufe der Jahrhunderte, wenn eine unabsehbare Zeit vergangen, erwartet. Er wird deshalb eine Ideenrichtung, welche auf die Realisierung des extremen Sozialismus innerhalb absehbarer oder gar nächster Zeit zielt, als gänzlich unpraktisch, als träumerisch-optimistisch bezeichnen müssen.

Will man aber — vom angegebenen Standpunkte — eine solche Ideenrichtung gerecht beurteilen, so darf man sie nicht bloß an sich, absolut, losgelöst vom Rahmen ihrer Zeit betrachten, sondern man muß auch die Entwicklung der Volkswirtschaft, der sozialen Frage, des Parteiwesens berücksichtigen.

Alsdann wird es sich aber zeigen, daß der extreme Sozialismus in verschiedenen Zeiten verschieden beurteilt werden muß.

Man lege sich nur die Frage vor: war es möglich, daß sozialpolitische Reformideen nicht-extremer Natur die Massen ergriffen?

Hierauf kann man u. E. nur im verneinenden Sinne antworten.

Oder sollte man wirklich glauben, daß die Massen hätten in Bewegung gesetzt werden können, wenn ihnen nicht ein gewaltig-großes Ziel gezeigt worden wäre?

Man vergegenwärtige sich den Zustand der unteren Klassen. Diese können, solange sie nicht eine intellektuelle Durchbildung empfangen haben, gegen das Althergebrachte nur dann in Bewegung gesetzt werden, wenn man ihnen eine großartige Aussicht zeigt, wie etwa den allbeglückenden Sozialstaat. Damit dieselben aus ihrer Lethargie aufgerüttelt wurden, war es mithin notwendig, daß man ihnen versprach, das Elend mit einem Schlage zu heben.

Solange das Volk sich im großen und ganzen apathisch in seine Lage fügte, konnten daher auch gemäßigte Ansichten, die es auf Jahrhunderte vertrösteten und vor der Hand nur einen Teil des menschlichen Elends als linderungsfähig hinstellten, keinen Beifall erringen, kein Echo im Herzen der Niederen finden. Aus deren Reihen wären damals keine Apostel für die Ideen der letztangeführten Art erstanden, wären damals nicht Männer dagewesen, welche *dafür* ihr ganzes Leben einsetzten und Entbehrungen und Mühen aller Art erduldeten. Damit die sozialreformatorischen Ideen das Volk ergriffen, *mußten* sich ihnen aber Hunderte und aber Hunderte mit Begeisterung zuwenden und hingeben.

War immerhin der Gedanke des bald realisierbaren Sozialstaates nur eine Fata morgana, vorgegaukelt von optimistischer Phantasie, die krankhaft überreizt war durch pessimistische Kritik des Bestehenden, — so hat jener Gedanke doch eine großartige Mission in der Weltgeschichte zu erfüllen gehabt. Er ist nötig gewesen, um den Samen auszustreuen, aus dem einstmals eine schöne Frucht aufgehen wird.

Oder sollte man etwa der Ansicht huldigen, daß die besitzende Klasse aus eigener, total freier Initiative erhebliches thun würde, um dem Elende der Nichtbesitzenden zu steuern? Nun, wir glauben, die Geschichte lehrt unzweideutig, daß nur der Schritt der Arbeiterbataillone die Bürgerklasse, als großes Ganze betrachtet, aus ihrer Indifferenz gegen die Leiden der unteren Stände zu reißen vermag.

Von dem eben dargelegten, der sozialen Frage gegenüber eingenommenen Standpunkte aus wird man mindestens *die Anfänge* der Arbeiterbewegung mit sympathischem Blicke begleiten. Man wird die stattgehabten zahlreichen und zum Teil wahrlich recht groben Ausschreitungen und Exzesse nicht übersehen, nicht vertuschen wollen, man wird das an sich *prinzipiell Unrichtige* im Grundcharakter jener Bewegung nicht

verkennen, aber man wird, ich wiederhole es, sich einer sympathischen Teilnahme an jener ersten Arbeiterbewegung nicht erwehren können.

Ganz anders wird man sich — immer von denselben theoretischen Gesichtspunkten aus — gegenüber dem extremen Sozialismus in einem späteren Stadium der sozialen Frage verhalten. Ist es gelungen, die Arbeiterkreise zur selbständigen Erwägung ihrer Lage und in Verbindung damit zur Teilnahme am öffentlichen Leben zu bringen; sind damit die besitzenden Klassen über kurz oder lang in die Notwendigkeit versetzt, dem Drängen der Arbeiterklasse nachzugeben und sich zur sozialen Reform zu bequemen, so sind die Wege zur allmählichen Hebung — der einzig möglichen — der wirtschaftlichen Leiden geebnet. Von da an kann eine Arbeiterpartei nur dann segensreich wirken, wenn sie zur Erreichung des Realisierbaren mitwirkt und ihren, für alle absehbare Zeit utopistischen Plänen von Abschaffung des Privatkapitals und wunderwirkender, assoziationistischer Gesellschaft entsagt. Ist das letztere nicht der Fall, so liegt mindestens die Gefahr nahe, daß die Arbeiterpartei durch einseitige Beschäftigung mit dem Fernliegenden die Durchsetzung des Naheliegenden verzögert und hindert, daß die zu überspannten Hoffnungen veranlaßten Arbeiter ohne Grund unzufrieden und damit unglücklich werden, daß sie gegen das herrschende Regime aussichtslose und nur ihre Lage verschlimmernde Revolutionen versuchen, und daß schließlich die maßgebenden Klassen, die Unmöglichkeit einsehend, die ultraradikal gesinnten Proletarier mit der bestehenden Ordnung zu versöhnen, alle Reformversuche aufgeben und zu dem beklagenswerten Mittel der unerbittlichen Unterdrückung der unbequemen Arbeiterbestrebungen greifen.

Sollten diese Eventualitäten Platz greifen, so müßte die Arbeiterpartei, obwohl sie denselben Ansichten huldigt, wie früher, doch aufs schärfste und entschiedenste verurteilt werden.

Natürlich vollzieht sich der Wechsel in der sozialen Lage, welcher die Fortführung einer vorher mit günstigen Blicken angesehenen Bewegung unbedingt verdammen läßt — weil er eben die Umbildung der letzteren erfordert —, nicht mit einem Schlage, sondern vielmehr im Laufe einer längeren Zeitperiode. Die Entscheidung der Frage, ob und wann er in der deutschen Arbeiterbewegung eingetreten ist, gehört nicht in den Rahmen dieser Arbeit.

2. Die geschilderte erste Arbeiterbewegung in Deutschland ist, neben vielen andern Gründen, schon deshalb so außerordentlich interessant, weil sie zeigt, daß die reformatorischen Ideen nichts auszurichten ver-

mögen, solange ihnen nicht die wirtschaftliche Entwicklung entspricht, daß jene sozusagen auf diese warten müssen.

Die sozialdemokratische Doktrin, welche seit Ende der sechziger Jahre Hunderttausende um ihr Banner schart, ist im Grunde dieselbe, welche von Marx und Engels bereits vor 1848 aufgestellt worden und für den Kommunistenbund maßgebend gewesen ist. Nicht als ob wir meinten, daß Marx und Engels — die bekanntlich für die deutsche, nach-lassalleske Sozialdemokratie allein und ausschließlich tonangebend sind — immer bei ihren Ansichten vom Ende der vierziger Jahre streng verharrt sind. Wir wissen vielmehr sehr gut, daß die ursprüngliche Marx-Engelssche Doktrin in der späteren Zeit weitergebildet worden ist, daß sie vor allem (im Marxschen Werke über das „Kapital") mit einer Theorie des Normalarbeitstages bereichert worden ist, die praktisch unzweifelhaft eine große Bedeutung erlangt hat und wahrscheinlich eine noch viel größere in Zukunft erlangen wird. Aber in den Hauptpunkten, in der sogenannten materialistischen Geschichtsauffassung und besonders in der Kritik des Bestehenden, welche den Kern des sozialdemokratischen Agitationsprogramms bildet, ferner in der Abweisung eingehenderer Auslassungen über den Zukunftsstaat, — in allen diesen Hauptpunkten weicht der Kommunismus der Gegenwart nicht ab von dem Kommunismus vor drei bis vier Jahrzehnten.

Trotz dieser Identität der Theorien ist die Zahl der Anhänger damals eine spärliche gewesen im Vergleiche zu der, weit über eine halbe Million zählenden Schar sozialdemokratischer Reichstagswähler von heute. Und dabei agitierten die Mitglieder des Kommunistenbundes mindestens ebenso eifrig wie die heutigen Bekenner derselben Richtung.

Der Grund für die Verschiedenheit des Erfolges liegt in der Verschiedenheit der wirtschaftlichen Situation Deutschlands in den ins Auge gefaßten Zeiten.

In den vierziger Jahren war dasselbe vorwiegend ein Agrikulturstaat. Die Großindustrie war nur hier und dort — in einigen Bezirken Schlesiens, Sachsens, Westfalens und der Rheinprovinz — anzutreffen. Dazu fehlten die Großstädte fast ganz, welche, durch die massenhafte Anhäufung des Proletariats auf engem Raume, naturgemäß zur Erleichterung und Förderung der Arbeiterpropaganda beitragen müssen.

Seitdem ist das ganz anders geworden.

Deutschland ist aus einem Getreide exportierenden Lande ein Getreide importierendes Land geworden. Die Industrie ist nach 1848 in kolossalem Maße gewachsen. Deutsche Fabrikate nehmen in allen Teilen des Erd-

halls die Konkurrenz mit den Produkten britischer Arbeit auf und haben die letzteren bereits an vielen Orten verdrängt. Ganze Reihen von Fabrikstädten sind entstanden, in denen rastlos von früh bis spät mit allen Hilfsmitteln der modernen Technik gearbeitet wird.

Der selbständige, oft wohlhabende Handwerkerstand ist — soweit nicht seine Mitglieder in das Proletariat hinabgesunken sind — großenteils in eine ungünstige Lage versetzt und zu mühsamem Ringen mit der Existenz verurteilt; jedenfalls ist er seiner früheren Bedeutung beraubt.

Dafür aber hat sich das industrielle Proletariat gewaltig vermehrt. Und dieses industrielle Proletariat befindet sich in einer ganz andern Lage wie früher der gewerbliche Gesellenstand. Das patriarchalische Verhältnis des Meisters zum Gesell, die dem letzteren mindestens sehr oft gebotene Aussicht, später selbständig zu werden, die Sicherheit der Arbeit und damit des Lebensunterhaltes, die kunstreiche und in der Regel nur auf den Tag beschränkte Arbeit, — das alles hat aufgehört und der scharfen Scheidung, dem fortwährenden Lohnkampfe zwischen Unternehmer und Arbeiter, der fast völligen Aussichtslosigkeit des letzteren, es jemals zur Selbständigkeit zu bringen, der Unsicherheit von Arbeit und Lohn, der eintönigen und oft bis in die Nacht ausgedehnten Arbeit Platz gemacht.

Und dieses gilt nicht nur für den Arbeiter der Großindustrie, sondern auch für den vom Meister beschäftigten. Denn gerade der Meister kann jetzt nicht mehr nach seinem Belieben und in der althergebrachten Weise wirtschaften, sondern er muß sich unweigerlich dem fügen, was ihm die Konkurrenz der Kapitalisten vorschreibt. Er muß daher ebenso wie diese — ja vielleicht in noch höherem Maße — den Lohn zu verkürzen suchen, die Arbeitszeit heute verlängern, morgen reduzieren, und übermorgen seinen Gehilfen entlassen.

Ist dem aber so, dann muß dieses unsägliche Elend denkende Köpfe unter den Proletariern wie unter mitfühlenden Besitzenden veranlassen, zu untersuchen, wie dem abzuhelfen sei.

Auf diese Weise sind die sozialreformatorischen Ideen der Neuzeit entstanden. Daß dieselben zum nicht geringen Teile in sozialistischer Richtung liegen, ist einfach eine notwendige Folge der Betrachtung der modernen Volkswirtschaft. Dieselbe kann nur durch den Sozialismus — nicht zu verwechseln mit der heutigen Sozialdemokratie — geheilt werden.

Daß nun gerade unter der industriellen Arbeiterschaft, welche sich mit der Besserung ihrer Lage beschäftigt, der extreme Sozialismus, hauptsächlich der extreme Sozialismus Boden gewinnt, kann nach dem im ersten Abschnitte dieses Kapitels gesagten nicht wunderbar erscheinen;

denn das Proletariat kann nur durch die extreme Agitation in Bewegung gesetzt werden, während die Äußerungen einer gemäßigten Propaganda ungehört und ohne Wirkung auf den vierten Stand verhallen müssen.

Das Fazit unsres Räsonnements ist demnach: der deutsche Kommunismus der vierziger Jahre ist als eine unmittelbare Konsequenz der wirtschaftlichen Verhältnisse zu betrachten. Er ist daher eine durchaus naturwüchsige Erscheinung, eine unmittelbare Äußerung der Volksseele. Mußte somit die damalige industrielle Phase den Kommunismus erzeugen, so konnte ihr doch andrerseits — weil sie eben noch weit entfernt von genügender Ausbildung der Großindustrie war — nur eine mäßige Arbeiterbewegung entsprechen. Der durch unsere historische Darstellung klargelegte Umstand aber, daß dieselbe Theorie, welche einige Jahrzehnte später so kolossale Erfolge davongetragen hat, damals trotz eifrigster Propaganda einen nicht allzu bedeutenden Anhang fand und, in der Mitte der fünfziger Jahre, allerdings unter der doppelten Wucht der politischen Ermattung und der schärfsten polizeilichen Maßregelung, auf einen minimalen Kreis von Gläubigen beschränkt war, — dieser Umstand beweist auf das beste, wie so viele sozialistische Utopisten und sonstige Weltverbesserer fehl gehn, wenn sie glauben, daß das „wahre", allein heil- und segenbringende System nur entdeckt zu werden brauche, um auch bald die Menschheit zu bekehren, daß daher, hätten nur sie, die Erfinder, ein paar Jahrhunderte früher gelebt, die Menschheit von aller Trübsal während dieser Zeit verschont geblieben wäre.

3. Es läßt sich schwerlich leugnen, daß wirklich etwas Naturwüchsiges, etwas Volksursprüngliches in der ersten, deutschen Arbeiterbewegung gelegen hat, daß dieselbe mithin — wenn auch in bescheidenen Grenzen — eine Notwendigkeit gewesen ist.

Eine hinreichende Argumentation hierfür dürfte in dem Hinweise auf die fortwährenden Verfolgungen durch die Regierungen und auf das stetige Überdauern der Verfolgungen durch den Kommunismus gefunden werden.

Immer und immer wurden in der Schweiz die mühsam und mit unglaublichen Opfern zustande gebrachten Organisationen gesprengt, die Zeitschriften direkt oder indirekt unterdrückt, die Kommunisten zu Hunderten ausgewiesen und dadurch um ihre Existenz gebracht; umsonst flüchteten die Kommunisten nach Frankreich, nach Belgien, um von dort aus ihre Propaganda zu betreiben, umsonst, denn dort wurde ihnen schärfer zu

Leibe gegangen als in der Schweiz; vergebens engte die strenge Handhabung der Zensur im deutschen Bundesgebiete die Existenzbedingungen des Kommunismus auf ein Minimum ein, während zugleich über seinem Haupte das Damoklesschwert der ferneren Machtmittel und Gewalten der absoluten Regierungen drohend schwebte. Trotz alledem wußte sich der Kommunismus Bahn zu brechen; nur kurze Zeit nach jedem Schlage, den er erhielt, bedurfte er, um sich zu sammeln und seinem gewaltigen, riesengroßen Gegner die Stirn zu bieten und die Grundlagen seiner Herrschaft in schwieriger, aber trotzdem unermüdlicher Maulwurfsarbeit zu unterwühlen. Und als das Feld einige Zeit für die sozialistische Agitation frei war, zeigte deren immerhin reges Leben, wie gut die Vorarbeiten gewesen.

Nur eine Thatsache scheint dem zu widersprechen: die Thatsache nämlich, daß der seit 1850 gegen die Arbeitervereine unternommene Feldzug der Regierungen von Erfolg begleitet gewesen ist und zur Erstickung der Arbeiterbewegung geführt hat.

Aber man darf sich hierbei, wie wir glauben, nicht durch den Schein täuschen lassen und ihn für die Erscheinung selber nehmen. Gewiß, das rigorose Vorgehen der Regierungen fegte im Zeitraume von mehreren Jahren Vereine und Zeitungen der Arbeiter weg, und dies hätte sogar in viel kürzerer Frist bewirkt werden können, wenn sich nur die Regierungen rechtzeitig in der fraglichen Hinsicht geeinigt hätten; gewiß, es wurde jede Neubildung der Arbeiterorganisation ohne viel Mühe unmöglich gemacht, jede Kundgebung der Proletarier verhindert, ja schließlich jeder Zusammenhalt derselben gebrochen.

Aber man darf nicht vergessen, daß dies alles erst nach einer verlorenen Revolution geschah. Wie in einer Revolution selber alle oppositionellen Kräfte entfesselt und bis aufs äußerste angespannt werden, so folgt naturgemäß, wenn die Revolution niedergeschlagen ist, eine Periode der Erschlaffung jener Kräfte. Darauf beruht eben auch die gewaltige Wucht der auf eine Revolution folgenden Reaktion.

Es muß daher als ganz natürlich angesehen werden, daß die Arbeiterbestrebungen, die im Jahre 1848 mit ziemlicher Vehemenz — im Vergleiche zu den früheren Äußerungen des vierten Standes — hervorgetreten waren, nach dem Siege der Kontrerevolution auf das allergeringste Maß reduziert wurden. Mithin kann die Ermattung der sozialen Bestrebungen im Jahrzehnte von 1850—1860 nichts gegen die Naturwüchsigkeit der ersten Arbeiterbewegung beweisen.

Wohl aber ist ein Grund *für* diese Ansicht das rasche Wiederaufleben der Emanzipationstendenzen des vierten Standes beim Anbruche der neuen Aera, nachdem das Polizeisystem der 50er Jahre, welches das politische Leben überall zu ersticken suchte — zum Teil ja mit Erfolg —, gefallen war.

Sofort schossen hier und dort Arbeitervereine auf. Zwar suchte der „Nationalverein" dieselben ins Schlepptau zu nehmen.

Aber bald fanden aus den Arbeiterkreisen heraus Kundgebungen statt, welche auf ein selbständiges Vorgehen der Arbeiter im Sinne der Emanzipation von der Herrschaft des Kapitals zielten. Und diejenigen, welche diese Kundgebungen anregten, waren Anhänger des ersten Systems, das auf deutschem Boden zur Grundlage einer Massenagitation gedient hatte: des Weitlingschen. Und das Zentrum der in Rede stehenden Kundgebungen war derselbe Ort, der einst das Zentrum des deutschen sozialen Arbeiterbundes, der Verbrüderung, gewesen war: Leipzig. Und das Mittel, welches nach der Idee jener Pronunziamentos zur Einigung der deutschen Arbeiter unter einem gemeinsamen Banner führen sollte, war dasselbe, welches kaum anderhalb Jahrzehnte früher wirklich zur Einigung geführt hatte: der Arbeiterkongreß. Und derjenige Mann, welcher die Führung der ziel- und steuerlosen Arbeiter übernahm, um mit ihnen eine Bewegung von unabsehbaren Folgen einzuleiten, Ferdinand Lassalle, war im Jahre 1848 der Führer der sozialistischen Arbeiterschaft in Düsseldorf gewesen. Und die Denker, deren Doktrinen später für die deutsche Sozialdemokratie ausschließlich maßgebend wurden, Marx und Engels, waren die einstigen Führer des Kommunistenbundes.

4. Wir haben mit dem Vorstehenden bereits auf einige Hauptpunkte der Einwirkung der ersten deutschen Arbeiterbewegung auf die spätere aufmerksam gemacht. Wir wollen diese Einwirkung nach einigen Richtungen noch weiter verfolgen.

Von so ungeheurer Tragweite auch der Einfluß von Marx und Engels auf den deutschen Sozialismus gewesen ist, so haben sie selber späterhin doch nur selten *direkt* in das Parteitreiben in ihrer Heimat eingegriffen. Der unmittelbare Leiter der Sozialdemokratie, derjenige, welcher hauptsächlich in ihr der Marx-Engelsschen Doktrin zur siegreichen Herrschaft verhalf, welcher auch noch jetzt über der strikten Durchführung dieser Doktrin wacht, ist Wilhelm Liebknecht.

Auch er hat, wie im vierten und fünften Kapitel dieser Arbeit

berichtet worden, lebhaften Anteil an der ersten sozialdemokratischen Bewegung genommen. Er stand 1849—1850 an der Spitze der Schweizer kommunistischen Agitation und gehörte seit seiner Ausweisung aus der Schweiz zur nächsten Umgebung von Marx. Ein überzeugter Anhänger der Ansichten von Marx — und zwar sowohl seiner theoretischen wie auch seiner praktisch-politischen — hat er stets nicht nur den Ruhm seines Meisters verkündet, sondern auch unverbrüchlich nach dessen Prinzipien gehandelt.

Und als er nach Deutschland zurückkehrte, befolgte er genau dieselbe Taktik, welche vom „Kommunistischen Manifeste" von 1848 vorgeschrieben und 1848—1849 von Marx und Genossen in Köln befolgt worden war.

Damals war das Leitmotiv der Marxschen Taktik: Zusammengehen mit der radikalen Demokratie, zugleich aber mit der Absicht, sie nach Möglichkeit auszunutzen.

Der Schüler war glücklicher als der Meister, der zwar in Köln das publizistische Organ der Demokratie in seine Hände bekommen hatte, aber die rheinische Demokratie nicht hatte bewegen können, ihm Gefolgschaft zu leisten, — wie sein oben erzählter Austritt aus dem Kreisausschusse der rheinischen Demokratie beweist.

Hören wir, was über Liebknechts Thätigkeit in Deutschland (seit 1865) von Rudolf Meyer berichtet wird, — einem umso unparteiischeren Zeugen, als er über die rheinische Propaganda von Marx nicht unterrichtet war.

R. Meyer sagt also in seinem Emanzipationskampf des vierten Standes (Band I. p. 238):

„Hatte Lassalle die Arbeiter mit einem einzigen kräftigen Ruck von den liberalen Parteien losgerissen, indem er sich zu diesen letzteren in öffentliche schroffe Opposition setzte, so schloß sich Liebknecht umgekehrt dem äußersten linken Flügel der Liberalen an, (ist bei R. Meyer gesperrt gedruckt!) indem er nur ganz vorsichtig, verdeckt und unter der Hand für den Sozialismus Propaganda machte. So genoß er lange Zeit die Unterstützung der demokratischen Presse, die seine Bestrebungen als ein Gegengewicht gegen den sogenannten „reaktionären" Sozialismus der Lassalleschen Partei betrachtete, und so gelang es ihm auch, was die Hauptsache war, vom linken Flügel der liberalen Partei Arbeiterelemente fest an sich und seine Bestrebungen zu ketten. Seine Hauptacquisition war Herr Bebel in Leipzig" u. s. w.

Ein eifriger Förderer der sozialdemokratischen Bewegung der 60 er

Jahre war Moses Heß, den wir oben als den Führer der rheinländischen kommunistischen Agitation kennen gelernt haben. Heß hielt bereits im Jahre 1862 in den Rheinlanden sozialistische Vorträge und schloß sich dann beim Auftreten Lassalles sofort an diesen an. Er verfaßte eine der ersten Parteibroschüren der Sozialdemokratie, die „Rechte auf Arbeit." Als 1865 in Berlin der „Sozialdemokrat" (unter Redaktion J. B. von Schweitzers) begründet worden, wurde Heß an der Spitze des Blattes als Mitarbeiter genannt. Auch an der internationalen Arbeiter-Assoziation nahm er lebhaften Anteil.

Dann hatte Bruhn, der Redakteur des Hamburger Wochenblattes „Der Nordstern", welcher Lassalle von Anbeginn seiner Agitation unterstützte, die Prinzipien des Kommunismus in den 40 er Jahren als Mitglied des Kommunistenbundes in sich aufgenommen.

Ferner ist eine der wichtigsten Persönlichkeiten der internationalen Arbeiter-Assoziation, der Schneider J. G. Eccarius, — auch Mitarbeiter an den bedeutendsten Preßorganen und Verfasser von Parteibroschüren der Sozialdemokratie — schon in den 40 er und 50 er Jahren als kommunistischer Parteigänger im marxistischen Sinne hervorgetreten.

Schließlich sei hier noch Moritz Rittinghausens, des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten (von 1877—1878 und 1881—1884), gedacht. Derselbe hatte 1848 eine sozialistische Broschüre verfaßt und an der Kölner „Neuen Rheinischen Zeitung" mitgearbeitet; ein damals in französischer Sprache geschriebenes Buch von ihm war von der fourieristischen Schule offiziell vertrieben worden.

Damit ist die Liste der bemerkenswerten Männer der Sozialdemokratie, welche ihren kommunistischen Bildungsgang in der ersten Arbeiterbewegung begonnen haben, noch nicht erschöpft, wohl aber im Hauptsächlichsten angeführt.

Beiläufig sei hier daran erinnert, daß manche Idee, welche — soweit wir konstatieren konnten — zum erstenmale in der in Rede stehenden Bewegung aufgetaucht ist, neuerdings von der anarchistischen Agitation wieder aufgenommen worden ist.

Bakunin schlug ungeniert das Bündnis der Revolutionäre mit dem russischen Räubertume vor; und die heutigen Anarchisten — vor allem die deutschen, deren publizistische Vertretung die New-Yorker „Freiheit, Organ der revolutionären Sozialisten" (redigiert von Johann Most) ist — predigen offen den Diebstahl zu Parteizwecken. Also der alte Vorschlag Wilhelm Weitlings!

Ferner kommen in der augenblicklichen Phase des französischen Anar-

chismus wieder jene Ansichten zum Vorschein, die zuerst von M. Heß und K. Grün als ideale Ziele aufgestellt und verteidigt worden waren. Das Organ der französischen Anarchisten „L'Audace, organe communiste-anarchiste", (in Paris erscheinend; inzwischen eingegangen und durch den von Genf dorthin übergesiedelten „Révolté" ersetzt) bringt in seiner ersten Nummer (vom 7. März d. J.) einen Aufsatz, „Deux théories", in welchem ausdrücklich das Prinzip der Entlohnung eines jeden nach der geleisteten Arbeit verworfen und anstatt dessen als regelnde Norm der Zukunftsgesellschaft empfohlen wird: Arbeit eines jeden nach seinen frei angewandten Fähigkeiten und beliebige Konsumtion eines jeden gemäß seinen Bedürfnissen. Also die alte Heß-Grünsche Lehre! Damit soll natürlich nicht behauptet werden, daß die Pariser Anarchisten die genannten deutschen Autoren gekannt haben. Aber immerhin ist es interessant zu bemerken, daß die erste deutsche Arbeiterbewegung nach allen möglichen denkbaren Richtungen einer extremen Lösung der Arbeiterfrage Ansätze zeigt.

5. Wenn man auch der ersten deutschen Arbeiterbewegung schon aus dem Angeführten eine gewisse Bedeutung für die Geschichte der sozialen Frage wird zuschreiben müssen, darf man diese Bedeutung doch nicht überschätzen.

Und einer solchen Überschätzung scheint sich Engels schuldig zu machen, wenn er das vom revolutionär-demokratischen Standpunkte aus wenig energische Verhalten der deutschen Bourgeoisie seit 1848 durch die Arbeiterbewegung unmittelbar verursacht sein läßt. „Die Pariser Junischlacht 1848 — sagt Engels in seiner Broschüre über den deutschen Bauernkrieg — zeigte ihr (der deutschen Bourgeoisie) was sie zu erwarten habe; das deutsche Proletariat war gerade erregt genug, um ihr zu beweisen, daß auch hier die Saat für dieselbe Ernte schon im Boden stecke; und von dem Tage an war der politischen Aktion der Bourgeoisie die Spitze abgebrochen. Sie suchte Bundesgenossen, sie verhandelte sich an sie um jeden Preis — und sie ist auch heute noch keinen Schritt weiter."

Wir können hierzu nur bemerken: mag auch die deutsche Bourgeoisie 1848—1849 hier und dort durch die Rücksicht auf das Proletariat sich haben bestimmen lassen, der Kontrerevolution nicht entschieden entgegenzutreten, so ist doch kein einziges Anzeichen vorhanden, daß die Bourgeoisie in der ganzen nächsten Zeit bis zum Auftreten Lassalles irgendwie durch den Sozialismus in ihrer Haltung beeinflußt worden sei. An

dieſer Anſicht müſſen wir feſthalten, bis Engels den Beweis für ſeine Behauptung erbracht hat, den bisher anzutreten er nicht einmal verſucht hat.

Wir müſſen übrigens auch vor einer Überſchätzung des Umfangs der Arbeiterbewegung von 1848—50 warnen, zu der die in unſerer Geſchichtsdarſtellung mitgeteilten, ſtatiſtiſchen Daten über die Zahl der Mitglieder der Arbeitervereine Anlaß geben könnten.

Bedenkt man nämlich, daß damals der Kölner Arbeiterverein 7000 Mitglieder hatte, der Breslauer 1200, der Halberſtädter 1000, der Braunſchweiger 700, der Zſchopauer 700, — ſo könnte man, wenn man damit die Größe der ſozialdemokratiſchen Vereine zur Zeit von 1878 vergliche, zum Glauben verleitet werden, der Sozialismus habe in wichtigen Diſtrikten im Jahre 1848 mehr Bekenner gehabt als 1878. Denn im letztgenannten Jahre, in welchem die Sozialdemokraten in Berlin über 50000 Stimmen erhielten, zählte der dortige Parteiverein, der „Verein zur Wahrung der Intereſſen der arbeitenden Klaſſen" ca. 2000 Mitglieder, — alſo noch nicht ein Drittel ſoviel wie der Kölner Verein von 1848.

Es wäre aber gänzlich unrichtig, wenn man jenen Vergleich zwiſchen 1878 und 1848 machen wollte und demgemäß auf eine ſehr große Arbeiterbewegung im letzteren Jahre ſchlöſſe.

Man darf ein Revolutionsjahr eben nicht mit friedlichen Zeiten in Parallele ſetzen! In letzteren laſſen ſich in die politiſchen bezw. ſozialpolitiſchen Vereine nur diejenigen aufnehmen, welche deren Tendenzen nicht nur teilen, ſondern ihnen auch für längere Zeit Opfer an Mühen und Geld zu bringen gewillt ſind. Man giebt ſich da nicht ſo leicht Illuſionen hin über die ſchnelle Durchſetzung des Erſtrebten; ſehr viele verhalten ſich daher apathiſch gegenüber Vereins- und ähnlichen Beſtrebungen, ſo ſympathiſch ihnen auch die Ziele der letzteren im allgemeinen ſein mögen.

Ganz anders in einer revolutionären Zeit! Hier erfolgt Entwicklung wie auch Rückgang des Vereins- wie des politiſchen Lebens überhaupt rapide und ſtoßweiſe. Da ſind die Maſſen erregt; wird ihnen ein großes Ziel, wie z. B. der allgemeine Wohlſtand durch den Sozialismus gezeigt, ſo iſt es nicht allzuſchwer, eine erhebliche Anzahl von Menſchen zur Erreichung desſelben zuſammen zu bringen. Aber nur der geringere Teil derer, die ſo gewonnen worden, hat die Abſicht eine längere Zeit auf der politiſchen Wacht zu ſtehen, fortwährend für das Ziel ſich Koſten und Opfer aufzuerlegen und dasſelbe darum doch nicht viel näher gerückt

zu erblicken. Der größere Teil dagegen wird die Fahrt nach dem neuen Lande nur solange freudigen Herzens mitmachen, als der frische revolutionäre Wind alle Segel schwellt; und er wird unwillig werden, sobald sich Klippen und Riffe in erheblicher Menge entgegenstellen; ja er wird schließlich umkehren, wenn er sich durch widerstrebende Elemente zurückgeworfen und das Ziel ferner denn je sieht.

Wir müssen demgemäß annehmen, daß die im Jahre 1848—1850 in mehreren Hundert Arbeitervereinen versammelten Zehntausende von Proletariern so ziemlich alles repräsentierten, was damals für die Arbeitersache in Bewegung zu setzen war, und daß unter ihnen sehr viele Tausende weder genau vertraut mit den von den Vereinen verfochtenen Prinzipien noch ernstlich gewillt waren, es längere Zeit bei der einmal ergriffenen Fahne auszuhalten.

Es ist nach dem Angeführten, glauben wir, die Warnung vor einer Überschätzung der ersten deutschen Arbeiterbewegung wohl berechtigt.

6. Die Geschichte der Arbeiterbestrebungen in den vierziger Jahren ist in mehr als einer Hinsicht zur Kenntnis des Geistes des deutschen Arbeiterstandes wichtig und trägt hierdurch nicht zum wenigsten zum Verständnis der späteren Entwicklung des Proletariats unseres Vaterlandes bei.

In den Leitern jener Bestrebungen spiegeln sich die letzteren selber, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, wieder.

Wir müssen hier daher mit einigen Worten die Führer der sozialen Bewegung charakterisieren.

In Hinsicht der Befähigung liegt es klar und offen zu Tage, daß die in Rede stehenden Agitatoren eine bedeutende Summe von Intelligenz und geistiger Spannkraft repräsentieren.

Neben einem schöpferischen Denker allerersten Ranges wie Karl Marx finden wir bedeutsame Talente wie Friedrich Engels, Wilhelm Weitling, Karl Grün und Born.

Selbst die Männer, die nur lokal eine Rolle gespielt haben, sind — wie man sowohl auf grund ihrer Veröffentlichungen, als auch auf grund der Urteile ihrer Zeitgenossen, ja sogar amtlicher Berichte anzunehmen gezwungen ist — durchweg von nicht geringer Begabung gewesen. Hinsichtlich August Beckers, Sebastian Seilers, Simon Schmidts und der andern Propagandisten des Weitlingschen Kreises ist dies ausdrücklich amtlich konstatiert; und derjenige, welcher kraft seines Amtes ein solches *Urteil* fällte, war der sachlich so kompetente und dabei den von jenen

Agitatoren verfochtenen Tendenzen so feindlich gesinnte Gelehrte Bluntschli. Und zu demselben Ergebnisse kommt der offizielle (vom Zentral-Polizeidirektor Favre und vom Bürgermeister Dr. Lardy verfaßte) Neufchateller Bericht in betreff der Führer der jungdeutsch-anarchistischen Bewegung, in betreff Marrs, Dölekes, Standaus und Genossen. Auch Galeer, die Hauptperson der gemäßigten schweizer (Grütli-) Arbeiterbewegung, wird als geistig bedeutend geschildert.

Ferner: wie satyrisch-geistreich schrieb Lazarus Bernays, wie satanisch-geschickt war der Pariser „Vorwärts!" redigiert, welche Fülle von Talenten und ideenreichen Köpfen barg der Zirkel seiner Mitarbeiter! Wie gewandt verstand es der „Gesellschaftsspiegel" des — als Theoretiker ja gänzlich unbrauchbaren — Moses Heß, sich dem Rotstift der preußischen Zensur anzuschmiegen und dabei doch ebenso extrem-kommunistisch und aufreizend wie interessant zu sein! In welch klassisch-revolutionärem Stile waren die Marxsche „Neue Rheinische Zeitung" und die Beckersche „Westdeutsche Zeitung" gehalten, mit welch infernalischem Genie vermochten sie an die unzufriedene Masse und an ihre oppositionellen Instinkte zu appellieren! Und wie ausgezeichnet wußte die „Verbrüderung" Borns die volkstümliche Belehrung über die soziale Frage mit der Besprechung der nächsten unmittelbaren Arbeiterinteressen und mit dem lauten Rufe zum Aufruhr zu verbinden!

Die Befähigung der Führer der ersten Arbeiterbewegung ist wohl über allen Zweifel erhaben.

Schwieriger ist es, sich über ihren Charakter klar zu werden. Das Material zu Urteilen hierüber ist in der Regel nur spärlich vorhanden — wie dies ja in der Natur der Sache liegt — und ist überdies noch mit größter Vorsicht zu benutzen. Daher bildet auch der Charakter der sozialistischen Agitatoren ein Hauptangriffsobjekt von deren Gegnern, welche sicher sind, auf diesem Felde am schwierigsten widerlegt werden zu können.

Wir haben nun — außer bei Kuhlmann — bei keiner einzigen der vielen in unserer Geschichtsdarstellung handelnd, auftretenden Persönlichkeiten direkt konstatieren können, daß sie die Arbeitersache nicht aus Überzeugung vertreten habe.

Daß eine Anzahl höchst frivoler und zynischer Charaktere — vor allem Marr, Döleke und Standau, teilweise auch August Becker — unter den Arbeiterführern sich befand, ist zweifellos. Indes, in welcher Bewegung sollten solche Menschen je gefehlt haben?

Und jenen Leuten, über welche die Kritik den Stab brechen muß,

steht eine weitaus überwiegende Anzahl von respektabeln, ja idealen Charakteren gegenüber.

Marx und Engels, Weitling u. s. w. — vertraten sie nicht ihre Doktrinen ohne Hintergedanken? Gewiß, es mochte ihrem Ehrgeize — der nun einmal unausrottbar in den meisten geistig veranlagten Menschen wohnt — schmeicheln, an der Spitze der Arbeiterbataillone einherzumarschieren. Aber hätten sie nicht bei ihrer glänzenden Begabung anderweitig viel schneller zur Befriedigung ihres Ehrgeizes gelangen können, wenn es ihnen allein darum zu thun gewesen wäre? Andrerseits, welche Opfer mußten sie für ihre Überzeugung bringen! Fortwährende Entbehrung, weil mit der sozialistisch zugespitzten Feder damals nichts oder nur wenig zu verdienen war, Exil, Gefängnis, — das war meistens der irdische Lohn, der jener Sozialisten wartete.

Bei einigen läßt sich geradezu eine ideale Richtung des Charakters erweisen. Man denke an Moses Heß, der, obwohl von Hause aus an Wohlhabenheit gewöhnt, doch lieber sein ganzes Leben hindurch die schlimmste Not erduldete, als daß er dem Kampfe für das, was er für das Wahre hielt, entsagte! Und Karl Schapper, — bestand nicht sein Leben aus einer langen Reihe von Opfern, die er der Arbeitersache gebracht? Stets mit ganzem Herzen bei der letzteren, stets für sie eintretend, schlug er für sie oft genug seine Existenz in die Schanzen, um immer wieder — von aller Erfolglosigkeit unermüdet — treu und unentwegt zur Fahne des Proletariats zu stehen und ihr vorderster Bannerträger zu sein.

Doch wollen wir nicht näher darauf eingehen, da es ja in diesen Schlußbetrachtungen nicht unsere Aufgabe sein kann, die in Rede stehende Arbeiterbewegung nach allen Seiten hin zu beleuchten, sondern da wir uns begnügen müssen, einige der hauptsächlichsten Momente anzudeuten, nach denen hin eine Betrachtung jener Bewegung fruchtbar sein muß. —

Unleugbar von Interesse muß die Signatur der Arbeitermasse sein, welche den Stamm der sozialistischen Armee jener Periode bildete.

Es kommen hier vor allem die Mitglieder der Arbeitervereine vor 1848 in betracht. Sie waren am längsten bei der Fahne gewesen; sie hatten sich der neuen Lehre nicht erst während des revolutionären Trubels, der alles aufgerüttelt hatte, angeschlossen, sondern bereits vorher die soziale, allem Anscheine nach langwierige Reformarbeit in die Hand genommen; sie hatten 1848—1849 den Kern der Arbeiterpartei geliefert; aus ihnen waren größtenteils auch deren Führer hervorgegangen.

Jene vormärzlichen Arbeitervereine machen nun einen in mancher Hinsicht günstigen Eindruck.

Schon der Umstand an sich, daß die Arbeiter, anstatt nach ermüdender Arbeit in die Schenke zu gehen, um dort ihre freien Stunden mit Zechen und mit Spiel zu verbringen, — schon der Umstand, sage ich, daß die Arbeiter anstatt dessen sich mit öffentlichen Dingen befassen und die Besserung der Lage ihres Standes in Erwägung ziehen, muß außerordentlich für sie einnehmen und spricht für ihr edleres Streben. Und man glaube ja nicht, daß es etwa Verzweifelte waren, welche mit einem kümmerlichen Verdienste ihr Leben fristend und nicht in der Lage die Vergnügungen ihrer Genossen zu teilen, sich zusammenfanden und ihre gegen den Reichtum von Neid und Haß erfüllten Herzen gegenseitig ausschütteten! Daß grade die verzweifelten Arbeiter sich von der Arbeiterbewegung fernhielten, daß an derselben grade die gut situierte Arbeiterschicht teilnahm, welche bei nicht allzulanger Arbeit einen hübschen Verdienst hatte, — diese von den schweizer amtlichen kommunisten-*feindlichen* Berichten konstatierte Thatsache läßt schon vermuten, daß wir hier mit ebenso *intelligenten* wie *idealgesinnten* Arbeitern zu thun haben. Auf beides muß noch aus andern Gründen geschlossen werden.

Welche Opfer brachten die Arbeiter für ihre Sache! Zur Aufbringung der Kosten für den Druck von Partei-Broschüren und -Zeitungen, für die Aussendung von Emissären und für welchen sonst auch immer im Interesse der Agitation gelegenen Zweck, gaben sie gern und willig ihre kleinen Ersparnisse her, litten sie freudig selbst am Notwendigen Mangel. Noch mehr; sie setzten mit ihrer Propaganda, wie ihnen schon das rigorose Vorgehen der schweizer Behörden in den dreißiger Jahren bewies, ihre Existenz aufs Spiel; aber sie ließen sich lieber von Haus und Hof vertreiben, sich lieber aus gesicherter Stellung verjagen, als daß sie von der Verbreitung des Sozialismus abließen. Und all dem unterzogen sie sich nicht etwa, weil sie dafür Vorteile irgend welcher Art zu erwarten hatten, sondern nur, weil sie von dem lebhaften Wunsche beseelt waren, der Lage ihrer Klasse nach Möglichkeit aufzuhelfen.

Speziell darauf, daß die Arbeiter in so enragierter Weise für den ganzen Stand eingetreten sind, ist ein ganz besonderes Gewicht zu legen, wenn man in der fraglichen Hinsicht zu einem richtigen und abschließenden Urteile gelangen will. Wenn die Arbeiter sich bloß darüber beraten hätten, wie sie ihre eigene Lage verbessern könnten, wie sie ihren Brotherren gegenüber in eine bessere Position kämen, wenn, mit einem Worte, die Arbeiter rein gewerkliche Koalitionen gebildet und hierfür alles, was

in ihren Kräften gestanden, gethan hätten, so wäre das zwar unmittelbar erfolgreicher gewesen, es hätte Zeugnis von der praktischen, über kurzsichtigen Egoismus erhabenen Einsicht der Arbeiter abgelegt; — aber eine hochherzige Gesinnung hätten wir hierin nicht zu erblicken vermocht. Der Gesinnungsadel der Arbeiter zeigt sich aber unzweifelhaft darin, daß sie nicht im gewerklichen Sinn thätig waren, wohl aber im Sinn der sozialen Befreiung der Menschheit, für die sie mit Leib und Seele einstanden. Ja, ideal angelegt waren jene „mutvollen und entschlossenen Ringer, durch deren Schurzfelle die Schmerzen der Zeit gedrungen waren, und deren staubiges und berußtes Haupt an der großen Hieroglyphe der Zukunft mit enträtselte", wenn wir die Worte der Trierschen Zeitung (1845) gebrauchen dürfen.

Und wie groß war das Bildungsstreben jener Proletarier! Man wird da vielleicht einwenden: die „Bildung" war bloß das Aushängeschild, während der wahre Zweck die sozialistische Propaganda war.

Aber ein solcher Einwand würde doch lange nicht den Kern des fraglichen Verhältnisses treffen. Die Arbeitervereine gerierten sich (in Deutschland vor 1848 stets, in der Schweiz wenigstens sehr oft) als ausschließliche Bildungsvereine; das waren sie nun in der Mehrzahl der Fälle nicht, indem sie sich auch mit Sozialpolitik beschäftigten und eine rege Propaganda trieben. Unleugbar aber wurde wirklich viel Zeit und auch Geld auf Bildungszwecke aufgewendet, und die letzteren mit Ernst getrieben. So mußte selbst der streng antisozialistische Bericht des schweizerischen Bundesrats über die vormärzlichen deutschen Arbeitervereine (in der Schweiz) sich dahin äußern, daß „ihr Wirken ihnen zur Empfehlung gereicht, indem sie manchen Roheiten des früheren Gesellenlebens entgegenarbeiteten und durch Gesang, Lektüre, Unterricht im Schreiben, Rechnen und in der französischen Sprache u. s. w. vorteilhaft einwirkten."

Wir wollen nun auch andrerseits nicht verhehlen, daß ein gewisser wild fanatischer, ja roher und zynischer Zug sich in der ersten Arbeiterbewegung zeigt.

Das läßt sich sehr leicht aus dem Verhalten der Führer entnehmen, denen die Masse zujubelte. Was sollen wir zu Plänen sagen, wie zu denjenigen Weitlings über die Einführung der weiblichen Gemeinschaft und über das stehlende Proletariat, was zu der Aufnahme des letzteren Gedankens durch Treichler, was zu den unglaublich zynischen Äußerungen der „Blätter der Gegenwart für soziales Leben" und [redacted] Vorwärts!" über den Königsmord! Wie verdammenswert [redacted] die „Verbrüderung", gegen deren Wirksamkeit [redacted] Arbeiter-

bunde einzuwenden hatte! Welch ein zügellos-brutaler, ja zuweilen niedriggaminsartiger Ton herrschte in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ und in der „Westdeutschen Zeitung“, gegen welche sich keine Stimme unter den rheinischen Arbeitern erhob? Welch ein roher ultra-revolutionärer Geist trat in den Pronunziamentos des Kommunistenbundes, die den lauten Beifall seiner Mitglieder fanden, zu Tage!

Das sind eben Exzesse, wie sie jede größere Bewegung mit sich bringt, welchen Charakter dieselbe sonst auch an sich tragen mag. Jedenfalls können sie nun und nimmer hinreichen, den Stab über die Bewegung zu brechen, selbst wenn man annehmen sollte, daß grade jene Exzesse von manchen sozialistischen Arbeitern mit besonderem Wohlgefallen betrachtet worden seien. Man bedenke nur, in welcher Verwilderung die arbeitenden Klassen seit so langer Zeit lebten, in der sich die Besitzenden um sie nicht kümmerten, man bedenke auch die erbitternde Wirkung, welche der lange Zeit von den Regierungen dem Aufstreben der Proletarier entgegengesetzte Widerstand notwendig haben mußte. —

7. Ganz besonders lehrreich gestaltet sich der Überblick über die in der ersten Arbeiterbewegung zutage getretenen Gesinnungen.

Wenn man daran denkt, daß Deutschland die größte der revolutionären Arbeiterparteien der Welt besitzt, so ist es ein höchst bedeutsames Zeichen, daß die Bestrebungen der deutschen Arbeiter, worüber wir zu berichten hatten, mehr oder weniger fast sämtlich die Merkmale des Sozialismus und des revolutionären Demokratismus an sich trugen.

Die ersten Kundgebungen der Arbeiter (anfangs der dreißiger Jahre) waren die einzigen, welche in rein demokratischem Sinne geschahen. Alle andern Kundgebungen der Arbeiter verfolgten ohne Ausnahme ein sozialistisches Prinzip. Wo immer Arbeitervereine ins Leben traten, nahmen sie bald eine Wendung zur Sozialreform. Selbst die jungdeutschen Vereine in der Schweiz, von vornherein in feindlicher Stellungnahme zum Kommunismus, gingen doch, als sie sich fast nur aus Proletariern zusammengesetzt sahen, zu einer antikapitalistischen Haltung über.

Und in den Jahren 1848—50 machten alle Arbeitervereine mit den Sozialisten gemeinsame Sache; mit einer, ich möchte sagen, spielenden Leichtigkeit zogen Born und Genossen die Vereine dutzendweise in das Lager des „Verbrüderungs“-Bundes hinüber.

Bloß die Buchdrucker machten eine Ausnahme. Sie beschritten den Weg der Selbsthilfe, ohne sich erheblich um links oder rechts zu kümmern. Ihr[illegible]tionen hatten ihrem Kerne nach rein gewerkliche Tendenzen.

Immerhin zeigte doch das Verhalten des Gutenbergbundes, daß auch er eine größere Teilnahme des Staates für die Arbeiter wünschte, als dieser bisher gezeigt hatte.

Wenn somit die Arbeitervereinsbewegung das wichtige Merkmal des Sozialismus und der Abwendung von der bloß demokratischen Partei aufweist, so befolgte jene Bewegung dabei doch immer die streng demokratischen Prinzipien mit Entschiedenheit. Die kommunistische Propaganda in der Schweiz, diejenige in Deutschland vor 1848, während und nach der Revolution, der Arbeiterbund und gar der Kommunistenbund unter Marx-Engelsscher Führung, sie alle verfochten neben der Sozialreform den revolutionären Radikalismus. Nirgends fand die Sache des letzteren, als es zum Kampfe kam, einen lebhafteren Beifall als in den Arbeitervereinen, nirgends war man mehr bereit, Gut und Blut dafür einzusetzen als in ihnen. Was aber als ganz besonders charakteristisch hervorgehoben zu werden verdient, das ist die allseitige Übereinstimmung, die sich im Ausdruck der revolutionär-demokratischen Gesinnung in den Arbeitervereinen kundgab. Kein einziger von ihnen protestierte dagegen; kein einziger schlug — und sei es auch nur aus Gründen der Opportunität — ein maßvolleres Verhalten vor; ich konnte nicht einmal einen Widerspruch innerhalb eines einzelnen Vereins konstatieren.

Noch ein weiteres Ergebnis der Geschichte der ersten deutschen Arbeiterbewegung ist die Erkenntnis ihrer wesentlich irreligiösen Färbung.

Die ersten Arbeitervereine hatten noch ein „geläutertes" Christentum anerkannt. Weitling hatte schon jede positive Religion abgestreift, aber immerhin sich noch eine Art von Deismus bewahrt. August Becker, welcher nach Weitling die schweizer sozialistische Agitation führte, betonte ebenfalls die Notwendigkeit des Glaubens an Gott, wobei er allerdings (in seiner Rede „Was wollen die Kommunisten?") hinzufügte: daß der alte Herrgott, wenn man darunter den persönlichen Pfaffengott verstände, ein Werk der Menschen sei, darüber seien alle einverstanden; so oft unter den Kommunisten die Rede von diesem Gotte gewesen sei, habe niemals jemand ihm das Wort geredet; auch gäbe es keinen Kommunisten, der zu ihm in die Kirche ginge, „der Geld hergäbe zum Kölner Dombau oder zur Herstellung der abgebrannten Krämerkirchen von Hamburg." Die Arbeitervereine im deutschen Bundesgebiete selber gingen weiter; hier war von Gott absolut keine Rede; die Arbeiterblätter erwähnten nicht dieses Wort. Und dies war vor 1848 wie nachher der Fall.

Gegen die positive Religion und gegen das Priestertum wurde stets

energisch Front gemacht, sobald hiervon die Rede war. Damit im Zusammenhange steht der Beschluß des ersten, allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses, wie auch des maßgebenden schweizer-deutschen Arbeitervereins, den Religionsunterricht aus dem Schulplane zu streichen. Diese Haltung der sozialistischen Arbeiterschaft Deutschlands war nicht zu verwundern, da der eine so große Rolle spielende philosophische Sozialismus, welcher die neue Doktrin in Deutschland eingebürgert hatte, in Anlehnung an Feuerbachs Auflösung der Religion und in Anwendung der Feuerbachschen Prinzipien auf die Sozialpolitik entstanden war. Heß und Grün hatten sich daher auch mit aller Offenheit für den Atheismus ausgesprochen.

Ganz ohne Gleichen aber in der Arbeitergeschichte aller Völker steht die atheistische Propaganda der jung-deutschen Anarchisten.

Diese Anarchisten predigten den Atheismus, und zwar nicht bloß als eine von vielen Thesen ihres Systems, sondern als einen Hauptbestandteil desselben. Populäre Darstellungen der Feuerbachschen Schriften waren Parteibroschüren. Das Parteiorgan „Die Blätter der Gegenwart für soziales Leben" (vom Dezember 1844 bis Juli 1845 erschienen) war zu einem vollen Dritteil mit Räsonnements gegen Gott und Religion angefüllt.

Diese Richtung wurde daher auch in kommunistischen Journalen jener Zeit direkt als „sozial-atheistische" oder als die der „atheistischen Reformer" bezeichnet. Daß eine solche Richtung unter deutschen Arbeitern überhaupt Platz greifen konnte, ist höchst lehrreich.

Und man glaube ja nicht, daß die Pastoren nicht dem entgegenzuwirken suchten!

So gründete der Lausanner Pastor — vermutlich durch die atheistische Agitation erschreckt — einen Arbeiterverein. Aber letzterer brachte es alles in allem auf — 45 Mitglieder. Er bekam den Spottnamen „Pfaffenverein," und bald wollte niemand mehr hineingehen.

Auch die in Berlin und Hamburg unter der Leitung evangelischer Prediger ins Leben gerufenen Arbeitervereine erzielten nur sehr geringe Erfolge.

Überhaupt ist an der ersten deutschen Arbeiterbewegung merkwürdig, daß nirgends Priester — nicht einmal ehemalige Priester — die sozialistische Reform in die Hand zu nehmen suchten. Waren doch sonst alle Berufe vertreten! Gelehrte, wie z. B. Marx und Grün, Kaufleute, wie z. B. Engels und Weerth, Offiziere, wie z. B. Anneke und Willich, selbst Schauspieler, wie z. B. Heinrich Börnstein, mit einem Wort: Ver-

treter aller Berufszweige befanden sich damals im Vordertreffen der extremen sozialen Bewegung, — nur Priester nicht.

Und das ist umso auffallender, als man bei den Anfängen des sozialen Kampfes aller andern Länder Priester auf Seiten der Arbeiter thätig finden kann. So sieht man in Frankreich den Abbé Lamennais, den Abbé Pecqueur, den Abbé Constant die Fahne des Proletariats ergreifen; so sieht man in England im Prediger Stephens den vielleicht fanatischsten Vorkämpfer des sozialistischen Chartismus.

Wir müssen ferner noch auf den ausgesprochen internationalen Charakter aufmerksam machen, den die erste deutsche Arbeiterbewegung hatte.

Alle die leitenden Geister, Weitling und August Becker, Marr und Döleke, Heß und Grün, Marx und Engels, Born u. s. w., — sie alle hoben, wo nur irgend möglich, mit Nachdruck hervor: daß die Kriege ein Unding seien, daß die Völker in Zukunft eine große Verbrüderung bilden sollten, und daß schon jetzt der Befreiungskampf des Proletariats international geführt werden müßte.

Ein weiteres Merkmal der geschilderten Bestrebungen des vierten Standes liegt in dem Umstande, daß sie immer auf Zentralisation zielten.

Die erste größere Propaganda gruppiert sich um Weitling; die deutsche Agitation sammelt sich um Heß und seinen „Gesellschaftsspiegel"; die hunderte von Arbeitervereinen der Jahre 1848—1850 erkennen eine zentrale Leitung in dem Leipziger Komitee an.

Bevor wir diese Charakteristik des Geistes der sich selbständig mit öffentlichen Dingen befassenden deutschen Arbeiter schließen, haben wir auf eine Ausnahme hinzuweisen. Diese Ausnahme ist der deutschschweizerische Arbeiterstand, wie er damals durch den Grütliverein repräsentiert wurde. Der Grütliverein, in einem liberal geordneten Gemeindewesen sich entwickelnd, verfolgte durchaus nicht so radikale Tendenzen wie die Arbeiter des stammverwandten Nachbarreiches; jeden Schritt that er mit Vorbedacht und Behutsamkeit, er zeigte alles andere eher als die revolutionäre Energie der politisierenden Arbeiter aus dem deutschen Bundesgebiete. Auch von feindlicher Stellungnahme gegen die Religion hielt er sich frei.

Schließlich wies er auch darin seinen von den anderen Arbeitervereinen verschiedenen Charakter auf, daß er absolut keine Zentralisationsgelüste in sich spürte. Er wollte nicht mit der Verbrüderung in Deutschland oder mit anderen Arbeitervereinen in Konnex treten, sondern hinwirkte

durchaus nichts anderes, als unter den schweizer Bürgern Anhang zu finden.

Ein kurzer Blick auf die Arbeiterbewegung seit Lassalle mag zeigen, inwiefern deren geistige Signatur sich in den besprochenen Punkten im Verhältnis zu der ersten Bewegung gleich geblieben ist oder anders gestaltet hat.

Die Arbeiterbewegung seit den 60er Jahren kann nicht als so ausnahmslos demokratisch-sozialistisch bezeichnet werden, wie diejenige der 40er Jahre.

Man wird vielmehr, um zu einem richtigen Urteile zu gelangen, zwischen der protestantischen und der katholischen Bevölkerung Deutschlands unterscheiden müssen.

In den katholischen Gebietsteilen Deutschlands hat die Arbeiterbewegung einen christlich-sozialen Charakter angenommen. Weder hört man hier extreme sozialistische noch extreme politische Forderungen. Wohl aber ist man eifrig auf Wahrung des Glaubens bedacht. Daher haben die christlich-sozialen Arbeiter auch ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie — selbst in gewerkschaftlichen Dingen — möglichst vermieden.

Die Arbeiterbewegung in den katholischen Distrikten Deutschlands nimmt mithin eine ganz besondere Stellung ein. Sie hat ihr eigentümliches religiös-sozialreformatorisches Gepräge, welches grundsätzlich verschieden — und zwar fast in allen Hauptpunkten sozialer und politischer Stellungnahme verschieden — ist von dem Wesentlichen der Emanzipationsbestrebungen des übrigen deutschen Proletariats der Gegenwart.

Hier ist natürlich nicht der Ort zur Kennzeichnung der fraglichen christlich-sozialen Erscheinungen. Nur soviel sei bemerkt, daß nur in einigen größeren Städten die Sozialdemokratie bei den katholischen Arbeitern Eingang gefunden hat: vor allem in München, Köln und Mainz.

Von einer Änderung der Richtung in den Tendenzen des vierten Standes — soweit er katholisch — seit den 40er Jahren kann man nicht eigentlich sprechen. Denn wenn auch damals keine katholisch-soziale Bewegung existierte, so fanden doch unter den Arbeitern genannter Konfession die radikal-sozialistischen Bestrebungen fast gar keinen Anklang. Nur etwa die Städte Köln, Trier und Bielefeld machten hier eine Ausnahme.

Faßt man nunmehr die protestantischen Teile Deutschlands — also

vier Fünftel desselben, die zudem noch in industriell-sozialer Hinsicht von relativ größerer Bedeutung sind — ins Auge, so ergiebt sich eine merkwürdige Ähnlichkeit in gewissen Hauptzügen der ersten Arbeiterbewegung und der folgenden.

Zunächst ist diese wie jene weitaus überwiegend demokratisch-sozialistisch.

Zwar haben seit Anfang der 60er Jahre der Liberalismus wie auch der Konservativismus alle möglichen Versuche gemacht, um das Proletariat auf ihre Seite zu bringen. Aber der letztere hat bisher noch gar keine Erfolge zu verzeichnen (es giebt meines Wissens im ganzen deutschen Reiche nicht einen einzigen konservativen Arbeiter-Verein!). Der Liberalismus brachte zwar eine Gewerkvereins-Organisation zu stande, jedoch zählte dieselbe nach fünfzehnjähriger reger Agitation noch nicht einmal 24 000 Mitglieder und hat es erst im Jahre 1883 in mittelbarer Folge des Krankenkassengesetzes auf dreißig und einige Tausend Mitglieder gebracht. Jedenfalls hat der Liberalismus die Arbeiterbestrebungen nur lokal in Händen. In allen ausschlaggebenden, ja, in allen größeren Industrieorten beherrscht die Sozialdemokratie die Arbeiterwelt unbestritten. Diese Thatsache ist so bekannt, so zweifellos, daß wir hier bloß auf sie kurz hinzuweisen brauchen.

Man sieht also, die große Arbeiterbewegung der Gegenwart in (dem nicht-katholischen) Deutschland hat den Hauptgrundzug der ersten Arbeiterbewegung, den extremen demokratisch-sozialistischen Charakter bewahrt.

Jene zeigt auch — ähnlich wie diese — ein ungestümes, revolutionäres Drängen.

Schon der Umstand, daß in der Führung der Arbeiterpartei gerade jene Elemente aus der früheren Arbeiterbewegung zur Geltung gekommen sind, welche — wie Kapitel II, IV und V unserer Darstellung erweisen — eine ganz extreme revolutionäre Gesinnung an den Tag legten, schon dieser Umstand läßt vermuten, was wir in diesem Punkte in der heutigen Sozialdemokratie zu finden haben.

Faktisch hat sich dieselbe auch als eine durchaus revolutionäre Partei gezeigt — ihr schwerster und unverzeihlichster Grundfehler!

Daß die Sozialdemokraten auch mit der Religion nichts zu thun haben, ist bekannt. Eine direkt der Religion feindliche Agitation ist allerdings nur einmal von ihnen betrieben worden: in Berlin im Jahre 1878 als Antwort auf die Versuche des Hofpredigers Stöcker, die Arbeiter in das christlich-soziale Lager hinüberzuziehen. Im übrigen zeigt das genaue Studium der Arbeiterpresse, daß dieselbe mindestens der positiven Religion ungünstig gesinnt ist.

Im Zusammenhange damit steht wohl die Thatsache, daß die sozialdemokratische Propaganda — ebenso wie die kommunistische der 40er Jahre — niemals von einem Priester unterstützt worden ist. Und das ist umso bemerkenswerter, als sich an ihr Mitglieder aller anderen Berufszweige ohne Ausnahme beteiligt haben. Gelehrte Forscher (z. B. Lassalle), Juristen, (z. B. v. Schweitzer), Architekten (z. B. Demmler), Philologen (z. B. Rohleder), Ärzte (z. B. Jacoby), Apotheker (z. B. Lutz), Offiziere (z. B. v. Hofstetten), Kaufleute (z. B. Singer), Rentiers (z. B. Rittinghausen) u. s. w. — haben im Vordertreffen des Emanzipations-Kampfes des vierten Standes gestanden: nur der Priesterstand lieferte keinen einzigen Offizier zur Arbeiterarmee.

Der internationale Charakter der proletarischen Bestrebungen, welcher schon zu Zeiten des Kommunistenbundes unverkennbar gewesen war, ist gegenwärtig zu noch entschiedenerem und unbedingterem Ausdrucke gelangt.

Ebenso ist die Zentralisationstendenz, welche wir bei der ersten Arbeiterbewegung wahrgenommen hatten, auch in der jetzigen realisiert worden.

In Deutschland bilden die drei Richtungen, welche in der Arbeiterwelt überhaupt zur Erscheinung gelangt sind, drei festgeschlossene Ganze: die katholisch-soziale, die (liberalisierend-) gewerkvereinliche und die sozialdemokratische.

Und dieses Kriterium der Zentralisationstendenz ist wieder eines der Merkmale, welche die deutsche Proletarier-Bewegung von denen anderer Völker unterscheiden. Man denke nur an Frankreich, wo es eine ganze Anzahl von Arbeitergruppen giebt und wo es vor allem die extremen Sozialisten — noch nicht einmal zu einer — wenn auch noch so losen — Partei-Zusammenfassung gebracht haben.

Merkwürdigerweise sind die speziell im Buchdruckergewerbe beschäftigten Arbeiter — ganz wie am Ende der 40er Jahre — unabhängig vom übrigen Proletariat ihren Weg gegangen. Ihre Tendenzen sind durch einen gewissen selbständigen Charakter ausgezeichnet. Eine Neigung des großen, seit 1865 bestehenden Buchdruckerverbandes zur Stellungnahme im sozialistischen Sinne ist zwar unverkennbar. Indes hat er sich wohl gehütet, ein bloßes Anhängsel der Arbeiterpartei zu werden. Er ist daher auch im Jahre 1878, als alle von Sozialdemokraten geleiteten Gewerkschaften dem Schicksale der polizeilichen Auflösung auf Grund des Sozialistengesetzes verfielen, von den Behörden geschont worden.

Endlich sei noch darauf hingewiesen, daß, wie vor 40 Jahren, die

schweizer Arbeiterbestrebungen auch noch heute eine von den deutschen differierende Gestaltung angenommen haben.

Der Grütliverein existiert noch immer als mächtigster schweizerisch-nationaler Arbeiterverband. Sein Bestand konnte durch die seitdem so oft in Angriff genommene sozialdemokratische Agitation in der Schweiz nicht wesentlich erschüttert werden. Er verfolgt gegenwärtig allerdings mehr wie früher soziale Ziele und zwar solche, die in der Richtung des Sozialismus liegen; er kann aber durchaus nicht mit der Sozialdemokratie auf eine Linie gestellt werden. Äußerlich giebt sich das auch darin kund, daß sein publizistisches Organ „Der Grütlianer" nicht auf die durch das Sozialistengesetz geschaffene Proskriptionsliste gesetzt ist, und daß demgemäß sein Eintritt in das deutsche Bundesgebiet keine obrigkeitliche Hemmnis findet[1]).

Wir beenden diese Parallele der zweiten deutschen Arbeiterbewegung mit der ersten, indem wir nochmals auf den sich aus unserm prinzipiellen Standpunkte ergebenden Schluß hinweisen: auch falls man die erste im allgemeinen in gewissen Hinsichten günstig beurteilt, braucht man die folgende, selbst wenn sie in allen Stücken dieselben charakteristischen Gesichtszüge aufwiese, nicht ebenso zu beurteilen. Sondern man wird sagen: **je mehr die soziale Frage der Inangriffnahme ihrer Lösung entgegengeht, desto abweisender wird das Urteil gegenüber gleichzeitigen extrem-sozialistischen Bestrebungen ausfallen müssen.**

8. Im vorigen ist auf den politischen Radikalismus der ersten sozialen Arbeiterbewegung hingewiesen worden.

Im Zusammenhange damit steht die Thatsache, daß die hervorragenderen Vertreter des Sozialismus sehr oft, bevor sie sich dem letzteren zuwandten, überzeugte Anhänger der Demokratie gewesen waren; ja manchmal läßt sich der massenweise Übertritt von der Demokratie zum Sozialismus verfolgen.

So waren Georg Büchner, August Becker, Karl Schapper, Sebastian Seiler, Julius Treichler, Franz Stromeyer, Karl Grün, Karl Marx und andere ursprünglich Demokraten; so entstand der eine so große Rolle spielende Kommunistenbund aus dem demokratischen Bunde der Geächteten durch einen Ausscheidungsaustritt aus dem letzteren.

[1]) Der Schweizerische Grütliverein hat, nach seinem neuesten Jahresberichte, gegenwärtig 8148 Mitglieder, die sich auf 200 Sektionen verteilen.

Diese Herausringung des Sozialismus aus der Demokratie kann man auch in andern Ländern beobachten.

Man vergleiche z. B. die babouvistische Verschwörung in Frankreich. Alle die hervorragenden Babouvisten waren Demokraten gewesen: so Babeuf selber, ferner Darthé, Buonarotti, Antonelle, Felix Lepelletier, Julien de la Drome u. s. w.

Auch gegen Mitte der 30er Jahre (unseres Jahrhunderts) waren es radikale Demokraten, welche bei Einführung der kommunistischen Ideen in Frankreich sofort für dieselben gewonnen wurden.

Ebenso ist in England die erste sozialistische Massenbewegung in Anlehnung an die politisch-radikale Partei entstanden.

Ist somit die Demokratie eine Brücke, welche wenigstens manchmal zum Kommunismus führt, so ist dieser darum doch nicht besonders gut auf jene zu sprechen.

Im grunde wird die demokratische Partei von den Theoretikern der geschilderten Arbeiterbewegung als Bourgeois-Partei betrachtet. Daher wollen auch weder Weitling noch Heß und Grün noch auch Marx, Engels und Born etwas von ihr wissen. Diese Sozialisten hielten die Demokratie höchstens für einen Schritt über die alte Ordnung hinaus, und sahen sich durch Erfüllung der radikalen Forderungen insofern einen Schritt näher zum Sozialismus: für einen wirklichen Fortschritt wurde die Demokratie von keinem jener Sozialreformer gehalten.

Übrigens ergab die Situation überall da, wo wirklich etwas auf dem Spiele stand, ein eifriges Zusammengehen der beiden Richtungen. In den Jahren 1848—1849 waren die sozialistischen Arbeiter bei jeder Gelegenheit bereit, für das demokratische Programm ins Feld zu rücken; jeder wirkliche Kampf — der März 1848, der Mai und Juni 1849 — fand die Sozialisten an der Seite der Demokraten.

9. Es kann natürlich nicht unsere Aufgabe sein, in vorliegender Schrift an den in der ersten deutschen Arbeiterbewegung maßgebend gewesenen Theorien eine detaillierte Kritik zu üben. Immerhin ist doch ein gewisses kritisches Eingehen auf die allgemeinen Ziele und Wege, welche jene Theorien dem Proletariate wiesen, angebracht.

Wir haben hier vor allem drei Doktrinen zu berücksichtigen: diejenigen von Weitling, Heß und Marx.

Was den von Weitling mittelst Schrift und Wort so eifrig verteidigten Idealstaat anlangt, so enthält derselbe mehrere fundamentale

Mängel, welche hinreichen, anstatt der gehofften sozialen Harmonien nur monströse Dissonanzen zu schaffen.

Die Arbeitsorganisation der Zukunft beruht bei Weitling auf dem Prinzipe der (bloßen) Zeit-Arbeitsstunde. Die nach Sonnenzeit vollbrachte Arbeit (und nicht etwa ein bestimmtes Quantum an Produkten) genügt, um eine hinreichende Portion Lebensmittel zu erhalten; die nach Sonnenzeit vollbrachte Arbeit genügt auch zum Anteil an den Luxusprodukten. Dem gegenüber müssen wir aber sagen: wenn man nach Sonnenzeit mißt, so hat man gar nichts zu verteilen. Dieses System ist nur eine Prämie auf die Faulheit. Wenn es gar nicht darauf ankommt, wieviel jemand innerhalb einer Zeit arbeitet, so wird er wahrscheinlich möglichst wenig leisten. Auf diese Weise bewirkt die Gemeinschaft nur die Ausbeutung des Fleißigen und Begabten durch den Faulen und Dummen, l'exploitation du fort par le faible, wie Proudhon gesagt hat. Aber der Fleißige wird sich nicht ausbeuten lassen, und so wird auch er nichts thun. Die Produktion wird auf ein Minimum herabsinken.

Man sieht: Weitling ist ein Utopist.

Der angeführte Grundfehler ist nicht der einzige der vorgeschlagenen Zukunftsgesellschaft.

So soll in ihr von allen notwendigen und nützlichen Genüssen d. h. von allen, die irgendwie allgemein sind, jedem die gleiche Ration zugeteilt werden. Zwar wird damit nicht gemeint, daß nun ein jeder im sozialen Weltreiche das (absolut) gleiche Quantum an Brot, Fleisch u. s. w. erhält, es soll vielmehr auf die Bedürfnisse und Gewohnheiten der einzelnen Distrikte Rücksicht genommen werden. Weitling will also eine Verteilung der allgemein gebrauchten Produkte nach den „vernunftgemäßen" Bedürfnissen, wie es das Gothaer Programm der deutschen Sozialdemokratie formuliert. Im Prinzip wird dadurch wenig gemildert. Die Hauptsache ist und bleibt: der einzelne soll sich im Sozialstaate seine Lebensmittel nicht nach Belieben aussuchen dürfen, sondern er erhält sie von der Obrigkeit zugeteilt. Damit wird die ärgste Beschränkung der Hauswirtschaft, die schlimmste Tyrannei über alle verhängt.

Seinem abstrakten Gleichheitsprinzipe zuliebe führt Weitling in den Sozialstaat auch die Institution der Kommerzbücher ein, womit wiederum eine nicht geringe Beschränkung der Freiheit verbunden ist.

Jeder muß stets bei der durch einen Arbeitsschein notwendigen Erlangung irgend eines Genusses, sei derselbe auch noch so geringfügig, sein Porträt und Signalement vorzeigen, damit der über die betreffenden Genußmittel verfügende Beamte den Inhaber des Arbeitsscheines als

mit der vor ihm stehenden Person identisch erkennen könne. Diese schwerwiegende Belästigung geschieht, um das Verbot des Verschenkens, Verspielens und Vererbens besser durchführen zu können. Durch dieses Verbot soll nämlich der Störung der Gleichheit der Einkommen vorgebeugt werden.

Weitling opfert, wie man sieht, überall die Freiheit des Individuums, welche mit Recht als höchstes Gut geschätzt werden muß, dem Ideale der Gleichheit, das er sich zurechtgeschnitzt hat.

Aus demselben Grunde erklärt unser kommunistischer Theoretiker und Agitator alle Kommerzbücher nach Verlauf eines Jahres für ungiltig; infolge dessen sind dann die noch im Privatbesitze befindlichen Anweisungen auf „angenehme" Genüsse wertlos.

Weitlings Gleichheitsprinzip hat noch andere Verkehrtheiten zur Folge.

Da für jede Stunde Arbeitszeit, gleichviel in welchem Fache sie geleistet wird, gleichviel Lohn gezahlt wird, so ist es natürlich, daß alles sich zu den leichten und angenehmen Geschäften drängen wird. Um dem vorzubeugen, bestimmt Weitling, daß, je größer der Andrang zu einem Gewerbszweige werde, desto schwerer das Zulassungsexamen gemacht werden solle. Die Folge davon müßte aber sein, daß die Fähigsten in den leichtesten Fächern und die Dümmsten in den schwierigsten untergebracht würden, während doch das umgekehrte stattfinden sollte: daß nämlich, je schwerer ein Geschäft, desto befähigter der Geschäftsmann sein müsse.

Wir glauben, diese kritische Beleuchtung einiger Hauptpunkte der Weitlingschen „idealen" Gesellschaftsorganisation zeigt zur Genüge, daß letztere nur in der Idee existieren kann, niemals aber in der Wirklichkeit.

Weitling wird mithin zu den Utopisten gerechnet werden müssen, — so mancherlei auch für seine Bedeutung für die Entwicklung des Sozialismus geltend gemacht werden kann.

Die Mittel, durch welche Weitling seinen idealen Zustand herbeizuführen hofft, bilden wohl den am allerwenigsten wissenschaftlich fundierten Teil seines Systems.

Sie lehnen sich vornehmlich an Babeufs Pläne an. Wie Babeuf will auch Weitling die Armen bei den Reichen einquartieren; wie der Franzose will unser Sozialist sofort eine nationale Gemeinschaft einrichten, der alle Beamten (der Zukunft) eo ipso angehören, u. s. w.

Originell ist hingegen Weitlings offen ausgesprochene Meinung: die Sozialisten müßten die bestehende Unordnung nach Möglichkeit befördern, um das Volk desto unzufriedener und aufrührerischer zu machen.

Zeigen die nach dem Vorbilde Babeufs angegebenen Projekte mehr wie deutlich, daß alles andre eher als eine soziale Reformthätigkeit im Sinne Weitlings lag, so ist unser Agitator durch die zuletzt angeführte Idee der Unterstützung des Schlimmen einfach als Politiker der Bosheit — wenn ich so sagen darf — enthüllt.

Mit solchen extremen — um mich eines milden Ausdrucks zu bedienen — Ansichten, konnte man nicht allzuweit kommen. Über sie mußte die soziale Geschichte zur Tagesordnung übergehen; und der Erfinder jener Ansichten mußte von der Bühne verschwinden, wenn er späterhin nichts Besseres zu sagen wußte.

Die Unreife, welche aus Weitlings Ansichten spricht, wird allerdings nicht Wunder nehmen können, wenn man eingedenk ist, daß die von ihm geleitete Bewegung die erste Arbeiter-Massenpropaganda auf deutschem Boden darstellt. Dieser letztere Umstand reicht andrerseits auch hin, um Weitling — trotz der gekennzeichneten, ungeheuerlichen Auswüchse seiner Doktrin — als eine nicht unwichtige, historische Persönlichkeit erscheinen zu lassen. —

Heß' Theorie stellt prinzipiell das grade Gegenteil derjenigen Weitlings dar.

Wenn letzterer das Gleichheitsprinzip möglichst absolut faßt und ihm alles, besonders die Freiheit des Individuums opfert, so erkennt Heß umgekehrt bloß die souveräne, freihandelnde Persönlichkeit an und er geht darin soweit, daß er zum Absurden gelangt.

Jede Thätigkeit ist eine sklavische, ist „eine Last oder ein Laster", wenn sie nicht um ihrer selbst willen, — weil sie an sich den Thätigen befriedigt — unternommen wird! Man ist hungrig und arbeitet, um mit dem erhaltenen Produkte den Hunger zu stillen: man handelt, nach Heß' Ansicht, unsittlich! Man arbeitet, um geistige oder sonstige Genüsse zu erlangen: man handelt, nach Heß, unsittlich! Es giebt nur eine „wahre" Thätigkeit, das ist die Thätigkeit, die ihren Lohn in sich selbst findet und daher um keines außerhalb ihrer liegenden, wenn auch noch so schönen Zieles unternommen wird.

Auf der Basis des angegebenen, unsäglich verkehrten Prinzips hat Heß die Grundlinien seiner sogenannten „organischen Sozialzustände" gezeichnet.

Diese Grundlinien geben an Einfachheit und — Kindlichkeit jenem Prinzipe nichts nach. Jeder steuert zur Produktion soviel als er will, jeder entnimmt zur Konsumtion soviel als er will!

Das ist der Stein der Weisen, den Heß gefunden hat.

Heß geht wirklich und im eigentlichen Sinne des Wortes davon aus, daß die Menschen nächstens vollkommen wie Engel sein werden.

Und Karl Grün — ein Mann von unleugbar nicht geringer geistiger Kraft — verfocht nicht nur eine auf dasselbe hinauslaufende Theorie, sondern sprach noch öffentlich, in seinem Hauptwerke, die mit solchem System allerdings einzig verträgliche Meinung aus, daß in Zukunft vielleicht die Kinder bis zum 15. Jahre den gesamten Hausbedarf von heute decken könnten, und dazu noch „im Spiel zur Zerstreuung"!

Im Verhältnis zu dem mißgestalten Zukunftsstaat nehmen sich die nächsten praktischen Ziele, welche Heß aufstellte, noch leidlich rationell aus.

Allgemeines und gleiches Stimmrecht für ein in allen wesentlichen Dingen entscheidendes Parlament, Errichtung von Nationalwerkstätten und vor allem Verbesserung der Erziehung, — das waren die hauptsächlichen Forderungen von Heß.

Zwar zeigte sich auch hierbei ein erhebliches Stück Utopismus, indem Heß z. B. von der Erziehung das Resultat erwartete, daß schon die nächste Generation aus „wahren" Menschen — das heißt aus Engeln — bestehen würde: eine Idee, die man schon durch den Hinweis auf den Mangel an einer auch nur annähernd genügenden Anzahl geeigneter Erzieher auf ihren wahren — nämlich Null- — Wert reduziert.

Aber nichtsdestoweniger — das muß zugestanden werden — war das Heßsche Programm doch ein solches, welches eine Arbeiteragitation im Gebiete des deutschen Bundes gestattete.

Und die Erwägung dieses Moments, daß Heß es gewesen ist, welcher ein sozialistisches Programm aufstellte, auf Grund dessen in Deutschland eine Propaganda für den Sozialismus ins Leben gerufen werden konnte, — die Erwägung dieses Moments zeigt immerhin eine gewisse Befähigung Heß' für die sozialistische Praxis. Daß er sich dann auch noch im engeren Sinne als tüchtiger Redakteur für ein Volksblatt bewies, haben wir bereits oben zu bemerken Gelegenheit gehabt.

Grundsätzlich verschieden von den Theorien eines Weitling und Heß ist das Marx-Engelssche System.

Dasselbe giebt prinzipiell nichts Näheres über die Organisation des Zukunftsstaats an. Hierüber wird nur ganz allgemein gesagt, daß das Kapital der Gesamtheit gehören und von ihr zur Produktion verwendet werden wird; daß es daher nicht — wie heute — zur Ausbeutung eines Teils (oder gar der übergroßen Mehrzahl) der Gesellschaft wird verwendet werden können, wie überhaupt der Gegensatz zwischen herrschender und beherrschter Klasse aufgehoben werden wird.

Mit der Umwälzung der ökonomischen Verhältnisse wird dann auch eine Umwandlung in allen sonstigen hergebrachten Anschauungen und Traditionen und Begriffen sich vollziehen, — gemäß dem Grundsatze, daß die wirtschaftliche Ordnung den bestimmenden Unterbau für die Gestaltung aller nicht-wirtschaftlichen Elemente abgiebt.

Dieser letzte Satz weist auf die „materialistische Geschichtstheorie" hin, welche unmittelbar noch den Effekt haben soll, die Einsicht in den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß zu begründen.

Man erkennt nämlich durch jene Theorie, daß die ganze bisherige Geschichte nur eine Reihe von Klassenkämpfen ist, daß die Form der Klassenkämpfe die ganze politische, rechtliche u. s. w. Struktur der Gesellschaft bestimmt, daß jede soziale Stufe ebensosehr ein Entwicklungsresultat der vorhergehenden Stufe ist, wie sie auch andererseits aus sich selbst heraus notwendig den Übergang zu einer weiteren Stufe bewirkt.

Zufolge dieses Systems kann man die bestehende Volkswirtschaft nicht in eine beliebige sozialistische Konstruktion hinüberleiten. Es kann kein Individuum mit seiner Erfindungsgabe der Welt etwas nützen, und es ist daher die Einbildung der sozialistischen Utopisten, als hätten sie — wären sie nur 500 Jahre früher geboren — mit ihren Beglückungsrezepten der Welt auch 500 Jahre Leiden ersparen können, grundsätzlich falsch. Das industrielle Regime muß vielmehr seinen Höhepunkt erreichen, es muß aus sich selber heraus die Kräfte gebären und zur Reife bringen, welche dasselbe schließlich mit unwiderstehlicher Gewalt sprengen und weiter bilden müssen.

Der Sozialismus ist, nach dieser Theorie, somit das notwendige Produkt der modernen ökonomischen Verhältnisse; je mehr sich die letzteren ausrecken, je mehr sie alle in ihnen liegenden Konsequenzen zum Ausdruck bringen, je mehr sie infolgedessen zur Katastrophe drängen, zum Zusammenbruch des Bestehenden treiben, — desto passendere und gesündere Formen nimmt auch der Sozialismus an. Seine beste Form ist natürlich diejenige, die von den Erfindern der hier rekapitulierten Doktrin verteidigt wird. Daß sie jetzt (Ende der 40er Jahre!) gefunden ist, ist kein Zufall, sondern hängt mit dem in nächster Zeit zu erwartenden Siege der von sozialistischen Ideen erfüllten Arbeiterklasse zusammen.

Dieser Ideenkomplex von Marx und Engels steht unleugbar auf einer unvergleichlich höheren Stufe wie der vorhergehende deutsche Sozialismus, ja wie der ganze frühere Sozialismus überhaupt. Mögen auch viele der einzelnen Ideen sich bei diesen oder jenen Autoren vor Marx und Engels vorfinden: die Zusammenfügung und Gestaltung zu

einem System und ebenso die prinzipielle Betonung der betreffenden Hauptpunkte muß als durchaus originell bezeichnet werden und verleiht an sich schon unsern beiden Autoren eine epochemachende Bedeutung für den Sozialismus, ja für die gesamte Sozial-Wissenschaft. Denn jenes System bedeutet u. E. einen sehr großen und wichtigen Schritt zur Einsicht in den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß, wenn es auch lange nicht in allem richtig ist.

Zugleich haben sich Marx und Engels auf die denkbar schlaueste Weise einer Kritik des Sozialstaats zu entziehen gesucht. Indem sie über den letzteren nichts angaben als einige Allgemeinheiten — die Aufhebung der Klassen und die Vernichtung der Ausbeutung durch den Gemeinbesitz des Kapitals — ist der Kritik die Sache außerordentlich schwer gemacht. Man kann sich nicht an irgend welchen bestimmten Grundriß halten, den man einer näheren Prüfung unterwerfen könnte; man kann, wenn man objektiv sein will, nur das zur Grundlage der Beurteilung nehmen, was in allen irgend möglichen Realisierungsversuchen des extremen Sozialismus notwendigerweise vorkommt.

Die einzige Form des Sozialstaates aber, die wir möglich halten, — will man nicht dem entsetzlichsten Staatskommunismus zum Opfer fallen, gegen den die orientalischen Despotien wahre Freiheitsstaaten wären — ist diejenige, in welcher die Produktion in den Händen von Arbeiter-Assoziationen liegt (welch letztere natürlich mehr oder weniger unter der Oberaufsicht der Gesellschaft stehen, — ein hier nicht in Betracht kommendes Moment). Es entsteht mithin die Frage: sind Arbeiter-Assoziationen, als normale Form der Produktion gedacht, auch nur leidlich produktiv? Die Antwort darauf läßt sich nach den bisherigen Erfahrungen u. E. dahin formulieren: wenn die Arbeiter ein gewisses intellektuelles Niveau besitzen, sodaß die Einzelnen nicht dem kurzsichtigen Egoismus verfallen, sich selber möglichst von der Arbeit freimachen zu wollen, sondern daß sie stets dessen eingedenk sind, wie ihre Assoziation nur bei angestrengter Arbeit aller gedeihen kann, — wenn das Gros der Arbeiter ein solches intellektuelles Niveau besitzt, aber auch nur in diesem Falle, ist die Assoziation als normale Produktionsform dauernd haltbar.

Ist aber ein solches Niveau heute oder auch nur in absehbarer Zeit von der Masse der Arbeiter zu erwarten? Nach unserem Dafürhalten keineswegs, wenn auch andererseits der Zug der Zeit, wie überhaupt die kulturelle Entwicklung unleugbar dahin drängt, den Stand des Intellekts der Masse zu heben. Wann aber ein solcher Grad erreicht

werden wird, daß die besprochene Folge eintreten kann, das vermag bei der bedeutenden Entfernung vom Ziele u. E. heutzutage niemand zu erkennen.

Ist dieses Räsonnement aber richtig; so kann man auch nicht den Sozialstaat in nahe Aussicht stellen, wie dies Marx und Engels thun. Dann darf man aber nicht, wie sie, die Fakta der Gegenwart mit Rücksicht darauf beurteilen, ob sie nur der Herrschaft des Kommunismus Vorschub leisten, denn die Herrschaft selbst des modifizierten Kommunismus ist in eine so unmeßbar weite Entfernung gerückt, daß mit diesem Faktor praktisch gar nicht gerechnet werden kann.

Marx und Engels erwarteten, daß in denjenigen Ländern, in welchen die Bourgeoisie noch nicht herrschte, zunächst die letztere ans Ruder gelangen würde, um alsdann nach Verlauf einer kurzen Frist von einer siegreichen internationalen proletarischen Revolution verdrängt zu werden.

Die ökonomischen Maßregeln, welche für diesen Fall in Aussicht gestellt wurden, sind, vom wissenschaftlichen Standpunkte betrachtet, äußerst dürftig. Abschaffung des Erbrechts, Expropriation des Grundeigentums, Vermehrung der Staatsfabrikation, gleicher Arbeitszwang für alle, — das sind die Hauptmaßregeln, welche in ihren weiteren Konsequenzen in das gelobte Land des extremen Sozialismus führen sollen.

Wenn man von der Ansicht ausgeht, daß ein Sozialstaat binnen kurzer Zeit möglich ist, — wie dies ja Marx und Engels thatsächlich meinten — dann mögen die angeführten wirtschaftlichen Mittel gerechtfertigt sein, indem sie einen ökonomisch so unhaltbaren Zustand erzeugen, daß man allseitig den Sozialstaat fordert und ihn daher möglichst schnell einrichtet.

Huldigt man aber nicht jenem — unseres Erachtens kolossal-optimistischen und durch nichts gerechtfertigten, im Gegenteile aber durch die Logik und die Thatsachen widerlegten — Glauben an die baldige Realisierung des Kommunismus, so wird man die von Marx und Engels — zum Teil nach dem Muster Babeufs und der andern vor-48er Sozialisten — ausgeheckten Projekte als gänzlich verfehlt verwerfen müssen. Der Hinweis auf die Folgen, wenn z. B. in der bestehenden wirtschaftlichen Ordnung das Erbrecht aufgehoben würde, genügt, um einer weiteren Kritik derartiger Vorschläge zu überheben.

Von wie schlimmem Einflusse die trügerische Hoffnung auf die baldige Durchsetzung des idealen Gemeinwesens auf die Gestaltung der unmittelbaren praktisch-sozialpolitischen Haltung ist, zeigt ganz besonders das Beispiel von Marx und Engels.

Nirgends traten sie — in jener von uns betrachteten Zeit — für Reformen ein, die wirklich dazu hätten dienen können, die Lage der ar-

beitenden Klasse zu bessern. Die Forderung des gesetzlichen Maximalarbeitstages, welche doch für die Marxsche Theorie nach ihrer kritischen Pointierung der Übermacht des Kapitals so nahe liegen mußte und späterhin auch wirklich von der fraglichen Seite erhebliche Förderung erhielt, wurde von jenen Autoren damals nirgends — weder in der Neuen Rheinischen Zeitung noch innerhalb des Kommunistenbundes — aufgestellt. Nur ganz nebenbei wird im kommunistischen Manifeste darauf hingewiesen, daß die Fabrikarbeit der Kinder in ihrer heutigen Form aufhören müsse; aber auch dies soll nicht etwa in der modernen Volkswirtschaft zu erreichen gesucht werden, sondern erst dann, wenn nach einer siegreichen Revolution das Proletariat der maßgebende Faktor in der Gesellschaft geworden ist!

Daß ohne Aufstellung extremer Ziele in jener Zeit keine Arbeiterbewegung hätte zustande gebracht werden können, ist bereits hervorgehoben worden; daß mithin von dem sozial-historischen Standpunkte aus jene extremen Momente sehr erklärlich sind, leuchtet darnach von selbst ein. Aber immerhin hätte doch auch eine extreme Agitation, wenn sie günstig beurteilt werden soll, den Bedürfnissen der Zeit entgegenkommen müssen. In der bedeutendsten Bewegung, welche zu konstatieren war, — in derjenigen, welche sich um den Arbeiterbund „Verbrüderung" gruppierte — sind auch wirklich Ansätze zu einer wahrhaft sozialen Reformbewegung vorhanden. Marx und Engels aber dachten in ihrer Verblendung — wenigstens in der hier betrachteten Periode — nur an die gewaltsame Revolution und an die rapide und totale Umwälzung der ganzen Gesellschaft: in vollständigster Verkennung der sozialen Entwicklungsgesetze, welche grade für die Herausbildung eines den Bedürfnissen des vierten Standes entsprechenden Zustandes eine lange, friedliche Reformarbeit verlangen! —

Born erstrebte ebenso wie Marx und Engels den sozialen Staat ohne privates Kapitaleigentum und ohne Klassen.

Das Mittel, das hierzu führen sollte, bestand in der allgemeineren Durchführung des Arbeiterassoziations-Prinzips und zwar sowohl für die Produktion im engeren Sinne als auch für den Handel. Die hierzu notwendigen Kapitalien sollten teils durch einen vom Staate gewährten Kredit teils auf dem Wege privater Ersparnis zusammengebracht werden.

Diese Idee der Überführung der heutigen Gesellschaftsordnung in die sozialistische durch die mit den privaten Wirtschaften frei konkurrierenden Arbeiterassoziationen hatte Marx' und Engels' vollständig fern gelegen. Sie unterscheidet sich von den Vorschlägen der beiden letzteren Autoren mehrfach in vorteilhafter Weise. Denn die Projekte von

Marx und Engels kamen im Grunde darauf hinaus, nach einer jahrelangen, permanenten Revolution mittelst eines auf die revolutionären Arbeiter gestützten Terrorismus ein tolles soziales Durcheinander zu erzeugen, aus dem sich dann mit einemmale angeblich die schönste Harmonie ergeben sollte. Der von Born geleitete Arbeiterbund hingegen verzichtete auf den Weg der prinzipiellen Revolution; er wollte vielmehr, solange wenigstens nicht die Errungenschaften des März 1848 in Frage gestellt wurden, den Weg der friedlichen gesetzlichen Reform betreten. Das Verlangen nach Staatskredit kann an sich durchaus nicht als unbillig bezeichnet werden, obwohl es sich um viele Millionen Thaler handelte. Es kann einzig und allein darauf ankommen, ob die Produktivassoziationen wirklich produktiv gewesen wären: was wir für die damalige Zeit — ebenso wie für alle absehbare Zeit — verneinen müssen. Insofern war daher auch Borns Programm utopistisch. Weniger möchte man dies für die Konsumtiv-Assoziationen zugestehen. Diese scheinen wirklich Aussicht auf Erfolg schon in nächster Zeit zu haben; jedenfalls ist hierüber ein abschließendes Urteil im negativen Sinne nicht berechtigt.

Die Idee, durch die Assoziation die soziale Frage zu lösen, war keine Borns eigentümliche. Er lehnte sich vielmehr an die Bestrebungen an, welche schon seit den dreißiger Jahren in Frankreich rege gewesen waren und 1848 in Paris eine so erhebliche Rolle spielten.

Neben dem dargelegten, weitausschauenden Plane der Emanzipation der Arbeiterklasse stellte aber Born noch dem Arbeiterbunde eine Reihe nächstliegender Ziele, von denen mehrere — vor allem die Regelung des Unterstützungskassenwesens — auch sofort in Angriff genommen wurden. Im Zusammenhange mit dieser unmittelbar-praktischen Thätigkeit stand der ganze Aufbau der unternommenen Arbeiterorganisation. Der Ausgangspunkt der letzteren lag nämlich in den lokal-fachgewerblichen Assoziationen. Hierdurch war es möglich, alle jene, welchen nur die rein gewerklichen Dinge, der Lohnkampf oder die Hilfe in Krankheit und Not am Herzen lag, zum Anschluß an die Arbeiterorganisation zu bewegen. Diejenigen aber, welche die Befreiung der Arbeiterklasse von der Lohnabhängigkeit ins Auge faßten, waren durch den obigen Gedanken der selbständigen, assoziationistischen Produktion ohnehin gewonnen.

Während Born auf diese Weise seine Organisation allen Arbeitern annehmbar machen wollte, trat er mit größter Entschiedenheit gegen die von einflußreicher Seite nahegelegte Teilnahme der Unternehmer ein. Und er that sehr Recht daran: denn andernfalls wäre nur ein schwächliches und unhaltbares Zwitterding entstanden. Erklärt doch auch Lexis als

Ergebnis seiner Studien über die Gewerkvereine und Unternehmerverbände in Frankreich, daß „die Organisation der Arbeiter des Großbetriebes im allgemeinen nur von der Voraussetzung ausgehen kann, daß ein privatwirtschaftlicher Interessengegensatz zwischen ihnen und den einzelnen kapitalistischen Unternehmungen bestehe; sie müssen daher gesonderte Verbände bilden."

Das Gesagte dürfte hinreichen, um dem Arbeiterbunde des Jahres 1848 — trotz der Illusionen, in denen er sich über die Heilkraft des assoziationistischen Prinzips wiegte und trotz vieler andrer Irrtümer und Fehlgriffe — eine ganz besonders sympathische Teilnahme zu sichern. Denn seine Hauptmängel finden durch eine wahrhaft sozial-historische Betrachtung eine genügende Erklärung und teilweise Rechtfertigung; während die guten Seiten seines Wirkens oder richtiger seiner Versuche — denn zu mehr als Versuchen wurde ihm keine Zeit gelassen — angesichts der Jugend der deutschen Arbeiterbewegung doppelt hoch angeschlagen werden müssen.

Bevor wir unsere kritischen Bemerkungen über die sozialistischen Theorien der ersten deutschen Arbeiterbewegung schließen, wollen wir noch auf einen Punkt hinweisen, der höchst charakteristisch ist: nämlich auf das Gewicht, welches von fast allen sozialreformatorischen Autoren der in Rede stehenden Zeit auf die Verbesserung der Erziehung gelegt wird. Bei Heß wurde dies bereits konstatiert; nicht minder gilt dies aber für Weitling, für Treichler, für Born und alle jene, die sich um die Verbrüderung sammelten; verhältnismäßig noch am wenigsten für Marx und Engels. Aber selbst diese betonen für den Übergang zum Sozialstaat ausdrücklich: die öffentliche und unentgeltliche Erziehung aller Kinder und die Vereinigung der Erziehung mit der materiellen Produktion. Auch eine der paar dürftigen Angaben jener beiden Denker über die Zukunftsgesellschaft behandelt die Erziehung und versichert, daß dieselbe eine gesellschaftliche — anstatt wie heute eine häusliche — sein würde.

Die Sozialisten merkten eben instinktiv, daß mit den Menschen, wie sie nun einmal heute sind, zur Gründung der idealen Gesellschaft nicht geschritten werden kann!

10. Alphons Thun hat in seiner „Geschichte der revolutionären Bewegungen in Rußland" darauf aufmerksam gemacht, daß nur wenige der dort leitenden Persönlichkeiten das dreißigste Jahr überschritten haben.

Dieselbe Thatsache, die Thun für die russische soziale Bewegung

konstatierte, läßt sich auch für die erste Phase der deutschen Arbeiterbewegung erweisen. Sehen wir zu.

Ludwig Gall beginnt seine soziale Propaganda im Jahre 1818 mit 24 Jahren; Georg Büchner die seinige mit 20 Jahren; Marr trat an die Spitze der jungdeutschen Anarchisten mit 22 Jahren; Weitling war zur Zeit, als er die erste offizielle Parteischrift des Kommunistenbundes publizierte, 28 Jahre alt; August Becker und Karl Schapper hatten sich dem Sozialismus schon mit 20 und einigen Jahren ergeben; Moses Heß trat mit 25 Jahren öffentlich für den Kommunismus auf, K. Grün mit 30, K. Marx mit 26, F. Engels mit 25 Jahren u. s. w.

Man braucht wohl nicht lange nach den Gründen der in Rede stehenden Erscheinung zu suchen. Die Jugend, leicht geneigt, optimistisch in die Zukunft zu blicken, wie auch andererseits sich in ganz besonders hohem Grade für das Ideale zu begeistern, mußte naturgemäß manchen streitbaren Kämpen liefern für eine Lehre, welche die Welt für fast mit einem Schlage verbesserungsfähig hielt und zugleich das Ideal allgemeiner Glückseligkeit aufstellte.

Damit findet zugleich auch manches Moment jener Bewegung seine Erklärung: so vor allem der an die äußerste Grenze des Denkbaren gehende, von arger Unreife zeugende Optimismus so vieler Sozialisten, der sie alles mögliche, was nur im Bereiche ihrer Wünsche lag, glauben ließ. (Thun schließt übrigens ähnlich: „Die Jugend der Revolutionäre" — sagt er a. a. O. p. 340 — „giebt der ganzen Bewegung das Gepräge der Unreife, ja Knabenhaftigkeit.")

11. Der extreme Sozialismus liebt es, seine Gegner — mögen sie sich nun konservativ oder liberal oder sogar radikal nennen — als eine einzige ihm feindlich gesinnte Masse hinzustellen.

Insofern man nur auf das staatlicherseits eingeschlagene Verfahren gegenüber dem extremen Sozialismus blickt, haben ihn in der That während des Verlaufes der — hier allein zu betrachtenden — ersten Arbeiterbewegung alle Parteien verfolgt, sobald sie in der Regierung saßen. Die Konservativen maßregelten ihn im deutschen Bundesgebiete und in der Schweiz, die Liberalen, als sie in Zürich das Heft in Händen hatten, die Radikalen, als sie im Waadtlande herrschten und ebenso, als sie im Jahre 1850 im schweizer Bundesrate maßgebend waren, auch das Bundespräsidium mit einem der ihrigen besetzt hatten.

Die Republik verfolgte in der von uns dargestellten Periode die Sozialisten mit der gleichen Härte, wie es die Monarchie that. Fand

die letztere in ihrer unumschränkten Machtfülle das Mittel, um den Kommunismus je nach Belieben zu unterdrücken, oder — unter den kümmerlichsten Bedingungen — existieren zu lassen, so wandte die Republik erforderlichenfalls die Gesetze mit aller nur möglichen Schärfe an und, als diese in einem Falle nicht ausreichten, — fabrizierte sie ein Ausnahmegesetz. Auf diese Weise ist es dahin gekommen, daß das erste Ausnahmegesetz gegen den extremen Sozialismus von einer Republik ausging.

Jener Fall ist oben eingehend geschildert worden. Er betraf die Becker-Treichlersche Agitation in Zürich, welche — im Unterschiede von den andern, auf dem schweizer Boden spielenden, sozialistischen Bewegungen — auch Schweizer zur neuen Doktrin bekehrte. Hier kam die liberale Züricher Regierung nicht mit dem Mittel der Ausweisung aus, da dieses ja nur unter den Fremden aufräumte. Flugs wurde ein äußerst strenges Ausnahmegesetz gegen die mißliebige Lehre geschaffen. Da hatte die unter preußischer Zensur erscheinende sozialistische „Triersche Zeitung" vielleicht nicht Unrecht, wenn sie (1846) hierüber bemerkte: „Die Bourgeoisie hat hierdurch ihre Herrschaft auf legalem Wege sanktioniert und, bei konsequenter Anwendung des Gesetzes, jede soziale Verbesserung unmöglich und schon den Wunsch danach strafbar gemacht. Durch dieses Gesetz hat man es nun erreicht, zur Unterdrückung mißfälliger Ansichten die Preßfreiheit, das Vereinsrecht, die freie Äußerung und Entwicklung des Gedankens zu beschränken, ohne die Form verletzen zu müssen; für die Anhänger des Bestehenden bleibt ja die Freiheit unbeschränkt. Diese Freiheit ist aber auch in den allerdespotischsten Staaten; auch dort unterdrückt man nur das Mißfällige, das der bestehenden Form — gleichviel ob diese weiter oder enger ist — zuwiderlaufende, mit einem Worte — die Opposition. Eine Gesellschaft aber, die keine Opposition zu ertragen vermag, sollte sich billigerweise auch nicht ihrer freien Verfassung rühmen."

Indem so jede Regierung — ohne Unterschied der Parteifarbe — die Propagandisten des Gedankens der Erlösung des Proletariats verfolgte, sind in der Zeit der ersten deutschen Arbeiterbewegung Hunderte und aber Hunderte um ihre Existenz gebracht, Hunderte und aber Hunderte in das Elend hinabgestoßen worden. Was diese auch im einzelnen gesündigt haben mögen, wie groß auch ihre Illusionen, wie schwerwiegend auch ihre Irrtümer gewesen sein mögen, wie oft auch die durch die Verfolgungen erzeugte Bitterkeit des Herzens anstatt der reinen Rücksichtnahme auf das allgemeine Beste sie geleitet und irre geführt haben

möge, — sie haben im großen und ganzen für das Wohl der Gesamtheit, für die Idee einer besseren Zukunft des deutschen Volkes gestritten und gelitten.

Wenn nur soviele Opfer nicht umsonst gebracht worden sind, sondern an ihrem Teile etwas — und sei es auch allein auf einem gewissen indirekten Wege — dazu beigetragen haben, dem deutschen Volke zu einer höheren sozialen Daseinsgestaltung zu verhelfen!

Nachtrag.

Auf Grund einiger, im betrachteten Zeitraume erschienenen sozialistischen Bücher, die wir uns früher nicht haben verschaffen können, möchten wir noch einige wissenswerte Notizen nachtragen.

Zu Seite 10.

Der deutsche Volksverein in Paris, welcher überhaupt der erste Verein von Deutschen war, an dem Arbeiter in erheblichem Maße teilnahmen, scheint neben dem Liberalismus auch antikapitalistische Tendenzen gepflegt zu haben. Dies geht aus einer Proklamation des Volksvereins (1833) hervor, in der es heißt:

„Wer ist Fabrik- und Atelier-Herr? Der Reichtum. Wer ist Eigentümer der Äcker, Forsten und Wiesen? Der Reichtum. In wessen Händen ist Landtransport, Schiffahrt und Handel? Wer ist Gesetzgeber, wer Richter, wer hält Armeen und Polizeien, wer erhebt Steuern, Zölle und Accisen, wer verkürzt den Lohn, wer saugt das Volk durch Abgaben aus, wer verfälscht und verteuert Waren und Lebensbedürfnisse, wer verdirbt die Sitten, wer säet Vorurteile und Aberglauben? Der Reichtum als Grundherr, der Reichtum als Industrie- und Handelsherr, der Reichtum als Fürst, als Minister, als Kapitalist, Standesherr, Wüstling und Pfaff. — Behauptet jemand, daß die Reichen notwendig sind für eure Erhaltung, so antwortet ihm keck, daß er ein Dummkopf ist oder ein Betrüger."

Diese Kundgebung des Volksvereins dürfte einen neuen Beleg zu der oben aufgestellten Regel liefern: daß die Arbeiter-Vereine der betrachteten Periode über kurz oder lang immer mehr oder minder zum Sozialismus übergingen. —

Zu Seite 12.

Dr. Schuster, welcher, wie oben erwähnt, den Bund der Geächteten gegen Ende der 30er Jahre in das Fahrwasser des Sozialismus leitete, hat die Prinzipien des letzteren schon früher vertreten. So schrieb er für die von Jakob Venedey redigierte pariser deutsche Monatsschrift „der Geächtete" bereits im Jahre 1834 Aufsätze, welche im sozialistischen Sinne gehalten waren. Schuster erklärte hierin, daß alle Reformen der Gesetze nichts nützen könnten, solange ein Teil der Bürger arm und unwissend, der andere dagegen reich und gewitzt sei; daß große Schätze in der Hand von Privaten so wenig mit der Freiheit aller vereinbar seien, wie das Königtum mit der Volksherrschaft. Das Kapital sei nur die Frucht fremder Mühe, sein sei der Genuß vervielfältigten Gewerbfleißes, verfeinerter Kunst; sein der Segen aller Wohlthaten und aller Opfer des gesellschaftlichen Verbandes. Mit dem Kapital wachse zudem die Gewinnsucht, mit der Gewinnsucht der unternehmende Erfindungsgeist, welcher Maschinen erstehen ließe und dadurch die Leistungen der Menschenkraft ersetzte: eine neue Quelle der Brotlosigkeit und der Verarmung. „So geschieht es", schloß Schuster, „daß bei dem Zustande unserer Gesellschaften jeder Fortschritt im Gewerbfleiße, in der Kunst, einen Rückschritt bezeichnet im Bürgerglück und in dem Bildungsgange der Menschheit". Und konsequent bezeichnete Schuster als Aufgabe der nächsten Revolution, nicht nur die Vorrechte der Königskrone und des Wappenschildes, sondern auch „das Vorrecht aller Vorrechte", den Reichtum einzelner, zu beseitigen. —

Die mitgeteilten sozialistischen Ideenäußerungen im Pariser deutschen Volksvereine und im Bunde der Geächteten sind ein weiteres Beispiel dafür, daß der revolutionäre Geist es war, welcher an der Wiege des extremen deutschen Sozialismus gestanden hat. Ein böses Vorzeichen, dem bisher leider nur zu sehr der Lauf der Dinge entsprochen hat! Wie lange wird es noch dauern, bis der extreme Sozialismus das revolutionäre Element — den schlimmsten und verdammungswürdigsten seiner schlimmen Fehler — von sich abstößt? Nicht durch revolutionäre Sprünge — wir müssen es immer und immer wieder betonen — kann eine Weiterentwickelung der modernen Gesellschaftsordnung erfolgen; dies Ziel erfordert vielmehr lang-ausdauernde, rastlose, **friedliche Reform-Arbeit!**

Zu Seite 121.

Wir haben uns inzwischen die von H. Jellinek (1847) verfaßten Schriften über „das kritisch-nihilistische System", über „die Bedeutung der letzten zwölf Jahre in Deutschland" und über „die gegenwärtige Krisis der Hegelschen Philosophie" verschaffen können[1]).

Jellineks System geht von der Ansicht aus, daß jede neue Epoche in der bisherigen Geschichtsentwicklung nur dadurch entstanden sei, daß die Menschheit über eine von ihr zurückgelegte Epoche das richtige Bewußtsein durch Aufklärung über deren geistige Repräsentation bekommen. Darnach muß jetzt die alleinige Aufgabe der Forschung sein: der Menschheit den richtigen Sinn und das richtige Bewußtsein über die ganze bisherige Entwicklung zu geben. Konnte sich das Christentum nur dadurch über die Welt verbreiten, daß es eine neue Anschauung über das Judentum und das Griechentum auf der Grundlage einer Kritik über beide zustande brachte, — so geht die neue (d. h. Jellinekſche) Forschung prinzipiell denselben Weg; sie will das träge Selbstbewußtsein der jetzigen Menschheit, das keiner Leidenschaft und Arbeit mehr fähig ist, dadurch in eine Thätigkeit und Bewegung bringen, daß der Inhalt der ganzen bisherigen Entwicklung einer Kritik unterworfen, und daß durch die daraus entnommenen Resultate der Menschheit ein neues Bewußtsein über die Vergangenheit verschafft wird. Diese Forschung will aber *nicht* — und dies ist ihr Gegensatz zu Hegel, Feuerbach, Bruno Bauer und Fourier (welch letzterer übrigens noch am allermeisten von Jellinek anerkannt wird), — aus der Aufdeckung des wahren Wesens der Vergangenheit ein *positives* Resultat für die praktischen Zustände der Gesellschaft liefern. Vielmehr ist angeblich die gesamte *Anschauung* der bisherigen Entwicklung unfähig, eine menschliche Gesellschaft zu organisieren; nur dessen ist sie fähig, durch die richtige Erklärung eine Umwandlung des menschlichen Selbstbewußtseins herbeizuführen. Auf diese Weise wird der Kopf des Menschen frei. Wie aber werden auch Empfindungen und Gefühl frei? Vorläufig wird durch eine Kritik der Grundanschauungen der Politik und der Moral darauf hingearbeitet, indem man hierdurch zu dem Schlusse gelangt, daß die Leidenschaften des Menschen ungeheure Schranken finden. Dieses Bewußtsein führt auf die Natur des Menschen

[1]) Gleichzeitig (1847) ist aus Jellineks Feder eine die Sozialpolitik nicht berührende Arbeit über „das Verhältnis der lutherischen Kirche zu den reformatorischen Bestrebungen Nikolaus Crells und Christians I, in seinen Wirkungen auf die neuere *Zeit" erschienen.*

zurück, und diese wieder führt auf die Natur selbst zurück. Der Mensch wird alsdann sein Leben nach Anschauungen einrichten, welche aus der Natur selbst geschöpft sind.

Jellinek hat das menschliche Dasein der Zukunft nicht näher ausgemalt. Er sagt darüber bloß, daß es „das große Dogma der menschlichen Brüderschaft und Gegenseitigkeit" verwirklichen und ein freies Zusammenleben der unbeschränkten Individuen ermöglichen würde.

Wenn auch Jellinek Fourier als seinen Vorläufer bezeichnete, so ist doch aus dem dargestellten Systeme die Anlehnung an die deutsche Philosophie unverkennbar. Auf Grund der letzteren gelangt Jellinek zu ähnlichen Konsequenzen wie Heß und Grün, die bloß nicht so klar ausgesprochen sind wie bei den letztgenannten Autoren. Im Grunde ist es bei allen Dreien (wie bei ihren Anhängern) das absolut gefaßte Prinzip des souveränen Individuums, welches zu einem anarchistischen Sozialismus führt.

So bietet Jellineks System ein Beispiel mehr für unsere oben ausgeführte Ansicht, daß der theoretische Sozialismus der 40er Jahre in ganz besonderem Maße von der Philosophie beeinflußt worden ist. Und dies ist ein Moment, welches auch für den Sozialismus der Gegenwart nicht ganz bedeutungslos ist. Karl Marx und Friedrich Engels sind ja ebenfalls in der philosophischen Atmosphäre jener Zeit zum Sozialismus übergegangen! Und daß sie auch heute noch an der Verbindung des Sozialismus mit der Philosophie festhalten, beweisen Marx' Hauptwerk über das „Kapital" und Engels' Schriften bis in die neueste Zeit am besten. Sagt doch letzterer z. B. in seinem Buche über den deutschen Bauernkrieg ausdrücklich: „ohne Vorausgang der deutschen Philosophie, namentlich Hegels, wäre der deutsche, wissenschaftliche Sozialismus nie zustande gekommen!"

Die deutsche sozialistische Litteratur zur Zeit der ersten Arbeiterbewegung.

I. Periodische Druckschriften.

NB. Diejenigen Journale, welche wir vollständig oder fast vollständig haben erlangen können, sind mit einem Sternchen (*) bezeichnet; diejenigen, von welchen wir nur Teile haben erlangen können, sind mit einem Kreuzchen (†) bezeichnet.

1. „Menschenfreundliche Blätter oder praktische Beiträge zur Volksbeglückungslehre." Herausgegeben von Ludwig Gall. Erschienen in Trier. 1828. (Nur ein Heft ist publiziert worden.)

†2. „Der Hilferuf der deutschen Jugend." Monatsschrift. Herausgegeben von Wilhelm Weitling. Erschien in Genf. 1841.

†3. „Die junge Generation." Monatsschrift. Herausgegeben von W. Weitling. Erschien nach einander in Bern, Vevey, Langenthal und Zürich. 1842—43.

*4. „Deutsch-französische Jahrbücher." In zwanglosen Heften. Herausgegeben von Arnold Ruge und Karl Marx. Erschienen in Paris. 1844. (Nur ein Doppelheft ist von dieser Zeitschrift publiziert worden.)

*5. „Vorwärts! Pariser deutsche Zeitschrift." Wöchentlich 2mal. Herausgegeben von Heinrich Börnstein und Lazarus Bernays. Erschien in Paris. 1844.

6. „Trierische Zeitung." Tageblatt. Herausgegeben von Walther. Erschien in Trier. Sozialistisch seit 1844 bis (mindestens) 1849.

7. „Das Weserdampfboot." Wochenblatt. Herausgegeben von Dr. Otto Lüning. Erschien in Bielefeld. 1844.

†8. „Sprecher oder Rheinisch-Westphälischer Anzeiger." Wochenblatt. Herausgegeben von Dr. Karl Grün. Erschien in Wesel. Sozialistisch im Jahre 1844, früher bloß politisch-radikal.

*9. „Die Bielefelder Monatsschrift." Monatsschrift. Herausgegeben von K. Grün. 1844. (Separat nie publiziert; die beiden ersten Hefte vollständig abgedruckt in Grüns „Neuen Anekdoten".)

10. „Blätter der Gegenwart für soziales Leben." Monatsschrift. Herausgegeben von Wilhelm Marr. Erschienen in Lausanne. 1844 (Dezember) bis 1845.

†11. „Das Westphälische Dampfboot." Monatsschrift. Seit dem 1. April 1848

wöchentlich 2 mal. Herausgegeben von Otto Lüning. Erschien zuerst in Bielefeld, nachher in Paderborn. 1845—1848.

*12. „Der Gesellschaftsspiegel, Organ zur Vertretung der besitzlosen Volksklassen und zur Beleuchtung der gesellschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart." Monatsschrift. Herausgegeben von Moses Heß. Erschien in Elberfeld. 1845—1846.

13. „Allgemeines Volksblatt." Monatsschrift. Erschien in Köln. 1845.

*14. „Rheinische Jahrbücher zur gesellschaftlichen Reform." In zwanglos (nach der Ankündigung: womöglich vierteljährlich) erscheinenden Bänden. Herausgegeben von Hermann Püttmann. Band I. erschien in Darmstadt, Band II. in Belle-Vue bei Konstanz. 1845—1846. (Nur 2 Bände sind publiziert worden.)

*15. „Deutsches Bürgerbuch." In zwanglos erscheinenden Bänden. Herausgegeben von H. Püttmann. Band I. erschien in Darmstadt, Band II. in Mannheim. 1845—1846. (Nur 2 Bände sind publiziert worden.)

16. „Dies Buch gehört dem Volke." Jedes Jahr ein Band. Herausgegeben von O. Lüning. Bd. I. und II. erschienen in Bielefeld, Bd. III. in Paderborn. 1845—1847.

17. „Der Bote aus dem Katzbachthal." Monatsschrift. Erschien in Liegnitz. 1845—1846.

†18. „Die Fröhliche Botschaft." Monatsschrift. Herausgegegen von August Becker. Erschien in Lausanne. 1845.

†19. „Allgemeines Not- und Hilfsblatt." Wochenblatt. Herausgegeben von Julius Treichler. Erschien in Zürich. 1845—1846.

*20. „Volksspiegel." Monatsschrift. Herausgegeben von Ferdinand Behrend. Erschien in Breslau. 1846—1848.

21. „Blatt für Arbeiter." Herausgegeben von Christern. Erschien in Hamburg. 1846. (Nur ein Vierteljahr.)

22. „Die Werkstatt." Monatsschrift. Herausgegeben von Dr. Georg Schirges. Erschien in Hamburg. 1846 und (nachdem sie eine Zeitlang eingegangen war) 1847.

23. „Der Volkstribun, Organ der deutschen Sozialreform-Assoziation." Wochenblatt. Herausgegeben von Hermann Kriege. Erschien in New-York. 1846.

24. „Prometheus, Organ der sozialen Reform." Monatsschrift. Herausgegeben von H. Püttmann. Erschien in Herisau. 1846 und 1847.

25. „Westphälische Warte für die Interessen des Volkes." Monatsschrift. Herausgegeben von Th. Schäfer. Erschien in Arnsberg. 1847.

26. „Der Tagwächter." Wochenblatt. Erschien in Hamburg. 1847—1848.

27. „Deutsche Brüsseler Zeitung." Wievielmal wöchentlich? Herausgegeben von Adelbert von Bornstedt. Erschien in Brüssel. 1847.

28. „Der Volksfreund." Tageblatt. Herausgegeben von Adolph Schlöffel (jr.) Erschien in Berlin. 1848. (Nur April—Mai.)

29. „Das Volk. Organ des Zentralkomitees für Arbeiter. Eine sozialpolitische Zeitschrift." 3 mal wöchentlich. Herausgegeben vom Schriftsetzer Born. Erschien in Berlin. 1848. (Nur vom Juni bis August.)

30. „Der Urwähler." Wochenblatt. Herausgegeben von W. Weitling. Erschien in Berlin. 1848. (Nur 5 Nummern publiziert.)

*31. „Die Verbrüderung, Korrespondenzblatt aller deutschen Arbeiter." Zuerst herausgegeben von Born, später von Schwenniger, schließlich von Gangloff. Bis zum 1. April 1850 wöchentlich 2 mal, nachher wöchentlich 1 mal. Erschien in Leipzig. 1848—1850.

32. „Gutenberg." (Organ des Buchdruckerverbandes). Herausgegeben von Karl Fröhlich. Erschien erst in Berlin, seit 1850 in Breslau. 1848—1854.

33. „Konkordia." (Organ der Zigarrenmacher-Assoziation). Herausgegeben von Wenzel Kohlweck, zuletzt von Ludwig Stechan. Erschien erst in Berlin, dann in Bremen, schließlich in Hannover. 1848—1849 und (nachdem sie eine Zeitlang eingegangen) 1850.

34. „Die Sonne." (Organ der Württembergischen Arbeitervereine). Wievielmal wöchentlich? Und wo erscheinend? 1848.

*35. „Fliegende Blätter." Wöchentlich: „mehrere Male". Herausgegeben von Ferdinand Behrend. Erschienen in Breslau. 1848.

36. „Der jüngste Tag, Organ der Demokratie Oberhessens." Herausgegeben von A. Becker. Erschien in Gießen. 1848.

37. „Die Hornisse." Wöchentlich 3 mal. Herausgegeben von Heise und Kellner. Erschien in Kassel. 1848—1849.

38. „Kiel-Altonaer demokratisches Wochenblatt." Wöchentlich 1 mal. Herausgegeben von Konrad Bernhard Schramm. Erschien in Altona. 1848 bis 1849.

*39. „Neue Rheinische Zeitung, Organ der Demokratie." Tageblatt. Herausgegeben von Karl Marx. Unter Mitredaktion von Friedrich Engels, Ferdinand Freiligrath, Georg Weerth, Ernst Dronke und Wilhelm Wolff. Erschien in Köln. 1848—1849.

40. „Freiheit, Brüderlichkeit, Arbeit." Wöchentlich 2 mal. Zuerst herausgegeben von Jansen und Joseph Moll, später von Chr. Esser. Erschien in Köln. 1848—1849.

41. „Neue Kölnische Zeitung für Bürger, Bauern und Soldaten." Tageblatt. Herausgegeben von F. Anneke und F. Beust. Erschien in Köln. 1848—1849.

*42. „Die Revolution im Jahre 1848." In zwanglosen Heften. Herausgegeben von K. Grün. Erschien in Trier. 1848. (Nur ein Heft ist publiziert worden.)

43. „Neue deutsche Zeitung, Organ der Demokratie." Tageblatt. Herausgegeben von O. Lüning und Joseph Weydemeyer. Erschien erst in Darmstadt, dann in Frankfurt a. M. 1848—1849.

*44. „Der freie Staatsbürger." Tageblatt. Herausgegeben von Gustav Diezel und Lang. Erschien in Nürnberg. 1848—1849.

45. „Frauenzeitung." Wochenblatt. Herausgegeben von Louise Otto. Erschien in Leipzig. 1849.

46. „Der Unabhängige." Wochenblatt. Erschien in Bern. 1849.

47. „Westdeutsche Zeitung." Herausgegeben von Dr. Hermann Heinrich Becker. Erschien in Köln. 1849—1850.

†48. „Schlesische Volks-Zeitung." Wochenblatt. Herausgegeben von Hermann Brehmer. Erschien in Breslau. 1850.

*49. „Neue Rheinische Zeitung. Politisch-ökonomische Revue." Monatsschrift. Herausgegeben von K. Marx. Erschien in London. 1850.

50. „Prometheus." Herausgegeben von Gangloff u. a. Erschien in Leipzig. 1850.
51. „Deutsche Arbeiter-Halle." Wochenblatt. Herausgegeben von L. Stechan. Erschien in Hannover. 1851.
52. „Republik der Arbeiter." Herausgegeben von W. Weitling. Erschien in New-York. 1851—1854.
53. „Die Revolution." Monatsschrift. Herausgegeben von J. Weydemeyer. Erschien in New-York. 1852.
54. „Volksblatt." Herausgegeben von Treichler. Erschien in Zürich. 1853.
55. „New-Yorker Kriminalzeitung." Organ August Willichs. Erschien in New-York. 1853 [1]).

II. Nichtperiodische Druckschriften.

A. Originalschriften.

NB. Die Bücher, welche wir haben erlangen können, sind mit einem Sternchen bezeichnet.

*1. Schneider, S. R.: „Das Problem der Zeit und dessen Lösung durch die Assoziation." 1834.
*2. Büchner, Georg: „Der hessische Landbote. Erste (einzige) Botschaft." 1834.
3. Gall, Ludwig: Abhandlung „Mein Wollen und mein Wirken" in der „Beleuchtung der Förster'schen Kritik der gerühmtesten Destilliergeräte." 1835.
4. (Anonym): „Die heilige Geschichte der Menschheit, von einem Jünger Spinozas." Verfasser war: Moses Heß. 1837.
5. Weitling, Wilhelm: „Die Welt, wie sie ist und sein sollte." 1838. (Zweite Auflage 1846.) Diese Broschüre erschien in der ersten Auflage anonym.
*6. (Anonym): „Die europäische Triarchie." Verfasser war: M. Heß. 1841.
*7. Rodbertus-Jagetzow: „Zur Erkenntnis unserer staatswirtschaftlichen Zustände. Erstes (einziges) Heft." 1842.
*8. Weitling, W.: „Garantieen der Harmonie und Freiheit." 1842. (Zweite Auflage 1846, dritte Auflage 1849.)
9. Albrecht: „Das Ziel im Rosenlichte, eine Mahnung an die Wilhelm Tell's unserer Zeit." 1842.
10. Albrecht: „Die Wiederherstellung des Reiches Zion." 1842.
11. Albrecht: „Der Aufruf an die Frauenwelt." 1842.
12. Albrecht: „Das baldige Wiedersehn am Altar der Freiheit." (Festgedichte.) 1842.
13. Albrecht: „Herausforderung der Priesterwelt." 1843.
14. Weitling, W.: „Evangelium des armen Sünders." 1843. (Zweite Aufl. 1846.)
*15. (Anonym): „Das Eigentum in Gefahr! Oder was haben Deutschland und die Schweiz vom Kommunismus und Vernunftglauben zu fürchten." Verfasser war: Sebastian Seiler. 1843.
16. (Anonym): „Der Krieg zwischen der Schweiz und Frareich im Jahre 1838.

[1]) Angekündigt waren noch im Jahre 1848: Die „Kommunistische Zeitschrift" und der „Volksfreund". Der letztere sollte in Leipzig, die erstere, welche, nach ihrer Probenummer, ein Zentralorgan für die kommunistische Partei sein wollte, sollte in London erscheinen. Ob diese Journale wirklich zur Ausgabe gelangt sind, *habe ich* nicht konstatieren können.

Verursacht durch eine Schürze, einen Spion und die bernische Aristokratie." Verfasser war: Seiler. 1843.

*17. Becker, August: „Volksphilosophie unserer Tage." 1843.

18. Dietsch, Andreas: „Das tausendjährige Reich." 1843.

19. (Anonym): „Der Schriftsteller Wilhelm Weitling und der Kommunistenlärm in Zürich. Eine Verteidigungsschrift." Verfasser war: Seiler. 1843.

*20. (Anonym): „Sozialismus und Kommunismus" und die „Philosophie der That" (in Georg Herweghs „Einundzwanzig Bogen aus der Schweiz", p. 74—92 resp. p. 309—322). Verfasser war: M. Heß. 1843.

21. (Anonym): „Brief eines Herrn Pfarrers in Basel an einen Kommunisten in Lausanne nebst Antwort darauf." 1843.

*22. Weill, Alexander: „Der Staat und die Industrie." 1843.

*23. Weill, A.: „Staatsentwürfe über Preußen und Deutschland." 1843. (Zweite Ausgabe 1845.)

24. Weill, A. und Bauer, Edgar: „Berliner Novellen." 1843.

25. Willkomm, Ernst: „Eisen, Gold und Geist." Roman. 3 Bände. 1843.

*26. Becker, A.: „Was wollen die Kommunisten." 1844.

*27. Stromeyer, Franz: „Abhilfe der Arbeiternot durch Organisation der Arbeit." 1844.

*28. Grün, Karl: „Bausteine. Zusammengetragen und mit einem Sendschreiben an seine Osnabrücker Freunde begleitet." 1844.

29. Grün, K.: „Die Judenfrage, gegen Bruno Bauer." 1844.

*30. Grün, K.: „Über wahre Bildung." 1844.

31. Weill, A.: „Rothschild und die europäischen Staaten." 1844.

*32. Marx, Karl[1]) und Engels, Friedrich: „Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik. Gegen Bruno Bauer und Konsorten." 1844.

*33. Ölckers, Theodor: „Die Bewegung des Sozialismus und Kommunismus." 1844.

34. Stilch, A.: „Die schlechte Zeit oder Geld, Spekulation und Arbeit." 1844.

35. Weitling, W.: „Kerkerpoesien." 1844.

*36. Meißner, Alfred: „Gedichte." 1844.

*37. Grün, K.: „Neue Anekdota." 1845.

*38. Grün, K.: „Die soziale Bewegung in Frankreich und Belgien. Briefe und Studien." 1845.

*39. Engels, Friedrich: „Die Lage der arbeitenden Klassen in England." 1845. (Zweite Auflage 1848.)

*40. Kuhlmann, Georg: „Die neue Welt oder das Reich des Geistes auf Erden, Verkündigung." 1845.

*41. Stirner, Max: „Der Einzige und sein Eigentum." 1845.

42. Marr, Wilhelm: „Katechismus eines Republikaners der Zukunft." 1845.

*43. Heß, M.: „Die letzten Philosophen." 1845.

*44. Jordan, Wilhelm: „Ihr träumt! Weckruf an das Ronge-berauschte Deutschland." 1845.

45. Willkomm, E.: „Weiße Sklaven oder die Leiden des Volkes." Roman in 5 Bänden. 1845.

---

[1]) Marx' „Misère de la Philosophie" (1847) und desselben „Discours sur le libre échange" (1847) konnten, weil in französischer Sprache geschrieben, im Texte nicht angeführt werden.

46. Treichler, Julius: „Politische Grundsätze". 1846.
*47. Grieb, Chr. Fr.: „Über Organisation der Arbeit." 1846.
*48. (Anonym): „Abbruch und Neubau oder Jetztzeit und Zukunft." Verfasser war: Chr. Fr. Grieb. 1846.
*49. Grün, K.: „Über Goethe vom menschlichen Standpunkte." 1846.
*50. Oppenheim, H. B.: „P. J. Proudhons Philosophie der Gesellschaft, dargestellt und kommentiert" in der „Opposition" (herausgegeben von Karl Heinzen), p. 148—180. 1846.
51. Semmig, Hermann: „Sächsische Zustände nebst Randglossen und Leuchtkugeln. Zunächst ein Ruf an das sächsische Volk." 1846.
*52. Marr, W.: „Das junge Deutschland in der Schweiz." 1846.
*53. Dronke, Ernst: „Berlin." 2 Bände. 1846.
54. Weill, A.: „Der Bauernkrieg." 1846.
55. Köhler, Ludwig: „Freie Lieder." 1846.
56. (Anonym): „Bruderschaftslieder eines rheinischen Poeten." 1846.
*57. Beck, Karl: „Lieder vom armen Mann. Mit einem Vorwort an das Haus Rothschild." 1846. Erlebte 3 Auflagen kurz hintereinander.
*58. Jordan, W.: „Schaum, Dichtungen." 1846.
59. Dronke, Ernst: „Armensünderstimmen. 12 Lieder." 1846.
*60. Püttmann, Hermann: Soziale Gedichte." 1846.
61. Otto, Louise: „Schloß und Fabrik." Roman in 3 Bänden. 1846.
*62. Dronke, E.: „Polizei-Geschichten." Novellen. 1846.
*63. Dronke, E.: „Aus dem Volke." Novellen. 1846.
*64. Dronke, E.: „Die Maikönigin." 1846. (Zweite Ausgabe 1850.)
*65. Ölckers, Th.: „Fürst und Proletarier. Ein Roman aus der Gegenwart." 2 Bände. 1846.
66. Klencke, H.: „Das deutsche Gespenst." 1846.
67. Weitling, W.: „Briefe an die Landsleute." 1847.
*68. (Anonym): „Das Denunziationssystem des sächsischen Liberalismus und das kritisch-nihilistische System H. Jellineks." Verfasser war H. Jellinek. 1847.
*69. Jellinek, H.: „Über die Bedeutung der letzten zwölf Jahre in Deutschland." 1847.
*70. Jellinek, H.: „Die gegenwärtige Krisis der Hegelschen Philosophie." 1847.
*71. Grieb, Chr. Fr.: „Populäre Gesellschaftsökonomie." 1847.
*72. Fröbel, Julius: „System der sozialen Politik." 2 Bände. 1847.
*73. Saß, Friedrich: „Berlin in seiner neuesten Zeit und Entwicklung." 1847.
74. „Volkstaschenbuch." Herausgegeben von F. Behrend. 1847.
*75. Marr, Wilhelm: „Der Mensch und die Ehe." 1848.
*76. Marx, K. und Engels, F.: „Das kommunistische Manifest." 1848.
77. Rittinghausen, Moritz: „Organisation der Staatsindustrie." 1848.
*78. (Anonym): „Emanzipation. Betrachtungen über die sozialen Verhältnisse." 1848.
*79. (Anonym): „Die Bewegung des Sozialismus und Humanismus unserer Tage." 1848.
*80. Wichura, Victor: „Die vereinigte Arbeit (Assoziation) und die Teilnahme des

Staats an der Aufhilfe der Arbeiter. Ein Versuch zur Beantwortung der sozialen Frage." 1849.

*81. „Zwei politische Prozesse. Verhandelt vor den Februarassisen zu Köln. 1849." (Die Prozesse sind gegen die „Neue Rheinische Zeitung" geführt worden. Die Broschüre enthält u. a. zwei Reden von K. Marx und K. Schapper.) 1849.

*82. Gregorovius, Ferdinand: „Goethes Wilhelm Meister, in seinen sozialistischen Elementen entwickelt." 1849. (2. Auflage 1855.)

*83. Meißner, Alfred: „Revolutionäre Studien aus Paris." 2 Bände. 1849.

*84. (Anonym): „Die zehn Gebote der Arbeiter." 1849.

*85. Weller, E. O.: „Die Freiheitsbestrebungen der Deutschen." 1849.

86. (Anonym): „Demokratisches Taschenbuch für das deutsche Volk." 1849.

87. Freiligrath, Ferdinand: „Neue politische und soziale Gedichte." 1849.

*88. Rodbertus-Jagetzow: „Soziale Briefe an Kirchmann." 3 Hefte. 1850—1851

*89. Becker, Herrmann: „Monarchie oder Republik in Deutschland. Verteidigungsrede, gehalten vor dem Geschworenengerichte zu Köln am 25. Oktober 1850." 1850. (5. Auflage 1851.)

90. Wendel-Hippler (Pseudonym für Georg Allhusen): „Aufruf an die Arbeiter." 1850.

91. Allhusen: „Volkskalender." 1850.

*92. Seiler, S.: „Das Komplot vom 13. Juni 1849 oder der letzte Sieg der Bourgeoisie in Frankreich." 1850.

*93. Marx, Karl: „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte." 1852.

*94. Marx, Karl: „Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln." 1852.

*95. Marr, W.: „Anarchie oder Autorität." 1852.

*96. Marx, Karl: „Der Ritter vom edelmütigen Bewußtsein." (Gegen August Willich gerichtet.) 1853.

B. Übersetzungen.

NB. Hier war es unnötig zu bemerken, welche Schriften ich habe erlangen können.

1. Lamennais: „Das Buch des Volkes." (Anonym übersetzt.) 1838.
2. Owen: „Das Buch der neuen moralischen Welt." (Anonym übersetzt.) 1840.
3. Blanc, Louis: „Geschichte der zehn Jahre." Band I. Übersetzt von Kramer. 1843.
4. Dasselbe. 5 Bände. Übersetzt von Fink. 1843—1845. (2. Aufl. 1847.)
5. Dasselbe. 5 Bände. Übersetzt von Buhl. 1844—1845. (2. Aufl. 1848.)
6. Proudhon: „Was ist das Eigentum." Übersetzt von F. Meyer. 1844.
7. Blanc, L.: „Geschichte der zehn Jahre." (Anonym) im Auszuge übersetzt. 2 Bände. 1846—1847.
8. Dezamy: „Sieg des Sozialismus über den Jesuitismus." Übersetzt und mit einem Nachwort versehen von E. Weller. 1846.
9. Weller, E.: „Publizistische Stimmen aus Frankreich." Mit Beiträgen von Lamennais, Constant, Dezamy u. A. 1846.
10. Morelly: „Grundgesetz der Natur." (Anonym übersetzt). 1846.
11. Proudhon: „Widersprüche der Nationalökonomie." 2 Bände. Übersetzt von Wilhelm Jordan. 1846.
12. Dasselbe. 2 Bände. Übersetzt von Karl Grün. 1847.
13. Blanc, L.: „Organisation der Arbeit." Übersetzt von F. B. 1847.
14. Blanc, L.: „Geschichte der französischen Revolution." 2 Bände. (Anonym übersetzt.) 1847.

15. Dasselbe. 2 Bände. (Anonym übersetzt). 1847.
16. Dasselbe. Band I. Übersetzt von L. Buhl und L. Köppen. 1847.
17. Weller, E.: „Neue Stimmen aus Frankreich über Politik und soziales Leben. Mit Beiträgen von Lamennais, Louis Blanc, Cormenin, Constant, Dezamy u. a." 1847.
18. Cabet: „Reise nach Ikarien." Übersetzt von Dr. Wendel-Hippler. (Pseudonym für Allhusen). 1847.
19. Cabet: „Wie ich Kommunist bin" und „Mein kommunistisches Glaubensbekenntnis." Übersetzt von Wendel-Hippler. 1847.
20. Villegardelle: „Geschichte der sozialen Ideen." Übersetzt von L. Köppen. 1847.
21. Proudhon: „Die Volksbank." Eingeleitet, übersetzt nnd erläutert von Ludwig Bamberger. 1848.
22. Derselbe: „Theoretischer und praktischer Beweis des Sozialismus oder Revolution durch den Kredit." Übersetzt von Theodor Opitz. 1849.
23. Derselbe: „Manifest. Einleitung zum „Peuple"." (Anonym übersetzt). 1849.
24. Derselbe: „Das Recht auf Arbeit, das Eigentumsrecht und die Lösung der sozialen Frage." Übersetzt von B. F. W. M. 1849.
25. Blanc, L.: „Das Recht auf Arbeit." (in „Louis Blanc und Thiers über die soziale Frage.") (Anonym übersetzt.) 1849.
26. Proudhon: „Die Sonntagsfeier." Übersetzt von F. H. 1850.
27. Dasselbe. (Anonym übersetzt). 1850.
28. Proudhon: „Bekenntnisse eines Revolutionärs." Übersetzt von Arnold Ruge. 1850.
29. Derselbe: „Revolutionäre Ideen." Übersetzt von Alfred Darimon. 1850.
30. Blanc, L.: „Geschichte der Februar-Revolution von 1848." (Anonym übersetzt). 1850.
31. Cabet: „Die neue Sittenverbesserung durch ikarische Gemeinschaft." Übersetzt von Allhusen. 1850.
32. Villegardelle: „Versöhnung der Interessen in der Assoziation." (Anonym übersetzt.) 1850.
33. Proudhon: „Das Recht auf Arbeit und das Recht des Eigentums. Organisation des Kredits und der Zirkulation und Lösung der sozialen Frage. Kapital und Rente." Übersetzt von Alfred Darimon. 1851.
34. Blanc, L.: „Geschichte der zehn Jahre." 5 Bände. (Anonym übersetzt.) 1852.
35. Proudhon: „Die soziale Revolution." (Anonym übersetzt.) 1852.
36. Blanc, L.: „Geschichte der französischen Revolution." Band III. (Anonym übersetzt.) 1853.
37. Coignet, F.: „Bank- und Handelsreform. Nach Fourierschen Grundsätzen." Übersetzt von Karl Bürkli. 1855. (2. Auflage in demselben Jahre.)
38. Renaud, H.: „Kurzgefaßte Darstellung der Lehre Karl Fouriers." Deutsch bearbeitet von Kaspar Bär und Karl Bürkli. 1855.
39. Scholl, Karl: „Viktor Considérant über die Erlösung der Menschheit in ihrem wahren Sinne." 1855.
40. Considérant, V.: „Auswanderung nach Hoch-Texas." Übersetzt von K. Bär und K. Bürkli. 1855.
41. Derselbe: „Theorie der natürlichen und anziehenden Erziehung." Übersetzt von P. Str. Erschien?

Quellen.

Außer den in vorstehender Bibliographie angegebenen periodischen und nicht-periodischen Druckschriften — soweit ich sie habe erlangen können — habe ich benutzt:

„Rapport général fait au Conseil exécutif de la République de Berne, concernant les menées des refugiés politiques et autres étrangers, en Suisse, et, plus particulièrement, dans le Canton de Berne." 1836.

Harring, Harro: „Gedichte." 1841.

„Rheinische Zeitung." Jahrgang 1842—43.

„Die Kommunisten in der Schweiz, nach den bei Weitling vorgefundenen Papieren. Wörtlicher Abdruck des Kommissionsberichts an die Hohe Regierung des Standes Zürich." 1843.

„Rapport général adressé au conseil d'État de Neufchatel sur la propagande secrète allemande et sur les clubs de la Jeune — Allemagne en Suisse. 1845.

„Die Opposition." Herausgegeben von K. Heinzen. 1846.

„Janus." Jahrgang 1847.

„National-Zeitung." Jahrgang 1848—49.

„Allgemeine Oder-Zeitung." Jahrgang 1849.

„Mitteilungen des Berliner Lokalvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen." Jahrgang 1848—49.

„Mitteilungen des Zentralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen." Jahrgang 1848—50.

„Mitteilungen des Lokalvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen." Lieferung 1—3. 1850.

„Bericht und Beschluß (sc. des schweizerischen Bundesrats) in Sachen der deutschen Arbeitervereine." 1850.

Hennequin, A.: „Études sur l'Anarchie contemporaine." 1850.

Wermuth und Stieber: „Die Kommunisten-Verschwörungen des neunzehnten Jahrhunderts. Im amtlichen Auftrage zur Benutzung der Polizeibehörden der sämtlichen deutschen Bundesstaaten." 2 Bände. 1853 und 54.

Vogt, Karl: „Mein Prozeß gegen die Allgemeine Zeitung." 1860.

Marx, Karl: „Herr Vogt." 1860.

Becker, Bernhard: „Die Reaktion in Deutschland." 1869.

Becker, Bernhard: „Geschichte der Arbeiter-Agitation F. Lassalles." 1874.

„Der arme Konrad, illustrierter Kalender für das arbeitende Volk," 1876: ein Artikel von Karl Hirsch über M. Heß.

„Frankfurter Zeitung", 1877: ein Artikel von K. E. Franzos über Georg Büchners Hessischen Landboten.

„Die Wage," 1878: ein Artikel von F. Engels über Karl Marx. Der Artikel ist aus dem Brackeschen „Volkskalender" für 1878 abgedruckt.

„Die Zukunft," 1878: ein (anonymer) Artikel über Wilhelm Weitling und sein System.

Georg Büchners sämtliche Werke und handschriftlicher Nachlaß. Eingeleitet und herausgegeben von K. E. Franzos, 1879.

„Breslauer Zeitung," 1879: ein Artikel Raphael Löwenfelds über Georg Büchner.

Lexis, W.: „Gewerkvereine und Unternehmerverbände in Frankreich." 1879.

Börnstein, H. (der einstige Redakteur des Pariser „Vorwärts!" vom J. 1844): „Fünfundsiebzig Jahre in der alten und neuen Welt." 2 Bde. 1881.

Treitschke, H. v.: „Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert." Band II. (1815—19.) 1881.

Thun, Alfons: „Geschichte der revolutionären Bewegungen in Rußland." 1883.

„Der Sozialdemokrat," 1883—84: zwei Artikel von F. Engels über Georg Weerth und die Neue Rheinische Zeitung.

„Neue Zeit, Revue des geistigen und öffentlichen Lebens," 1883 und 1885: ein Artikel über Marx von Anienkow (1883) und eine Abhandlung „Beiträge zur sozialen Geschichte des Jahres 1848" von H. Schlüter (1885). Dieser Abhandlnng habe ich übrigens nur eine einzige Notiz entnommen. Der Artikel über Marx ist ursprünglich im Petersburger „Wjestnik Jewropy" vom Jahre 1880 erschienen und für die Neue Zeit von Julie Zadek übersetzt.

„Grenzboten," 1884: ein Artikel von mir über Weitlings System.

„Berliner Volksblatt," 1884: ein über F. Engels handelnder Passus aus der Jubiläumsnummer der Barmer Zeitung (vom 1. April 1884).

Gesondert von diesen Journalen und Schriften muß ich Vogelsangers Buch „Der Schweizerische Grütliverein" (1881) zitieren. Was ich in der vorliegenden Schrift über den Grütliverein gesagt habe (p. 76—77 und p. 246—249), ist nichts weiter als ein Auszug aus Vogelsangers Monographie.

Ferner benutzte ich noch:

Eine Masse von Arbeiterkongreß- und Arbeitervereins-Protokollen, von Arbeitervereins-Statuten und -Rechenschaftsberichten, von Briefen von Arbeitern und Arbeiterführern, von Gerichtsakten u. s. w.;

Briefliche Mitteilungen des Herrn Professor Wiener (-Lausanne);

Mündliche Mitteilungen von Mitgliedern damaliger kommunistischer Vereine und demokratischer Geheimbünde, sowie von Verwandten von Arbeiterführern jener Zeit.

Personenregister.

NB. Die lateinischen Zahlen beziehen sich auf das Litteraturverzeichnis.

Abt, 273, 274.
Albrecht, 37, 38, 65, 66, 68, IV.
Allhusen, 126, 261, VII, VIII.
Anienkow, 29, 142, X.
Anneke, 231, 232, 234, 235, 236, 311, III.
Antonelle, 317.
v. Arnim, 100.
Auften, 16.

Babeuf, 17, 81, 119, 317, 319, 320, 324.
Bär, K., VIII.
Bakunin, 40, 44, 54, 98, 102, 301.
Bamberger, L., VIII.
Barbès, 16, 223.
Bauer, Br., 86, 91, 105, 106, 131, 141, 142, 322, V.
Bauer, E., V.
Bauer, H., 256, 264, 266.
Bebel, 300.
Beck, K., 123, 125, 177, VI.
Becker, A., 29, 35, 36, 38, 39, 40, 42, 45, 65, 66, 67, 70, 71, 75, 98, 237, 304, 305, 312, 316, 328, II, III, V.
Becker, B., 197, IX.
Becker, H. H., 235, 260, 261, 271, 272, 305, III, VII.
Becker, J. Ph., 247, 257.
Behrend, 116, 162, II, III, VI.
Behrens, 216.
Bem, 275.
Bernays, L., 96, 97, 98, 100, 101, 102, 305, I.
Bernstein, 142.
Berrier-Fontaine, 81, 82.
Beust, 231, III.
Bisky, 162, 165, 168, 177.
v. Bismarck, 210.
Blanc, L., 3, 105, 106, 125, 205, 275, VII, VIII.
Blanqui, 16, 259, 275.
v. Blücher, 218.
Blum, R., 121.
Bluntschli, 37, 47, 65, 75, 134, 305.
Bobzin, 178.
Börne, 3, 131.
Börnstein, 97, 98, 100, 102, 141, 311, I, X.
v. Böttticher, 160.
Borkheim, 259.
Born, 157—161, 163, 168, 173, 178, 179, 181, 183, 184, 199, 205, 304, 305, 309, 312, 317, 325, 326, 327, II, III.
v. Bornstedt, 119, II.
Bracke, X.
v. Brandenburg, 220, 221, 224.
Brehmer, III.
Brill, 164.
Brisbane, 232.
v. Bruhn, 11, 257, 301.
Buchez, 3, 205.
Büchner, 7—10, 15, 29, 35, 67, 316, 327, IV, IX, X.
Bürgers, 98, 102, 213, 270, 271, 272.
Bürkli, VIII.
Buhl, VII, VIII.
Buonarotti, 317.

Cabet, 3, 17, 49, 51, 91, 125, 126, 261, VIII.
Camphausen, 112, 139, 215, 216.
Carlier, 287.
Cavaignac, 227.
Cherval, 286, 287, 288, 289,
Chilman, 80.
Christern, II.
Clarke, 80.
Cohnheim, 258, 259.
Coignet, VIII.
Considérant, 3, 91, VIII.
Constant, 312, VII, VIII.
Cooper, 81.
Cormenin, VIII.
Crémieux, 101, 102.

Darimon, VIII.
Darthé, 317.
Delarageaz, 69.
Demmler, 315.
Dezamy, 125, VII, VIII.
Dietsch, 65, 77, 78, 79, V.
Dietz, 266, 268, 287.
Diezel, G., III.
Döleke, 47, 48, 50, 55, 56, 57, 63, 305, 312.
Dronke, 123, 125, 213, 232, 235, III, VI.

Eccarius, 264, 266, 267, 301.
Eichmann, 221, 222.
Elsner, 216.

Engels, 29, 96, 98, 106, 119, 120, 130, 131, 134, 138, 139—155, 205, 212, 213, 214, 230, 232, 235, 237, 251—273, 295, 299, 302, 303, 304, 306, 311, 312, 317, 321—324, 327, 328, 333, III, V, VI, X.
v. Esenbeck, 163, 164, 168, 205, 207.
Esser, 217.
Esser, Chr., 235, 236, III.
Ewerbeck, 15, 40', 41, 98, 251.

Falkenthal, 209.
Favre, 305.
Fein, 13, 56, 57, 67.
Feuerbach, 83, 90, 92, 93, 96, 105, 311, 332.
Fichte, 1, 2.
Fink, VII.
Fischer, 212.
Fleming, 80.
Follen, K., 13, 39.
Fourier, 3, 17, 29, 103, 105, 141, 301, 332, 333, VIII.
Fränkel, 265, 266, 268, 276.
Franzos, IX.
Freiligrath, 123, 125, 177, 213, 226, 228, 272, III. VII.
Fröbel, 38, 40, 41, 45, 46, 120, 181, 201, VI.
Fröhlich, 193, III.

Galeer, 77, 247, 305.
Gall, 4—7, 327, I, IV.
Gangloff, 207, 208, III, IV.
Gebert, 246, 266, 268.
Gierke, 217.
Gigot, 212.
Gipperich, 286, 287, 288, 289.
Gögg, 276, 285.
Goethe, 120, VII.
Golowin, 40.
Gottschalk, 231, 232, 234.
Gregorovius, VII.
Grieb, 120, VI.
Grün, 86, 90—95, 98, 103, 104, 105, 107, 115, 118, 120, 125, 237, 302, 304, 311, 316, 317, 321, 328, 333, I, III, V, VI, VII.
Guizot, 101.
Gutzkow, 39, 141.

Hätzel, 138, 239, 240.
Hansemann, 112, 139, 215, 216.
Harney, 81.
Harring, 13, 49, 50, 51, 131, IX.
Haude, 268.
Hegel, 90, 96, 97, 332.
Heine, 3, 96, 97, 98, 102, 105, 107, 125, 131.
Heinse, 1, 2.
Heinzen, 125, 131, 132, 133, VI, IX.
Heise, III.
Hennequin, IX.
Herwegh, 36, 38, 39, 85, 96, 98, 105, 131, 177, V.
Heß, 84—90, 93, 96, 98, 102, 104, 105, 113, 114, 115, 130, 131, 132, 134, 135, 179, 301, 302, 305, 306, 311, 312, 317, 320, 321, 327, 328, 333, II, IV, V, IX.
v. Hinckeldey, 209.
Hirsch, K., 84, 134, IX.
v. Hofstetten, 315.
v. Humboldt, 130.

Jacoby, 96, 315.
Jansen, 230, III.
Jellinek, 121, 332, 333, VI.
Jordan, 122, 124, 125, V, VI.
Julien, 317.

Karstens, 235.
Kautsky, 142.
Kellner, III.
Kick, 199.
Kinkel, 275, 276, 285.
v. Kirchmann, 217.
Klencke, VI.
Klinger, 1.
Köhler, VI.
Köppen, VIII.
Köttgen, 130.
Kohlweck, 195, 196, III.
Krämer, 286.
Kramer, VII.
Kriege, 119, II.
Kuhlmann, 65, 67, 68, 69, 305, V.

Ladendorf, 209.
Lamennais, 312, VII, VIII.
Lang, III.
Lardy, 62, 69, 305.
Lassalle, 38, 39, 85, 179, 232, 234, 299, 300, 301, 302, 313, 315.
Lechevalier, 130.
Ledru-Rollin, 102, 275.
Lehmann, 265, 266, 268.
Lepelletier, 317.
Leroux, 3.
Lette, 160.
Levy, S., 209.
Leris, 34, 205, 326, X.
Lichnowsky, 226, 227.
Liebknecht, 243, 244, 245, 246, 266, 299, 300.
Löwenfeld, X.
Lüning, 103, 104, 105, 114, 237, I, II, III.
Lutz, 315.

Mäurer, 11.
Maier, 256, 268, 274.
v. Manteuffel, 224.
Marat, 3, 235.
Marr, 29, 35, 51—63, 67, 68, 98, 99, 101, 121, 305, 312, 328, I, VI, VII.
Marx, 4, 28, 29, 36, 44, 95, 96, 97, 100, 102, 106, 119, 130, 131, 134, 135, 138, 139—155, 205, 211—236, 237, 251 bis 273, 276 286, 287, 295, 299, 300, 301, 304, 305, 306, 311, 312, 316, 317, 321—324, 327, 328, 333, V, VI, VII, IX, X.
Mazzini, 12, 275.
Meißner, A., 106, 107, 125, 177, V, VII.
Meslier, 2.
Mevissen, 112, 139.
Meyer, F., VII.
Meyer, R., 300.
Meystre, 62, 70.
Moll, 138, 230, 231, 232, 233, 250, III.
Montesquieu, 93.
Mordechai, 139.
Morelly, VII.
Most, 16, 301,

Nauwerck, 95, 131.
Neuhaus, 125.
Notjung, 235, 269, 271, 272.

Oelckers, V, VI.
Opitz, VIII.
Oppenheim, 133, 285, VI.

Otto, K. W., 236.
Otto, L., 123, III, VI.
Owen, 3, 81, VII.

Pecqueur, 3, 312.
Pfänder, 264, 266.
Piper, 266.
v. Prokesch-Osten, 210.
Proudhon, 3, 52, 91, 106, 125, 133, 205, 317, VII, VIII.
Püttmann, 115, 116, 118, 125, 135, II, VI.

Raspail, 3.
v. Rauschenplatt, 13.
v. Reichenbach, 285.
Renaud, VIII.
Reuter, 287.
Reybaud, 92.
Rittinghausen, 234, 235, 301, 315, V.
Robespierre, 3, 235.
Rodbertus, IV, VII.
Röser, 235, 270, 271, 272.
Rohleder, 315.
Ronge, 275.
Rosenblum, 258, 259.
Rousseau, 93.
Ruge, 68, 95, 96, 97, 98, 102, 131, 132, 140, 275, 286, I, VIII.

Saint-Just, 3, 235.
Saint-Simon, 3, 17, 67, 72.
Saß, 122, 125, VI.
Sauernheimer, 273.
Schäfer, 118, II.
Schärttner, 251, 266, 268, 285.
v. Schaper, 140.
Schapper, 15, 16, 80, 81, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 251, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 271, 273, 274, 287, 289, 306, 316, 328, VII.
Schasler, 157.
Schelling, 141.
v. Schimmelpfennig, 276, 277, 285.
Schirges, II.
Schlöffel, jun., 161, 162, II.
Schlöffel, sen., 161.
Schlüter, X.
Schmidt, 304.
Schneider II., 233.
Schneider, S. R., IV.
Scholl, VIII.
Schramm, 264, 266, III.
Schüler 13.
Schulz, 104.
Schulze, 272.
Schurz, 257, 276, 285.
Schuster, 11, 12 und Nachtrag.
v. Schweitzer, 301, 315.
Schwenniger, 179, 182, 199, 207, 208, III.
Seiler, 35, 36, 38, 44, 65, 266, 304, 316, IV, V, VII.
Semmig, 90, 122, 125, VI.
Siebenpfeiffer, 10.
Sigel, 257.
Singer, 315.
Standau, 47, 48, 51, 55, 62, 63, 305.
Starke, 287.
Stechan, 195, 208, 209, 274, III, IV.
Stein, 164, 216.
Steingens, 212.
Stenzel, 219.
Stephens, 312.
Stilch, V.
Stirner, 86, 120, 121, V.
Stöcker, 314.
Strauß, 105.
Stromeyer, 13, 105, 118, 316, V.
v. Struve, 258, 259, 275.

Techow, 143.
Temme, 217.
Thiers, VIII.
Thun, 327, 328, X.
Tietz, 288.
Treichler, 70—74, 308, 316, 327, 328, II, IV, VI.
v. Treitschke, X.
Tschech, 60, 98, 99.

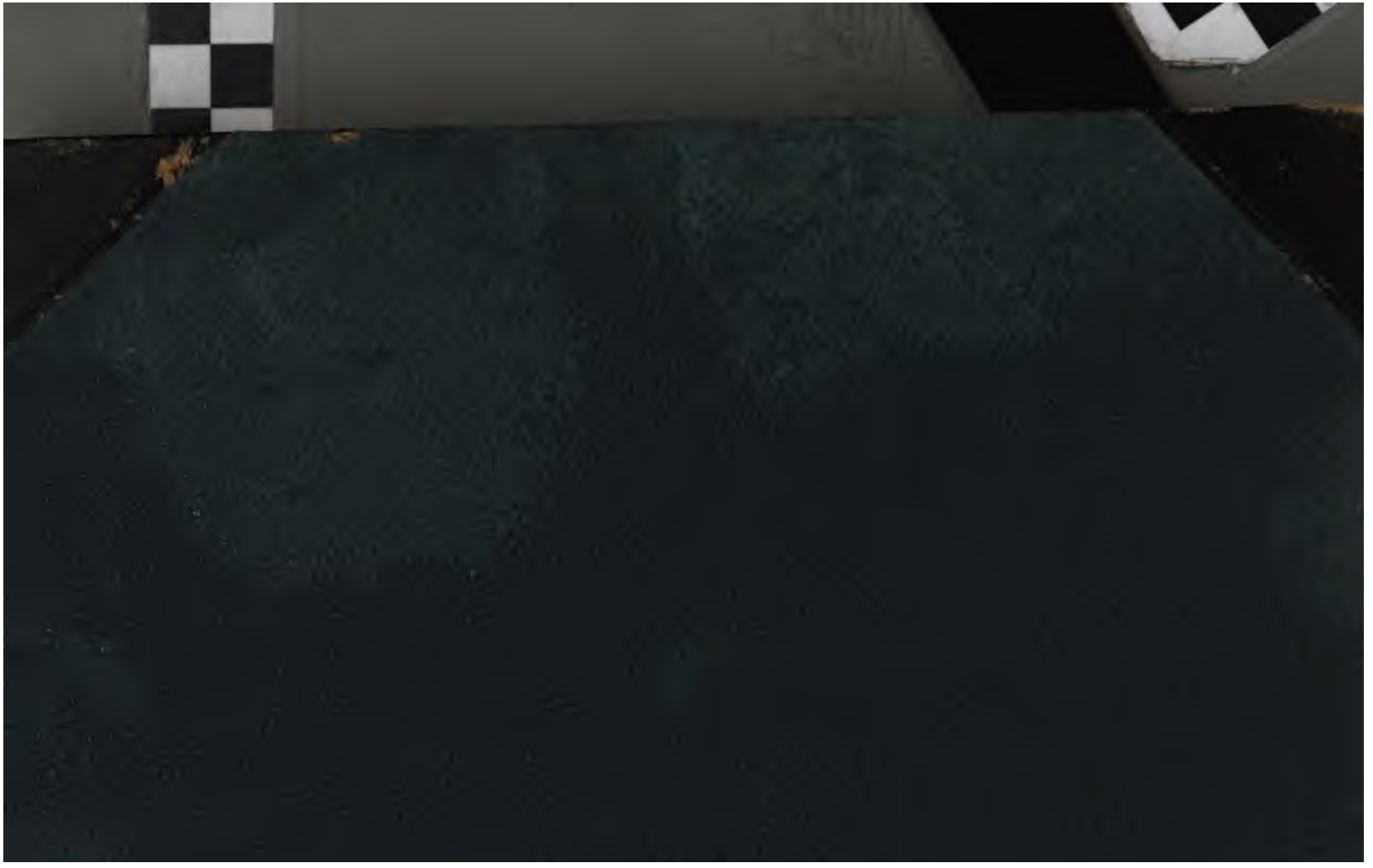
Venedey, 11, 331.
Villegardelle, VIII.
Vinet, 70.
Vogelsanger, 249, X.
Vogt, 143, 273, IX.

Waldeck, 217.
Walther, I.
Weber, 98.
Weerth, 98, 125, 177, 213, 218, 226, 227, 311, III, X.
Weidig, 7, 8.
Weill, 105, V, VI.
Weitling, 15, 16, 17—47, 51, 64, 65, 68, 69, 72, 74, 77—81, 125, 132, 138, 162, 237—239, 260, 299, 301, 304, 306, 308, 310, 312, 317—320, 327, 328, I, III, IV, V, VI, IX, X.
Weitzel, 76.
Weller, 125, VII, VIII.
Wendel-Hippler, 125, 126, VII, VIII.
Wermuth, IX.
Weydemeyer, III, IV.
Weyers, 222.
Weyl, 235.
Wichura, VI.
Wiener, 36, 68, 70, X.
Willich, 143, 251, 258, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 268, 271, 273—290, 311, IV.
Willkomm, 106, 123, V.
Winkelblech, 165, 181.
Wirth, 10.
Wolff, 164, 182, 213, 223, 230, 232, 234, 235, 236, 237, 266, III.
Wurm, 110, 111, 112.

Zadek, X.

Druckfehler.

Seite 79 Zeile 1 v. u. lies: allein alles statt alles, alles.
„ 79 „ 3 „ o. „ Das statt des.
„ 83 „ 9 „ o. „ richtige statt wichtige.
„ 86 „ 12 „ o. „ 1845 statt 1875.
„ 92 „ 14 „ o. „ Reybaud statt Reyland.
„ 123 „ 3 „ o. „ 1845 statt 1850.
„ 142 „ 10 „ o. „ Geschichtstheorie statt Geschichtstheorieen.
„ 143 Anm. Z. 2 v. o. lies: August 1850 statt August.
„ 305 Z. 8 v. u. lies: laut statt in.
„ 309 Z. 13 v. u. streiche die Worte: ohne Ausnahme.

Breslau. Eduard Trewendts Buchdruckerei (Setzerinnenschule).

UNIVERSITY OF MICHIGAN
3 9015 02744 0646